

Stefan Kreuzberger, Dierk Hoffmann (Hrsg.)
„Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“

Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte Sondernummer

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin

herausgegeben von
Helmut Altrichter, Horst Möller,
Andreas Wirsching

Oldenbourg Verlag München 2014

Stefan Creuzberger, Dierk Hoffmann (Hrsg.)

„Geistige Gefahr“ und „Immunisierung der Gesellschaft“

Antikommunismus und politische Kultur
in der frühen Bundesrepublik

Oldenbourg Verlag München 2014

Herstellung: Karl Dommer

Titelbild: Plakat der CDU-Bundesgeschäftsstelle Bonn zur Bundestagswahl 1953; Bundesarchiv, Plak 104-TA4235-018 [linkes Bild].

Plakat der „Freiheit-Aktion der Jugend“ (Bonn) zu den Weltjugendfestspielen in Ost-Berlin (1951); Bundesarchiv, Plak 005-045-023 [rechtes Bild].

Einbandgestaltung: hauser lacour

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data

A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

© 2014 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH
Rosenheimer Straße 143, 81671 München, Deutschland
www.degruyter.com/oldenbourg
Ein Unternehmen von De Gruyter

Gedruckt in Deutschland

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-74708-9
eISBN 978-3-486-78104-5
ISSN 1863-3129

Inhalt

Stefan Creuzberger und Dierk Hoffmann

Antikommunismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Einleitende Vorbemerkungen	1

I. Ursprünge und Rahmenbedingungen des Antikommunismus

Andreas Wirsching

Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur, 1917–1945	15

Bernd Greiner

Antikommunismus, Angst und Kalter Krieg. Eine erneute Annäherung	29

II. Versuchte Einflussnahme: Die Westpolitik der DDR

Heike Amos

Die Westpolitik der DDR 1949 bis Mitte der 1960er Jahre. Institutionelle Voraussetzungen, Apparate und politische Konzeptionen.	43

Dierk Hoffmann

Kampf um die deutsche Öffentlichkeit. Westreisen und andere Aktivitäten der SED-Führung bis Anfang der 1950er Jahre.	59

Michael Lemke

Die Wahrnehmung des westdeutschen Antikommunismus durch die SED/DDR	75

III. Zwischen Abwehr und Offensive: Träger des Antikommunismus

Stefan Creuzberger

Kampf gegen den inneren Feind. Das gesamtdeutsche Ministerium und der staatlich gelenkte Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland ...	87

Lars Lüdicke

Adenauer als Außenpolitiker und der Antikommunismus im Auswärtigen Amt	105

Rüdiger Thomas

Zur Auseinandersetzung mit dem deutschen Kommunismus in der Bundeszentrale für Heimatdienst. Eine kritische Sondierung im Umfeld des KPD-Verbots.	123

Corinna Franz

„Wir wählen die Freiheit!“ Antikommunistisches Denken und politisches Handeln Konrad Adenauers	145

Michael Schwartz

Antikommunismus und Vertriebenenverbände: Ein differenzierter Blick auf scheinbar Eindeutiges in der frühen Bundesrepublik Deutschland	161

Thomas Brechenmacher

Katholische Kirche und (Anti-)Kommunismus in der frühen Bundesrepublik	177

Mirjam Loos

Antikommunistische und anti-antikommunistische Stimmen im evangelischen Kirchenmilieu. Die Debatte um Wiedervereinigung, Westbindung und Wiederbewaffnung	199

IV. Politische Alltagspraxis und Antikommunismus in Aktion

Bernd Stöver

Politik der Befreiung? Private Organisationen des Kalten Krieges. Das Beispiel Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU)	215

Till Kössler

Die Grenzen der Demokratie. Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik	229

Boris Spornol

Die ‚Kommunistenklausel‘. Wiedergutmachungspraxis als Instrument des Antikommunismus	251

Christoph Classen

Antikommunismus in Film und Fernsehen der frühen Bundesrepublik	275

Frank Möller

Joseph Caspar Witsch: Verleger und Netzwerker im Dienst des Antikommunismus	297

Dominik Geppert

Intellektuelle und Antikommunismus. Der Kongress für Kulturelle Freiheit und die Gruppe 47	321

Rainer Gries

„Dein Päckchen nach drüben“. Antikommunismus für jedermann	335

Hermann Wentker

Antikommunismus in der frühen Bonner Republik. Dimensionen eines zentralen Elements politischer Kultur im Ost-West-Konflikt	355

Literaturverzeichnis	371

Abkürzungsverzeichnis	397

Personenverzeichnis	403

Die Autoren	409

Stefan Creuzberger und Dierk Hoffmann

Antikommunismus und politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland

Einleitende Vorbemerkungen

Mit der Unterzeichnung der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht ging in Deutschland die oberste Regierungsgewalt auf die USA, UdSSR, Großbritannien und Frankreich über. Als die Alliierten diesen Schritt in der ‚Berliner Deklaration‘ am 5. Juni 1945 offiziell vollzogen, war klar, dass von ihrem Willen die Zukunft Deutschlands abhängen würde. Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa begann aber auch der Zerfall der Anti-Hitler-Koalition, der zunächst langsam einsetzte und sich dann im Laufe der Zeit immer mehr beschleunigte. Rasch wurden nämlich die unterschiedlichen, zum Teil gegenläufigen Interessen der vier Siegermächte deutlich. Bereits bei der Auslegung der Vereinbarungen, die die drei Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz (17. Juli bis 2. August 1945) – Frankreich war dort noch nicht vertreten – getroffen hatten, kam es zu heftigen Kontroversen. Die Anti-Hitler-Koalition zeigte somit erste Risse und brach im Frühjahr 1948 endgültig auseinander, als Moskau seine Vertreter aus dem Alliierten Kontrollrat zurückzog. In der Folgezeit bildete sich eine bipolare Weltordnung heraus, in der sich die beiden Supermächte mit ihren jeweiligen Bündnispartnern gegenüberstanden. Die Spaltung Europas ging quer durch Deutschland. Dort bildeten sich in der Logik des Ost-West-Konflikts zwei unterschiedliche Staats- und Gesellschaftssysteme aus. Während 1949 im westlichen Teil mit der Bundesrepublik Deutschland eine parlamentarische Demokratie westlichen Zuschnitts entstand, etablierte sich im Osten die Deutsche Demokratische Republik als kommunistische Diktatur.

In den 1950er und 1960er Jahren stabilisierten sich die Bundesrepublik und die DDR. Sie wurden außenpolitisch zu Eckpfeilern der jeweiligen Bündnissysteme. Dadurch vertiefte sich de facto die Spaltung, obwohl beide deutsche Staaten nach wie vor am Ziel einer baldigen Wiedervereinigung festhielten. Sowohl die junge Bonner Republik als auch das SED-Regime verstanden sich jeweils als das ‚bessere Deutschland‘. Die propagierte Überlegenheit des eigenen Systems in Abgrenzung zum jeweils anderen Teil stärkte die Identität der jungen Staatswesen und trug damit zu deren Stabilisierung und Legitimierung bei. Gleichzeitig ging es aber auch darum, die Bevölkerung des jeweils anderen Teils von der Attraktivität der eigenen Staats- und Gesellschaftsform zu überzeugen, den Nachbarn zu unterwandern, zu destabilisieren und schließlich als Sieger im Wettbewerb der Systeme die Wiedervereinigung herbeizuführen. Die DDR setzte dabei in ihrer Westpolitik u. a. darauf, westdeutsche Politiker zu diskreditieren, für den Kommunismus zu werben, linke Parteien und Bewegungen zu unterstützen. Das wiederum provozierte Reaktionen auf der westdeutschen Seite. So unternahm die Bundesrepublik Deutschland alles, um für ihre freiheitlich-demokratische Grundordnung zu werben, die vom Kommunismus ausgehende Gefahr vor Augen zu führen, Parteien und Initiativen zu bekämpfen, die drohten, die westliche politische Ordnung in Frage zu stellen.

In der Bundesrepublik erlebte der Antikommunismus, dessen Wurzeln in Deutschland bereits vor 1945 angelegt waren, eine neue und besondere Ausprägung – und zwar im ideologischen Konflikt zwischen parlamentarischer Demokratie und Staatssozialismus. Er bezog zudem seine politische Legitimität, indem er sich nahtlos in das von den Vereinigten Staaten während der Hochphase des Kalten Krieges praktizierte strategische Konzept von *Roll Back* und *Liberation Policy* einfügte. Damit erhielt der in der Bundesrepublik während der 1950er und 1960er Jahre intensiv gegen den sogenannten inneren Feind als auch gegen die DDR gerichtete Antikommunismus eine wichtige deutschlandpolitische Funktion: Während Bundeskanzler Adenauer für die Belange der großen Deutschlandpolitik verantwortlich zeichnete, verstanden die Verfechter des praktisch anzuwendenden Antikommunismus ihre Aktivitäten zur Destabilisierung der DDR und zur antikommunistischen Abwehr stets als eine Maßnahme, die darauf zielte, die Wiedervereinigungsbemühungen zu flankieren.

In diesem Sinne besaß der Antikommunismus eine wichtige identitätsstiftende Wirkung, die nachhaltig die politische Kultur der jungen Bonner Republik prägen sollte. Er erwies sich als geeignetes Instrumentarium, das die auf innere Konsolidierung der westdeutschen Demokratie bedachte politische Gründergeneration – allen voran Kanzler Konrad Adenauer – zu nutzen suchte: Gemeint ist der Umgang mit dem politisch-moralisch belastenden Erbe der nationalsozialistischen Vergangenheit. Das galt umso mehr, als die im Jahre 1949 aus freien Wahlen hervorgegangene Bundesrepublik von Anfang an die Gesamtnachfolge des Deutschen Reiches für sich reklamierte. Dies wiederum bedeutete die Verpflichtung, historische Verantwortung zu übernehmen, etwa in der Wiedergutmachungsfrage. Gleichzeitig grenzten sich die politisch Verantwortlichen jedoch bewusst von der NS-Epoche ab, indem sie die Bonner Republik als dezidiertes Gegenmodell zu der von Unrecht, Willkür und Unterdrückung geprägten Nazi-Diktatur konzipierten. Für die politische Kultur Westdeutschlands bildeten daher die positiven Verfassungstraditionen und Errungenschaften der jüngeren deutschen Geschichte die eigentliche Legitimationsbasis, allen voran die der gescheiterten demokratischen Revolution von 1848.

Die daraus erwachsende Doppelrolle des Treuhänders und Schuldners war ambivalent und keineswegs leicht.¹ Denn das junge demokratische Gemeinwesen war aus Sicht Adenauers und der Bundesregierung in seiner Substanz noch viel zu fragil und zu wenig im politischen Bewusstsein der damaligen Bundesbürger verankert, um sich mit der Zeit des Nationalsozialismus offen und schonungslos auseinanderzusetzen. Vielmehr wurden in den ersten Jahren nach 1949 Mittel und Wege gesucht, die nationalsozialistisch belasteten Bevölkerungsteile und früheren zentralen Funktionseliten im neu geschaffenen Staat zu integrieren und zugleich „einen glaubwürdigen Trennungsstrich zu den damit verbundenen politischen Belastungen zu ziehen“².

Die Lösung dieser delikaten Herausforderung wurde freilich durch die internationalen Rahmenbedingungen während der ausgehenden 1940er und frühen 1950er Jahre erleichtert. In dem Maße nämlich, in dem sich der Kalte Krieg verschärfte,

¹ Reichel, *Vergangenheitsbewältigung*, S. 16.

² Schildt/Siegfried, *Kulturgeschichte*, S. 122. Zum Problem des damit in Zusammenhang stehenden Komplexes der Vergangenheitsbewältigung und Vergangenheitspolitik siehe ausführlicher bei: Frei, *Vergangenheitspolitik*.

wurde der Antikommunismus zur eigentlichen Denkfigur, die von da an die geistig-politische Auseinandersetzung des Westens mit dem ideologischen Gegner jenseits des Eisernen Vorhangs prägte. Damit einher ging ein Freund-Feind-Denken, das wenig reflektiert war und einer „bizarren Abendlandideologie gegen den ‚Bolschewismus‘“ das Wort redete³. Für die politische Elite der Bundesrepublik und die westdeutsche Wiederaufbaugesellschaft war diese Entwicklung überaus vorteilhaft. Bedacht auf Integration und staatliche Souveränität, stellte sich die Bundesregierung auf die Seite des Westens. Sie distanzierte sich ebenso wie große Teile der Opposition im Bundestag vorbehaltlos vom Nationalsozialismus. Damit nahm sie eine antitotalitäre Haltung ein, die fortan den geistigen Grundkonsens der westlichen Wertegemeinschaft bildete. Und so trug in den Gründerjahren der Bonner Republik der Antikommunismus, der sich vor allem als eine gegen den Stalinismus gerichtete Speerspitze verstand, nicht unerheblich dazu bei, sich zumindest vorübergehend von der nationalsozialistischen Vergangenheit teilweise zu entlasten.⁴

„Antikommunismus“ ist historisch betrachtet so alt wie die kommunistische Bewegung. Bereits Mitte des 19. Jahrhunderts, als Karl Marx das „Kommunistische Manifest“ veröffentlichte, bildeten sich in den noch sehr stark ständisch geprägten Gesellschaften Europas politische Gegenbewegungen heraus, denen nicht nur Vertreter des Adels, sondern auch des Bürgertums angehörten. Treibender Motor war die um sich greifende Furcht, die entstehende Arbeiterbewegung und ihre frühsozialistischen bzw. kommunistischen Ideen könnten die bestehende politische und soziale Ordnung zerstören. Einen besonderen Wendepunkt bildete das Jahr 1917, denn durch die bolschewistische Oktoberrevolution in Russland wurde der Antikommunismus mit neuen politischen Inhalten aufgeladen. Im russischen Bürgerkrieg kämpften „Rote“ gegen „Weiße“, Bolschewisten gegen Antibolschewisten. Richtete sich der Antikommunismus in den Jahrzehnten zuvor noch gegen den Kommunismus als Idee und soziale Bewegung, so bekämpfte er jetzt erstmals eine konkrete, im Aufbau befindliche Herrschaftsform und seine Anhänger. In Deutschland wurde der Begriff „Bolschewismus“ nach 1918/19 zu einem antikommunistischen Schlagwort in der politischen Auseinandersetzung mit der KPD⁵. Darüber hinaus symbolisiert die Machtübernahme durch Lenin und seine Gefolgsleute den Ursprung der „Antithese Washington – Moskau“⁶. In der Rückschau erscheint nämlich die Oktoberrevolution – im Zusammenspiel mit dem Eintritt der USA in den Ersten Weltkrieg – als Auslöser des Kalten Krieges nach 1945. Demzufolge kaschierte die Anti-Hitler-Koalition während des Zweiten Weltkrieges die politischen Gegensätze zwischen Ost und West, die dann erst nach dem Sieg über Hitler-Deutschland offen zu Tage treten konnten.

„Antikommunismus“ ist ein „schillernder, unpräziser Begriff“⁷, der wissenschaftlich schwer zu operationalisieren ist. Denn er suggeriert „eine politisch einheitliche Haltung“⁸. Seine Verwendung wird dadurch noch erschwert, dass es sich um einen

³ Schildt/Siegfried, Kulturgeschichte, S. 123.

⁴ Vgl. Reichelt, Vergangenheitsbewältigung, S. 18.

⁵ Schieder, Kommunismus, S. 523.

⁶ Rothfels, Zeitgeschichte als Aufgabe, S. 7.

⁷ Beattie, „Sowjetische KZs auf deutschem Boden“, S. 119.

⁸ Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 88.

„Kampfbegriff“⁹ handelt, der im 19. und 20. Jahrhundert zu unterschiedlichen Zeitpunkten und in unterschiedlicher Intensität politisch instrumentalisiert wurde. Insbesondere die Nationalsozialisten propagierten den Kampf gegen den Kommunismus schon in den 1920er Jahren. Der in Deutschland latent vorhandene Antikommunismus mutierte nach 1918 zu einem Antibolschewismus, der sich gegen die demokratische Ordnung der Weimarer Republik richtete und zudem immer mehr antisemitische Züge aufwies. Mit der Machtübernahme Adolf Hitlers am 30. Januar 1933 entwickelte sich der Antikommunismus zu einer Staatsräson nationalsozialistischer Prägung. Auf diese Weise gelang es den neuen Machthabern, die Verfolgung Andersdenkender in der breiten Öffentlichkeit zu legitimieren. Die Gleichschaltung des öffentlichen Lebens, die Ausschaltung der übrigen Parteien und die Beseitigung des parlamentarischen Systems ließen sich auf diese Weise rechtfertigen. Dabei kam dem NS-Regime der Umstand entgegen, dass der Antikommunismus in breiten Kreisen der deutschen Gesellschaft fest verankert war, nicht nur im national-konservativen und bürgerlich-liberalen Milieu, sondern auch in der katholischen und protestantischen Kirche.

Dagegen war der Antikommunismus der deutschen Sozialdemokratie anderer Natur. Hier resultierte der Gegensatz zum Kommunismus aus der unterschiedlichen Beantwortung der ‚Demokratie-/Diktatur-Frage‘¹⁰, bei der die SPD eine konträre Position zu den bolschewistischen Machthabern in Moskau einnahm. Im Mittelpunkt stand zunächst die theoretische Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, da die Bolschewiki für sich in Anspruch nahmen, „die einzig aufrechten Verfechter der Marxschen Lehren“ zu sein¹¹. Die wesentlichen Merkmale dieses fundamentalen Streits tauchten bereits in der Kontroverse zwischen Karl Kautsky und Wladimir I. Lenin 1918 auf. Während die SPD in Deutschland die parlamentarische Demokratie verwirklichen wollte, propagierten Lenin und Stalin in Russland die Räteherrschaft. Sie sicherten unter dem Deckmantel der ‚Diktatur des Proletariats‘ die eigene Macht ab. In Deutschland beobachtete die Mehrheitssozialdemokratie aufmerksam den Verlauf des gewaltsamen Umsturzes, der als abschreckendes Beispiel diente, stand er doch für Zerstörung und Chaos¹². Dieses Bild wurde durch Berichte heimkehrender Kriegsgefangener aus dem Osten sowie von Baltendeutschen maßgeblich geformt¹³. Hinzu kamen die Verfolgungserfahrungen in der UdSSR und die Angriffe Stalins auf die deutsche Mehrheitssozialdemokratie, die die antikommunistische Haltung der SPD in der Weimarer Republik verstärkte.

Im Zeitalter des Systemkonflikts nach 1945 gewann der Antikommunismus wiederum eine neue Qualität, denn er diente dem Westen vorrangig als intellektuelle und propagandistische Waffe in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion. Lange Zeit wurde der Wissenschaftsdiskurs aber zunächst von den Fragen nach den Anfängen des Kalten Krieges beherrscht. Dabei standen vor allem politikgeschichtliche Fragestellungen und Aspekte im Vordergrund. So kreiste das damalige Erkenntnisinteresse häufig um die politischen Verantwortlichkeiten der beiden Supermächte für den Ost-

⁹ Bracher, Das Problem des „Antikommunismus“, S. 134.

¹⁰ Vgl. Faulenbach, Erscheinungsformen des „Antikommunismus“, S. 4.

¹¹ Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell, S. 90f.

¹² Vgl. Baberowski, Verbrannte Erde.

¹³ Vgl. ebenda, S. 88.

West-Konflikt. Dies wiederum führte innerhalb der Zunft rasch zur Lagerbildung. So standen sich in den 1970er und 1980er Jahren die einander abweichenden Interpretationen von Revisionisten und Antirevisionisten unversöhnlich gegenüber. Stellvertretend hierfür seien für das Gebiet der sowjetischen Deutschlandpolitik etwa die unterschiedlichen Auslegungen von Wilfried Loth und Hermann Graml genannt¹⁴. Die Debatten entspannten sich freilich in jenem Moment, als sich mit der Auflösung des Ostblocks nach 1989 zunehmend die dortigen Archive für die historische Forschung öffneten. Nunmehr ließen sich lange Zeit ungeklärte oder kontrovers diskutierte Fragen der Politikgeschichte einvernehmlicher behandeln.

Mit der Öffnung der Archive in Osteuropa stand erstmals eine neue Qualität von Quellen zur Verfügung, die die Geschichtswissenschaft dazu inspirierten, die Ursprünge und den Verlauf des Kalten Krieges auch unter anderen Gesichtspunkten zu reflektieren. In zunehmendem Maße beeinflussten nun kulturhistorische Fragestellungen die geschichtswissenschaftliche Diskussion. So ist seit einigen Jahren der Kalte Krieg unter dem Gesichtspunkt der *Cold War Culture* zum Forschungsgegenstand geworden. Die damit verbundenen Themenfelder und Interpretationsansätze nahmen ihren Ausgang in der US-amerikanischen Historiographie. Hier wurden zunächst für die späten 1940er bis frühen 1960er Jahre die Fragen von Politik und Gesellschaft der USA diskutiert. Kultur wurde dabei aber – anders als es das im Deutschen zumeist mit hoher Kultur in Verbindung gebrachte Begriffsverständnis zulässt – in einem weiteren Rahmen betrachtet. Für die Vertreter der *Cold War Culture* reduziert sich politische Kultur nicht nur explizit auf „politikbezogene Diskurse und Symbole [...], sondern darüber hinaus [...] auch auf den] durch die Präsenz des Kalten Kriegs geprägte[n] Zusammenhang von Weltansichten, Ordnungsvorstellungen und Alltagspraxen“¹⁵. Beispielgebend für solche Forschungsansätze sind die Untersuchungen von Thomas Lindenberger über Massenmedien im Kalten Krieg, aber auch der von Peter J. Kuznick und James Gilbert 2001 herausgegebene Sammelband „Rethinking Cold War Culture“.¹⁶ Schließlich plädierten ebenfalls im Jahre 2001 Yale Ferguson und Rey Koslowski für ein möglichst weitgefasstes Verständnis von Kultur, um damit der Kalten Kriegsforschung neue Perspektiven und Erklärungschancen zu verschaffen.¹⁷

Anregungen dieser Art gilt es, nunmehr auch im Rahmen des vorliegenden Aufsatzbandes aufzugreifen. Das gilt umso mehr, als das Thema ‚Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik‘ in der Geschichtswissenschaft schon seit geraumer Zeit kaum noch Beachtung gefunden hat. Das beweisen auch die zahlreichen Publikationen, die 2009 zum 60. Gründungstag der Bundesrepublik Deutschland vorgelegt wurden. Ein solcher Befund überrascht, hat doch Christoph Kleßmann bereits 1982 den Antikommunismus in den Anfangsjahren der Ära Adenauer als „konstitutiven Faktor der inneren Geschichte Westdeutschlands“ und als „konsensfähige Integrationsideologie“ bezeichnet¹⁸. Demnach besaß der Antikommunismus für das politische

¹⁴ Loth, Teilung der Welt; Graml, Die Legende von der verpaßten Gelegenheit, S. 307–341.

¹⁵ Lindenberger, Massenmedien im Kalten Krieg, S. 13.

¹⁶ Kuznick/Gilbert, Rethinking.

¹⁷ Ferguson/Koslowski, Culture, International Relations Theory, and Cold War History, S. 169.

¹⁸ Kleßmann. Die doppelte Staatsgründung, S. 255.

Selbstverständnis und für die politische Kultur der Bonner Republik eine herausragende Bedeutung. Diesem Interpretationsmuster schlossen sich in der Folgezeit viele Historiker an. So betonte etwa Edgar Wolfrum, dass die Bonner Republik mit einem „antikommunistischen Grundkonsens“ befestigt worden sei, der den nationalen Grundkonsens abgelöst habe¹⁹. Hans-Ulrich Wehler verwies darauf, dass der Antikommunismus seit den späten 1940er Jahren als „Pendant“ zur Westbindung der Bundesrepublik anzusehen sei²⁰. Und Eckart Conze unterstrich die Bedeutung, die der Antikommunismus für die „Bundesrepublikanisierung“ der ehemaligen NS-Eliten gehabt habe²¹. Summa summarum sei der Antikommunismus – so Conze – „eine der wichtigsten gesellschaftlichen und politischen Integrationsklammern“ in der Ära Adenauer gewesen²². Angesichts der breiten Zustimmung, auf die Kleßmann mit seiner Analyse in der Historikerkunft gestoßen ist, verwundert es doch, dass eine systematische Untersuchung des Phänomens ‚Antikommunismus‘ bis heute weitgehend ausgeblieben ist. Es liegen lediglich einige polemische und einseitige Publikationen zu dem Thema vor, die jedoch seriösen wissenschaftlichen Standards nicht standhalten²³. Folglich bleibt die Thematik ein Forschungsdesiderat, worauf im Übrigen auch Thomas Mergel vor einem knappen Jahrzehnt bei der Untersuchung des ‚McCarthyismus‘ hingewiesen hat, als er auf vergleichende Aspekte „mit Blick auf die noch nicht geschriebene Geschichte des deutschen Antikommunismus im 20. Jahrhundert“ aufmerksam machte²⁴.

Der vorliegende Band basiert auf einer gemeinsamen Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung, des Instituts für Zeitgeschichte München – Berlin und des Lehrstuhls für Neuere Geschichte I des Historischen Instituts der Universität Potsdam. Er untersucht den westdeutschen Antikommunismus unter den verschiedensten Aspekten der Politik-, Ideologie-, Institutionen-, Kultur- und Alltagsgeschichte. Darüber hinaus verorten die einzelnen Beiträge das Thema in seinen historischen, nicht zuletzt deutschlandpolitischen und gesamtdeutschen Interaktionskontexten. Der Antikommunismus der Bundesrepublik und die sogenannte Westarbeit der SED bzw. DDR bedingen sich zeitweise gegenseitig und können als zwei Seiten einer Medaille angesehen werden.

Eingangs werden die Ursprünge und Rahmenbedingungen des Antikommunismus diskutiert. Zunächst unterstreicht *Andreas Wirsching* die Heterogenität und Polyvalenz des Themas. Er unterscheidet drei Idealtypen: den ideologischen, den funktionalen sowie den empirischen Antikommunismus. Der ideologische sei schon vor 1917 im Bürgertum ausgeprägt gewesen, und seine Wurzeln würden bis tief in das 19. Jahrhundert zurückreichen. Der funktionale Antikommunismus habe bei der extremen

¹⁹ Wolfrum, *Die geglückte Demokratie*, S. 129.

²⁰ Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 5, S. 406.

²¹ Conze, *Die Suche nach der Sicherheit*, S. 154.

²² Ebenda, S. 152.

²³ Vgl. Korte, *Instrument Antikommunismus*; Wippermann, *Heilige Hetzjagd*.

²⁴ Mergel, „The Enemy in Our Midst“, S. 238.

Rechten zum Herausgreifen einiger als „Stärken“ des Kommunismus beachteten Eigenschaften geführt. Getrieben von der negativen Faszination des Kommunismus sei es darum gegangen, die liberale Demokratie und ihr Gewaltmonopol zu untergraben. Der empirische Antikommunismus sei in der Sozialdemokratie angesiedelt und maßgeblich von der kritischen Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus in der Sowjetunion geprägt gewesen. Spätestens seit 1918/19 habe der sozialdemokratische Antibolschewismus auch der eigenen Identitätsstiftung gedient. 1933 war der Antikommunismus, so ein Fazit *Wirschings*, bereits eine „konsensfähige Integrationsideologie“ gewesen, denn mit „keinem Punkt aus Hitlers Programm gingen die Deutschen so konform“. Die von den Nationalsozialisten geforderte „Vernichtung des Marxismus“ habe eine enorme politische Mobilisierung bewirkt.

Bernd Greiner untersucht den Zusammenhang von Antikommunismus und Angst im Zeitalter des Kalten Krieges. Zunächst verweist er darauf, dass die öffentliche Kommunikation das „subjektive oder kollektive Empfinden von Angst“ verändern und somit „Ängste ganz neuer Art oder anderen Umfangs“ produzieren könne. Dabei falle der amerikanische Antikommunismus „als besonders extreme Variante eines internationalen Phänomens“ aus dem Rahmen. Im Fall der USA sei die „Uranst“ des 20. Jahrhunderts mit dem Begriff der ‚Großen Depression‘ belegt. Die Wirtschaftskrise, unter der Nordamerika zehn Jahre lang litt, breche bis heute „alle Negativrekorde“. Deshalb habe der damalige Präsident Franklin D. Roosevelt in seinen Reden stets betont, wie eng Sicherheit und Freiheit von Angst miteinander zusammenhängen. Dieses Begriffspaar bildete nach den Ansicht *Greiners* die „semantische Achse der Rooseveltschen Krisenrhetorik“. Der Autor betont außerdem die verschiedenen Dimensionen des Sicherheitsbegriffs (national, wirtschaftlich und sozial) in den USA. Die Suche nach „universeller Sicherheit“ habe sich mit einer „nicht enden wollenden Litanei über die politische Immunschwäche der liberalen Demokratie“ verknüpft. Ohne den Kalten Krieg wäre die US-Variante des Antikommunismus nur eine kurze Episode geblieben.

Im Mittelpunkt des zweiten Kapitels steht die Westpolitik der DDR. Die SED-Führung pflegte zwar einerseits das Feindbild vom „Bonner Revanchismus und Militarismus“, war aber andererseits, wie *Heike Amos* ausführt, am Abbau des ausgeprägten Antikommunismus in der Bundesrepublik interessiert. Im Mittelpunkt der Bemühungen Ost-Berlins standen in den 1950er und 1960er Jahren SPD und DGB. Erst danach seien die Unionsparteien in den Fokus gerückt. Der Westapparat der DDR wurde zunächst ständig umstrukturiert, was vor allem auf die Erfolglosigkeit und Ineffektivität der einzelnen Aktivitäten zurückzuführen sei. Der Mauerbau habe keine Auswirkungen in diesem Bereich gehabt. *Amos* betont, dass erst Ende der 1960er Jahre eine Verstetigung in der Organisation und beim Personal der jeweiligen Abteilungen im Staats- und Parteiapparat eingesetzt habe. Anschließend zählt sie die wichtigsten Abteilungen und Führungskader auf und hebt hervor, dass der SED-Westapparat eine „Domäne“ der Kommunisten gewesen sei. Ausführlich geht sie auf die geheime ZK-Abteilung Verkehr ein, die nicht nur zuständig war für den illegalen Transport von Propagandamaterialien, Funktionären und Geld nach Westdeutschland, sondern auch als technischer Verbindungsapparat der SED zur KPD (bis zum Verbot 1956) bzw. DKP diene.

Dierk Hoffmann geht in seinem Beitrag der Frage nach, mit welchen Mitteln die SED bis Anfang der 1950er Jahre versuchte, die Meinung in den westlichen Besat-

zungszonen bzw. in der Bundesrepublik zu beeinflussen. Er unterscheidet dabei drei zentrale Maßnahmen: die Westreisen von SED-Politikern, die Volksbefragung sowie der sogenannte Grotewohl-Brief vom 30. November 1950 an Bundeskanzler Adenauer. Die Westreisen standen anfangs ganz im Zeichen der KPD-Einheitskampagne zur Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien. Nach der Zwangsvereinigung im April 1946 sei die Resonanz in den Westzonen spürbar zurückgegangen. Die im Zuge der Volkskongressbewegung initiierte Volksbefragung sollte den gemeinsamen Wunsch aller Deutschen zur Einheit des Landes demonstrieren. Deren Durchführung wurde aber in der amerikanischen und französischen Zone untersagt. Obwohl sich der „Grotewohl-Brief“ – so *Hoffmann* – in die sowjetische Gesamtstrategie nahtlos einfügte, habe er doch für „erhebliche Unruhe“ im Bonner Regierungslager gesorgt. Da jedoch der Bundeskanzler den Schulterchluss mit den Westalliierten erzielte und Unterstützung von Schumacher erhielt, sei die Rechnung Ost-Berlins letztlich nicht aufgegangen.

Michael Lemke analysiert die sich verändernde Wahrnehmung der SED, die den ideologischen Kampf gegen den westdeutschen Antikommunismus als „die entscheidende Aufgabe“ angesehen habe. Diese Auseinandersetzung sei ostdeutsche Staatsräson gewesen und habe sich „tagtäglich“ im innerdeutschen Konflikt manifestiert. Dabei unterschied die SED-Führung nach Einschätzung *Lemkes* nur in ihren internen Analysen zwischen einem „extrem konfrontativen“, einem gemäßigten und einem moderaten Antikommunismus. Die Politik Ost-Berlins sei von der zutreffenden Einsicht geleitet gewesen, dass der bundesrepublikanische Antikommunismus das politische System in der DDR und damit den SED-Machtsanspruch in Frage stellte. Der Autor betont, dass derjenige, der von der SED als Antikommunist identifiziert wurde, schnell in die „Mühlen ihrer Klassenkampfpromaganda“ geraten konnte. In seinem Beitrag nimmt er eine Phaseneinteilung vor, die sich an der gängigen Zäsur des Machtwechsels in Ost-Berlin orientiert: Während die erste Phase bis Ende der 1960er Jahre gedauert habe und durch eine „traditionelle“ Auseinandersetzung geprägt gewesen sei, habe sich in der Ära Honecker der „konservative Politik- und Gesellschaftsbereich“ nicht mehr im „Zentrum der SED-Fremdwahrnehmung“ befunden.

Im Mittelpunkt des dritten Kapitels stehen die Träger des Antikommunismus, d. h. Politiker, Ministerien, Behörden, Verbände und Kirchen. *Stefan Creuzberger* unterstreicht, dass die Erforschung des staatlichen Antikommunismus noch ganz am Anfang stehe. Zu den Desiderata gehöre z. B. die Untersuchung der Interaktion vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG), Kanzleramt, Bundesministerium des Innern (BMI) mit dem Bundesverfassungsschutz (BfV) und Bundesnachrichtendienst (BND). Er weist darauf hin, dass sich der staatliche Antikommunismus in der Bundesrepublik auch aus den Umständen der ungelösten deutschen Frage ableiten lasse. In diesem Kontext stelle das BMG die „maßgebliche Regierungseinrichtung“ dar. Da die Deutschlandpolitik eine Domäne des Bundeskanzlers gewesen sei, habe sich das BMG auf operative Maßnahmen konzentriert, die sich stellenweise hart am Rande der Legalität bewegt hätten. Einen Orientierungsrahmen boten demzufolge die *Rollback-* und *Liberation-Policy* der US-Administration und die psychologische Kriegführung. Seit März 1951 habe es zwar eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen den beteiligten Ressorts gegeben; in der Praxis sei es jedoch immer wieder zu Kompetenzüberschneidungen gekommen. Unter der Leitung Herbert Wehners habe

sich das BMG dann jedoch zu einem Ort entwickelt, von dem wichtige Anstöße für eine ‚Neue Ostpolitik‘ ausgegangen seien.

Lars Lüdike greift für die frühen 1950er Jahre die Frage nach dem Antikommunismus im Auswärtigen Amt auf. Dabei konzentriert er sich vor allem auf Bundeskanzler Adenauer, der bis 1955 in Personalunion die Geschicke dieses Regierungsressorts geprägt hat. Von zentraler Bedeutung sei in diesem Zusammenhang die Tatsache gewesen, dass mit der unverbrüchlichen Westbindung die bundesdeutsche Außenpolitik keine Gefahr mehr gelaufen wäre, sich auf die traditionelle Gleichgewichtspolitik der zurückliegenden Epochen zu verlegen. Dass die „alten“ Diplomaten sich nicht dieser Neuausrichtung der westdeutschen Diplomatie versperren hätten, besitzt Lüdike zufolge mehrere Gründe. Ganz maßgeblich sei dabei die antitotalitäre Lehre gewesen, die sie aus dem Scheitern Weimars und der nationalsozialistischen Diktatur gezogen hätten. In dieser Perspektive, so seine Schlussfolgerung, habe es eine antikommunistische Kontinuität gegeben, die in vielfach gebrochener Form vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik reichen würde.

Rüdiger Thomas analysiert das Spannungsverhältnis von Antikommunismus und Wissenschaft am Beispiel der Bundeszentrale für Heimatdienst (BfH) und des Ostkollegs. In den Anfangsjahren der BfH hätten die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte und die Entwicklung des demokratischen Bewusstseins im Vordergrund gestanden. Mit der Verschärfung des Kalten Krieges Mitte der 1950er Jahre seien die Abwehr des Kommunismus und die Abgrenzung gegenüber der DDR, die bei der Niederschlagung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953 ihren diktatorischen Charakter und Legitimitätsmangel unter Beweis gestellt habe, zu zentralen Themenfeldern geworden. Insbesondere Joseph M. Bochenski habe für das Ostkolleg eine Konzeption entwickelt, die „die Immunisierung der Intellektuellen und politischen Eliten der Bundesrepublik“ zum Ziel gehabt habe. Die Vorgeschichte des Ostkollegs sei freilich von Beamten des Bundesinnenministeriums geprägt gewesen, „deren antikommunistische Orientierung aus der NS-Vergangenheit herrührte“. Einige Mitarbeiter des Direktoriums seien nämlich „massiv“ in die NS-Politik verstrickt gewesen.

Corinna Franz geht auf Adenauers hinlänglich bekannte antikommunistische Grundeinstellung ein, die ein „Grundrauschen“ seines politischen Handelns gebildet habe. Für den katholisch geprägten Adenauer, der seine Zeit „als eine Epoche des Übergangs“ empfunden habe, sei der Materialismus und damit der Kommunismus das „Grundübel jener Epoche“ gewesen. Damit stand die marxistische Ideologie dem christlich geprägten Weltbild des ersten Bundeskanzlers diametral entgegen, wie *Franz* ausführt. Trotz seiner antikommunistischen Überzeugung habe Adenauer aber in Einzelfällen durchaus einen sehr pragmatischen Umgang mit Kommunisten pflegen können. So habe Adenauer in den 1920er Jahren als Oberbürgermeister von Köln ein wichtiges Bauvorhaben – eine seinerzeit moderne Hängebrücke über den Rhein – mit Hilfe der kommunistischen Stadtverordneten durchsetzen können. Adenauers pessimistische Einschätzung der kommunistischen Gefahr stellte eine Konstante seines politischen Denkens bis zu seinem Tod 1967 dar. Als die beiden Supermächte in den 1960er Jahren die Ära der Entspannungspolitik einläuteten, habe er immer häufiger vor der „geistigen Gefahr“ des Kommunismus gewarnt.

Michael Schwartz diskutiert die Rolle des Antikommunismus in der Politik der westdeutschen Vertriebenenverbände zwischen 1949 und 1970. Er geht der Frage

nach, ob die Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen weiterhin noch pauschal als klassische ‚Pressuregroups‘ des Antikommunismus gelten können. Dabei werden einerseits ältere Thesen von der politischen Integrationskraft des Antikommunismus bestätigt, die auch frühere NS-Belastete zeitweilig exkulpierete. Andererseits verweist der Autor auf die Notwendigkeit einer differenzierten Beurteilung des Vertriebenen-Antikommunismus. So gelangt *Schwartz* zum Ergebnis, dass die Flüchtlinge und Vertriebenen aufgrund der Vertreibungserfahrungen nicht automatisch zu einem Hort des Antikommunismus geworden seien. Er unterscheidet zwischen einem „volkstümlichen“ und einem „regierungsamtlichen“ Antikommunismus, denn die Russenerfahrung der Vertriebenen sei „alles andere als eindeutig“ gewesen. Darüber hinaus plädiert er dafür, den in der Forschung bislang zu eindimensional beurteilten Zusammenhang von Antikommunismus und Antislawismus neu zu überdenken. Dieses Spannungsverhältnis beleuchtet er am Beispiel der Sudetendeutschen Landsmannschaften.

Zu den traditionellen Trägern des Antikommunismus zählten in den Jahren des Kalten Kriegs ebenso die Kirchen, wobei sich *Thomas Brechenmacher* in seinem Beitrag auf die katholische Kirche konzentriert. Er beleuchtet zunächst die Wurzeln des katholischen Antikommunismus, untersucht dann die Rolle des Bistums Berlin an der politisch-ideologischen Nahtstelle der Systeme, schildert den medialen „Abwehrkampf“ in der „Frontstadt“ und reflektiert schließlich die Funktion, die der katholische Antikommunismus in der Bonner Republik der 1950er und frühen 1960er Jahre besaß. Dieser müsse, wie der Autor betont, in den größeren Kontext der Verurteilung aller „materialistischen Doktrinen“ durch die katholische Kirche gestellt werden. Deshalb sei der Antikommunismus ein wesentlicher Teil der „Selbstbehauptungsstrategie“ der Kirche in der SBZ/DDR gewesen. Für *Brechenmacher* war der Antikommunismus aber auch ein fester „Bestandteil eines katholischen Orientierungsdiskurses“ in der Bundesrepublik, der sowohl den Laien als auch der Amtskirche „den Weg zur Identifikation mit den politischen Zielen Adenauers bahnen“ half.

Die Bandbreite der evangelischen Positionen zum Kommunismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit und während der Zeit des Kalten Kriegs war sehr groß, wie *Miriam Loos* in ihrem Beitrag am Beispiel der Debatten um Wiedervereinigung, Westbindung und Wiederbewaffnung aufzeigt. Eine herausragende Strömung bildete zunächst der Bruderrat der EKD um Martin Niemöller und Gustav Heinemann, die unter dem starken Einfluss des Schweizer Theologen Karl Barth standen und die die Adenauersche Politik vehement ablehnten. Es waren vor allem Niemöller und Heinemann, die von ihren politischen Gegnern in diesem Zusammenhang pauschal als ‚Kommunistenfreunde‘ stigmatisiert worden sind. Gleichwohl, so eine zentrale These der Autorin, trifft dies in dieser Verallgemeinerung nicht zu. Vielmehr umfasste das Spektrum der politischen Äußerungen sowohl neutrale als auch „anti-antikommunistische“ Überzeugungen.

Die Beiträge der vierten Sektion des Sammelbandes befassen sich mit der politischen Alltagspraxis. Welche Formen des Antikommunismus gab es und welchen Stellenwert hatte dieser in der Konsum- und Medienwelt der alten Bundesrepublik? *Bernd Stöver* behandelt am Beispiel der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) private antikommunistische Organisationen, die sich in die damalige Befreiungspolitik der USA einfügten und über einen längeren Zeitraum von amerikanischen und bundes-

deutschen Stellen finanziert wurden. Aus Sicht der Bundesregierung entwickelte sich nicht nur das Verhältnis zur unkontrollierbar agierenden KgU äußerst problematisch, sondern auch zur US-Administration, die nicht bereit war, Informationen über die einzelnen Fördermaßnahmen und Aktionen preiszugeben. Erschwerend kam hinzu, dass die KgU-Zentrale frühzeitig mit Informanten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) durchsetzt war. *Stöver* zieht die Schlussfolgerung, dass die antikommunistischen Befreiungsgruppen – anders als eigentlich intendiert – „wahrscheinlich mittelbar mehr zur Stabilisierung der DDR“ beitrugen, als sich die Akteure selbst eingestehen wollten. Das mit der Abwehr solcher westlichen Aktivitäten beauftragte MfS habe sowohl durch die eigenen Bedrohungsanalysen als auch durch die „tatsächlichen Angriffe“ der militanten Befreiungsorganisationen an Bedeutung gewonnen.

Frank Möller schildert den publizistischen Abwehrkampf gegen den Kommunismus anhand der schillernden Verlegerfigur Joseph Caspar Witsch, der nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst Leiter der thüringischen Landesstelle für Buch- und Bibliothekswesen war und 1948 aus Jena in die westlichen Besatzungszonen flüchten musste. Der in dieser Hinsicht organisatorisch wie personell bestens vernetzte Aktivist trug nicht nur maßgeblich zur Entstehung des ‚Publizistischen Zentrums für die Einheit Deutschlands‘ (PZ-Archiv, ab 1952 SBZ-Archiv) und der Reihe der ‚Roten Weißbücher‘ bei. Der Archivdienst, der zum Großteil vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen finanziert wurde, lieferte dem Leser sowohl sachlich fundierte Analysen als auch polemische Kommentare, die oftmals aus der Feder von Witsch stammten. Darüber hinaus nahm der Verleger auch noch eine führende Rolle im Zusammenhang mit der Gründung des Ostkollegs der Bundeszentrale für Heimatdienst und den Aktivitäten der von ihm inspirierten Kölner Gruppe des ‚Kongresses für Kulturelle Freiheit‘ ein. Witsch war, so *Möllers* Resümee, ein antikommunistischer Akteur, der bis zu seinem Tod an die Systemlogik des Kalten Krieges gebunden blieb, „einerseits als ihr Opfer, andererseits aber auch als ihr Motor“.

Dass der Antikommunismus in der jungen Bonner Republik sehr schnell eine besondere Dynamik entfaltete, zeigt der Beitrag von *Till Kössler*. Allerdings macht er auch deutlich, dass es für die westdeutsche KPD und deren Anhänger in der Frühphase der Bundesrepublik immer noch Rückzugsgebiete gab. So wussten sich die kommunistischen Betriebsräte noch bis Mitte der 1950er Jahre gegen die sozialdemokratische Konkurrenz zu behaupten. *Kössler* nimmt die politische, administrative und gesellschaftliche Praxis des Antikommunismus in den Blick und untersucht die Vielschichtigkeit und Widersprüchlichkeit des Ausgrenzungsprozesses. Die westdeutsche Gesellschaft sei keineswegs vollständig von „existentieller Furcht vor dem kommunistischen Feind“ durchdrungen gewesen, denn viele Gruppen hätten durchaus einen „pragmatischen Umgang mit den Kommunisten“ gepflegt. Obwohl im Frühjahr 1951 unter den demokratischen Parteien Konsens darüber bestand, breit angelegte antikommunistische Maßnahmen einzuleiten, waren Detailfragen von Anfang an umstritten. Außerdem erwies sich der bundesdeutsche Föderalismus als „Gegengewicht einer Radikalisierungsdynamik“, da unter den Ländern Uneinigkeit über den Umgang mit den kommunistischen Umfeld-Organisationen herrschte.

Mit Blick auf den in der Bundesrepublik während der 1950er Jahre praktizierten Antikommunismus unterzieht *Boris Spornol* die damalige Wiedergutmachungspolitik und -praxis einer kritischen Betrachtung. Gemäß des Bundesergänzungsgesetzes von

1953 hatte derjenige keinen Anspruch auf Entschädigung, „wer die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft“. Dieses Element war dem Entschädigungsgesetz der US-Zone vom August 1949 noch fremd gewesen. Innerhalb von vier Jahren fand also ein Paradigmenwechsel statt, der erklärungsbedürftig ist. Da die Wiedergutmachungsgesetzgebung in hohem Maße von NS-Verfolgten geprägt worden ist, wird in dem Beitrag zunächst herausgearbeitet, wie sich das Verhältnis von kommunistischen und nichtkommunistischen NS-Verfolgten verändert hat. Zwar wurden offenbar vor allem KPD-Spitzenfunktionären, die außerdem noch in die DDR geflüchtet waren, Entschädigungsleistungen verweigert. Doch zeigen Fallbeispiele, dass auch weniger exponierte Kommunisten von der Ausschlussklausel betroffen gewesen sind. Obwohl hierzu eine landes- bzw. bundesweite Statistik fehlt, spricht Vieles dafür, dass den Entschädigungsverfahren allgemeine Probleme der Verteilungsgerechtigkeit inhärent gewesen sind. Deswegen lassen sich Diskriminierungsmuster im Sinne einer gezielten Exklusion von Kommunisten nur ansatzweise nachweisen.

Christoph Classen gewährt Einblicke, inwieweit die visuellen Medien Film und Fernsehen vom westlichen Antikommunismus geprägt gewesen sind. Im Ost-West-Konflikt, bei dem jede Seite versuchte, die Bevölkerung für sich zu gewinnen, spielten die Massenmedien eine zentrale Rolle. Sie seien aber nicht nur eine „Quelle“ dieser Auseinandersetzung gewesen, sondern müssten auch als Akteure betrachtet werden. Seine filmhistorische Analyse wartet mit dem Befund auf, dass im bundesdeutschen Spielfilm der 1950er und 1960er Jahre die Auseinandersetzung mit der DDR bzw. der kommunistischen Ideologie „relativ selten“ stattgefunden habe. Das hing weniger mit entsprechenden Fördermaßnahmen der Bundesregierung zusammen, sondern vielmehr mit der generellen Zurückhaltung des westdeutschen Nachkriegskinos gegenüber politischen Themen. Seinerzeit galten antikommunistische Sujets nicht als kommerziell Erfolg versprechend. Bei einer differenzierten Betrachtung fällt zumindest auf, dass nach dem Mauerbau die deutsche Teilung im Fernsehspiel deutlich häufiger thematisiert wurde als im Spielfilm. Dieses Genre habe sich durch ein vergleichsweise „kritisches Selbstverständnis“ ausgezeichnet und sei „eher selten“ einem „plumpen“ Antikommunismus verfallen.

Das spannungsreiche Verhältnis zwischen Intellektuellen und Antikommunismus diskutiert *Dominik Geppert* am Beispiel des ‚Kongresses für Kulturelle Freiheit‘ (CCF). Dabei analysiert er zwei Aspekte, die bislang gegenüber der CIA-Verstrickung des CCF häufig ins Hintertreffen geraten sind: erstens die in die Zwischenkriegszeit zurückreichenden Traditionslinien des intellektuellen Antikommunismus; zweitens die Verschiedenartigkeit unterschiedlicher Strömungen innerhalb des CCF sowie deren Veränderung während der 1950er und 1960er Jahre. *Geppert* beschränkt sich indes nicht nur auf diese antikommunistische Kulturorganisation, sondern setzt deren Wirken auch in Beziehung zu einer anderen Gruppe von Intellektuellen, die eher selten als dezidiert antikommunistisch angesehen wird: die Gruppe 47 um Hans Werner Richter. Vertreter beider Gruppen verfügten über ähnliche biografische Erfahrungen: Nicht nur Richter, sondern auch andere Akteure des CCF waren in den 1920er und frühen 1930er Jahren selbst Kommunisten gewesen. Sie bekannten sich anfangs teilweise zum ‚Trotzkismus‘, was den elitären Grundzug des CCF zu erklären vermag. In der zweiten Hälfte der 1940er Jahre sei es dann bei vielen zum endgültigen Bruch mit dem Sozialismus sowjetischer Prägung gekommen.

Rainer Gries verdeutlicht, auf welch subtile Weise Lebensmittel und Genussartikel „Medien der politischen Propaganda“ gewesen sind. Bereits während des Zweiten Weltkriegs beschäftigten sich auch US-Experten für Produktkommunikation mit Zukunftsplänen für Deutschland nach der NS-Diktatur. Ausgehend von der Erkenntnis, dass es die USA nach 1918 versäumt hätten, „Warensendungen den ‚Gedanken der Demokratie‘ beizupacken“, ging es ihnen darum, mit den zukünftigen Konsumprodukten „politische Ideen“ zu vermitteln. Diese Überlegung gewann dann in der Systemauseinandersetzung des Kalten Krieges an großer Bedeutung. Doch die DDR scheute sich nicht, die Herausforderungen des Westpakets im sogenannten Päckchenkrieg der 1950er und 1960er Jahre anzunehmen. Und so kam es, dass ungeachtet östlicher Versorgungsprobleme der ‚Arbeiter- und Bauernstaat‘ im ersten Nachkriegsjahrzehnt auf zwei Westpakete mit anderthalb Ostpäckchen konterte. Gleichwohl behielt die Bundesrepublik in dieser unorthodoxen Auseinandersetzung stets die Oberhand. Nichtsdestotrotz blieb der grenzüberschreitende Paketverkehr ein „stabiles Beziehungsmuster“ im deutsch-deutschen „Kommunikationsraum“, dessen Bedeutung bis in die Gegenwart hineinreicht.

Abschließend zieht *Hermann Wentker* ein Resümee, indem er die Ergebnisse der einzelnen Beiträge dieses Bandes unter übergeordneten Gesichtspunkten nochmals Revue passieren lässt. Er greift die Frage nach der Funktion des Antikommunismus auf und reflektiert über die Ursprünge und Traditionen des Antikommunismus in der Bundesrepublik. Dabei verdeutlicht er, dass sich Kommunismus und Antikommunismus einander bedingten. Schließlich vergegenwärtigt *Wentker* nochmals die Methoden, die zur Bekämpfung des Kommunismus eingesetzt worden sind, bewertet die Reichweite, die der Antikommunismus besessen hat, um dann zu fragen, welche Wirkung der Antikommunismus gehabt und wie er sich im Verlauf des Kalten Krieges gewandelt hat. Insgesamt, so seine Einschätzung, bildete der Antikommunismus „ein wichtiges Element der politischen Kultur in Deutschland“ bis in die 1960er Jahre hinein. Denn er war für die Bundesrepublik auf der einen Seite ein zentrales Motiv für die Auseinandersetzung mit der DDR im Rahmen des deutsch-deutschen Sonderkonflikts, der wiederum Teil des Kalten Krieges war. Ihm stand die ‚Westarbeit‘ der DDR gegenüber, die in die Bundesrepublik hineinwirken wollte. Auf der anderen Seite bildete der Antikommunismus ein Element der politischen Kultur in der Bundesrepublik, die sich mit den ostdeutschen Offensiven auch innergesellschaftlich auseinanderzusetzen hatte.

Bei der Fertigstellung des Buchmanuskripts waren Arnd Elsner, Marie-Thérèse Heinrich, Anne-Dore Neumann und Stefanie Palm behilflich, denen wir an dieser Stelle herzlich danken möchten.

Stefan Creuzberger, Dierk Hoffmann
Rostock/Berlin, Januar 2014

Andreas Wirsching

Antikommunismus als Querschnittsphänomen politischer Kultur, 1917–1945

I.

Von der Geschichte des Antikommunismus in Deutschland zu sprechen heißt auch immer, sich einer Paradoxie zu stellen: Einerseits herrscht Einigkeit darüber, dass der Antikommunismus in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts eine gewaltige Macht darstellte: eine Macht, die offenkundig die Menschen zu bewegen verstand und die politische Kultur nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und in der westlichen Welt zutiefst beeinflusste. Tatsächlich handelt es sich um ein Querschnittsphänomen, das dieser politischen Kultur freilich längst nicht immer zum Vorteil gereichte. Andererseits ist nicht immer klar, wovon die Rede ist, wie weit ideologische Vorannahmen zurückreichen, welche interessenpolitischen Kalküle oder auch emotionalen Affekte im Spiel sind, nicht zuletzt aber auch welche Bedeutung innermarxistischen Lernprozessen zukam. Gerade diese Uneindeutigkeit des Phänomens oder auch nur des Schlagwortes bündelte ganz unterschiedliche Faktoren, trieb damit Antikommunismus an und führte ihm aus ganz verschiedenen politischen Lagern und Milieus Anhänger zu¹.

So schillernd das Phänomen ist, so uneinheitlich verlief auch die Forschung. Sie durchlief mehrere Phasen und konzentrierte sich zunächst ganz wesentlich auf den Umbruch von 1917 bis 1920. Ein früher Autor wie Arno J. Mayer vertrat die These, der Antikommunismus sei bereits auf der Pariser Friedenskonferenz ein entscheidendes Motiv gewesen². Und für die deutsche Situation hat Kai-Uwe Merz gezeigt, wie weit verbreitet Antibolschewismus als unmittelbare Reaktion auf die Russische Revolution in Deutschland war³. Damit korrespondierte stets das ambivalente Bild Russlands im Westen, das insbesondere von Gerd Koenen eingehend erforscht worden ist⁴.

Allerdings unterlag der Antikommunismus als Forschungsgegenstand meist außerwissenschaftlichen Einflüssen. Viele Mitlebende, die sich wissenschaftlich mit dem Kommunismus beschäftigten, waren durch biographische Erfahrungen geprägt und blickten auf Enttäuschungen, Desillusionierungen, häufig auch auf konkrete Verfolgung zurück. Neue Dissidenten und alte Gegner des Kommunismus fügten sich mehr oder minder nahtlos in das dominante Interpretationsmuster der Nachkriegszeit ein. Lange Zeit herrschte hier, zumal im Zeitalter des Kalten Krieges die Totalitarismustheorie vor, die den Kommunismus *a priori* als politisch-ideologischen Gegner definierte. Bis in die 1970er und 1980er Jahre hinein waren westliche Kommunismus-

¹ Vgl. Faulenbach, Erscheinungsformen des „Antikommunismus“.

² Mayer, Politics and diplomacy of peacemaking.

³ Merz, Das Schreckbild.

⁴ Koenen, Vom Geist der russischen Revolution; hier auch ders., Blick nach Osten.

studien daher häufig zugleich auch Ausdruck antikommunistischer Denkhaltungen. Und wer sich geschichtswissenschaftlich mit der Oktoberrevolution, dem russischen Bürgerkrieg und dem stalinistischen Terror beschäftigte, tat sich leicht, den Kommunismus zu perhorreszieren. Zum Beispiel neigte die ältere Forschung auch dazu, in der Unterwerfung der Nationen des Sowjetreiches eine Art ideologisch begründeten und durchdachten *Master Plan* zu vermuten. Insbesondere Stalin, der *breaker of nations*, habe die Sowjetunion gezielt zu einem gigantischen Völkergefängnis gemacht⁵. Demgegenüber betont die neuere Forschung den improvisierten Charakter, den die frühe kommunistische Herangehensweise gegenüber der ‚nationalen Frage‘ aufweist. Aus dieser Sicht prägten das Vorgehen der Bolschewiki zahlreiche taktische Schwenks statt eines klaren, zielgerichteten Plans zur Unterjochung der Völker im bolschewistischen Machtgebiet⁶.

Die deutsche Situation kennzeichnete demgegenüber das Spezifikum der staatlichen Teilung und der realen Existenz des Stalinismus in der SBZ/DDR. Wissenschaftliche Experten des Kommunismus waren häufig frühere KPD-Mitglieder. Ihre Werke profitierten von einer intimen Innenkenntnis der kommunistischen Bewegung und konnten zugleich im Kontext des Kalten Krieges mit hoher Aufmerksamkeit rechnen. Aus der ersten Generation der Dissidenten gilt dies zum Beispiel für Franz Borkenau und Ruth Fischer⁷. Für Dissidenten der zweiten Generation wie Wolfgang Leonhard oder Hermann Weber konzentrierte sich die lebensgeschichtliche Prägung durch den Kommunismus auf ihre Jugendzeit. Beide haben mit ihren Standardwerken nachhaltig dazu beigetragen, dass die Bundesrepublik ein klares intellektuelles Fundament für die normative Distanzierung vom Kommunismus entwickelte⁸.

Kommunismusanalyse und -kritik ließ sich dabei leicht mit linksintellektuellen und sozialdemokratischen Positionen verbinden, wenn der Sowjet-Kommunismus als gewaltsame Bewegung betrachtet wurde, welche die jeweils ‚eigene‘ Arbeiterbewegung majorisiert und überwältigt habe. Insbesondere war der Wunsch, ja die Sehnsucht unverkennbar, die Spaltung der Arbeiterschaft *post festum*, in einem gleichsam heroischen Akt, aufzuheben und historiographisch den unangetasteten Kern einer ‚eigentlichen‘, potentiell in sich einigen linken Arbeiterbewegung freizulegen. Bolschewismus und Stalinismus mussten aus dieser Sicht Fremdkörper für die Selbstentfaltung jedes lokalen, regionalen oder nationalen Linkssozialismus oder Kommunismus bleiben. So verweist Hermann Webers bekannte und einflussreiche These von der Stalinisierung der KPD eindringlich auf die vorgebliche Existenz eines vorgängigen, luxemburgisch geprägten ‚demokratischen‘ Kommunismus, der in Deutschland dominant gewesen sei. Erst mit der Stalinisierung seit 1924 sei diese chancenreiche und lokal autonome Tendenz im deutschen Kommunismus zerstört worden⁹. Ähnliche historiographische Tendenzen gab es in Frankreich. So hat Annie Kriegel in ihrem

⁵ Pipes, *The Formation of the Soviet Union; Conquest, Stalin*.

⁶ Siehe insbesondere: Smith, *The Bolsheviks and the National Question*, und als Fallstudie, Edgar, *Tribal Nation*.

⁷ Borkenau, *Der europäische Kommunismus*. Vgl. Keßler, *Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland*; Keßler, *Antistalinismus oder Antikommunismus?*

⁸ Leonhard, *Die Revolution entläßt ihre Kinder*; Weber, *Die Wandlung des deutschen Kommunismus*.

⁹ Keßler, *Antistalinismus*, S. 221 f. sieht ähnliche Tendenzen auch bei Ruth Fischer.

grundlegenden Werk über die Entstehung des französischen Kommunismus die These aufgestellt, die Gründung des PCF sei letztendlich „akzidentell“ erfolgt. Der Kommunismus erscheint in dieser Perspektive als die „Aufpropfung“ („greffe“) eines letztlich fremden Einflusses in die französische Arbeiterbewegung hinein. Kriegels Thesen übten nachhaltigen Einfluss aus und sind erst in letzter Zeit grundsätzlich in Frage gestellt worden¹⁰.

Antikommunismus speiste sich also aus vielen unterschiedlichen biographischen, politischen und intellektuellen Quellen. Er existierte längst, bevor er selbst zu einem Forschungsgegenstand avancierte. Besonders kompliziert wurde es dabei, wenn Urteile über den Kommunismus sich mit Aussagen über die NS-Diktatur und die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg verflochten. In Deutschland hat der sogenannte Historikerstreit von 1986 den Antikommunismus als Forschungsgegenstand für längere Zeit geradezu kontaminiert¹¹. Erst nach 1989/90 haben sich die Gegensätze von damals allmählich abgeschliffen. Begünstigt von der Öffnung der Quellen, wurden nun häufig erstmals die kommunistischen Gewaltverbrechen vor allem in der Stalin-Zeit¹², aber auch verbleibende regionale, lokale und milieuspezifische Unterschiede und Autonomien innerhalb der kommunistischen Bewegung¹³ empirisch erforscht. Dezierte Urteile mit antikommunistischer Stoßrichtung und differenziertes Abwägen der historischen Komplexität schlossen sich dabei keineswegs aus.

Es ist dieser Kontext, in dem Antikommunismus als relativ neuer Forschungsgegenstand entdeckt wird, wobei die begrifflichen und methodischen Probleme, die er aufwirft, nicht verschwiegen werden sollten¹⁴. Antikommunismus kam im Europa des 20. Jahrhundert in den unterschiedlichsten Kontexten, Traditionen und Medien vor, von Griechenland bis Großbritannien, von der literarischen Verarbeitung bis zum Mobilisierungsinstrument für den Vernichtungskrieg, bei Linksintellektuellen wie den christlichen Kirchen¹⁵. Alle diese Forschungen unterstreichen die Heterogenität und Polyvalenz des Themas, so dass in einem kurzen Überblick zunächst systematisch danach gefragt werden sollte, welche Typen des Antikommunismus sich analytisch bis 1945 unterscheiden lassen (II). Darüber hinaus soll aber in einem zweiten

¹⁰ Kriegel, *Aux origines du communisme français*. Vgl. dagegen Courtois/Lazar, *Histoire du Parti communiste français*, und jetzt vor allem Ducoulombier, *Camarades! Als große kritische Bilanz eines Desillusionierten*: Furet, *Das Ende der Illusion*.

¹¹ Siehe: Historikerstreit.

¹² Courtois, *Livre noir du communisme*. Hierzu die Dokumentation über die Diskussion in Deutschland: Möller, *Der rote Holocaust und die Deutschen*. Siehe jetzt auch mit ähnlicher Stoßrichtung wie das ‚Schwarzbuch‘: Baberowski, *Verbrannte Erde*, ein Buch, das bisweilen zur Essentialisierung der stalinistischen Gewalt neigt.

¹³ Mallmann, *Kommunisten in der Weimarer Republik*; LaPorte, *The German Communist Party*; Hoppe, *In Stalins Gefolgschaft*.

¹⁴ Faulenbach, *Erscheinungsformen*. Unterkomplex dagegen: Wippermann, *Heilige Hetzjagd*. Für den französischen Kontext: Berstein/Becker, *Histoire de l'Anti-communisme en France*, Bd. I, (mehr nicht erschienen); für die Schweiz: Caillat, *Histoire(s) de l'anticommunisme en Suisse*.

¹⁵ Siehe die Beiträge in: *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2011, insbesondere: Stergiou, *Der Antikommunismus in Griechenland*; Berger/LaPorte, *Die Macht des Faktischen*; Wurzer, *Antikommunismus und Russenfeindschaft vor und nach 1945*; Florin, *Mobilisierung für den Vernichtungskrieg?*; Szulecki, *Neophyten, Häretiker, Dissidenten*; Großmann, *Vom „christlichen Kominform“ zur „geistigen Nato“*.

Gedankengang die antikommunistische Bewegung auch historisch konkretisiert werden. Zu diesem Zweck bietet sich nach wie vor das für die deutsche Geschichte entscheidende Datum 1933 an (III).

II.

Idealtypisch lassen sich drei Formen des Antikommunismus unterscheiden, wobei einschränkend hinzugefügt werden muss, dass sich alle diese Formen in der Realität natürlich vermischen und keine der im folgenden vorgeschlagenen Strukturelemente gewissermaßen in ‚Reinkultur‘ anzutreffen ist. Auf dieser Basis können wir unterscheiden: einen *ideologischen* (a), *funktionalen* (b) und einen *empirischen* (c) Antikommunismus.

a) *Ideologischer Antikommunismus*: Wenn man von den ideologischen Wurzeln des Antikommunismus spricht, dann genügt es nicht, einfach die Antithese zur Russischen Revolution herauszustreichen. Zwar mobilisierten der Bolschewismus und sein revolutionärer Anspruch ganz unbestreitbar eine Fülle von sich wechselseitig verstärkenden Gegenkräften. Das gilt zunächst für Russland selbst, das nach der Oktoberrevolution zunächst im Bürgerkrieg versank, sodann aber in erster Linie für die junge Weimarer Republik, aber auch für Italien, Frankreich und eigentlich für ganz Europa. Die Erfahrung der Russischen Revolution und die sich hieran anschließende revolutionäre Welle der Jahre 1917–1920 sind so zu einem wichtigen Erfahrungshintergrund des Faschismus in Europa geworden.

Aber gerade in Deutschland lagen die Wurzeln eines ideologischen Antikommunismus weitaus tiefer und waren bereits vor 1917 mehr oder minder voll ausgeprägt. Denn der Kommunismus war ja lediglich die neueste und radikalste Infragestellung jener Denkfigur, die sowohl den Konservatismus als auch die neue Rechte gegen Ende des 19. Jahrhunderts ideologisch umtrieb, nämlich die Geschlossenheit der Nation und ihrer Gemeinschaft¹⁶. Das gemeinsame Ziel bestand darin, die Pluralität der modernen, komplexen und vielfach antagonistischen Gesellschaft zugunsten einer einheitlichen Identität zu überwinden. Zusammen genommen erlaubte dies jene für die deutsche politische Kultur so kennzeichnende Verknüpfung von ‚moderner‘ Massenpolitik und -propaganda mit einer zutiefst illiberalen Haltung. Innerhalb der extremen und völkischen Rechten, die stets auch fließende ideologische Übergänge zum traditionellen Konservatismus aufwies, begründete dies die unversöhnlich feindliche Haltung gegenüber Sozialdemokraten aller Couleur und lud sich schon längst vor 1917 durch rassistische und antisemitische Ideologieelemente auf. Typisch ist etwa, um ein weniger bekanntes Beispiel zu nennen, die Haltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV). 1893 gegründet, avancierte der Verband in der Weimarer Republik zur stärksten einzelnen Arbeitnehmerorganisation, dies freilich unter völkischem Vorzeichen. Juden und Sozialdemokraten konnten, wie es die Satzung von 1909 schon endgültig festlegte, keine Mitglieder werden¹⁷. In der Weimarer

¹⁶ Überzeugend hierzu: Rohkrämer, A Single Communal Faith?

¹⁷ Hamel, Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft, S. 83.

Republik schärfte der DHV dann sein strikt ‚antimarxistisches‘ Profil, womit insbesondere eine unversöhnliche Frontstellung gegen die Sozialdemokratie und die mit ihr verbundenen Freien Gewerkschaften gemeint war. In einer Entschließung „zur politischen Haltung des DHV“ betonte der Verbandstag im Juni 1932 noch einmal explizit „die grundsätzliche und unverminderte Kampfstellung gegen die sozialdemokratischen und gegen die kommunistischen Parteien, an der aus nationalen und standespolitischen Gründen unverrückbar festgehalten wird. Mitglieder dieser Parteien können dem Verband nicht angehören“¹⁸.

Der DHV steht hier stellvertretend für eine völkische Ideologie, für welche die Russische Revolution, die Ankunft der Bolschewiki in der Weltgeschichte und das Aufkommen des Kommunismus in Deutschland in erster Linie eine *Bestätigung* älterer innenpolitischer Feindbilder waren, die sich gegen Juden und Sozialdemokraten, letztendlich aber gegen die moderne pluralistische und individualistische liberale Gesellschaft insgesamt richteten. Auch das Feindbild des ‚jüdischen Bolschewismus‘ ist nicht erst durch die Russische Revolution entstanden, sondern im Rückgriff auf ältere, in der Vorkriegszeit wurzelnde Traditionen. Selbst die Gegnerschaft der christlichen Kirchen gegen den Kommunismus reichte in ihren Wurzeln weit in das 19. Jahrhundert. Waren doch stets der Materialismus und Säkularismus nicht nur der Arbeiterbewegung, sondern auch des Liberalismus als der Feind einer christlich orientierten Lebensform empfunden worden. Hierauf wird unten noch zurückzukommen sein.

Jedenfalls verurteilten nach 1917 alle Vertreter der alten wie der neuen, der monarchistischen wie der revolutionären Rechten sowie die Vertreter beider Konfessionen den proletarischen Internationalismus der Kommunisten. Gegenüber der Fiktion einer internationalen Arbeiterklasse und ihrer Avantgarde konnte es für die nationale Rechte aller Couleur nur die Nation (oder die Rasse) als oberste Norm ihres Denkens geben und insofern erschien der Kommunismus als der ‚Todfeind‘ alles Nationalen. Allerdings übte der Kommunismus auf die extreme Rechte zugleich eine gleichsam negative Faszination aus. Hatten doch die Bolschewiki vorgemacht, wie man parlamentarische Demokratie und Pluralismus beseitigte und selbst die Macht ergriff. In dem Maße, in dem sich Elemente des Bolschewismus gleichsam funktional, zur Wirkungssteigerung, in das Koordinatensystem des Nationalismus einfügten, ließ sich auch von Moskau und dem ‚Erfolg‘ der Bolschewiki gleichsam lernen.

b) Damit ist bereits angedeutet, was als *funktionaler Antikommunismus* bezeichnet werden kann. Mit ihm lässt sich zum einen die paradoxe Nähe vieler radikaler Antikommunisten zu ihrem Gegner erklären. Denn diese Nähe entsprang keiner genuin inhaltlichen Auseinandersetzung. Entscheidend war vielmehr der Wunsch nach der Übernahme seines offenkundig ‚erfolgreichen‘ politischen Stils. In diesem Sinne konnte auch Joseph Goebbels von dem „grandiose[n] Gemälde des russischen Bolschewismus“ schwärmen¹⁹, und die frühe Berliner NSDAP unter Goebbels ist ein besonders gutes Beispiel für die Adaption bolschewistischer Organisationsmethoden²⁰.

¹⁸ Deutsche Handelswacht vom 16. 6. 1932, S. 145.

¹⁹ Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Bd. 1/II, S. 99 (26. 6. 1926).

²⁰ Vgl. hierzu Wirsching, Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?, S. 437 ff.

Solche Versuche zur Adaption oder auch zur ‚Emulation‘ des Bolschewismus standen im Zeichen von Gewalt und Antiliberalismus und zogen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der nationalrevolutionären und faschistischen Rechten nach dem Ersten Weltkrieg. Indem sie bewusst nach einer Gegenstrategie gegen das mit der Aura des ‚Erfolges‘ gekrönten bolschewistische Modell suchten, förderten sie den häufig gewaltsamen Austrag politischer Konflikte und trugen zu der bürgerkriegsähnlichen Atmosphäre der Weimarer Republik nicht unwesentlich bei²¹. Es entstand ein Mechanismus sich gegenseitig hochschaukelnder Extreme, die in ihrer negativen Frontstellung gegen die Republik von Weimar übereinstimmten. Bolschewistische Propaganda und kommunistische Umsturzversuche waren den ‚Ultra-Rechtselementen‘ in dem Maße willkommen, in dem sie auf die Dekomposition des staatlichen Machtmonopols hofften. Wenn sich eine „revolutionäre Bewegung größeren Stils“ entwickelte, so lautete das Kalkül, dann würde auch ein Umschwung in der Bevölkerung nach rechts erfolgen. Für viele würde dies der „herbeigesehnte Augenblick“ sein, so resümierte ein polizeilicher Lagebericht 1922, „um sich an die Spitze einer starken Abwehrbewegung gegen ‚die kommunistisch-bolschewistische Gefahr‘ zu setzen und unter diesem Deckmantel bei der weiteren Entwicklung der Ereignisse ihre verfassungszerstörerischen Ziele zu verfolgen.“²²

Mithin richtete sich der funktionale Antikommunismus, das heißt eine hemmungslose Perhorreszierung der kommunistischen Gefahr, stets gegen die als schwächlich deklarierte liberale Demokratie. ‚Selbsthilfe‘, ‚Notwehr‘ und ‚Ordnung‘ avancierten zu Propagandaparolen, die bis tief in die Kreise des Bürgertums hineinwirkten und den Angriff auf das Gewaltmonopol der verachteten Republik selbst legitimieren sollten. „Großgrundbesitzer und Pastorentum“, so beobachtete Ernst Troeltsch, „machen zum größten Teil mit allen Mitteln konservative Politik, denunzieren jeden Sozialismus als Bolschewismus und glauben damit eine bewaffnete Abwehr verbinden zu dürfen“²³. Eifrige Aktivisten wie Eduard Stadtler, den man geradezu als Makler des Antikommunismus bezeichnen kann, befeuerten diesen Trend durch eine unermüdliche propagandistische Tätigkeit²⁴.

Man kann hierin durchaus ein faschistisches Potential erblicken, das nach 1918/19 in der Weimarer Republik relativ weit verbreitet war. Es lag an der Wurzel einer bürgerlichen Selbstmobilisierung, die sich in einer Fülle heterogener Organisationen ausdrückte. Dementsprechend meinte auch der hier anzutreffende Antibolschewismus weitaus mehr und anderes als den demokratischen Impuls, die Republik gegen ihre Feinde von links zu verteidigen. Einwohnerwehren, antibolschewistische Verbände und nationalrevolutionäre Gruppierungen zogen zumindest insofern an einem Strang, als sie dem Bolschewismus etwas ‚Gleichartiges‘ entgegenzusetzen suchten, das den Rahmen liberal-demokratischer Rechtsstaatlichkeit transzendierte. Vor allem in der Hauptstadt Berlin florierte eine Vielzahl von antibolschewistischen Agitations-

²¹ Hierzu ebenda, passim; Schumann, Politische Gewalt in der Weimarer Republik, sowie Reichardt, Faschistische Kampfbünde, vor allem S. 617 ff.

²² BAB, Reichsjustizministerium Film 22141, Nr. 6700/1, Bl. 472, Lagebericht, 10. 11. 1922.

²³ Troeltsch, Die Fehlgeburt einer Republik, S. 100 (Die Welle von rechts, 19. 12. 1919).

²⁴ Siehe sein Selbstzeugnis: Stadtler, Als Antibolschewist. Vgl. Koenen, Der Russland-Komplex, S. 233–252.

vereinen, die Redner rekrutierten und schulten, Vortragsabende veranstalteten, Flug-schriften und Flugblätter herstellten und verteilten. Bevorzugte Zielgruppen waren dabei die Soldaten und Offiziere der Reichswehr und der Freikorps, die Mitglieder der Einwohnerwehren sowie Angehörige der Geschäftswelt²⁵. Sozial wiesen diese Agitationsvereine, mit Eduard Stadtler und seiner ‚Liga zum Schutze der deutschen Kultur‘ an der Spitze, ein durch und durch bürgerliches Profil auf. Politisch repräsentierten sie das gesamte Spektrum des gleichsam ‚normalen‘ bürgerlich-liberalen Anti-bolschewismus bis zum rechtsextremen Ressentiment gegen die parlamentarische Republik. Gemeinsam war ihnen jedoch, dass sie dem Empfinden einer außerordentlich bedrohlichen inneren wie äußeren Gefahr durch ‚den‘ Bolschewismus mittels einer Sammlung aller nationalen Kräfte begegnen wollten. Entscheidend war es demzufolge, der bolschewistischen Herausforderung etwas Neues, Kraftvolleres als die traditionellen Politikformen entgegenzusetzen. So strebte der ‚Volksbund gegen Bolschewismus‘ danach, „die nationalen Kreise Deutschlands aus ihrer Lethargie zu kraftvoll entschlossener Abwehr aufzurütteln“ und empfahl „als beste Waffe gegen den Bolschewismus die Tat“²⁶.

Ideologischer und funktionaler Antikommunismus gingen in der Weimarer Republik Hand in Hand und stellten ein in höchstem Maße aggressives antidemokratisches und antiliberales Potential dar. Die meiste Verbreitung fand es im völkischen Lager und dann vor allem im Nationalsozialismus. Der Kommunismus wurde ideologisch in die 1917 bereits fertig ausgestalteten extrem nationalistischen Kategorien eingeordnet; der Kampf gegen ihn eignete sich zugleich zum Kampf gegen das verhasste liberale System, das des ‚Hochverrats‘ von 1918 sowie der Schwäche und Nachgiebigkeit gegenüber dem Kommunismus geziehen wurde. Hier liegt denn auch der legitime Kern einer Haltung, die später ‚Anti-Antikommunismus‘ genannt wurde und die sich exakt in Thomas Manns bekanntem Satz vom Antikommunismus als der (bürgerlichen) „Grundtorheit unserer Epoche“ niederschlug, der in seiner ganzen Länge lautete: „Sie sehen, daß ich in einem Sozialismus, in dem die Idee der Gleichheit die der Freiheit vollkommen überwiegt, nicht das menschliche Ideal erblicke, und ich glaube ich bin vor dem Verdacht geschützt, ein Vorkämpfer des Kommunismus zu sein. Trotzdem kann ich nicht umhin, in dem Schrecken der bürgerlichen Welt vor dem Wort Kommunismus, diesem Schrecken, von dem der Fascismus [sic!] so lange gelebt hat, etwas Abergläubisches und Kindisches zu sehen, die Grundtorheit unserer Epoche.“²⁷

c) Gänzlich andere Wurzeln besaß das, was im vorliegenden Zusammenhang *empirischer Antikommunismus* genannt werden soll. Vordergründig ging ein solcher Antikommunismus von all jenen aus, die mit den Bolschewiki eine nicht zu tilgende biographische Erfahrung gemacht hatten, von ihnen bedrängt, verfolgt oder intellektuell

²⁵ BAB, Reichsministerium des Innern 13318, Bl. 90, Schreiben der Liga zum Schutze der deutschen Kultur an Reichsinnenminister Koch, 9. 12. 1919; GStAPK, Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, Bl. 176–178, Deutscher Reichsverband für die geistige Bekämpfung des Bolschewismus an Reichsinnenminister Koch, 2. 5. 1919.

²⁶ GStAPK, Rep. 191 (3855), Nr. 558, Bd. 1, Bl. 176, Organisations- und Tätigkeitsbericht des Volksbundes gegen Bolschewismus [1919].

²⁷ Mann, Schicksal und Aufgabe [1943], in: Mann, Essays. Bd. 5, S. 218–238, hier S. 234.

ausgeschaltet worden waren. Dabei konnte es sich um direkte Opfer bolschewistischen Terrors handeln oder um Dissidenten, die aus der Partei gedrängt worden waren. So wandelte sich etwa eine überzeugte Kommunistin des ‚ultralinken‘ Flügels wie Ruth Fischer zur ebenso überzeugten Antistalinistin²⁸.

Worum es im Folgenden aber vor allem gehen soll, ist ein intellektuell reflektierter Antikommunismus, der einer vertieften Beschäftigung mit Lenins Lehre und der Russischen Revolution sowie einem hieraus gespeisten, empirisch fundierten Lernprozess entsprang. Ein solcher empirischer Antikommunismus war in erster Linie in der Sozialdemokratie angesiedelt. Kommunistische Dissidenten hingen häufig noch einer ‚einheitlichen‘ linkssozialistischen oder ‚demokratisch‘-kommunistischen Alternative nach und erblickten die Wurzel des Übels in der Stalinisierung. Dagegen gelangten Sozialdemokraten und zahlreiche Linkssozialisten schon unmittelbar nach 1917 durch die Auseinandersetzung mit Lenin und dem Bolschewismus zu einer eindeutigen und langfristig wirksamen ablehnenden Haltung. Ihr lag ein letztlich demokratisch-aufklärerisches System von Vernunft und Kritik zugrunde, das Erfahrungswissen zu rezipieren und bestehende Urteile zu modifizieren vermochte.

Als Teil der Arbeiterbewegung und der Zweiten Internationale wussten sich die Protagonisten der deutschen Sozialdemokratie sowie des westeuropäischen Reformismus zum einen durch gemeinsame marxistische Wurzeln mit den Bolschewiki verbunden; zum anderen aber vertieften Leninismus und Russische Revolution die Kluft, die schon im europäischen Vorkriegssozialismus zu erheblichen Spannungen geführt hatte. Die Kriegserfahrung, die innersozialdemokratischen Auseinandersetzungen um die Bewilligung der Kriegskredite, schließlich die bürgerkriegsartigen Konflikte im Gefolge der Novemberrevolution erweiterten in Deutschland diese Kluft zum Abgrund. Zwar fanden sich unmittelbar nach der Oktoberrevolution zum Beispiel in der ‚Neuen Zeit‘, dem theoretischen Organ der Sozialdemokratie, vereinzelt noch neutrale, ja zum Teil wohlwollende Kommentare über den Bolschewismus, worin sich in erster Linie die Hoffnung auf den Frieden niederschlug²⁹. Je größer allerdings der Kenntnisstand über die Vorgänge in Russland wurde, desto eindeutiger wurden die Distanzierungen. Spätestens seit 1918/19 diente der sozialdemokratische Antibolschewismus auch der eigenen Identitätssicherung: einer reformistischen Identität, die sich je länger desto mehr einem evolutionären Politikverständnis verschrieben hatte.

Eine solche reformistische Identität hatte sich bereits im Zuge des Revisionismusstreits entwickelt und gefestigt; der Bolschewismus freilich forderte sie in ihrem Kern heraus und zwang die Sozialdemokratie damit, im Kontext der deutschen Revolution von 1918/19 die eigene Identität zu sichern und sie zugleich im marxistischen Sinne neu zu begründen. Dabei entbehrte es nicht der Ironie, dass der bedeutsamste Beitrag hierzu von Karl Kautsky stammte, jenem allgemein anerkannten Theoretiker also, der als wichtigster innerparteilicher Gegenspieler Eduard Bernsteins eigentlich den Hort der ‚Orthodoxie‘ repräsentierte. Kautskys Schriften über die ‚Diktatur des Proletariats‘ sowie ‚Demokratie oder Diktatur‘ setzten den Rahmen, innerhalb dessen die ‚realpolitisch‘ gesonnenen Sozialdemokraten den Bolschewismus fortan rezipierten und

²⁸ Keßler, Antistalinismus oder Antikommunismus.

²⁹ Siehe etwa: Bloss, Der neue russische Staat, in: Neue Zeit 36, Bd. 1, S. 392–397. Vgl. Lösche, Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie.

diskutierten³⁰. Unterstellt man, dass die deutschen Sozialdemokraten in der Revolution sowie in der frühen Weimarer Republik erst lernen mussten, pragmatisch-parlamentarische Politik zu betreiben und das Ziel des Sozialismus mit dem demokratischen Kompromiss zu verknüpfen, dann spielten dabei die Konstruktion des bolschewistischen Fremdbildes und das ‚interkulturell‘-kontrastive Lernen aus ihm eine besondere Rolle. Vor dem Hintergrund des verworfenen bolschewistischen Gegenbildes unterstützte dieser Lernprozess die dezidierte Hinwendung zur parlamentarischen Demokratie. Stichworte hierfür sind Utopieverzicht, Kompromissbereitschaft, Entideologisierung. Auf der Ebene der Auseinandersetzung mit Lenin und dem Bolschewismus verblassten die früheren Gegensätze zwischen den Protagonisten des Revisionismusstreits, und auch Kautsky und Bernstein fanden wieder eine gemeinsame argumentative Ebene³¹. Nicht wenige weitere Vertreter des linken Flügels der SPD bzw. der USPD wie etwa Heinrich Ströbel³², Wilhelm Dittmann³³ und *last but not least* Rudolf Hilferding unterlagen einem solchen Lernprozess. Hilferding spielte in diesem Zusammenhang eine besondere Rolle und profilierte sich als prononcierter Gegner einer Annahme der 21 Bedingungen. In seiner großen Rede auf dem USPD-Parteitag von Halle, auf dessen Tagesordnung der Beitritt zur Dritten Internationale stand, verwies Hilferding denn auch explizit auf das Lernpotential der Russischen Revolution: Es sei wichtig, aus ihren Erfahrungen zu „lernen, lernen was zu machen ist und sehr auch zu lernen, wie es nicht zu machen ist“³⁴. So wurde die ablehnende Haltung zum Bolschewismus zum entscheidenden Differenzkriterium innerhalb der deutschen Sozialdemokratie. Dies betraf auch und gerade die USPD, die sich über der Frage der Annahme der 21 Bedingungen spaltete³⁵.

Man sollte hinzufügen, dass es insbesondere der empirische Antikommunismus der Sozialdemokraten war, der in der Weimarer Republik eine Art ‚antitotalitären Grundkonsens‘ vorwegnahm. Dies betraf insbesondere den gouvernementalen Flügel der Weimarer SPD, der in Preußen die Innenverwaltung fast während der gesamten Weimarer Republik beherrschte und durch Namen wie Otto Braun, Carl Severing, Albert Grzesinski und viele andere repräsentiert wird. Unter dem sozialdemokratisch geführten Innenministerium ging Preußen strikt gegen die demokratiefeindlichen und nicht selten gewaltsamen Aktivitäten der KPD vor, was auch zu polizeilichen Übergriffen wie am 1. Mai 1929 in Berlin führte. Entscheidend aber war, dass die preußischen Innenbehörden ihre antikommunistische Grundhaltung – anders als

³⁰ Die Debatte ist dokumentiert in: Kautsky, Die Diktatur des Proletariats; Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky; Kautsky, Terrorismus und Kommunismus; Trotzki, Terrorismus und Kommunismus; Kautsky, Von der Demokratie zur Staatssklaverei. Vgl. Zarusky, Die deutschen Sozialdemokraten, S. 53–57; Winkler, Demokratie oder Bürgerkrieg, vor allem S. 3–5.

³¹ Lösche, Der Bolschewismus, S. 253. Vgl. Berger, Marxismusrezeption als Generationserfahrung im Kaiserreich, hier S. 204, zu den bereits vor 1914 bestehenden Verwandtschaften zwischen Bernsteins Revisionismus und Kautskys ‚demokratischem Sozialismus‘.

³² Siehe Ströbel, Die deutsche Revolution; Graf, Die Politik der reinen Vernunft.

³³ Siehe Dittmann, Erinnerungen, S. 720–749.

³⁴ Hilferding, Referat, in: Stephan, Zwischen den Stühlen, S. 134–165, hier S. 135f. Zum Kontext Wheeler, USPD und Internationale.

³⁵ Ausführlicher zu dem beschriebenen Lernprozess Wirsching, Antibolschewismus als Lernprozess.

dies auf Reichsebene der Fall war – mit einer ebenso klaren wie konsequenten Bekämpfung des Rechtsextremismus und der NSDAP verbanden³⁶. Am Ende brachte dies der Sozialdemokratie die Todfeindschaft beider extremistischer Bewegungen ein beziehungsweise bestätigte aus der Sicht der Kommunisten einmal mehr ihren seit 1914 vorgeblich aktenkundigen ‚Arbeiterverrat‘.

III.

Aus dem bisher Gesagten ist deutlich geworden, wie vielschichtig der Begriff des Antikommunismus ist. Zumindest vordergründig versammelte er ganz unterschiedliche Kräfte unter einem gemeinsamen Banner und bildete ein entscheidend wichtiges Querschnittsphänomen der Weimarer politischen Kultur. Allerdings bewirkten die Krise der Weimarer Republik und die nationalsozialistische Machtergreifung eine scharfe Aufspaltung der hier diskutierten Kräfte. Während des ganzen Jahres 1933 bildete der Antikommunismus eine Integrationsideologie, die sich durch das bürgerliche wie das katholische Lager hindurch zog und von den Nationalsozialisten in Form ihres funktionalen Antikommunismus zur scharfen Waffe gegen ihre politischen Gegner geschmiedet wurde.

Tatsächlich ist in der bürgerlichen Mehrheitsgesellschaft des Jahres 1933 wohl kein anderes weltanschauliches Element auf so breite Akzeptanz gestoßen wie der Antikommunismus beziehungsweise ein weitaus diffuserer, ganz generell gegen die Organisationen der Arbeiterschaft gerichteter ‚Antimarxismus‘. Beides war selbstverständlich nicht dasselbe. Vielmehr verwischte der Begriff des ‚Antimarxismus‘ die klare Grenze, ja die tiefen Gegensätze, die zwischen Kommunisten einerseits und (Links-) Sozialisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaften andererseits bestanden und die ja zum Teil aus den oben beschriebenen Lernprozessen entstanden waren. Schon damals führten keineswegs alle Wege des Marxismus nach Moskau³⁷. Aber im konservativen, bürgerlichen und katholischen Lager wollte man spätestens seit dem allgemeinen Rechtsruck im Jahre 1930 von entsprechenden Differenzierungen immer weniger wissen. Hitler wusste diese Stimmung im Verlauf seiner ‚Machtergreifung‘ genau einzuordnen und für seine Zwecke zu nutzen.

Schon am 3. Februar 1933 eröffnete er der Reichswehrführung in geradezu brutaler Offenheit seine politischen Ziele, wobei er eine klare Etappenfolge skizzierte: Erst würde er seine innenpolitischen Gegner „vernichten“, um dann ein solcherart „geeintes“ Deutschland in den Krieg um Lebensraum zu führen. Um dieses Ziel zu erreichen, müsse „jeder Versuch des Landesverrats [...] rücksichtslos mit dem Tode bestraft werden. Niederwerfung des Marxismus mit allen Mitteln ist mein Ziel. [...] Was nützt eine Armee aus marxistisch infizierten Soldaten. Was nützt die allgemeine

³⁶ Siehe insbesondere: Preußische Referentendenschrift, in: Staat und NSDAP 1930–1932, S. 51–81; Denkschrift des Preußischen, in: ebenda, S. 96–155. Zur ideologischen Zweifrontenauseinandersetzung der preußischen Innenbehörden vgl. Wirsching, Weltkrieg, S. 299 ff. und 549 ff.

³⁷ So der Slogan eines der bekanntesten Wahlplakate der Unionsparteien aus dem Jahre 1953: „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“. http://www.hdg.de/lemo/objekte/pict/JahreDesAufbausInOstUndWest_plakatCDUAlleWegedesMarxismus1953/index.html.

Wehrpflicht wenn vor und nach der Dienstzeit die Soldaten jeder Propaganda zugänglich sind. Erst muss der Marxismus ausgerottet werden. Dann wird das Heer durch die Erziehungsarbeit meiner Bewegung erstklassiges Rekrutenmaterial haben, und es wird die Garantie bestehen, dass der Geist der Moral und des Nationalismus auch nach der Dienstzeit in den Rekruten erhalten bleibt. Um dieses Ziel zu erreichen, erstrebe ich die gesamte politische Macht. Ich setze mir die Frist von 6–8 Jahren um den Marxismus vollständig zu vernichten. Dann wird das Heer fähig sein eine aktive Aussenpolitik zu führen, und das Ziel der Ausweitung des Lebensraumes des deutschen Volkes wird auch mit bewaffneter Hand erreicht werden – Das Ziel würde wahrscheinlich der Osten sein“³⁸.

Dementsprechend wurde der ‚Antimarxismus‘ zum Codewort der Gewalt, die nach dem 30. Januar 1933 zum Programm des Bürgerkriegs eskalierte. Schon Ende Juli 1932 hatte Göring gegenüber der Reichswehr bemerkt, der Marxismus müsse „restlos vernichtet“ werden, die SA sei seit langem darauf „dressiert“³⁹. Und es ist bezeichnend, dass die Generäle, denen Hitler sein Programm erläuterte, es zwar außenpolitisch „wenig klar“ fanden, in Bezug auf die innenpolitischen Probleme aber „sehr logisch und theoretisch gut“⁴⁰. Tatsächlich teilte die von Hitler gesprochene Sprache des ‚Antimarxismus‘ die deutsche Gesellschaft damals wohl in ihrer Mehrheit. Ganz im Sinne eines funktionalen Antikommunismus wurde sie von Hitler und der NSDAP zu einer Sprache des Verbrechens geformt, die sich im Kern gegen das Gewaltenmonopol des bürgerlichen Rechtsstaats selbst richtete.

Wie weit dies unter den nicht-nationalsozialistischen Eliten ‚anschlussfähig‘ war, zeigen nicht nur die Reaktionen der Generäle am 3. Februar 1933 und die anfängliche Unterstützung Hitlers durch seine nationalkonservativen Koalitionspartner Papen und Hugenberg. Auch in der DVP fand Hitlers Position Anerkennung. Zwar sei man sich „der Trennungslinien gegenüber der N.S.D.A.P.“ stets bewusst gewesen, unterstrich der Parteiführer Eduard Dingeldey am 23. April 1933. „Es muß aber ausgesprochen werden, daß der Führer jener Partei, seitdem er der führende Staatsmann ist, unzweifelhaft an Geltung gewonnen hat [...]. Die historischen Fortschritte sind nicht zu bestreiten, die in dieser Zeit errungen wurden, die Zerstörung des Geistes der Revolution, das Verschwinden des Kommunismus.“⁴¹

Ähnlich gestaltete sich die Reaktion der christlichen Kirchen. Zwar ist überzeugend gezeigt worden, in welch hohem Maße das Jahr 1933 für den deutschen Protestantismus eine Art Erweckungserlebnis war, das in seiner Intensität an den August 1914 erinnerte⁴². Aber die ideologische Affinität zwischen christlichen Volkskirchen und Nationalsozialismus im Hinblick auf eine militante antikommunistische Grundhal-

³⁸ Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren“, hier S. 547.

³⁹ Zitiert bei: Mommsen, Die verspielte Freiheit, S. 448.

⁴⁰ Wirsching, „Man kann nur Boden germanisieren“, S. 545.

⁴¹ Sitzung des Zentralvorstandes der DVP in Berlin, in: Nationalliberalismus in der Weimarer Republik, S. 1256.

⁴² Siehe Gailus, 1933 als protestantisches Erlebnis. Umfassend: Ders., Protestantismus und Nationalsozialismus. Gailus geht allerdings auf die Frage des Antikommunismus als Bindemittel zwischen Protestantismus und NS-Regime kaum ein.

tung ist insgesamt zu wenig herausgearbeitet worden⁴³, obwohl sie mit Händen zu greifen ist. Das gilt keineswegs nur für die Deutschen Christen, sondern für den Kern bürgerlich-evangelischer Religiosität und durchaus auch für die Bekennende Kirche. So wollte sich der Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers, August Friedrich Karl Marahrens, der dem NS-Regime eher distanziert gegenüberstand, die Deutschen Christen bekämpfte und eine prominente, wenngleich umstrittene Figur des Kirchenkampfes war, zumindest in Sachen mangelhafter Bekämpfung des ‚Bolschewismus‘ nichts nachsagen lassen. Als ihn 1934 ein nationalsozialistischer Amtsbruder mit entsprechenden Vorwürfen überzog, widersprach Marahrens in einem Rundschreiben: „Die Äußerungen über die Versäumnisse der Kirche im Kampf gegen den Bolschewismus lassen ein gerechtes und den Tatsachen entsprechendes Urteil vermissen. Vom Jahre 1919 an haben Hunderte von Pastoren – zum Teil unter den bedrückenden Verhältnissen der Großstadt – um des Evangeliums willen einen unentwegten, durchaus mit dem Einsatz der ganzen Persönlichkeit verbundenen Kampf gegen Freidenkertum und Bolschewismus geführt. Das darf um so mehr gesagt werden, als unser Dank für die die kirchliche Arbeit erleichternden Ergebnisse des aus politischen Gründen geführten Kampfes des Nationalsozialismus ehrlich und dankbar anerkannt werden.“⁴⁴

Auch knapp vier Jahre nach der nationalsozialistischen Machtübernahme, am Buß- und Bettag 1936, gedachte Marahrens gemeinsam mit seinen lutherischen Amtsbrüdern der antikommunistischen Verdienste des NS-Regimes: „Der Bußtag, den wir heute mit allen evangelischen Gemeinden in unserem Volke begehen, steht unter Sturmzeichen voll unheimlicher Bedeutung. Der *Bolschewismus*, der in Rußland seit Jahren den Christusglauben auszurotten trachtet, hat auf andere Länder übergegriffen und treibt sein Werk der Zerstörung der Völker und Kirchen weiter vor. [...] In unserem Vaterland ist durch das Werk des Führers ein Schutzwall gegen diese Mächte der Zerstörung aufgerichtet, dafür danken wir Gott dem Herrn, dem Lenker der Geschichte und flehen zu ihm, daß er auch weiterhin alle Anstrengungen segne, durch die der Schrecken des Bolschewismus von uns ferngehalten und allenthalben überwunden werden kann.“⁴⁵

Die katholische Kirche brachte zwar bis zum 30. Januar 1933 eine klare und im Kern weitaus eindeutige Abgrenzung gegenüber der NS-Bewegung auf als die Protestanten. Und es fehlte auch nicht an weitsichtigen Verurteilungen des Nationalsozialismus und an der Erkenntnis seines Unrechtscharakters. Fritz Gerlich etwa entwickelte in seinem Organ ‚Der Gerade Weg‘ geradezu eine Art katholischer Totalitarismustheorie, die den Nationalsozialismus als ebenso verbrecherisch wie den Kommunismus darstellte⁴⁶. Gerlich bezahlte dafür bald nach der ‚Machtergreifung‘ mit seinem Leben. Und als die deutschen Bischöfe unmittelbar nach der Ernennung

⁴³ Für Klaus Scholder spielte „das Motiv der Rettung vor dem Kommunismus in den kirchlichen Überlegungen [...] für beide Konfessionen eine große, zum Teil entscheidende Rolle“, allerdings führt er diesen Gedanken nicht weiter aus: *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. 1.

⁴⁴ Rundschreiben des Landesbischofs, in: Klügel, *Die lutherische Landeskirche*, S. 58.

⁴⁵ Kundgebung des Lutherrats zum Buß- und Bettag 1936, in: ebenda, S. 197.

⁴⁶ Siehe: Gerlich – ein Publizist gegen Hitler, hier insbesondere die Einleitung des Bearbeiters Rudolf Morsey, S. 27 ff.

Hitlers ‚umkippten‘ und dem Kirchenvolk zugestanden, das ‚Dritte Reich‘ mitzugestalten, spielte das Motiv des Antikommunismus eine entscheidende Rolle. Schon im März 1933 summierte Kardinal Faulhaber in einem persönlichen Memorandum über Hitler, „was an ihm zu loben ist“: „Er betrachtet es als die Aufgabe seines Lebens, den Marxismus in jeder Form, besonders den Kommunismus, als Wirtschafts- und als Staatsprinzip zu ‚vernichten‘.“⁴⁷ Und in wie hohem Maße der Vatikan unter Pius XI. 1933 auf ein Bündnis gegen den Kommunismus und ein entsprechend kraftvolles Mitwirken des NS-Regimes hoffte, ist erst kürzlich eindrücklich nachgewiesen worden⁴⁸.

Wie weit schließlich die katholische Sorge um die adäquate Bekämpfung des Kommunismus gehen konnte und wie weit manche Vertreter des Katholizismus zu diesem Zweck mit Hitler zu gehen bereit waren, zeigen die Verhandlungen, die Hans Ritter von Lex namens der BVP Mitte März 1933 mit Hitler führte. Hintergrund war die kurzzeitig auftauchende Illusion, eine Koalition zwischen BVP und NSDAP könne zumindest in Bayern die Errichtung der Diktatur vermeiden. „Die Bayerische Volkspartei“, so versicherte Lex gegenüber dem neuen Reichskanzler, „sei mit der Niederbringung des Marxismus einverstanden, aber in Formen, die dem christlichen Sittengesetz entsprechen. Hinsichtlich des Kommunismus [...] könne die BVP in weitest gehendem Maße mitgehen [...]. Bei der Sozialdemokratie handle es sich um eine Richtung des Marxismus, der gegenüber man weniger die physische Ausrottung als die geistige Überwindung anwenden solle.“⁴⁹ Die „physische Ausrottung“ zumindest der Kommunisten wurde also bewusst mit einkalkuliert. Es entbehrt nicht der Ironie, daß Ritter von Lex 1954 als Staatssekretär im Bundesinnenministerium federführend das Verbotsverfahren gegen die KPD vorantrieb und 1954 das Eingangsplädoyer für die Bundesregierung hielt⁵⁰.

Hier wird noch einmal schlaglichtartig die Grundproblematik des Themas ‚Antikommunismus‘ als Forschungsgegenstand deutlich. Denn unter den Auspizien des antitotalitären Grundkonsenses, den sich die junge Bundesrepublik erfolgreich auf ihre Fahnen schrieb, war die Aktivität des Ritter von Lex nicht zu beanstanden. Natürlich konnte es politisch durchaus höchst vernünftig sein, sich antikommunistisch zu engagieren, das heißt, eine freiheitlich-demokratische Grundordnung gegen die unleugbare Herausforderung durch die totalitäre Ideologie zu verteidigen. Entscheidend war der Referenzrahmen, in den Antikommunismus ideologisch und politisch-praktisch eingeordnet wurde. Und in dieser Beziehung blieb der Antikommunismus im Sinne seiner Instrumentalisierung ideologiefähig für antidemokratische und antilibérale Motive. Ein solcher funktionaler Antikommunismus war so alt wie die Russische Re-

⁴⁷ Volk, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933, S. 221.

⁴⁸ Schulze, Antikommunismus als politischer Leitfadens des Vatikans?

⁴⁹ Dierker, „Ich will keine Nullen, sondern Bullen“, hier S. 139.

⁵⁰ Ritter von Lex, Eingangsplädoyer des Prozeßvertreters der Bundesregierung. Siehe auch: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung Band 8, hier zitiert nach: Kabinettsprotokolle der Bundesregierung online, 74. Kabinettsitzung am 9. März 1955, A. KPD-Prozeß in Karlsruhe.

volution selbst. Er begegnete bereits im russischen Bürgerkrieg und in der Folge überall in Europa auf Seiten der extremen Rechten. Er wurde zu einem integralen Bestandteil des Faschismus und setzte sich auch nach 1945 im Zeitalter des Kalten Krieges fort – man denke nur an den ‚*McCarthyism*‘.

In Deutschland wurde der Antikommunismus breiter Kreise historisch kontaminiert durch die hier gegebene punktuelle Komplizenschaft mit dem Nationalsozialismus. Zwei Jahrzehnte vor seinem Auftritt vor dem Bundesverfassungsgericht hatte Ritter von Lex im Gespräch mit Hitler zumindest verbal ein geradezu erschreckendes Verständnis für dessen Vernichtungsprogramm zum Ausdruck gebracht. Überdies tritt hier paradigmatisch das bürgerliche bzw. christlich-konservative Unvermögen bzw. der Unwillen zu Tage, deutlich zu trennen zwischen demokratischen und nicht-demokratischen Kräften in der Arbeiterbewegung. Durch eine solche unleugbare Affinität zu Hitlers Bürgerkriegsprogramm des Jahres 1933 im Zeichen des Antikommunismus haben größte Teile der bürgerlichen, konservativen und christlichen Kräfte in Deutschland die demokratisch-pluralistische Chance der deutschen Entwicklung desavouiert. Die weit verbreitete und politisch, rechtlich und moralisch verheerend wirkende Gewaltakzeptanz, die weite Teile der deutschen Mehrheitsgesellschaft in den Jahren 1932/33 an den Tag legten⁵¹, war hierfür bezeichnend. Und in diesem Sinne unterlag diese Gesellschaft durchaus einer „Grundtorheit der Epoche“.

⁵¹ Vgl. hierzu Schumann, Gewalt als Methode der nationalsozialistischen Machteroberung, hier S. 141–143.

Bernd Greiner

Antikommunismus, Angst und Kalter Krieg

Eine erneute Annäherung

Weil Antikommunismus so alt wie der Kommunismus ist, mutet sein Auftreten im Kalten Krieg auf den ersten Blick wie ein *Déjà-Vu* an. Im Grunde sind die einschlägigen Parolen noch älteren Datums. Ob Deutschland zur Zeit der Sozialistengesetze oder die USA während der Anarchistenbewegung der 1880er Jahre, die Stereotype sind austauschbar, sieht man von wenigen landestypischen Einsprengseln ab. Erst Recht trifft diese Beobachtung auf die Zeit nach dem Ersten Weltkrieg zu, als der sogenannte *Red Scare* – die Furcht vor der ‚Roten Flut‘ – diesseits wie jenseits des Atlantik den öffentlichen Raum überschwemmte. Angst-Machen und Angst-Haben, Selbsthysterisierung und Selbstmobilisierung treten an unterschiedlichen Orten und zu verschiedenen Zeiten als Signatur verstörter Seelenlandschaften auf.

Stets ist dabei zu beobachten, wie die öffentliche Kommunikation das subjektive oder kollektive Empfinden von Angst verändern und am Ende Ängste ganz neuer Art oder anderen Umfangs generieren kann¹. Scheinbar nichtige Anlässe wie Gerüchte reichen mitunter aus, um unspezifische Befürchtungen in angsterfüllte Hysterie und Wut gegen deutlich identifizierbare Sündenböcke zu verwandeln. Sozialpsychologen sprechen von ‚sozialen Kaskaden‘ und ‚Gruppenpolarisierung‘, von einer infektiösen Dynamik, die durch soziale Interaktion befördert wird. In den Worten von Cass Sunstein: „Es ist gut belegt, dass Mitglieder von Gruppen, in denen ein Austausch über ein Problem stattfindet, verglichen mit ihren vorherigen Neigungen letztlich oft eine extremere Position einnehmen. Gruppen sind deshalb unter Umständen weitaus ängstlicher, als ihre Mitglieder es vor der Beratschlagung waren.“² Die Rede ist also von ‚moralischer Panik‘ und ihren weithin geläufigen Synonymen: Denunziation, Nachbarschaftskontrolle, Bspitzelung oder Hexenjagd. Ob Feinde real präsent sind oder letztlich nur imaginiert werden, ist im Grunde von nachrangiger Bedeutung. Der wehrhafte Ausnahmezustand ist – wie am Beispiel des Antisemitismus, der Lynchjustiz oder eben des Antikommunismus unschwer zu erkennen – auf vielfältige und im Zweifel auch konträre Weise begründbar. Seine eigentliche Pointe aber liegt in der Kraft des Rituals: Sich als Einzelner an der Selbstreinigung zu beteiligen, heißt, auf demonstrative Art und Weise der Verantwortung für das Gemeinwohl gerecht zu werden. In diesem Sinne lenkte Edmund Burke bereits Ende des 18. Jahrhunderts den Blick auf Angst als emotionaler Ressource von Politik: „Es ist nicht so sehr das tatsächliche Vorhandensein einer Bedrohung als vielmehr die Vorstellung dieser Bedrohung, die der Erneuerung oder Restauration dient.“³ Womit im Vorbeigehen gesagt ist, wovon Ängste zu guter Letzt auch handeln – von Erweckungserlebnissen und Erlösungsphantasien.

¹ Vgl. Bourke, Fear, S. 75, 184, 287.

² Sunstein, Gesetze der Angst, S. 16.

³ Zit. nach Robin, Fear, S. 171. Vgl. ebenda, S. 14f., 172f., 184, 216f., 249f.

Wann aber, so ließe sich mit gutem Grund einwenden, hat es je angstfreie Epochen in der Menschheitsgeschichte gegeben, Zeiten ohne Angst vor Schmerz, Sterben und Tod, vor Gott, der Hölle und dem Teufel, vor natürlichen oder vom Menschen gemachten Katastrophen, ohne Angst vor Krankheit, Verbrechen, Verarmung, vor einer ungewissen Zukunft, vor Neuem und Unbekannten? Angst ist bekanntlich das ursprünglichste, in der Bibel vor allen anderen Emotionen genannte Gefühl. Und Angst ist, wie Joanna Bourke bemerkt, eine in Zeit und Raum vagabundierende Emotion, weitläufiger und intensiver als andere Emotionen. „Angst würfelt Individuen auf ganz unterschiedliche Weise zusammen. Es ist die demokratischste aller Emotionen und betrifft jeden, der über das Risiko seines eigenen Todes nachdenkt.“⁴ Was wäre, so gesehen, an der Geschichte des Antikommunismus erstaunlich, aufregend und bedenkenswert? Fügen sich die in dieser Zeit aktivierten Emotionen nicht nahtlos in eine universelle Geschichte der Angst? Oder, um die Frage zuzuspitzen: Erscheint vor diesem Hintergrund eine Beschäftigung mit dem Antikommunismus überhaupt sinnvoll? Kann man sich Einsichten jenseits des Erwartbaren erhoffen?

Bekanntlich ist es methodisch nicht nur zulässig, sondern bisweilen geradezu zwingend, nach der Normalität im Extremen zu fragen. In anderen Worten: aus der Analyse des Außeralltäglichen Hinweise auf die Funktionsweisen des Alltags zu gewinnen. Dass der amerikanische Antikommunismus zur Zeit des Kalten Krieges als besonders extreme Variante eines internationalen Phänomens aus dem Rahmen fällt, liegt auf der Hand. Mit dem McCarthyismus wurde nicht nur die längste Phase politischer Repression in den USA eingeleitet, sondern auch ein emotionaler Ausnahmezustand inszeniert, dessen Schleifspuren auch nach Jahrzehnten noch deutlich erkennbar sind. Die Rede ist von einer ideologischen Totalmobilmachung, deren absurde Verstiegtheit für sich selbst spricht. Beispielsweise mussten Hobbyangler, die Mitte der 1950er Jahre im Staat New York ihre Lizenz zum Fischen in regionalen Gewässern beantragten, eine Treueerklärung auf die Verfassung unterschreiben⁵ – und damit vermeintlich dokumentieren, dass sie nicht vorhatten, die Brunnen zum Zweck des gesellschaftlichen Umsturzes zu vergiften. Dergleichen Beispiele sind Legion. Sie fügen sich zum Signum eines nervösen Zeitalters, in dem Angst weit mehr war als ein steinerner Gast. Angst und die Suche nach Mitteln zu ihrer Einhegung okkupierten die politische Vorstellungswelt. Kurz: Angst war das Synonym zum Kalten Krieg und umgekehrt.

I. Krise, Krieg und das Versprechen ‚universeller Sicherheit‘

Wie aber dechiffriert man als Historiker eine Emotion, wie kommt man den Ängsten von Individuen, Gruppen oder gar Kollektiven auf die Spur? Wie erklären wir uns die besondere Verkoppelung von Angst und Antikommunismus im Kalten Krieg? Und was sagt uns das amerikanische Extrem über die vergleichsweise normalen Erscheinungsweisen des Antikommunismus andernorts?

Zunächst verweist das Beispiel des amerikanischen Antikommunismus auf eine für die Geschichte und Historiografie von Emotionen grundsätzliche Überlegung. Was

⁴ Bourke, *Fear*, S. 354f.

⁵ Vgl. Schrecker, *Many are the Crimes*, S. 154.

immer Angst im Einzelnen sein mag, sie handelt stets von der Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen. So sehr ihre raumgreifende Dynamik mit den Umständen ihrer konkreten Zeit verkoppelt ist, so wenig ist sie allein aus den Umständen dieser Zeit heraus erklärbar: Angst ist – wie andere Gefühle auch – in unterschiedlichen Zeithorizonten verortet, sie verbindet die Gegenwart sowohl mit der Vergangenheit als auch mit der Zukunft.

Amerikas ‚nationale Meistererzählung‘ mutet wie eine Fundgrube zur Illustration dieses Zusammenhangs an: Seit ihren frühen Tagen ist die vorbildliche Nation von missgünstigen Nachbarn und Feinden umstellt; sie muss stets damit rechnen, überraschend und aus dem Hinterhalt unterwandert oder angegriffen zu werden; bei diesen Attacken geht es stets ums Ganze, nämlich darum, „mankind’s best and last hope“ zu Fall zu bringen oder so weit zu schädigen, dass Amerika andernorts nicht mehr als nachahmenswertes Vorbild wahrgenommen wird. Obwohl man sich am Ende gegen jedwede Unbill oder Übermacht behaupten konnte, gibt es keinen Grund zur Beruhigung; allzu schwer wiegt die Imagination der Rettung in letzter Minute und eines Ringens, das wiederholt auch im Desaster hätte enden können. Gespeist von Unheil kündenden Erinnerungen an zurückliegende Ereignisse, steht Angst also für die Erwartung, dass sich ähnliches Unheil unweigerlich wiederholen wird.

Zur Angst vor der Unterwanderung von Außen gesellte sich im 20. Jahrhundert die Panik vor einem hausgemachten Scheitern Amerikas. Seither gehört ein Begriff der klinischen Psychologie auch zum politischen Alltagsvokabular: ‚Große Depression‘. Aus gutem Grund. Die seit 1929 ein Jahrzehnt währende Wirtschaftskrise bricht bis heute alle Negativrekorde. Jede zweite Maschine in der Automobilindustrie, dem Stolz der amerikanischen Industriekultur, musste abgeschaltet werden, zeitweise war die Hälfte aller Amerikaner im arbeitsfähigen Alter un- oder unterbeschäftigt. Schätzungen zum *lost output* in den dreißiger Jahren besagen, dass 35 Millionen Eigenheime und 179 Millionen Autos – oder der Gegenwert von 716 000 Schulen – nicht gebaut werden konnten. Ländliche Regionen im Südosten und mittleren Westen des Landes wurden überdies von einem beispiellosen ökologischen Desaster heimgesucht, als wochenlange Sturmböen die durch Monokulturen geschundenen Ackerböden von Oklahoma, Arkansas und Texas buchstäblich wegbriesen. Infolge lückenhafter empirischer Erhebungen haben wir keine genauen Angaben über die Arbeitslosenrate auf dem Land und mithin in Gebieten, wo damals noch 44 Prozent der Bevölkerung lebten. Man tut daher gut daran, die offiziellen Angaben als Minimum anzusetzen. Die Erwerbslosenquote lag in den Jahren 1939 und 1940 zwischen 15 und 17 Prozent. Will heißen: Zwischen 8,5 und 9,5 Millionen Menschen waren ohne Lohn und Brot. Niemals zuvor hatten die Vereinigten Staaten eine derart tiefgreifende und hartnäckig lange Erschütterung durchleben müssen⁶.

Die psychischen und moralischen Verwüstungen, die sich hinter diesen und ungezählten anderen Daten verbergen, sind – zumal aus einer europäischen Perspektive – kaum zu ermessen. Bis 1929 hatte das Wort ‚Krise‘ oder ‚Scheitern‘ keinen Platz in der kulturellen Folklore des Landes. Eines Landes, das am Ende des 19. Jahrhunderts mit der Erschließung des Westens zwar an seine geographischen Grenzen gestoßen war, aber in den Jahrzehnten danach durch die Aufnahme von mehr als 20 Millionen

⁶ Vatter, *The U.S. Economy in World War II*, S. 3, 7, 14, 17.

europäischer Einwanderer – mehr als jemals zuvor – seine Vitalität eindrucksvoll unter Beweis gestellt hatte. In einer Stadt wie Chicago beispielsweise, die in den 1920er Jahren 2,7 Millionen Einwohner zählte, war ungefähr ein Drittel in Übersee geboren – Menschen, für die Amerika nie nur ein Land, sondern stets auch ein Lebensentwurf bedeutete. Man kann sich kaum eine Gesellschaft vorstellen, die für einen Rückschlag in der Art der Großen Depression psychisch schlechter hätte vorbereitet sein können – eine Gesellschaft, in der selbst die tiefen Spaltungen zwischen Klassen, Rassen und Geschlechtern noch als Potential einer gewinnträchtigen Zukunft gedeutet wurden. Nun aber, gleichsam über Nacht, schien der Traum vom ewig währenden Fortschritt und garantierten sozialen Aufstieg an ein unwiderrufliches Ende gekommen zu sein. Die Krise der Wirtschaft wurde als Scheitern einer gesellschaftlichen Utopie gedeutet – als Scheitern der Vision, an die Stelle einer Gesellschaft von „have and have nots“ eine Gemeinschaft von „have and will haves“ zu setzen. Wer also, so die These des Historikers David M. Kennedy, die ‚Große Depression‘ nicht verstanden hat, wird auch vom Rest amerikanischer Geschichte im 20. Jahrhundert nichts verstehen⁷.

Egal, ob man sich aus freien Stücken und scheinbar grundlos ängstigt oder Angst-machern auf den Leim geht, auf Dauer sind dergleichen Ängste weder Einzelnen noch Kollektiven zuträglich. Erstere drohen an ihrer Psyche Schaden zu nehmen, Letztere stoßen an die Grenzen politischer Integration und Kohäsion, wenn der Staat sein ur-eigenstes Anliegen – nämlich Sicherheit und Freiheit von Angst zu gewährleisten – nicht mehr zu bedienen weiß. Kaum einer hatte diesen Zusammenhang besser verstanden als der damalige Präsident Franklin D. Roosevelt. Und niemand hatte einen griffigeren Gegenentwurf zur Hand als er: „All you have to fear is fear.“

„Sicherheit“ und „Freiheit vor Furcht“ bildeten die semantische Achse der Roosevelt-schen Krisenrhetorik. Sicherheit der Arbeitsplätze, der Märkte, der Finanzwelt, Sicherheit in der Lebensplanung – selbst der traditionelle Entwurf amerikanischer Freiheit, der bekanntlich die Bereitschaft zum Risiko höher als alles andere veranschlagt und im Grunde eine Aussöhnung mit fortwährender Unsicherheit reklamiert, wurde in diesem Sinne umdefiniert. Amerika bietet Sicherheit, so die Rede, weil es frei ist und diese Freiheit verlangt nach uneingeschränkter Sicherheit. Der besondere Akzent lag auf „uneingeschränkt“ – ein Adjektiv mit weit reichenden Implikationen. Denn wie kein anderer vor ihm verklammerte Franklin Roosevelt die innen- und außenpoli-tischen Dimensionen von Sicherheit. „Es kommt die Zeit im Leben der Menschen, da sie sich nicht allein auf die Verteidigung von Haus und Hof vorbereiten müssen“, so der Präsident in seiner Ansprache an die Nation vom 4. Januar 1939, „sondern auf die Verteidigung der religiösen und humanitären Fundamente, auf denen ihre Kir-chen, ihre Regierungen und ihre Zivilisation gründen. Die Verteidigung der Religion, der Demokratie und des guten Einvernehmens unter den Nationen sind allesamt Teil desselben Kampfes.“⁸

⁷ Kennedy, *Freedom from Fear*.

⁸ Zit. nach Rosenman, *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*, Bd. 2, S. 1. Vgl. Zevin, *Nothing to Fear*, S. 266f.; Foner, *The Story of American Freedom*, S. 224, 237; Kennedy, *Freedom from Fear*, S. 146, 246–248, 256, 365, 378, 760f.; Shils, *The Torment of Secrecy*, S. 92–98; Gallup, *The Gallup Poll*, Bd. 1, S. 1–257.

Religion – Demokratie – Zivilisation: Drei Koordinaten eines Politikmodells, das auf wechselseitiger Verschränkung oder der Verflüssigung traditionell scharf gezogener Grenzlinien beruht. Innenpolitik wird zu einem integralen Bestandteil der Außenpolitik und umgekehrt, Militärstrategie ist von Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht mehr zu trennen, kulturelle Identität wird an eine auch jenseits der eigenen Grenzen zu wahrende Sicherheit gekoppelt. Kurz: die Logik des einen definiert die Agenda des anderen, Sicherheit ist nur als unteilbare vorstellbar.

Die ironische Pointe dieser Vision von ‚universeller Sicherheit‘ trat erst im Laufe der folgenden Jahrzehnte ins Bewusstsein. So sehr Roosevelt es darauf angelegt hatte, Angst im Begriff der ‚Sicherheit‘ ruhig zu stellen, wenn nicht unsichtbar zu machen, so wenig blieb er Herr über die von ihm angestoßene Entwicklung. Im Gegenteil: Der Schock von Pearl Harbour, erst Recht aber die Erfahrung mit dem ‚totalen Krieg‘ gegen Deutschland und Japan wurden als Beginn einer neuen politischen Zeitrechnung wahrgenommen: Wenn Kriege nur noch durch die Mobilisierung aller Ressourcen zu führen waren und buchstäblich in jede Pore des gesellschaftlichen Lebens eindringen, dann durfte es umgekehrt auch bei der Wahrung von Sicherheit keine Grenzen geben. Demnach war nur ein auf ‚totale Sicherheit‘ orientiertes Denken und Handeln realitätstauglich. Der unhintergehbare Preis dieser weltanschaulichen Wende wurde damals allenfalls von randständigen Intellektuellen wie Dwight Macdonald thematisiert: Dass nämlich jedwede Ausweitung des Sicherheitsversprechens die Sensibilität für reale und imaginierte Unsicherheiten schärft und unweigerlich zum Nährboden neuer und im Wortsinn entgrenzter, maßloser Ängste wird – und zur Matrix einer ‚totalen Politik‘, die mit manichäischen, auf die Auslöschung des Bösen fixierten Visionen den politischen Diskurs vergiftet⁹.

Die Karriere des Begriffs ‚nationale Sicherheit‘ illustriert diesen Zusammenhang auf eine bis heute gültige Weise. Im Grunde blieb kein Bereich des politischen und gesellschaftlichen Lebens, keine private oder öffentliche Aktivität ausgespart: Schlechterdings alles war ein Problem ‚nationaler Sicherheit‘. Weil Streiks die Rüstungs- und Verteidigungsanstrengungen unterlaufen konnten, bürgerte sich der Begriff der *industrial security* ein. Weil politische Arbeit mit oder für Minderheiten – beispielsweise zur Rekrutierung schwarzer Wähler – das Bild einer gespaltenen, uneinigen Nation transportierte, trat die Kategorie der ‚sozialen Sicherheit‘ in ihrer disziplinierenden Variante in Erscheinung. Und weil die Gefahr überall lauerte, hatte der Staat vermeintlich ein legitimes Zugriffsrecht auf alle Bereiche des gesellschaftlichen und privaten Lebens – vorausgesetzt, er konnte sich als ‚totale Sicherheit‘ gewährender Staat glaubhaft in Szene setzen¹⁰.

Man könnte auch von der schleichenden Neugründung der Vereinigten Staaten sprechen, zumindest von einer Neukonfiguration des politischen Diskurses. In dessen Mittelpunkt standen fortan Visionen effektiver Prävention und allumfassender Vor-

⁹ Vgl. Sherry, *In the Shadow of War*, S. 30–35, 41, 57–59, 62, 197; Overy, *Die Wurzeln des Sieges*, S. 141, 146–148, 377; Koistinen, „Toward a Warfare State: Militarization in America during the Period of the World Wars“, S. 49, 53; Fussell, *Wartime*, S. 168–173; 177–180; Hofstadter, *The Paranoid Style in American Politics and Other Essays*, S. 3–41; Moynihan, *Secrecy*, S. 127–131; Shils, *Torment of Secrecy*, S. 619, 630–633.

¹⁰ Vgl. Schrecker, *Many are the Crimes*, S. 105f., 189f.

sorge – das vermeintliche Gegengift zur hintergründigen Panik der Epoche. Diesem Verständnis zufolge müssen Gefahren bekämpft werden, bevor sie konkret geworden sind, muss selbst dann gehandelt werden, wenn es weder schlüssige Vermutungen noch hinreichende Beweise für eine Bedrohung gibt. In anderen Worten: Die Frage ist nicht, ob oder wie wahrscheinlich ein Szenario ist; dass es potentiell vorstellbar ist, gibt den Ausschlag. Folglich scheinen die Risiken des Nichthandelns allemal größer als die Risiken des Handelns. In den Worten von Cass Sunstein: Es ist vor Risiken zu schützen, „über die keine vollständige Gewissheit besteht“, es muss auch und gerade dann gehandelt werden, „wenn die Kausalzusammenhänge unklar sind und wir nicht wissen, ob die Gefahren tatsächlich eintreten werden. [...] Nur oder vor allem dem schlimmstmöglichen Fall wird Beachtung geschenkt, selbst wenn dieser höchst unwahrscheinlich ist. [...] Das Vorsorgeprinzip [scheint] nur deswegen Orientierung zu bieten, weil die Frage der Wahrscheinlichkeit vernachlässigt wird.“¹¹ Darum dreht sich die Sprache der politischen Mobilisierung wider die Angst, die immer auch eine Selbstmobilisierung verängstigter Subjekte ist¹².

II. Zur Bändigung von Angst im Kalten Krieg

Seit Beginn des Kalten Krieges firmierte die politische Rezeptur wider Zukunftsangst und Alltagspanik in den USA unter dem Slogan *Permanent Preparedness*. ‚Allzeit bereit‘ klingt gefälliger als ‚totale Mobilisierung‘, meint aber dasselbe. Die wirtschaftliche Seite dieser Entwicklung ist hinreichend bekannt: Erstmals wurde Rüstung zum Kriege nicht als Bedrohung des freiheitlichen Gesellschaftsentwurfs, des *American Way*, gedeutet. Im Gegenteil: Gefordert wurden eine jederzeitige Kriegsbereitschaft und die umfassende Indienstnahme ökonomischer, wissenschaftlicher und technologischer Ressourcen – in erster Linie, um die Sowjetunion und ihre Verbündeten politisch und militärisch abzuschrecken, aber auch, um im Falle eines Versagens der Abschreckung eine überlegene und zum Sieg fähige Militärmaschinerie zur Hand zu haben. Deren Wert wurde nicht mehr mit Infanteriedivisionen angegeben, sondern an der wirtschaftlichen Kraft zum Bau von Atom- und Wasserstoffbomben samt ihrer Trägersysteme bemessen. Mit der Folge, dass militärische Auftraggeber ein nie gekanntes Interesse an Forschung und Technologie entwickelten und eine dauerhafte Allianz mit industriellen Anbietern auf den Weg brachten.

Diese neuartige Kooperation markiert nicht nur den Ursprung des ‚militärisch-industriellen Komplexes‘, sondern auch den Aufstieg und den Behauptungswillen professioneller Eliten wie sozialer Milieus, die sich für den Ausbau rüstungsgeleiteter Investitionen eigenständig engagieren – womit unter anderem zu erklären ist, dass die Kurve der Militärausgaben immer dann am steilsten nach oben wies, wenn die politischen Spannungen am geringsten und die Aussichten auf eine Bändigung der Blockkonkurrenz scheinbar am günstigsten waren, nämlich in den Jahren 1953–55, 1963–65, 1969–76, 1983–89. In anderen Worten: Die staatliche Mobilisierung kriegstauglicher Ressourcen wurde durch die Selbstmobilisierung der Privaten zu einem

¹¹ Sunstein, *Gesetze der Angst*, S. 16, 26, 56, 63. Vgl. ebenda, S. 14, 62, 98, 103 f.

¹² Vgl. Fussell, *Wartime*, S. 55, 59.

Mischsystem, einem *system of disorderly diversity*, ausgebaut. Von Zukunftsängsten, Aufstiegserwartungen und politischen Machtinteressen motiviert, effektivierten sie die Produktion und Reproduktion einer Ökonomie der Gewalt. Und eines neuen Typs der Rüstungs- und Kriegswirtschaft, dessen zähe Nachhaltigkeit den Spielraum einer auf Korrekturen bedachten Politik verlässlich einengt¹³.

Der im Kalten Krieg virulente Antikommunismus kann als sozialpsychologische Spielart der *Permanent Preparedness* verstanden werden. In jedem Fall tritt er ähnlich in Erscheinung: kompromisslos, unhintergebar radikal und getragen von zivilgesellschaftlicher Selbstmobilisierung. Galten Kommunisten bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges fast durchweg als Störfaktoren, als merkwürdige, aber nur in Maßen bedrohliche Zeitgenossen, so änderte sich die Perzeption nach 1945 grundsätzlich. „Sie sind überall, in Fabriken, Büros, Metzgereien, an den Straßenecken, in privaten Firmen“, meinte der amerikanische Justizminister Tom Clark Ende der 1940er Jahre über kommunistische Schläferzellen. Er betonte: „Und jeder trägt den Keim für den Untergang der Gesellschaft mit sich.“¹⁴ Obwohl die kommunistische Partei der USA zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, sondern im Vergleich zu ihrer Hochphase zehn Jahre früher weniger Mitglieder hatte, galt sie fortan als unmittelbare und tödliche Bedrohung der Nation. Nicht zufällig war der Alarmismus jener Tage eingewoben in eine nicht enden wollende Litanei über die politische Immunschwäche der liberalen Demokratie und ihre vermeintliche Unfähigkeit, die richtigen Lehren aus den zurückliegenden Katastrophen zu ziehen. Deutlicher hätte man die Selbstzweifel als Voraussetzung einer aggressiven Risikoprävention wohl kaum formulieren können.

Vermutlich wäre diese auf die Spitze getriebene Variante des Antikommunismus ohne den Kalten Krieg eine kurze Episode geblieben und würde aus heutiger Sicht wie eine jener Verirrungen gewertet, die in der Geschichte der USA fast regelmäßig zu Tage treten. Dass dem nicht so war, lag offenkundig an der politischen Konstellation der Zeit. Wer das Prinzip aggressiver Vorsorge als Leitfaden jedweder Politik definierte, musste auf die potentielle Gefahr einer kommunistischen Partei hinweisen, die seit 1945 mit einer Weltmacht im Bunde war. Oder kam nicht umhin, die Präsenz sowjetischer Truppen in Osteuropa als Ouvertüre für den Fall Westeuropas und einen Zangengriff auf die USA zu sehen. Dass aber nicht nur ein neues, sondern ein beispielloses Kapitel der Angst aufgeschlagen wurde, hing hauptsächlich mit der Bedrohung durch beispiellose Waffen zusammen – mit Nuklearwaffen, die seit August 1949 bekanntlich auch in der Hand der Sowjetunion waren.

Das Dilemma des Nuklearzeitalters ist zur Genüge beschrieben worden: Ausgerechnet von jenen Mitteln, die für die Gewährleistung größtmöglicher Sicherheit aufgeboden wurden, ging die größtmögliche Gefahr aus – die Selbstvernichtung im Falle eines Versagens der Abschreckung. Aber mit dem stummen Wirken des beiderseitigen Vernichtungspotentials war es nicht getan. In anderen Worten: Ob und wie lange die Einsicht in das Risiko der Selbstvernichtung vorhalten würde, blieb eine unmöglich zu beantwortende Frage. Wirksame Abschreckung setzte deshalb voraus, dass die

¹³ Vgl. Friedberg, *The United States and the Cold War Arms Race*; Markusen, *The Rise of the Gunbelt*; MacKenzie, *Inventing Accuracy*; Lotchin, *Fortress California 1910–1961*.

¹⁴ Zit. nach Wright, *Der Tod wird euch finden*, S. 20. Vgl. Schrecker, *Many are the Crimes*, S. 87, 95–99, 119f., 144.

Angst vor der Bombe nicht als Verängstigung in Erscheinung trat; allenfalls unter dieser Voraussetzung konnte die militärisch nutzlose Waffe politischen Gewinn abwerfen.

Wer glaubwürdig abschrecken wollte, musste den Gegner einschüchtern, verunsichern und ihm dauerhaft Rätsel aufgeben: Nie sollte er ein klares Bild von den eigenen Kapazitäten und Absichten gewinnen, nie gewiss sein, wie weit die Berechenbarkeit seines Gegenüber reichte. Im Kern lief Abschreckung also darauf hinaus, Angst zu einem Mittel der politischen Kommunikation zu machen. So wollte John Foster Dulles sein viel zitiertes Diktum über Staatskunst im Nuklearzeitalter verstanden wissen: Wenn nötig, sich dem Abgrund nähern, ohne zum Äußersten entschlossen zu sein, aber die andere Seite rätseln lassen, wo die Grenze zwischen Bluff und *va banque* verlief. Selbst zu Zeiten der Entspannung hatte das Kalkül mit dem Unkalkulierbaren, die Rationalisierung des Irrationalen, einen festen Platz im Inventar der Außenpolitik. Es ging nämlich um den Kern des Politischen: Nicht sich selbst, sondern andere abzuschrecken.

An dieser Stelle und mit Blick auf die zeitgleiche Virulenz des Antikommunismus drängt sich das Werk von Günther Anders auf. In seinen Abhandlungen zum Atomzeitalter weist er darauf hin, dass nicht „die gespannte politische Lage den Aufbau der atomaren Apparatur nach sich zieht, sondern umgekehrt, dass der Aufbau der atomaren Apparatur die gespannte politische Lage benötigt und deshalb herstellt.“ Und dass zweitens die atomare Bedrohung ‚überschwellig‘ ist – zu groß, um wahrgenommen oder vorgestellt werden zu können, zu diffus, um greifbar zu sein¹⁵. Von einer „entmachtenden Übermacht“ spricht Anders und meint nicht zuletzt die verwirrende Ortlosigkeit der atomaren Bedrohung: Sie ist universal, kann buchstäblich jeden treffen, überall und jederzeit. Ortlos aber ist das Gegenteil von politisch, es verträgt sich nicht mit dem jedweder Politik eigenen Anliegen – nämlich Problemen einen Ort und eine Adresse zu geben, sie durchschaubar und damit lösbar zu machen und im Zweifel die Welt trennscharf in Freund und Feind zu scheiden. Stattdessen stiftet die atomare Welt eine nicht auflösbare Verwirrung: Gegen wen soll sich Kritik richten, wer ist als verantwortlich zu identifizieren, wenn ausnahmslos Alle potentielle Opfer der absoluten Waffe sind, jener Waffe, die Schuldige wie Unschuldige unterschiedslos in den Abgrund reißt und mithin bei der Verteilung des Risikos keinen Unterschied kennt?

Wer die Frage so stellt, wird im Extrem des amerikanischen Antikommunismus den Versuch erkennen, zur Normalität zurückzukehren. Genauer gesagt das Bemühen, dem Unverstandenen und Unverstehbaren eine klare Kontur zu geben. Wie gesagt: Die Hysterie der Zeit kannte alle möglichen Schurken: Kommunisten, die angeblich das Außenministerium infiltriert hatten, Agenten im Pentagon und bei den Streitkräften, Aktivisten der ‚fünftens Kolonne‘, die das öffentliche Leben vergifteten. Im Zentrum aber stand der ‚Atomspion‘, das griffigste Abbild eines von Moskau gesteuerten Verschwörers, der in den Kernbereich der ‚nationalen Sicherheit‘ vorgegriffen war¹⁶. Sein geheimes Wirken gab die Antwort auf alle offenen Fragen: Warum die rückständigen Russen auf wundersame Weise in den Besitz der Atom-

¹⁵ Vgl. Günther Anders, Die Wurzeln der Apokalypse-Blindheit, in: Ders., Die Zerstörung, S. 56f., 61f.

¹⁶ Vgl. Schrecker, Many are the Crimes, S. 120, 135, 165–179, 190f.

bombe gelangt waren, weshalb die Frucht des Sieges im Zweiten Weltkrieg für die USA zum bitteren Lorbeer wurde oder wer Schuld am Ausbruch des Korea-Krieges hatte. Letzteres führte der Richter im Prozess gegen die Atomspione Ethel und Julius Rosenberg übrigens zur Begründung des Todesurteils an.

So skandalös dieses Todesurteil auch war, es kündigt von einer bemerkenswerten und dem Geist der Zeit entsprechenden Konsequenz. Im Bild des kommunistischen Spions wurde das Ungreifbare fassbar, konnte man dem Flüchtigen eine Adresse zuschreiben und das Ortlose endlich wieder verorten. Vielleicht nährte das Todesurteil sogar die Illusion, das verdinglichte Böse buchstäblich aus der Welt schaffen zu können. Sollte dem so gewesen sein, so war die Beruhigung nur von kurzer Dauer. Denn der überhitzte Antikommunismus gab der Politik weiterhin ihren Takt vor – als könnte der ideologische Lärmteppich ein Sedativum gegen tief sitzende und mit anderen Mittel schwerlich zu beruhigende Ängste sein.

In dieser Spielart des Antikommunismus spiegelt sich ein verstörender Wandel in der Wahrnehmung von Welt und Politik. Sie gründet in der Erwartung, dass jederzeit alles möglich ist, dass es in der Phantasie nichts gibt, was die Wirklichkeit nicht einholen oder gar überbieten könnte. So mögen die Physikstudenten an der Universität von Chicago gedacht haben, die sich Mitte der 1950er Jahre weigerten, eine Petition zur Aufstellung eines Cola-Automaten in ihrem Fachbereich zu unterschreiben – aus Angst, den Eintrag auf einer Liste mit dem Ausschluss aus der politischen und beruflichen Gemeinschaft bezahlen zu müssen und die Karriere einem Softdrink zu opfern¹⁷. Wenn niemand über den Verdacht der Spionage oder Sabotage erhaben ist, wenn jede Biografie eine Lüge sein kann, dann wird das Reale fiktiv und die Fiktion findet in der Realität zu ihrer wahren Gestalt – in diesem Sinne bearbeiteten auch Journalisten und Schriftsteller ihre Stoffe.

Von der auflagenstarken Zeitschrift ‚Collier’s‘ mit dem Leitartikel für ein Sonderheft über den drohenden Dritten Weltkrieg gebeten, bestätigte der Pulitzerpreisträger Robert E. Sherwood den Auftrag mit den Worten: „Der Leser sollte erst gar nicht auf die Idee kommen, wieder einmal irgendeine konstruierte Sensationsgeschichte vor sich zu haben, sondern sollte denken: Mein Gott, darum geht es tatsächlich! Genau das kann passieren.“¹⁸ Und zwar „schon morgen“, wie die Herausgeber in ihrem Editorial ergänzten: „Zweifelloos ist der Krieg, den [wir] beschreiben, ein hypothetischer Krieg. Dennoch geht es nicht um verantwortungslose Phantasterei oder billige Erfindung.“¹⁹ Mittlerweile geeicht auf das Prinzip der kompromisslosen Vorsorge und bewandert in der Phantasie, das zu einem Prozent Mögliche für das 100 Prozent Reale zu halten, sorgten sich Amerikaner offenbar am meisten vor einem sowjetischen Überfall, als „der Russe“ noch gar nicht über die Mittel zu einem solchen Angriff verfügte.

Beschrieben und bebildert ist dieses Szenario auf 132 Seiten in der Ausgabe vom 27. Oktober 1951 mit dem Titel „Vorschau auf den Krieg, den wir nicht wollen. Russlands Niederlage und Besetzung, 1952–1960“: Es ist Samstag, der 10. Mai 1952, kurz

¹⁷ Vgl. ebenda, S. XVf.

¹⁸ Zit. nach Collier’s vom 27. 10. 1951, *Russia’s Defeat and Occupation, 1952–1960. Preview of the War We Do Not Want*, S. 6.

¹⁹ Ebenda, S. 17. Vgl. auch S. 27.

vor 14 Uhr. Marshall Tito empfängt in Belgrad eine Delegation von 120 serbischen Bauern. Genauer gesagt: Von 118 Bauern, denn zwei Männer waren nicht zu Ehren des jugoslawischen Staatschefs erschienen, sondern hatten sich im Auftrag Stalins unter die Menge gemischt. Bis auf wenige Meter an Tito herangekommen, zünden sie zwei Handgranaten. Wie durch ein Wunder kommt der Marschall mit wenigen Blessuren davon; aber auf den weiteren Gang der Dinge hat er keinen Einfluss mehr. Radio Belgrad ist bereits in der Hand Kremltreuer Milizen und meldet einen erfolgreichen Aufstand des jugoslawischen Volkes gegen den ‚Faschisten‘, ‚trotskistischen Banditen‘ und ‚Wall Street-Lakaien‘ Tito. Innerhalb der nächsten Stunde besetzen Putschisten alle strategisch relevanten Orte, Truppen der rumänischen, bulgarischen, ungarischen und albanischen Armee fallen in Jugoslawien ein, 15 Divisionen der sowjetischen Armee – knapp 160 000 Mann – stehen auf Abruf zu ihrer Unterstützung bereit.

Der amerikanische Präsident Truman wendet sich in einer Radioansprache direkt an Stalin: „Wenn Sie, wie Sie gesagt haben, wirklich Frieden schließen wollen, dann ist jetzt die Zeit für den Frieden gekommen – jetzt oder nie.“ Stalins Antwort: Ein Marschbefehl an seine Armee, die Bombardierung jugoslawischer Städte und grünes Licht für KGB-Agenten, die in der Grand Central Station in New York City eine Bombe zünden und 22 Menschen töten. Das Weiße Haus will und kann sich dem Drängen der Öffentlichkeit nach einem ‚Heiligen Krieg‘ nicht mehr entziehen. Am 14. Mai ist es so weit. Gestützt auf eine überwältigende Mehrheit in der UNO, erklären die Vereinigten Staaten der Sowjetunion den Krieg.

Was folgte, waren die 32 furchtbarsten Monate in der Geschichte der Menschheit. Im Zuge ihrer *Operation Eggnog* warf die US-Luftwaffe tausende von Atombomben über Industrieanlagen und militärischen Zielen in der UdSSR ab, die Sowjetarmee überrannte im Gegenzug zuerst Westeuropa, dann den Mittleren Osten und zwang amerikanische Streitkräfte schließlich zum Rückzug aus Korea. Dass Atomwaffen auch gegen die Zivilbevölkerung eingesetzt würden, lag auf der Hand. London, Chicago, Detroit, New York City, Washington D.C., Boston, Philadelphia, Los Angeles, San Francisco und Norfolk traf es als erste, ehe Harry Truman den Vergeltungsschlag befahl und in der Nacht des 22. Juli 1953 Moskau in eine atomare Wüste verwandeln ließ. Kurz darauf die Kriegswende: Ein Selbstmordkommando von 10 000 Fallschirmjägern schaffte das schier Unmögliche – nämlich die letzten, im Ural unterirdisch gebunkerten Vorräte sowjetischer Atomwaffen zu zerstören. Nachdem auch noch Stalin von der Bildfläche verschwunden war, gab es kein Halten mehr. In der Sowjetunion und ihren Satellitenstaaten revoltierte die Bevölkerung und bereitete den alliierten Streitkräften den Boden für eine erfolgreiche Invasion. Millionen von Menschen hatten das knapp dreijährige Inferno mit ihrem Leben bezahlt, als 1955 endlich die weißblaue Flagge der UNO über dem Hauptquartier der Besatzungsmächte in Moskau aufgezogen wurde – illustriert auf dem Titelblatt von ‚Collier’s‘, das den Ostblock als befreites, von einem bajonettbewehrten Blauhelm bewachtes Gebiet zeigt.

Die marktschreierische Ausgabe über *Operation Eggnog* war von langer Hand vorbereitet und, wie die Herausgeber im Editorial anmerkten, in enger Abstimmung mit „hochgestellten Vertretern der Regierung und außenpolitischen Experten“²⁰ realisiert

²⁰ Collier’s vom 27. 10. 1951, *Russia’s Defeat and Occupation, 1952–1960. Preview of the War We Do Not Want*, S. 6. In dieser Hinsicht unterschied sich Collier’s deutlich von anderen

worden. Knapp drei Dutzend renommierte Zeitgenossen konnten als Autoren gewonnen werden, unter ihnen der mehrfach mit dem Pulitzerpreis ausgezeichnete Schriftsteller Robert E. Sherwood, der Militärexperte der ‚New York Times‘, Hanson W. Baldwin, der Schriftsteller Arthur Koestler, die ebenfalls weit über die Grenzen ihres Landes hinaus bekannten Sozialwissenschaftler Allan Nevins und Stuart Chase, der Präsident der Automobilarbeitergewerkschaft, Walter Reuther, ferner die Senatorin Margaret Chase Smith nebst den bekanntesten Journalisten der Zeit: Marguerite Higgins, Lowell Thomas und nicht zuletzt Edward R. Murrow, der sich als Berichterstat-ter aus dem brennenden London der 1940er Jahre schon lange vor seinem öffentlich geführten Streit mit Senator Joseph McCarthy einen Namen gemacht hatte.

Vordergründig bot ‚Collier’s‘ interessierten Eliten aus Politik und Militär eine Plattform zur Popularisierung ihrer ansonsten streng geheimen Planspiele. *Operation Eggnog* liest sich wie eine bitterböse Polemik gegen die alte Garde von ‚Rooseveltianern‘ und ‚New Dealern‘, die wie eh und je der Vision eines langfristigen Interessenausgleichs mit der UdSSR anhingen. Ebenso entschieden trugen die Autoren ihr Plädoyer für eine *Permanent Preparedness* vor, für eine Streitmacht also, die imstande war, einen ‚totalen Krieg‘ ohne Zeitverlust und mithin aus dem Stand führen zu können. Auch dass die USA im Kriegsfall willens sein mussten, Atomwaffen als Erste und in massivem Umfang einzusetzen, wurde als selbstverständlich und grundlegend für den Erfolg von *Operation Eggnog* vorausgesetzt – im Einklang mit regierungsinternen Überlegungen, denen zufolge die Militärstrategie der Zukunft sowohl auf der Option eines Ersteinsatzes als auch eines Präventivkrieges fußen sollte²¹.

Lebendig wurden die Reportagen indes erst durch ihre Melange aus Angst und Erlösung. Ängste vor Kommunismus und Krieg wach zu halten oder gar zu schüren und sich trotz allem um das Überleben nicht zu ängstigen, diesen dramaturgischen Balanceakt mussten alle Autoren meistern. Für ‚Collier’s‘ stand das Ergebnis des Dritten Weltkrieges fest: „Der Westen wird einen haushohen Sieg davontragen und das Tor zu einer besseren Zukunft aufstoßen.“²² Auch die lästigste Hinterlassenschaft des Krieges, hoch dosierte Strahlung nach der Explosion tausender von Atombomben, stand einem raschen Wiederaufbau nicht im Weg. Die Hauptstadt des nach westlichem Vorbild neu gestalteten Russland richtete fünf Jahre nach Kriegsende die Olympischen Spiele aus²³. In anderen Worten: Wenn ein Atomkrieg schon unausweichlich war, so war es doch auch und gerade ein Krieg zur Befreiung von allen nuklearen Ängsten. Radioaktive Strahlung? Eine vorübergehende Störung, die mit einfachen Mitteln und gesundem Bürgersinn zu beseitigen war. Wer seinen Nachbarn half und darauf bedacht war, sich den weißen Atomstaub stets in Windrichtung von der Kleidung zu bürsten, hatte genauso viel oder ebenso wenig zu befürchten wie von einer

Medien wie CBS, die seit 1946 ebenfalls Szenarien eines nuklear verwüsteten Amerika verbreiteten. Vgl. Engelhardt, *The End of Victory Culture*, S. 9, 13, 56f., 157.

²¹ Vgl. Etzold/Gaddis, *Strategies of Containment* sowie Greiner, *Politik am Rande des Abgrunds*?

²² Collier’s vom 27. 10. 1951, *Russia’s Defeat and Occupation, 1952–1960. Preview of the War We Do Not Want*, S. 19. Vgl. S. 17, 68, 70. Auch auf diesen Punkt hatte die Redaktion ausweislich ihres Editorials die Autoren explizit eingeschworen: „Falls der Krieg, den wir nicht wollen, uns aufgezwungen wird, werden wir gewinnen.“ Ebenda, S. 6.

²³ Vgl. ebenda, S. 32, 34–36, 50, 64, 78, 83, 86, 94, 99, 123.

Naturkatastrophe. Auch davon handelt der Antikommunismus des Kalten Krieges: Von Erlösungsphantasien, die zur Flucht aus erfahrener oder imaginierter Wirklichkeit einladen. In Joanna Bourkes Worten: „Je größer die Angst, desto nachdrücklicher die Verleugnung.“²⁴

III. Erbe des Kalten Krieges

Zu fragen wäre, ob der Antikommunismus des Kalten Krieges diesen wirklichkeitsfremden und seiner Zeit zugleich nahen Denkstil – den permanenten Rollenwechsel von Fiktion und Realität – nicht über das Ende des Kommunismus hinaus befördert hat. Ob sich die Energien dieser Zeit also mitnichten erschöpft haben, sondern auf neuen Feldern unvermindert weiterwirken.

Die ersten Jahre des ‚Krieges gegen den Terror‘ jedenfalls rückten die aus dem Atomzeitalter bekannte *Worst Case*-Logik wieder in den Mittelpunkt des politischen Diskurses. Und mit ihr das Bestreben, Unübersichtliches mittels einfacher Antworten kenntlich und Diffuses durch die Fokussierung auf ein Objekt greifbar zu machen. Allein der Name hatte sich geändert: Nicht mehr von ‚Abschreckung‘ war die Rede, sondern von der ‚Ein-Prozent-Doktrin‘. In den Worten des ehemaligen Vizepräsidenten Richard Cheney: „Wir müssen mit dieser neuartigen Bedrohung in einer Weise umgehen, die wir noch nicht definiert haben. [...] Wir werden uns dieser Sache auf komplett andere Art stellen müssen. [...] Wenn es eine einprozentige Möglichkeit gibt, dass pakistanische Wissenschaftler Al-Qaida beim Bau oder der Entwicklung einer Nuklearwaffe helfen, so müssen wir darauf reagieren, als hätten wir vollständige Gewissheit. Es geht nicht um Analysen oder darum, eine riesige Menge von Beweisen zu finden. Es geht einzig um unsere Reaktion.“²⁵

Prävention auf Verdacht, Handeln auch ohne handfeste Beweise, Fixierung auf die hypothetische Möglichkeit statt auf die Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses – darum drehte sich der amerikanische Sicherheitsdiskurs nach 9/11, wie George W. Bush im Juni 2002 in einer Rede vor Kadetten der Militärakademie West Point zum wiederholten Male unterstrich: „Wenn wir abwarten, bis sich Bedrohungen voll entfaltet haben, werden wir zu lange gewartet haben. [...] Wir müssen den Kampf zum Feind bringen, seine Pläne vereiteln und den schlimmsten Gefahren begegnen, bevor sie an den Tag treten. In dem Zeitalter, in das wir gerade eingetreten sind, ist Handeln der einzige Weg zur Sicherheit.“²⁶ Dieser Merksatz – wonach die Risiken des Nichthandelns wesentlich größer sind als die Risiken des Handelns – wurde bekanntlich nicht nur zum Mantra offizieller Verlautbarungen, sondern zugleich zu einer Art Glaubensbekenntnis in der politischen Öffentlichkeit. Und er illustriert die aus der Hochzeit des Antikommunismus hinlänglich bekannte Melange: Angst und Streben nach totaler Sicherheit einerseits, Immunisierung für die Plausibilität von Bedrohungsszenarien

²⁴ Bourke, *Fear*, S. 266.

²⁵ Zit. nach Suskind, *The One Percent Doctrine*, S. 61 f.

²⁶ Zit. nach ebenda, S. 149 f.

andererseits. Selbstverblendung wäre eine gleichermaßen zutreffende Charakterisierung dieses geschlossenen Gedankenkreislaufs²⁷.

Nicht zuletzt stellt sich die Frage nach dem hintergründigen Weiterwirken ideologischer Altbestände angesichts der bemerkenswerten Wiederbelebung von Verschwörungstheorien nach 9/11. Was immer diese Theorien im Einzelnen offerieren, ihr suggestives Potential rückt sie in die Nähe zum Antikommunismus alter Schule. Einzig die Vorzeichen des schablonierten Denkens werden von den Füßen auf den Kopf gestellt: Nicht dem Feind im Äußeren, sondern der Regierung im Inneren ist jederzeit Alles zuzutrauen – dass sie den Überfall auf Pearl Harbour provoziert hat, dass sie mit John F. Kennedy einen ihrer beliebtesten Präsidenten ermorden ließ, dass sie zum Zweck einer rassistisch aufgeladenen Bevölkerungskontrolle das AIDS-Virus in Umlauf brachte oder einen Grund zum Krieg gegen die muslimische Welt suchte und durch die Sprengung der *Twin Towers* am 11. September 2001 selbst herbeiführte.

Man mag dergleichen für den Ausdruck politischer Fieberträume halten. Wenn aber nicht mehr eine *lunatic fringe*, sondern ausweislich diverser Meinungsumfragen in den USA wie in Europa bis zu 30 Prozent der Wahlbürger sich in diesen Fieberträumen einrichten, stehen demokratische Prinzipien auf dem Spiel – vorab der Grundsatz, dass Demokratien nicht allein auf Partizipation, sondern zu gleichen Teilen auf Vertrauen beruhen. Sollte es zwischen gestrigem Antikommunismus und heutigem Verschwörungsdenken eine Geistesverwandtschaft geben, dann fände sich ein Gedanke von vielen Anti-Anti-Kommunisten aufs Neue bestätigt: Dass auch bei der berechtigten Bekämpfung von Gegnern und Feinden der Zweck nicht jedes Mittel heiligt. Es sei denn, man nimmt die Beschädigung der eigenen Sache sehenden Auges in Kauf. Genau davon aber handelt die Geschichte des Antikommunismus zur Zeit des Kalten Krieges – diesseits wie jenseits des Atlantiks.

²⁷ Vgl. Sunstein, Gesetze der Angst, S. 127.

Heike Amos

Die Westpolitik der DDR 1949 bis Mitte der 1960er Jahre

Institutionelle Voraussetzungen, Apparate und politische Konzeptionen

I. Ziele der Westpolitik und Aufbau des Westapparates nach 1945

Das SED-Politbüro schuf sich gleich nach Kriegsende einen zentralisierten, straff geleiteten und kontrollierten Apparat für die sogenannte Westpolitik, Westarbeit, Arbeit nach Westdeutschland bzw. gesamtdeutsche Arbeit. Der Begriff ‚Deutschlandpolitik‘ fand keinen Gebrauch, er war ein originär westdeutscher Terminus. Alle Grundsatzentscheidungen zur DDR-Westpolitik wurden immer im SED-Politbüro getroffen. Der SED-Westapparat hatte die Aufgabe, im Westen Deutschlands kommunistische Vorstellungen zu propagieren, die parlamentarische Ordnung zu unterwandern und Hilfsorganisationen der SED einzurichten. Die SED verzichtete zu keiner Zeit auf Versuche, eine Systemveränderung in der Bundesrepublik Deutschland herbeizuführen. In der politischen Realität verschob sich das Ziel der Westpolitik hin zum politischen Kampf um die Anerkennung der staatlichen Existenz der DDR durch die Bundesrepublik. Wurde die DDR-Westarbeit bis zum Bau der Berliner Mauer im August 1961 von der gesamtdeutschen Rhetorik beherrscht, ging es in den 1960er Jahren um das ‚Durchbrechen des Bonner Alleinvertretungsanspruchs‘. Um die ‚Hallsteindoktrin‘ zu Fall zu bringen, musste die SED-Westpolitik darauf hinwirken, einen Wandel des in der Bundesrepublik vorherrschenden negativen DDR-Bildes herbeizuführen. So sehr die DDR ihr Feindbild vom ‚Bonner Revanchismus und Militarismus‘ pflegte, war sie am Abbau des ausgeprägten Antikommunismus in der Bundesrepublik interessiert. Die DDR-Westpolitik umfasste neben der Propaganda in der Bundesrepublik gezielte Versuche der Einflussnahme vor allem auf die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sowie auf westdeutsche Politiker, SPD- und DGB-Funktionäre, Journalisten, Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Der Apparat für die Westpolitik der DDR setzte sich auf der obersten Ebene zusammen aus den Verantwortlichen im SED-Politbüro und im Sekretariat sowie aus den speziellen Gremien der Westarbeit – Abteilungen und Kommissionen – im Ost-Berliner zentralen Apparat des Zentralkomitees. Auf einer zweiten Ebene baute sich die SED-Führung weitere umfangreiche Strukturen für die Westarbeit auf, und zwar die Westapparate auf zentraler und lokaler Ebene in der Nationalen Front, in den Blockparteien und Massenorganisationen und in einzelnen Ministerien. Von besonderer Bedeutung für die Umsetzung der SED-Westpolitik auf ‚staatlichem‘ Gebiet war in den 1950er Jahren die Nationale Front des demokratischen Deutschland¹.

¹ Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 30f.

Die SED nahm seit ihrer Gründung für sich in Anspruch, eine gesamtdeutsche Partei zu sein, ohne in den westlichen Besatzungszonen jemals eine Zulassung erhalten zu haben. Die Kommunistische Partei in den Westzonen war keine von der SED souveräne Partei. Die KPD wurde von der SED-Führung politisch und organisatorisch geführt und finanziert. Um den unterschiedlichen politischen Bedingungen in den vier Besatzungszonen Rechnung zu tragen, wurde im Februar 1947 eine SED-KPD-Arbeitsgemeinschaft, bestehend aus je zwanzig Spitzenfunktionären von SED und KPD, vereinbart. Sie sollte Voraussetzungen für die Gründung einer einheitlichen sozialistischen Partei in ganz Deutschland schaffen. Zwei Jahre später, im Januar 1949, entschied die SED-Führung die Arbeitsgemeinschaft offiziell wieder aufzulösen. Auf SED-Weisung hatte sich die KPD als eine westdeutsche Partei zu konstituieren, um sich damit einen Deckmantel von Unabhängigkeit für künftige Wahlkämpfe in der Bundesrepublik zu geben. Offiziell wurde dieser Schritt mit den unterschiedlichen Parteiaufgaben in Ost- und Westdeutschland begründet.

Die SED-Spitze befasste sich seit August 1948 mit der Einrichtung einer Westkommission im zentralen Apparat, die sich dann im Februar 1949 unter der Leitung der langjährigen kommunistischen Funktionäre Franz Dahlem, Karl Schirdewan, Bruno Haid und Bruno Fuhrmann konstituierte². Die große Bedeutung der SED-Westarbeit kam darin zum Ausdruck, dass ausschließlich ehemalige Kommunisten die Führungspositionen im zentralen Westapparat besetzten. Ehemalige Sozialdemokraten hatten keine Schlüsselpositionen inne. Die Mehrzahl der ‚Kader‘ im Bereich der Westarbeit kam nicht direkt aus der sowjetischen Emigration. Sie hatten vor 1945 zumeist in Spanien, Frankreich, der Schweiz und in Skandinavien in den konspirativen Apparaten der KPD oder direkt für den sowjetischen Geheimdienst gearbeitet. SED-Westarbeit galt immer als ‚Chefsache‘, d. h. Walter Ulbricht war maßgebend in alle wesentlichen Entscheidungen der DDR-Westpolitik eingebunden³.

Die Westkommission beim Politbüro erarbeitete die Strategie und Taktik der SED-Westpolitik. Außerdem übernahm sie die wesentlichen Anleitungs- und Kontrollfunktionen über den KPD-Parteivorstand⁴. Schließlich kontrollierte und koordinierte die Westkommission beim Politbüro die Westarbeit der DDR-Massenorganisationen, Blockparteien und anderer Institutionen und organisierte Propagandaaktionen der gerade aktuellen deutschlandpolitischen SED-Initiativen in West- und Ostdeutschland. Das Beobachten und Auswerten von Informationen über die SPD und die westdeutschen Gewerkschaften gehörten ebenso zum Aufgabenfeld wie das Initiieren von vielfältigen Aktionen zur „Herstellung einer gemeinsamen Front von KPD, SPD und fortschrittlichen bürgerlichen Kräften zur Beseitigung der Adenauerregierung“⁵. Dieses Aufgabenspektrum blieb mit unterschiedlichen Gewichtungen für die Westpolitik in den 1950er Jahre aktuell.

² Die einschlägigen Biographien der kommunistischen Funktionäre in: Wer war wer in der DDR?

³ Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 32–36; Kubina, Die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen für die Westarbeit, S. 39–47.

⁴ Allein die KPD erhielt aus Ost-Berlin für ihre politische Arbeit in Westdeutschland eine jährliche finanzielle Unterstützung (in den 1950er Jahren) von mehr als vier Millionen DM. Vgl. Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 55.

⁵ SAPMO-BA, NY 4182/867, Materialien der Westkommission von März bis Dezember 1949.

II. Permanenter Umbau der Gremien des Westapparates 1950 bis 1959

Die für die Westarbeit zuständigen Gremien im ZK-Parteiparat waren in den 1950er Jahren ständigen organisatorischen Veränderungen unterworfen. Sie bestanden teilweise parallel oder folgten aufeinander, wurden innerhalb kurzer Zeit aufgelöst und wieder neu gegründet. Die Mitarbeiter der Gremien wechselten oft. Die ‚führenden Genossen‘ in der Westarbeit wie Franz Dahlem, Paul Verner, Erich Glückauf, Karl Schirdewan waren in verschiedenen Gremien mit ständig wechselnden Arbeitsgebieten vertreten. Im Januar 1951 beschloss die SED-Führung, die Westkommission beim Politbüro aufzulösen. An ihre Stelle trat die ZK-Abteilung Arbeitsbüro der KPD mit dem Leiter Erich Glückauf. Das KPD-Arbeitsbüro befasste sich in erster Linie mit der Anleitung der KPD in Westdeutschland. Die sogenannte operative Arbeit in der Bundesrepublik blieb bei der Abteilung, d. h. die versuchte Einflussnahme auf SPD- und DGB-Kreise.

Im November 1952 entschied die SED-Spitze, „um die Arbeit [...] des eigenen Apparates wesentlich zu verbessern, der immer noch erhebliche Mängel zu verzeichnen hat, erneut [...] für die Arbeit in Westdeutschland eine Kommission beim Politbüro“⁶ zu bilden. Dieser Kommission gehörten hochrangige SED-Funktionäre an, Politbüromitglieder, Funktionäre aus dem Agitationsbereich sowie zwei Vertreter aus dem KPD-Parteivorstand. Bereits nach zehn Monaten, im August 1953, nach den für die SED dramatischen Ereignissen vom 17. Juni, erfolgte ein weiterer Umbau. Die SED löste die Politbüro-Westkommission wieder auf und nahm die Gründung eines ‚Ausschusses für Deutsche Einheit‘ in Aussicht. Offiziell durfte der DDR-Ministerrat im Januar 1954 – das war drei Wochen vor dem Stattfinden der Außenministerkonferenz der Vier Mächte in Berlin – die Einrichtung des staatlichen (!) ‚Ausschusses für Deutsche Einheit‘ bekannt geben. Der Ausschuss fungierte als offizielles DDR-Regierungsorgan für die Politik nach Westdeutschland. Nach SED-Lesart hatte er alle Fragen zu behandeln, die mit der ‚Vorbereitung eines Friedensvertrages mit Deutschland‘ und der ‚Wiederherstellung der Einheit eines demokratischen, friedliebenden Deutschland‘ im Zusammenhang standen. Den Vorsitz des Ausschusses übte der fähige kommunistische Agitator Professor Albert Norden aus. Paul Verner, Politbüromitglied, leitete als Sekretär den Ausschuss. Dem ‚Ausschuss für Deutsche Einheit‘ gehörten Vertreter aller DDR-Parteien und Massenorganisationen an, verschiedene Minister, bekannte Künstler und Professoren. Im Ausschuss hatte allein die SED-Führung das Sagen. Seit 1951 oder 1952⁷ existierte parallel zum KPD-Arbeitsbüro, zu den wechselnden Politbüro-Westkommissionen sowie dem ‚Ausschuss für Deutsche Einheit‘ eine ZK-Abteilung für die Westarbeit im Parteiapparat, die die Koordinierungs- und Kontrollfunktion der Westarbeit der DDR-Blockparteien und Massenorganisationen übernahm. An ihrer Spitze stand der ZK-Sekretär für die Westarbeit Paul Verner⁸.

⁶ SAPMO-BA, DY 30/ IV 2/2/244, Bl. 24, Politbürositzung vom 11. 11. 1952.

⁷ Ein genaues Datum ließ sich bis heute nicht rekonstruieren.

⁸ Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 124–127, 138–141.

Zwischen 1949 und Frühjahr 1953 jagte eine spektakuläre Aktion in der SED-Westpolitik die nächste. Erinnert seien an den Grotewohlbrief vom November 1950, die Volkskammerappelle an den Bundestag (30. Januar, 15. September 1951, 19. September 1952), die Maßnahmen um den ‚Gesamtdeutschen Konstituierenden Rat‘ und um die ‚Deutsche-an-einen-Tisch-Bewegung‘ (Dezember 1950 bis Ende 1952) sowie den Vier-Mächte-Notenwechsel 1952. Hinzu kamen vielfältige Offerten der SED-Spitze an Persönlichkeiten und Politiker der Bundesrepublik, die direkt oder indirekt für die SED-Westpolitik instrumentalisiert werden sollten, z. B. Carl Severing (SPD), Joseph Wirth und der Bund der Deutschen (BdD), Gustav Heinemann und die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP). Alle diese Versuche misslangen schließlich. In den 1950er Jahren richtete die SED-Führung mehr als 55 Verhandlungsangebote an den SPD-Parteivorstand, die immer unbeantwortet blieben. Alle diese Initiativen und Maßnahmen wurden im SED-Politbüro geplant, umgesetzt und ausgewertet⁹.

III. Massenmobilisierung in Ost und West durch die Nationale Front

Neben den diversen Maßnahmen der DDR-Westpolitik bediente sich die SED einer weiteren Taktik, die in einer Art Massenmobilisierung in Ost- und Westdeutschland bestand, d. h. möglichst große Bevölkerungsteile sollten aktiv in die SED-Westpolitik, insbesondere in die Westpropagandaarbeit eingebunden werden. Dazu benutzte die SED-Spitze in den 1950er Jahren vor allem die Nationale Front¹⁰, die eine auf Weisung der sowjetischen Besatzungsmacht eingerichtete, von der SED geführte stark national gefärbte Sammlungsbewegung war. Diese sollte unter kommunistischer Führung in Ost- und Westdeutschland massiv und massenwirksam den politischen Kampf um die Einheit Deutschlands nach dem Vorbild der DDR-Gesellschaft führen. Beim obersten repräsentativen Organ der Nationalen Front, beim Nationalrat, bestand auf zentraler Ebene die Abteilung IV (‚Abteilung für Gesamtdeutsche Fragen‘), die bis 1952 von Georg Wilhelm Jost, dann von Walter Vesper und ab 1959 von Gerhard Dengler geleitet wurde. Die Westabteilung der Nationalen Front umfasste Anfang der 1950er Jahre 77 politische Mitarbeiter sowie rund 40 Instrukteure, die ständig durch Ost- und Westdeutschland reisten. Die Strukturen der Nationalen Front und damit auch die der Abteilung IV setzten sich auf Länder-, dann auf Bezirks- und Kreisebene der DDR fort¹¹. Nationale-Front-Ausschüsse wurden auch in Westdeutschland etabliert. Unter massiver Beteiligung von Abgesandten aus dem DDR-Büro der Nationalen Front gelang es bis 1950/51 116 Ausschüsse der Nationalen Front als örtliche Arbeitsgruppen in Westdeutschland zu bilden. Schwerpunkt war das Land

⁹ Lemke, Die DDR und die deutsche Frage 1949–1955, S. 136–171; ders., „Doppelte Alleinvertretung“, S. 531–543; ders., Eine neue Konzeption?, S. 361–377.

¹⁰ Interessant war auch die Westarbeit der FDJ. Der jährliche Finanzplan der FDJ sah für die „Arbeit nach Westdeutschland“ drei Millionen DM vor. Vgl. dazu: Herms/Popp, Westarbeit der FDJ.

¹¹ Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 42–46.

Nordrhein-Westfalen: Hier konnte man sich einer starken Unterstützung durch die KPD sicher sein¹².

Aufrufe und Massenaktionen der Nationalen Front von Ost nach West gingen in Form von Briefaktionen und von Delegationsaustausch mit dem Ziel, in ein ‚deutsches Gespräch‘ zu kommen. Tonnenweise wurden Broschüren, Abhandlungen, Traktate, Flugblätter, Zeitungen, vorwiegend im Einzelversand, von Ost- nach Westdeutschland geschickt. 1950/51 waren es monatlich zwischen 200 000 und 400 000 Sendungen. Die Ost-Berliner Adressenkartei der Nationalen Front zählte fast 20 000 Einzelanschriften von Lehrern, Ärzten, Politikern oder Betriebsräten in Westdeutschland. Hinzu kamen noch 240 Anschriften von vermeintlichen oder tatsächlich zeitweise existierenden westdeutschen Landes- und Kreisausschüssen der Nationalen Front. Regelmäßig reisten Instruktoren und Funktionäre der Nationalen Front bzw. Künstler, Professoren und Politiker, auch aus den Blockparteien, der DDR zu Vortragsreisen durch die Bundesrepublik. Alles hatte dazu beizutragen, „in ganz Deutschland eine umfassende nationale Bewegung für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands“¹³ in Gang zu bringen. Ein weiterer Schwerpunkt der Aktivitäten der ostdeutschen Nationalen-Front-Ausschüsse lag auf den so genannten Korrespondenzzirkeln, die in Stadtbezirken, Dörfern, Hausgemeinschaften, Schulen, Hochschulen, Betrieben, Verwaltungen, Behörden gebildet worden waren. Die Korrespondenzen zwischen Ost und West gingen größten Teils an Privatanschriften. 1952 zählte man in Ost-Berlin rund 60 000 aktive Ostdeutsche in den Zirkeln. Die Zahl der Antwortschreiben aus Westdeutschland war gering. Die Rücklaufquote lag bei drei Prozent – das war desillusionierend für die Aktivisten. Die Zirkelarbeit wurde im Laufe des Jahres 1953 eingestellt.

Obwohl durchaus positive Einzelergebnisse zu verzeichnen waren, blieben politische Erfolge in Westdeutschland aus. Aufwand und Ertrag standen in keinem Verhältnis zueinander. Schon Ende 1951 musste Ost-Berlin die klägliche Existenz der zwei bis drei Dutzend noch bestehenden Ausschüsse der Nationalen Front in Westdeutschland eingestehen. Die westdeutsche Bevölkerung sah in der Nationalen Front zu Recht eine kommunistische Tarnorganisation. Die Agitationsmaterialien der Nationalen Front wurden von ihr als „ideologisch“, „monoton“, „aggressiv“, „im Stil unverständlich“ und „ohne notwendige sachliche Untermauerung“ empfunden¹⁴. Die arbeitsintensiven Aktionen der Nationalen-Front-Ausschüsse in der DDR banden viele Ostdeutsche, insbesondere die junge Generation (Schüler, Studenten, FDJ-Mitglieder) in die Westarbeit ein. Und hier lag letztlich auch das einzig positive Resultat für die SED. Wenn sie auch in der Bundesrepublik keine Massenbewegung für ein einheitliches Deutschland nach dem Modell der DDR initiieren konnte, hat sie doch einem, wenn auch kleinen Teil der ostdeutschen Bevölkerung das Bild vermittelt, die DDR habe alles in ihrer Macht stehende für ein „einheitliches und friedliches Deutschland“ getan¹⁵.

¹² SAPMO-BA, DY 6/vorl. 1015, Übersicht über die Entwicklung der Bewegung der Nationalen Front in Westdeutschland, 1950.

¹³ SAPMO-BA, DY 6/vorl. 0058, Berichte über die gesamtdeutsche Arbeit beim Büro des Präsidiums der Nationalen Front 1951 und 1952.

¹⁴ Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 60–67, 114–124.

¹⁵ Ebenda, S. 349.

Die Bundesregierung in Bonn beriet seit Mai 1950 wiederholt, wie die kommunistischen Infiltrationsversuche der DDR unter Kontrolle zu halten bzw. zurückzudrängen seien. Ein Verbot der KPD wurde bereits diskutiert. Die zentral geplanten und mit erheblichem personellem und finanziellem Aufwand durchgeführten SED-Massenaktionen zur Popularisierung ihrer Westpolitik in der Bundesrepublik riefen bei westdeutschen Politikern und hochrangigen Gremien, wie dem Ausschuss für gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages, ein Gefühl der Machtlosigkeit und Bedrohung hervor, das sich gelegentlich zu Hysterie steigerte¹⁶. Das Abschmettern der zahlreichen Initiativen und Kampagnen durch die Bundesregierung stellte für die SED-Führung einen tiefgehenden und politisch nachwirkenden Misserfolg dar. Bis Anfang 1953 besaß die DDR- bzw. SED-Spitze verhaltene Hoffnungen auf einen Teilerfolg ihrer Westpolitik. Das gründete sich auf eine Reihe von Faktoren. Zum einen lag die Spaltung Deutschlands noch nicht lange zurück. Gemeinsamkeiten auf vielen Ebenen wirkten weiter. Der Einheitswille in Ost und West konnte weder von der SED-Führung noch der Bundesregierung ignoriert werden. Die ostdeutsche Seite blieb bei der Überzeugung, sie könnte die Systemauseinandersetzung auf deutschem Boden zu ihren Gunsten entscheiden. Sie plädierte für ein Deutschland nach dem Vorbild der DDR. Diese irrigen Hoffnungen der SED-Führung gründeten auf einer politischen Fehlanalyse und den kommunistischen Glaubenssätzen¹⁷. Die Erfolge des Westaktivismus waren bescheiden, und der SED-Führung blieb dies nicht verborgen. Ein Überdenken und eine Korrektur ihrer Westpolitik schienen dringend geboten, was für die kommunistischen Politiker aber schier unmöglich war. Die einzige erkennbare Reaktion bestand im Umstrukturieren des Westapparates.

IV. Das gesamte Spektrum der Gremien in der DDR-Westarbeit

Nach der erfolglosen Außenministerkonferenz in Berlin 1954, dem ergebnislosen Genfer Gipfeltreffen 1955 und der Verkündung der ‚Zwei-Staaten-Theorie‘ durch den sowjetischen Parteichef Nikita S. Chruschtschow in Ost-Berlin im Juli 1955 erstarrten die nationalen Offerten der DDR mehr und mehr zu reinen Propagandaaktionen. Mit Verhandlungsangeboten an die Bundesrepublik ging es der SED-Führung vor allem um eine internationale Aufwertung ihres Staates, und dazu benötigte sie offizielle deutsch-deutsche Verhandlungen. Die SED-Wiedervereinigungsvorstellungen erhielten den Charakter eines ideologisch geprägten Langzeitprogramms: Demzufolge würde Deutschland mit Hilfe der Sowjetunion, den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte folgend, sozialistisch werden. Die Flucht aus der realen deutschen Zweistaatlichkeit symbolisierte das Eingeständnis der SED, dass die nationale Kurzzeitvorstellung, die Einheit Deutschlands nach dem Vorbild der DDR auf der Basis einer ‚Nationalen

¹⁶ 64. und 66. Kabinettsitzung der Bundesregierung, 9. und 16. 5. 1950, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Bd. 2, S. 371, 392; Der Gesamtdeutsche Ausschuss, S. XLIX sowie die Ausschusssitzungen vom 17. 5. 1950, in: ebenda, S. 55–61; vom 1. 2. 1951, in: ebenda, S. 123–129; vom 29. März 1951, in: ebenda, S. 173; vom 17. Mai 1951, in: ebenda, S. 183f.; vom 17. 8. 1951, in: ebenda, S. 199; vom 4. 9. 1951, in: ebenda, S. 205–208.

¹⁷ Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 75f.

Front‘ in Ost- und Westdeutschland unter Führung der SED herstellen zu können, gescheitert war¹⁸.

In der DDR bestanden Mitte der 1950er Jahre 36 mehr oder weniger wichtige Organisationen und Gremien, die für die ‚gesamtdeutsche Arbeit‘ in der Bundesrepublik zuständig waren. Sie entsandten ihre Funktionäre in die Bundesrepublik, knüpften persönliche Kontakte und unterhielten hierfür einen speziellen ‚Apparat‘¹⁹. Die vielfältigen Aktivitäten dieser Organisationen und Institutionen in Richtung Westdeutschland, ausgenommen das MfS, leitete und koordinierte die ZK-Westabteilung unter ihrem Chef Paul Verner. Diese unterstand seit Mai 1956 wieder einer beim SED-Politbüro neu konstituierten ‚Kommission für die Arbeit nach Westdeutschland‘. Den Vorsitz der Kommission hatte Hermann Matern inne, der Sekretär hieß wiederum Paul Verner. Mitglieder in der Politbürokommission für die Westarbeit waren neben weiteren SED-Spitzenfunktionären hochrangige Vertreter der Massenorganisationen sowie Medienvertreter²⁰.

Die Politbüro-Westkommission war das ranghöchste Gremium im DDR-Apparat für die Westpolitik. Sie galt als Einrichtung der Politikberatung für die SED-Spitze. Sie erarbeitete und diskutierte strategische Grundfragen der Westpolitik und war weisungsberechtigt gegenüber allen anderen mit Westarbeit befassten Abteilungen und Institutionen.

Demgegenüber besorgte die ZK-Westabteilung das ‚operative Tagesgeschäft‘ in der Westpolitik, d. h. sie übernahm die organisatorisch-logistischen Leistungen. Die Aufgabenbereiche der besagten Gremien für die Westarbeit im ZK-Apparat sowie des ‚Ausschusses für Deutsche Einheit‘ und der Nationalen Front hatten sich wenig verändert. Einfallsslos und unkonkret formulierte das SED-Politbüro im Juni 1956 ihre Aufgaben folgendermaßen: breite Propaganda- und Aufklärungsarbeit der SED im „Kampf um Frieden, Wiedervereinigung, Sozialismus“ sowie Aufklärungsarbeit zu den „Errungenschaften der DDR“ nach Westdeutschland; den (DDR)-Parteien und Massenorganisationen umfassende Kenntnisse über Westdeutschland vermitteln, um die Wirksamkeit ihrer gesamtdeutschen Arbeit zu verbessern sowie Abstimmung der Pläne zur Herausgabe von Flugschriften für konkrete Zielgruppen in Westdeutschland²¹.

Der quasi staatliche ‚Ausschuss für Deutsche Einheit‘ nahm ab Januar 1954 auf dem gleichen propagandistischen Feld seine Tätigkeit auf wie die Nationale Front. Schon ein Jahr nach seiner Schaffung setzte der Bedeutungsverlust des Gremiums ein, als alle Bemühungen des Ausschusses scheiterten, mit dem im Juni 1954 gegründeten ‚Kuratorium Unteilbares Deutschland‘ in der Bundesrepublik, das jedes Gespräch mit ostdeutschen Repräsentanten ablehnte, in Kontakt zu treten²². Die Tätigkeit des ‚Ausschusses

¹⁸ Lemke, Die Berlin-Krise 1958–1963, S. 21–25.

¹⁹ Siehe dazu ausführlich: SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.02/100, Aufstellung der Organisationen, Gremien und Institutionen der ZK-Abteilung Agitation, 26. 2. 1959. Vgl. Knabe, Die unterwanderte Republik.

²⁰ SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2/478, Bl. 4f., 11 f., Politbürositzung vom 22. 5. 1956. Ebenda, DY 30/J IV 2/2/480, Bl. 10f., Politbürositzung vom 5. 6. 1956. Ebenda, DY 30/J IV 2/2/524, Bl. 2, 8f., Politbürositzung vom 26. 1. 1957. Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 206f.

²¹ SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2/480, Bl. 4, 10f., Politbürositzung vom 5. 6. 1956.

²² Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 258–260.

für Deutsche Einheit‘ bestand in der rein propagandistischen ‚Schwarz-Weiß-Gegenüberstellung‘ von Entwicklungen in der DDR und in der Bundesrepublik. Der Ausschuss erstellte und verteilte ungezählte Agitationsbroschüren und Dokumentationen. Öffentliche Aufrufe und Erklärungen, „Aussprachen mit westdeutschen Funktionären“ oder die „Arbeit mit Westbesuchern“ auf den jährlichen Leipziger Frühjahrs- und Herbstmessen wurden organisiert. Neu hinzu kamen Kampagnen in Form von Pressekonferenzen und umfangreichen Dokumentationen zur Stigmatisierung von Einzelpersonen bzw. Entwicklungen in der Bundesrepublik. Zu den bevorzugten und immer wiederkehrenden Themen wurden z. B. die „Faschisierung des westdeutschen Justizapparates“ bzw. „Naziblutrichter in Bonner Diensten“ oder die „Wiedergeburt des Militarismus im Adenauer-Staat – Vorbereitung eines Revanchekrieges durch Bonn“. Als personelle Zielobjekte ideologischer Kampagnen erkoren die Ost-Berliner Funktionäre bereits 1956 Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU), Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer (CDU), Staatssekretär im Bundeskanzleramt Hans Globke (CDU) oder die Bundesminister Hans-Christoph Seebohm (DP) bzw. Waldemar Kraft (CDU). Die in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre gestarteten öffentlichen Aktionen des ‚Ausschusses für Deutsche Einheit‘ ließen sich kaum von denen der Nationalen Front unterscheiden. 1959, unter der Leitung von Wilhelm Girnus, dann unter Adolf Deter stehend, wurde der ‚Ausschuss für Deutsche Einheit‘, wegen offenkundiger Erfolglosigkeit, in die Nationale Front integriert und 1965 stillschweigend aufgelöst²³.

V. Die konspirative ZK-Abteilung ‚Verkehr‘

Abgeschottet vom zentralen SED-Westapparat existierte ein weiteres, hier noch nicht genanntes Gremium für die ‚Arbeit nach Westdeutschland‘ – die streng geheime, konspirativ wirkende ZK-Abteilung ‚Verkehr‘. In den internen Beurteilungen und Einschätzungen der Westarbeit fand weder die Existenz noch die Tätigkeit oder die Wirksamkeit dieser ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ Erwähnung. Die amtierenden Abteilungsleiter wie auch alle politischen Mitarbeiter der ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ gehörten zu keinem Zeitpunkt der Politbüro-Westkommission oder anderen SED-Westarbeitsgremien an. Die sogenannte Abteilung ‚(Richard) Stahlmann‘²⁴, Vorläufer der ‚Abteilung Verkehr‘, organisierte in engster Abstimmung mit den Sowjets entlang der Zonengrenze Grenz- und Kurierstellen, die internen Schriftverkehr zwischen SED-Führung in Ost-Berlin und den Bezirksleitungen der KPD in Westdeutschland hin- und hertransportierten. Unter Einhaltung der Konspiration wurden durch Grenzscheulen Kurieri, kommunistische Funktionäre, Lehrgangsteilnehmer für Parteischulungen, Propagandamaterialien, Embargogüter und natürlich Geld geschmuggelt.

Die ‚Abteilung Stahlmann‘ funktionierte zunächst durch langjährige persönliche Beziehungen, weniger durch formale Strukturen. Zur Abteilung kamen nach 1945 KPD-Mitglieder aus der Zeit vor 1933, frühere Angehörige des Militärpolitischen Apparats (M-Apparat), ehemalige Spanienkämpfer, so genannte Interbrigadisten, Mit-

²³ Ebenda, S. 258–267; Lemke, Instrumentalisierter Antifaschismus im deutschen Sonderkonflikt, S. 61–86.

²⁴ Richard Stahlmann, eigentlich Artur Illner (1891–1974). Vgl. Uhl, Richard Stahlmann.

glieder der kommunistischen Abwehrorganisation des KZ Buchenwald und Mitarbeiter des Passfälscherapparates der KPD. Die ‚Abteilung Stahlmann/Verkehr‘ bestand von Anfang an organisatorisch vollkommen getrennt vom übrigen ZK-Apparat. Sie unterstand zunächst Franz Dahlem, ab 1953 Walter Ulbricht und Hermann Matern und ab 1971 Erich Honecker²⁵. Die ‚Abteilung Stahlmann‘, dann die ‚Abteilung Verkehr‘ war der technische Apparat der SED, der die Verbindung zur KPD, ab 1956 zur illegalen KPD, ab 1968 zur DKP in Westdeutschland herstellte²⁶. Die Bezeichnung ‚Verkehr‘ war bewusst gewählt worden, um die Zuständigkeit für den geheimen Transport von Materialien, Kurierpost, Menschen und Geld über die deutsch-deutsche Grenze zu verschleiern. Mit der Abstimmung der inhaltlich-politischen Arbeit zwischen SED und KPD/DKP war die ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ nicht betraut. Diese lag bei der ZK-Abteilung KPD-Arbeitsbüro.

In den 1950er und 1960er Jahren hatte die ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ eine ganze Reihe an organisatorisch-technischen Aufgabengebieten abzudecken²⁷: Die Abteilung unterhielt 47 baulich-technisch und personell ausgestattete Kurier-, Personen- und Materialschleusen entlang der deutsch-deutschen Grenze. Dazu zählten auch die zwölf so genannten Grenzgruppen mit insgesamt 45 Sondermitarbeitern, die bei Kurier- und Personenschleusungen behilflich waren. Geschleust wurden neben den Kurieren KPD-Spitzenfunktionäre sowie Gruppen von Lehrgangsteilnehmern, sogenannte Kursanten, die in der DDR politisch ‚geschult‘ wurden. Beauftragt, instruiert, koordiniert, ausgestattet und bezahlt wurden besagte Grenzgruppen von der ZK-Abteilung ‚Verkehr‘. Die Abteilung beschäftigte Kuriere, die aus SED- und KPD-Kreisen stammten. Diese transportierten wichtige Post zwischen Ost-Berlin und den KPD-Führungsgremien hin- und her bzw. führten Treffen mit wichtigen KP-Funktionären herbei. Eine spezielle Aufgabe stand Sonderkurieren zu, die als Geld-Kuriere eingesetzt wurden. Die Geldtransporte brachten die nötigen Finanzmittel für die KPD von der SED-Zentrale nach Westdeutschland²⁸.

Die Abteilung unterhielt eine Druckerei, Tarnname ‚Phönix‘, und eine Dokumentenfälscher-Werkstatt in Ost-Berlin. Alle Druckschriften für die KPD, ausgenommen die Tages- und Bezirkszeitungen, fertigte man in der Druckerei. Die Chemiegrafien und Fotografen fälschten vorzugsweise Personalausweise und Reisepässe. Die illegalen KPD-

²⁵ Kubina, „Was in dem einen Teil [...]“, S. 447–488.

²⁶ Von der SED-ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ ist kein Schriftgut überliefert. Es ist Ende 1989 vernichtet worden. Alle hier zitierten Archivunterlagen stammen aus dem Bestand des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS). Seit 17. 9. 1955 wurde das MfS, HA II/4a, mit der geheimdienstlichen Absicherung der Arbeit der ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ beauftragt. Das erklärt die Existenz von Dokumenten über die ZK-Abteilung ‚Verkehr‘, aber immer aus Sicht der MfS-Verantwortlichen. Für die 1950er Jahren wurden bisher keine Unterlagen bei der BStU gefunden. Vgl. BStU, MfS, HA II, 31514, Bl. 4–6, 7–11, Schlussbericht der HA II/4 vom 7. 5. 1962; ebenda, MfS HA II/23567, Bl. 81, Analyse über das Arbeitsgebiet „Abteilung Verkehr beim ZK der SED“ vom 7. 12. 1974.

²⁷ BStU, MfS, HA II/31514, Bl. 7–11, Schlussbericht der HA II/4 vom 25. 5. 1962; ebenda, MfS, HA II/23567, Bl. 80f., Analyse des Arbeitsgebiets „Abteilung Verkehr beim ZK der SED“ vom 7. 12. 1974. Vgl. Mensing, SED-Hilfe für West-Genossen, S. 25–30, 65–69, 115, 125–134.

²⁸ Einzelne Grenzschleusen und Geldkuriere wurden vom westdeutschen Verfassungsschutz vor allem in den 1950er Jahren aufgedeckt bzw. abgefangen. Das Schleuser-System und vor allem die Geldtransporte im Ganzen durchschauten die bundesdeutschen Verfassungsschutzorgane nicht. Vgl. Buschfort, Geheime Hüter der Verfassung, S. 167–182.

Druckschriften und ihr gesamtes ‚Agitprop-Material‘ transportierten die Mitarbeiter der ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ per LKW, mittels der Ost-Berliner Firma DEUTRANS, oder auf dem Wasserwege, mittels Schleppkähnen, zu bestimmten Anlieferungspunkten in Westdeutschland, bevor es der KPD-Apparat weiter verteilte. Die ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ unterhielt in der DDR Gästehäuser und Einzelquartiere, in denen KPD-Funktionäre während ihres Aufenthalts in der DDR bzw. in Ost-Berlin untergebracht und versorgt wurden. Für die Einzel- oder Gruppentransporte von Personen zwischen Ost-Berlin/DDR und den geheimen Grenzscheulen wurde ein Fahrdienst samt eigener Werkstatt unterhalten. Die ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ betreute zudem verwaltungs- und kadermäßig den ‚Deutschen Freiheitssender 904‘, der mit der Tarnbezeichnung ‚Objekt Valentin‘ von 1956 bis 1971 vom Territorium der DDR betrieben wurde.

Die Abteilung ‚Verkehr‘ des ZK der SED war von der personellen Besetzung her gesehen eine große Abteilung. Vor 1968 hatte sie rund 290 Mitarbeiter²⁹, nur 14 davon waren politische Mitarbeiter. Dazu zählten der Abteilungsleiter, die beiden Stellvertreter, die Sektorenleiter und der Werkleiter der Druckerei ‚Phönix‘. Nur dieses Personal gehörte zur ZK-Hauptnomenklatur³⁰. Durch die Druckerei ‚Phönix‘ und die sogenannten Gästehäuser gab es eine beträchtliche Zahl an technischen, gastronomischen und kaufmännischen Mitarbeitern.

Die ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ stand bis 1952 unter der Leitung des besagten Richard Stahlmann, von 1952 bis 1954 leitete die Abteilung Hans Rosenberg, ihm folgte bis 1965 Adolf Baier. Stahlmann, Rosenberg und Baier waren durchweg langjährige Kommunisten, die aus dem militärpolitischen Apparat der Weimarer KPD kamen, z. T. Erfahrungen in der illegalen, konspirativen Grenzarbeit nach 1933 und unter anderem von Schweden aus Diversions- und Sabotagearbeit gegen das NS-Deutschland betrieben hatten³¹. Die Aufgabenbereiche der Abteilung ‚Verkehr‘ des ZK der SED änderten sich in den 1950er und 1960er Jahre kaum. Auch die Grenzabriegelung im August 1961 hinterließ keinen tiefen Einschnitt in der Arbeit der ZK-Abteilung. Eine Vermischung der Aufgabenbereiche zwischen der ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ und anderen ZK-Gremien für die SED-Westarbeit fand aus Gründen der Konspiration nie statt.

VI. Nationale Politik der SED gegenüber SPD und bürgerlichen Einzelpersonlichkeiten

Im SED-Politbüro und in den mit der Westarbeit betrauten Gremien wirkten kaum ehemalige Sozialdemokraten, die ihrer politischen Herkunft nach prädestiniert und glaubwürdig gewesen wären, Kontakte zu Sozialdemokraten in die Bundesrepublik zu knüpfen. Leitende Posten in den aufgezählten Gremien hatten durchweg Kommunisten wie Paul Verner, Hermann Matern, Adolf Baier, Max Spangenberg, Erich Glückauf, Wilhelm Girnus oder Albert Norden inne. Obwohl in der ersten Hälfte der 1950er

²⁹ BStU, MfS, HA II 23571, Bl. 253, Unvollständige Liste der Mitarbeiter der Abteilung Verkehr vom 5. 3. 1964. Vgl. Mensing, SED-Hilfe für West-Genossen, S. 36.

³⁰ SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2A/1107, Bl. 119, Hauptnomenklatur des ZK der SED vom 6. 7. 1965.

³¹ Mensing, SED-Hilfe für West-Genossen, S. 14–23, 70–81. SAPMO-BA, DY 30/IV 2/11/v. 4665, Kaderakte Adolf Baier.

Jahre alle offiziellen und inoffiziellen Versuche scheiterten, mit führenden Sozialdemokraten ins Gespräch zu kommen, ließen die SED-Funktionäre auch in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts von ihren Offerten nicht ab³². Die SED versuchte bis weit in die 1960er Jahre hinein, die SPD-Führung von ihrer Basis her unter Druck zu setzen, beide gegeneinander auszuspielen bzw. gegebenenfalls voneinander zu isolieren. Dabei sollte es möglichst nicht zu einer Abspaltung von linken SPD-Mitgliedern und zur Gründung einer neuen Partei kommen. Das Ziel, Einfluss auf eine größere Gruppe sozialdemokratischer Anhänger zu nehmen, gelang der SED trotz umfangreicher und intensiver ‚Arbeit mit den Sozialdemokraten‘ in Wochenend- und Funktionärsschulungen, Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, wechselseitigen Delegationsbesuchen usw. nicht. Die politische und ökonomische Realität in der DDR stand in sichtbarem Gegensatz zu aller SED-Propaganda³³.

Das SED-Politbüro verfolgte nach 1955 nicht mehr den Plan, mit infiltrierten „bürgerlichen Sammlungsbewegungen“ das demokratisch-parlamentarische System der Bundesrepublik als Ganzes zu destabilisieren. Die Parteiführung verlegte sich auf den Kurs, Einzelkontakte zu möglichst bekannten politischen Persönlichkeiten in der Bundesrepublik herzustellen. Hier ging es der DDR-Führung vorrangig um Informations- und Nachrichtenquellen und um die Erringung von einzelnen Positionsvorteilen im deutsch-deutschen Sonderkonflikt. Vermutlich glaubten die Ost-Berliner Funktionäre auch daran, mit spektakulären Einzelaktionen den Bonner Staat diskreditieren und zeitweise verunsichern zu können³⁴. Systematische Analysen der Deutschlandpolitik der bürgerlichen Parteien in der Bundesrepublik und ein kontinuierlicher Aufbau von Kontakten zu CDU/CSU-Politikern gab es erst seit Beginn der 1970er Jahre³⁵.

Der Konföderationsvorschlag der DDR-Führung von 1957 zielte auf offizielle Gespräche mit der Bundesregierung zur Schaffung eines ‚Paritätischen Gesamtdeutschen Rates‘. Dieser Vorschlag umfasste Angebote zu Absprachen auf wirtschaftlichem Gebiet, in Zoll- und Währungsangelegenheiten und im Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wieder fand sich hier eine typische Mischung der nationalen Politik der SED: positive Vorschläge und ihre gleichzeitige reale Negierung. Denn die SED-Spitze stellte Vorbedingungen für eine Wiedervereinigung, die auf eine Preisgabe der parlamentarisch-demokratischen Ordnung der Bundesrepublik zugunsten des DDR-Modells hinausliefen. Die SED-interne Interpretation des Konföderationsvorschlags verdeutlichte, dass am Ziel des Sozialismus-Aufbaus in der DDR keine Abstriche gemacht werden sollten. Das Konföderationsmodell wurde in der Folgezeit in Variationen wiederholt und blieb bis in die 1960er Jahre hinein Bestandteil des nationalen Repertoires der DDR³⁶.

³² Erst im Jahr 1966 sollte ein ‚offener Brief‘ der SED an den SPD-Parteivorstand von den Sozialdemokraten offiziell beantwortet werden. Vgl. Staadt, Die geheime Westpolitik der SED, S. 165–208.

³³ Eine Bestandsaufnahme über Zahl und Qualität von SED-Kontakten zu SPD- und DGB-Funktionären nach 1961 fällt mager aus. Die SED-Funktionäre der Westarbeitsgremien konnten nur über circa 470 feste Kontakte, angesiedelt auf Orts- und Kreisebene der SPD-Parteigruppen, Rechenschaft geben. Vgl. SAPMO-BA, DY 30/IV 2/10.02/39, Gesamteinschätzung der Verbindungen vom 1. 3. 1962. Vgl. Staadt, Die geheime Westpolitik der SED, S. 38f.

³⁴ Wolf, Spionagechef im geheimen Krieg, S. 98–104.

³⁵ Nakath/Stephan, Die Häber-Protokolle, S. 25–52.

³⁶ Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 268–276.

Die offenkundige Erfolglosigkeit, die Ineffektivität, die Konzeptionslosigkeit, die mangelnde Qualität sowie die schlechte Qualifizierung der Funktionäre in der ‚gesamtdeutschen Arbeit‘ in den ausgehenden 1950er Jahren ließ sich nicht mehr übersehen. Das SED-Politbüro versuchte wiederholt, korrigierend in die Westarbeit einzugreifen, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen. Die meisten Korrekturen zielten aber wiederum nur auf organisatorische und strukturelle und nicht auf inhaltliche Maßnahmen ab. So blieben wirkliche Erfolge in der Westarbeit auch weiterhin aus.

SED-Chef Walter Ulbricht äußerte 1959 im internen Kreis der verantwortlichen Funktionäre für die Westarbeit seine Sicht zur erfolglosen Westarbeit. Diese Stellungnahme unterschied sich nicht von öffentlichen Phrasen in der SED-Presse. Die gesamte Westarbeit müsse – so Ulbricht – umfassende Aufklärungsarbeit gegen die Adenauer-Partei und die westdeutsche Regierung leisten. Des Weiteren müsse sie „operativ“ und in der Agitation „großzügiger“ – was immer das heißen mochte – geführt werden. Gleichzeitig kritisierte er die bisherige Westarbeit: Der Durchschnittsbürger Westdeutschlands verstehe „unsere Agitation noch nicht“. Die DDR-Agitatoren hätten die schwierige Situation zu bewältigen, „voll im Leben zum Aufbau des Sozialismus zu stehen und gleichzeitig Propaganda für eine [...] parlamentarische Demokratie“ betreiben zu müssen³⁷. Solange Ulbricht und die SED-Kader für die Westarbeit davon ausgingen, „es sind die [unmittelbaren] Voraussetzungen gegeben, die politische Lage in der Bundesrepublik systematisch zu verändern“³⁸, konnte ihr Wirken kaum Erfolge verbuchen. Anfang der 1960er Jahre waren keinerlei Voraussetzungen oder auch nur Anzeichen zu erkennen, die prosperierende Bundesrepublik nach dem Modell von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der DDR umgestalten zu können³⁹.

Auf die Kritik in Sachen Westarbeit reagierte die SED-Spitze mit strukturellen Änderungen. Sie beschloss im Januar 1959 neue „Richtlinien für die Organisation der Arbeit nach Westdeutschland“⁴⁰, die auf eine „Dezentralisierung der konkreten und operativen Westarbeit“ hinausliefen⁴¹. Diese wurden nach dem 13. August 1961 zurückgenommen. Bei der ZK-Abteilung für Westdeutschland fand Ende 1958 ein Wechsel an der Spitze statt: Paul Verner wurde von Arne Rehahn abgelöst. Auch das KPD-Arbeitsbüro erhielt einen neuen Abteilungsleiter: dieser hieß Max Spangenberg und nicht mehr Erich Glückauf⁴².

Die ZK-Westabteilung sollte alle konkreten organisatorischen Verbindungen der DDR-Westarbeitsgremien in die Bundesrepublik kontrollieren und koordinieren. Bei ihr liefen von nun an alle Informationen über SED-Funktionäre zusammen, die di-

³⁷ SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.02/100, Beratung zur gesamtdeutschen Arbeit mit Genossen Ulbricht vom 27. 2. 1959.

³⁸ SAPMO-BA, DY 30/IV 2/9.02/112, Bl. 101, Bemerkungen zur gesamtdeutschen Arbeit vom 26. 2. 1959.

³⁹ Amos, Die Westpolitik der SED 1948/49–1961, S. 289–297.

⁴⁰ Richtlinien, Politbürositzung vom 20. 1. 1959, in: SAPMO-BA, DY 30 J IV 2/2/628, Bl. 11–14.

⁴¹ Die Eigenverantwortung für die gesamtdeutsche Arbeit der Gewerkschaften, der Frauen- und Jugendorganisationen sowie anderer Institutionen und Gremien sollte unter Kontrolle der ZK-Westabteilung gestärkt werden. Vgl. ebenda.

⁴² Die SED-Spitze delegierte Erich Glückauf in das Politbüro der illegalen KPD in die Bundesrepublik. Die SED schickte nach eigenem Ermessen ihre ‚Kader‘ dorthin und zog sie je nach politischer Aufgabe und Lage wieder ab. Vgl. Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 401–405.

rekt in Westdeutschland im „politischen Einsatz“ standen. In einem Prüfbericht über die Westarbeit für die Jahre 1959 und 1960 hatte man feststellen müssen: „Reisen durch Mitarbeiter oder Instruktoren erfolgen oft ohne richtige Zielsetzung und Auswertung. So machte der DTSB z. B. 1959 etwa 1700 Reisen, doch gab es keine schriftlichen Berichte der Instruktoren. Im FDGB wurden von den Bezirken und Betrieben bis zu diesem Jahr tausende Reisen gemacht ohne Berichte und ohne zentrale Auswertung.“⁴³ Hauptarbeitsfeld der ZK-Abteilung war und blieb die „Beratung und Betreuung“ der westdeutschen Sozialdemokraten.

Die Kommission des Politbüros für gesamtdeutsche Arbeit funktionierte weiter als Politikberatungsgremium in Sachen Westarbeit für die SED-Spitze. In diesem Gremium versammelten sich Verantwortliche der Westarbeit von Partei, Gewerkschaft, Jugendorganisation, auch von der Bezirksebene, und Vertreter von Rundfunk und Zeitungen. Die Politbürokommission war gegenüber allen Organisationen und Institutionen weisungsberechtigt, soweit es deren gesamtdeutsche Arbeit betraf. Ende 1960 beschloss das Politbüro zunächst, die ZK-Abteilung KPD-Arbeitsbüro wegen Ineffektivität und Kompetenzanmaßung aufzulösen und in die Politbürokommission einzugliedern⁴⁴. Der Beschluss wurde jedoch wieder zurückgenommen, das KPD-Arbeitsbüro blieb bestehen.

Die interne kritische Sicht des SED-Apparates auf die Westarbeit ließe sich um 1960/61 zusammenfassend an folgenden Punkten festmachen: fehlende straffe Koordination und Kompetenzüberschreitungen in der ‚Arbeit nach Westdeutschland‘; unkonkrete politische Gespräche bei gesamtdeutschen Treffen und Tagungen sowie nachlassendes Interesse an der Arbeit mit westdeutschen Besuchern; Konzentration aufs organisatorisch-technische bei Vernachlässigung politisch-inhaltlicher Fragen und unzureichende selbstkritische Einschätzung der Westarbeit bei den Blockparteien und Massenorganisationen⁴⁵. Auf der SED-Führungsebene breitete sich Resignation und Verärgerung über die geringe Wirksamkeit der Westarbeit des Apparates aus. Politbürochef Ulbricht hatte aus lauter Verdruss im März 1961 entschieden, den Gesamtfonds für die Westarbeit aller Organisationen und Institutionen rigoros um zwei Drittel zu kürzen, und zwar von 3,3 Millionen DM (West) 1960 auf 1,3 Millionen DM (West)⁴⁶.

VII. Aufstieg der ZK-Westabteilung zum Führungsgremium in der DDR-Westpolitik nach 1961

Die Grenzabriegelung am 13. August 1961 hatte keine größeren Auswirkungen auf die Gremien, die Strukturen und die Aufgabenbereiche im zentralen SED-Westapparat. Direkte Umstrukturierungen, Neugründungen, Aufgabenumverteilungen fanden

⁴³ SAPMO-BA, DY 30/IV 2/10.02/45, zusammenfassender Bericht über die Überprüfung der gesamtdeutschen Arbeit der gesellschaftlichen Organisationen vom 9. 1. 1961.

⁴⁴ SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2/733, Bl. 5, Politbürobeschluss zur Auflösung des KPD-Arbeitsbüros vom 15. 11. 1960. Ebenda, Bl. 21–26, Aufgaben, Struktur und Zusammensetzung der Politbürokommission für gesamtdeutsche Arbeit vom 15. 11. 1960.

⁴⁵ SAPMO-BA, DY 30/IV 2/2.028/11, Denkschrift Albert Nordens vom 18. 3. 1961.

⁴⁶ Zu diesem Fonds zählte nicht die KPD-Finanzierung durch Ost-Berlin. Sie wurde nicht gekürzt. Vgl. SAPMO-BA, DY 30/IV 2/10.02/8, Bl. 87, Rentmeister an Norden vom 9. 3. 1961.

nach dem Mauerbau nicht statt. Einzig im personellen Bereich unterhalb der zentralen Ebene wurde umfangreich gekürzt. Anfang 1962 erteilte das Politbüro die Weisung, die Zahl der hauptamtlichen ‚Westarbeiter‘ auf Kreis- und Bezirksebene drastisch, d. h. um über die Hälfte zu reduzieren. Außerhalb des SED-Apparates waren zu diesem Zeitpunkt 537 hauptamtliche Funktionäre anderer Parteien, Organisationen und Institutionen auf dem Gebiet der Westarbeit tätig. Gekürzt wurde bei den Westarbeitsgremien des Bundes- und der Bezirksvorstände vom FDGB, des Zentralrats und den Bezirksleitungen der FDJ, deutlich beim ‚Ausschuss für Deutsche Einheit‘ und bei der Nationalen Front mit ihren Bezirksausschüssen, der Blockparteien, des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD), der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), beim Kulturbund und beim Deutschen Städte- und Gemeinderat⁴⁷. Mit dieser Anweisung sollten sich die genannten Institutionen von nun an nur noch auf wichtige westdeutsche Kontakte konzentrieren.

Den Vorsitz der Politbüro-Westkommission hatte auch nach 1961 das Politbüromitglied Albert Norden inne; als ständiger Sekretär fungierte zunächst Hans Rentmeister. Die Politbüro-Westkommission – von nun an war der Begriff ‚gesamtdeutsch‘ verpönt – bestand aus 42 politischen Mitarbeitern und 13 technischen Kräften. Zu den Mitarbeitern gehörten nach wie vor Politiker oder Funktionäre von staatlichen und anderen Parteigremien oder von Massenorganisationen bzw. von den Medien⁴⁸. Die höchste Entscheidungsgewalt über alle wichtigen Fragen der Westpolitik behielt sich nach wie vor das Politbüro vor. Die Politbüro-Westkommission hatte noch immer Beratungsfunktion für die Parteispitze. Zum zweiten koordinierte und kontrollierte sie die Westpolitik anderer Institutionen, Organisationen, und Ministerien. Die Politbüro-Westkommission blieb drittens im Rahmen der Politbürobeschlüsse weisungsberechtigt gegenüber allen Parteigremien, Organisationen und Institutionen, soweit es deren Westarbeit betraf. Sie erarbeitete die Richtlinien für die Westarbeit der Nationalen Front, des FDGB, der FDJ, ohne jedoch selbst konkrete organisatorische Aufgaben zu übernehmen.

Sowohl die ZK-Westabteilung als auch die ZK-Abteilung KPD-Arbeitsbüro hatten für die konkreten inhaltlichen, organisatorischen und persönlichen Verbindungen in die Bundesrepublik zu sorgen. Die organisatorisch-technischen und logistischen Tätigkeiten erledigte demnach die Westabteilung des ZK. Bei ihr liefen alle Informationen über die Funktionäre der SED, der Organisationen FDGB und FDJ und anderer Institutionen zusammen, die in Westdeutschland Agitatoren, Instruktoren und anderweitige ‚Reisekader‘ im Einsatz hatten. Die ZK-Westabteilung übte – ebenso wie die Politbüro-Westkommission – koordinierende und kontrollierende Funktion gegenüber der Westarbeit der DDR-Blockparteien und Massenorganisationen aus. Das Hauptarbeitsfeld der ZK-Westabteilung bestand in der „Beratung und Betreuung“ der SPD, insbesondere der ‚linken‘ Sozialdemokraten und Gewerkschaftler. Der ZK-Abteilungsleiter hieß seit 1963 Heinz Geggel, die beiden Stellvertreter waren Herbert Häber

⁴⁷ SAPMO-BA, DY 30/IV 2/2028/17, Aufstellung der hauptamtlichen Mitarbeiter verschiedener Organisationen in der Westarbeit vom 6. 2. 1962.

⁴⁸ SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2/733, Bl. 26, Zusammensetzung der Politbüro-Westkommission vom 15. 11. 1960; ebenda, DY 30/IV 2/2.01/87, Aufstellung der Abteilungen vom 15. 11. 1962.

und Karl Wildberger. Alle drei gehörten auch der Politbüro-Westkommission an. Die ZK-Westabteilung bestand 1963 aus 29 hauptamtlichen politischen Mitarbeitern⁴⁹.

Kritik an der erfolglosen Westarbeit betraf auch immer wieder die ZK-Abteilung KPD-Arbeitsbüro. Das Problem der Kompetenzabgrenzung war hausgemacht. Da die Zuständigkeiten von Anfang an nicht eindeutig geklärt waren, griff die Kritik ständig ins Leere. Kontroversen um Zuständigkeiten zwischen der Politbüro-Westkommission und der ZK-Westabteilung einerseits und der ZK-Abteilung Arbeitsbüro andererseits hatten 1960/61 einen Höhepunkt erreicht⁵⁰. Dabei ging es hauptsächlich um das besagte Thema ‚Bearbeitung‘ der westdeutschen Sozialdemokraten. Das Arbeitsgebiet der ZK-Abteilung KPD-Arbeitsbüro war noch bis zum Ende der 1950er Jahre weiter gefasst als nur Anleitung und Kontrolle der illegalen KPD in Westdeutschland. Der Abteilung oblag auch die Beeinflussung von SPD und DGB durch KPD-Funktionäre⁵¹. Hinzu kam die Tatsache, dass es mittlerweile auch inhaltliche Kontroversen über die SED-Politik gegenüber der SPD nach der Verabschiedung des Godesberger Programms (1959) gab. Während die Kommunisten des zentralen KPD-Apparates und ihre ‚Kollegen‘ in der ZK-Abteilung KPD-Arbeitsbüro noch die Traditionslinie verfolgten, organisierte Sozialdemokraten aus der Partei ‚herauszubrechen‘ und für die KPD zu gewinnen, ging die SED-Spitze von einer geänderten Taktik aus. Ulbricht und die Leitungsebene der Politbüro-Westkommission propagierten nun, auf eine Kräfteverschiebung in der sozialdemokratischen Partei zu setzen. Auf der unteren und mittleren Ebene sollten innerhalb der SPD ‚linke‘ Kräfte gebildet und gestärkt werden, um bei einer möglichen Regierungsbeteiligung der SPD nach den Bundestagswahlen 1961 geneigte Ansprechpartner in der Bonner Regierung zu haben⁵².

Das Kompetenzgerangel entschied das Politbüro mit einer deutlichen Beschneidung der Zuständigkeiten der ZK-Abteilung KPD-Arbeitsbüro. Das stärkte die Position von Albert Norden gegenüber Hermann Materns im Politbüro, da Matern zwar die Verbindung zur KPD kontrollierte, aber Norden die großen und wichtigen ZK-Gremien für die Westarbeit in seinem Zuständigkeitsbereich konzentrierte. Die ZK-Abteilung Arbeitsbüro musste sich in den 1960er Jahren ausschließlich auf das Wirken der illegalen KPD in der Bundesrepublik konzentrieren. Die kleine, nur mit acht politischen Mitarbeitern ausgestattete und mit beschnittenen Kompetenzen ausgestattete ZK-Abteilung Arbeitsbüro fristete ihr isoliertes Dasein bis zu ihrer Auflösung am 9. Februar 1971. Personal und noch vorhandene Aufgabenbereiche gingen in die ZK-Westabteilung über⁵³.

⁴⁹ SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2/890, Bl. 1–157, Nomenklatur des ZK der SED vom 6. 8. 1963; ebenda, DY 30/J IV 2/2A/954, Bl. 10–12, Bestätigung der Leiter der Abteilungen des ZK-Apparates vom 29. 3. 1963.

⁵⁰ Staadt, Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970, S. 26–33.

⁵¹ Noch im Januar 1959 hieß es laut Politbürobeschluss: „Die Abteilung Arbeitsbüro ist verantwortlich für die Arbeit in der SPD vom Standpunkt der Zusammenarbeit mit der SED und der Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zur DDR; sie organisiert sozialdemokratische [...] Beratungen mit Sozialdemokraten, soweit sie in der DDR durchgeführt werden. Sie organisiert die Unterstützung [...] der KPD, wenn sie es wünscht.“ SAPMO-BA, DY 30/IV 2/2028/2, Neuaufteilung der Arbeit der Abteilung Arbeitsbüro vom 8. 7. 1960.

⁵² SAPMO-BA, DY 30/IV 2/2028/10, Notiz Hans Rentmeisters über Bemerkungen Ulbrichts zur Westarbeit am 13. und 29. 9. 1960.

⁵³ SAPMO-BA, DY 30/J IV 2/2/1324, Bl. 2 und 5, Politbürositzung vom 9. 2. 1971.

Eine klare Unterscheidung der ‚Arbeit nach Westdeutschland‘ von Politbüro-Westkommission und ZK-Westabteilung in der ersten Hälfte der 1960er Jahre war schwierig. In der Forschung ging man zeitweise davon aus, dass die Politbüro-Westkommission und die ZK-Abteilung für die Westarbeit zusammengeführt und damit identisch waren⁵⁴, was nachweislich nicht stimmte. Vermutlich war die Aufgaben- und Kompetenzenabgrenzung zwischen beiden Gremien verschwommen und undurchsichtig, so dass selbst Funktionäre des Apparates nicht genau zwischen beiden Gremien unterschieden. Das änderte sich im Juni 1965 grundsätzlich. Auf Weisung der SED-Spitze musste die Politbüro-Westkommission alle Leitungs- und Weisungsbefugnisse an die ZK-Westabteilung abgeben und bestand nun nur noch als beratendes Organ. Die von ihr bis dahin wahrgenommenen Kontroll- und Koordinierungsfunktionen für die Westarbeit wurden allein der ZK-Westabteilung übertragen. Die Hauptverantwortung für die ‚Arbeit nach Westdeutschland‘ trug von nun an die ZK-Westabteilung. Das SED-Politbüro hatte zuvor immer wieder angemahnt, die Leitungs- und Koordinierungsfunktionen in der Westarbeit effektiver zu gestalten, um die Aushöhlung des Bonner Alleinvertretungsanspruchs weiter betreiben zu können. Vermutlich hatte die ZK-Westabteilung durch die Zunahme von konkreten Kontakten in die Bundesrepublik⁵⁵ an Entscheidungskompetenz in der ersten Hälfte der 1960er Jahre hinzugewinnen können. Auch schien die ZK-Westabteilung mit ihrem hauptamtlichen Mitarbeiterstab dynamischer und flexibler agieren und reagieren zu können als die schwerfälligere Politbüro-Westkommission mit ihrer größeren Zahl an Mitgliedern, die hauptberuflich andere Ämter und Funktionen bekleideten und daher nicht schnell und zeitnah zusammen kommen konnten. Zwischen der ZK-Westabteilung und der Politbüro-Westkommission fand immer wieder ein gegenseitiger Funktionärsaustausch statt, um beide Gremien enger zu verbinden.

Die Konzentration der Weisungs-, Leitungs-, Koordinierungs- und Kontrollfunktion auf die ZK-Westabteilung beendete die geschilderten Probleme. 1965 umfasste der zentrale Ost-Berliner Westapparat der SED die Westabteilung des ZK mit dem Abteilungsleiter Heinz Geggel und mit 31 politischen Mitarbeitern, die Westkommission des Politbüros mit sieben hauptamtlichen Mitarbeitern und elf ehrenamtlichen Funktionären aus anderen Partei-, Staats- oder Mediengremien. Den Vorsitz hatte Politbüromitglied Albert Norden inne. Die ZK-Abteilung KPD-Arbeitsbüro (Abteilungsleiter war Max Spangenberg) bestand aus acht politischen Mitarbeitern, und in der ZK-Abteilung ‚Verkehr‘ unter Abteilungsleiter Adolf Baier wirkten zwölf politische Mitarbeiter⁵⁶.

⁵⁴ Amos, Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963, S. 401–403.

⁵⁵ Nach dem Mauerbau instruierte und koordinierte die ZK-Westabteilung kaum mehr als 100 ‚Reisekader‘, 1969 war die Zahl der SED-Propagandisten in Westdeutschland auf etwa 2000 angewachsen. Vgl. SAPMO-BA, DY 30/IV A 2/2028/39, Information über die Propagandarbeit in Westdeutschland im Jahr 1969 vom 29. 1. 1970.

⁵⁶ SAPMO-BA, DY 30 J IV 2/2A/1107, Bl. 71–212 (insb. Bl. 84, 119, 212), Hauptnomenklatur des ZK der SED, 27. 7. 1965; SAPMO-BA, DY 30 IV A 2/10.02/1, Unterlagen zur Westkommission, 12. 10. 1965; SAPMO-BA, DY 30 J IV 2/3A/1243, Bl. 6–8, Strukturpläne der Abteilungen des ZK, 24. 11. 1965.

Dierk Hoffmann

Kampf um die deutsche Öffentlichkeit

Westreisen und andere Aktivitäten der SED-Führung bis Anfang der 1950er Jahre

Vier Tage nach dem Volksaufstand am 17. Juni 1953 fasste der SED-Co-Vorsitzende und DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl mit fast überschwänglichen Worten vor den versammelten Mitgliedern des Zentralkomitees die Reaktion der westlichen Presse auf den ‚Neuen Kurs‘ der eigenen Partei zusammen:

„Die Presse und der Rundfunk in fast allen führenden Hauptstädten des Westens befassten sich sehr eingehend und sehr umfangreich mit unserem Kommuniqué und mit den Beschlüssen der Regierung. Die Presse druckte fast die ganzen Beschlüsse ab und machte riesenlange Kommentare darüber. Es ist interessant, dass der Beschluss des Ministerrats der DDR in den Reihen der Regierungskoalition Adenauer Verwirrung und Bestürzung ausgelöst hat. So schreibt die ‚New York Times‘, der Beschluss werde in Bonn als einer der gefährlichsten Vorstöße gegen die Politik des Anschlusses Westdeutschlands an das westeuropäische Kriegspaktsystem betrachtet.“¹

Die Selbstzweifel, die die politische Führung in Ost-Berlin kurz zuvor noch geplagt hatten, waren verflogen. Mit der Stabilisierung der Machtverhältnisse durch die sowjetischen Besatzungstruppen war offenbar das Selbstbewusstsein wieder zurückgekehrt. Während Grotewohl ausgiebig aus der Berichterstattung in westdeutschen, aber auch französischen und britischen Zeitungen zum Kommuniqué vom 9. Juni zitierte, blendete er die Reaktionen auf den bis dahin schwärzesten Tag der SED-Geschichte vollständig aus. Die SED war von Anfang an auf den Westen Deutschlands fixiert und beobachtete die innenpolitische Entwicklung mit Argusaugen. Darüber hinaus registrierte sie aufmerksam, wie die eigenen politischen Maßnahmen in der Bonner Republik rezipiert wurden. Daran schließt sich jedoch die Frage an: War die SED-Führung vom Erfolg ihres deutschlandpolitischen Kurses ernsthaft überzeugt? In der Forschung wird allgemein davon ausgegangen, dass für die SED-Führung, deren Mitglieder sich als deutsche Patrioten fühlten, Einheit und Sozialismus bis Anfang der 1950er Jahre keine Gegensätze, sondern untrennbar miteinander verbunden waren². Die politische Entwicklung in Europa und Asien verstärkte die Illusion: Vor dem Hintergrund der Umwälzung in Osteuropa nach 1945 und der kommunistischen Erfolge in China 1949 und Korea 1950 gingen Grotewohl, Pieck und Ulbricht davon aus, dass die Verwirklichung des Sozialismus in einem noch zu schaffenden Gesamtdeutschland nur eine Frage der Zeit sei. Deshalb kam für sie eine Wiedervereinigung unter Preisgabe der ‚antifaschistisch-demokratischen Ordnung‘ nicht in Frage. Die Deutschland- und Westpolitik war jedoch nicht alleinige Angelegenheit der SED, da die Sowjetunion aufgrund des 1948 an Schärfe zunehmenden Kalten

¹ SAPMO-BA, DY 30/IV 2/1/117, Bl. 9, Stenografische Niederschrift der 14. Tagung des ZK der SED am 21. 6. 1953.

² Lemke, Einheit oder Sozialismus, S. 48f.

Krieges eigene Interessen verfolgte, denen sich die ostdeutsche Einheitspartei unterzuordnen hatte.

Der Kalte Krieg war auch ein Kampf um die Öffentlichkeit diesseits und jenseits des ‚Eisernen Vorhangs‘. Mit der doppelten Staatsgründung 1949 existierten in Bonn und Ost-Berlin zwei deutsche Regierungen, die für sich in Anspruch nahmen, für ganz Deutschland zu sprechen. Eng verbunden mit dem Alleinvertretungsanspruch war die Magnettheorie, die nicht nur von der westdeutschen, sondern auch von der ostdeutschen Regierung propagiert wurde. Spitzenpolitiker in Ost und West, wie beispielsweise Kurt Schumacher (SPD), Konrad Adenauer (CDU) und Otto Grotewohl, waren bereits 1946/47 von der Überlegenheit des eigenen wirtschaftlichen und politischen Systems überzeugt. Mit einem streckenweise missionarischen Eifer suchten sie die Zustimmung der Bevölkerung im jeweils anderen Teil Deutschlands zu erreichen. Obwohl die ‚Abstimmung mit den Füßen‘ bis zum Mauerbau 1961 deutlich machte, dass es der ostdeutschen Führung noch nicht einmal gelang, eine Magnetwirkung auf die eigene Bevölkerung zu entfalten, sollte die Deutschland- und Westpolitik Ost-Berlins nicht nur als propagandistisches Getöse abgetan werden. Welche Wege ging die DDR? Welchen Erfolg konnte sie verbuchen? Der folgende Beitrag konzentriert sich auf den Untersuchungszeitraum zwischen Kriegsende und Anfang der 1950er Jahre. Dabei werden ohne Anspruch auf Vollständigkeit drei zentrale Maßnahmen bzw. Instrumente analysiert.

I. Westreisen von SED-Politikern (1945–1947)

Die ersten Westreisen von Politikern aus der Sowjetischen Besatzungszone im Herbst 1945 standen ganz im Zeichen der KPD-Einheitskampagne zur Verschmelzung der beiden Arbeiterparteien, die in der westdeutschen Arbeiterschaft stellenweise auf fruchtbaren Boden fiel³. Rasch trat jedoch die Rivalität zwischen den sozialdemokratischen Spitzenpolitikern in Ost und West, Otto Grotewohl und Kurt Schumacher, offen zu Tage. Als Grotewohl am 17. November 1945 zu einer zehntägigen Reise in die US-Zone aufbrach, verfolgte Schumacher das Treiben des Vorsitzenden des SPD-Zentralausschusses mit Argwohn. Beide Politiker hatten auf der Konferenz in Wennigsen bei Hannover einen Monat zuvor ihre Claims abgesteckt. Seitdem achtete der unumstrittene Kopf der West-SPD auf die Einhaltung der Absprache. Obwohl Grotewohl auf seiner Reise, die ihn nach Frankfurt am Main, Stuttgart, München und Regensburg führte, zum Teil herzlich empfangen wurde, blieb der politische Ertrag gering. In seinem Reisebericht verwies Gustav Dahrendorf (SPD) auf Interventionsversuche Schumachers, die er indirekt für den ausbleibenden Erfolg verantwortlich machte: „So ist bekannt geworden, dass Schumacher eine Anfrage nach Süddeutschland wegen der ihm bekannt gewordenen Reise von Grotewohl und Dahrendorf gerichtet hat, die nicht etwa in den Stil einer herzlichen Begrüßung, sondern vielmehr einer misstrauischen Kontrolle nach Zweck und Sinn der Reise gekleidet war.“⁴

³ Süß, Kumpel und Genossen, S. 64.

⁴ LAB, E Rep. 200–23, Nr. 29–31, Bericht über die Reise Grotewohls und Dahrendorfs (17.–26. 11. 1945), S. 9f.

Mit der Zwangsvereinigung im April 1946 veränderten sich Inhalte und Funktion dieser Reisen, da es aus Sicht der SED nunmehr darum ging, im Westen Deutschlands für die in der SBZ angeblich verwirklichte Einheit der Arbeiterklasse offensiv zu werben. Die Ausgangslage war zunächst nicht ungünstig, denn westdeutsche SPD-Politiker wie der Bezirksvorsitzende von Groß-Hessen, Wilhelm Knothe, wollten „im Interesse der Gesamtpartei“ den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen⁵. Die Zahl derer, die weiterhin an der Idee einer gesamtdeutschen SPD festhielten, nahm allerdings rapide ab. Dennoch glaubte die SED-Führung die Erwartungshaltungen nutzen zu können, und setzte sich für einen Zusammenschluss von SPD und KPD im Westen ein. Insbesondere Otto Grotewohl, der im Spätsommer 1945 noch zu den Gegnern einer Fusion mit den Kommunisten gehört hatte, klammerte sich an diese Utopie: Der Wunsch nach einem einheitlichen Deutschland sei sehr lebendig in der westdeutschen Arbeiterschaft und könne „durch keinen Schumacher und durch keinen Beschluss eines Parteitages irgendwie erschüttert werden“⁶.

Drei Monate nach der Zwangsvereinigung reisten die beiden SED-Vorsitzenden in die Westlichen Besatzungszonen. Geplant waren öffentliche Auftritte in der Britischen Zone, bei denen die westdeutsche Bevölkerung vom notwendigen Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien im Westen überzeugt werden sollte. Die britischen Behörden verknüpften die Einreisegenehmigung mit der Auflage, dass die Kundgebungen in Essen, Köln, Düsseldorf und Braunschweig unter dem Label der KPD stattfinden mussten, was den Propagandaeffekt deutlich abschwächte⁷. In allen vier westdeutschen Städten verteidigte Grotewohl den Zusammenschluss mit der KPD und warf Schumacher vor, die Bildung einer gesamtdeutschen SPD verhindert und damit die Einheit des Landes aufs Spiel gesetzt zu haben: „Eine einheitliche Sozialdemokratie und eine einheitliche Kommunistische Partei im Reichsmaßstabe wären damals noch in der Frage des einheitlichen Deutschlands die eisernen Korsettstangen für Deutschland geworden.“⁸ Die westdeutsche SPD sei aber in der „Lebensfrage Deutschlands zum Schaden des deutschen Volkes völlig auseinander gefallen“⁹. Außerdem rechtfertigte er die sozioökonomische Transformation in der SBZ, ganz besonders die Bodenreform und die Verstaatlichung der Schwerindustrie. Nach der Rückkehr nach Ost-Berlin am 24. Juli 1946 brachte die SED-Führung die Rede Grotewohls als Broschüre in hoher Auflage in Umlauf. Der West-SPD war das beharrliche Werben nicht entgangen. Sie ließ ihrerseits Flugblätter mit kritischen Fragen an die SED-Spitze drucken und organisierte in Braunschweig eine Gegenveranstaltung, auf der der sozialdemokratische Ministerpräsident Alfred Kubel auftrat. Weitere Reisen scheiterten zunächst am Widerstand der britischen Besatzungsmacht, die fürs erste kein grünes Licht mehr gab. Dennoch fanden sich Wege, um offizielle Verbote zu umgehen. So

⁵ AdsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 1234, Wilhelm Knothe am 7. 5. 1946 an die SPD Hannover.

⁶ SAPMO-BA, DY 30/IV 2/1/4, Bl. 200, Stenografisches Protokoll über die 3. Sitzung des SED-Parteivorstandes (18.–20. 6. 1946).

⁷ Spilker, *The East German Leadership*, S. 77.

⁸ SAPMO-BA, NY 4090/126, Bl. 302–352, hier Bl. 325. Redemanuskript für die Auftritte Grotewohls in Essen (20. 7.), Köln (21. 7.), Düsseldorf (22. 7.) und Braunschweig (23. 7.). Ausführlicher dazu: Hoffmann, Otto Grotewohl, S. 281.

⁹ Ebenda, Bl. 326.

hatten Pieck und Grotewohl bei ihrem Besuch der ehemaligen Hermann-Göring-Werke in Salzgitter den Betriebsrat zu einem Gegenbesuch in die Sowjetische Besatzungszone eingeladen. Richard Stahlmann, der am Aufbau der KPD im Westen beteiligt war und später den DDR-Auslandsgeheimdienst mit aufbaute, schleuste die westdeutsche Delegation schließlich illegal über die Grenze und organisierte ein Treffen mit Pieck im Haus der Einheit in Ost-Berlin¹⁰.

Vor dem Hintergrund der Moskauer Außenministerkonferenz, bei der es neben Reparationsfragen auch um die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland ging¹¹, machten sich Grotewohl und Pieck Mitte März 1947 erneut auf den Weg nach Westdeutschland, dieses Mal in die US-Zone. Bei ihren öffentlichen Auftritten – unter anderem in den Stuttgarter Zirkusbauten Althoff und Schulte vor rund 7000 Zuhörern – betonten beide Spitzenpolitiker die Notwendigkeit zur Vereinigung der beiden Arbeiterparteien in den drei Westzonen. Die SPD-Spitze beobachtete misstrauisch die Propagandaoffensive und versuchte offizielle Treffen mit SPD-Politikern zu verhindern. Im Parteivorstand musste sich der sozialdemokratische Oberbürgermeister Frankfurts, Walter Kolb, schwere Vorwürfe von Erich Ollenhauer (SPD) gefallen lassen, hatte er doch die beiden Co-Vorsitzenden der SED in den Frankfurter Römer eingeladen¹². Offensichtlich war es Ost-Berlin ansatzweise gelungen, die von Schumacher betriebene, kompromisslose Abwehrhaltung gegenüber ostdeutschen Offerten etwas aufzuweichen. Obwohl die Reise keine greifbaren Ergebnisse erbrachte, wollte die SED-Führung den mehrtägigen Aufenthalt in der US-Zone propagandistisch ausschlachten und lud dazu am 18. März zu einer internationalen Pressekonferenz ein. Das Interesse der Journalisten konzentrierte sich jedoch nicht nur auf die anvisierte Bildung der SED in Westdeutschland, sondern auch auf die Wiederzulassung der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone¹³. Bohrenden Nachfragen entgegnete Pieck mit dem formalen Hinweis, Schumacher habe bei der SMAD noch keinen Antrag auf Zulassung der SPD gestellt. Von Bedeutung waren Grotewohls Aussagen zur geplanten Arbeitsgemeinschaft von SED und KPD, denn dadurch wandelten sich die Aufgaben der westdeutschen Kommunisten, die in Zukunft behutsamer auftreten sollten. Um die Massen in Westdeutschland zu gewinnen, sollte nämlich eine direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner in Zukunft vermieden werden. Diese Empfehlung hatte Grotewohl bereits auf der Parteivorstandssitzung Mitte Juni 1946 ausgesprochen.

Die Arbeitsgemeinschaft von SED und KPD war eine Herzensangelegenheit von Grotewohl, denn er konnte damit die gesamtdeutsche Karte ausspielen¹⁴. Am 4. April 1947 fuhr er zum KPD-Landesparteitag nach Bayern und warb erneut für die Arbeitsgemeinschaft als Nukleus einer gesamtdeutschen Einheitspartei nach den Vorstellungen Ost-Berlins. In seiner Rede wies er den Vorwurf Schumachers zurück, die SED würde mit ihrer Deutschlandpolitik einen nationalkommunistischen Kurs ver-

¹⁰ SAPMO-BA, NY 4036/752, Bl. 56–60, Reisebericht Stahlmanns vom Januar 1962.

¹¹ Kessel, Westeuropa und die deutsche Teilung, S. 249.

¹² Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer. Bd. 1, S. 175, Sitzung des Parteivorstandes am 13./14. 3. 1947 in Hannover.

¹³ SAPMO-BA, NY 4090/633, Bl. 26–48, Stenografische Niederschrift über die Pressekonferenz am 18. 3. 1947.

¹⁴ Vgl. Hoffmann, Otto Grotewohl, S. 284f.

folgen¹⁵. Zur Kennzeichnung der Einheitspartei als „Agenten der Sowjetunion“ oder als „rotlackierte Nazis“ antwortete er, dass Schumacher häufig solche Beschimpfungen verwende, da er „gegen den sachlichen Inhalt unserer Politik beim besten Willen nichts einzuwenden“ habe¹⁶. Gleichzeitig stellte Grotewohl die rhetorische Frage, ob denn Molotow als Agent des deutschen Volkes zu bezeichnen sei, da er bei der Moskauer Außenministerkonferenz „alle entscheidenden Lebensinteressen des deutschen Volkes“ vertreten habe. Die westdeutsche Presse verfolgte aufmerksam die zum Teil polemisch geführte Auseinandersetzung zwischen Schumacher und Grotewohl. Dabei wurde dem SED-Co-Vorsitzenden vorgehalten, Schumacher persönlich beleidigt zu haben, was dieser jedoch vehement bestritt¹⁷.

In der Folgezeit gelang es der SED-Führung nicht mehr, hochkarätige Delegationen in die Westlichen Besatzungszonen zu entsenden, da die anglo-amerikanischen Besatzungsverwaltungen keine Einreiseerlaubnis mehr erteilten. In der Französischen Zone hatten es die Einheitssozialisten erst gar nicht versucht. Obwohl Grotewohl rechtzeitig eine offizielle Einladung erhalten hatte, konnte er im April 1947 nicht wie geplant in Dortmund auftreten. Deshalb mussten sich Grotewohl und Pieck über den Rundfunk an die Westdeutschen wenden, um für ihre deutschlandpolitischen Ziele zu werben¹⁸. Da sich zu diesem Zeitpunkt das Scheitern der Moskauer Außenministerkonferenz abzeichnete, können die Rundfunkansprachen als Bestandteil der Propagandaschlacht gewertet werden, bei der es primär darum ging, den Westen für den diplomatischen Fehlschlag verantwortlich zu machen. Für die SED-Spitzenpolitiker blieben die Zonengrenzen letztlich verschlossen, so dass eine direkte Einflussnahme durch öffentliche Kundgebungen nicht mehr in Betracht kam. Die drei Westmächte hielten nämlich das Einreiseverbot für SED-Delegationen in ihren Zonen aufrecht¹⁹.

Die Teilnahme an der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz Anfang Juni 1947 war zweifellos der Höhepunkt der offiziellen Westreisen. Diese wurde nicht von einer SED-Delegation, sondern von den fünf Ministerpräsidenten der SBZ durchgeführt, von denen aber vier das SED-Parteibuch besaßen²⁰. Die Konferenz, zu der der bayerische Landeschef Hans Ehard (CSU) eingeladen hatte, sollte den Besatzungsmächten Maßnahmen zur Lösung der desolaten Wirtschafts- und Ernährungslage unterbreiten. Mit einer gesamtdeutschen Initiative sollten zudem die festgefahrenen Gespräche der vier Alliierten aus der Sackgasse herausgeführt werden. Bereits kurz nach der Ankündigung der Konferenz zeigten sich rasch die unterschiedlichen Erwartungen, die in Ost und West an diese Veranstaltung geknüpft wurden. Bis zum Schluss konnte keine Einigung über die Tagesordnung erzielt werden: Während die westdeutschen Ministerpräsidenten nur über die angespannte Versorgungslage in Deutschland sprechen wollten, verlangten ihre ostdeutschen Kollegen eine Diskussion über die politische Zukunft Deutschlands. 48 Stunden vor Beginn der Tagung war die Teilnahme

¹⁵ SAPMO-BA, NY 4037/132, Protokoll des KPD-Parteitages (4.–7. 4. 1947), S. 12.

¹⁶ Ebenda, S. 25.

¹⁷ SAPMO-BA, NY 4090/641, Bl. 25f., Grotewohl am 23. 4. 1947 an den Chefredakteur der Hessischen Nachrichten, W. Bartels.

¹⁸ SAPMO-BA, NY 4090/129, Bl. 3–9, Rundfunkansprache Grotewohls vom 16. 4. 1947.

¹⁹ Vgl. SAPMO-BA, DY 30/IV 2/1/20, Bl. 7, Stenografische Niederschrift über die 11. Tagung des SED-Parteivorstandes (21./22. 5. 1947).

²⁰ Vgl. Hoffmann, 1987 – Honecker in Bonn, S. 336–339.

der ostdeutschen Spitzenpolitiker noch fraglich. Als dann die Ministerpräsidenten aus der SBZ doch noch erschienen, wiederholten sie ihre Forderung, die mit der SMAD und der SED-Führung abgestimmt war. Auf der dramatisch verlaufenden Vorbesprechung der Ministerpräsidenten am 5. Juni beharrten die westdeutschen Vertreter auf ihren Vorstellungen und wiesen das Ansinnen der ostdeutschen Amtsträger zurück, die daraufhin ihre Koffer packten und unverrichteter Dinge wieder abreisten.

Noch während der Konferenz entbrannte ein Streit darüber, wer denn nun für das Scheitern verantwortlich sei. Westdeutsche Medien schoben den ostdeutschen Ministerpräsidenten und der SED die Schuld in die Schuhe. So meldete das Hamburger Nachrichtenmagazin ‚Der Spiegel‘ unter Berufung auf eine Pressekonferenz in Ost-Berlin, dass die SED-Ministerpräsidenten bereits bei ihrer Ankunft in München den Entwurf des „Absagekommunikés“ in der Tasche gehabt hätten²¹. In der Wochenzeitung ‚Die Zeit‘ wurde die Meinung vertreten, die Ministerpräsidenten seien „als eine kollektive Einheit“ aufgetreten und hätten sich für ihre Forderungen die „Fernprogrammpunkte zu eigen gemacht, die auf der Moskauer Konferenz von der Sowjetunion und in Deutschland von der SED vertreten wurden“²². Ganz anders war die Sicht der Dinge in der staatlich gelenkten Presse der SBZ. In einer vom Rundfunk übertragenen Rede hatte Grotewohl die offizielle Sprachregelung vorgegeben: Für den „Fehl Schlag“ machte er die westliche Seite verantwortlich²³. Der Chefredakteur des ‚Neuen Deutschland‘, Lex Ende, äußerte sich in einem Leitartikel seines Blattes abschätzig über die SPD-Ministerpräsidenten, die in München „vom heiligen Geist Dr. Schumachers erleuchtet“ gewesen seien²⁴. Die Hoffnung, mit dem deutsch-deutschen Spitzentreffen die Sprachlosigkeit der vier Siegermächte zu überbrücken, hatte sich nicht erfüllt. Die Münchener Ministerpräsidentenkonferenz eröffnete keine politische Zukunftsperspektive für Gesamtdeutschland, sondern symbolisierte letztlich die Teilung des Landes.

Obwohl die Westmächte aus ihrer Ablehnung kein Hehl gemacht hatten, hielt die SED-Führung weiter an dem Ziel fest, die SED auch im Westen Deutschlands zu etablieren. Dabei zeigte sich erstmals das fehlende adaptive Verhalten von Grotewohl, Pieck und Ulbricht. Denn bereits die Versuche, eine Arbeitsgemeinschaft zwischen SED und KPD in den Westzonen zu bilden, stießen auf den entschiedenen Widerstand der Angelsachsen und Franzosen. Darüber hinaus lief die SPD gegen die Pläne Sturm, da sie eine Mitarbeit von SPD-Mitgliedern und Funktionären unter allen Umständen verhindern wollte. Dazu wurden entsprechende Flugblätter gedruckt und an die Ortsvereine verschickt²⁵. In Einzelfällen wurden sogar renitente Genossen aus der Partei ausgeschlossen, die sich vor den Karren der SED spannen ließen²⁶. Daraufhin

²¹ Der Spiegel vom 14. 6. 1947, S. 1.

²² Die Zeit vom 5. 6. 1947, S. 2.

²³ SAPMO-BA, NY 4090/129, Bl. 116–124, hier Bl. 116, Rundfunkansprache Grotewohls (7./8. 6. 1947).

²⁴ Neues Deutschland vom 29. 6. 1947, S. 1.

²⁵ Das erfuhr die SED-Zentrale in Ost-Berlin durch Zuschriften westdeutscher Sozialdemokraten. SAPMO-BA, NY 4090/641, Bl. 69, SED-Hausmitteilung für Pieck und Grotewohl vom 9. 2. 1948.

²⁶ SAPMO-BA, NY 4090/59, Bl. 178, Büro Grotewohl am 1. 4. 1948 an Heinrich M. (Hannover).

verstärkte die SED ihre öffentlichen Angriffe auf die SPD und Schumacher. Pieck, Grotewohl und Ulbricht räumten im engsten Führungskreis der Partei erst spät ein, dass sie auf die Entwicklung im Westen nur geringen Einfluss hätten²⁷. Diese schonungslose Analyse bezog sich allerdings nicht nur auf die gescheiterte Arbeitsgemeinschaft, sondern schloss auch die West-KPD mit ein, bei der sich zum Leidwesen Ost-Berlins immer mehr Bestrebungen nach einer größeren Eigenständigkeit bemerkbar machten²⁸.

Um aus der deutschlandpolitischen Sackgasse herauszukommen, entschloss sich die SED-Führung Ende 1947, den ‚Deutschen Volkskongress für Einheit und gerechten Frieden‘ nach Ost-Berlin einzuberufen. Drei Gründe waren ausschlaggebend: Erstens sollte die sowjetische Position auf der Londoner Außenministerkonferenz unterstützt und zweitens der Einfluss der beiden bürgerlichen Parteien in der SBZ weiter begrenzt werden. Die Volkskongressbewegung war drittens eine Reaktion auf die Abwehrhaltung der westdeutschen Sozialdemokratie unter Schumacher. Die SED musste sich eingestehen, dass ihre bisherigen Annäherungsversuche ins Leere gelaufen waren, da es nicht gelungen war, Teile der SPD für eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit zu gewinnen. Obwohl die SED-Führung gegen die Verbotsmaßnahmen in den Westzonen Anfang 1948 nochmals Protest einlegte, war das Schicksal der Arbeitsgemeinschaft von SED und KPD schon längst besiegelt. Mit dem Abbruch der Verhandlungen im Alliierten Kontrollrat über ein gesamtdeutsches Parteiengesetz verschwand eine potenzielle gesamtdeutsche Klammer. Die Parteien bildeten keine Anknüpfungspunkte mehr für die deutschlandpolitischen Initiativen der SED. Da den Mitgliedern der SED-Führung die Einreise in die Westlichen Besatzungszonen nach wie vor verwehrt blieb, musste Ost-Berlin neue Wege finden, um die westdeutsche Öffentlichkeit zu erreichen.

II. Volkskongressbewegung, Volksbefragung und Verfassungsdebatte

Im Zusammenhang mit der Volkskongressbewegung setzte die SED-Führung ein neues Propagandamittel ein: die Volksbefragung. Dabei orientierte sie sich an Vorgaben aus Moskau²⁹. Ende September 1947 hatte der sowjetische Außenminister Molotow eine Volksabstimmung ins Gespräch gebracht, um die westlichen Föderalismuspläne zu torpedieren. Doch die Ausgangslage war denkbar ungünstig. Auf der Londoner Außenministerkonferenz, die vom 25. November bis 15. Dezember 1947 stattfand, traten die gegensätzlichen Verhandlungspositionen zwischen den drei Westmächten auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite offen zu Tage. Strittige Fragen waren zum einen der Aufbau von Zentralregierungen und zum anderen die Reparationsforderungen Moskaus. In der SED-Führung machte sich Resignation breit, war es doch noch nicht einmal gelungen, eine deutsche Delegation nach London zu entsenden. Obwohl sich Frankreich noch gegen einen Ausbau der Bizone sperrte,

²⁷ Kössler, Abschied von der Revolution, S. 239.

²⁸ Ebenda, S. 117.

²⁹ Hoffmann, Otto Grotewohl, S. 295.

begannen im Februar 1948 in der britischen Hauptstadt Sechsmächte-Gespräche, an denen die drei westlichen Siegermächte sowie die Benelux-Staaten teilnahmen. Wichtigste Ergebnisse waren die Teilnahme Westdeutschlands am Marshall-Plan, die Errichtung einer Kontrollbehörde für das Ruhrgebiet und die Empfehlung zur Bildung eines Weststaates.

Vor diesem Hintergrund sprach sich Grotewohl vor SED-Funktionären für die Durchführung einer Unterschriftensammlung in allen Besatzungszonen aus, um Druck auf die Westmächte auszuüben. Die deutsche Bevölkerung solle aufgefordert werden, „vor den Alliierten und der Welt von sich aus zu dokumentieren, was [sie] will und wohin [ihre] Wünsche gehen“³⁰. Gleichzeitig beschwerte er sich erneut über die Einschränkung der SED-Aktivitäten in den drei Westzonen: „Wir finden bei dieser Arbeit [...] nicht viel Freundlichkeit und nicht viel Freundschaft. Im Gegenteil, es hagelt Verbote über Verbote.“³¹ Allein in der Britischen Besatzungszone waren nach Angaben Grotewohls 22 Bücher verboten worden. Darüber hinaus habe die amerikanische Militärverwaltung Anträge zur Durchführung von Wahlen zum neuen Volkskongress abgelehnt. Diese Maßnahmen würden zeigen, „was Demokratie und Freiheit der Persönlichkeit im Westen bedeuten“.

Nach der gescheiterten Londoner Außenministerkonferenz konnte die SED mit Hilfe der Volkskongressbewegung auch noch die stecken gebliebene Verfassungsdebatte wieder anschieben. In der SBZ war es nämlich Anfang 1947 nur zur Verabschiedung von Länderverfassungen gekommen. Dagegen nahm die Verfassungsgebung auf zentraler Ebene erst im Frühjahr 1948 wieder Fahrt auf. Der erste Volkskongress, der zwar offiziell als gesamtdeutsche Vertretung firmierte, aber keine demokratische Legitimation wie später der Parlamentarische Rat besaß, trat am 6. Dezember 1947 in der Berliner Staatsoper zusammen. Ihm gehörten insgesamt 2225 Delegierte an, von denen nur 464 aus den Westzonen kamen. Die Zusammensetzung des Gremiums suggerierte auf den ersten Blick Pluralität, denn die SED entsandte nur 605 Delegierte. Da die von ihr beherrschten Massenorganisationen über 440 Sitze verfügten und die westdeutschen KPD-Vertreter den Weisungen der SED-Führung folgten, konnte die ostdeutsche Hegemonialpartei nach Belieben schalten und walten. Nach der Absetzung der beiden CDU-Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer befanden sich auch die Blockparteien auf Linie und stellten keine Gefahr für die SED mehr dar. Eine gesamtdeutsche Stoßrichtung besaß auch der zweite Volkskongress im März 1948, der ganz bewusst an die Tradition der bürgerlichen Revolution von 1848 anknüpfte und die Bildung eines ‚Deutschen Volksrates‘ mit 400 Delegierten beschloss, 300 aus der SBZ sowie 100 aus Westdeutschland. Dieser Volksrat stand unter der Leitung der Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck, Wilhelm Külz (LDPD) und Otto Nuschke (CDU) und sollte ein Volksbegehren über die deutsche Einheit vorbereiten. Ein eigens gebildeter Verfassungsausschuss erhielt den Auftrag, einen Verfassungsentwurf auszuarbeiten, dessen Ausstrahlungskraft auf den Westen jedoch begrenzt blieb. Bereits bei dem auf Gesamtdeutschland zielenden SED-Verfassungsentwurf von 1946 war die westdeutsche Reaktion alles andere als überschwänglich ausgefallen. Für den Zonen-

³⁰ SAPMO-BA, NY 4090/134, Bl. 181–215, hier Bl. 192, Rede Grotewohls am 24. 2. 1948 in Berlin.

³¹ Ebenda, Bl. 193.

ausschuss der CDU in der Britischen Zone bedankte sich Adenauer artig für die Übersendung des Entwurfs, von dem er offensichtlich nicht sehr viel hielt: „Die Aufmachung [...] mit dem breiten Notizrand ist sehr zweckmäßig.“³² Namhafte Rechtsgelehrte ließen kein gutes Haar am Verfassungsentwurf Ost-Berlins. So kritisierte Gustav Radbruch insbesondere die fehlende Unabhängigkeit der Justiz³³. Letztlich fand die erhoffte Debatte über den SED-Vorschlag in den Westlichen Besatzungszonen nicht statt.

In der Folgezeit ging die SED-Führung dazu über, ein verzerrtes Bild der Verfassungsdiskussion in den vier Besatzungszonen zu zeichnen. Während im Westen Deutschlands Verfassungsentwürfe hinter verschlossenen Türen ausgearbeitet würden, die sich angeblich nur an den Interessen der Westmächte orientierten, habe die SED die Interessen aller Deutschen im Blick. In einer öffentlichen Rede erklärte Grotewohl zwei Jahre nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD: „Es genügt nicht, ein Volksbegehren über die Einheit auszuschreiben, sondern dazu ist es nötig, [...] dem ganzen deutschen Volke den Entwurf einer Verfassung zu unterbreiten, die nicht in geheimen Sitzungen zusammengeschustert wird, sondern die in großen Versammlungen des Volkes, in Betrieben und überall behandelt und besprochen wird, damit die Verfassung nicht ein Parteiwerk, sondern das Werk des ganzen deutschen Volkes wird.“³⁴ Er wiederholte die Forderung, ein Volksbegehren über die Einheit Deutschlands durchzuführen. In Berlin blieben die propagandistischen Aktivitäten des Deutschen Volksrates nicht unbeantwortet, denn die SPD organisierte im Westteil der Stadt am 18. März und am 1. Mai 1948 Gegenveranstaltungen und überließ der SED nicht kampfflos das Feld.

Die Volkskongressbewegung konnte die Weststaatsgründung nicht mehr stoppen. Obwohl der politische Fehlschlag offensichtlich war, lief die Propagandamaschinerie unvermindert weiter. Vor der gesamtdeutschen Öffentlichkeit sollte der ‚Schwarze Peter‘ erneut dem Westen zugeschoben werden. Die inszenierte Volksbefragung in Ost und West sollte nicht nur den gemeinsamen Wunsch aller Deutschen zur Einheit des Landes, sondern auch die ablehnende Haltung der Westdeutschen zur Weststaatsgründung suggerieren. Ein vom 2. Deutschen Volkskongress in Auftrag gegebenes Volksbegehren zur Durchführung einer Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands erbrachte in der Zeit vom 23. Mai bis 13. Juni 1948 13 Millionen Stimmen, davon 1 Million aus der Britischen Zone³⁵. In der Amerikanischen und Französischen Zone war die Durchführung des Volksbegehrens untersagt worden. Nur in Niedersachsen und Schleswig-Holstein konnten Anfang März 1948 Veranstaltungen der Volkskongressbewegung durchgeführt werden. Die Aktion war aber schon unter formalen Gesichtspunkten zum Scheitern verurteilt, da es zu diesem Zeitpunkt keine alliierte Behörde gab, die eine solche Volksbefragung für Deutschland hätte anordnen und durchführen können. Mit dem Auszug des sowjetischen Vertreters am 20. März hatte der Alliierte Kontrollrat nämlich seine Arbeit *de facto* eingestellt. Dennoch hielt die SED an dem Volksbegehren über die deutsche Einheit fest. Dazu wurde innerhalb

³² Zitiert nach: Laufer, Die Verfassungsgebung in der SBZ, S. 34.

³³ Amos, Die Entstehung der Verfassung, S. 78.

³⁴ SAPMO-BA, NY 4090/135, Bl. 135–157, hier Bl. 155.

³⁵ Amos, Die Westpolitik der SED, S. 16.

des Deutschen Volksrats eine sogenannte Arbeitsgemeinschaft West gebildet, die den Kontakt zwischen Ost-Berlin und den Delegierten und Sympathisanten in den Westzonen zu organisieren hatte³⁶. Angesichts der Verbotspolitik der drei Westlichen Besatzungsmächte ließen sich jedoch spektakuläre und massenwirksame Aktivitäten nicht auf die Beine stellen. In der Zwischenzeit verschoben sich bei der SED-Führung allmählich die Prioritäten: Nach der vierten Tagung des Deutschen Volkskongresses am 3. August 1948 setzte zwar erneut eine große Pressekampagne zur Popularisierung der in Ost-Berlin verabschiedeten Verfassungsrichtlinien ein, die sich aber schon im Schatten der öffentlich gelenkten Diskussion über den Zweijahresplan befand. Das Augenmerk richtete sich in dem Zusammenhang immer mehr auf die Errichtung planwirtschaftlicher Strukturen in der SBZ.

Die SED suchte westdeutsche Bündnispartner nicht nur bei der SPD und den Gewerkschaften, sondern auch im bürgerlichen Lager. Aber auch Kritiker Adenauers im national-konservativen Milieu wurden von Ost-Berlin umworben. Nachdem die Volkskongressbewegung mit der laufenden Verfassungsausarbeitung in Bonn ab Herbst 1948 weitgehend gescheitert war, wurde fieberhaft nach einem neuen Instrument Ausschau gehalten, um wieder Einfluss auf die Entwicklung in den vier Besatzungszonen gewinnen zu können. Um alle in Frage kommenden politischen Kräfte und Gruppen in Westdeutschland gewinnen zu können, kam es schließlich im Kontext der DDR-Gründung zur Bildung der Nationalen Front, und zwar in enger Absprache mit Moskau. Dabei konnte Stalin bekanntlich auf seine eigene Politik aus der Vorkriegszeit zurückgreifen. Doch schon zur Jahreswende 1949/50 war den politisch Verantwortlichen bewusst, dass der Erfolg dieser Sammlungsbewegung in der Bundesrepublik von der Entwicklung in der DDR stark abhing. Die deutschlandpolitischen Handlungsspielräume der SED wurden in zunehmendem Maße von der innenpolitischen Entwicklung und dem Erfolg der ambitionierten Wirtschaftspläne in der DDR bestimmt. Ost-Berlin scheute keine Kosten, um die eigene Magnettheorie Wirklichkeit werden zu lassen und die eigenen Demokratiedefizite zu übertünchen. Das erklärt vielleicht auch den hohen Material- und Personalaufwand, mit dem die SED-Führung die Entscheidung in der Propaganda-Schlacht mit dem Westen suchte. Da sich der junge Weststaat in einer „Gründungskrise“ (Hans Günter Hockerts) befand, schien die gewählte Vorgehensweise Erfolg versprechend zu sein. Im Monatsdurchschnitt gingen von Mai bis Juli 1950 schätzungsweise 400 000 Broschüren, Flugblätter und Zeitungen bzw. Zeitschriften hauptsächlich im Einzelversand von Ost- nach Westdeutschland³⁷. Im August waren es bereits doppelt so viele und im September/Oktober 1950 jeweils knapp über einer Million. Herbert Wehner sprach am 1. Februar 1951 im Gesamtdeutschen Ausschuss des Deutschen Bundestages von einer „Papieroffensive“ und beklagte im Gegensatz dazu die „lustlose Westpresse“³⁸. Dabei hatte sich der Westen auf die östliche Papieroffensive zu diesem Zeitpunkt bereits eingestellt³⁹.

³⁶ Ebenda, S. 17.

³⁷ Ebenda, S. 60.

³⁸ Der Gesamtdeutsche Ausschuss, S. 124.

³⁹ Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus*, S. 444–466.

III. Der Grotewohl-Brief

Das von der SED proklamierte Ziel der Einheit Deutschlands war zumindest bis Anfang der 1950er Jahre nicht nur ein Lippenbekenntnis. Mit Hilfe von groß angelegten Kampagnen versuchte Ost-Berlin, auf die Gespräche der vier Siegermächte über die Zukunft Deutschlands Einfluss zu nehmen. Darüber hinaus ging es der SED-Führung darum, die sich abzeichnende Westintegration der Bundesrepublik zu verhindern. Dafür schienen deutschlandpolitische Offerten das probate Mittel zu sein. Sechs Wochen nach den Volkskammerwahlen unternahm die SED einen erneuten Anlauf: Der sogenannte Grotewohl-Brief⁴⁰, den der ostdeutsche Ministerpräsident am 30. November 1950 an Bundeskanzler Adenauer richtete, schlug die Bildung eines Gesamtdeutschen Konstituierenden Rates unter paritätischer Zusammensetzung aus Vertretern beider deutscher Staaten vor. Dieser sollte wiederum die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vorbereiten. Der DDR-Regierungschef griff einen Vorstoß der am 20./21. Oktober in Prag tagenden Konferenz der UdSSR und ihrer osteuropäischen Verbündeten auf, die eine Reaktion auf die New Yorker Außenministerkonferenz der drei Westmächte Mitte September war. Der Grotewohl-Brief fügte sich also nahtlos in die sowjetische Gesamtstrategie ein⁴¹. Der offene Brief war von den Sowjets initiiert und von Ulbricht aufgesetzt worden. Darin griff Grotewohl geschickt weit verbreitete Friedens- und Wiedervereinigungssehnsüchte auf und präsentierte sich als Fürsprecher einer vermeintlich großen Mehrheit in der deutschen Bevölkerung.

Obwohl der DDR auch dieses Mal der Erfolg versagt blieb, gelang es ihr doch, erhebliche Unruhe im Bonner Regierungslager zu stiften. Im ‚Spiegel‘ rief Rudolf Augstein Regierung und Opposition dazu auf, die scheinbar ausgestreckte Hand Grotewohls zu ergreifen und auf das Angebot einzugehen⁴². Bei den Kabinettsmitgliedern schossen die Spekulationen über die eigentlichen Motive der SED ins Kraut. So vermutete Vizekanzler Franz Blücher (FDP) ein abgekartetes Spiel zwischen Ost-Berlin und Schumacher. Dagegen ordnete der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen Jakob Kaiser (CDU) den offenen Brief als Bestandteil der sowjetischen Propaganda ein⁴³. Adenauer, der eine Rückkehr zu den Vier-Mächte-Verhandlungen befürchtete, die den Aufbau einer westlichen Verteidigungsgemeinschaft unter bundesdeutscher Beteiligung verzögert hätten, wollte erst eine Unterredung mit dem SPD-Oppositionsführer suchen. Im Kabinett konnte er erreichen, dass zudem eine rasche Klärung mit den Hohen Kommissaren herbeigeführt werden sollte. Da Adenauer exklusiven Zugang zu den auf dem Petersberg residierenden Vertretern der drei Westmächte hatte, konnte er die Gespräche in seinem Sinne führen, ohne allzu große Rücksicht auf die Befindlichkeiten der Regierungsmitglieder nehmen zu müssen. Die Rechnung ging auf, da der Bundeskanzler den erhofften Schulterchluss mit den Westalliierten erzielen konnte. Über die Brisanz des östlichen Vorstoßes war man sich jedoch rasch

⁴⁰ Ausführlicher dazu: Hoffmann, Otto Grotewohl, S. 567–586.

⁴¹ Lemke, Einheit oder Sozialismus, S. 134.

⁴² Gallus, Die Neutralisten, S. 118.

⁴³ Aufzeichnung von Bundesverkehrsminister Hans Christoph Seebohm (DP) über die Kabinettsitzung am 5. 12. 1950, in: Dzd. II/3, S. 1141f.

einig: „Im ganzen genommen muss also dieser Grotewohl-Brief mit allem Drum und Dran ernster genommen werden, als man ursprünglich annahm.“⁴⁴ Der Bundeskanzler bekam von den westlichen Statthaltern das Plazet, um in weiteren Sondierungsge-sprächen die Ernsthaftigkeit des Angebots zu prüfen.

Adenauer erhielt aber auch vom SPD-Oppositionsführer Schützenhilfe, der kein Blatt vor den Mund nahm: „Wenn man das Wesen der Dinge erkennen will, dann muss man sagen, es gibt gar keinen Grotewohlbrief, es gibt nur eine briefliche Aktion der russischen Außenpolitik. Der Unterschreiber hätte ebenso gut Meier, Müller oder Schulze heißen können. Besser und ehrlicher wäre allerdings ein russischer Name gewesen.“⁴⁵ Schumacher wies den Vorschlag des DDR-Ministerpräsidenten schroff zurück. Der Grotewohl-Brief verfolge keine deutschen, sondern primär sowjetische Interessen: „Die Deutschen werden aufgefordert, politisch Russen zu sein.“ Und im ‚Sozialdemokratischen Pressedienst‘ schrieb er, dass dieser Brief „kein Angebot andersdenkender Deutscher im Osten unseres Landes an die demokratischen Kräfte in der Deutschen Bundesrepublik“ sei⁴⁶. Die SPD-Bundestagsfraktion bestätigte den Kurs ihres Vorsitzenden und schloss sogar eine öffentliche Reaktion aus, da eine Anerkennung des SED-Regimes auf jeden Fall vermieden werden sollte⁴⁷. Zu diesem Zeitpunkt zogen die Unionsparteien und die SPD in der Deutschlandpolitik noch an einem Strang. Der Bundeskanzler antwortete der SED-Spitze auf einer Pressekonferenz am 15. Januar 1951. Ohne auf Details einzugehen, forderte er freie Wahlen in der DDR, politische Freiheiten für die ostdeutsche Bevölkerung sowie die Auflösung der Kasernierten Volkspolizei. Dabei zeigte sich Adenauer unbeeindruckt vom Angebot Ost-Berlins.

Das Politbüro, das Anfang Dezember 1950 weitere Maßnahmen zur ‚Popularisierung‘ des Grotewohl-Briefes verabschiedet hatte, registrierte die in Bonn ausgelösten Irritationen mit Wohlwollen. Dabei ging die SED-Führung offenbar davon aus, dass Mitglieder der Bundesregierung Kontakt zu Regierungskreisen in Ost-Berlin aufnehmen würden, um in geheime Konsultationen einzutreten⁴⁸. Im ‚Neuen Deutschland‘ versuchte Grotewohl den Druck auf Adenauer zu erhöhen, indem er die formale Begründung der Bonner Regierung kritisierte, die Bundesrepublik verfüge über kein Außenministerium und könne deshalb keine direkten Gespräche mit der DDR führen. Gleichzeitig piff er Außenminister Georg Dertinger zurück, der in einem Interview mit einem niederländischen Journalisten Verständnis für die westdeutsche Position gezeigt hatte⁴⁹. Grotewohl wies alle Regierungsmitglieder an, sich nicht in der Öffentlichkeit zu diesem Thema zu äußern. Dieser ‚Maulkorberlass‘ sollte sicherstellen, dass die ostdeutsche Partei- und Regierungsspitze nur als politische Einheit wahrgenommen wurde. Der Grotewohl-Brief wurde schließlich noch flankiert von einem

⁴⁴ Wortprotokoll des Gesprächs zwischen Adenauer und den drei Hohen Kommissaren am 14. 12. 1950, in: AAPD. Bd. 1, S. 302.

⁴⁵ AdsD, Bestand Kurt Schumacher, Mappe 53, Broschüre „Einheit in Freiheit. Dr. Kurt Schumacher gibt Grotewohl die Antwort“ des SPD-Parteivorstands (o. D.).

⁴⁶ DzD. II/3, S. 479–481, hier S. 480.

⁴⁷ Protokoll über die SPD-Fraktionssitzung am 9. 1. 1951, in: Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag (1949–1953). 1. Halbbd., S. 225.

⁴⁸ Vermerk für den DDR-Ministerpräsidenten vom 16. 12. 1950, in: DzD. II/3, S. 1177f.

⁴⁹ Lemke, Einheit oder Sozialismus, S. 136f.

Schreiben des Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann an Bundestagspräsident Hermann Ehlers (CDU)⁵⁰. Die SED war sich ihrer Sache sicher. So hielt Pieck nach einem Gespräch in Karlshorst in seinen Aufzeichnungen fest: „Bundestag wird nicht nein sagen.“⁵¹

Der Grotewohl-Brief war an die Bundesregierung und die westdeutsche Öffentlichkeit gerichtet. Nachdem sich die ablehnende Haltung der Bundesregierung abzeichnete, konzentrierte die SED-Führung ihre Bemühungen immer mehr darauf, die Bevölkerung in der Bundesrepublik zu mobilisieren, um so Druck auf das Bonner Kabinett ausüben zu können. Die Chancen dafür standen gar nicht mal so schlecht. Bei einer Umfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach hatten im Dezember 1950 immerhin 49 Prozent der Interviewten auf die Frage, ob Adenauer auf das Angebot Grotewohls eingehen sollte, mit ja geantwortet, 27 Prozent mit nein, 14 Prozent waren unentschieden und zehn Prozent vertraten keine Meinung⁵². Pieck, Grotewohl und Ulbricht versuchten also die in der Bonner Republik weit verbreitete ‚Ohne-mich-Haltung‘ auszunutzen und die pazifistische Karte auszuspielen. Einen Anlass bot Mitte März 1951 das Pariser Treffen von führenden Regierungsvertretern der vier Siegermächte, die eine Tagesordnung für eine Außenministerkonferenz vorbereiten sollten. Mit dem Volkskammer-Appell „Deutsche an einen Tisch“ startete Ost-Berlin eine neue deutschlandpolitische Offensive und forderte die Durchführung einer Volksbefragung⁵³. Auf diese Weise sollte zum einen parteiübergreifende Geschlossenheit im ostdeutschen Scheinparlament demonstriert und zum anderen der westlichen Auffassung entgegengetreten werden, bei den Appellen handle es sich um ein abgekartetes Spiel Moskaus.

Obwohl die Antwort Bonns mehr als eindeutig war, ließ Ost-Berlin nicht locker. Die SED-Führung modifizierte zunächst ihre ablehnende Haltung zur bundesdeutschen Forderung, freie Wahlen durchzuführen. Fragen des Wahlrechts und des Wahlmodus standen nun im Mittelpunkt der deutsch-deutschen Debatte. Mit einem offenen Brief des ZK der SED an die Mitglieder und Funktionäre der SPD und KPD wurde am 1. September 1951 eine neue Kampagne eröffnet, die einen Keil zwischen die Parteibasis und die SPD-Spitze treiben sollte⁵⁴. Im Mittelpunkt der Angriffe standen Schumacher und der DGB-Vorsitzende Christian Fette, der nach dem Tod von Hans Böckler am 16. Februar 1951 an die Spitze des Gewerkschaftsverbandes gerückt war. In einem begleitenden Aufruf wetterte der DDR-Ministerpräsident: „Wer wie Schumacher die ‚offensive Verteidigung nach Osten‘ fordert, wer wie Christian Fette den Schumanplan und den militärischen Beitrag Deutschlands zum Kriegsblock des Atlantikpaktes anerkennt, kann nicht die Forderungen der werktätigen Menschen in Deutschland nach Frieden und einem menschenwürdigen Leben vertreten. Die Politik Schumachers und Fettes bedeutet Krieg, Tod und Vernichtung.“⁵⁵ Vor den Volkskammerabgeordneten erneuerte Grotewohl am 15. September den Aufruf an die

⁵⁰ Dieckmann am 30. 12. 1950 an Ehlers, in: DzD. II/3, S. 482 f.

⁵¹ Badstübner/Loth, Wilhelm Pieck, S. 361.

⁵² Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Bd. 4, S. XXXV, Anm. 78.

⁵³ Lemke, Einheit oder Sozialismus, S. 142 f.

⁵⁴ Dokumente der SED. Bd. III, S. 552–564.

⁵⁵ Grotewohl, Im Kampf um die eine Deutsche Demokratische Republik, Bd. II, S. 415 f.

westdeutsche Regierung, gemeinsame Gespräche über die Einheit Deutschlands zu führen. Der ostdeutsche Regierungschef beharrte nicht mehr auf der Bildung eines Gesamtdeutschen Rates und schlug einen moderateren Ton an⁵⁶. Die Volkskammer stellte von Ende 1950 bis Anfang 1952 ein Forum dar, das insbesondere Grotewohl für die deutschlandpolitischen Offensiven der SED-Führung instrumentalisierte.

Die Initiative des DDR-Ministerpräsidenten löste in der Bonner Regierungskoalition eine kontroverse Diskussion aus. Während Adenauer dieses Mal die FDP geschlossen hinter sich wusste, deuteten Jakob Kaiser und Franz Josef Strauß (CSU) Entgegenkommen gegenüber der DDR an⁵⁷. Am 27. September formulierte Adenauer 14 Grundsätze für die Abhaltung freier Wahlen, mit denen er neue Hürden für Ost-Berlin aufbaute, ohne den Vorschlag Grotewohls ablehnen zu müssen⁵⁸. Im Einzelnen schlug der Bundeskanzler vor, eine internationale Kommission unter Kontrolle der Vereinten Nationen zu bilden, die die Durchführung der gesamtdeutschen Wahlen kontrollieren sollte. Damit lag der Ball wieder auf der ostdeutschen Seite. In seiner Regierungserklärung am 10. Oktober ging Grotewohl mit keinem Wort auf den westdeutschen Vorstoß ein. Stattdessen wiederholte er die grundsätzliche Gesprächsbereitschaft der DDR-Führung, wobei er aber Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung anmahnte⁵⁹. Die deutschlandpolitischen Initiativen entwickelten sich immer mehr zu einem Schlagabtausch, bei dem es darum ging, vor der gesamtdeutschen Öffentlichkeit die jeweils andere Seite für ein sich abzeichnendes Scheitern der Gespräche verantwortlich zu machen.

Im Vorfeld der Volkskammerrede Grotewohls vom 15. September 1951 hielt die SED-Führung Ausschau nach prominenter Unterstützung ihres deutschlandpolitischen Kurses in der Bundesrepublik. Dabei schien Ost-Berlin rasch fündig geworden zu sein: Mit der Person Martin Niemöllers war es allem Anschein nach gelungen, einen der schärfsten innenpolitischen Kritiker Adenauers zu gewinnen. Bereits am 16. Juli sollte eine persönliche Unterredung im Amtssitz des DDR-Ministerpräsidenten stattfinden. Die Parteispitze um Ulbricht, Pieck und Grotewohl witterte Morgenluft, zumal der Bruderrat der Evangelischen Kirche plante, eine regierungskritische Denkschrift erstellen zu lassen. Zeitgleich initiierte die SED in der Bundesrepublik die Gründung der ‚Sozialdemokratischen Aktion‘, mit der sozialdemokratische Anhänger gebunden werden sollten⁶⁰. Der SPD gelang es erst 1952, die kommunistische Tarnorganisation per Gerichtsbeschluss verbieten zu lassen.

Obwohl die SED fieberhaft nach Bündnispartnern in der westlichen Öffentlichkeit suchte, war ihr Verhältnis zur dortigen Presse ambivalent. Denn bei ihr überwog häufig die Angst, unangenehme Fragen zur DDR-Innenpolitik beantworten zu müssen. Deshalb reagierte Ost-Berlin verhalten auf Interviewanfragen und beließ es oft bei einer kurzen schriftlichen Beantwortung der eingereichten Fragen. Bei den seltenen Journalistengesprächen beschränkte sich der DDR-Ministerpräsident vor allem darauf, die ostdeutsche Position in der Deutschlandfrage offensiv zu vertreten. So

⁵⁶ Ebenda, S. 444–464.

⁵⁷ Schwarz, Adenauer. Der Aufstieg, S. 881.

⁵⁸ Wettig, Die Note vom 10. März 1952, S. 175.

⁵⁹ Grotewohl, Im Kampf um die eine Deutsche Demokratische Republik, Bd. II, S. 509–527.

⁶⁰ Amos, Die Westpolitik der SED, S. 68.

antwortete er auf die Frage eines französischen Pressevertreters, ob ein vereinigtes Deutschland nicht eine Gefahr für Frankreich darstelle: „ein einiges militaristisches D.[eutschland] d.[er] Monopolkapitalisten immer, ein demokratisches entmilitarisiertes D.[eutschland] nie“⁶¹. Anschließend wollte ein englischer Journalist wissen, ob die DDR-Regierung auch gegen die Wiederaufrüstung im eigenen Land eintrete. Daraufhin erklärte Grotewohl kurz und knapp: „[E]s gibt bei uns keine Aufrüstung.“ Auf die Nachfrage eines italienischen Kollegen, ob es sich bei der Volkspolizei nicht doch um eine Armee handele, antwortete der ostdeutsche Ministerpräsident einsilbig mit „nein“. Die Reaktionen Grotewohls offenbarten die grundsätzlichen Schwierigkeiten der SED-Führung mit einer kritischen und unabhängigen Presse.

Auf den ersten Blick verfehlte der Vorstoß Ost-Berlins seine Wirkung in Bonn nicht. Bundesregierung und Bundestag beschäftigten sich intensiv mit dem Thema. Beim Kampf um die Meinungsführerschaft im geteilten Deutschland hatte sich die SED für kurze Zeit einen Vorteil verschafft. Doch im Bundestag waren Regierungs- und Oppositionsparteien in der Bewertung der ostdeutschen Appelle einer Meinung. Hier gab es also einen deutschlandpolitischen Konsens, der erst mit den Stalin-Noten im Frühjahr 1952 auseinanderbrach. Bei näherer Betrachtung erlitt die SED-Führung mit ihren Propagandaoffensiven jedoch einen Schiffbruch. Die aggressive Vorgehensweise führte zeitweise zu einer Solidarisierung zwischen Regierung und Opposition in der Bundesrepublik. Darüber hinaus schlug der Versuch fehl, die SPD zu spalten. Schumacher blieb bei seinem eindeutigen Kurs gegenüber der SED-Führung und wusste die eigene Partei in dieser Frage hinter sich. In der Folgezeit konzentrierten sich Pieck, Grotewohl und Ulbricht in erster Linie darauf, mit Hilfe von öffentlichen Kampagnen Einfluss auf die westdeutsche Bevölkerung und Publizistik zu nehmen. Doch das Anpassungsverhalten der SED blieb begrenzt: Erstens hielt die Partei an ihrer Verelendungsstrategie fest; zweitens war sie vom unmittelbar bevorstehenden Sturz der Adenauer-Regierung durch die westdeutsche Bevölkerung felsenfest überzeugt. Selbstkritische Töne passten nicht in dieses Bild. Und so zog der DDR-Ministerpräsident Anfang 1952 eine positive Bilanz der bisherigen Aktionen: „Das Jahr 1951 war das Jahr der Entfaltung des nationalen Bewusstseins und der nationalen Verantwortung im deutschen Volke.“⁶² Dass sich dieses Bewusstsein in der DDR ein Jahr später gegen die SED formierte, konnte er zu diesem Zeitpunkt nicht ahnen.

⁶¹ SAPMO-BA, NY 4090/163, Bl. 290f., Fragen ausländischer Journalisten an Grotewohl und handschriftliche Kurzantworten Grotewohls vom 15. 12. 1951.

⁶² Regierungserklärung Grotewohls vom 9. 1. 1952, in: Grotewohl, Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik, Bd. III, S. 5.

Michael Lemke

Die Wahrnehmung des westdeutschen Antikommunismus durch die SED/DDR

Der folgende Beitrag untersucht die Sicht der SED auf den Antikommunismus der Bundesrepublik. Er fragt nach dessen historischen Wurzeln und nach den ideologischen Grundlagen dieser Wahrnehmung, nach deren Merkmalen und Beweggründen sowie ihren konkreten Inhalten im Ost-West-Konflikt und in der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz. Dabei werden Konstanten und Veränderungen des Bildes der SED vom Bonner Antikommunismus herausgestellt und berücksichtigt, dass die SED ihre Betrachtungen und theoretischen Schlussfolgerungen stets mit praktischen Handlungsanleitungen und Maßnahmen verband. Der Auseinandersetzung verschiedener anderer politischer und gesellschaftlicher Kräfte in der DDR mit dem westdeutschen Antikommunismus wird nur in dem Maße erfasst, wie es zum Verstehen der gewählten Problematik als notwendig erscheint. Das gilt auch für die Behandlung von verschiedenen Varianten der systemimmanenten antikommunistischen Kritik in der DDR.

I. Die historische und ideologische Basis der östlichen Sicht

Die SED definierte im Einklang mit der KPdSU in vielen Staaten des Westens und der Dritten Welt den Antikommunismus als „Grundtendenz und charakteristischen Wessenzug der imperialistischen Ideologie und Politik, der alle ihre Formen durchdringt und ihren Inhalt sowie ihre Ziele bestimmt“. Er sei mit der Herausbildung der revolutionären Arbeiterbewegung und ihrer wissenschaftlichen Ideologie, dem Marxismus Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden¹, habe sich aber besonders scharf seit der russischen Oktoberrevolution und der Bildung des sozialistischen Weltsystems ausgeprägt. In der gegenwärtigen Epoche bilde er „die wichtigste politisch-ideologische Waffe der imperialistischen Bourgeoisie zur ideologischen Rechtfertigung ihres eigenen Systems, ihrer aggressiven Politik gegen die sozialistischen Staaten, die nationalen Befreiungsbewegungen der jungen Nationalstaaten, sowie zur Unterdrückung und Verfolgung der Kommunisten und aller für Frieden und sozialen Fortschritt kämpfenden Menschen in den imperialistischen Staaten selbst“². Nach der russischen Oktoberrevolution habe der Antikommunismus ein neues Merkmal erhalten: die Verbindung von innerer und äußerer Konterrevolution im Rahmen des immerwäh-

¹ Seine Anfänge sah die SED in den 1840er Jahren, etwa in der päpstlichen Enzyklika *Qui pluribus* (1846), im Kampf der Reaktion gegen das Kommunistische Manifest von 1848, im Kölner Kommunistenprozess (1852) und insbesondere in der blutigen Niederschlagung der Pariser Kommune im Frühjahr 1871. Auch sei die Verfolgung der organisierten Arbeiterbewegung in Deutschland – beispielsweise durch das Bismarcksche Sozialistengesetz – eine wesentliche Quelle des Antikommunismus gewesen.

² Philosophisches Wörterbuch, S. 88f.

renden Klassenkampfes. Auch entsprach es der kommunistischen Logik, dass die ‚gesetzmäßige‘ Zuspitzung des Klassenkampfes eine Verschärfung des bürgerlichen Antikommunismus mit sich brächte.

Bei allen innerkommunistischen Querelen nach dem Zweiten Weltkrieg blieb die Überzeugung der SED von der führenden Rolle der UdSSR in der kommunistischen und revolutionären Weltbewegung und im sozialistischen Lager konstant³. Zum einen hatten unter anderem Lenins revolutionäre Praxis und Theorie (‚Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus‘, 1917) sowie die sowjetische Lagertheorie (1947) eine ideologische und politische Grundlage für die ‚antiimperialistische‘ Auseinandersetzung im Kalten Krieg geschaffen, zum anderen betrachtete die SED die Großmacht Sowjetunion tatsächlich als fortschrittlichsten Staat der Welt mit Vorbildwirkung auch für die DDR, die prinzipiell von ihrer Hegemonialmacht abhing.

So verwunderte es nicht, dass die SED die Sowjetunion als Hauptverbündete gegen die innere und äußere Konterrevolution und den Antisowjetismus als die Hauptform des Antikommunismus wahrnahm: Eigentlich sei der moderne Antikommunismus Antisowjetismus und der nichts anderes als Antisozialismus⁴.

II. Die Wahrnehmung grundsätzlicher Fragen des Antikommunismus

Prinzipieller Natur war auch die Auseinandersetzung mit den ideologischen Angriffen des Antikommunismus auf die Grundlagen und Prinzipien des Kommunismus, auf die Einheit seiner Anhänger und Reinheit seiner Lehren. So sah die SED in der westdeutschen Philosophie, in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, aber auch in den Massenmedien geübten Kritik an der marxistisch-leninistischen Theorie eine teils offene, teils verschleierte Grundlage der bürgerlichen Konterrevolution. Im Verständnis der SED verfolgten auch die rechten SPD- und Gewerkschaftsführungen mit ihren in die DDR hineingetragenen revisionistischen und opportunistischen Ansichten eine Verfälschung des revolutionären Kampfes und der historischen Mission der Arbeiterklasse. Man versuche, sie von ihren kommunistischen Führungen und Parteien zu trennen und einen Gegensatz zwischen Marxismus und Leninismus, aber auch zwischen kommunistischer Ursprungstheorie und stalinistischer Praxis, zwischen östlichem und westlichem Marxismus, schließlich zwischen demokratischem Sozialismus und bolschewistischer Diktatur zu konstruieren. Das verfolge zum einen das Ziel, die unversöhnlichen Widersprüche zwischen den Interessen der Ausbeuter und Imperialisten und denen der Arbeiterklasse und werktätigen Massen zu verwischen und eine gegen den Sozialismus gerichtete einheitliche ideologische Front zu formieren. Sie sei im Besonderen gegen die UdSSR und das sozialistische Bündnisssystem mit der Absicht gerichtet, bei den „Massen“ ein ständiges Gefühl der Angst vor der „kommunistischen Weltgefahr“ zu erzeugen, die Psychose einer drohenden „Bolschewisierung Europas“ mit der „Vernichtung der abendländischen Kultur“. Das kaum verhüllte Ziel sei es, „in der kapitalistischen Welt eine latente Kriegsstimmung

³ Vgl. Rost, Die führende Rolle, S. 75 f.

⁴ Vgl. Honecker, Aus dem Bericht des Politbüros, S. 67.

und Kreuzzugideologie gegen die Sowjetunion zu schüren“, die „Revolutionäre in den Entwicklungsländern“ zu spalten und sie „von ihren besten Freunden, den sozialistischen Staaten und der revolutionären Arbeiterbewegung“, zu isolieren. Die SED ging auch auf Grund ihrer instabilen inneren und strategisch-territorialen Lage noch stärker als andere kommunistische Führungen auf das internationalistische Bedürfnis vor allem der UdSSR ein, alle „Angriffe der Feinde der internationalen proletarischen Einheit“ zur Spaltung der internationalen Arbeiterbewegung und zur „Schwächung der Kräfte des sozialistischen Lagers“ konsequent zurückzuweisen⁵.

Insgesamt bewertete die SED die Auseinandersetzung mit den im westdeutschen kapitalistischen Staat herrschenden Ideen, explizit den ideologischen Kampf gegen den Antikommunismus, als „die entscheidende Aufgabe.“⁶ Dass dieser Kampf als Pendant und Entgegensetzung zum Antikommunismus der Bundesrepublik ebenfalls zu einer Staatsräsion wurde, zeigte sich im innerdeutschen Konflikt tagtäglich.

III. Antikommunismusrezeption der SED und doppelte deutsche Staatsbildung

Ost-West-Konflikt und Kalter Krieg waren der Rahmen für die separaten Gründungen der DDR und der Bundesrepublik, die von Anfang an miteinander konkurrierten und über die Integration in einander entgegengesetzte Bündnissysteme an der weltweiten Blockbildung und am universellen Systemwettbewerb teilnahmen. Bereits in ihrer Gründungsphase erhoben beide deutsche politische Eliten nicht nur unterschiedlich begründete gesamtdeutsche Vertretungsansprüche, sondern auch Alleinvertretungsansprüche⁷. Während die SED dies vorrangig ideologisch begründete und sich ihr Selbstverständnis von der antifaschistisch-demokratischen DDR als dem ersten deutschen Friedensstaat immer auf das Gegenbild von Bonn als antikommunistisch und – schon deshalb – aggressiv stützte, legitimierte die Bundesrepublik ihren Alleinvertretungsanspruch rechtlich, aber auch moralisch. Eine ihn entsprechende sowohl nach innen als auch nach außen gerichtete Deutschlandpolitik fand ihre wichtigste Begründung in den als rechtswidrig und unmenschlich bezeichneten Verhältnissen in der DDR, was im Kern auf nichts anderes hinauslief als auf ein politisches und gesellschaftliches Gebot zur Ablehnung des Kommunismus und seiner spezifisch ostdeutschen Realisierung. In der Tat stellte neben anderen Werten wie Westbindung und demokratische Rechtsstaatlichkeit der Antikommunismus faktisch eine Staatsräsion der Bundesrepublik dar⁸.

Das erkannte die SED in aller Konsequenz, wobei sie insbesondere bis zum Beginn der 1970er Jahre in der Regel von einem undifferenzierten bundesrepublikanischen

⁵ Vgl. Zu Fragen des XX. Parteitages, S. 6.

⁶ Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, S. 127.

⁷ Vgl. Lemke, Einheit oder Sozialismus?, S. 29–39.

⁸ Die SED und ihre Theoretiker bezeichneten sie zu Zeiten des Ost-West-Konfliktes als „die offizielle Staatsdoktrin der Bundesrepublik“. Philosophisches Wörterbuch, S. 96. Derzeitige deutsche Kommunisten betrachten sie als nicht historisiert. Sie existiere nach wie vor. Vgl. Beschluss des Parteivorstandes der DKP zum 70. Jahrestags des Überfalls des faschistischen Deutschlands auf die Sowjetunion, in: www.DKPKommunisten.de.

Antikommunismus ausging. Sie unterschied zwar theoretisch, aber kaum in der Praxis, extrem konfrontativen von gemäßigtem oder gar moderatem Antikommunismus, der sich zu Dialogen sowie konkreten Kompromissen mit den östlichen Machthabern in der Lage zeigte. Das bedeutete jedoch nicht, dass deren Ideologen und Politiker, die Träger der antikommunistischen Kritik im deutschen Nachbarstaat nicht nach Intensität und Grad ihrer Distanz oder Feindschaft zur DDR zu unterscheiden wussten. Sie fanden unwandelbare „wütende“ Antikommunisten heraus⁹, aber nicht zuletzt aus pragmatischen Gründen besserungsfähige Zeitgenossen vor allem Intellektuelle und Künstler sowie eine große Schar von „ehrlichen“ SPD- und Gewerkschaftsmitgliedern und verleiteten westdeutschen Werktätigen¹⁰. Für eine verkürzte Sicht der SED auf das Problem spricht ebenfalls, dass sie nicht oder nur unzureichend nach den tatsächlichen Ursachen für den westdeutschen Antikommunismus fragte und die erhebliche eigene Mitschuld an den Fehlleistungen des realsozialistischen Systems nicht thematisierte, das Antikommunismus immer wieder reproduzierte. Das schloss auch die faktische Weigerung der Staatspartei ein, sich mit dem Phänomen auseinanderzusetzen, dass sich die differenzierte Kritik großer Teile der DDR-Bevölkerung an den Verhältnissen in ihrem Land häufig der gleichen antikommunistischen Argumente bediente, wie sie der deutsche Nachbar artikuliert. Insgesamt konstatierte die SED zutreffend den antikommunistischen Konsens, der explizit die politischen Parteien und weite Teile der westdeutschen Gesellschaft – Demokraten wie Nichtdemokraten – über Jahrzehnte verband, ehe er sich seit Ende der 1960er Jahre allmählich aufzulösen begann.

Schon zu Beginn der 1950er Jahre stand in der Auseinandersetzung mit dem Antikommunismus in der Bundesrepublik das SED-Feindbild im Wesentlichen fest, erfuhr aber jeweils aktuelle, selten substanzielle Veränderungen. Den der Bundesrepublik zugeschriebenen negativen Eigenschaften wurde unter dem Zwang der deutschen und internationalen Systemkonkurrenz, aber nicht selten auch aus Überzeugung, ein positives DDR-Kontrastbild gegenübergestellt¹¹.

⁹ Je nach Bedarf und aktuellen Themen Politiker der Bundesrepublik, Journalisten, Militärs, Juristen, und Sozialwissenschaftler, aber auch Konzernherren und antikommunistisch eingestellte kirchliche Würdenträger. Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei, S. 47, 52, 55, 127.

¹⁰ Diskussionsbeitrag Walter Ulbrichts auf dem IV. Parteitag der SED, S. 127f.

¹¹ Die Bundesrepublik befinde sich in der Tradition des imperialistischen Deutschland vor 1945 und stelle in dem von den USA geführten imperialistischen Paktsystem eine neue Kriegsgefahr dar, während die DDR mit der unseligen Vergangenheit radikal gebrochen habe und im Bündnis mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern im Sinne des nur von ihr umgesetzten Potsdamer Abkommens der deutsche Friedensstaat sei. In der Bundesrepublik herrsche das Monopolkapital, Ausbeutung und Unterdrückung der Werktätigen stünden auf der Tagesordnung, die insgesamt durch reaktionäre gesellschaftliche Verhältnisse gekennzeichnet sei. In der DDR als Arbeiter- und Bauernstaat hingegen sei die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer beseitigt. Er repräsentiere den gesellschaftlichen Fortschritt und die Zukunft Deutschlands. Walter Ulbricht fasste das bündig zusammen: „Im Gegensatz zu der Entwicklung in der DDR wurde in Westdeutschland unter Führung der amerikanischen Besatzungsmacht die Herrschaft der Rüstungsindustriellen, Bankherren, Großgrundbesitzer und faschistischen Hitlergenerale wiederhergestellt.“ Ebenda, S. 127.

IV. Der konkrete Antikommunismus der Bundesrepublik aus der SED-Perspektive

Die Auseinandersetzung der SED mit dem bundesrepublikanischem Antikommunismus wurde von der richtigen Einsicht geleitet, dass er die Existenz der DDR und somit letztlich den eigenen Machtanspruch in Frage stellte. Außerdem sah sich die SED auch auf dem Territorium der Bundesrepublik als Hauptkraft im Duell mit dem Antikommunismus, der hinter dem KPD-Verbot von 1956 stehe und alle demokratischen und friedensliebenden Kräfte bedrohe. Dass die SED ihren Kampf vor allem ideologisch führte, lag insbesondere am hochgradig propagandistischen Charakter ihrer Konfrontationspolitik, vornehmlich in der deutschen Frage, und am weitgehenden Fehlen politischer und diplomatischer Handlungsspielräume, die der Westen seinerseits minimierte, sowie am Mangel der wirtschaftlichen Potenz der DDR. Da, wie bereits angedeutet, die gefährlichste Wirkung des Antikommunismus von der SED immer in der Verbindung von äußerer und innerer Konterrevolution erkannt wurde, versuchte die ostdeutsche politische Führung, den ideologischen Einfluss des Westens vorrangig durch die ‚Entlarvung‘ der Ziele und Methoden des Antikommunismus einzudämmen und ihrerseits die Bundesrepublik zu infiltrieren. Es ging ihr vor allem um die Erzeugung von aktiver Ablehnung tatsächlicher und vermeintlicher westdeutscher Ambitionen in der eigenen, aber auch in der westdeutschen Bevölkerung. Während der politischen SED-Propaganda in der DDR dabei kaum Grenzen gesetzt waren und eigentlich nur die Frage lautete, inwiefern deren Bürger ihr folgten, stieß sie im Westen auf verschiedenartige Hindernisse¹². Nicht zuletzt scheiterte sie am vielförmigen bundesrepublikanischen Antikommunismus¹³, den es doch zu bekämpfen galt.

Seit Ende der 1940er Jahre dominierten dabei Sichten und Interpretationen der SED, die unmittelbar mit dem Kalten Krieg im Zusammenhang standen. Da die Herausbildung der sozialistischen Welt Bestandteil des weltweiten Klassenkampfes sei, ließen dessen Feinde nicht davon ab, „die Grundlagen der sozialistischen Staatsmacht zu untergraben, die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft zu vereiteln und ihre eigene Herrschaft wiederherzustellen“. So sei die entschiedene Abwehr derartiger Versuche „eine notwendige Funktion des sozialistischen Staates“¹⁴. Generell wurde davon ausgegangen, dass zu den Eigenschaften des sozialistischen Staates faktisch das Merkmal einer ‚natürlichen‘ Abwehr des Antikommunismus gehöre und diese Funktion, so stellte es die Propaganda öffentlich dar, reinen Defensivcharakter trage. Tatsächlich sah sich die DDR vor allem in den 1950er Jahren vor ein bundesrepublikanisches Feindbild gestellt, das sie in der Hauptsache als „Satellit Moskaus“ beschrieb, als „Sowjetzone“, der es als Werkzeug fremder Macht an jeglicher staatlicher Repräsentanz und Befugnis mangle, in der das Recht auf Selbstbestimmung nicht gegeben sei und also die DDR – insbesondere in der deutschlandpolitischen Argumentation – „in der Realität gar nicht existiere“¹⁵. Da die Gesetzgebung und die offizielle Politik der

¹² Vgl. Lemke, *Einheit oder Sozialismus?*, S. 51–68.

¹³ Vgl. ebenda S. 480–487.

¹⁴ Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, S. 28.

¹⁵ Teller, *Der kalte Krieg*, S. 29.

Bundesregierung, aber auch die Tätigkeit nichtstaatlicher Gremien und Organisationen sowohl im westdeutschen Alleinvertretungsanspruch als auch in der damit verbundenen Auffassung von der prinzipiellen Rechtmäßigkeit antikommunistischen Handelns wurzelten, sah die SED darin die Grundlage für die Legitimierung jeglicher feindlicher Akte gegen die DDR¹⁶.

Von Westdeutschland und West-Berlin aus führten die Antikommunisten aller Schattierungen einen erbitterten Klassenkampf gegen diesen Staat, um die Verwirklichung der neuen Ordnung in der DDR zu verhindern. Sie betrieben die von der SED und ihren Verbündeten als besonders infam, schwerwiegend und folgenreich eingeschätzte systematische Verleumdung der DDR, die zu den „hinterhältigsten Methoden des Klassenkampfes“ zähle¹⁷. Letztendlich ginge es ihren Gegnern darum, ein falsches Bild von der Republik zu schaffen, um bei ihren Bürgern Pessimismus, Passivität und Unglauben in die sozialistische Perspektive zu erzeugen¹⁸.

Breiten Raum nahm die Argumentation der SED gegen einen als solchen gesehenen kulturellen Antikommunismus ein. Da das bürgerliche kulturtheoretische Denken und der kapitalistische Kulturbetrieb in einer Krise stecke und „sich entschieden gegen die reale kulturgeschichtliche Alternative des Sozialismus zur Wehr setze“, griffen der Kulturkonservatismus und seine Hauptvertreter beim Versuch des frontalen Zurückdrängens der antiimperialistisch-demokratischen Kulturbewegung in der Bundesrepublik und der sozialistischen Kultur in der DDR auf die linke und vor allem linksradikale Kulturtheorie zurück. Das sei möglich, weil sich der Linksradikalismus insgesamt deutlich als Potential bürgerlicher Auffassungen bewährt habe¹⁹.

Im Weiteren spielte die Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Antikommunismus im wirtschaftlichen Bereich eine erhebliche Rolle. Zum einen war der SED ihre Unterlegenheit im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf trotz ständiger gegenteiliger Bekundungen bewusst²⁰ und zum anderen, dass jede signifikante Störung der durch Produktivitätsdefizite und Mangel gekennzeichneten dogmatischen DDR-Planwirtschaft, vor allem ihrer für Lebensstandard und soziale Zufriedenheit der Bürger immens wichtigen Versorgungsfunktion, zur politischen Destabilisierung der DDR beitragen konnte, wie es 1952/53 und 1960/61 der Fall gewesen war. Zwar unterblieben gezielte, im Antikommunismus wurzelnde Maßnahmen der Bundesregierung gegen die DDR-Wirtschaft, doch erlitt diese erhebliche Verluste durch westliche Embargobestimmungen sowie die aktive Nichtanerkennungspolitik der Bundesregierung, insbesondere durch die westdeutsche Alleinvertretungspolitik und ‚Hallsteindoktrin‘. Daneben sind Sabotageakte und verschiedene Störaktionen nichtstaatlicher antikommunistischer Kräfte gegen die DDR-Wirtschaft zwar nicht zu leugnen²¹, wa-

¹⁶ Sie hätten sowohl „dem kalten Krieg gegen den zweiten deutschen Staat, dem Wirtschaftskrieg, der Subversion und Diversion und der Interventionsvorbereitung das juristische Fundament (gegeben)“ als auch „jeden Sabotageakt, jede Brandstiftung, jede Anstiftung zur Aufruhr in der DDR“ politisch-moralisch abgestützt. Ebenda.

¹⁷ Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, S. 47.

¹⁸ Feist, *Ideologischer Kampf*, S. 1224.

¹⁹ Denken gegen die Zeit, S. 170.

²⁰ Vgl. Lemke, *Einheit oder Sozialismus?*, S. 416–424.

²¹ Vgl. Heinrich/Ullrich, *Befehdet seit dem ersten Tag*, S. 135–141.

ren aber insgesamt weniger ein zu Buche schlagender ökonomischer Faktor als der Beweis für die SED, dass der ‚Klassenfeind‘ die systematische Schädigung des sozialistischen Aufbaus betreibe. Dabei bleibt unübersehbar, dass die von großen Teilen der DDR-Bevölkerung geteilte Sicht der SED, der Westen würde die realsozialistischen Eigentumsverhältnisse zugunsten enteigneter ostdeutscher Kapitalisten beseitigen wollen, Substanz besaß. Die SED und ihre Bündnispartner befürchtete über eine lange Zeit eine sie betreffende ‚Expropriation der Expropriateure‘.

Wer von der SED als Antikommunist identifiziert wurde, geriet schnell und häufig undifferenziert in die Mühlen ihrer Klassenkampfpropaganda. Personen, Gremien und Organisationen in politischen und gesellschaftlichen Bereichen wurden systematisch aufgelistet²². Vor allem in den dem westlichen Gedankengut verpflichteten Zeitungen und Rundfunksendern, aber auch in Flugschriften und Karikaturen, sah die SED zu Recht erhebliches antikommunistisches Beeinflussungspotential. Dabei spielte das inmitten der DDR gelegene von der SED als „Frontstadt“, „Agentennest“ und politisch-moralischer „Sumpf“ diskreditierte West-Berlin in Abhängigkeit von seinem deutschlandpolitischen und internationalem Stellenwert im Ost-West-Konflikt insbesondere als „Schaufenster“ eine herausragende Rolle²³. Überall erblickten die SED und die Staatsorgane „Spionage-, Sabotage-, Diversions-, Zersetzungs- und Schädlingstätigkeit“ unter antikommunistischen Vorzeichen²⁴. Die SED schürte die ‚anti-imperialistische‘ Klassenkampfpsychose, vor allem in der Absicht, eigene Fehler und systemimmanente Unzulänglichkeiten etwa bei der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und anderen Konsumgütern dem Westen anzulasten²⁵ und die rigiden Verfolgungen Andersdenkender und martialische Strafen gegen tatsächliche oder vermeintliche Systemgegner zu rechtfertigen. Immer neue Meldungen über antikommunistische Akte machten die Runde, sei es über gezielte Fälschungen und Falschmeldungen („RIAS-Enten“) über die Lage in der DDR²⁶, über Spionage, Sabotage und Attentate²⁷ sowie über die Vorbereitung auf den ‚Tag X‘, der Beseitigung der sozialistischen Ordnung in der DDR im Ergebnis des gegen sie geführten, aber auch im Westen nicht unumstrittenen verdeckten Kalten Krieges²⁸.

Dabei steht außer Frage, dass verschiedene antikommunistische Vereinigungen und Organisationen vor militanten Methoden und Instrumenten im Kampf gegen die stalinistische Diktatur nicht zurückschreckten und dabei mit ausländischen Geheimdiensten und Untergrundorganisationen zusammenarbeiteten²⁹. An ihrer Spitze, aber auch unter ihren zahlreichen Mitarbeitern, fanden sich – etwa in der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ (KgU) – oft weniger demokratisch Gesinnte

²² Vgl. eine Liste der Wichtigsten unter ihnen bei Teller, *Der kalte Krieg*, S. 229f.

²³ Vgl. Lemke, *Vor der Mauer*, S. 29–40.

²⁴ Ulbricht, *Die gegenwärtige Lage*, S. 58.

²⁵ Vgl. Lemke, *Vor der Mauer*, S. 241f.

²⁶ Vgl. Heinrich/Ullrich, *Befehdet seit dem ersten Tag*, S. 149–169.

²⁷ Vgl. ebenda, S. 131ff.

²⁸ Vgl. Heitzer, *Andere über uns*, S. 73–82.

²⁹ Vgl. Heitzer, *Terror für die Freiheit? Hier sind die genau recherchierten und außerordentlich faktenreichen Abschnitte 4.3 (Nachrichtensammlung in der Praxis), 4.4 (Konkurrenz und Kooperation mit westlichen Nachrichtendiensten) sowie 4.5 („Später Werwolf?“ Zur Sabotagetätigkeit der KgU) besonders aufschlussreich.*

als Oppositionelle mit nationalistischem Hintergrund und nationalsozialistischer Vergangenheit³⁰. Die SED erkannte in ihnen unversöhnliche Feinde, die sie mit keinesfalls nur konstruierten Anklagen in zahlreichen Schauprozessen, oftmals unter Verhängung der Todesstrafe, verurteilte, um auch damit sich selbst und ihren ‚Friedenskampf‘ gegen den Antikommunismus in der Öffentlichkeit zu legitimieren³¹. Gerade im Fall der KgU zeigte sich die fatale Wechselbeziehung zwischen ihr und ihrem deutschen Intimgegner, dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Hatte das MfS eine Aktion gegen die Kampfgruppe publikumswirksam ‚vermarktet‘, versuchte diese ihrerseits, MfS-Angriffe öffentlichkeitswirksam aufzudecken³².

Zu jeder Zeit verband die SED das Thema Antikommunismus mit den Problemkreisen ‚Frieden und Sicherheit‘. Da sie sich selbst, die DDR und das sozialistische Lager als konsequenteste Verteidiger des Friedens auffasste, führte sie einen beinahe permanenten Angriff auf diejenigen, die den Kommunismus in seinem Wesen als militaristisch und aggressiv darstellten und dessen Militärpolitik und Rüstungen kritisierten³³. Die SED drehte den Spieß um, wenn sie der Bundesrepublik aggressive Absichten gegen seine Nachbarn unterstellte und unter anderem West-Berlin als einen „äußerst gefährlicher Kriegsbrandherd“ charakterisierte, „der zu einem zweiten Sarajewo führen kann“. Die Notwendigkeit des militärischen Schutzes der vom antikomunistischem „Aufrollen“ bedrohten DDR stehe deshalb außer Frage. Dieser bewaffnete Schutz gebiete auch der Weltfrieden³⁴. So beruhe der Antikommunismus als „ideologische Vergiftung der Volksmassen schließlich auf der Fälschung unserer Theorie und Praxis hinsichtlich der Gewaltanwendung“. Der Antikommunismus sei der „Rauchvorhang“, mit dem der Imperialismus seine aggressive Politik tarnen möchte³⁵. Den Beweis für diese These sah die SED im angeblichen Revanchismus der Bundesrepublik, die an den deutschen Grenzen von 1937 festhalte und mit der Ablehnung der Oder-Neiße-Grenze einen neuen Krieg riskiere³⁶.

Mit einer gewissen Folgerichtigkeit flachten die Angriffe der SED auf den bundesdeutschen Antikommunismus seit der staatsrechtlichen Anerkennung der DDR durch den westdeutschen Nachbarstaat im Grundlagenvertrag von 1972 ab. Allerdings hielt er in ideologischen Fragen unvermindert an. Doch stand nicht mehr so sehr die CDU/CSU im Vordergrund, sondern die SPD, der seit ihrer Beteiligung an der Großen Koalition (1966–1969) ein besonders raffinierter Antikommunismus in der Gestalt einer

³⁰ Vgl. ebenda, insbesondere Kapitel 5 (Wer war die KgU? Die „Mitarbeiter“ in Ost und West.).

³¹ Vgl. ebenda, S. 570–582. Heitzer geht zutreffend davon aus, dass die Schauprozesse nicht nur eine innere Signalwirkung besaßen, sondern gleichzeitig auch als ‚Kommunikationsmedium‘ in der Systemkonkurrenz dienten.

³² Vgl. ebenda, S. 629 f.

³³ „Die Imperialisten und ihre Soldschreiber aller Schattierungen unterstellten den kommunistischen Parteien [...] sie seien die gewalttätigsten aller Parteien, da sie angeblich danach streben, mit militärischen Mitteln allen Völkern den Kommunismus aufzuzwingen, mittels eines Krieges die Herrschaft des Kommunismus in der ganzen Welt zu errichten“. Hoffmann, Das Militärprogramm, S. 5.

³⁴ Eine Broschüre des Staatsrates zum Mauerbau trug den missionarischen Titel „Unser Staat rettet den Frieden in Deutschland“, S. 9.

³⁵ Hoffmann, Das Militärprogramm, S. 6.

³⁶ Vgl. Ulbricht, Der Offene Brief, S. 35.

„Revanchepolitik auf Filzsohlen“ (auch: Filzlatschen)³⁷ vorgeworfen wurde. Es ginge ihr um eine Aufweichung der DDR, ohne sie tatsächlich anerkennen zu wollen. Zum anderen verlagerte sich die Auseinandersetzung zunehmend auf bestimmte ideologische Themen. Wurde die beiderseitige Polemik bereits in den 1950er und 1960er Jahren von der Menschenrechtsfrage begleitet, betonte die Bundesrepublik in den folgenden zwei Dezennien dieses sensible und öffentlichkeitswirksame Problem, das die DDR im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten in die Defensive drängte³⁸ und auch den sowjetischen Kommunismus erschütterte³⁹. Honecker hatte auf seine Art Recht, wenn er von einer Verschärfung der ideologischen Diversion sprach, von einem antikommunistischen ideologischen Krieg, der „Aggression auf die Hirne der Menschen“⁴⁰. Dass die ideologische Auseinandersetzung fortbestand, zeigte schließlich auch das gemeinsame Papier der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED und der Grundwertekommission der SPD vom 27. August 1987⁴¹.

V. Schlussbetrachtung

Antikommunismus war jederzeit nachzuvollziehende Realität. Er bildete eine wesentliche ideologisch-politische Grundlage für die unterschiedlich motivierte Kritik an der Theorie und Praxis des Kommunismus. Seit dem Entstehen der UdSSR entwickelte sich der vielförmige Antikommunismus zum politischen Fundament des demokratisch verfassten Westens und seiner weltweiten Sympathisanten in der Auseinandersetzung mit der stalinistischen Parteidiktatur und dem sich nach 1945 formierenden sowjetisch dominierten sozialistischem Weltssystem. Im Zeitalter des Ost-West-Konfliktes gingen Kommunismus und Antikommunismus ein unauflösbares Wechselverhältnis ein und bildeten in der Periode des Kalten Krieges faktisch eine Einheit, die zu dessen konstitutiven Merkmalen gehörte. Gleichzeitig war die Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Antikommunismus Bestandteil, Ausdruck und Gradmesser der deutschen Systemkonkurrenz.

Der Konflikt zwischen dem Kommunismus in der DDR und dem bundesrepublikanischen Antikommunismus war im Wesentlichen eine verkleinerte Kopie dieses weltweiten Phänomens, entwickelte aber als ein Fundament des deutschen Systemwettbewerbs zahlreiche Spezifika. Wie die SED klar erkannte, war der Antikommunismus der Bundesrepublik auf die im Prinzip unversöhnliche Bekämpfung, letztendlich Überwindung der kommunistischen Herrschaft der SED angelegt. Sie sah ihn

³⁷ Vgl. Heitzer, *Andere über uns*, S. 229–239.

³⁸ Erich Honecker sprach häufig von „verlogenen Menschenrechtsphrasen“, vgl. unter anderem Honecker, *Aus dem Bericht des Politbüros*, S. 10.

³⁹ Sowjetische Ideologen kritisierten ständig den antisozialistischen Vorwurf, „dass gerade die regierenden kommunistischen und Arbeiterparteien der Erweiterung von Rechten und Freiheiten der Bürger unüberwindlichen Hindernisse in den Weg legen, dass eben auf diese ihre Politik vor allem die ernststen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zurückzuführen seien, mit denen die sozialistischen Länder zu tun haben“. Butenko, *Die kommunistische Partei*, S. 6.

⁴⁰ Honecker, *Aus dem Bericht des Politbüros*, S. 66.

⁴¹ *Neues Deutschland* vom 28. 8. 1987, S. 3.

als eine westdeutsche Staatsdoktrin an, auf die sich die Politik der Bundesrepublik und wesentliche Teile der bundesdeutschen Gesellschaft im Konsens festgelegt hatten, und stellten ihr mit der historisch und politisch gebotenen Pflicht zur Abwehr des Antikommunismus ebenfalls eine Staatsdoktrin gegenüber. Mehr noch: Die SED betrachtete diesen Kampf als eine integrale Funktion und ein Merkmal des realsozialistischen Staates. Wie in der Bundesrepublik besaß die Auseinandersetzung einen hohen Stellenwert bei der Einbindung der Deutschen in ihre einander entgegengesetzten Staaten und Bündnissysteme und bei der unterschiedlichen Herausbildung entsprechender Identitäten.

Die kommunistische Sicht auf den Antikommunismus gewann auch deshalb an Radikalität, weil der westdeutsche Konkurrenzstaat offen danach strebte, die Ostdeutschen für seine Werte und Politik zu gewinnen und die SED dabei richtig die permanente Gefahr des Zusammengehens der bundesrepublikanischen ‚Konterrevolution‘ mit Resistenz und Widerstand in der DDR sah.

Sie wandte in Ost und West vor allem verschiedene Formen der ‚Aufklärung‘ über die wahren Absichten des westdeutschen Antikommunismus mit der Absicht an, Abscheu vor seinen Zielen und Methoden zu erregen, um gegen sie eine breite aktive Volksfront zu schaffen. Auffällig war, dass die SED im Ringen mit dem Antikommunismus beständig auf dessen tatsächliche oder vermeintliche Kritiker aus dem nichtkommunistischen Lager verwies, insbesondere auf bürgerliche Intellektuelle wie Thomas Mann, dessen bekanntesten politischen Ausspruch („Der Antikommunismus ist die Grundtorheit des 20. Jahrhunderts“) sie ständig zitierte.

Da die SED für ihre Sichten und praktische Reaktionen auf den Antikommunismus nicht nur in der DDR werben musste, sondern parallel dazu auch in der Bundesrepublik, und dabei unbeirrt an der These festhielt, dass dort alle vom Antikommunismus bedrohten antifaschistisch-demokratischen Kräfte die natürlichen Verbündeten der DDR seien, erhielt ihr Kampf eine gesamtdeutsche Perspektive, die freilich auch den Modi gegnerischer Aktivitäten zugrunde lag.

Wenngleich die SED und ihre Verbündeten schließlich beinahe jede Kritik an der Diktatur oder ihren Teilbereichen als das Wirken häufig imaginärer Antikommunisten verdächtigte und brutal verfolgte, war ihr rigoroser Kampf gegen verschiedene antikommunistische Erscheinungsformen verständlich, gleichwohl er auch der Legitimation des Regimes und seines Repressionssystems diene. Sabotage und terroristische Aktionen nichtstaatlicher Organisationen im Kalten Krieg widersprachen den Normen einer geregelten nichtmilitanten Auseinandersetzung mit dem DDR-System. Sie trugen zur Zuspitzung des Kalten Krieges und zur Vertiefung der Spaltung Deutschlands bei.

Kontinuität und Veränderungen der SED-Perspektive auf den bundesrepublikanischen Antikommunismus wurden prinzipiell von welt- und deutschlandpolitischen Verläufen, aber ebenfalls durch deren interessengeleiteten SED-Interpretation sowie konkreten sowjetischen Interessenlagen bestimmt. Versucht man eine Periodisierung der SED-Sicht, lassen sich grob zwei inhaltlich determinierte Zeitabschnitte erkennen: Der erste dauerte von 1945 bis etwa zum Ende der 1960er Jahre – eine deutliche Zäsur bildete der deutsch-deutsche Grundlagenvertrag von 1972. Dieser Abschnitt war durch eine ‚traditionelle‘ Auseinandersetzung geprägt, die maßgeblich von der undifferenzierten Deutschland- und Wiedervereinigungspolitik der konservativen

Bundesregierungen, durch die rigide Durchsetzung von Alleinvertretungsanspruch und ‚Hallsteindoktrin‘ sowie von harten Formen der DDR-Infiltration gekennzeichnet war und östlicherseits von rigider Klassenkampf-Konfrontation. In der zweiten Periode fand in zweierlei Hinsicht ein relativer Wandel statt. Aus den bereits genannten Gründen stand zum einen nicht mehr der westdeutsche konservative Politik- und Gesellschaftsbereich im Zentrum der SED- Feindwahrnehmung, sondern die SPD und zunehmend auch linke und ‚linkssektiererische‘ Kräfte, die als gut getarnte, besonders heimtückische Antikommunisten beurteilt wurden. Zum anderen fiel durch die staatsrechtliche Anerkennung der DDR und internationale Entspannungstendenzen ‚traditionelles‘ Konfliktpotential weg, das sich vor allem durch das Wechselspiel von direkter antikommunistischer Schädigungspolitik, der Absicht der Einverleibung der DDR und westdeutschem ‚Revanchismus‘ sowie deren Abwehr durch die DDR ergeben hatte. Nunmehr rückten Menschen- und Bürgerrechtsthemen sowie Fragen der wirtschaftlichen Effektivität der DDR und ihres Lebensstandards in den Vordergrund des innerdeutschen Wettbewerbs, der – wie es die unter inneren Druck geratene SED zutreffend sah – eine Zuspitzung der ideologischen Auseinandersetzung mit sich brachte und damit einen subtileren Antikommunismus.

Stefan Creuzberger

Kampf gegen den inneren Feind

Das gesamtdeutsche Ministerium und der staatlich gelenkte Antikommunismus in der Bundesrepublik Deutschland

I. Historischer Kontext und Fragestellung

Die Gründerjahre der Bundesrepublik Deutschland vollzogen sich im Schatten der kommunistischen Bedrohung. Sie beeinflusste maßgeblich die politische Atmosphäre der jungen Bonner Republik. Darüber hinaus war die dortige, auf Verwestlichung ausgerichtete politische Kultur seit den Jahren des Wiederaufbaus und unter den Bedingungen des Ost-West-Konflikts nicht nur durch den Antikommunismus, sondern auch durch den Antitotalitarismus und den Amerikanismus erheblich geprägt.

Das Gefühl, dem Zugriff Moskaus und seiner kommunistischen Helfershelfer in der DDR schutzlos ausgesetzt zu sein, ergriff die politischen Verantwortlichen in Bonn vor allem angesichts der sich rapide verschlechternden internationalen Lage mit dem Beginn des Korea-Krieges. Es bestand zeitweilig die Furcht, möglicherweise einem ähnlichen Schicksal ausgesetzt zu sein. Auch der politische Alltag, der in jenen Jahren das innerdeutsche Verhältnis prägte, gab Anlass genug, die expansiven Bemühungen des Ostens überaus ernst zu nehmen. Das galt umso mehr, als das SED-Regime unablässig für sich beanspruchte, in der DDR den eigentlichen Kernstaat für das künftige Gesamtdeutschland zu sehen. Es war deshalb konsequent, wenn Ost-Berlin nicht nur seine propagandistische Rhetorik, sondern auch seine politische Westarbeit auf den „Sturz des Adenauer-Regimes“ fixierte¹. Zwar besaßen die westdeutschen Stellen in dieser Hinsicht keine Detailkenntnisse über die konkreten personal-, zeit- und kostenintensiven Planungen der SED. Was jedoch durch Überläufer, Informanten der Ostbüros von SPD und CDU oder durch geheimdienstliche Erkenntnisse – etwa des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) – bekannt wurde, löste in damaligen Bonner Regierungskreisen und den dortigen Parteien größte Besorgnis aus. Anfang der 1950er Jahre lagen Informationen vor, dass die SED jährlich zwischen 20 und 25 Millionen DM illegal in die Bundesrepublik transferierte, um die politische Arbeit der dortigen KPD zu unterstützen². Diese saß bis 1953 noch im Deutschen Bundestag und nutzte – im Sinne Ost-Berlins – das Bonner Parlament als öffentliches kommunistisches Agitationsforum.

¹ Vgl. zur Westarbeit des SED-Regimes ausführlich den Beitrag von Heike Amos in diesem Band; außerdem Amos, Westpolitik der SED 1948/49–1961; Mensing, SED-Hilfe für Westgenossen; Knabe, Westarbeit des MfS; Knabe, Unterwanderte Republik; Staadt, Geheime Westpolitik.

² Vgl. BAK, B 137/16428, BfV an BKA, BMI und BMG, Köln, 27. 11. 1953, Betr.: Eingabe des Rudolf Grüner vom 14. 10. 1953, S. 2.

Vor diesem Hintergrund ist zu fragen, mit welchen Institutionen und Apparaten die Bundesregierung unter dem damaligen Kanzler Konrad Adenauer (CDU), aber auch unter dessen Nachfolgern auf die als Bedrohung wahrgenommenen Aktivitäten von SED und KPD reagiert hat. Mit welchen Methoden und operativen Maßnahmen gedachte man, diese einzudämmen oder – im Idealfall – sogar zurückzudrängen? Schließlich gilt es zu klären, inwieweit und unter welchen Bedingungen sich die in der Bundesrepublik unter dem Signum ‚Kampf gegen den inneren Feind‘ geführte anti-kommunistische Abwehr im Verlauf der Jahre gewandelt hat.

II. Politik im Zeichen von *Rollback* und *Liberation-Policy*

Ungeachtet der historischen Erfahrungen während der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus war der staatliche Antikommunismus in der Bundesrepublik ein Phänomen³, das sich überwiegend aus der ungelösten deutschen Frage ableitete. Eine in diesem Kontext maßgebliche Regierungseinrichtung, die sich entschlossen dem politischen Kampf gegen den Kommunismus verschrieben hatte, war das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG). Gegründet im Herbst 1949 vor dem Hintergrund des geteilten Landes, das es möglichst schnell unter den Bedingungen einer westlich-freiheitlichen Demokratie wiederzuvereinigen galt, betrachteten sich die Mitarbeiter des BMG als Angehörige eines staatlichen Apparats, den sie zu einem politisch schlagkräftigen Instrument des Kalten Krieges machen wollten. Für diese Aufgabe waren sie in besonderer Weise geeignet. Denn was die meisten BMG-Angehörigen der ersten Stunde einte, war ihr tiefer antikommunistischer Grundkonsens. Es gab kaum jemanden unter ihnen, der nicht in der einen oder anderen Form unmittelbar von der deutschen Teilung persönlich betroffen gewesen wäre. Anders als in den übrigen Regierungsressorts, in denen hauptsächlich juristischer Sachverstand gefordert war, basierte die Expertise der Beamten und Angestellten des gesamtdeutschen Ministeriums vor allem auf deren einschlägigen Osterfahrungen. Sie waren Vertriebene aus den deutschen Ostgebieten oder aber politisch Verfolgte und Dissidenten aus der SBZ/DDR. Oftmals wurden sie von privaten antikommunistischen Organisationen und Netzwerken empfohlen und weitergereicht. Damit verfügten sie über die erforderlichen antistalinistischen ‚Fachkompetenzen‘, die der erste Minister Jakob Kaiser (CDU) und der damalige Staatssekretär Franz Thedieck (CDU) als zwingend für eine loyale Mitarbeit in ihrem Hause voraussetzten. Mehr noch: Deren Sozialisation im Geiste des Antikommunismus trug nicht unerheblich dazu bei, dass im BMG ein besonderes Korpsgefühl aufkam. Und so wiederum erklärt sich das ausgesprochen starke Selbstbewusstsein, das in diesem Verwaltungsapparat stets vorherrschte⁴.

All dies änderte jedoch nichts daran, dass es den hochmotivierten Mitarbeitern des gesamtdeutschen Ministeriums nicht vergönnt war, die große Deutschlandpolitik unmittelbar mitzugestalten. Mochte im Gründungsdokument des Ministeriums noch suggeriert worden sein, dass das Ressort in alle maßgeblichen Entscheidungsprozesse

³ Vgl. ausführlich zum Problem des deutschen Antikommunismus vor 1945 den Beitrag von Andreas Wirsching in diesem Band.

⁴ Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 529f.

im Zusammenhang mit der Wiedervereinigung des Landes einbezogen würde, stellte sich dies als eine voreilige Fehlannahme heraus. Soweit es den Westdeutschen in den ersten Jahren der Bonner Republik überhaupt möglich war, im Rahmen der nur äußerst eingeschränkten Souveränität auf diesem Gebiet einschlägige Aktivitäten zu entfalten, behielt sich diese Domäne außen- und deutschlandpolitischen Handelns bekanntermaßen der damalige Bundeskanzler Adenauer selbst vor. Auf diesem Terrain machte er kompromisslos von seinem Vorrecht der Richtlinienkompetenz Gebrauch. Dem BMG wies er dabei lediglich flankierende Funktionen zu. Und diese bestanden nicht zuletzt darin, öffentlichkeitswirksam zu demonstrieren, dass der Gedanke der nationalstaatlichen Einheit – ungeachtet der von Adenauer entschlossen verfolgten Westintegration seines Landes – keineswegs abgeschrieben war⁵.

Angesichts solcher Umstände verlegten sich das BMG und seine Mitarbeiter rasch auf operative Maßnahmen ‚von unten‘. Zu diesen zählte die sogenannte Psychologische Kriegführung. Sie war als eine entschlossene ideologische Gegenkampagne gedacht. Diese zielte darauf ab, den ostdeutschen Teilstaat in seinen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fundamenten, aber auch in seinen gegen die Bundesrepublik gerichteten Aktivitäten durch offene propagandistische Aufklärungsmaßnahmen und mittels verdeckter Desinformation zu erschüttern bzw. von weiteren Expansionsbestrebungen abzuhalten⁶. Die Akteure des BMG verlegten sich dabei vor allem auf eine Taktik der ‚kleinen Nadelstiche‘. Auf diese Weise sollte dem politischen Gegner im Osten, aber auch dessen ideologischen Verbündeten und Sympathisanten in der Bundesrepublik empfindliche Schläge versetzt werden. Es galt, nicht nur den Widerstandswillen und das Ausharrungsvermögen der in der DDR unter den Bedingungen der SED-Diktatur lebenden Bevölkerung zu beflügeln, sondern auch die Westdeutschen gegen den – wie es damals hieß – Kommunismus zu ‚immunisieren‘ und sie zugleich durch politische Bildungs- und Informationsarbeit für die Sache der staatlichen Einheit in Freiheit zu sensibilisieren. Als Vorbild diente hier in geradezu idealer Weise die von der amerikanischen Schutzmacht zum damaligen Zeitpunkt favorisierte *Rollback-* und *Liberation-Policy*⁷. Diese strategische Grundausrichtung fand bei den Mitarbeitern des BMG, die sich zumeist auf das politisch-operative Tagesgeschäft konzentrierten, besonders Anklang. Eröffnete sich ihnen doch dadurch die Chance, das Ringen der großen Politik um die nationalstaatliche Einheit mit alternativen Methoden zu flankieren.

Für Bundeskanzler Adenauer, der vor allem darauf fixiert war, der Bundesrepublik über die Westintegration möglichst schnell die volle Souveränität zu verschaffen, kam diese politische Orientierung des gesamtdeutschen Ministeriums sehr gelegen. Das BMG konnte er vor allem gegenüber amerikanischen Institutionen, die im Zuge des sich verschärfenden Kalten Krieges verstärkt die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus suchten, immer wieder argumentativ ins Feld führen. Das galt vor allem dann, wenn verlässliche Partnerschaft gefragt war. Denn mit dem gesamtdeutschen

⁵ Vgl. Kreuzberger, BMG in der frühen Bonner Republik, S. 27.

⁶ Vgl. zum Problem der ‚Psychologischen Kriegführung‘: Roewer u. a., Lexikon der Geheimdienste, S. 360.

⁷ Vgl. zur *Rollback-* und *Liberation Policy* ausführlich bei: Stöver, Befreiung vom Kommunismus.

Ministerium besaß nunmehr auch die Bundesrepublik ein eigenes Regierungsressort, das sich zur Aufgabe gemacht hatte, der politisch-ideologischen Bedrohung aus dem Osten in vielfältiger Weise entgegenzutreten. Das war umso wichtiger, als das Bundeskanzleramt zum damaligen Zeitpunkt nicht über einen organisatorisch ausdifferenzierten Apparat für die antikommunistische Abwehrarbeit verfügte. Darüber hinaus sah es sich angesichts der immensen innen-, wirtschafts- und außenpolitischen Herausforderungen in der Gründungsphase der Bundesrepublik kaum im Stande, auf diesem Gebiet die Federführung zu übernehmen. In Einzelfällen zwar, etwa im Vorfeld von Bundestagswahlkämpfen, ergriff das Kanzleramt eigene antikommunistische Initiativen, um den politischen Gegner aus dem linken oder deutschlandpolitisch neutralistischen Lager zu schwächen⁸. Ansonsten setzte es zumeist auf das BMG.

Das Ganze wurde vor allem durch den Umstand begünstigt, dass der langjährige Staatssekretär im gesamtdeutschen Ministerium, Franz Thedieck, enge Verbindungen zu den Kanzler-Vertrauten Heinrich Krone (CDU) und Hans Globke (CDU) unterhielt. Und so konnte Thedieck – nach Rücksprache mit Globke, aber auch mit dem Staatssekretär im Innenministerium, Ritter von Lex (CSU), – seinem Ressort bereits in den frühen 1950er Jahren große operative Freiheiten für die antikommunistische Abwehrarbeit verschaffen. Das galt für die in seinem Haus entwickelten Strategien, für die vor allem der Referatsleiter I 1, der zum Kreis der antikommunistischen Hardliner zählende Ewert von Dellingshausen, verantwortlich zeichnete. Aber auch bei der Kooperation mit den Amerikanern, die zum Zwecke der gemeinsamen kommunistischen Abwehr 1952 den Kontakt zum Bundeskanzleramt gesucht hatten, verwies man dort für die Belange der politisch-propagandistischen *Rollback*-Arbeit in erster Linie auf die Zuständigkeiten des BMG⁹.

III. Ressortübergreifende Koordinierung und Arbeitsteilung

Ungeachtet der herausragenden Position, die damit von vornherein dem gesamtdeutschen Ministerium in der ‚Psychologischen Kriegführung‘ zufiel, war der im Zeichen des positiven Verfassungsschutzes geführte Kampf gegen den Kommunismus, besonders der innerhalb der Bonner Republik, eine Sache der Arbeitsteilung. Um den von der KPD und den kommunistischen Tarnorganisationen ausgehenden Gefahren für die junge westdeutsche Demokratie möglichst wirkungsvoll zu begegnen, gab es seit März 1951 zwar zwischen dem BMG, dem Bundesinnenministerium und dem Bundesamt für Verfassungsschutz klare Kompetenzabgrenzungen. Dem gesamtdeutschen Ressort fiel dabei in erster Linie die propagandistische Abwehr zu. Das BMI bekam im Zusammenhang mit den Angriffen gegen die verfassungsmäßige Ordnung in der Bundesrepublik insbesondere die polizeilichen Schutzmaßnahmen und die Zu-

⁸ Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 60, 454; Schwarz, Ära Adenauer, S. 193f.; ders., Adenauer, Staatsmann, S. 98f.

⁹ Vgl. BAK, N 1515/2, „Im Bogen der Zeit. Erinnerungen des Dr. Ewert Freiherr von Dellingshausen. Teil II. Aufgaben im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1984/85“, VS-Vertraulich, amtlich geheimhalten, S. 25, 31, 90–93, 132, 137; Thedieck, Hans Globke, S. 145–147.

sammenarbeit mit den einzelnen Landesregierungen zugewiesen. Allein dem BfV blieben die nachrichtendienstlichen Funktionen vorbehalten¹⁰. Solange sich der Verfassungsschutz jedoch im Aufbau befand, wurde es in den ersten Jahren der Bonner Republik mit der – theoretisch vereinbarten – Abgrenzung antikommunistischer Abwehrarbeit nicht immer sehr genau genommen. Als oberstes Gebot galt allein der antikommunistische Konsens. Dieser bestimmte die Wahl der Mittel und Methoden und rechtfertigte vieles, was letztlich der Eindämmung der ‚kommunistischen Wühlarbeit‘ im Bundesgebiet diente¹¹. Dass dabei – wie noch zu zeigen sein wird – etwa das BMG auf Maßnahmen zurückgriff, die unter Vorgabe der freiheitlich-demokratischen Grundordnung überaus zweifelhaft waren, irritierte die am Erfolg ihrer Arbeit interessierten Akteure zumeist wenig.

Im gesamtdeutschen Ressort war man deshalb bereits sehr früh von US-amerikanischen Vorbildern angetan. So besaß man in den Vereinigten Staaten für die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus eine regierungsamtliche Schalt- und Koordinierungszentrale zur ‚Psychologischen Kriegführung‘. Vor diesem Hintergrund drängte seit 1953 Ewert von Dellingshausen mit seinem BMG-Fachreferat I 1 unablässig darauf, auch innerhalb der Bundesregierung ein für die effektive Abwehr von kommunistischen Unterwanderungsversuchen verantwortliches staatliches Gremium zu schaffen. Das galt umso dringlicher, als zu befürchten war, dass die KPD sich nach ihrem Scheitern im Bundestagswahlkampf 1953 fortan verstärkt auf verdeckte kommunistische Agitations- und Destabilisierungsaktivitäten verlegen würde¹². Dellingshausen warnte bei dieser Gelegenheit nachhaltig vor einer von den Kommunisten propagierten ‚Aktionseinheit der Arbeiterklasse‘. Adressat dieser Bemühungen war der linke Flügel der Sozialdemokratie. Da ihm überdies gesicherte Informationen vorlagen, denen zufolge die Kommunistische Partei und deren im Bundesgebiet operierenden Tarnorganisation verstärkt auf die Zersetzung der westdeutschen Wirtschaft und der dort Beschäftigten zielten, sah sich von Dellingshausen einmal mehr in seiner Haltung bestätigt¹³. Spätestens jedoch nach Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR im Jahre 1955 rechnete das BMG mit einer großen kommunistischen Propagandawelle seitens der sowjetischen Botschaft in Bonn, was eine antikommunistische Koordinierungszentrale unumgänglich machte¹⁴.

¹⁰ Vgl. BAK, B 137/16428, Abschrift (Anlage zum Schreiben des BMI vom 12.3.1951 – Gesch.Z.1306C, unterzeichnet vom BM Dr. Lehr), Abgrenzung der Zuständigkeit auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes zwischen dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, dem Bundesminister des Innern und dem Bundesamt für Verfassungsschutz.

¹¹ Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 155f.

¹² Vgl. ebenda.

¹³ BAK, B 137/16428, I A 1, Bonn, 14.9.1953, geheim, Vermerk, Betr.: Psychologische Kriegführung in Deutschland nach den Bundestagswahlen am 6.9.1953, S. 1f.

¹⁴ Vgl. BAK, 137/16428, Anlage: Denkschrift über Probleme der „Psychologischen Kriegführung“ nach der Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion, S. 1–4. Die darin geäußerten Befürchtungen, in absehbarer Zeit mit verstärkten propagandistischen Aktivitäten der UdSSR rechnen zu müssen, die auf eine Destabilisierung der Bundesrepublik zielten, waren keinesfalls unbegründet, wie neuere Studien über die sowjetischen Deutschlandpolitik belegen. Vgl. Wettig, Adenauers Moskau-Besuch, S. 199.

Angesicht solcher Bedrohungsszenarien erwies sich das gesamtdeutsche Ministerium als Motor in einem mühevollen interministeriellen Abstimmungsprozess. Dieser führte Anfang der 1960er Jahre schließlich zur Errichtung des ‚Koordinierungsausschusses für die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem internationalen Kommunismus‘. Angesiedelt im Bundeskanzleramt, trafen sich hier im vierzehntägigen Abstand alle auf diesem Gebiet verantwortlichen Ressortvertreter der Bundesregierung und der staatlichen Sicherheitsorgane¹⁵. Für die Organisationsstruktur dieser Einrichtung lieferte von Dellingshausen noch wenige Wochen zuvor entscheidende Anregungen, die er in einer entsprechenden Denkschrift zusammenfasste. Im Sinne einer möglichst hohen Effizienz sollte das antikommunistische Planungs- und Koordinierungsreferat Richtlinien für die praktische Arbeit entwerfen und sicherstellen, dass

- „a) die vorhandenen Informationen nicht willkürlich und in alleiniger Verantwortung der nachgeordneten Stellen an die Bedarfsträger herausgegeben werden,
- b) entsprechende Analysen zu den von den Ressorts als vordringlich bezeichneten Einzelfragen erarbeitet werden [...],
- c) der Planungs- und Koordinierungsausschuß in regelmäßigem Turnus zur Besprechung von Einzelfragen zusammentritt. Wird keine Einigung erzielt, muß die Entscheidung des Staatssekretärsausschuß, notfalls des Kabinetts, herbeigeführt werden“¹⁶.

Solange dieses Gremium aber noch nicht existierte, ergriff das BMG zahlreiche Eigeninitiativen, um der kommunistischen Bedrohung aus dem Osten wirkungsvoll zu begegnen. Dabei nutzte es intensiv seine vielfältigen Kontakte nicht zuletzt zum Bundesverfassungsschutz in Köln und zum Bundesnachrichtendienst in Pullach. Es bediente sich ebenso – im Rahmen der seit 1952/53 bestehenden Zusammenarbeit – seiner Verbindungen zum amerikanischen Geheimdienst CIA und zu den einschlägigen privaten antikommunistischen Organisationen in der Bundesrepublik. Mit Blick auf die Amerikaner konnte dabei anfänglich noch nicht von einer gleichberechtigten Partnerschaft gesprochen werden. Die US-Stellen verhielten sich zunächst ausgesprochen zurückhaltend und rezeptiv. Man wies dem Ministerium vielmehr nachgeordnete Aufgaben zu, betrachtete es aber als willkommenen Finanzier für antikommunistische operative Maßnahmen im Sinne der *Liberation-Policy*. Erst im weiteren Verlauf der 1950er Jahre, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der weiteren Westintegration der jungen Bonner Republik, veränderte sich das Arbeitsverhältnis. Nunmehr akzeptierte auch die CIA – zumindest vordergründig – die Auffassung des BMG, wonach der Kampf gegen den Kommunismus und die Destabilisierung der DDR nicht mit gewaltsamen Mitteln, sondern allein nach den Prinzipien der ‚politisch-psychologischen Kriegführung‘ zu erfolgen habe. Maßgeblich für diese Position waren nicht zuletzt die Erfahrungen, die man aus dem gescheiterten Ungarn-Aufstand von 1956 gewonnen hatte. Spätestens unter dem Eindruck dieser Ereignisse waren die Möglichkeiten und Grenzen der US-amerikanischen Befreiungspolitik deutlich geworden¹⁷.

¹⁵ Siehe dazu ausführlicher bei: Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 160–167.

¹⁶ BAK, B 137/16430, I 1, Bonn, 31.3.1960, geheim, Vermerk, Betr.: Geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und psychologische Verteidigung; hier: Koordinierungsversuche innerhalb der Bundesressorts und Vorschläge aus Sicht des BMG-Referats I 1, S. 15–18, Zitat S. 17.

¹⁷ Siehe dazu ausführlicher bei: Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 197–223, 553.

Von den westdeutschen Einrichtungen, die in dieser Hinsicht ins Blickfeld des gesamtdeutschen Ministeriums gerieten, profitierte vor allem der ‚Volksbund für Frieden und Freiheit‘ (VFF)¹⁸. Er gehörte zu den einflussreichsten Privatagenturen des Antikommunismus. Seine Gründer blickten auf einschlägige Erfahrungen im antibolschewistischen Propaganda-Krieg des NS-Regimes zurück. Sie verfügten über enge Verbindungen zu den US-amerikanischen Geheimdiensten und waren auch sonst im nationalen wie internationalen antikommunistischen Milieu bestens vernetzt. Der VFF bot sich geradewegs an, um seitens des BMG für die Zwecke der antikommunistischen *Rollback*-Politik instrumentalisiert zu werden¹⁹. Nicht zuletzt deshalb wurde er aus den geheimen Fördertöpfen des Ministeriums immer wieder großzügig und dauerhaft alimentiert. So erhielt er beispielsweise Mitte der 1950er Jahre monatliche Unterstützungszahlungen in Höhe von 28 000 DM. Bereits vier Jahre später beliefen sich die Zuwendungen des BMG auf 55 000 DM im Monat²⁰. Damit besaß der ‚Volksbund‘ eine solide finanzielle Ausgangsbasis, um sich vor allem in der Hochphase des Kalten Krieges auf das politische Geschäft der kommunistischen Abwehr im Bundesgebiet konzentrieren zu können.

IV. Staatlich gelenkter Antikommunismus und Beeinflussung der politischen Kultur

Im Unterschied zu den Destabilisierungs- und Desinformationskampagnen des BMG gegenüber der DDR, die spätestens seit 1953 kontinuierlich zurückgefahren wurden, weil man dort fortan nicht leichtfertig Menschenleben gefährden wollte²¹, boten sich für die antikommunistische Abwehr auf dem Territorium der Bundesrepublik ganz andere Perspektiven. Hier konnte das Ministerium auf die Versuche des ideologischen Gegners, die westdeutsche Gesellschaft politisch zu unterwandern, viel gefahrenloser reagieren. Der von den Mitarbeitern des gesamtdeutschen Ministeriums in diesem Zusammenhang seit Beginn der 1950er Jahre in die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft hineingetragene staatliche Antikommunismus zielte dabei nicht allein auf die KPD, deren Tarnorganisationen oder gar auf neutralistisch orientierte politische Gruppierungen. Die Bemühungen des BMG richteten sich immer auch darauf, die politische Kultur der jungen Bundesrepublik nachhaltig zu beeinflussen. Das Ganze nahm in der Atmosphäre des sich verschärfenden Kalten Krieges mitunter die Züge und das Ausmaß eines ‚Kalten Bürgerkrieges‘ an. Mit allen Kräften wurden publizistisch aufwendige und öffentlichkeitswirksame Kampagnen initiiert. Diese sollten die Bundesbürger in ihrem staatspolitischen Bewusstsein auf den offiziellen deutschlandpolitischen Regierungskurs einschwören. Durch die in diesem Kontext vermittelten Leitideen und Überzeugungen prägten die von ihrer Aufklärungsmission überzeug-

¹⁸ Zum VFF siehe generell: Friedel, Volksbund.

¹⁹ Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 144f., 235f.; Stöver, Befreiung vom Kommunismus, S. 365.

²⁰ Vgl. BAK, N 1515/2, „Im Bogen der Zeit. Erinnerungen des Dr. Ewert Freiherr von Dellingshausen. Teil II. Aufgaben im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1984/85“, VS-Vertraulich, amtlich geheimhalten, S. 52.

²¹ Siehe hierzu ausführlicher bei: Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 239–345.

ten BMG-Mitarbeiter nicht nur die politische Kultur des Landes, sie beeinflussten auch dessen Wandel²².

Das alles geschah unter dem Eindruck, einer massiven kommunistischen Bedrohung ausgesetzt zu sein. Dabei standen die perzipierte und die tatsächliche Gefährdung jedoch in keinerlei Verhältnis zueinander. In dieser gegen den inneren Feind gerichteten Auseinandersetzung nahm das gesamtdeutsche Ministerium eine zentrale Funktion ein. Gemeinsam mit dem Bundesinnenministerium setzte es 1950 einen Kabinettsbeschluss durch, der auf alle Angehörigen der KPD und der ihr angeschlossenen Tarnorganisationen zielte, die noch im öffentlichen Dienst angestellt waren. Von Anfang an vertraten die Mitarbeiter des BMG in dieser Angelegenheit eine harte Haltung. In den innerministeriellen Beratungsrunden plädierten sie nachhaltig dafür, von allen öffentlich Bediensteten eine Treueerklärung zu verlangen. Diese sollten glaubhaft versichern, zu keinem Zeitpunkt nach dem 8. Mai 1945 der Kommunistischen Partei oder einer dieser Parteioorganisation nahestehenden Einrichtungen angehört zu haben. „Jetzt kommt es darauf an“, so Georg Kunisch, der Referatsleiter I 2, ein „Exempel zu statuieren und sofort alle öffentlich Bediensteten, die ihre Treuepflicht gegenüber dem demokratischen Staat verletzen, aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen“²³.

In den darauffolgenden Jahren wirkte das BMG überdies erfolgreich daran mit, verschärfte Staatsschutzgesetze zu formulieren und über die parlamentarische Hürde zu bringen. Damit existierte seit August 1951 eine strafrechtliche Grundlage, um gegen die Einfuhr und den Vertrieb sogenannter verfassungsverräterischer Publikationen entschlossen vorgehen zu können. Hintergrund dieser Maßnahme war unter anderem die Tatsache, dass DDR und KPD die junge Bonner Republik mit einer Flut von kommunistische Agitations- und Propagandamaterialien überschwemmten. Die Vertreter des gesamtdeutschen Ressorts, denen in dieser Angelegenheit die Federführung übertragen worden war, um einschlägige Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, warteten sogleich mit einem radikalen, unorthodoxen Vorschlag auf. Sie plädierten zeitweilig dafür, sich der Postzensur zu bedienen und kurzerhand ein Druckverbot für kommunistische Propagandaschriften in der Bundesrepublik zu verhängen. Ein solcher Vorschlag, ein gutes halbes Jahrzehnt nach dem Ende des nationalsozialistischen Regimes, mutete indes überaus befremdend an. Kaum war er ausgesprochen, wurde er auch schon wieder verworfen. Doch dabei war es weniger der antidemokratische Charakter des vorgeschlagenen Druckverbots, der zur Einsicht führte. Ausschlaggebend war vielmehr die Sorge, die DDR könnte eine solche Maßnahme propagandistisch wirkungsvoll ausschlagen²⁴.

Mit den ersten Staatsschutzverordnungen des Jahres 1951 wurde nunmehr der Versand östlicher Propagandaschriften in das Bundesgebiet kriminalisiert. Gleichwohl wusste sich das SED-Regime rasch zu behelfen. Die kommunistischen Machthaber in

²² Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 536f.

²³ BAK, B 137, Akte 1549, I 2, Bonn, 17. 9. 1950, Betr. Stellungnahme zu der Kabinettsvorlage des B.M.d.I. über die politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Staatsform, S. 1f.; vgl. Creuzberger, BMG in der frühen Bonner Republik, S. 29.

²⁴ Vgl. ebenda. Vgl. zur Postzensur in der Bundesrepublik Föschepoth, Überwachtes Deutschland.

Ost-Berlin gingen zunehmend dazu über, Devisen illegal in die Bundesrepublik zu transferieren. Fortan ließ man das Agitationsmaterial dort drucken und vertreiben. Gut zwei Jahre später ergriffen BMG, Bundesinnen- und Bundespostministerium abermals eine gemeinsame Initiative, um solche Maßnahmen erfolgreich zu konterkarieren²⁵. Dazu diente die 3. Novellierung der Staatsschutzgesetze vom 4. August 1953. Hier gelang es, den Paragraph 93 des Strafgesetzbuches, der das Vorgehen gegen „Verfassungsverräterische Publikationen“ regelte, rechtlich so zu erweitern, dass die propagandistischen Destabilierungsversuche der DDR weiter eingedämmt werden konnten²⁶. Im Mai 1961 wurden schließlich abermals die strafrechtlichen Rahmenbedingungen verschärft. Mit dem sogenannten Verbringungsgesetz konnten Post- und Zollbeamte seit dieser Zeit bereits an der innerdeutschen Demarkationslinie staatsgefährdende Literatur aus der DDR kurzerhand beschlagnahmen²⁷.

Schon sehr früh gelangte die deutsche Jugend dies- und jenseits des ‚Eisernen Vorhangs‘ ins antikomunistische Blickfeld des gesamtdeutschen Ministeriums. Denn die Jugendlichen in West und Ost galten im BMG gemeinhin als Hoffnungsträger der Nation. Sie mussten deshalb den Werbungs- und Indoktrinationsbemühungen des SED-Regimes möglichst wirkungsvoll entzogen werden. Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass während des Ost-Berliner Deutschland-Treffens der FDJ im Jahre 1950, aber auch während der dortigen Weltjugendfestspiele im Sommer 1951 das BMG gemeinsam mit anderen staatlichen und privaten westlichen Trägern als antikomunistischer Agitator und Koordinator auf den Plan trat. Um die östlichen Festivalteilnehmer mit den Ideen der westlichen Wertegemeinschaft bekannt zu machen, wurde systematisch die Anziehungskraft West-Berlins als ‚Schaufenster der freien Welt‘ genutzt. Zudem war sicherzustellen, dass sich möglichst wenig westdeutsche Jugendliche an den kommunistischen Großveranstaltungen im Ostsektor Berlins beteiligen würden. Hier kooperierte das BMG eng mit dem Bundesinnenministerium, um in den einzelnen Bundesländern die dortigen Innen- und Kultusminister auf die davon ausgehenden Gefahren hinzuweisen. Vor allem in den Schulen sollte systematisch aufgeklärt werden. Auch drängte das gesamtdeutsche Ressort vehement darauf, kommunistische Werbemaßnahmen für die Jugendfestspiele konsequent zu unterbinden. In koordinierten Absprachen sah es die einzige Möglichkeit, dem wirkungsvoll zu begegnen. Das galt umso mehr, als im Ministerium zwischenzeitlich bekannt geworden war, dass das Regime in Ost-Berlin verstärkt Kinder, gegen die die westdeutschen Behörden nicht strafrechtlich vorgehen konnten, für einschlägige Agitationszwecke einsetzen wollte. Das BMG rechnete in absehbarer Zeit deshalb fest mit einer ansteigenden Zahl von FDJ-Agitatoren im Bundesgebiet, die man bestenfalls schon im Vorfeld an der innerdeutschen Grenze abfangen und in die DDR zurückschicken sollte.

²⁵ Vgl. BAK, B 137/1378, I 2, Bonn, 11. 6. 1952, Vermerk über die Ressortbesprechung im Bundesministerium des Innern am 11. 6. 1952, Gegenstand: Maßnahmen gegen die Einfuhr kommunistischen Propagandamaterials aus der SBZ und gegen die Herstellung kommunistischen Materials im Inlande, S. 5. Zur Staatsschutz-Problematik siehe u. a. bei: Schiffers, Staatsschutz; Gosewinkel, Rechtsstaat.

²⁶ Vgl. dazu und zum veränderten Wortlaut des § 93 STGB in der Fassung des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 3. 8. 1953 bei: Brünneck, Politische Justiz, S. 392f.

²⁷ Vgl. Tiepmar, „Bürgerkriegsliteratur“, S. 64.

Aber auch umgekehrt wollte man der interessierten westdeutschen Jugend die Reise nach Osten möglichst verwehren. Aus diesem Grund engagierte sich das BMG dafür, dass Interzonenpässe für Jugendliche sehr verzögert, im Idealfall gar nicht erst ausgestellt werden sollten. Von der Bundesbahndirektion konnte das gesamtdeutsche Ministerium darüber hinaus die Zusage erreichen, keine Sonderzüge oder Sonderwagen bereitzustellen und etwaige Sammeltransporte den Grenzpolizeibehörden zu melden, um somit deren Grenzübertritt zu verhindern. All diese Maßnahmen waren begleitet von einer breiten Öffentlichkeitskampagne, für die das gesamtdeutsche Ministerium verantwortlich zeichnete. Diese wurden nicht nur über besondere Aufklärungsplakate, Pressekonferenzen oder gesonderte Rundfunkwerbung flankiert. Lehrer erhielten spezielle Informationsbroschüren, die im Auftrag des BMG erarbeitet worden waren, ausgestattet mit geeigneten Argumenten, um bei den ihnen anvertrauten Schülern erst gar nicht das Bedürfnis aufkommen zu lassen, die Ost-Berliner Weltjugendfestspiele zu besuchen. In diesem Sinne wurden auch Sport- und Jugendverbände, ebenso wie Sympathieträger der westdeutschen Jugend mobilisiert²⁸.

Es fällt insgesamt auf, dass die im Geiste des Antikommunismus agierenden Mitarbeiter des gesamtdeutschen Ministeriums mit politisch Andersdenkenden, zu denen sie insbesondere Kommunisten, Pazifisten und deutschlandpolitische Neutralisten zählten, wenig zimperlich umgingen. Ewert von Dellingshausen, der sich im Kampf gegen den sogenannten inneren Feind immer wieder als Speerspitze erwies, brachte die damals in seinem Hause weitverbreitete Einstellung pointiert auf den Punkt: Noch im Februar 1958 plädierte er im Rahmen einer Tagung der Länderreferenten für gesamtdeutsche Fragen, die im Berliner Bundeshaus im Rahmen der ‚Psychologischen Kriegführung‘ einschlägige Abwehrstrategien diskutierte, unumwunden dafür, in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten die „Mittel, die der Gegner anwendet, für uns selbst nutzbar zu machen“²⁹. Und dies war keinesfalls graue Theorie. Bereits 1955 kommentierte man im Bundesinnenministerium die Praktiken der Kollegen aus dem BMG nicht immer zustimmend, wenn es etwa hieß: „Die Demokratie dürfe nicht bei der Abwehr des Kommunismus in Methoden verfallen, die in ihrer geistigen Uniformität der Kampfkraft der totalitären Weltanschauung entsprächen.“³⁰

Angesichts solcher Auffassungen war es nur konsequent, wenn die – im Sinne der deutschen Wiedervereinigung – suspekt erscheinenden politischen Kreise von privaten Kampforganisationen, die im Auftrag des BMG agierten, bespitzelt und öffentlich stigmatisiert wurden. Vielfach reichten einfache Verdächtigungen, mitunter sogar ungeprüfte Hinweise aus den Reihen der Bevölkerung aus, um diese dann in einer intern seit 1951 vom Ministerium geführten Geheimkartei zu erfassen. Die dort zusammengetragenen Informationen – innerhalb von zehn Jahren umfasste die Datenbank rund 20 000 Personen und 3000 Institutionen – wurden sogleich an das Bundesamt für Verfassungsschutz weitergeleitet und meist auch nichtstaatlichen antikommunis-

²⁸ Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 330–335.

²⁹ BAK, B 137/1232, Tagung der Länderreferenten für gesamtdeutsche Fragen im Bundeshaus Berlin am 12. 2. 1958, Ref.: MR Dr. Freiherr von Dellingshausen, Bonn, Thema: Die kommunistische Infiltration – Fragen ihrer Bekämpfung, S. 4.

³⁰ BAK, B 137/16428, Vertraulich! Abschrift der Protokolls einer Besprechung zur Intensivierung des geistigen Impulses gegen den Kommunismus im Bundesministerium des Innern am 20. 10. 1955, S. 4.

tischen Agenturen zum weiteren Gebrauch überlassen. Das alles geschah im Namen einer Regierungsbehörde, die nicht zu einem solchen speziellen Verfassungsschutzauftrag ermächtigt war. Wenn es dennoch dazu kam, dann war dies der antikommunistisch aufgeheizten Grundstimmung und den ans Irrationale grenzenden Bedrohungsvorstellungen geschuldet, die in der Hochphase des Kalten Krieges die politische Kultur in der jungen Bundesrepublik nachhaltig vergifteten. Die damaligen Akteure verloren deshalb häufig den Blick für das, was unter demokratisch-rechtstaatlichen Prinzipien tolerierbar war³¹.

So scheute das gesamtdeutsche Ministerium selbst nicht verdeckte Versuche, den politischen Gegner in Wahlkämpfen zu benachteiligen. Das Ganze verstand sich als eine Art bundesdeutsche *Rollback*-Politik, die weitaus gefahrloser betrieben werden konnte als etwa die Operationen jenseits des ‚Eisernen Vorhangs‘. Gleichwohl lag all dem ein überaus ambivalentes Demokratieverständnis zugrunde. Während des Bundestagswahlkampfes von 1953 gelangten die Gesamtdeutsche Volkspartei und die in ihr organisierten Politiker wie Gustav Heinemann oder Helene Wessel ins politische Visier der ministeriellen Abwehrarbeit. Den politischen Hintergrund bildete dabei die Tatsache, dass die Wahl erstmals unter den Bedingungen der Fünf-Prozent-Klausel erfolgte. Es boten sich damit gute Chancen, den Einzug derartiger Oppositionsparteien ins Parlament im Idealfall scheitern zu lassen. Freilich durfte das BMG in diesem Zusammenhang nicht unmittelbar selbst in Erscheinung treten. Es griff daher abermals auf die bewährten Dienste des antikommunistischen VFF zurück. Und von diesem wurden Heinemann und Wessel, die als Anhänger des deutschlandpolitisch neutralistischen Lagers auf einen Dialog mit der DDR setzten, als vermeintliche Antidemokraten und Kommunistenfreude öffentlich ungezügelt diffamiert³². Ähnliches erlebte auch der vom ehemaligen Reichskanzler Joseph Wirth geleitete ‚Bund der Deutschen‘ (BdD). Es überrascht daher wenig, wenn am 18. September 1953 das gesamtdeutsche Ministerium in einem vertraulichen, an das Kanzleramt gerichteten Rechenschaftsbericht für den Monat August verklausuliert vermeldete, sich aktiv in den Wahlkampf eingeschaltet und dabei „die Aufklärung des evangelischen Bevölkerungsteiles über das Wahlbündnis Wirth-Heinemann [...] durchgeführt“ zu haben³³.

Derartige Aktivitäten waren keine Einzelfälle, die sich dadurch begründeten, dass die westdeutschen Akteure etwa unter dem unmittelbaren Eindruck des gewaltsam niedergeschlagenen Volksaufstandes in der DDR am 17. Juni 1953 standen. Schon 1951 lassen sich vergleichbare operative Maßnahmen des BMG nachweisen. Im niedersächsischen Landtagswahlkampf machte es mit Flugblättern, die von ihm finanziert und über den ‚Volksbund für Frieden und Freiheit‘ verbreitet worden waren, auf infamste Weise gegen den dortigen früheren CDU-Landwirtschaftsminister Günther Gereke Front. Dieser hatte sich mittlerweile ins Lager der deutschlandpolitischen Gegner von Konrad Adenauer geschlagen und kandidierte für die neutralistisch ausgerichtete Deutsche Soziale Partei (DSP). Gereke erlitt eine bittere Wahlniederlage,

³¹ Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 442f.

³² Vgl. Creuzberger, BMG in der frühen Bonner Republik, S. 32.

³³ BAK, B 137/4912, Z 1 K an den Staatssekretär des Bundeskanzleramtes, z. Hd. von Ministerialdirigent Gumbel o.V.i.A, Bonn, 18.9.1953, Betr.: Gesetzgeberische Vorhaben sowie Vorgänge von allgemein-politischer Bedeutung, S. 2.

weshalb er Rechtsmittel gegen den VFF und dessen Diffamierungskampagne ergriff. In dem daraufhin entbrannten Rechtsstreit war er am Ende erfolgreich. In diesem Zusammenhang war es überaus bemerkenswert, dass das gesamtdeutsche Ressort während der gesamten Zeit des Verfahrens loyal zu den Vertretern des beschuldigten ‚Volksbundes‘ stand. Freilich konnte es hier nicht offen Position beziehen, sondern agierte aus dem Hintergrund. Das BMG zögerte deshalb keinen Moment, die gesamten Prozesskosten, die sich immerhin auf 17 000 DM beliefen, kurzerhand aus seinem Geheimetat 300 zu begleichen. Und Ewert von Dellingshausen, der für das Ministerium in diese Vorgänge involviert war, kommentierte die Angelegenheit schließlich selbstironisch mit den Worten, das jenes Flugblatt „das teuerste [gewesen ist...], das wir je herausgegeben haben“³⁴.

Selbst für das Jahr 1961 lassen sich vergleichbare Praktiken des Bonner Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen nachweisen. So trat es zum damaligen Zeitpunkt großzügig als Finanzier der in Hamburg ansässigen antikommunistischen staatsbürgerlichen Bildungsorganisation ‚Der Ring e.V.‘ auf. Anlass waren die in der Hansestadt bevorstehenden Betriebsrats- und Bürgerschaftswahlen. Ausgestattet mit Finanzmitteln des BMG, wirkte ‚Der Ring‘ auf den öffentlichen politischen Willensbildungsprozess ein. Ein besonderer Schwerpunkt wurde dabei auf die linksgerichtete Deutsche Friedens-Union (DFU) gerichtet. Auch hier galt es, die DFU an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern zu lassen. Die Aktivisten des ‚Ring‘ sagten daraufhin dem Ministerium zu, Wahlkampfveranstaltungen des politischen Gegners nicht nur stören zu wollen, sondern auch die bei dieser Gelegenheit gewonnen Erkenntnisse sogleich nach Bonn an den dortigen Geldgeber zwecks möglicher Gegenmaßnahmen weiterzuleiten.

All dies deckte sich mit den seit geraumer Zeit praktizierten Abwehrstrategien des BMG. Über die engen Verbindungen zum Kölner Verfassungsschutz wurde es regelmäßig im Vorfeld über bevorstehende politische Veranstaltungen linksorientierter Gruppierungen und Vereinigungen unterrichtet. Vor diesem Hintergrund war es dann möglich, gezielt Vertrauenspersonen, die im Umfeld des Ministeriums agierten, dort einzuschleusen. Ähnlich wie während des Hamburger Bürgerschaftswahlkampfes gegenüber der DFU übten solche Aktivisten verfassungswidrig Überwachungsfunktionen gegenüber Organisationen aus, die nicht verboten waren. Sie standen sozusagen im Dienste von BMG und BfV. Und nicht nur das: Mitunter bedienten sie sich bei dieser Gelegenheit präventiver Provokationsmaßnahmen, um darüber die ansonsten nur schwer auf eine halbwegs legale Weise angreifbare politische Opposition dem Zugriff der Polizei auszusetzen³⁵.

V. Allmähliche Überwindung des kämpferischen Antikommunismus

Angesichts solcher operativer Maßnahmen überrascht es nicht, dass das gesamtdeutsche Ressort bis in die frühen 1960er Jahre hinein als klassischer Hort des Kalten

³⁴ Friedel, Volksbund, S. 130–140; vgl. Gereke, Landrat, S. 383; vgl. Körner, Rote Gefahr, S. 45 f.

³⁵ Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 456–458.

Krieges und des Antikommunismus galt. Spätestens seit Beginn der Großen Koalition im Dezember 1966 entwickelte es sich dagegen zu einem Ort, von dem unter entspannungspolitischen Gesichtspunkten erste wichtige Anstöße für eine ‚Neue Ostpolitik‘ ausgingen. Vor allem unter dem neuen sozialdemokratischen Minister Herbert Wehner (SPD) wurde etwa in der Öffentlichkeitsarbeit und in den Publikationen des BMG allmählich die antikommunistisch-kämpferische Rhetorik überwunden. Bereits von seinem Amtsvorgänger, dem FDP-Politiker und Vizekanzler Erich Mende, waren erste Veränderungen angestoßen worden. Diese zielten darauf, die Bundesbürger wesentlich sachlicher über die Vorgänge hinter dem ‚Eisernen Vorhang‘ zu informieren. Ein solcher Umdenkungsprozess war naheliegend, um nicht zu sagen zwangsläufig. Denn spätestens seit dem Mauerbau in Berlin machten sich im BMG Ernüchterung und die Überzeugung breit, dass man die Westdeutschen kaum mehr mit einer inzwischen unrealistisch gewordenen Wiedervereinigungsrhetorik oder durch offensive plakative antikommunistische Polemik überzeugen und mobilisieren konnte³⁶.

Geradezu paradigmatisch für eine solche sich wandelnde Auffassung war ein öffentlicher Auftritt Mendes im Februar 1966. In einem Interview mit dem ‚Kölner Stadt-Anzeiger‘ provozierte er im konservativen Lager der Union die Frage, inwieweit der Minister sich überhaupt noch auf dem Boden einer gemeinsamen Deutschlandpolitik bewege. Mende hatte dort mit einer Äußerung harsche Kritik auf sich gezogen, als er unumwunden einräumte, dass in „Mitteldeutschland [...] sich vieles getan [hat], was Respekt verdient“. Und damit nicht genug. Im selben Pressegespräch erteilte er den antikommunistischen Gemeinplätzen der 1950er Jahre eine deutliche Absage, indem er mit einem politischen Tabu brach und unumwunden feststellte: „Unter dem Schutz der freiheitlichen Ordnung unseres Staates muß ein Höchstmaß von Diskussion mit Kommunisten und über den Kommunismus möglich sein. Durch übereiltes polizeistaatliches Eingreifen wird der Rechtsstaat unglaublich, und oben-drein liefern wir Ulbricht Argumente für die Isolierung Mitteldeutschlands und seiner Menschen gegenüber der Bundesrepublik.“³⁷

Der Minister traf damit einerseits den Zeitgeist der sich damals in der Bundesrepublik verändernden politischen Kultur. Hier verdichtete sich vor allem im linksliberalen Milieu von Journalisten und Intellektuellen zunehmend die Position, deutschlandpolitisch überkommene Klischees zu überwinden und gegenüber der DDR neue Wege zu beschreiten. Andererseits entsprach Erich Mende mit seinem publizistischen Vorstoß durchaus dem, was er in den zurückliegenden Jahren als Minister in seinem Amt durchzusetzen versuchte. Hierfür standen etwa sein Engagement für das Erste Passierscheinabkommen in Berlin im Jahre 1963, seine Bemühungen im Zusammenhang mit dem Häftlingsfreikauf und nicht zuletzt seine gegen den Widerstand des Bundesinnenministeriums eingeleitete Initiative, die innerdeutschen Verwaltungskontakte wiederzubeleben. Auch wenn viel von dem, was er auf deutschlandpolitischem Gebiet zu ändern suchte, kaum über erste Ansätze hinausgelangte, weil es die Zeitumstände, vor allem aber die politische Konstellation innerhalb der CDU/CSU-FDP-Koalition noch nicht zuließen, wirkte er dennoch in vielerlei Hinsicht bewusst-

³⁶ Vgl. dazu ausführlicher: Kreuzberger, Kampf für die Einheit, S. 382–429, 538.

³⁷ Mende: Keine Angst vor den Kommunisten. Interview des Kölner Stadt-Anzeiger mit dem Vizekanzler, in: Kölner Stadt-Anzeiger vom 4. 2. 1966.

seinsverändernd. Er wagte manches anzudenken und offen auszusprechen, woran sein sozialdemokratischer Amtsnachfolger unter freilich anderen politischen Voraussetzungen und nicht weniger entschlossen anknüpfen konnte³⁸.

Kaum hatte Herbert Wehner die politische Verantwortung im gesamtdeutschen Ministerium übernommen, verlegte er sich unverzüglich darauf, den tief verankerten kämpferischen Antikommunismus der langjährigen Mitarbeiter seines Hauses allmählich zurückzudrängen. Als vorteilhaft erwies sich dabei, dass im Ministerium ein personeller Generationswechsel anstand. Der Ressortchef wusste daher die Gunst der Stunde personalpolitisch im Sinne des von ihm erwünschten deutschlandpolitischen Gezeitenwechsels zu nutzen. Eine seiner ersten entschlossenen Maßnahmen zielte darauf ab, die im BMG seit 1950 systematisch aufgebaute Geheimkartei, in der Dossiers über politisch vermeintlich suspekte Persönlichkeiten und Organisationen angelegt und zumeist sorglos an private antikommunistische Abwehrorganisationen sowie an den Bundesverfassungsschutz weitergeleitet worden waren, vernichten zu lassen. Wehner war außer sich, als er von der Existenz dieser Datenbank und den langjährigen Verwendungspraktiken erfuhr. Der Unmut des Ministers steigerte sich ins Unermessliche, als er bei dieser Gelegenheit Kenntnis davon erhielt, selbst ein Opfer der akribischen antikommunistischen Erfassungswut des BMG geworden zu sein.

Überdies stand mit dem neuen Mann an der Spitze des Ministeriums nunmehr auch die bisherige Förderpolitik zur Disposition. Unzeitgemäße Projekte, wie etwa die von den Ostbüros der SPD und CDU bis dahin praktizierten ‚propagandistischen Ballonaktionen‘ gegen die DDR, wurden fortan untersagt. Zudem wurden die in diesem Zusammenhang noch verbliebenen privaten Apparate des Kalten Krieges, etwa der für seine antikommunistische Agitation bekannte ‚Volksbund für Frieden und Freiheit‘, allmählich entmachtet. Sofern solche Einrichtungen der Auflösung entkamen, integrierte man sie kurzerhand in die dem BMG nun nachgeordnete ‚Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben‘ (BfgA). Das betraf den ‚Verein zur Förderung der Wiedervereinigung Deutschlands‘, den ‚Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen‘, die ‚Zentralstelle für gesamtdeutsche Hochschulfragen‘ und das ‚Archiv des Informationsbüros West‘. Grundsätzlich fiel der BfgA künftig die Aufgabe zu, für mehr deutschlandpolitische Objektivität und weniger Polemik zu sorgen. Die *political correctness*, die dabei insbesondere in den ersten Jahren ihrer Existenz eingefordert wurde, besaß fast schon absurde Züge. Peinlichst mussten ihre Mitarbeiter darüber wachen, dass möglichst nichts über die DDR publiziert wurde, was leichtfertig als ‚Kalte-Kriegs-Mentalität‘ ausgelegt werden konnte.

Ähnlich gestaltete sich die vom BMG angestrebte Neuausrichtung zur Förderung der Forschung. Auch sie wurde verstärkt für die Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit vereinnahmt, um die neue Linie des Hauses zu flankieren. Dies versuchten die zuständigen Fachreferenten mit sanftem, nicht zuletzt über die finanziellen Zuwendungen ausgeübten Druck zu erwirken. Konkret bedeutete dies, das bis dahin in der DDR- und Deutschland-, aber ebenso in der Ostforschung verbreitete Totalitarismus-Konzept zugunsten einer – überaus fragwürdigen – systemimmanenten Betrachtungsweise aufzugeben. Die DDR wie auch die übrigen Satellitenstaaten der UdSSR wollte

³⁸ Zur Rolle Mende als gesamtdeutscher Minister siehe ausführlicher bei: Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 347–381.

man künftig an den eigenen Ansprüchen messen³⁹. Als Grundorientierung gab der im BMG verantwortliche Staatssekretär Günter Wetzel (SPD) am 28. Februar 1969 in einer Informationsveranstaltung für Vertreter der vom Ministerium bis dahin geförderten Forschungseinrichtungen folgende Richtung aus:

„Für die Wissenschaftler, die in der Bundesrepublik Ostforschung betreiben, ist die *Kenntnis der Ostpolitik* [Hervorhebung im Original] der Regierung wichtig – nicht im Sinne eines opportunistischen Einstellens auf die jeweilige Regierungspolitik, sondern im Sinne einer sachlichen Orientierung über die politische Situation und die absehbaren Trends in der zukünftigen Entwicklung. Wissenschaft wird in einem freien Staat nicht von der Exekutive gegängelt, der Wissenschaftler muß aber seine Forschungen auch im Interesse der Aktualität auf die politischen Konstellationen beziehen.“⁴⁰

Im Rahmen dieser skizzierten Handlungsspielräume war es von da an den jeweiligen Institutsleitern überlassen, inwieweit man sich fortan den Vorgaben des Staatssekretärs beugen wollte, um weiterhin in den Genuss großzügiger Alimentierung durch das BMG zu gelangen.

Substanzielle Veränderungen, die sich stets als Zeichen westdeutscher Entspannungsbereitschaft verstanden, zeigten sich aber auch auf anderen Gebieten⁴¹: So demonstrierte das BMG gegenüber Ost-Berlin, dass es deutlich vom langjährig praktizierten Antikommunismus abzurücken gedachte, als Minister Wehner 1968 in der Großen Koalition die Stimmung für die verfassungskonforme Wiederzulassung einer kommunistischen Partei in der Bundesrepublik sondierte. Parallel dazu profilierte sich das Ministerium bei der Reform des Staatsschutzes. In diesem Prozess engagierte es sich für einen Zeitungsaustausch mit der DDR und den straffreien Vertrieb von DDR-Presseprodukten im Bundesgebiet. Ohne das entschiedene Eintreten des Ministers wäre diese Maßnahmen vom Bundeskabinett so nicht realisiert worden. Er konnte sich zumindest in diesen Fällen gegenüber seinen Kabinettskollegen der Union mit der Auffassung durchsetzen, überkommene deutschlandpolitische Positionen selbstkritisch zu überdenken und den Dialog mit Ost-Berlin über einseitige Vorleistungen und unter atmosphärisch entspannten Voraussetzungen möglicherweise besser voranbringen zu können.

In diesem Sinne verstand sich auch das Engagement Wehners auf dem Gebiet der großen Deutschlandpolitik, das bis dahin im Wesentlichen allein den Bundeskanzlern vorbehalten war. Wenn dem Minister hier gestalterische Spielräume zugestanden wurden, dann war dies nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass er zu den eigentlichen Garanten der Regierungskoalition zählte und auf eine ausgesprochen vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU) zurückblicken konnte. Nur so erklärt sich, weshalb der gesamtdeutsche Minister im Jahre 1967 beim Regierungschef damit durchdrang, die sogenannten Stoph-Briefe nicht einfach abzuweisen und unbeantwortet zu lassen – ein Novum in der Geschichte der innerdeutschen Beziehungen. Willi Stoph, der DDR-Ministerpräsident, wollte mit seiner Initiative direkte Verhandlungen zwischen Ost-Berlin und Bonn anregen, mit

³⁹ Zur Neuausrichtung unter Herbert Wehner siehe ausführlicher ebenda, S. 481–528.

⁴⁰ BAK, B 137/7374, Ansprache des Herrn Staatssekretärs Dr. Wetzel anlässlich der Begegnung mit den leitenden Persönlichkeiten der vom Referat I 10 betreuten wissenschaftlichen Einrichtungen am 28. 2. 1969 in Bonn, S. 2.

⁴¹ Im Folgenden siehe: Creuzberger, Kampf um die Einheit, S. 406–429, 539f.

dem Ziel, die gegenseitigen Beziehungen zu normalisieren, eine allgemeingültige Anerkennung der bestehenden Grenzen und den Verzicht auf atomare Waffen bzw. die Halbierung der Rüstungsausgaben in beiden Teilen Deutschlands zu erreichen. Für die Beantwortung dieser heiklen Fragen stellte das BMG seine deutschlandpolitische Expertise bereit. Gleichwohl sollte ein wirklicher innerdeutscher Dialog nicht zustande kommen, weil die Rechtsauffassungen in diesen Punkten nach wie vor zu unterschiedlich waren. Das aus Wehners Sicht einzig konstruktive Ergebnis der Stoph-Initiative bestand vor allem darin, dass in der Bundesregierung nunmehr eine deutlich gestiegene Bereitschaft zu verzeichnen war, Kontakte zur DDR auch auf einer höheren Ebene zuzulassen.

Vor diesem Hintergrund verlegte sich der BMG-Chef mit seinem Ministerium auf nachgeordnete Felder der praktischen Politik. Hier erzielte er kurz vor der Bundestagswahl im Herbst 1969 einen aussichtsreichen Durchbruch. So war es einem seiner Mitarbeiter im Rahmen von Geheimverhandlungen mit Ost-Berlin gelungen, ein begrenztes innerdeutsches Verkehrsabkommen unterhalb der Schwelle einer völkerrechtlichen Anerkennung auszuhandeln. Konkret wurde darin ein auf dem Territorium der DDR im Raum Gerstungen gelegener Bahnabschnitt für die Zwecke des westdeutschen Kalitransports wieder aktiviert. Der Wert dieses auf den ersten Blick wenig spektakulär anmutenden Abkommens lag vor allem darin, dass es an ein Junktim geknüpft war: So sollten unverzüglich zwei ungeklärte innerdeutsche Problemfälle aufgegriffen und kurzerhand bereinigt werden. Dabei handelte es sich einerseits um die festgefahrenen Beratungen über die sogenannten deutsch-deutschen Poststreitigkeiten – Ost-Berlin forderte schon seit längerem westdeutsche Kompensationszahlungen für die mit dem Transport von bundesdeutschen Postsendungen auf dem Gebiet der DDR anfallenden Mehrkosten. Andererseits sollte der innerdeutsche Personenreiseverkehr künftig erleichtert abgewickelt werden. Ungeachtet bestehender Anerkennungsvorbehalte waren sich die beiden deutschen Staaten aber zwischenzeitlich doch so nahegekommen, um nunmehr auch auf offizieller Regierungsebene Gespräche über humanitäre Erleichterungen anbahnen zu können. Losgelöst von den sich verändernden internationalen Rahmenbedingungen wurde dieser Prozess vor allem aber durch die Bereitschaft von Bundesregierung und gesamtdeutschem Ministerium begünstigt, die traditionelle antikommunistische Abwehrhaltung allmählich einer differenzierteren Betrachtungsweise zu unterziehen.

Es war indes nicht mehr Sache der Großen Koalition, die während der letzten Regierungsphase in erster Linie durch das BMG angestoßenen deutschlandpolitischen Maßnahmen zu exekutieren. Die davon ausgehenden Impulse für eine ‚Neue Ostpolitik‘ aufzugreifen, sie weiter auszugestalten und in festes Vertragswerk zu überführen, fiel bald darauf der sozialliberalen Regierung unter Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) und FDP-Außenminister Walter Scheel zu. Das BMG, das in der neuen Regierungskoalition – ganz gemäß dem Wandel der Zeit – nunmehr Ministerium für innerdeutsche Beziehungen hieß, rückte von da an in eine nachgeordnete Position. Nun war es hauptsächlich dem Kanzleramt und dem Auswärtigen Ressort vorbehalten, die ost- und deutschlandpolitisch neuen Akzente zu setzen. Der seit 1949 praktizierte staatliche Antikommunismus wurde damit zusehends zu einem historischen Phänomen, das in besonderer Weise die Gründergeschichte der Bonner Republik und ihre politische Kultur nachhaltig geprägt hatte.

VI. Abschließende Bemerkungen

Im Verlauf der Ausführungen wurde verdeutlicht, dass der von Staatsseite initiierte Antikommunismus der jungen Bundesrepublik Deutschland in erster Linie ein Reflex auf die Teilung der Nation, die Rahmenbedingungen des Kalten Krieges und die Verunsicherung der politischen Führung gegenüber der politisch-ideologischen Anfälligkeit der eigenen Bevölkerung gewesen ist. Natürlich kann all dies nicht losgelöst von den aus der Vorkriegszeit tradierten Formen, sich mit dem Kommunismus auseinanderzusetzen, betrachtet werden. Unter den Regierungsressorts, die sich in dieser Hinsicht maßgeblich und auf rechtsstaatlich mitunter zweifelhafte Weise in ihrer antikommunistischen Abwehrarbeit profilierten, ragte besonders das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen hervor. Zwar befassten sich auch das Kanzleramt und das Bundesinnenministerium mit Fragen des sogenannten positiven Verfassungsschutzes. Anders als das BMG verfügten sie aber über keine speziellen umfangreichen Fachabteilungen zur Abwehr des Kommunismus. Zudem lag ihr Arbeitsschwerpunkt vor allem während der Gründungs- und Aufbauphase der jungen Bonner Republik auf anderen wichtigen Gebieten der innen-, außen- sowie wirtschafts- und gesellschafts-politischen Konsolidierung. Vor diesem Hintergrund drängte das BMG über Jahre hinweg auf eine zentralisierte und koordinierte Bekämpfung kommunistischer Umtriebe.

Das BMG steht daher geradezu symbolisch für die politische Kultur und den bundesdeutschen Antikommunismus in der Hochphase des Kalten Krieges. Im Verlauf der 1960er Jahre – nicht zuletzt unter den Bedingungen der sich veränderten politischen Konstellationen in der Bundesregierung – entwickelte es sich aber zu einer Einrichtung, die nicht unwesentlich dazu beitrug, im Zuge der sich anbahnenden ‚Neuen Ostpolitik‘ bisherige undifferenzierte antikommunistische Wahrnehmungen und Verhaltensweisen allmählich zu überwinden.

Schließlich bleibt festzuhalten: Die Erforschung des staatlichen und institutionen-geschichtlichen Antikommunismus in der Bundesrepublik steht erst am Anfang. Zu den Desideraten geschichtswissenschaftlicher Untersuchungen gehört etwa die Interaktion vom BMG, Kanzleramt und BMI mit dem Bundesverfassungsschutz und dem Bundesnachrichtendienst. Hier bleibt abzuwarten, ob und inwieweit sich die seit 2011 eingesetzten unabhängigen Historikerkommissionen und Arbeitsgruppen zur Aufarbeitung der Frühgeschichte von BND und BfV diesen Aspekten der westdeutschen Nachkriegspolitik annehmen werden⁴². Die konkrete Abwehrarbeit des vom gesamtdeutschen Ministerium im Wesentlichen angestoßenen ‚Koordinierungsausschusses

⁴² Hierbei handelt es sich um die fünfköpfige unabhängige Historikerkommission um Prof. Dr. Jost Dülffer (Universität Köln), Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke (TU Dresden), Prof. Dr. Wolfgang Krieger (Philipps-Universität Marburg) und Prof. Dr. Rolf-Dieter Müller (Militär-geschichtliches Forschungsamt Potsdam), die die gesamte erste Amtszeit des ersten BND-Präsidenten Gehlen aufarbeiten. Siehe dazu: http://www.bnd.bund.de/cln_092/nn_2288812/DE/WirUeberUns/Geschichte/Geschichtsaufarbeitung/Geschichtsaufarbeitung__node.html?__nnn=true. Mit der Frühgeschichte des Bundesamts für Verfassungsschutz sind seit September 2011 die Bochumer Historiker, Prof. Dr. Constantin Goschler und Prof. Dr. Michael Wala, im Rahmen eines dreijährigen Forschungsprojektes befasst. Siehe dazu: Pressemitteilung des Bundesamtes für Verfassungsschutzes, Köln, 28.9.2011.

für die geistig-politische Auseinandersetzung mit dem internationalen Kommunismus, der ans Kanzleramt angebunden war, harrt ebenso der weiteren Aufarbeitung. Ähnliches gilt für die antikommunistische Bildungs- und Aufklärungsarbeit, die als Teil der politischen Kultur durch das BMG, aber auch durch das BMI, etwa mit Blick auf die Bundeszentrale für politische Bildung, großzügig unterstützt wurde. Auch die staatlich subventionierte Forschungsförderung, besonders im Bereich der Geisteswissenschaften, ist in dieser Hinsicht ein lohnendes Studienobjekt, das einer intensiven, durch Archivalien gestützten Aufarbeitung bedarf. Alles in allem blickt die Zeitgeschichtsforschung interessanten thematischen Herausforderungen entgegen, die zweifellos erhellende Einblicke in die politische Kultur der jungen Bundesrepublik und des Kalten Krieges gewähren können.

Lars Lüdicke

Adenauer als Außenminister und der Antikommunismus im Auswärtigen Amt

I. ‚Rheinbundpolitik‘ als Ostpolitik?

„Deutschland – ein Rheinbund?“¹: So lautete der Titel eines knapp 200-seitigen Sammelbandes von ‚Kommentaren zur Zeit‘, der 1953, rechtzeitig zum Wahlkampf für die zweite Bundestagswahl, unter Pseudonym erschien. Autor der Broschüre war Rudolf Augstein – und die Schrift ein Nachdruck seiner bereits im ‚Spiegel‘ publizierten Artikel. Darin vertrat er die These, dass Bundeskanzler Adenauer eine „Rheinbundpolitik“ betreibe. Für Konrad Adenauers „Verfolger vom Dienst“² war die Diagnose klar: Da Adenauer, dieser „unerbittliche West-Drifter“, in „Opposition gegen Preußen-Deutschland“ aufgewachsen sei, verfolge er auch als Bundeskanzler und Außenminister eine Politik, die in den Anschluss dieses „Rheinbunds unter dem Patronat des Generals Eisenhower“³ an die westeuropäischen Staaten führe und die somit die Einheit Deutschland gefährde. Augsteins Ausgangspunkt war ebenso verkürzt wie seine Schlussfolgerung: Als katholischer Rheinländer hege Adenauer tiefsitzende Ressentiments gegen den preußisch-protestantischen Osten; zudem habe er bereits in seiner frühen Amtszeit als Oberbürgermeister der Stadt Köln die Neigung zu einer separatistischen Politik erkennen lassen, und überhaupt mangle es dem Pragmatiker aus der Provinz an Verständnis für Herausforderungen und Chancen der geostrategischen Mittellage sowie die daraus resultierende Außenpolitik, die traditionell nach Westen wie nach Osten ausbalanciert werden müsse. Entsprechend negativ fiel sodann Augsteins Fazit aus, das er kurz vor Adenauers Rücktritt nach 14-jähriger Amtszeit veröffentlichte: Die „gepiesene Kanzler-Politik“ sei lediglich „Augenwischerei“ gewesen: „Der leitende Staatsmann der Bundesrepublik hatte, unglaublich aber wahr, keine rechte Vorstellung von seiner eigenen Politik“, die im Kern nur „simple Rheinbund-Politik“ gewesen sei, „übertragen auf die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts.“⁴

Am allerwenigsten trifft von diesen undifferenzierten Vorwürfen, an denen Rudolf Augstein über Jahre hinweg unbeirrt festhielt, zu, der Kanzler habe kein Interesse am Osten gehabt. Wie der Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz überzeugend resümiert, sei die Außenpolitik des ersten Bundeskanzlers in der Tat „nicht durch Vernachlässigung des russischen Faktors gekennzeichnet“ gewesen, „sondern eher durch das Gegenteil. Tatsächlich war Russland für ihn eine Art negatives Zentrum des europäischen Nachkriegssystems. Zweifellos war der Anti-Kommunismus dabei ein entscheidendes Motiv.“⁵ Innerhalb dieses Deutungsrahmens erscheint die Außenpolitik

¹ Daniel, Jens [d.i. Rudolf Augstein], Deutschland.

² Schwarz, Anmerkungen zu Adenauer, S. 121.

³ Daniel, Jens: Ein Lebewohl den Brüdern im Osten, in: Der Spiegel 6 (1952) 1, S. 3–5, hier S. 3f., bzw. Daniel, Der Demokratie eine Chance!, in: ebenda, S. 6.

⁴ Augstein, Rudolf: Der Rheinbund, in: Der Spiegel 18 (1963) 6, S. 16.

⁵ Schwarz, Adenauer und Rußland, S. 377.

der frühen Bundesrepublik nicht etwa als Ergebnis von Adenauers Orientierung auf die Gebiete des Karolinger-Reiches, da nicht der „rheinisch-westeuropäische“, sondern der „russisch-osteuropäische“ Faktor entscheidend ins Gewicht fiel. Damit war die nach Westen orientierte ‚Rheinbundpolitik‘ des Kanzlers nur Teil einer weltpolitischen Geostrategie, in der sich stets auch eine dezidierte Ostpolitik manifestierte. In welcher Wechselbeziehung also standen beide Faktoren zueinander, inwiefern waren sie durch die Struktur bzw. durch die Sachzwänge des internationalen Systems bedingt, und was muss konkret unter dem – vermeintlich oder tatsächlich – entscheidenden Motiv des Anti-Kommunismus verstanden werden? Im Folgenden wird es somit zunächst darauf ankommen, die Strukturmerkmale des Anti-Kommunismus zu definieren, um darauf aufbauend die Bedeutung des Antikommunismus für Adenauer und sodann die Rolle des Antikommunismus innerhalb der Außenpolitik im Spannungsfeld zwischen systemischer Bedingtheit und personalistischer Einflussmöglichkeit zu untersuchen.

II. Antikommunismus

Die mit dem Rubrum ‚Antikommunismus‘ oder ‚Antibolschewismus‘ überschriebenen Aktenbände im Politischen Archiv des Auswärtigen Amts füllen mehrere Regalmeter. Doch worin genau besteht der Inhalt, der unter diesen Begriffen verschlagwortet wurde? Wohlgemerkt: Es geht um eine Operationalisierung des Antikommunismus in der Nachkriegszeit, nicht etwa um den – stets auch antijüdisch akzentuierten – Antibolschewismus der Vorkriegszeit. Es geht also um eine Systematisierung des Kommunismusbegriffes, also um die Identifizierung und Ausdifferenzierung jener Strukturmerkmale, mit denen die kommunistische Herrschaftsform charakterisiert wurde, ohne sich dabei auf eine Diskussion der Ansichten über den Kommunismus in historischer Kritik oder um die Herausarbeitung des funktionalen Charakters antikommunistischer Argumente zu verlegen. Die Frage lautet deshalb, welche Charakteristika dem Kommunismus zugeordnet werden. Die Antwort darauf läuft auf fünf idealtypische Zuspitzungen hinaus, die insbesondere eine damalige Reaktion auf die russische bzw. sowjetische Entwicklung darstellen. 1.) Da ist zunächst das Genesemerkmal: Der Kommunismus wird als Resultat einer radikalen sozialen und wirtschaftlichen Revolution angesehen, die nicht einfach nur mit materieller Umwälzung, sondern mit physischer Gewalt, mit Terror und Mord, mit Bürgerkriegschaos und Hungerkatastrophe einherging. Das Kriterium der Gewalt und Unterdrückung führt sodann 2.) zum inneren Strukturmerkmal: Der Kommunismus wird als unpopuläre Diktatur aufgefasst, die von der Mehrheit des Volkes nicht getragen wird, die also als Antithese von politischer Freiheit zu gelten hat. Dieses Kriterium gilt sinngemäß auch 3.) für das äußere Strukturmerkmal des Kommunismus: den Expansionismus, der an der Ideologie globaler Ausdehnung festhält und der mittels Militärmacht, Subversion oder Propaganda anderen Staaten ein von der Bevölkerungsmehrheit abgelehntes Staats- und Gesellschaftsmodells aufzuzwingen versucht. Im engen Zusammenhang mit dem Kriterium der Expansion steht sodann 4.) der Monozentrismus: Der Kommunismus zielt auf die Errichtung eines von Moskau geleiteten monolithischen Blocks abhängiger Staaten ab, die er 5.) auf seine allumfassende, totalitäre Ideologie

zu verpflichten versuche. Als politische Religion beanspruche der Kommunismus tatsächlich den ganzen Menschen, dessen Heilsziel gemäß marxistisch-leninistischer Theorie der Umbau zum ‚Neuen Menschen‘ sei. Systemlogisch handele es sich beim Kommunismus folglich um eine Antithese zu traditionellen Freiheitsrechten, gleichviel ob in persönlicher, religiöser oder anderer Hinsicht.

All diese Strukturmerkmale gehörten – mit unterschiedlicher Akzentuierung, in sich überschneidender Wechselwirkung und in zeitgebundener Kontextabhängigkeit – in der Weimarer Republik wie in der frühen Bundesrepublik und selbst im ‚Dritten Reich‘ zum Kanon der Kommunismus-Charakterisierung. Auch wenn Hitler mit der physischen Vernichtung des Internationalismus in Gestalt der ‚jüdisch-bolschewistischen Weltverschwörung‘ auf fundamental andere Ziele zusteuerte als die national-konservativen Eliten der Weimarer Zeit, kam dem damaligen Antikommunismus eben doch eine entscheidende Brückenfunktion in den nationalsozialistischen Staat zu. So hatte Adolf Hitler bereits wenige Tage nach seiner Ernennung zum Reichskanzler die „Ausrottung des Marxismus mit Stumpf und Stiel“⁶ angekündigt. Mit dieser vagen Formel war ein Ziel benannt, das eine Schnittmenge zwischen Staatselite und NS-Parteiführung markierte und damit wesentlich zur Absicherung der nationalsozialistischen Machtübernahme beitrug. Doch wie nach innen so hatte der Antikommunismus auch nach außen im Sinne eines de-isolierenden Faktors gewirkt, da Hitler den Nationalsozialismus als ‚Bollwerk gegen den Bolschewismus‘ anzupreisen und somit die Revolutionsangst bürgerlicher sowie konservativer Kreise zu instrumentalisieren verstand.

Auf den ersten Blick erstaunt also die Kontinuität eines staatlichen Antikommunismus, der auch in der frühen Bundesrepublik eine besondere Rolle spielte. Doch war der Antikommunismus insgesamt einem fundamentalen Wandel unterworfen. Das galt für die ihm zugewiesene Funktion in einer besonderen Art und Weise: Legitimierte der staatliche Antikommunismus im ‚Dritten Reich‘ eine totalitäre Diktatur, so stabilisierte er in der Bundesrepublik der Nachkriegszeit den demokratischen Neuanfang. Zwar blieb die Funktion des Antikommunismus, nämlich die Legitimierung der jeweiligen staatlichen Ordnung, in vielerlei Hinsicht dieselbe. Doch die Ausrichtung, d. h. die antitotalitäre Lehre aus der Vergangenheit, markierte einen dezidiert neuen Bedeutungsgehalt des Antikommunismus.

III. Adenauer und der Antikommunismus

Nirgendwo kommt dieser funktionale Wandel des Antikommunismus deutlicher zum Ausdruck als auf dem Feld der Außenpolitik. „Im Anfang war Adenauer“⁷, lautete die aus dem Jahr 1969 stammende Formel von Arnulf Baring, die bei aller verkürzenden Unzulänglichkeit einen wahren Kern aufweist: Im Rahmen der Handlungsspielräume, die der Bundesrepublik durch das Besatzungsstatut eingeräumt wurden, war es Adenauer, der – in Personalunion als Bundeskanzler und Außenminister – die Grund-

⁶ Hitler am 3.2.1933 vor dem Außenminister und Militärs („Liebmann-Aufzeichnung“), in: Michalka, Deutsche Geschichte 1933–1945, S. 17.

⁷ Baring, Im Anfang war Adenauer, S. 1.

linien der Politik vorgab. Damit waren auch die westdeutsche Außen- und Sicherheitspolitik nachhaltig durch seine antikommunistische Grundhaltung geprägt. Daran ließ Adenauer keinen Zweifel aufkommen. So warnte er immer wieder vor der von ‚Sowjet-Rußland‘ ausgehenden Gefahr, die sich nach dem Ende des Weltkrieges gezeigt habe: „Sowjet-Russland“, so Adenauer in seiner Regierungserklärung vom November 1950, habe sich seither „ein ungeheures Gebiet unterworfen, zum Teil durch direkte Einverleibung, zum Teil durch Umwandlung des betreffenden Landes in einen ihm hörigen Satellitenstaat. Rußland ist dabei immer nach dem gleichen Rezept vorgegangen: zunächst Schaffung einer fünften Kolonne in dem betreffenden Lande von ihm blind gehorchenden, zu jeder Gewalttat fähigen Personen, gleichzeitig Einschüchterung und Lähmung der ihm ablehnend gegenüberstehenden Kreise durch jede Art von Terror, Wahlen auf Grund von Einheitslisten, Bildung einer Sowjet-Russland hörigen Regierung durch das auf Grund der sogenannten Einheitswahlen zustande-gekommenen Parlament“. Auch „in der Sowjetzone Deutschlands“ versuche „es die Schaffung eines Satellitenstaates nach der gleichen Methode“; zudem seien auf diesem Gebiet bereits „erhebliche sowjet-russische Truppenmassen konzentriert“, die ergänzt würden durch die im Aufbau befindliche Armee. Da „totalitäre Staaten“ wie „Sowjet-Rußland“ nicht nach den Kategorien von „Recht und Freiheit“ handelten, sondern es für sie nur „einen maßgebenden Faktor“ gäbe, nämlich „die Macht“, könnten Verhandlungen zur Regelung internationaler Fragen nur aus einer Position der Stärker heraus mit Aussicht auf Erfolg geführt werden. Somit sei es ein „zwingendes Gebot [...], „seine Heimat und seine Freiheit zu verteidigen“ in einer „Abwehrfront [... der] westlichen Mächte unter Führung der Vereinigten Staaten“. Eine Beteiligung der Bundesrepublik an dieser „Abwehrfront“ sei unentbehrlich, da nur unter dieser Voraussetzung das Abschreckungskonzept denkbar sei, das wiederum eine unerlässliche Grundbedingung für das Zustandekommen ebendieser Front darstelle; auf der anderen Seite wiederum müsse die Bundesrepublik jedoch, „wenn sie sich mit einem angemessenen Beitrag beteiligen soll, die gleichen Pflichten, aber auch die gleichen Rechte haben, wie alle daran beteiligten Staaten“⁸.

Doch dem Plädoyer Adenauers für einen westdeutschen Wehrbeitrag unterlag nicht nur machtpolitisches Kalkül, die Bundesrepublik als souveränes Mitglied im Kreis des Westens zu etablieren; es verriet auch die ernsthaften Sorgen vor einer Gefahr, die mit dem Totalitarismus, Expansionismus und Monozentrismus alle zentralen Elemente des Antikommunismus enthielt. Gleichermaßen zentral war für den katholisch-abendländisch sozialisierten Rheinländer zudem der weltanschauliche Aspekt, d. h. die religiös begründete Frontstellung gegen den, so Adenauer, „fanatischen Bekehrungsdrang der kommunistischen Lehre“, von dem der „panslawische Expansionsdrang“⁹ begleitet sei. Geriete die Bundesrepublik in die sowjetische Einflussphäre, wäre „der Untergang Deutschlands [...] dann sicher [...]“. Ganz Europa wäre politisch ein Anhängsel desjenigen Teils von Asien, der von Sowjetrußland beherrscht wird. Wir würden den Kommunismus in seiner asiatischen Form mit all seinen Schrecken bekommen. Was uns heilig und teuer ist, würde vernichtet werden. Für niemanden

⁸ Regierungserklärung Adenauers vom 8. 11. 1950, in: Adenauer, Reden 1917–1967, S. 194 bzw. S. 197f.

⁹ PAAA, B 11, Bd. 215, Rede Adenauers auf dem CDU-Parteitag, 19. 10. 1951.

gäbe es mehr Freiheit. Die abendländisch-christliche Kultur, das Christentum selbst, würde vernichtet werden“. Die Schlussfolgerung für die Politik sei alternativlos: Für die Bundesrepublik, die „politisch und militärisch ein Niemandsland“ sei, ergäbe sich die Aufgabe von schier existentieller Bedeutung, „als freier und gleichberechtigter Staat [ein] Partner des europäischen und damit des nordatlantischen Verteidigungssystems gegen jede Aggression Sowjetrußlands“ zu werden. Als Alternative zu einer Integration zeichne sich nämlich ein „Westeuropa im Zustand des Zerbröckelns“ ab, und da „die Vereinigten Staaten an einem schwachen Europa kein Interesse mehr haben und sich aus Europa zurückziehen würden“, drohe in der Konsequenz die Schreckensvision, dass „Sowjetrußland“ alsbald „Herr von ganz Europa“¹⁰ sein würde.

Gewiss kann solchen Erklärungen ein innenpolitischer Werbezweck – in erster Linie für die Wiederbewaffnung – ebenso wenig abgesprochen werden wie auch die Absicht zur Selbststilisierung. Und doch existieren keine Belege, die zu der Annahme führen müssten, dass zwischen persönlicher Einschätzung und öffentlicher Verlautbarung eine Diskrepanz bestand. Vielmehr verkörperte Adenauer nach seinem ganzen Werdegang und seinem Denksystem einen Konservativen, für den das aus dem Kaiserreich stammende Rußlandbild handlungsleitend war: So hatten bereits damals weite Teile der deutschen Bevölkerung das überwiegend agrarisch geprägte Zarenreich als Staat mit einem unermesslichen ökonomischen, militärischen und demografischen Potential betrachtet. Unter dem Eindruck der Erfahrungen in und nach dem Zweiten Weltkrieg erreichte die Furcht vor dem inzwischen zur imperialen Supermacht mutierten ‚Sowjet-Russland‘ einen weiteren Höhepunkt. Dazwischen lagen Jahre minderstarker Angstvorstellungen, die mit Etappen korrespondierten, die mit den Stichworten ‚Brest-Litowsk‘ und ‚Rapallo‘ überschrieben sind – historische Phasen, in denen von Russland und der Sowjetmacht aufgrund innenpolitischer Schwäche oder aber Kooperationswilligkeit wenig Gefahr auszugehen schien.

Doch Adenauer war zu keiner Zeit als Anhänger des 1922 begründeten deutsch-sowjetischen Sonderverhältnisses aufgefallen. Sein „Rußlandbild [hatte sich] bereits verfestigt“, wie viele Äußerungen aus den Jahren nach 1945 vermuten lassen, „als der Erste Weltkrieg ausbrach“. Als dann in der Endphase des Zweiten Weltkrieges und in der unmittelbaren Nachkriegszeit der sowjetische Diktator Stalin seine Einflusssphäre über ganz Europa auszudehnen suchte, hielt es Adenauer sodann für „ein Gebot des Realismus“, sich „an das altbekannte Schreckensbild zu halten.“¹¹ Die „Furcht vor dem Kommunismus“, so das pointierte Urteil von Hans-Peter Schwarz, bildete deshalb für Adenauer „eine der Hauptkonstanten seines politischen Weltbildes“¹². Vor diesem Hintergrund ist zu verstehen, weshalb Konrad Adenauer nach außen das feste Bündnis mit den Gegnern der Sowjetunion anstrebte. Es ging ihm in erster Linie darum, der kommunistischen Expansion entgegenzutreten, wobei sich der Kanzler nach innen jedem Versuch widersetzte, der auf eine Abweichung von dieser Grundlinie hinauslief.

¹⁰ Rundfunkansprache Adenauers am 18.9.1951, in: Europa-Archiv 6 (1951), S. 4405.

¹¹ Schwarz, Adenauer und Rußland, S. 378.

¹² Schwarz, Der Stabilisierer Europas, S. 525.

IV. Adenauers außenpolitischer Berater und die Personalkontinuität im Auswärtigen Amt

Doch mit Herbert Blankenhorn zeigte sich ausgerechnet der engste außenpolitische Berater des Kanzlers gegenüber den Gedankenspielen prinzipiell offen, die Chancen für eine Wiedervereinigung Deutschlands unter den Bedingungen einer Neutralisierung auszuloten. Geboren im Dezember 1904 im elsässischen Mülhausen als Sohn eines Offiziers, hatte Blankenhorn eine Banklehre sowie ein Jurastudium abgeschlossen, bevor er im Mai 1929 in den Auswärtigen Dienst des Reiches einberufen worden war. Nach der bestandenen diplomatisch-konsularischen Prüfung wurde er zur deutschen Delegation beim Völkerbund in Genf versetzt; seit Juli 1932 arbeitete er dann an der deutschen Gesandtschaft in Athen und seit Oktober 1935 an der Botschaft in Washington.

Die Kriegsjahre hatte Blankenhorn auf verschiedenen Posten verbracht: Zunächst, seit Juli 1939, an der Gesandtschaft in Helsinki, seit Mai 1940 an der Gesandtschaft in Bern und schließlich, im Juni 1943, war er in die Protokollabteilung des Auswärtigen Amtes versetzt worden, in der er seit September 1943 das Referat für ausländische und deutsche Ordensangelegenheiten und ab April 1945 die Dienststelle des Protokolls geleitet hatte. Nach kurzer Zeit in einem bei Paris gelegenen amerikanischen Internierungslager war Blankenhorn nach Deutschland zurückgekehrt, wo er 1946 zum stellvertretenden Generalsekretär des Zonenbeirats für die britische Besatzungszone avancierte. In dieser Funktion hatte er Konrad Adenauer, den 1. Vorsitzenden der neugegründeten CDU in der britischen Besatzungszone, kennengelernt, mit dessen Karriere auch Blankenhorns Aufstieg begann: Im Mai 1948 wählte man ihn zum Generalsekretär der CDU der britischen Zone, im September – mit Adenauers Wahl zum Präsidenten des Parlamentarischen Rates in Bonn – wurde er dessen Persönlicher Referent. In dieser Funktion betraute ihn der Kanzler im Mai 1950 mit dem Aufbau einer einheitlichen Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten. Aus dieser im Bundeskanzleramt angesiedelten Zentralstelle ging dann im März 1951 das wiederbegründete Auswärtige Amt hervor, in dem Blankenhorn fortan die Politische Abteilung leitete¹³.

Herbert Blankenhorn war nicht nur ein einflussreicher Berater des ersten Regierungschefs der Bundesrepublik Deutschland, sondern stand als prominenter früherer Diplomat geradezu symbolisch für die personellen Kontinuitäten, die zwischen der alten ‚Wilhelmstraße‘ und dem neuen Bonner Außenamt bestanden. Dieser Umstand wurde häufig dazu benutzt, um daraus eine (Teil-)Identität zwischen altem und neuem Außenressort zu konstruieren. Doch von personellen auf politische Beständigkeiten zu schließen, greift zu kurz. In besonderer Weise erstreckt sich diese Feststellung auf die immer wieder unternommenen Versuche, eine Nichteignung für den diplomatischen Dienst im neuen demokratischen Staat mittels einer NSDAP-Parteimitgliedschaft nachzuweisen.

Auch in dieser Hinsicht galt Blankenhorn als Exempel. Er hatte sich 1938 der NSDAP angeschlossen und gehörte somit zu jenen ehemaligen Parteimitgliedern, die

¹³ Vgl. Ramscheid, Herbert Blankenhorn, passim.

auch im ‚Neuen Amt‘ ihre Karriere fortsetzten. Doch eine rein formale Parteimitgliedschaft erklärt für sich genommen wenig, zumal die Bandbreite von NSDAP-Mitgliedern, die im Krieg im Auswärtigen Dienst standen, von Mitorganisatoren des Massenmordes bis zu Angehörigen des Widerstands reicht. Eine qualitative Einzelfallprüfung kann das Kriterium einer Parteimitgliedschaft also nicht ersetzen, da weder die Motive für den Beitritt noch ideologische Überzeugungen oder ein juristisch relevanter Tatbeitrag über ein qualitatives Instrumentarium erfasst werden können.

Es überrascht vor diesem Hintergrund, wie immer noch aus einer reinen Parteimitgliedschaftsarithmetik die Beweiskraft für die geschichtspolitisch inspirierte These abgeleitet wird, dass „die alten Nazis zurück in Amt und Würden befördert wurden.“¹⁴ In ihrer pauschalen Gesamtaussage ist diese Auffassung, die von der politischen Linken noch in der heutigen Zeit vertreten wird, weder neu noch zutreffend. Bereits Ende 1948, also vor über 60 Jahren, war im sozialdemokratischen ‚Neuen Vorwärts‘ ein Artikel gegen ‚Die alten Diplomaten ohne Legitimation‘ erschienen; im September 1951 erreichten sodann die Kampagnen gegen die Angehörigen des alten Auswärtigen Amts ihren Höhepunkt, als in der ‚Frankfurter Rundschau‘ eine Artikelserie unter dem bei Goethe entliehenen Titel ‚Ihr naht euch wieder, schwankende Gestalten‘ erschien. Auf Betreiben der SPD-Opposition wurde daraufhin im Oktober 1951 ein Untersuchungsausschuss des Bundestages eingesetzt, der ein dreiviertel Jahr später, im Juni 1952, seinen Abschlussbericht zu 21 Diplomaten vorlegte, die durch die besagte Artikelserie in den Fokus geraten waren¹⁵.

Drei der untersuchten Diplomaten befand der Ausschuss als ungeeignet für den Auswärtigen Dienst; bei weiteren drei sprach er sich gegen eine Weiterverwendung in der Personalabteilung aus; zwei sollten vorläufig und einer generell nicht mehr im Ausland verwandt werden; bei einem der überprüften AA-Angehörigen verzichtete der Untersuchungsausschuss auf eine Stellungnahme. Demgegenüber erhob er bei fünf Beamten ‚keine Bedenken‘ gegen eine Weiterbeschäftigung; fünf hielt er uneingeschränkt zur Verwendung ‚für geeignet‘. Zu diesen gehörte auch Herbert Blankenhorn der gewissermaßen paradigmatisch die Kontinuität im Auswärtigen Amt zwischen Weimar und Bonn verkörperte¹⁶.

Blankenhorn war es, der noch am Abend der Debatte, in der sich der Bundestag des Berichtes annahm, eine Grundsatzkritik in seinem Tagebuch formulierte. Bei aller Ausbau- und Reformbedürftigkeit des Auswärtigen Dienstes, die nach seiner Auffassung tatsächlich gegeben sei, fehle dem Bundestag doch ein Bewusstsein für die aktuelle Problemlage, so Blankenhorn. „Hierfür bei einem Parlament Verständnis zu erwarten, dessen Abgeordnete mit wenigen Ausnahmen aus kleinbürgerlichen, engen Verhältnissen stammen und die zudem von Außenpolitik und internationalen Zusammenhängen so gut wie keine Ahnung haben, die kaum eine fremde Sprache beherrschen, geschweige denn in der Lage sind, ausländische Verhältnisse auch nur in primitivster Weise zu beurteilen – kurz, man kann einfach nicht von einem solchen Parlament verlangen, daß es einer Diskussion eines so schwierigen und so ernsten Themas auch nur annähernd gewachsen ist. Die Abgeordneten, die zum Thema ge-

¹⁴ Korte, *Instrument Antikommunismus*, S. 49.

¹⁵ Vgl. Döscher, *Seilschaften*, S. 161–279.

¹⁶ Vgl. ebenda.

sprochen haben, haben sich mit ganz wenigen Ausnahmen darauf beschränkt, törichte, unbegründete, von keinerlei Sachkenntnis erfüllte Kritik an einer Beamtenschaft zu üben, die sachlich in den letzten Jahren mehr geleistet hat für den Wiederaufbau der Heimat als diese Kritiker selbst.“¹⁷

Blankenhorns Bemerkungen verrieten eine Kontinuität des Denkens, jedenfalls scheint seine Kritik an den demokratisch legitimierten Volksvertretern ein unterschwelliges Missbehagen gegenüber den verfassungsrechtlich verankerten Kontrollfunktionen des Parlaments widerzuspiegeln. Es beruhte, wenn nicht alles täuscht, auf einem Vorbehalt gegen die parlamentarische Demokratie, der sich historisch-politisch bis ins Kaiserreich zurückverfolgen lässt und in dem funktionell-mentalitätsgeschichtlich das traditionelle Selbst- und Sonderbewusstsein einer Funktionselite zum Ausdruck kam. Im Kern seiner Kritik besaß Blankenhorns Argumentation jedoch durchaus ein gewisses Maß an Berechtigung. Bereits nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Funktionsweise des modernen, arbeitsteilig organisierten Staates nach einer Kontinuität bürokratischer Dienstleistungen verlangt, und derselbe Wirkungszusammenhang galt erst recht nach 1945: Es waren Experten mit spezifischen Kenntnissen und Fähigkeiten erforderlich, und zwar besonders auf dem Gebiet der Außenpolitik. Das galt umso mehr, als jede bedeutendere innenpolitische Frage unter den Bedingungen des Besatzungsstatuts zugleich auch eine außenpolitische Angelegenheit darstellte. Vor diesem Hintergrund lag es nahe, den neuen Auswärtigen Dienst nur von alten Kräften aufbauen zu lassen. Das hohe Maß an personeller Kontinuität kann deshalb kaum überraschen. In der Tat stammten im Jahr 1950 genau 61 der 137 Angehörigen des höheren Dienstes aus dem alten Amt, wobei der Anteil an alten Beamten mit der Hierarchie anstieg. Als im Juni 1950 die Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten im Bundeskanzleramt geschaffen wurde, waren zwei Drittel aller Stellen vom Referatsleiter an aufwärts mit Männern aus der ‚Wilhelmstraße‘ besetzt; bei den Abteilungsleiterposten stammten alle vier aus dem alten Auswärtigen Amt¹⁸.

Als ‚alter Nazi‘ hat allerdings keiner der Abteilungsleiter zu gelten. Ihrer politischen Sozialisation entstammten sie zumeist dem konservativ-deutschnationalen Umfeld. Sie hatten allesamt aus der Diktaturerfahrung dezidiert antitotalitäre Lehren gezogen. Gerade weil in einem Ausmaß, das nur unter den Sonderbedingungen der Nachkriegszeit denkbar ist, die informellen Mechanismen von Konnexion und Protektion den Wiederaufbau des Auswärtigen Dienstes prägten, entstand im neuen Auswärtigen Amt ein signifikantes Grundmaß an politischer Überzeugungshomogenität. Hinzu kamen die sogenannten Wiedergutmachungsfälle: Immerhin jeder fünfte Beamte, der im Jahr 1950 dem höheren auswärtigen Dienst angehörte, galt als Opfer des NS-Regimes; unter den besagten vier Abteilungsleitern waren es zwei, die als Verfolgte zählten.¹⁹

Blankenhorn, der die Leitung der Politischen Abteilung im AA übernahm, kann freilich keinesfalls als Verfolgter des NS-Regimes zählen. Er hatte eher eine angepasste, durchaus regimekonforme Karriere im Auswärtigen Dienst absolviert. Obgleich er

¹⁷ BAK, NL Blankenhorn, Bd. 3. Zitiert nach Döscher, Verschworene Gesellschaft, S. 254 f.

¹⁸ Vgl. Aufzeichnung Melchers vom 1.9.1952, in: PAAA, Personalakten Wilhelm Melchers, Bd. 53457; Haas, Beitrag zur Geschichte, S. 138 f.; [Wiegeshoff], Personalpolitik, S. 490–496.

¹⁹ Vgl. Haas, Beitrag zur Geschichte, S. 138 f.

bereits in der älteren Forschung zur Reihe von Persönlichkeiten der frühen Opposition zugerechnet wurde, haben sich auch in all den Jahren reger Forschungstätigkeit keine Belege für eine aktive Widerstandstätigkeit ausmachen lassen; auch seine Bekanntschaft, vielleicht sogar Freundschaft mit Adam von Trott zu Solz rechtfertigt nach allen Quellen, die erhalten sind, eher nicht die Einstufung Blankenhorn als Angehöriger des Widerstands²⁰. Und dennoch verstand er es, sich in den Verhören durch amerikanische Vernehmer „ins Licht des Widerstands zu stellen und daraus den Anspruch abzuleiten, unter antikommunistischen Vorzeichen an der Zukunft Deutschlands mitzuarbeiten“²¹.

V. ‚Alte‘ Diplomaten – alte Konzepte?

Was die grundsätzlichen außenpolitischen Überzeugungen betraf, deckten sich die Vorstellungen Blankenhorns und Adenauers. Was jedoch Taktik und Strategie anbelangte, erschien Blankenhorn als der pragmatisch-flexiblere Mann. Unentwegt suchte er nach neuen Lösungsideen, wenn erwartete Möglichkeiten versperrt blieben. Er verkörperte geradezu „eine Ideenmaschine, die Adenauer des Öfteren bremsen musste, um einen bestimmten Gedankengang verfolgen zu können“²².

Einmal mehr zeigte sich diese Konstellation nach Stalins Tod im März 1953, als Blankenhorn die Zeit zum deutschlandpolitischen Handeln gekommen sah. Er griff einen bereits von anderer Seite vorgebrachten Vorschlag auf und entwickelte die Idee, dass Adenauer eine Viererkonferenz über die deutsche Frage vorschlagen sollte. Um Verhandlungen in Gang zu bringen, vielleicht aber auch nur, um eine Verhandlungsatmosphäre zu schaffen, schien ihm eine solche Konferenz außerordentlich wichtig. Zu diesem Zweck hatte er einen Phasenplan entwickelt. Ausgangspunkt bildete die Überlegung, dass Moskau nicht auf die bislang immer vom Westen vorgebrachte Vorbedingung für eine Wiedervereinigung, nämlich freie Wahlen, eingehen konnte; gerade nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 sei „den Russen klar geworden“, notierte Blankenhorn, „daß sie bei freien Wahlen jeden Rückhalt in der Zone verlieren würden“. Den „Ausgangspunkt des Vierergesprächs müßte daher die militärische Sicherung in Mitteleuropa (Locarno) bilden“²³.

In der ersten Phase sollten die auf westdeutschem Territorium stationierten amerikanischen und britischen NATO-Truppen hinter den Rhein zurückgezogen und im Gegenzug die Truppen der sowjetischen Armee hinter die Oder-Neiße zurückverlegt werden. Für das Gebiet zwischen Rhein und Elbe sah Blankenhorn eine Stationierung von Truppen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) vor, für das Gebiet zwischen Elbe und Oder-Neiße eine Demilitarisierung unter internationaler Kontrolle. Zwei Elemente also griff Blankenhorn auf: zum einen die Verhandlungen um die EVG, die seit 1952 geführt wurden und die auf die Schaffung einer europäischen Ar-

²⁰ Vgl. Rothfels, *Opposition gegen Hitler*, S. 60; Ramscheid, Blankenhorn, S. 74.

²¹ [Paehler], *Verhöre in der „Mülltonne“*, S. 337.

²² Küsters, *Integrationsfriede*, S. 464.

²³ BAK, NL Blankenhorn, N 1351/20b, Aufzeichnung Blankenhorns o. D. Zitiert nach: Ramscheid, Blankenhorn, S. 213.

mee unter Beteiligung Frankreichs, Italiens, der Bundesrepublik sowie der Benelux-Staaten abzielten; zum zweiten die Stalin-Note vom März 1952, in der eine Wiedervereinigung und Neutralisierung Deutschlands vorgeschlagen worden war. Bereits die erste Phase, so Blankenhorn in sein Tagebuch, „hätte den Vorzug“, dass „in der Mitte Europas der Ansatz zu einer neutralen Zone geschaffen würde, die zwischen die beiden Hauptmächte gelegt und damit der beiderseitigen Sicherheit dienen würde“²⁴.

Für die zweite Phase sah Blankenhorn sodann eine weitere Zurücknahme der Armeen vor, und zwar der NATO-Truppen bis nach Großbritannien und Spanien und der Sowjetarmee bis hinter die deutsche Grenze von 1937; das ehemalige Reichsgebiet östlich der Oder-Neiße sollte neutralisiert und unter internationale Verwaltung gestellt, also nicht Deutschland zugesprochen werden²⁵.

Blankenhorns Vorschlag zur Blockfreiheit, der zugleich ein Junktim zwischen Sicherheits- und Wiedervereinigungspolitik herstellte, spiegelte wohl weniger eine Grundsatzentscheidung für eine autonome Außenpolitik wider, die an eine bis zur Bismarckzeit zurückreichende Tradition anknüpfte. Vielmehr markierte seine Anregung eher eine Modifikation zugunsten einer strategischen Optionenerweiterung, die ebenso sehr außen- wie innenpolitisch – in Richtung der ‚nationalen‘ Sozialdemokraten – motiviert war. Doch Adenauer lehnte kategorisch jede Veränderung seiner demonstrativ pro-westlich wie anti-sowjetisch – und damit dezidiert antikomunistisch – ausgerichteten Grundlinie ab. Gegen eine Viererkonferenz erhob er zwar keine Einwände. Allerdings musste nach seiner Überzeugung der leitende Grundsatz der Konferenz in der Verhandlungslinie bestehen, über die Durchführung freier Wahlen in ganz Deutschland und die Bildung einer freien gesamtdeutschen Regierung sodann zum Abschluss eines Friedensvertrages und zur Regelung der offenen Fragen zu gelangen. Nur unter solchen Prämissen hielt er eine Wiedervereinigung für denkbar. Gleichwohl war er Realist genug, um zu erkennen, dass sich auch Stalins Nachfolger im Kreml auf diese Lösung kaum einlassen würden. So waren es außenpolitische Grundsätze wie ebenso innenpolitische Erwägungen, die seiner antikomunistischen Grundhaltung entsprachen, dass Adenauer von seinen alten deutschlandpolitischen Überzeugungen, die die Vereinigung des geteilten Landes zu erreichen, nicht abließ.

Deutlicher als in diesem Vorgang konnte der ‚Faktor Adenauer‘, also die Rolle, die der Kanzler und Außenminister innerhalb der deutschen Außenpolitik spielte, kaum hervortreten. Für den Kanzler stand überdies außer Frage, auch nur irgendeinen Gedanken durchzuspielen, der als Anknüpfung an die – für das ausgehende 19. und frühe 20. Jahrhundert folgenreich-fatale – deutsche auswärtige Gleichgewichtspolitik verstanden werden konnte. In ihm wirkte noch immer das ‚Trauma der ‚Einkreisung‘‘, „verstärkt durch das zweimalige Erlebnis eines Zweifrontenkrieges“ und den „Potsdam-Komplex“²⁶, wie Hans-Peter Schwarz die Besorgnis Adenauers vor einer Verständigung der Vier Mächte ohne die Deutschen und gegen ihre Interessen bezeichnet hat. Zwar bestand die Möglichkeit einer Isolierung der Bundesrepublik etwa durch deutschlandpolitische Absprachen der Siegermächte – wie seinerzeit auf der

²⁴ BAK, NL Blankenhorn, N 1351/22, Tagebucheintrag Blankenhorns vom 7.7.1953. Zitiert nach Ramscheid, Blankenhorn, S. 216.

²⁵ Vgl. ebenda.

²⁶ Schwarz, Adenauer und Rußland, S. 379.

Konferenz von Potsdam im Jahr 1945 – seit Gründung der Bundesrepublik nur noch theoretisch. Gleichwohl lebte Adenauer in ständiger Sorge vor „einer gemeinsamen Politik der Großmächte zu Lasten Deutschlands“.

Diese „Gefahr“ stellte – eigener Bekundung zufolge – seinen „Albdruck“²⁷ dar, der tatsächlich in hohem Grade sein Denken bestimmt zu haben scheint. Vor allem in der Konstellation des Kalten Krieges, der durch eine Zweiteilung Europas gekennzeichnet war, bestand das Gebot der praktischen Vernunft in einem entschiedenen Zusammengehen der Bundesrepublik mit den westlichen Demokratien. Eine solche Festlegung aber war nicht nur „revolutionär wie visionär“²⁸, sondern erschien aus einer Reihe von Gründen angeraten: Nur ein anti-sowjetischer und antikommunistisch ausgerichteter Westblock konnte in der Vorstellungswelt Adenauers für die Bonner Republik Sicherheit vor der sowjetischen Expansion gewähren. Überdies entsprach diese Option den französischen Sicherheitsvorstellungen, wodurch sich ein Zusammenfinden von Frankreich und der Sowjetunion gegen die Bundesrepublik verhindern ließ; und schließlich war zu hoffen, dass sich über Bonns unverbrüchlichen Anschluss an den Westen eine Abstimmung der westlichen Ostpolitik mit der Bonner Deutschlandpolitik ermöglichen würde. Unter diesen Bedingungen konnte sich der Kanzler eine Lösung der deutschen Frage in einer fernerer Zukunft vorstellen. Das galt besonders dann, wenn die Sowjetunion angesichts der Einheit des Westens, im Zeichen allgemeiner Entspannung oder am Ende einer – ökonomischen – Schwächeperiode in eine Verhandlungslösung zur territorialen Neuordnung einschwenken würde.

Dreh- und Angelpunkt all dieser Überlegungen war also die eindeutige Westbindung der Bundesrepublik bei jedem Verzicht auf eine Außenpolitik, die das Misstrauen vor einer Neuauflage der früheren deutschen Gleichgewichtspolitik, erst recht vor einer Fortsetzung der – auf eine deutsch-sowjetische Kooperation ausgerichteten – „Rapallo-Linie“ der Weimarer Zeit wecken konnte. Vor diesem Hintergrund fand auch ein modifizierter Phasenplan Blankenhorns keine Zustimmung des Kanzlers, was wiederum verdeutlicht, wie Realisierungschancen und -grenzen abweichender Optionen verteilt waren. In diesem Sinne spielte der Antikommunismus im Auswärtigen Amt der Ära Adenauer lediglich eine Rolle im Kontext der Außenpolitik, und ebendiese, vom Kanzler dominierte und von seinem Antikommunismus fundierte Außenpolitik schloss von vornherein alle amtsinternen Diskussionsprozesse um außenpolitische Optionen aus. Wohlgemerkt: Noch in der Endphase der Weimarer Republik hatte das Ringen verschiedener außenpolitischer Ansätze zum Alltagsgeschäft der Diplomaten gehört; in der Frühphase der Bundesrepublik aber war im Auswärtigen Amt an die Stelle von Konzeptionenpluralismus die Grundlinie des Kanzlers getreten, was umgehend die Frage nach einer Erklärung aufwirft. Eine eindeutige Antwort lässt sich freilich nicht geben; ganz maßgeblich dürfte aber gewesen sein, dass die außenpolitische Grundlinie im Prinzip von den führenden Diplomaten geteilt wurde. Wie Blankenhorn zum Jahresende 1954 schrieb, als ihn die Nachfolgefrage Adenauers beschäftigte, könne man überhaupt nur mit der Sowjet-

²⁷ Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 109 vom 13. 6. 1953, S. 926.

²⁸ Hacke, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 90.

union „aus der festen Position im Gefüge der Partnerschaft mit der westeuropäischen und atlantischen freien Welt verhandeln“. Ein „Alleingang“ erscheine ihm jedenfalls geradezu „gefährlich“. Die Begründung lautete: „Man kann, wenn man an politisch und wirtschaftlichem Potential so schwach ist wie die Bundesrepublik, nicht zwischen den Welten stehenbleiben. Zumal, wenn die eine Welt mit den Mitteln totalitärer Staatsführung und weltrevolutionärer Ideologie alles daran setzt, dieses Land zu absorbieren.“²⁹

Deutlicher konnte nicht zum Ausdruck kommen, wie sich nüchterne Lageanalyse und antikommunistische Grundüberzeugung zur Gesamtauffassung ergänzten, die grundsätzlich der Linie des Kanzlers entsprach. Eine Gleichgewichtspolitik der Vorkriegszeit ließ sich in Blankenhorns Sicht weder verwirklichen noch wünschen – und insofern die Sonderbedingungen der Reorganisationszeit zu einem hohen Maß an Überzeugungs- und Habitushomogenität des diplomatischen Korps geführt hatten, dürfte die außenpolitische Grundlinie auch von den ‚Vorkriegsdiplomaten‘ kaum in Zweifel gezogen worden sein. Ob etwa im privatdienstlichen Schriftwechsel auch abweichende, gar gegensätzliche Ideen diskutiert wurden, bleibt eine offene Frage, die als Impuls an die Forschung aufgefasst werden darf. Gerade weil sich in den Akten des Auswärtigen Amt kein Diskurs erhalten hat, würde vielleicht der biografische Ansatz weiterführende Erkenntnisse zu Bedeutung und Wandel antikommunistischer Denkmuster zeitigen.

Eine Ausnahme von der Regel ist überliefert, allerdings weithin vergessen. So hatte als Auftragsarbeit des Auswärtigen Amts der einstige Spitzendiplomat Richard Meyer von Achenbach ein mit dem Titel ‚Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik‘ beschriebenes Papier vorgelegt, das dem ostpolitischen Geist der alten ‚Wilhelmstraße‘ verpflichtet war. Richard Meyer, Jahrgang 1883, hatte seit 1931 die Ostabteilung des Auswärtigen Amts geleitet und war, nach den ‚Nürnberger Gesetzen‘ als ‚Volljude‘ zählend, im Dezember 1935 in den Ruhestand versetzt worden. Mit seiner differenzierten Abhandlung, die knapp 50 Manuskriptseiten umfasst, legte der frühere Ostexperte des alten Auswärtigen Amtes nun gewissermaßen einen Gegenentwurf zu Adenauers Linie vor. Eher machtsstrategisch als antikommunistisch argumentierend, ging Meyer von dem Grundgedanken aus, dass die „Wiedervereinigung Deutschlands“ nicht nur „das Kernproblem der deutschen Politik“, sondern auch „das Kernproblem Europas“ markiere, dessen Lösung entscheidend für die Frage von „Krieg und Frieden in Europa“³⁰ sei. Der Kalte Krieg mitsamt dem „Zwang zur Erhöhung der beiderseitigen Rüstung“ führe zu „einer stetig zunehmenden Spannung“ und verstärke „die Gefahr einer gewaltsamen Entladung“. Würde jedoch ein „bewaffneter Konflikt ausbrechen“, so wäre auch „Westdeutschland, mit oder ohne EVG-Vertrag, vernichtet“. Für die Bundesrepublik bestünde somit „die Notwendigkeit, die friedliche Vereinigung Deutschlands mit allen Mitteln der Außenpolitik anzustreben, hierfür die Initiative zu ergreifen und mit konkreten Vorschlägen die Führung zu übernehmen“³¹.

²⁹ Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, S. 206.

³⁰ PAAA, B 11, Bd. 216, Richard Meyer von Achenbach: Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik (1953), S. 1.

³¹ Ebenda S. 3f.

Nach altem Muster sollte die deutsche Regierung die Rolle „als Initiator eines Ausgleichs und als Vermittler zwischen den Thesen des Westens und des Ostens“³² agieren und im Rahmen dieser Schlüsselstellung zugleich die Regelung der deutschen Frage im Sinne eines „Kompensationsobjekts“³³ aushandeln. Moskaus Politik sei nämlich, so Meyer, nicht allein, ja nicht einmal hauptsächlich durch die „bolschewistische Ideologie“ und die „Revolutionierung der Welt“ bestimmt; vielmehr käme der „Komponente der Konsolidierungs-, der Verteidigungs- und der Sicherheitspolitik“ eine „große Bedeutung“³⁴ zu – und zwar in einer doppelten Hinsicht: Erstens seien die „inneren Schwierigkeiten“ der Sowjetunion ganz „erheblich“; die „Lage der Landwirtschaft“ sei ebenso „schlecht“ wie die „Engpässe auf anderen wirtschaftlichen Gebieten“ außerordentlich „groß“³⁵ seien. Somit erscheine „fraglich, ob die Sowjetunion überhaupt neue territoriale Erwerbungen in Europa für wünschenswert erachten könnte“, die, worüber sich auch Moskau „im klaren zu sein scheint“, nur „eine Überbelastung der russischen Kräfte“ zur Folge haben würde. Folglich strebe Moskau, so Meyers Einschätzung, keine „weitere territoriale Expansion“ an, sondern verfolge „die Konsolidierung der erworbenen Positionen“, und solange sich der „weitere Aufbau der Sowjetunion und die Eingliederung der Satellitenstaaten“ hinzögen, so lange dürfte es „nicht die Absicht der Sowjetunion sein, diesen Entwicklungsprozess unnötig zu stören oder gar die bisherigen Erfolge durch einen Krieg aufs Spiel zu setzen“³⁶.

Aus diesem „vornehmlich defensiv“³⁷ ausgerichteten Ansatz ergäbe sich zweitens eine prinzipielle Bereitschaft Moskaus, „an einer internationalen Entspannung mitzuwirken“³⁸, zugleich aber die Prämisse, „einer politischen und militärischen Integration Deutschlands in den Westen“ entgegenzutreten zu müssen. Bestünde demzufolge ein Interesse an einem „Ausgleich mit Deutschland“³⁹, so sei die Wiedervereinigung nebst „Räumung der Ostzone“ nur dann mit den „Sicherheitsforderungen der Sowjetunion“ vereinbar, wenn ein „militärischer oder militärpolitischer Gewinn“ das „militärische Opfer“⁴⁰ einer hinter die Oder verschobenen strategischen Position kompensieren würde. Ein „unabhängiges und selbständiges Gesamtdeutschland“, das „nicht durch politische Bindungen dem Westen verpflichtet“⁴¹ sei, entspräche einer solchen Kompensation, da „die Ausschaltung der Deutschen aus jeder militärischen Koalition des Westens als eine Garantie gegen einen Angriff der Amerikaner auf die Sowjetunion“⁴² gelte. Auch dürfte die „Aufstellung einer selbständigen deutschen Nationalarmee keinen Einwendungen seitens der Sowjetunion begegnen, sofern sie von allen Bindungen an den Westen und an den Osten losgelöst wäre“⁴³; ein Festhalten an den EVG-Verhandlungen würde hingegen eine einseitige Stärkung der strate-

³² Ebenda, S. 1.

³³ Ebenda, S. 9.

³⁴ Ebenda, S. 5.

³⁵ Ebenda S. 6f.

³⁶ Ebenda, S. 11.

³⁷ Ebenda, S. 9.

³⁸ Ebenda, S. 8.

³⁹ Ebenda, S. 9.

⁴⁰ Ebenda, S. 14.

⁴¹ Ebenda, S. 16.

⁴² Ebenda, S. 13.

⁴³ Ebenda, S. 15.

gisch-taktischen Stellung des Westens ergeben und „ein Übereinkommen über die Wiedervereinigung ausschließen.“⁴⁴ Im Ganzen, so Meyers Plädoyer, müsse somit eine flexiblere Politik verfolgt werden: Der Ansatz, dass eine „Wiedervereinigung nur zu den Bedingungen des Westens erfolgen dürfe“, ermangele jedenfalls „der Einsicht in die tatsächlichen Kräfteverhältnisse der Mächte und des politischen Weitblicks. Eine solche Politik könnte nur zur Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands, zur Erhöhung der Spannungen und zum Kriege führen.“⁴⁵

Im Kern lief Meyers Plädoyer folglich auf eine Fundamentalabkehr von Adenauers Leitlinie hinaus. Im neuen Auswärtigen Amt fanden seine Ideen dementsprechend keinen Anklang – und er selbst dort keine Wiederverwendung. Doch angesichts dieser Entwicklung eine im Hintergrund agierende ‚Seilschaft‘ am Werke zu vermuten, die einen Mann ‚diskriminiert‘ habe, der als Opfer des NS-Regimes zählte und der zu den höchst qualifizierten Beamten mit langjähriger Erfahrung gehörte, ist – entgegen anderslautender Urteile – eine unzutreffende Einschätzung⁴⁶. Vielmehr bildet die jederzeitige Möglichkeit zur Versetzung in den Ruhestand ein elementares Charakteristikum des politischen Beamtentums, das explizit die Einhaltung der politischen Linie der Regierung in der Verwaltungspraxis sichern soll.

Die Tatsache, dass Meyer nicht wieder in das neue Auswärtige Amt aufgenommen wurde, markiert in dieser Perspektive also keinen spezifischen Sonderfall. Dem Laufbahnrecht entsprechend hätte Meyer darüber hinaus nur auf einem der wenigen Posten eine Wiederverwendung finden können, der seiner Besoldungsstufe entsprach. Da ihm im Rahmen der Wiedergutmachung die Amtsbezeichnung ‚Botschafter a. D.‘ zuerkannt wurde und er obendrein 1954 bereits das 70. Lebensjahr vollendete, wäre eine Einberufung auf eine widersinnige Konstellation hinausgelaufen: Meyer hätte für eine absehbar kurze Zeitspanne einen Schlüsselposten erhalten und dort gegen seine erklärten Grundüberzeugungen handeln müssen. Der weitere Verlauf war folglich vorgezeichnet: Meyer erhielt eine Aufwandsentschädigung von 5000 Mark für sein ostpolitisches Auftragswerk, das weit weniger als Adenauers Linie antikommunistisch strukturiert war. Insofern seine Denkschrift auf einen Gegenentwurf zur Politik des Kanzlers hinauslief, hatte er zudem im Grunde seine Nichtwiederverwendung selbst vorweggenommen. Wie Blankenhorn vor diesem Hintergrund in Adenauers Auftrag an Meyer schrieb, stünden dessen Gedanken zur Neuorientierung der Ostpolitik „in schroffem Gegensatz“ zu denen der Bundesregierung und sollten, so die amtliche Bitte, „dritten Personen nicht zugänglich“ gemacht werden. Adenauer blieb seiner Grundlinie treu, die einen maßgeblichen Fixpunkt in der antikommunistischen Grundüberzeugung hatte. Bezeichnenderweise ließ er über Blankenhorn an Meyer ausrichten, dass der Verfasser einer solchen Expertise „der Sicherung der Existenz der Bundesrepublik und Europa nicht dieselbe Bedeutung“ wie die Bundesregierung beimesse, da er „die aus dem Osten drohende Gefahr offenbar als verhältnismäßig gering“⁴⁷ erachte.

⁴⁴ Ebenda, S. 14.

⁴⁵ Ebenda, S. 9. Vgl. auch: Schoeps, Richard Meyer von Achenbach.

⁴⁶ Vgl. Döscher, Seilschaften, S. 263 f.

⁴⁷ Blankenhorn vom 22. 3. 1954 an Meyer. Zitiert nach: Schoeps, Richard Meyer von Achenbach, S. 12. Vgl. Ramscheid, Blankenhorn, S. 223.

Auch in anderen Zusammenhängen war Adenauer mit Aussagen hervorgetreten, die an der tiefen Verwurzelung seines antikommunistischen Denkens, das alle eingangs beschriebenen Strukturmerkmale umfasste, keine Zweifel aufkommen ließen. So hatte er die Deutschen „auf einen langen Kampf geistiger Art, nicht nur militärischer Art“ eingestimmt, auf „Weltanschauungskämpfe im evidenten Sinne des Wortes“, da man den Kommunismus nicht „als eine sich auf wirtschaftliche Dinge erstreckende Ansicht oder Bewegung“ ansehen dürfe. Vielmehr gelte es, den Kommunismus als „eine Glaubenssache“ aufzufassen, deren Träger „von dem fanatischen Glauben erfüllt“ seien, „daß sie der Welt den Fortschritt bringen werden, daß sie die Welt beherrschen werden.“ Geführt würde dieser Kampf nicht nur von außen, sondern auch von innen, durch Subversion, durch „Tarnorganisationen, die zum Teil wirklich so gut getarnt sind, daß manche ihnen angehören, die guten Glaubens sind“⁴⁸.

VI. Antikommunismus in der Praxis

Weniger getarnt denn vielmehr offen betrieb etwa die in der DDR erscheinende ‚Neue Berliner Illustrierte‘ kommunistische Propaganda, die auch in der Bundesrepublik verbreitet wurde. Die westdeutschen Staatsorgane reagierten bürokratisch-routiniert: Unter Hinweis auf die kommunistische Propaganda sowie die Verächtlichmachung der Westalliierten regte das Bundesinnenministerium beim Auswärtigen Amt ein Verbot der Illustrierten im Bundesgebiet an. Blankenhorn übersandte daraufhin ein entsprechendes Gesuch nebst einigen Nummern der Zeitschrift an die Alliierte Hohe Kommission, die prompt die Einfuhr, Verteilung oder Auslage von Ausgaben der ‚Neuen Berliner Illustrierten‘ in der Bundesrepublik untersagte. Auch in der Folgezeit zeigte dieses Beispiel die Bindegliedfunktion des Auswärtigen Amts zwischen Innen- und Außenpolitik. Es informierte das Bundesinnenministerium von der Verbotsentscheidung der Alliierten Kommission und bat, „die Innenministerien der Länder umgehend vertraulich von dem Inhalt der Note und der Anlage in Kenntnis zu setzen und sie zu ersuchen, alle geeigneten Maßnahmen zu ergreifen, um das Verbot wirksam zu gestalten“⁴⁹; sodann hielt es die Alliierte Kommission über die ergriffenen Maßnahmen auf dem Laufenden.

In diesem Sinne hat es antikommunistische Aktivitäten im Auswärtigen Amt gegeben; demgegenüber traten aber gezielte Propagandainitiativen oder vergleichbare, gegen den Kommunismus gerichtete Abwehrmaßnahmen in den Hintergrund. Die Hauptursache für diese Untätigkeit dürfte eine doppelte gewesen sein: Zum einen machten die Erfordernisse der Zeit eine Konzentration auf die Außenpolitik notwendig, zumal auch alle zentralen innenpolitischen Fragen im Zeichen des Besatzungsstatus zu außenpolitischen Angelegenheiten wurden. Zum zweiten entsprach eine Tätigkeit im Rahmen der Ressortzuständigkeit sehr viel eher dem traditionell elitären Rollen- und Dienstverständnis sowie der spezifischen Mentalität des Diplomaten, so-

⁴⁸ PAAA, B 11, Bd. 210, Rede Adenauers am 12. 1. 1953 anlässlich der Eröffnungsveranstaltung des Deutschen Presseclubs Bonn.

⁴⁹ PAAA, Abt. 2, Bd. 300, AA vom 1. 6. 1951 an BMI. Siehe dort auch den gesamten Vorgang.

dass dieserart Politik im Kalten Krieg nur allzu bereitwillig dem dafür zuständigen Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) überlassen wurde – wenn gleich sich die Sphären von Propaganda- und Außenpolitik selbstredend überschneiden. Mehr noch: Da das BMG aus völkerrechtlich-strategischen Gründen für sämtliche innerdeutschen Angelegenheiten zuständig war, ergaben sich Kompetenzstreitigkeiten „am häufigsten mit dem Auswärtigen Amt“⁵⁰, da sich die deutsch-deutschen Beziehungen nicht von weltpolitischen Fragen trennen ließen.

Adenauers zentrale Rolle innerhalb der Außen- und Deutschlandpolitik wurde somit zu einer wichtigen Bedingung dafür, dass der Kurs im Rahmen der Vorgaben des Kanzleramts blieb. Wenn die Bundesrepublik dank dieses Kurses einen „Aufschwung genommen“ hat, „den in den Jahren der Katastrophe niemand auch nur in seinen kühnsten Träumen erwarten konnte“⁵¹, dann ging diese Entwicklung nicht unmaßgeblich auf die reibungslos funktionierende Zu- und Sacharbeit der Routiniers im Auswärtigen Amt zurück. Doch über die notwendige Verwaltungserfahrung konnten nach Lage der Dinge eben nur jene Personen verfügen, die seit Jahren bereits im Staatsdienst standen. Somit gewann die junge Bundesrepublik Deutschland – im Unterschied zur Weimarer Republik – durch personelle Kontinuität ihrer Verwaltungseliten an innerer Stabilität. Das galt auch und vor allem deshalb, weil die totalitäre Erfahrung den „Legitimitätsglauben“ in den demokratischen Staat stärkte. Im Ergebnis blieb der Antikommunismus in fundamental gewandelter Form ein Handlungsimperativ, etwa im Rahmen der Aufgabe, die mit dem Titel ‚Internationale Koordinierung der Bekämpfung des Kommunismus‘ bezeichnet wurde. Wenn gleich die angestrebte Koordinierung von Maßnahmen der demokratischen Staaten aus verschiedenen Gründen nicht zustande kam, so führte diese Initiative vom Januar 1953 doch immerhin zu einer Sammlung umfangreicher Informationen aus aller Welt. Selbst über kommunistische Propagandatätigkeiten, über behördliche Reaktion und über einschlägige Gesetzesbestimmungen berichteten die deutschen Diplomaten an die Zentrale in Bonn, die das gesammelte Material wiederum dem Bundesamt für Verfassungsschutz weiterleitete⁵². Die dort gefassten Entschlüsse und Maßnahmen sind nicht aktenkundig, aber auch unabhängig von staatlichen Maßnahmen verlor die ‚kommunistische Bedrohung‘ im Innern an Bedeutung, weil wirtschaftlicher Aufschwung und außenpolitischer Erfolg die Bundesbürger gegenüber ‚Experimenten‘ immunisierten.

VII. Außenpolitische Diskontinuität – antikommunistische Kontinuität

Wie Adenauer in seiner Regierungserklärung nach der Bundestagswahl vom September 1953 vor dem Deutschen Bundestag ausführte, könne er „mit größter Genugtuung feststellen, daß die Politik und Tätigkeit der Bundesregierung“ die „Anerkennung und die Bestätigung aller Schichten des deutschen Volkes erhalten“ habe. „Diese

⁵⁰ Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 132.

⁵¹ Blankenhorn, Verständnis und Verständigung, S. 597.

⁵² Vgl. PAAA, Abt. 2, Bd. 301 f.

Wahlen“, so Adenauer, seien „ein Volksentscheid“ gewesen, „insbesondere auch für die in den vergangenen 4 Jahren verfolgte Außenpolitik“. Zum Ausdruck komme diese Zustimmung in der „Niederlage der links- und rechtsradikalen Parteien“, die nicht wieder in das Parlament eingezogen seien. Gerade auch „die Erfahrungen, die das deutsche Volk mit der kommunistischen Wirklichkeit gemacht hat, haben ihre Wirkung getan“. Auch weiterhin bleibe „das oberste Ziel der Bundesregierung“ die „Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit“, die jedoch „nicht möglich ohne Sicherheit“, sondern nur denkbar „auf dem Wege über die europäische Integration“ sei. Der Wahltag stelle somit, so Adenauer mit Blick auf die Stimmenverluste der radikalen Räder, nicht nur ein „Bekenntnis der Freiheit, Humanität und europäischen Gemeinschaft im Geiste abendländischen Christentums“ dar, sondern auch ein „Bekenntnis des deutschen Volkes für die Verträge“, die nach ihrem Inkrafttreten die völkerrechtliche Unabhängigkeit der Bundesrepublik herstellen und die „Möglichkeit einer Einigung der Westalliierten mit der Sowjetunion auf Kosten Deutschlands“⁵³ verhindern werden.

Der Bundeskanzler hatte allen Grund, den Wahlausgang als eindrucksvolle Bestätigung seiner Politik zu deuten, die den Beweis ihrer Richtigkeit auch in außenpolitischer Hinsicht zu erbringen schien: Der ‚Generalvertrag‘ oder ‚Deutschlandvertrag‘ auf den er in seiner Regierungserklärung zu sprechen gekommen war, markierte in der Tat einen Durchbruch. Geschlossen im Mai 1952, sprach dieses – freilich erst 1955 in Kraft getretene – Vertragswerk, das fortan die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten“ regelte, der Bonner Republik ein hohes Maß an Souveränität zu. Dem Durchbruch in der Souveränitätsfrage folgte der Erfolg in der Integrationsfrage: Zwar scheiterten die EVG-Verträge an der Ablehnung Frankreichs, jedoch führte das Ende des westeuropäischen Sicherheitsprojekts zur Integration der Bundesrepublik in die NATO. Kurzum: Die konsequente und zielbewusste Politik der Westbindung Adenauers, die zu einem Teil stets auch Ostpolitik war, führte zu außenpolitischer Souveränität und Sicherheit, die sich wiederum in innenpolitischer Stabilität niederschlugen.

Als Adenauer im Juni 1955 vom Amt des Außenministers abtrat, endete die erste Phase bundesrepublikanischer Außenpolitik, in der die außenpolitische Souveränität erreicht und die westeuropäische Integration fixiert worden waren. Die Wiedervereinigung allerdings lag in weiter Ferne. Insofern Adenauer jedoch die Westintegration der Bundesrepublik als Grundlage für eine erfolgreiche Wiedervereinigungspolitik ansah, weil Freiheit und Prosperität nach seiner Ansicht wie ein Magnet gen Osten ausstrahlen würden, bestand zwischen Westbindung und Deutschlandpolitik für ihn kein Gegensatz. Vielmehr war auch in dieser Perspektive die West- stets Ostpolitik. Eine nur nach Westen orientierte und am Osten desinteressierte „Rheinbundpolitik“ repräsentierte sich in Adenauers Außenpolitik nicht!

„Im Anfang war Adenauer“, lautete der bereits eingangs zitierte Befund, der insofern zutraf, als die Nachkriegs-Außenpolitik „eben damals doch weitgehend die des Kanzlers“⁵⁴ gewesen war. Seine Grundsatzentscheidungen leiteten nicht weniger als

⁵³ Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953. Abgegeben von Bundeskanzler Dr. Adenauer vor dem Deutschen Bundestag, Bonn 1953, S. 3–5, 7, 30f., 35.

⁵⁴ Schwarz, Adenauer und Rußland, S. 372.

eine fundamentale Neuorientierung der deutschen Außenpolitik ein, die ein vom Korps ‚alter‘ Diplomaten dominiertes Auswärtiges Amt exekutierte. Dass sich die Spitzendiplomaten nicht gegen diese Fundamentalabkehr von der traditionellen Linie sperrten, hatte verschiedene Gründe: Die systemische Determiniertheit der Außenpolitik spielte eine Rolle; ganz maßgeblich war aber auch die antitotalitäre Lehre, die sie aus dem Scheitern Weimars und der nationalsozialistischen Diktatur zogen. Und in dieser Perspektive gab es eine antikommunistische Kontinuität, die, in vielfach gebrochener Form, vom Kaiserreich bis in die Bundesrepublik reichte⁵⁵.

⁵⁵ Vgl. Hacke, Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, S. 94.

Rüdiger Thomas

Zur Auseinandersetzung mit dem deutschen Kommunismus in der Bundeszentrale für Heimatdienst

Eine kritische Sondierung im Umfeld des KPD-Verbots

I. Antikommunismus – Polemische Formel oder analytische Kategorie?

Wer die Literatur zum Antikommunismus betrachtet, stößt auf eine irritierende Erkenntnis. Der Begriff ist durchweg negativ konnotiert, doch kein Autor macht sich die Mühe, ihn zu definieren¹. Antikommunismus wird oft nur als Bedrohungsvorstellung wahrgenommen, die affektive gesellschaftliche Abwehrreaktionen hervorruft. So entsteht der Eindruck, dass jede Form von Kritik an theoretischen Kommunismuskonzepten oder an der Realität kommunistischer Parteiregime als antikommunistisch diskreditiert wird und damit unter den Verdacht polemischer Zuspitzung oder propagandistischer Abwehrreaktion gerät.

Grundlegend sollte zwischen einem propagandistischen und einem rationalen Antikommunismus unterschieden werden², sinnvoller wäre es für eine tatsächengestützte diskursive Form des Antikommunismus den wertfreien Begriff der Auseinandersetzung zu verwenden. Auseinandersetzung heißt „Kenntnis, Prüfung und gegebenenfalls begründete Ablehnung“³. Als geistige Auseinandersetzung würde dann die kritische Beschäftigung mit den Ausprägungen kommunistischer Ideologie bezeichnet, während die Kritik parteikommunistischer Systeme als politische Auseinandersetzung zu rubrizieren wäre. Wo Beziehungen zwischen Ideologie und Politik reflektiert werden, wäre ‚geistig-politische Auseinandersetzung‘ angemessen. Für einen durch Bedrohungsvorstellungen bestimmten propagandistischen Antikommunismus wäre ebenso wie für offensive politische Polemik gegen kommunistische Systeme, die auf deren Beseitigung abzielen, ‚Bekämpfung des Kommunismus‘ sinnvoll. Erst eine solche begriffliche Differenzierung könnte den pauschalen Eindruck vermeiden, dass jede kritische Reaktion auf den Kommunismus unter Ideologieverdacht gestellt und pejorativ wahrgenommen würde.

¹ Körner („Die rote Gefahr“) grenzt seine Studie im Untertitel auf „antikommunistische Propaganda“ ein. Korte (Instrument Antikommunismus) legt mit seinem Buchtitel nahe, dass der Antikommunismus in seiner Benutzung zu politisch-instrumentellen Zwecken in den Blick genommen wird. Wippermann (Heilige Hetzjagd) thematisiert „Eine Ideologiegeschichte des Antikommunismus“.

² Vgl. Thomas, Antikommunismus zwischen Wissenschaft und politischer Bildung, S. 277. Anregend ist der Vorschlag von Andreas Wirsching, der idealtypisch einen ideologischen, einen funktionalen und einen empirischen Antikommunismus unterscheidet. Zitiert nach: Boris Spornol: Der Giftschränk der Geschichte, in: taz vom 8. 11. 2011.

³ Gollwitzer, Die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, in: APuZ, B 18/54, S. 289.

Die frühe Geschichte des Antikommunismus in der Bundesrepublik kann nur dann differenziert analysiert werden, wenn sie zwischen einer propagandistisch motivierten Bekämpfung des Kommunismus und einer geistig-politischen Auseinandersetzung unterscheidet. Diese Einsicht vermittelt die Geschichte der Bundeszentrale für Heimatdienst ebenso wie die Gründungsgeschichte des fünf Jahre später etablierten Ostkollegs.

II. Ausprägungen des Antikommunismus in der Formierungsphase des Kalten Krieges

Spätestens seit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD im April 1946 zeichnete sich in der SBZ eine Entwicklung ab, die eine exponierte Herausforderung durch den Sowjetkommunismus im besetzten Deutschland und mit dem Beginn des Kalten Krieges ein Jahr später auch eine globale Ost-West-Konfrontation manifestierte. Es waren zunächst private Organisationen, wie die 1948 formierte ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ (KgU)⁴ und der wenige Tage nach dem Beginn des Korea-Krieges Ende Juni 1950 unter maßgeblichem Einfluss des ehemaligen Antikommunismus-Propagandaexperten aus dem Goebbels-Ministerium, Werner Taubert⁵, gegründete ‚Volksbund für Frieden und Freiheit‘ (VFF)⁶, die sich gegen die Repressalien in der SBZ auch mit Mitteln der Untergrundarbeit richteten und dabei nicht nur durch die Bundesregierung, sondern auch von der CIA verdeckt gefördert wurden. Eine von deutscher Seite offiziell unterstützte antikommunistische Propaganda war in den ersten Nachkriegsjahren zunächst nicht zulässig, da die alliierten Vereinbarungen eine Kritik an den Besatzungsmächten unter Zensurvorbehalt gestellt hatten. So erschienen wichtige antikommunistische Bücher wie George Orwells ‚Farm der Tiere‘ oder der von desillusionierten ehemals kommunistischen Intellektuellen geschriebene Sammelband ‚Ein Gott, der keiner war‘ zunächst ausschließlich in Schweizer Verlagen. Auch die erste Auflage von I. M. Bocheńskis ‚Der sowjetrussische dialektische Materialismus (Diamat)‘ wurde 1950 noch im Berner Francke Verlag publiziert.

Spätestens nach der Berlin-Blockade 1948/49 waren solche Beschränkungen allerdings obsolet geworden, und die amerikanische Besatzungsmacht ermutigte die Deutschen sogar, sich entschieden mit der kommunistischen Bedrohung auseinanderzusetzen. Diese Aufgabe wurde nicht nur als Auftrag an Parteien und gesellschaftliche Organisationen verstanden. In den Anfangsjahren instrumentalisierte vor allem Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) den Antikommunismus wahlstrategisch auch zur Bekämpfung der SPD: „Die SPD nannte er immer wieder in einem Atemzug mit der KPD und bezeichnete – den Unterschied zwischen beiden politischen Organisationen genau kennend – sie als ‚totalitär ausgerichtete Parteien‘“⁷.

⁴ Vgl. Merz, Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand.

⁵ Zu Taubert: Körner, „Die rote Gefahr“, S. 55–62.

⁶ Vgl. Friedel, Der Volksbund für Frieden und Freiheit.

⁷ Sternburg, Adenauer, S. 49.

III. Gründung der Bundeszentrale für Heimatdienst

Während in der nationalsozialistischen Antikommunismus-Propaganda Antisemitismus und Antikommunismus in der Denunziation eines vermeintlich ‚jüdischen Bolschewismus‘ eine unheilvolle Verbindung eingegangen waren, wurde die Aufarbeitung eines latenten Antisemitismus, der in Teilen der deutschen Bevölkerung die NS-Diktatur überdauert hatte, eine vorrangige Aufgabe politischer Bildung. Dass nach der bedingungslosen Kapitulation und dem durch die Potsdamer Vereinbarungen formalisierten Besatzungsregime in Deutschland die Notwendigkeit bestand, die „Demokratiegründung“ (Karlheinz Nicolauß) durch aufklärende Initiativen zu unterstützen, war insbesondere durch das amerikanische Reeducation-Programm deutlich geworden.

Eigene deutsche Aktivitäten – zunächst auf regionaler Basis – sollten einen unabhängigen deutschen Weg eröffnen, sich mit den mentalen Hypothesen der NS-Diktatur auseinanderzusetzen, die Entwicklung eines demokratischen Bewusstseins und einer darauf beruhenden mitwirkenden Bürgerverantwortung zu fördern. Solche Erwägungen haben die Gründungsgeschichte der ‚Bundeszentrale für Heimatdienst‘ (BZH) wesentlich mitbestimmt, die jüngst von Gudrun Hentges aus den Archivalien rekonstruiert worden ist⁸.

Politische Bildung im Staatsauftrag – das war ein Projekt, das in den westlichen Demokratien ohne Beispiel ist. Dagegen hatte es in Deutschland mit der ‚Reichszentrale für Heimatdienst‘ bereits eine Vorgängerin gegeben, der die Bundeszentrale für Heimatdienst ihren missverständlichen Namen verdankte. Diese Entscheidung bedeutete eine fragwürdige Traditionsanbindung, denn die Reichszentrale hatte ihren Ursprung noch in der Endphase des Ersten Weltkrieges und sollte zur Mobilisierung eines zivilen Durchhaltewillens beitragen. In der Zeit der Weimarer Republik diente die Reichszentrale der Information und Aufklärung über die Grundlagen der neuen Demokratie, aber nicht zuletzt auch von Regierungsmaßnahmen und profilierte sich zudem mit harscher Kritik am Versailler Vertrag⁹. Ein Konzept politischer Bildung im Sinne von Kompetenzerwerb für eine eigenständige politische Urteilsbildung war damit nicht verbunden, und in dem eingerichteten Kontrollgremium eines parlamentarischen Kuratoriums war seit 1928 mit Joseph Goebbels auch die NSDAP vertreten, die nach der nationalsozialistischen Machtübernahme die Reichszentrale im März 1933 auflöste. Es war diese Liquidierung durch die NS-Diktatur, die schließlich zur Wiederbelebung eines alten Konzepts unter grundlegend veränderten Rahmenbedingungen führte.

⁸ Vgl. Hentges, Staat und politische Bildung. Ihre Studie weist aber ein doppeltes Manko auf: Sie wird durch einen Tunnelblick eingeengt, weil Hentges in einem Übermaß Akteure mit biografischen Belastungen aus der NS-Zeit weit über ihre nachweisbare tatsächliche Einflussnahme auf die Gründungsgeschichte der BZH in ihre Darstellung einbezieht. Gravierender erscheint aber, dass Hentges die konkreten Aktivitäten der BZH in ihrer Analyse ausblendet. Auch bleibt die Geschichte des Ostkollegs unberücksichtigt. Statt dessen wird lediglich die – für die Entwicklung des Ostkollegs weitgehend irrelevante – Vorgeschichte seiner Gründung ausführlich behandelt.

⁹ Vgl. Richter, Die Reichszentrale für Heimatdienst (in Auszügen abgedruckt in: APuZ, B 25/63, S. 3–30); Wippermann, Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung.

Die Gründung der BZH erfolgte nach einer etwa einjährigen Vorbereitungsphase¹⁰, in der über ihre präsumtiven Aufgaben und die Zuordnung zum Bundeskanzleramt (BKA) oder zum Bundesministerium des Innern (BMI) alternativ und kontrovers nachgedacht wurde. Der Staatssekretär im BKA, Otto Lenz, unternahm sogar noch 1953 gegen öffentliche Proteste den erfolglosen Versuch, die BZH in ein ‚Informationsministerium‘ der Regierung einzugliedern¹¹. Es gab verschiedene Gründe, warum schließlich entschieden wurde, die BZH im Geschäftsbereich des BMI zu etablieren. Schon früh hatte Bundeskanzler Adenauer einem seiner wenigen engen Freunde aus der NS-Zeit, Paul Franken¹², das Angebot unterbreitet, eine für ihn geeignete Regierungsfunktion zu übernehmen. Dem engagierten Katholiken Franken, seit 1949 als Dozent und 1950 als Direktor an der Pädagogischen Hochschule Vechta tätig, erschien die Aufgabe attraktiv, eine staatlich organisierte politische Bildungseinrichtung aufzubauen und zu leiten, die sich von Regierungspropaganda deutlich unterscheiden sollte. Das BMI war eher als Aufsichtsbehörde für die BZH geeignet, weil der Minister Robert Lehr (CDU), der ebenso wie Franken dem Widerstand gegen die NS-Diktatur verbunden war, glaubwürdiger erschien als der erheblich NS-vorbelastete Ministerialdirektor im BKA, Hans Globke (CDU), der nach dem Ausscheiden von Otto Lenz (CDU) Ende Oktober 1953 zum Staatssekretär avancieren sollte. Schließlich war es auf der Beamtenebene Edmund Forschbach, der in einer an Globke adressierten Denkschrift ein Rahmenkonzept für die BZH skizzierte und damit für das BMI das Gesetz des Handelns ergriff. Forschbach postulierte unter anderem: „Am Anfang der Arbeit der Bz.f.H. muss [...] die Erkenntnis stehen, dass die Nachahmung der ‚Aufklärung‘ und ‚Propaganda‘ der Diktaturstaaten nicht in Betracht kommen kann, dass es vielmehr ihre Aufgabe ist, durch Unterrichtung und Überzeugung die Gutgesinnten (d. h. die überaus überwiegende Mehrheit aller Staatsbürger) zu einer positiven Einstellung zur Demokratie und zur Bundesrepublik zu bringen.“¹³

Nachdem Minister Robert Lehr bereits am 8. Februar 1952 einen Erlassentwurf für die BZH in das Bundeskabinett eingebracht hatte und die Einrichtung seit 1. März mit ihrem designierten Direktor Franken bereits aktiv geworden war¹⁴, konnte nach kabinettinternen Meinungsverschiedenheiten über ein Mitwirkungsrecht des Bundespresseamts (BPA) an „allen Angelegenheiten der BZH, die eine Berührung oder Überschneidung mit dem Aufgabengebiet des Presse- und Informationsamtes mit

¹⁰ Schon am 13.6.1951 hatte der Bundestag über die Einrichtung einer Bundeszentrale für Heimatdienst debattiert, gegen die die SPD allerdings noch einwandte, diese könne als Instrument der Regierung missbraucht werden. Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestags, I. Wahlperiode 1949, 151. Sitzung vom 13.6.1951, Stenographische Berichte, S. 6007Cff.

¹¹ In dem von Lenz geplanten ‚Informationsministerium‘ sollte „die Informationstätigkeit des Bundespresseamts, der – aus seiner Sicht – ‚farblosen‘ Bundeszentrale für Heimatdienst und das gesamtdeutsche Ministerium gebündelt und zu einem wirkungsvollen, in enger Verbindung zum Kanzleramt stehenden Instrument zusammengefasst werden.“ Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 159.

¹² Zur Biografie Frankens und dessen Verhältnis zu Adenauer vgl. Widmaier, Die Bundeszentrale für politische Bildung, S. 33 – 37; Hentges, Staat und politische Bildung, S. 76–91.

¹³ BAK, B 106/3242, Denkschrift Forschbach o. D. Ausführlich bei Hentges, Staat und politische Bildung, S. 142–146. Forschbach prägte dabei die Bezeichnung „Behörde für den positiven Verfassungsschutz“.

¹⁴ Vgl. http://www.bundesarchiv.de/cocoon/barch/0000/k/k1952k/kap1_2/kap2_70/para3_5.html (15.7.2012)

sich bringen“¹⁵, schließlich am 25. November 1952 der Gründungserlass in Kraft treten. Mit Erlass des Bundesministers des Innern wurde die BZH, 1963 umbenannt in Bundeszentrale für politische Bildung¹⁶, als nachgeordnete Behörde im Geschäftsbereich des BMI aus der Taufe gehoben. Im Gründungserlass wurde der BZH die Aufgabe übertragen, „den demokratischen und europäischen Gedanken im deutschen Volke zu festigen und zu verbreiten“¹⁷.

Der Gründungserlass erwähnte weder die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur noch mit dem Kommunismus als Aufgaben der BZH. Doch während die NS-Thematik schon frühzeitig die Arbeit der BZH – vorrangig im Hinblick auf den deutschen Widerstand gegen Hitler, seit 1954 auch zunehmend durch Aufklärung über die NS-Vernichtungspolitik – mit prägte¹⁸, blieb die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) vorbehalten, dessen diesbezügliche Aktivitäten unter Minister Jakob Kaiser (CDU) weitgehend durch dessen Staatssekretär Franz Thedieck (CDU) bestimmt waren¹⁹. Im Zentrum der Arbeit der BZH standen bis 1955 lediglich die politische Herausforderung durch den Kommunismus im Rahmen eines Ost-West-Vergleichs und das Vertreibungsthema²⁰. Die Beziehungen zum BMG waren durch wechselseitigen Argwohn und Abneigung bestimmt, weil sich das BMG uneingeschränkt als Anwalt der Regierungspolitik verstand und eine strikt antikommunistische Propaganda favorisierte, während die BZH überwiegend eine pluralistisch orientierte, auf Informationsvermittlung abzielende Bildungsarbeit intendierte, die neben ihren Eigenaktivitäten auch die finanzielle Förderung unterschiedlich orientierter freier Bildungsträger zum Ziel hatte.

Über die Schwerpunkte in den Aktivitäten der BZH geben die seit 1954 dem BMI vorgelegten Tätigkeitsberichte Aufschluss. So wurden 1954 bei einem Gesamtetat von 3,14 Millionen DM insgesamt 1,41 Millionen DM (rund 45 Prozent) für Publikationen aufgewendet, 353 000 DM entfielen davon auf Buchankäufe, die kostenlos verteilt wurden²¹. In den vorliegenden Studien über die BZH sind die Eigenpublikationen bisher weitestgehend außer Betracht geblieben²². Dieser Umstand ist erstaunlich, weil

¹⁵ BAK, B 136/5893, Schreiben von Felix von Eckardt an Otto Lenz, 10. 3. 1952.

¹⁶ Die Umbenennung wurde 1963 von der Kommission zur Beratung der Bundesregierung in Fragen der politischen Bildung vorgeschlagen, die im November 1960 als Reaktion auf eine antisemitische Schmierwelle 1959 einberufen worden war. Vgl. Hentges, Staat und politische Bildung, S. 338.

¹⁷ GMBI 3 (1952), S. 318.

¹⁸ Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung, Gesamtverzeichnis 1952–1992; Bundeszentrale für politische Bildung, Aus Politik und Zeitgeschichte. Gesamtverzeichnis 1953–1992.

¹⁹ Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 65–75.

²⁰ Vgl. Informationen zur politischen Bildung, Folge 11 (1953) sowie Folgen 42/43 und 44/45 (1956).

²¹ Vgl. Archiv bpb, Tätigkeitsbericht über das Rechnungsjahr 1954 (Bonn, den 6. 5. 1955 Gesch.-Z. 1002/55), S. 2–4. Vgl. auch Hentges, Staat und politische Bildung, S. 249–252.

²² Das gilt auch für die Studie von Hentges, die lediglich für einen sehr kurzen Zeitraum im Jahr 1954 „geförderte Veröffentlichungen“ (das sind Artikel etwa in Materndiensten, Werkzeitschriften oder im ‚Magazin für die Hausfrau‘ sowie im Leitartikeldienst ‚Bundeskorrespondenz‘) in ihre Darstellung einbezieht, weil dort vorwiegend NS-belastete Autoren beauftragt worden waren. Vgl. Hentges, Staat und politische Bildung, S. 272–292. Das erscheint als symptomatisch für die Zielsetzung ihrer Untersuchung, einen nachwirkenden Einfluss von nationalsozialistischer Gesinnung auf die frühe Arbeit der BZH nachzuweisen.

die BZH mit den ‚Informationen zur politischen Bildung‘ und der Beilage zur Wochenzeitung ‚Das Parlament‘, der Zeitschrift ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘ (APuZ), seit ihrer Gründung über zwei auflagenstarke publizistische Medien verfügt, die – von eigenen Redaktionen gestaltet – einen relevanten Einfluss auf die für politische Bildung wichtigen Zielgruppen ausüben konnten²³.

Das breite Publikationsangebot der BZH kann umfassend nur in einer weit ausgreifenden Studie analysiert werden²⁴. Im vorliegenden Beitrag soll stattdessen ein exemplarischer Weg eingeschlagen werden, der das spezifische Verhältnis zwischen der BZH und dem die Fachaufsicht über die nachgeordnete Bundesbehörde führenden BMI reflektiert. Staatssekretär Hans Ritter von Lex (CSU) war nicht nur an der Gründungsgeschichte der BZH maßgeblich beteiligt, sondern Prozessbevollmächtigter der Bundesregierung und später gemeinsam mit dem von ihm ausgesuchten Gutachter im KPD-Prozess, Joseph M. Bocheński, auch für die Gründung und Profilsetzung des 1957 im Rahmen der BZH gegründeten Ostkollegs entscheidend.

Im Mittelpunkt der folgenden Analyse sollen daher die Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem deutschen Kommunismus stehen, die seit 1955 im Umfeld des KPD-Verbotsprozesses in APuZ erschienen sind. Außerdem soll die Frage erörtert werden, ob sich im Hinblick auf die Vorstellungen über die Methoden der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus bei dem regierungsamtlichen Hauptprotagonisten im KPD-Prozess strategische oder substanzielle Akzentverschiebungen ergeben haben.

IV. Die BZH im Vorfeld des KPD-Verbots

Drei Tage nach dem Verbotsantrag gegen die rechtsradikale Sozialistische Reichspartei (SRP) beantragte die Bundesregierung beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 22. November 1951 das Verbot der KPD. Die SRP wurde bereits nach einem knappen Jahr (am 23. Oktober 1952) vom Bundesverfassungsgericht verboten²⁵, während das Urteil über die KPD fast fünf Jahre nach Eingang des Antrags beim BVerfG am 17. August 1956 erfolgte. Der politische Einfluss der KPD war nach einem bescheidenen Ergebnis bei der ersten Wahl zum Deutschen Bundestag (mit einem Stimmenanteil von 5,7 Prozent und 15 Bundestagsmandaten) 1953 auf 2,2 Prozent drastisch zurückgegangen und hatte die Partei im politischen Leben weitgehend marginalisiert. Dass die Bundesregierung eine entschiedene Bekämpfung kommunistischer Aktivitäten von Anfang an praktiziert hatte, machte bereits der im September 1950 verabschie-

²³ Die Auflage von ‚Das Parlament‘ mit APuZ betrug Anfang 1959 88 000 Exemplare (davon knapp ein Drittel bezahlte Abonnements), die ‚Informationen zur politischen Bildung‘ erreichten zu diesem Zeitpunkt eine Gesamtauflage von 800 000 Exemplaren, im Startjahr 1953 waren bereits 600 000 Exemplare verteilt worden. Archiv bpb, Tätigkeitsbericht der Bundeszentrale für Heimatdienst für das Rechnungsjahr 1958/59 (1. 4. 58–31. 3. 59)], Bonn, 13. 1. 1960, S. 2 u. 12; Bundeszentrale für Heimatdienst, Bericht über die Tätigkeit 1953 Entwurf, S. 5.)

²⁴ Eine erste inhaltsanalytische Darstellung bei: Thomas, Antikommunismus zwischen Wissenschaft und politischer Bildung. Eine erweiterte Fassung in: Deutschland Archiv Online 6/2012.

²⁵ Vgl. BVerfGE 2,1. Vgl. dazu Hansen, Die Sozialistische Reichspartei.

dete ‚Adenauer-Erlass‘ deutlich, der für Beschäftigte im öffentlichen Dienst jede Mitgliedschaft in verfassungsfeindlichen Organisationen untersagt hatte. Und bereits bevor das Parteiverbotsverfahren eingeleitet wurde, hatte die Bundesregierung am 26. Juni 1951 die FDJ nach Art. 9 Abs. 2 GG verboten.

Die BZH blieb von diesen massiven politischen Maßnahmen weitgehend unberührt, weil ihr Gründungserlass die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus außer Betracht gelassen hatte und Veröffentlichungen zu diesem Themenbereich lediglich im Kontext eines Vergleichs mit den westlichen Demokratien erfolgen sollten. Diese, durch Kompetenzansprüche des BMG erfolgte Arbeitsteilung hatte zur Folge, dass in APuZ bis einschließlich 1955 der deutsche Kommunismus ausgeblendet blieb²⁶. In dieser Zeit wurden lediglich zahlreiche Beiträge zum Ost-West-Konflikt, zumeist von amerikanischen Autoren in Form von Nachdrucken aus international renommierten Fachzeitschriften wie ‚Foreign Affairs‘ publiziert²⁷. Anders stellte sich die Situation bei der Wochenzeitung ‚Das Parlament‘ dar. Eine in den sitzungsfreien Wochen des Bundestages publizierte Themenausgabe war im folgenden Jahr dem 17. Juni 1953 gewidmet²⁸. Zuvor war dem ‚Parlament‘ (Nr. 34/1953) bereits eine Sonderbeilage von Hjalmar Mäe²⁹ (‚Drei Reden gegen den Kommunismus‘) beigegeben worden, die als singulärer Tiefpunkt in die Publikationsgeschichte der BZH eingegangen ist.

Diese antikommunistische Polemik wurde 1955, nach Eröffnung der mündlichen Verhandlungen im KPD-Prozess, als Heft 16 der Schriftenreihe der BZH in mehreren Nachdrucken und mit einer Gesamtauflage von 80 000 Exemplaren verbreitet. An dieser Schrift, die 1958 noch einmal in einer erweiterten Neubearbeitung von 10 000 Exemplaren wieder aufgelegt worden ist³⁰, irritiert nicht allein der dubiose biogra-

²⁶ Vgl. zur Kompetenzabgrenzung zwischen BZH und BMG Hentges, Staat und politische Bildung, S. 235–239.

²⁷ Zu den Autoren zählten George F. Kennan, Richard Löwenthal und Henry Kissinger. Vgl. dazu Thomas, Antikommunismus zwischen Wissenschaft und politischer Bildung, S. 282–283.

²⁸ Vgl. Das Parlament vom 16. 6. 1954. Dort wurden Vorgeschichte und Verlauf des 17. Juni, regional differenziert und mit einer ganzseitigen Übersichtskarte versehen, dargestellt. Vgl. auch Der Volksaufstand des 17. Juni 1953 in der sowjetischen Besatzungszone und in Ostberlin, in: Informationen zur politischen Bildung, Folge 19, 1954.

²⁹ Hjalmar Mäe (1901–1978), im Juli 1940 vor der Besetzung Estlands durch die Sowjetunion nach Deutschland geflüchtet, war Mitbegründer des profaschistischen ‚Estonischen Befreiungskomitees‘ und fungierte von Ende 1941 bis 1944 als ‚Direktor‘ der von der deutschen Besatzung installierten ‚Estonischen Selbstverwaltung‘. Wegen seiner Kollaboration war Mäe nach dem Krieg bis 1947 interniert. Danach lebte er zunächst als freier Publizist und antikommunistischer Buchautor, später als Staatsangestellter in der Steiermark. Er war auch in Deutschland aktiv und konnte dort Kontakte zu verschiedenen Regierungsstellen knüpfen. Lange nach seinem Tod wurde er durch eine von der estnischen Regierung eingesetzte Internationale Untersuchungskommission zu einem der estnischen Hauptverantwortlichen für Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch estnische Polizei- und SS-Einheiten erklärt. Vgl. International Commission investigating Crimes against Humanity in Estonia: *Conclusions: PHASE II: The german Occupation of Estonia in 1941–1944*. Tallinn 2006, S. XIX–XXI; http://www.mnemosyne.ee/hc.ee/pdf/conclusions_en_1941-1944.pdf (27. 07. 2012).

³⁰ Im gleichen Jahr kaufte die BZH allerdings auch Iring Fetschers Publikation ‚Von Marx zur Sowjetideologie‘ mit 5000 Exemplaren an, die vorzugsweise zur Verteilung im Ostkolleg vorgesehen war. Archiv bpb, Tätigkeitsbericht der Bundeszentrale für Heimatdienst für das Rechnungsjahr 1958/59 (1. 4. 58–31. 3. 59), Bonn, 13. 1. 1960, S. 7.

fische Hintergrund des Autors, sondern vor allem Stil und Inhalt der antikommunistischen Kampfansage. Die Darstellung vermischte die akzentuierte Schilderung wesentlicher Elemente kommunistischer Zwangsherrschaft mit befremdlichen gleichnishaften Sprachbildern, die an NS-Propaganda erinnern³¹, Polemiken gegen ‚Salonkommunisten‘, demagogischen historischen Pseudowahrheiten³², Bedrohungsszenarien, kremlastologischen Spekulationen und einer Mobilisierungsrhetorik im Kampf gegen den Kommunismus. Mäe ließ im Schlussteil sein eigentliches politisches Anliegen erkennen, und zwar ein dezidiertes Plädoyer für eine westdeutsche Wiederaufrüstung: „Neutralität neben dem Ostkoloß ist wie ein Sandkorn auf dem Weg, der unter dem östlichen Rad zermalmt wird. [...] In einer Beteiligung Deutschlands an der westlichen Verteidigung sieht Rußland einen schweren Schlag gegen seine weltrevolutionären Pläne. Andererseits weiß Sowjetrußland, daß unter diesen Umständen in der Nichtaufrüstung Deutschlands die größte Gefahr für den Westen besteht, weil der Westen ohne Deutschland sich eben gegen den Osten nicht verteidigen kann. [...] Heute ist Deutschland frei, aber es kann sich nur bekennen: zum Mitgehen mit der Freiheit des Westens oder, zum Mitgehen mit der Sklaverei des Ostens oder, zum Selbstmord durch Neutralität.“³³

Während sich Mäe eine schonungslose Bekämpfung des Kommunismus zum Ziel setzte, beeindruckt ein Beitrag von Helmut Gollwitzer³⁴ über ‚Die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus als unsere Aufgabe‘, der im Juni 1954 in APuZ³⁵ publiziert wurde³⁶, durch seine differenzierte Sichtweise. Es handelt sich um einen Vortrag, den Gollwitzer vor Angehörigen der ‚Dienststelle Blank‘ gehalten hatte. Gollwitzer würdigte dabei Karl Marx als einen „der großen Denker des 19. Jahrhunderts“ und erklärte: „Ich könnte keinen Historiker, Sozialökonom, Sozialpolitiker, aber auch keinen Pädagogen ernst nehmen, der nicht in irgendeiner Weise auch marxistische Gedanken in sein Denken aufgenommen hätte.“ Vor dem Hintergrund der nicht nur in den USA durch den berüchtigten Senator Joseph McCarthy aufgekommene Verdächtigungskampagne, sondern auch angesichts der durch die Bundesregierung eingeleiteten Maßnahmen gegen ‚kommunistische Umtriebe‘ ist bemerkenswert, wie entschieden sich Gollwitzer gegen jede Form von Gesinnungsschnüffelei wendete: „Es ist im Marxismus in der Erkenntnis der Entwicklungsgesetze des Kapitalismus, in der schonungslosen Diagnose unserer Zeit soviel einzelnes Wahres, es hat sich auch soviel durchgesetzt, daß es nur borniert ist, etwa heute im Zuge der amerikanischen Hexen-

³¹ Vgl. Mäe, Drei Reden gegen den Kommunismus, S. 29.

³² Ebenda, S. 35f.; siehe auch S. 56.

³³ Zitate in: ebenda, S. 57, 61f.

³⁴ Der Theologe Helmut Gollwitzer, Schüler Karl Barths, war Mitglied der Bekennenden Kirche. Wegen seiner Kontakte zum Widerstand wurde er 1940 zeitweilig inhaftiert. Als Sanitäter an der Ostfront kam er in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Seine Erlebnisse verarbeitete er in dem Bestseller ‚... und führen wohin Du nicht willst‘ (1950). Darin setzte er sich pointiert mit dem Kommunismus in der Sowjetunion auseinander. Zwischen 1950 und 1957 war Gollwitzer Professor für Systematische Theologie in Bonn, was seinen Kontakt zu Paul Franken erklären mag.

³⁵ ‚APuZ‘ ist bis heute das anspruchsvollste publizistische Medium der Bundeszentrale. Die Zeitschrift erscheint seit Ende November 1953 regelmäßig (zuvor hatte es in der zweiten Hälfte desselben Jahres bereits acht Sonderbeilagen gegeben).

³⁶ In: APuZ B 23/54, S. 289–294. Die folgenden Zitate ebenda, S. 291f.

jagd nun auch einzelne Professoren zu durchleuchten, wieweit sie marxistische Gedanken aufgenommen haben.“ An diesem Beitrag ist ebenso aufschlussreich, dass Gollwitzer die fundamentale Differenz zwischen der NS-Weltanschauung und dem Marxismus hervorhob und die pauschalierende Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus ablehnte. Er erkannte in der marxistischen Weltsicht „die Stärke, daß sie auch dem Verstand entspricht und ihn befriedigt, die der Nationalsozialismus mit seinem Mystizismus nicht hatte.“ Allerdings hatte Gollwitzer mit seiner Würdigung den Marxismus als emanzipatorische Gesellschaftstheorie im Blick und verteidigte damit indirekt das Konzept eines demokratischen Sozialismus, in dem seinerzeit in der Programmatik der SPD auch Karl Marx noch seinen Platz hatte, gegen die denunziatorische Sicht eines politischen Konservatismus, wie ihn die CDU in ihrer Bundestagswahlkampagne 1953 mit dem Slogan ‚Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau!‘ plakatierte³⁷. Gollwitzer ließ gleichzeitig kein politisches Missverständnis aufkommen, indem er den fundamentalen Unterschied zwischen Marx und den kommunistischen Diktaturen der Gegenwart konstatierte. Während er den Marxschen Humanismus als „Aufbruch zur Befreiung des Menschen“ begriff, erkannte er im gegenwärtigen kommunistischen Machtsystem „das schlimmste Sklavensystem, das wir in der europäischen Geschichte kennen“.

Es verblüfft, dass Gollwitzer seine Einschätzung vor einem Personenkreis vortragen konnte, aus dem am 7. Juni 1955 das Bundesministerium für Verteidigung hervorgehen sollte, und es nötigt Respekt ab, dass Paul Franken, der geistig-politisch konservativ orientierte Adenauer-Freund, der bis 1956 zusätzlich selbst als Referatsleiter für APuZ verantwortlich blieb, sein Bekenntnis zu einer pluralistischen Orientierung der Arbeit der BZH glaubwürdig praktizierte. Franken machte seine grundsätzliche Auffassung zur Auseinandersetzung mit dem Kommunismus deutlich, als er in einer interministeriellen Besprechung am 20. Oktober 1955 ausführte, dass die Ergebnisse dieser Auseinandersetzung subjektiv verschieden ausfallen würden, „je nachdem, in welchem weltanschaulichen Lager der einzelne Wissenschaftler stehe. Die christliche Scholastik, der liberale Humanismus oder der sozialdemokratische Marxismus träten der kommunistischen Lehre von ganz verschiedenen Standorten entgegen“³⁸.

V. Das KPD-Verbot als Kulminationspunkt des politischen Antikommunismus in der Bundesrepublik

Das Bundesverfassungsgericht betrieb den KPD-Prozess zunächst mit großem Zögern, wobei deutlich wurde, dass der erste Präsident des Gerichts, Hermann Höpker Aschoff, einem Verbot der Partei sehr distanziert gegenüberstand. Nachdem er im Januar 1954 verstorben war, übernahm der erst im März 1954 an das oberste Verfassungsgericht berufene vormalige Richter am Bayerischen Verfassungsgerichtshof und Präsident des Oberlandesgerichts München, Josef Wintrich, das Amt. Die mündliche Beweisaufnahme wurde am 23. November 1954 eröffnet und nach 51 Verhandlungstagen am 14. Juli 1955 abgeschlossen. Es sollte ein weiteres Jahr dauern, bis schließlich am 17. August

³⁷ Vgl. dazu Körner, „Die rote Gefahr“, S. 54f.

³⁸ Zitiert nach Maibaum, Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst, S. 25.

1956 das Urteil verkündet wurde. Im KPD-Prozess ging es ausschließlich um die Frage, ob die KPD nach Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes eine verfassungswidrige Partei sei. Das Gericht hatte demnach nicht die Theorie des Marxismus-Leninismus zu beurteilen, sondern die Frage zu prüfen, ob sich für die KPD eine aktive Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nachweisen ließe. Bezeichnenderweise blieb auch auf der Antragsseite der Begriff Marxismus ausgeblendet. Vorsorglich hatte der Prozessbevollmächtigte der Bundesregierung, Staatssekretär Ritter von Lex, in seinem Eingangsplädoyer am 26. November 1954 im Bezug auf die KPD von „Leninismus-Stalinismus“ gesprochen: „Die Kommunisten behaupten, daß es sich bei dieser Lehre um eine bloße Ideologie handle, eine Weltanschauung, die nicht vor Gericht gezogen werden könne. Sie verschweigen dabei, daß die leninistisch-stalinistische Lehre nach ihrem eigenen Inhalt eine Anleitung zum praktisch-politischen Handeln darstellt.“ Dies werde durch die Schulung und Propaganda der KPD ebenso bewiesen wie durch „die tragische Tatsache, wie diese angeblich bloße Ideologie in der Sowjetzone umgesetzt worden ist und täglich umgesetzt wird“³⁹.

Das juristische Problem bestand darin, zu klären, wo die Grenze zur Verfassungswidrigkeit konkret verläuft. In diesem Zusammenhang stellte das Gericht in seiner Auslegung des Art. 21 Abs. 2 GG fest: „Eine Partei ist auch nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie diese obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt, sie ablehnt, ihnen andere entgegensetzt. Es muß vielmehr eine aktiv kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen“. Dazu sei nicht „ein konkretes Unternehmen“ erforderlich; „dagegen muß der politische Kurs der Partei durch eine Absicht bestimmt sein, die grundsätzlich und dauernd tendenziell auf die Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet ist“⁴⁰. Daraus folgte das Gericht in akzentuierter Abgrenzung zwischen Art. 5 Abs. 3 und Art. 21 Abs. 2: „Die eindeutig bestimmbare Grenze zwischen wissenschaftlicher Theorie und politischem Ziel liegt dort, wo die betrachtend gewonnenen Erkenntnisse von einer politischen Partei [...] in ihren Willen aufgenommen, zu Bestimmungsgründen ihres politischen Handelns gemacht werden.“⁴¹ Auch wenn diese begrifflichen Distinktionen respektabel erschienen, klärten sie doch nicht die Grundsatzfrage, ob die Verfassungswidrigkeit auf nachweisbaren Absichten und Zielen oder nachweisbar subversiven verfassungsgefährdenden Handlungen beruhen musste. So schien Ritter von Lex durchaus nicht sicher, ob der Verbotsantrag erfolgreich sein würde. In seinem Schlussvortrag am 5. Juli 1955 zeigte er nur anfangs die argumentative Nüchternheit, die ihn zuvor ausgezeichnet hatte. Am Ende seiner Ausführungen bediente er sich in seiner Polemik gegen die entrüstet zitierten Propaganda-Invektiven der KPD einer düster-biologistischen Metaphorik, die schockierend an NS-Tiraden erinnert, wenn er der KPD attestiert: „Sie ist ein gefährlicher Infektionsherd im Körper unseres Volkes, der seine Giftstoffe in die Blutbahn des staatlichen und gesellschaftlichen Organismus der Bundesrepublik sendet.“⁴²

³⁹ Pfeiffer/Strickert, KPD-Prozeß, Bd. 1, S. 148.

⁴⁰ Ebenda, Bd. 3, S. 612f.

⁴¹ Ebenda, S. 615.

⁴² Ebenda, S. 116.

Am 17. August 1956 verfügte das Bundesverfassungsgericht das Verbot der KPD in allen vier von der Bundesregierung beantragten Punkten: Die KPD wurde als verfassungswidrig festgestellt und aufgelöst, die Bildung von Ersatzorganisationen verboten, das Parteivermögen zugunsten der Bundesrepublik zu gemeinnützigen Zwecken eingezogen⁴³. Der Verfassungsgerichts-Präsident Josef Wintrich stellte der Urteilsverkündung ungewöhnlicherweise „Klarstellungen“ voran, die in der „Öffentlichkeit“ entstandene „Irrtümer und Missverständnisse“ ausräumen sollten: „Den Antrag, eine Partei zu verbieten, kann die Bundesregierung stellen. Es steht in ihrem politischen Ermessen und unter ihrer ausschließlichen politischen Verantwortung, ob sie den Antrag stellen soll und will. [...] Das Gericht hatte also in diesem Verfahren lediglich über die Rechtsfrage zu befinden, ob nach den Zielen und dem Verhalten der KPD der gesetzliche Tatbestand des Art. 21 Abs. 2 GG vorliegt. Es hatte zu prüfen, ob diese Ziele mit den Grundvorstellungen unserer Demokratie vereinbar sind. Als Wissenschaftslehre ist die Doktrin des Marxismus-Leninismus nicht Gegenstand des gerichtlichen Verfahrens.“⁴⁴

Die Erfahrungen des KPD-Prozesses beeinflussten nicht nur Ritter von Lex in seiner Haltung zur Auseinandersetzung mit dem Kommunismus im eigenen ministeriellen Verantwortungsbereich, sie finden auch in einem publizistischen Vorgang unmittelbaren Ausdruck, in den das Bundesverfassungsgericht und die BZH gemeinsam involviert sind. Die Bundesregierung hatte dem Gericht am 3. März 1955 ein Gutachten überreicht, das sie bei „I. M. Bocheński, Professor für zeitgenössische Philosophie an der Universität Freiburg in der Schweiz“, in Auftrag gegeben hatte⁴⁵. Er hatte den Auftrag im Zusammenhang mit der Bekanntgabe des mündlichen Verhandlungstermins erhalten und sein Gutachten am 13. Dezember 1954 abgeschlossen. Es erstaunt, dass der Wortlaut des Gutachtens bereits am 8. Februar 1956 – als das Verfahren noch ein halbes Jahr andauern sollte – in APuZ veröffentlicht wurde⁴⁶. Aus dieser offensichtlichen Missachtung von Prozessregularien lässt sich ein doppelter Schluss ziehen. Das Gutachten Bocheńskis konnte keine wesentliche Prozessrelevanz haben, weil es auf den Grundrechtskatalog des GG abzielte und kein Zusammenhang mit der Vorschrift des Art. 21 Abs. 2 erkennbar war⁴⁷. Weil dieser Umstand in der mündlichen Verhandlung deutlich geworden war, gleichzeitig aber die Aufklärung über die kommunistische Ideologie gerade während des KPD-Prozesses aus politischem Blickwinkel vorrangig wichtig erschien⁴⁸, erfolgte die Publikation des Textes in APuZ,

⁴³ Vgl. ebenda, S. 582. Das Urteil ist vollständig dokumentiert ebenda, S. 581–746. Ein interessanter Seitenaspekt: Das BVerfG verwendete in der Urteilsbegründung die seinerzeit in der westdeutschen Politik tabuierte Bezeichnung DDR (vgl. ebenda, S. 717f.).

⁴⁴ Ebenda, S. 583.

⁴⁵ Vgl. Ebenda, S. 509–549.

⁴⁶ Vgl. APuZ, B 6/56, S. 77–95.

⁴⁷ Thematisch ist lediglich ein Berührungspunkt in Bezug auf die Behandlung der ‚Diktatur des Proletariats‘ feststellbar (vgl. ebenda, S. 537–540 und S. 631–638), doch verwendet das BVerfG diesbezüglich kein Zitat, das von Bocheński benutzt wird. Zudem ist auffällig, dass strukturell, d. h. in der Anlage der Urteilsbegründung des BVerfG, in der Verknüpfung von Zitat und Kommentierung bei der umfassenden Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie, eine Analogie in methodischer Hinsicht besteht.

⁴⁸ Wenig später erschienen die Beiträge von Gustav A. Wetter: Der dialektische Materialismus, in: APuZ B 13/56, S. 214–220 und Jakob Hommes: Kommunistische Ideologie und christli-

allerdings ohne jeden Hinweis auf seine ursprüngliche Funktion als Gutachten der Bundesregierung.

In einer Themenausgabe der von der BZH herausgegebenen Wochenzeitung ‚Das Parlament‘⁴⁹ wurden wichtige Auszüge aus dem Verbotsurteil des Bundesverfassungsgerichts zusammen mit politischen Stellungnahmen publiziert, unter anderem von Bundesinnenminister Gerhard Schröder (CDU), der vor der Bundespressekonzferenz erklärte, es werde „keine Hexenjagd“ gegen KPD-Mitglieder geben. Aufschlussreich sind zwei in der Zeitung ‚Das Parlament‘ zitierte ausländische Stimmen von Fritz René Allemann und aus der Londoner ‚Times‘. Die englische Zeitung fragte am 21. August 1956: „Hat man nicht vielleicht einen Hammer zum Knacken einer Nuß gebraucht?“ Der Beitrag zeigte zwar Verständnis für das Parteiverbot, betonte aber gleichzeitig, die vorgebrachten Einwände ernst zu nehmen. In der Beilage zu dieser Zeitungsausgabe, die offensichtlich bereits vor Verkündung des Urteils vorbereitet war und anonym unter dem Titel ‚Lenkung, Organisation und Methoden der kommunistischen Infiltration in der Bundesrepublik‘⁵⁰ erschien, wurde die staatlich erwünschte Nutzenanwendung akzentuiert. Ausgehend von Bedrohungsvorstellungen und der Feststellung, „daß die KPD mit illegalen Methoden ihre Arbeit fortsetzen wird“, wurden Gegenstrategien gefordert, die den Eindruck vermeiden sollten, für bloße antikommunistische Propaganda zu plädieren: „Der Bürger der Bundesrepublik muß sich von der Vorstellung befreien, Kommunisten seien von außen zu erkennen, ihre Methoden seien primitiv. Er muß sich daran gewöhnen, daß die Kommunisten heute hinter jeder Maske auftreten und sich aller Erscheinungsformen des öffentlichen Lebens, aller gesellschaftlichen Schichten und Personen bedienen. [...] Es gilt [...], durch wissenschaftliche Tätigkeit und breite Information das deutsche Volk gegen die kommunistische Ideologie zu immunisieren, die Interessen der Arbeiterschaft stärker zu berücksichtigen, von der oberflächlichen Einschätzung und billigen Schwarz-Weiß-Agitation abzukommen und eine gründlich differenzierte Erziehungsarbeit, vor allem bei der Jugend, zu leisten. Es wird viel davon abhängen, durch Presse, Funk und Fernsehen wirkliche Sachkenntnis über die Politik der KPD und ihr System zu verbreiten und mehr als bisher die positiven Seiten der westlichen Demokratie ins Bewußtsein der Öffentlichkeit zu bringen.“ Der anonyme Verfasser, hinter dem sich die Denkweise des Kommunismus-Experten im Bundesamt für Ver-

che Philosophie, in: APuZ B 17/56, S. 265–275. Vgl. auch – schon unter dem Eindruck des KPD-Verbots – Hommes: Koexistenz – philosophisch beleuchtet, in: APuZ B 39/56, S. 601–616. Die aktuelle Situation erscheint Hommes als „*sehr gefährlich*“, weil „der heutige Zustand unseres Volkes und der ganzen westlichen Welt für den verführerischen östlichen Sinn der Parole der Koexistenz überaus anfällig ist“ (S. 602). Insbesondere warnt er vor „einer theologischen Aussöhnung mit der sozialistischen Gesellschaft“, weil „objektiv gesprochen, in der Verkleidung altherwürdiger theologischer Begriffe der Wolf in den Schafstall Christi eingeschmuggelt wird“ (S. 611).

⁴⁹ Vgl. Nr. 35/56, 29. 8. 1956. Es ist eine ironische Pointe, dass die folgende Themenausgabe (Nr. 36/56) „Die neue Bundeswehr und ihre künftige Gestalt. Das Bundesministerium für Verteidigung über sich selbst“ behandelt.

⁵⁰ Vgl. APuZ, B 35/56, S. 545–560. Der Vorspann des Beitrags bezieht sich ausdrücklich auf das KPD-Verbot und auf die „rege Diskussion [...]“, ob der von der Bundesregierung gestellte Antrag außen- und innenpolitisch geschickt und ob es richtig gewesen sei, die Kommunistische Partei Deutschlands für illegal zu erklären.“ Die folgenden Zitate S. 545, 560 u. 550.

fassungsschutz, Günter Nollau⁵¹, verbarg, plädierte nachdrücklich dafür, „über den Rahmen von Propagandareden hinaus ein gründliches, ernsthaftes und systematisches Studium des Kommunismus anzuregen, um die Kräfte zu entwickeln, die den Kadern der SED nicht nur gewachsen, sondern überlegen sind.“ Welche Auswirkungen hatte nun der KPD-Prozess auf die Beiträge zum deutschen Kommunismus in der Zeitschrift APuZ?

VI. Der deutsche Kommunismus wird Thema in APuZ

Schon seit März 1955 wurde im Zusammenhang mit dem KPD-Prozess über die Rolle der BZH in der Auseinandersetzung mit dem deutschen und internationalen Kommunismus in internen und interministeriellen Beratungen gesprochen⁵². Doch erst seit Oktober 1955 wurde im BMI verstärkt die Einbeziehung der BZH in die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus vorangetrieben. Am 10. Oktober stellte Ritter von Lex in einem Schreiben an Franken der BZH – ganz den Intentionen Bocheńskis folgend – die Aufgabe, sich auf die „weltanschauliche Durchdringung des dialektischen Materialismus und der marxistisch-leninistischen Lehre“ zu konzentrieren, um so „das wissenschaftliche Rüstzeug für die Bekämpfung dieser Lehre zu gewinnen“⁵³. Zehn Tage später fand eine „Besprechung zur Frage der Intensivierung des geistigen Impulses gegen den Kommunismus“ statt, an der Vertreter des BMI, des BMG und BZH-Direktor Paul Franken teilnahmen. Staatssekretär Hans Ritter von Lex verwies dabei ausdrücklich auf die psychologischen Folgen des Moskau-Besuchs von Bundeskanzler Adenauer: „Der Glaube an eine friedliche Koexistenz sei im Vordringen.“ Doch klangen in dieser interministeriellen Beratung auch die deutlichen Gegensätze an, die im Hinblick auf die Konzepte der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus zwischen BMI und BMG bestanden. Ein Unterabteilungsleiter des BMG mahnte – wohl nicht ohne Hintersinn gegenüber der BZH – an, „dass durch die Auswahl zuverlässiger Mitarbeiter und entsprechender Kontrolle der Arbeit nicht etwa einzelne Ergebnisse der Forschung in falsch verstandener Objektivität kommunistischen Thesen entsprächen“⁵⁴. Während das BMG den Gesichtspunkt der anti-kommunistischen Schulung und Propaganda als vordringliche Aufgabe betrachtete⁵⁵,

⁵¹ Vgl. dazu Körner, „Die rote Gefahr“, S. 67.

⁵² Allerdings hat sich der Fachaufsichtsreferent Lüders noch am 22. 4. 1955 in einer internen Stellungnahme gegen die Annahme gewendet, dass die BZH „für die geistige Bekämpfung des Kommunismus zuständig sei. Die primäre Zuständigkeit für diese Aufgabe fällt jedoch dem Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen zu. Die Bundeszentrale kann sich mit dem Kommunismus nur insoweit befassen, als es sich um die vergleichende Gegenüberstellung von freiheitlicher Demokratie und kommunistischer Diktatur handelt.“ Hentges, Staat und politische Bildung, S. 246, Anm. 154.

⁵³ Zitiert nach: Hentges, Staat und politische Bildung, S. 247, Anm. 156.

⁵⁴ Zitiert nach Maibaum, Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst, S. 24f.

⁵⁵ Erstmals nach der Bundestagswahl im Oktober 1953 hatte der BMG-Referatsleiter von Dellingshausen seine Bemühungen forciert, eine „leitende zentrale Stelle für die Probleme der Psychologischen Kriegführung“ zu etablieren. Ein interministerielles Koordinierungsgremium, dem in erster Linie die Fachreferenten von BMI, BMG und BZH angehören sollten, nach Themenschwerpunkten jeweils ergänzt durch Vertreter des Auswärtigen Amts, des Ver-

vertrat das BMI in Übereinstimmung mit Paul Franken das Konzept einer wissenschaftlich fundierten pluralistischen Auseinandersetzung, wie es der Aufsichtsreferent für die BZH, Carl H. Lüders, unterstrich. Er erklärte in einer Besprechung am 21. November 1955, die Demokratie dürfe „nicht bei der Abwehr des Kommunismus in Methoden verfallen, die in ihrer geistigen Uniformität der Kampfarm der totalitären kommunistischen Weltanschauung entsprächen. Es sei zu begrüßen, dass die verschiedenen Weltanschauungsgruppen, die in der westlichen Demokratie friedlich unter einem gemeinsamen Dach lebten, in der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Lehre ganz verschiedene Standorte bezögen“⁵⁶.

Beiträge zum deutschen Kommunismus finden sich in APuZ erstmals 1955 in zwei Beiträgen, mit einem Schwerpunkt 1956 und (abgeschwächt) 1957. Dagegen ist zwischen 1958 und 1963 ein erheblicher Rückgang erkennbar: In einem Zeitraum von sechs Jahren erschienen lediglich acht Beiträge. Die Häufung in den Jahren 1956/57 ist mit forcierten BMI-Initiativen gegenüber der BZH im Zusammenhang mit dem KPD-Prozess zu erklären. Als erster Beitrag, der offensichtlich im Einvernehmen mit dem BMG in APuZ veröffentlicht wurde, erschien im Juni 1955 eine Studie von Johannes Kurt Klein über „Ursachen und Motive der Abwanderung aus der Sowjetzone Deutschlands“⁵⁷, die Ergebnisse eines vom BMG in Auftrag gegebenen Gutachtens zusammenfasst. Der Aufsatz zerfällt in zwei Teile, die sich in der Darstellungsweise markant unterscheiden. Der erste Teil geht von der politischen Entwicklung nach der „Zerreißung Deutschlands“ aus, die „das Staatsgebiet von 1938 in 7 einzelne Territorien“ aufgeteilt habe, darunter „sowjetisch annektiertes Gebiet von Nord-Ostpreußen“ sowie „polnisch annektiertes Gebiet östlich der Oder/Neiße“⁵⁸. Er ist im Sinne einer kämpferischen Regierungslinie akzentuiert und betont in dramatischer Diktion die Auswirkungen der Repression des kommunistischen Systems. Dagegen ist der zweite Teil, der die Abwanderung aus der SBZ in den Blick nimmt, vor allem instruktiv, weil er detaillierte Statistiken über die Fluchtbewegung enthält. Klein gab die Zahl der Abwanderungen seit Kriegsende mit 2,5 Millionen Menschen an, darunter bis

teidigungsministeriums, des Bundespresseamts und des Bundesamts für Verfassungsschutz, trat Ende Juni 1956 erstmals zusammen. Das Projekt wurde vom BMG im Oktober 1957 jedoch *ad acta* gelegt, da sich keine Übereinstimmung finden ließ. Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 159–165. Nachdem Carl H. Lüders 1956 das BMI verlassen und Ministerialrat Seifert seine Funktion als Fachaufsichtsreferent übernommen hatte, übte das BMI zeitweilig verstärkten Druck auf die BZH aus. Seifert hatte im April 1956 gefordert, dass die von der BZH „zu führende Auseinandersetzung mit dem Kommunismus [...] durch Einzelweisungen angekurbelt und vorangetrieben werden muß“ und im folgenden Monat vorgeschlagen, in der BZH die Stelle eines „antikommunistischen Referenten“ einzurichten, wofür er u. a. Hans Habe und Ernst Deuerlein genannt hatte. Vgl. Maibaum, Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst, S. 38f. Diese massiven Eingriffabsichten liefen aber letztlich ins Leere, weil Ritter von Lex den Freiraum, den Paul Franken beharrlich verteidigte, weitgehend respektierte.

⁵⁶ Maibaum, Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst, S. 25.

⁵⁷ Vgl. APuZ, B 24/55, S. 361–381. Der Autor wurde mit dem Hinweis vorgestellt, dass er im „Höheren Schuldienst NRW“ tätig sei. Klein verfasste 1956 auch das Manuskript für die Informationen zur politischen Bildung „Mitteldeutschland“ (Folge 40/41).

⁵⁸ „Gleich einem Körper, dessen Glieder einer schweren Tortur ausgesetzt sind, ist das ganze deutsche Volk von den Auswirkungen der schrittweisen Sowjetisierung Mitteldeutschlands zutiefst betroffen.“ Ebenda, S. 361.

Ende 1951 700 000 „reguläre Umzüge“ von Ostvertriebenen. In seiner Darstellung betonte er den Zusammenhang zwischen den politischen und ökonomischen Zwangsmaßnahmen der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED mit den Entscheidungen zur Abwanderung und nannte als vorrangige Fluchtmotive: „Flucht vor der Vernichtung der persönlichen Freiheit, Flucht oder Abwanderung vor der Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz und schließlich Abwanderung aus der Angst, die das sowjetische System in immer stärkerem Ausmaße verbreitet.“ Er differenzierte die Flüchtlinge nach Berufs- und Altersgruppen, wobei er die speziellen Abwanderungsursachen der Oberschüler besonders hervorhob. Ausdrücklich erwähnte Klein die – heute weitgehend vergessene – Zwangslage von Juden als Folge der SED-Propagandakampagne eines ‚Kampfes gegen den Zionismus‘.

Im gleichen Jahr veröffentlichte Jürgen Rühle, ein im Frühjahr 1955 unter dem Druck kulturpolitischer Repressalien in den Westen abgewanderter vormaliger Feuilleton-Redakteur der ‚Berliner Zeitung‘ und Theaterkritiker des ‚Sonntag‘, seinen Beitrag ‚Die Kulturpolitik der Sowjetzone‘⁵⁹. Rühle zog im Gegensatz zu Gollwitzer ausdrücklich den Vergleich zum Nationalsozialismus heran: „In den Grundsätzen wie in den Erscheinungen finden sich zwischen beiden erstaunliche Übereinstimmungen und Parallelen.“ Außerdem widmete er sich dem Dilemma der SED-Kulturpolitik: „Macht sie in ihrer Zone echte Zugeständnisse an die kulturelle Freiheit und gestaltet sie einen aufrichtigen gesamtdeutschen Kulturaustausch, so führt das unweigerlich zu einer Aufweichung des totalitären Machtsystems, auf dem die Herrschaft des Kommunismus in Mitteldeutschland beruht. Zieht sie hingegen die Zügel ihrer Diktatur an, um jede freiheitlich kulturelle Regung zu verhindern, wenden sich die Menschen von ihrem System ab, verlieren Kunst und Wissenschaft in ihrem Machtbereich alle Wirkkraft, und die Propagandaoffensive nach dem Westen scheitert.“ Abschließend urteilte der Autor, dass die „Flucht in den Westen“ für die Intellektuellen keine „ideale Lösung“ sei, „denn einmal ist die Bundesrepublik gar nicht in der Lage, allen mitteleuropäischen Intellektuellen eine Existenz zu bieten, und außerdem wäre es höchst bedenklich, die siebzehn Millionen Menschen in der Zone ihrer pädagogischen, künstlerischen, wissenschaftlichen und technischen Betreuung zu berauben“⁶⁰.

Auch wenn die beiden vorgestellten Texte aus heutiger Sicht nicht frei sind von Entwürstungspathos und gelegentlich melodramatisch hinterlegter Polemik, bleibt der Informationsgehalt und ein Bemühen um eine differenzierte Sichtweise unverkennbar.

1956 publizierte APuZ acht Beiträge zum deutschen Kommunismus, unter denen die bereits erwähnte regierungsamtliche Reaktion auf das KPD-Verbot aus dem Rahmen fällt. In den meisten Texten ist keineswegs eine kämpferisch-propagandistische Sicht dominant, sondern das Angebot ist thematisch und methodisch ebenso vielfältig gestaltet wie es durch unterschiedliche Darstellungsformen gekennzeichnet ist. So erschien im März 1956 ein anonym er Beitrag ‚Die Bilanz des Kommunismus in der

⁵⁹ Vgl. APuZ, B 47/55, S. 709–720.

⁶⁰ Zitate ebenda, S. 709, 712 u. 719. Siehe auch Rühle: Wandlungen der kommunistischen Kulturpolitik, in: APuZ, B 7/57, S. 99–114, über die Entwicklung in der Sowjetzone S. 109–112. Für die damalige Zeit ist sein Hinweis interessant, dass für die DDR wegen der bundesdeutschen Systemkonkurrenz eine Liberalisierung kaum möglich sei: „Eine Milderung des Zwangssystems [...] würde in Mitteldeutschland sehr schnell auf eine Liquidation des kommunistischen Regimes überhaupt hinauslaufen“ (S. 109).

Sowjetzone⁶¹, der das „nur für einen kleinen Kreis bestimmte stenographische Protokoll“ des XXV. ZK-Plenums der SED in umfangreichen Auszügen auf insgesamt 16 Seiten „kommentarlos, denn sie sprechen für sich selbst“ enthielt, darunter das Grundsatzreferat und das Schlusswort Walter Ulbrichts, und neben zahlreichen weiteren Beitragsauszügen auch ein Statement des in die DDR geflüchteten KPD-Vorsitzenden Max Reimann. Auf diesem Plenum kamen aktuelle Probleme der SED-Politik deutlich zur Sprache. Gleichzeitig trat die Bundesrepublik als erfolgreicher Konkurrent in den Blick. So konstatierte Ulbricht: „Es ist eine Tatsache, daß die westdeutsche Wirtschaft 1954 einen Produktionszuwachs von 12% hatte und in der ersten Hälfte 1955 von 16,5%. Die Ausrüstungen der westdeutschen Großbetriebe wurden zu annähernd 70% erneuert. Man kann sagen, daß von allen kapitalistischen Ländern Westeuropas in Westdeutschland am raschesten die Einführung neuer Technik erfolgte.“ Die kritische Lagebeurteilung umfasste nahezu alle Bereiche: Republikflucht der Jugend, „Pessimismus über die Fragen des Aufbaus des Sozialismus“ bei der Intelligenz, mangelnde Arbeitsmoral, Probleme bei der Materialversorgung in der Industrie, Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung, das „ungenügend entwickelte sozialistische Bewußtsein bei einem großen Teil unserer Funktionäre“ (Otto Grotewohl). In Bezug auf die Bundesrepublik forderte Ulbricht, „daß wir mit Delegationseinladungen usw. in größerem Maßstab die Gewerkschaftler in Westdeutschland beeinflussen. [...] Wenn es uns gelingt, ist das eine große Sache und nach unserer Meinung muß es gelingen.“⁶² Im Schlusskommentar forderte der namentlich nicht genannte Verfasser, dass es „die nächste Aufgabe aller freiheitlichen Kräfte in Westdeutschland“ sei, „diese großangelegte Offensive erfolgreich abzuwehren“. Darüber hinaus müssten in einer „breiten Kampagne politischer Aufklärung auch die letzten Illusionen über den antisozialen Charakter des totalitären Systems zerstört werden“⁶³. Der Beitrag ist als ein politisches Signal zu deuten, dass auch der Westen effiziente geheimdienstliche Aufklärung praktiziert. Er ist ein spektakuläres Informationsangebot, das westdeutsches Selbstbewusstsein stärken, Aufmerksamkeit gegenüber kommunistischen Einflussversuchen wecken und zugleich eine Irritation beim politischen Gegner auslösen soll. Damit knüpft dieser Text an die Dokumentationspraxis des ‚SBZ-Archiv‘ an⁶⁴.

⁶¹ Vgl. APuZ, B 12/56, S. 189–207.

⁶² Ebenda, S. 191 u. 207. Im folgenden Jahr erschien ein weiterer Beitrag unter anderem mit einer Dokumentation des Schlussworts von Walter Ulbricht auf dem XV. ZK-Plenum vom 26. 7. 1953 und der sogenannten Harich Plattform, in der eine Reform der SED von innen und eine neue Haltung gegenüber der SPD als Bedingung für eine Überwindung der Spaltung Deutschlands gefordert wurde. Nachdem Harich dieses Papier, für das er eine Publikation in der SED-Theoriezeitschrift ‚Einheit‘ anstrebte, dem sowjetischen Botschafter Puschkin übergeben hatte, wurde er am 29. 11. 1956 verhaftet und im März 1957 wegen „Bildung einer konspirativen staatsfeindlichen Gruppe“ zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Vgl. Anonym: Die Opposition in der Sowjetzone am 17. Juni 1953 und heute, in: APuZ, B 23/57, S. 361–370.

⁶³ APuZ B 12/56, S. 207.

⁶⁴ Das ‚SBZ-Archiv‘ erschien im Auftrag und mit Finanzierung des BMG seit April 1952 zweimal monatlich. „Eigentlich sollte die Zeitschrift objektive Grundlagen für eine fundierte Beurteilung der Verhältnisse in der ‚Zone‘ vermitteln. Aber zunächst standen Anklage, Aufklärung und politische Mobilisierung im Vordergrund; getreu dem Motto, das auf der Titelseite jedes Heftes abgedruckt war: „Besinnt euch auf eure Kraft, der Westen ist stärker!“ Spittmann-Rühle, Drei Jahrzehnte Deutschland Archiv, S. 303.

Besonders aufschlussreich sind zwei Beiträge von Otto Heinrich von der Gablentz und Helmut Thielicke, die im folgenden Monat die Dokumentation des XXV. ZK-Plenums dramaturgisch geschickt kontrastierten und sich systemvergleichend den Auswirkungen der SED-Herrschaft auf die ostdeutsche Bevölkerung widmeten⁶⁵. Der Politikwissenschaftler von der Gablentz verglich die politische, wirtschaftliche und geistige Struktur von zwei völlig verschiedenen Ordnungssystemen: „Im Westen ein Volk, das der politischen Erziehung bedarf, um die Chancen der politischen Aktivität zu nutzen. Im Osten ein durch und durch politisch denkendes Volk, dem die Aktivität versagt ist.“ So ergebe sich für das Projekt der Wiedervereinigung eine herausfordernde Ausgangslage: „Die Wiedervereinigung ist nicht umsonst, sie wird ein größeres politisches Risiko einschließen, als es der einfache Anschluß an die Westmächte heute darstellt. Sie wird ein nicht unerhebliches wirtschaftliches Risiko einschließen und organisatorisch Unannehmlichkeiten mit sich bringen. Sie schließt auch ein geistiges Risiko ein.“⁶⁶ Der Theologieprofessor Thielicke erkannte in Ost und West das Vorherrschen von zwei divergierenden materialistischen Leitbildern, im Westen eine „metaphysische Aushöhlung des Abendlandes“, im Osten den materialistischen Marxismus-Leninismus. Selbstkritisch gewendet fragte Thielicke, sollten die Bundesdeutschen nicht zu „gewissen Abstrichen bereit sein, wo wir mit Menschen einer Welt zusammengeschlossen werden, deren sozialer Wille sich in einer anderen Gesellschaftsordnung ausgeformt hat, und zwar in einer Ordnung, die auch ihre positiven Elemente hat und die jedenfalls nicht wegen ihres zweifellos vorhandenen ideologischen Mißbrauchs *a limine* zu verwerfen wäre.“⁶⁷ Beide Texte zeigten Respekt und Empathie für die Menschen in der DDR und nahmen den ursprünglichen Kern des Marxismus ernst, der sich in der propagierten Ideologie des Marxismus-Leninismus verbarg, „und diese Ideologie ist nicht klein und dumm, wie es die nationalsozialistische war, sondern sie beruft sich immerhin auf eine der größten Geister des 19. Jahrhunderts“⁶⁸.

Dass sich die Redaktion von APuZ auch im Zeitrahmen der politisch-juristischen Bekämpfung des Kommunismus in der Bundesrepublik einem diskursiven Anspruch nicht gänzlich verweigerte, zeigte der Vorgang um einen Beitrag des antikommunistisch aktiven Publizisten Ernest J. Salter. Sein Text ‚Moskau – Bonn – Pankow. Tendenzen der sowjetischen Außenpolitik‘⁶⁹ bezog sich auf einen Artikel des prominenten, in Moskau lebenden ungarischen Ökonomen Eugen Varga, der im Oktober 1954 in der Moskauer Wochenschrift ‚Nowaja wremja‘ für die sowjetische Koexistenzpolitik geworben hatte. In alarmistischem Tonfall warnte Salter vor einer „Zangenbewegung gegen den zu vernichtenden Gegner“ und hob die Gefahren der kurz zuvor mit der Sowjetunion aufgenommenen diplomatischen Beziehungen hervor: „Während die diplomatischen Beziehungen der Sowjetunion mit der Bundesrepublik Veränderungen in der Führungsschicht der Bundesrepublik herbeizuführen bestimmt sind,

⁶⁵ Vgl. Gablentz: Die beiden Deutschland, in: APuZ, B 13/56, S. 209–213; Thielicke: Was sagen wir den jungen Kommunisten am Tage X?, in: APuZ, B 16/56, S. 249–254.

⁶⁶ Gablentz, Die beiden Deutschland, S. 211 und 213.

⁶⁷ Thielicke, Was sagen wir, S. 251 und 250.

⁶⁸ Gablentz, Die beiden Deutschland, S. 211.

⁶⁹ Vgl. APuZ, B 4/56, S. 58–64.

versucht der deutsche Kommunismus in Betrieben, Gewerkschaften und Parteien, unter Intellektuellen, Arbeitern und Geschäftsleuten Voraussetzungen für die direkte Aktion zu schaffen.“⁷⁰ Es scheint, als ob Varga nur als Vorwand für Salter diene, um die Debatte im BVerfG über die Wiedervereinigungsziele der KPD, niedergelegt in ihrem ‚Programm der nationalen Wiedervereinigung‘, hintergründig zu kommentieren⁷¹.

Während die Propagandasprache dieses Textes irritiert, ist die Fortsetzungsgeschichte interessant. Unter dem Rubrum ‚Geschichte und Politik‘ druckte APuZ eine in der Leipziger Zeitschrift ‚Neue Zeit‘ auf Salters rhetorische Attacke erschienene Replik Vargas, der „als der führende Wirtschaftsexperte des Weltkommunismus“ vorgestellt wurde⁷². Es folgte eine abschließende Entgegnung Salters, in der er Varga immerhin „theoretische Intelligenz“ attestierte⁷³ und einen moderateren Tonfall wählte. Obwohl die beiden Protagonisten gezielt aneinander vorbeiredeten, zeigte die unterschiedliche Diktion Salters in seinen beiden Stellungnahmen den Unterschied zwischen bloßer antikommunistischer Polemik und dem Versuch einer argumentativen Auseinandersetzung auf. Auch wenn diese ohne Annäherung blieb, hatte APuZ mit diesem Experiment eine Eigenständigkeit gezeigt, die seinerzeit ungewöhnlich war.

Dass sich nach dem KPD-Verbot, das auch die SPD befürwortet hatte, der Antagonismus der politischen Konkurrenten abschwächte, zeigen Beiträge in APuZ, die aus dem Ostbüro der SPD hervorgingen. Im Herbst 1957 konnte Stephan Thomas mit seiner weitgehend dokumentarisch hinterlegten Analyse zum Verhältnis von ‚Sozialdemokratie und Kommunismus‘, die von Rosa Luxemburg bis zur aktuellen Konfrontation im geteilten Deutschland einen weiten Bogen spannte⁷⁴, besondere Aufmerksamkeit hervorrufen. Seinem Beitrag stellte der als ‚Leiter der Ostabteilung beim Parteivorstand der SPD‘ vorgestellte Autor ein Zitat von Kurt Schumacher (SPD) vom 6. Oktober 1947 voran: „Der Staatsfeind des Kommunismus ist die Sozialdemokratie, gegen den die Nachfolgerin der Komintern alle Kräfte mobilisiert. Von dem Ausgang dieses Kampfes hängt die Möglichkeit der Welteroberung durch den Kommunismus ab.“ Offensiv setzte sich Thomas mit der Polemik der SED gegen das Ostbüro der SPD, „d. h. der sozialdemokratischen Widerstandsarbeit in der Zone“, auseinander. Man kann diesen Text auch als politisches Angebot für eine ideologische große Koalition nach dem KPD-Verbot in der Bundesrepublik deuten, denn der Leiter des Ostbüros notierte am Ende seiner Studie zu einem erwünschten Wandel im kommunistischen Weltsystem: „Dazu kann es nur kommen, wenn die permanente Wachsamkeit und die unabdingbare, offensive, ideologisch-politische Auseinandersetzung mit den reaktionären Ideen des Kommunismus so lange wirksam bleiben, bis die sowjetische Führung den illusionären Gehalt ihrer Eroberungspläne erkannt hat.“⁷⁵

Wie eine Bestätigung zur Effektivität der Aktivitäten des Ostbüros publizierte APuZ am Jahresende 1957 anonym die „Enthüllung eines Geheimprotokolls“ des 33. ZK-

⁷⁰ Zitate in: ebenda, S. 63 und 62.

⁷¹ Vgl. dazu im Urteil: Pfeiffer/Strickert, KPD-Prozeß, Bd. 3, S. 672–738.

⁷² Antwort an Herrn Ernest Salter, in: APuZ, B 24/56, S. 365–366, hier S. 366.

⁷³ Antwort an Herrn Eugen Varga, in: ebenda, 366–369, hier S. 369.

⁷⁴ Abgedruckt in: APuZ, B 45/57, S. 753–773.

⁷⁵ Thomas, B 45/57, S. 767 und 772.

Plenums (Oktober 1957) der SED in kommentierten ausführlichen Auszügen⁷⁶. Es gab Aufschluss über die Absicht von Normerhöhungen, Preissteigerungen, verschärfte Kollektivierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft, Probleme mit der Jugend und der Intelligenz, aber vor allem auch über Konflikte innerhalb der SED und die „Zersetzung der Parteikader“. Der anonyme Schlusskommentar lautete: „Mit einer nicht zu überbietenden Klarheit hat die Diskussion des 33. Plenums das Spannungsfeld aufgerissen, das die SED-Politik kennzeichnet. Auf der einen Seite zwingt die schwierige Wirtschaftslage, durch radikale und harte Maßnahmen, durch Konsumverzicht und erzwungene Mehrleistungen größere Rückschläge und Zusammenbrüche aufzufangen. Diese Maßnahmen verschärfen jedoch auf der anderen Seite den politischen Druck von unten, der nicht ohne Einwirkung auf die Partei und ihre Funktionäre bleibt und die Zersetzung vorantreibt.“⁷⁷

Der Anteil der Beiträge zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die in APuZ veröffentlicht wurden, erreichte 1957 mit rund 60 Prozent einen Höchststand⁷⁸. Dazu trug wesentlich der Vorabdruck aller Beiträge aus dem Anfang 1958 als Buchausgabe erschienenen ‚Handbuch des Weltkommunismus‘⁷⁹ bei, das die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem KPD-Prozess und dem damit verbundenen Kontakt zu Bocheński⁸⁰ maßgeblich gefördert und 1958 durch kostenlose Buchverteilung zusätzlich verbreitet hat⁸¹. An dem aufwendig gestalteten, von Joseph M. Bocheński und Gerhart Niemeyer herausgegebenen Handbuch haben 15 international renommierte Kommunismusforscher wie David J. Dallin, Walter Kolarz und Karl A. Wittfogel, – jedoch kein einziger deutscher Autor – mitgewirkt. Der Titel des Werkes ist allerdings missverständlich, handelt es sich doch um eine Darstellung, die sehr pointiert die ideologische Programmatik akzentuiert und überwiegend auf die Sowjetunion fokussiert bleibt, während darin die Analyse konkreter

⁷⁶ Anonym: Das 33. Plenum des Zentralkomitees der SED, in: APuZ, B 49/57, S. 837–851.

⁷⁷ Ebenda, S. 851.

⁷⁸ Der Anteil der ‚APuZ-Ausgaben‘, die Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und zum Ost-West-Konflikt enthielten, stieg in den ersten fünf Jahren von 25 Prozent (1954) auf 45 Prozent (1956) und erreichte 1958 50 Prozent, bevor er bis 1963 auf rund ein Drittel zurückging. Häufigste Autoren hierzu waren im ersten Jahrzehnt bis einschließlich 1963 (Fortsetzungen und Vorabdrucke wurden als ein Beitrag gezählt): Joseph M. Bocheński, John Foster Dulles, Henry Kissinger (je sieben); Walter Grottian (sechs); Iring Fetscher, George Kennan, Wolfgang Leonhard, Richard Löwenthal, Boris Meissner, Günther Nollau, Georg Stadtmüller (je fünf).

⁷⁹ Der Abdruck erfolgte zwischen Juli (B 25/57) und Oktober (B 40/57) in zehn ‚APuZ-Ausgaben‘, verschiedene Beiträge waren gegenüber der Buchfassung geringfügig gekürzt. Dieses außergewöhnliche Verfahren für ein Periodikum erklärt sich wohl auch aus dem Umstand, dass Werner Maibaum, 1956 wissenschaftlicher Mitarbeiter Bocheńskis für das ‚Handbuch‘, 1957 die Redaktion von ‚APuZ‘ übernommen hat.

⁸⁰ Bocheńskis Idee für das Handbuch ist offensichtlich eine direkte Reaktion auf sein Gutachten im KPD-Prozess. Aufschlussreich ist, dass im Vorwort des ‚Handbuchs‘ zwar auf finanzielle Unterstützung aus den USA hingewiesen wird, aber die Alimentierung von deutscher Seite unerwähnt bleibt.

⁸¹ Das Werk wurde in einer Gesamtauflage von 19 592 Exemplaren gedruckt, davon hat die BZH eine Kommissionsauflage von 12 500 Exemplaren garantiert, von der 4000 Exemplare in einer Lehreraktion, zusätzlich 2680 an Religionslehrer verteilt und 4565 verkauft wurden. Vgl. Tätigkeitsbericht der Bundeszentrale für Heimatdienst für das Rechnungsjahr 1958/59 (1. 4. 58–31. 3. 59), Bonn, 13. 1. 1960, S. 6.

Entwicklungsprozesse im kommunistischen Machtbereich weitgehend ausgeblendet wird. Nur gelegentlich werden in dem Buch auch andere kommunistisch regierte Staaten einbezogen, während die DDR völlig außer Betracht bleibt. Die Zielsetzung dieser Publikation wurde von den Herausgebern in ihrem Vorwort umrissen: „Bisher fehlte ein relativ *kurzes*, allen Gebildeten *verständliches* Werk, das eine *zuverlässige* Darstellung der *wichtigsten Aspekte* des Kommunismus mit *Belegen* aus den Quellen und aus erstklassiger Literatur enthielte“⁸². Die Publikation des Handbuchs unterstreicht, dass Bocheński seit seiner Begegnung mit Ritter von Lex im Zusammenhang mit dem KPD-Prozess zu einer wichtigen Einflusspersönlichkeit im Hinblick auf die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus geworden war. Bereits am 11. Juni 1955 teilte er dem Staatssekretär seine ernste Besorgnis „über die allgemeine Lage auf der Front des geistigen Kampfes mit“ und erklärte: „Es besteht also meines Erachtens die dringliche Notwendigkeit, einerseits die Abwehr – und möglicherweise sogar den Angriff – auf geistiger Ebene bedeutend zu intensivieren“. Fasziniert vom Gedanken einer „Eliteschulung“ äußerte von Lex in einer hausinternen Anregung, man könne „an eine vom Bund zu errichtende Akademie denken, als deren Leiter sich kaum eine bessere Kraft finden ließe als Professor Bochenski“⁸³.

Das ‚Handbuch des Weltkommunismus‘ ist das sichtbare Resultat seines Zusammenwirkens mit dem Staatssekretär; die wichtigste Konsequenz war aber im November 1957 die Gründung des Ostkollegs der Bundeszentrale für Heimatdienst. Seit Anfang 1956 wurden konkurrierende und widerspruchsvolle Initiativen unternommen, die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus durch die Einrichtung einer Akademie zu institutionalisieren, die vorrangig eine ‚Eliteschulung‘ nach dem Prinzip der Multiplikatorenqualifizierung intendierte⁸⁴. In einem experimentellen Wirrwarr konnte sich schließlich die BZH die Zuständigkeit für dieses Projekt sichern. Ein junger Berliner Spranger-Schüler, der Professor für Philosophie und Soziologie an der Freien Universität Berlin, Hans-Joachim Lieber, legte schließlich im August 1957 dem BMI ein Memorandum vor, in dem das Ostkolleg als eine wissenschaftlich unabhängige Einrichtung zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus konzipiert wurde⁸⁵. Wie groß die Unterschiede waren, die ursprünglich zwischen den Erwartungen des Innenministers und den Vorstellungen des wissenschaftlichen Direktoriums des Ostkollegs bestanden, ließ die Eröffnungsveranstaltung des Ostkollegs der Bundeszentrale für Heimatdienst erkennen, die am 22. November 1957 in Köln stattfand. In seiner Eröffnungsrede machte Gerhard Schröder deutlich, dass er die Aufgabe des Ostkollegs auf die ideologische Auseinandersetzung fokussieren wollte: „Es geht hier nicht um den machtpolitischen Gegensatz zwischen Ost und

⁸² Bocheński/Niemeyer, Handbuch des Weltkommunismus, S. V [Hervorhebung im Original].

⁸³ Maibaum, Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst, S. 11.

⁸⁴ Vgl. dazu grundlegend ebenda, S. 13–60. Irrtümlich nahm Maibaum an, dass Otto Lenz an dieser Entwicklung noch als Staatssekretär im BKA involviert war, das er bereits im Herbst 1953 verlassen hatte. Die Hauptrolle im Entscheidungsprozess spielte jedoch Ritter von Lex. Eine ausführliche Darstellung der Vorgeschichte der OK-Gründung mit starker Überakzentuierung auf die antikommunistischen Aktivitäten Gerhard von Mendes, die aber für die Profilierung des Ostkollegs folgenlos blieben, findet sich bei Hentges, Staat und politische Bildung, S. 341–429, zu von Mende insbesondere S. 373 ff.

⁸⁵ Zum Memorandum vgl. Hentges, Staat und politische Bildung, S. 420 f.

West. Hier geht es allein um die ideologische Auseinandersetzung. Sie ist uns aufgezungen, weil die östliche Heilslehre mit der Herrschsucht und dem Eroberungswillen einer fanatischen Prophetie auftritt – als der einzig wahre Glauben, der alles seiner Pseudo-Wahrheit unterwerfen will.“⁸⁶ Der Entwurf der Studienleitung des Ostkollegs legte fest: „Das Ostkolleg ist eine Einrichtung der politischen Bildung und hat eine doppelte Aufgabe. Durch Vorträge wissenschaftlich ausgewiesener Sachkenner des In- und Auslandes bietet es eine systematische Unterrichtung über die ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen Gegenwartsprobleme Osteuropas und der Sowjetunion. In offener Diskussion [...] soll den Teilnehmern der Studientagungen eine eigene Urteilsbildung ermöglicht werden, um die erarbeiteten Einsichten für die geistige Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus und seinen Auswirkungen fruchtbar zu machen – unter Besinnung auf Idee und Wirklichkeit der Freien Welt.“⁸⁷ Dass es im Ostkolleg von Anfang an gelungen ist, diese Auseinandersetzung in deutlicher Abkehr von den Vorstellungen des Ministers auf eine wissenschaftliche Basis zu stellen, ist ohne die Einsicht des Staatssekretärs Ritter von Lex kaum vorstellbar, der sich schließlich davon überzeugen ließ, die Programmgestaltung und Referentenauswahl im Ostkolleg der BZH in die autonome Verantwortung eines wissenschaftlichen Direktoriums zu legen⁸⁸. In diesem Gremium repräsentierten paradigmatisch Bocheński und Lieber die Pluralität einer Kommunismusforschung auf wissenschaftlicher Grundlage: Bocheński als Gutachter der Bundesregierung im KPD-Prozess und als führender westlicher Sowjetologe, Lieber als der Herausgeber einer bundesdeutschen Marx-Werkausgabe, die zwischen 1960 und 1965 in sechs Bänden erscheinen wird⁸⁹. Diese Entwicklung konnte 1956 kaum erwartet werden, doch belegt sie die Überzeugungskraft des Arguments in einer Periode, die sich zu oft durch die Suggestion der Propaganda verführen ließ.

⁸⁶ Das Parlament, 47/1957, S. 16.

⁸⁷ BAK, B 168/772. Zitiert nach: Maibaum, Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst, S. 93.

⁸⁸ Vgl. BMI, Erlass über die Errichtung des Ostkollegs der Bundeszentrale für Heimatdienst vom 28. 11. 1957 (Z9 -09 150 – 950857).

⁸⁹ Zur frühen Arbeitsphase des Ostkollegs bilanzierend Thomas, Antikommunismus zwischen Wissenschaft und politischer Bildung, S. 290–293.

Corinna Franz

„Wir wählen die Freiheit!“

Antikommunistisches Denken und politisches Handeln Konrad Adenauers

„Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass der Kommunismus, insbesondere der sowjetische Kommunismus, eine aggressive Kraft allerersten Ranges in der Welt ist. Er mag vorübergehend seine Ziele etwas verstecken, im Grunde genommen bleibt er eine Macht, die ausgeht auf die Eroberung der Welt und die davon überzeugt ist, dass es ihr gelingen wird, schließlich die ganze Welt zu unterjochen.“¹ So knapp und deutlich fasste Konrad Adenauer (CDU) seine Einschätzung des Kommunismus 1955 vor dem CDU-Bundesvorstand zusammen. Ebenso klar waren die Konsequenzen, die der erste Bundeskanzler aus dieser Feststellung zog: Adenauer wurde nicht müde, vor der Gefahr durch die kommunistische Bedrohung zu warnen, und richtete seine Politik auf den Schutz vor dem Kommunismus und die Bewahrung der Freiheit aus.

In seiner antikommunistischen Grundhaltung wusste sich Adenauer einig mit der Mehrheit der Westdeutschen. In den 1950er und bis in die erste Hälfte der 1960er Jahre hinein dominierte sie das öffentliche Meinungsbild der jungen Bundesrepublik². Als die Zeit der Entspannung zwischen den Supermächten einsetzte und Willy Brandt (SPD) den Weg einer neuen Ostpolitik einschlug, galt die antikommunistische Disposition des inzwischen verstorbenen Gründungskanzlers als friedensgefährdend und ethisch verwerflich. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts wird Adenauer oftmals als ‚Kalter Krieger‘ mit einer reaktionären Geisteshaltung abgetan; den Antikommunismus von einst belächelt man oder steht ihm schlicht verständnislos gegenüber.

Adenauers antikommunistische Grundhaltung ist hinlänglich bekannt. Ein Blick allein in das Sachregister seiner Erinnerungen reicht³, um zu wissen, dass die Abwehr der Bedrohung durch die Sowjetunion *das* bestimmende Thema seiner Politik war. Der vorliegende Beitrag will der Gedankenwelt des ersten Bundeskanzlers, die seinen Antikommunismus begründet und geformt hat, differenzierter nachgehen und Adenauer in seiner Zeit betrachten.

In diesem Sinne gilt es, folgenden Leitfragen nachzugehen: Wie nahm Konrad Adenauer den Kommunismus wahr? Wann, wo und wie äußerte sich sein Antikommunismus? Woher rührte seine ebenso vehemente wie konsequente Ablehnung des Kommunismus? Welchen Niederschlag fand sie in seinem politischen Handeln?

¹ Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 5. 2. 1955, in: Adenauer: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“, S. 339.

² Vgl. Weidenfeld, Europa, S. 142f. Eine Meinungsumfrage 1952 ergab, dass sich zwei Drittel der Bundesbürger von der Sowjetunion bedroht fühlten; nur 15 Prozent verneinten ein solches Bedrohungsgefühl. Vgl. ebenda, S. 255, Anm. 481. Siehe auch Adenauer, Erinnerungen II, S. 387.

³ Vgl. Adenauer, Erinnerungen IV, S. 312f.

I. Wahrnehmung der kommunistischen Gefahr

Mit dem Kriegsende 1945 analysierte Adenauer die weltpolitische Lage ebenso nüchtern wie hellseherisch: „Ich sehe die Entwicklung in Deutschland mit steigender Sorge. Russland lässt einen eisernen Vorhang herunter“, schrieb er, für den bereits wenige Monate nach Kriegsende „eine Trennung in Osteuropa, das russische Gebiet, und Westeuropa eine Tatsache“ war⁴. Mehr noch: Für Adenauer stand außer Frage, dass sich die Sowjetunion nicht mit einem Teil Deutschlands zufrieden geben würde; ihr Ziel sei vielmehr, „ganz Deutschland in ihren Machtbereich einzubeziehen“⁵. Doch auch dies war für Adenauer nur ein Zwischenschritt, denn – so seine Einschätzung – der Gewinn an wirtschaftlichem Potential, insbesondere der Zugriff auf die westeuropäische Kohle- und Eisenindustrie, und an Menschenkraft würde die Sowjetunion stärker machen als die Vereinigten Staaten und ihr damit die angestrebte Weltherrschaft bringen⁶. „Die SU“, so Adenauer vor großem Publikum, „hat den Drang nach dem Westen [...], und Lenin und Stalin haben beide gesagt, wer Deutschland hat, hat Europa, und wer Europa hat, der hat die Welt“⁷.

Der sowjetische Expansionsdrang zeigte sich nach Adenauers Dafürhalten nicht erst 1950 in Korea, sondern hätte schon 1944 mit der Einverleibung der baltischen Staaten eingesetzt. Während die Westalliierten nach dem Sieg über Hitler-Deutschland abgerüstet hätten, sei die Sowjetunion stark bewaffnet geblieben und habe ihre militärische Stärke genutzt, um Polen, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Ungarn und die Tschechoslowakei zu unterwerfen⁸. Besonders gefährlich machte dieses Expansionsstreben aus Adenauers Sicht die Mischung aus kommunistischer Ideologie der Weltbeherrschung und einem traditionellen, nationalistischen Drang Russlands nach Ausdehnung⁹. Adenauer verwies auf eine von jeher starke panslawistische Expansionspolitik des zaristischen Russland, deren „Drang zur Ausdehnung [...] durch den Übergang zur kommunistischen oder besser zur totalitären Staatsform und Diktatur außerordentlich gesteigert worden“ sei¹⁰. Nichts drückt diese Auffassung besser aus als der von Adenauer stets verwendete Begriff ‚Sowjet-Russland‘.

Adenauer blieb während seiner gesamten Kanzlerschaft ein aufmerksamer Beobachter der Sowjetunion und registrierte interessiert die politischen Bewegungen in

⁴ Adenauer an Rörig, 5.6.1945, in: Adenauer, Briefe 1945–1947, S. 51. Anlage zum Schreiben an Weitz, 31.10.1945, in: ebenda, S. 130.

⁵ Adenauer, Erinnerungen I, S. 95. Vgl. auch Adenauer an Heineman, 15.11.1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 305f.

⁶ Vgl. Teegespräch vom 6.9.1951, in: Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 135; Unterredung vom 6.11.1953, in: Adenauer, Teegespräche 1950–1954, S. 497; Adenauer an Eisenhower, 4.12.1956, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 267; Adenauer an Dulles, 8.12.1956, in: ebenda, S. 269; Adenauer, Erinnerungen III, S. 322. Vgl. auch Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 90 und 92.

⁷ StBKAH, I.02.25, S. 4, Rede in Köln vom 13.9.1961.

⁸ Vgl. Rede in Bad Ems vom 14.9.1951, in: Adenauer, Reden, S. 226 und Adenauer, Erinnerungen I, S. 549.

⁹ Vgl. Adenauer an McCloy, 7.6.1951, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 68; StBKAH, I.02.20, Rede in Düren vom 27.11.1959; Adenauer, Erinnerungen II, S. 201. Vgl. auch Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 88; Weidenfeld, Europa, S. 149.

¹⁰ Rede in Bad Ems vom 14.9.1951, in: Adenauer, Reden, S. 226.

Moskau. Doch gleich, ob es sich um die Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags handelte (15. Mai 1955), ob von der andernorts mit viel Hoffnungen verbundenen Genfer Konferenz (Juli 1955) die Rede war¹¹, der XX. Parteitag der KPdSU die Entstalinisierung verkündete (Februar 1956)¹², Molotow entmachtet wurde (Juni 1957) oder Bonn diplomatische Beziehungen mit Moskau aufnahm – Adenauers Urteil blieb konstant. Eine Abkehr vom weltpolitischen Endziel einer „Beherrschung der Welt durch den Kommunismus unter der Führung der SU“ vermochte er nicht zu erkennen, allenfalls eine Wandlung hin zu „teilweise neuen und elastischeren Methoden“¹³. Je mehr sich der Kalte Krieg verschärfte und der Status quo verfestigte, desto intensiver sogar warnte der Kanzler vor der sowjetischen Gefahr¹⁴. „Die Größe des Landes, seine diktatorische Regierungsform und der kommunistische Fanatismus“ bildeten aus Adenauers Sicht „noch sehr lange Zeit für alle anderen Völker eine große Gefahr, und zwar sowohl eine physische wie auch eine geistige Gefahr“¹⁵. Angesichts dieser in steter Regelmäßigkeit folgenden Warnungen reagierten 1966 die Delegierten des Bundesparteitags in Bonn erstaunt, als der scheidende erste CDU-Bundesvorsitzende verkündete, „dass die Sowjetunion in die Reihe der Völker eingetreten ist, die den Frieden wollen“¹⁶. Mit dieser aus seinem Munde sensationellen Bemerkung spielte der Altkanzler auf die Friedensvermittlung des sowjetischen Ministerpräsidenten Kossygin im Konflikt zwischen Indien und Pakistan an. Die allgemeine Verblüffung währte nicht lange, da Adenauer tags darauf eine Ergänzung folgen ließ, die deutlich machte, dass bei ‚dem Alten‘ wieder alles beim Alten war, und die Vermutung nahelegt, er wollte seiner Abschiedsrede lediglich einen effektvollen Paukenschlag versetzen¹⁷.

Auch wenn ihm die Gefahr aus dem Osten groß erschien, machte Adenauer doch auch Sollbruchstellen im sowjetrussischen Machtgefüge aus. Aufmerksam verfolgte er die innersowjetische Entwicklung im Agrarsektor und auf industriellem Gebiet. Dabei ging er davon aus, dass die wirtschaftlichen und sozialen Kosten des Ost-West-Konflikts die Sowjetunion auf Dauer vor große innenpolitische Herausforderungen stellen würden; allgemeines Freiheitsstreben innerhalb des Landes wie auch in den Satellitenstaaten kamen für ihn als weitere destabilisierende Faktoren hinzu. Schließlich war Adenauer fest davon überzeugt, dass die zunehmende Stärke der Volksrepublik China nicht ohne Einfluss auf die sowjetische Politik bleiben könne¹⁸. Der Kanzler setzte dabei keineswegs auf einen früher oder später eintretenden ‚krachenden Zusammen-

¹¹ Vgl. Adenauer an Dulles, 12. 12. 1955, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 110.

¹² Vgl. Informationsgespräch vom 9. 6. 1956, in: Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 97; Adenauer an Eisenhower, 4. 12. 1956, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 267.

¹³ Adenauer, Erinnerungen III, S. 113 und 463. Vgl. auch Adenauer an Dulles, 9. 8. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 340; Informationsgespräch vom 9. 6. 1956, in: Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 96 f.

¹⁴ Vgl. Weidenfeld, Europa, S. 144.

¹⁵ Adenauer, Erinnerungen II, S. 554.

¹⁶ Rede in Bonn vom 21. 3. 1966 (14. CDU-Bundesparteitag), in: Adenauer, Reden, S. 482.

¹⁷ Vgl. Krone, Tagebücher II, S. 473.

¹⁸ Vgl. Rede in Berlin vom 18. 10. 1952, in: Dritter Parteitag, S. 31; Informationsgespräch vom 9. 6. 1956, in: Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 96 f.; Adenauer, Erinnerungen II, S. 124 f.; Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 94–97; Weidenfeld, Europa, S. 160–180; Schwarz, Adenauer 1952–1967, S. 16.

bruch‘ des Sowjetimperiums bzw. auf einen ‚K.o.-Sieg‘ des Westens im Kalten Krieg. Stattdessen verlieh er seiner allgemeinen Überzeugung Ausdruck, dass die Weltgeschichte ergebnisoffen und stets im Fluss sei und eines Tages dazu führen werde, dass Moskau sein Interesse an einem geteilten Deutschland und Europa verliere¹⁹.

II. Kampf der Weltanschauungen: Materialismus versus Christentum

Massiver Druck, fast unbemerktes Vorgehen und Erregung von Furcht machte Adenauer als die drei Methoden sowjetischer Bedrohung aus. Dabei war es weniger die physische Gefahr, die er fürchtete – einen militärischen Angriff hielt er letztlich für wenig wahrscheinlich – als vielmehr die mentale Bedrohung. Selbst wenn es gelänge, die außenpolitischen Spannungen zu beseitigen, so der Kanzler 1955, werde „doch der Kommunismus noch auf Jahrzehnte hinaus eine große geistige Gefahr für den Westen sein“²⁰. Die welthistorische Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und freiheitlichen Staaten, zwischen Kommunismus und christlichem Abendland sah Adenauer noch kommen²¹. Dieser „Kampf der Weltanschauungen“ galt ihm als das eigentliche Kennzeichen der Epoche²².

Der Kanzler empfand seine Zeit als eine „Epoche des Überganges“²³. Sie begann um die Jahrhundertwende und war gekennzeichnet als Zeit der Veränderungen und Unruhe durch Kriege, durch eine tiefgreifende Erschütterung der Wertvorstellungen, einen revolutionären technischen Fortschritt und umwälzende wirtschaftliche Entwicklungen. Das Grundübel jener Epoche erkannte Adenauer im ‚Materialismus‘, womit er eine philosophische Begrifflichkeit aufnahm, die im 19. Jahrhundert eine Renaissance erlebt hatte²⁴, und mit eigenem Inhalt füllte. Aus der materialistischen Weltauffassung seien, so der Kanzler, der marxistische Sozialismus, der übertriebene Nationalismus, der Kapitalismus und das, was er als Teil des Kapitalismus ‚Liberal-Individualismus‘ nannte, gleichermaßen hervorgegangen²⁵. Im „Materialismus, gestützt auf Sowjet-Russland“, erblickte Adenauer „eine große Gefahr für den christlichen Glauben“²⁶. Der Materialismus war für Adenauer eine Denkweise ohne ethische Grundsätze, weil sie die transzendente und geistige Dimension des Menschen außer

¹⁹ Vgl. Rede in Bonn vom 21. 3. 1966 (14. CDU-Bundesparteitag), in: Adenauer, Reden, S. 481. Vgl. auch Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 97f.

²⁰ Adenauer an Oberländer, 20. 1. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 235.

²¹ Vgl. Rede in Stuttgart vom 29. 4. 1956, in: 6. Bundesparteitag, S. 180f.; Informationsgespräch vom 14. 5. 1958, in: Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 262; Adenauer an Dulles, 20. 11. 1958, in: Adenauer, Briefe 1957–1959, S. 175; Adenauer, Erinnerungen III, S. 17.

²² StBKAH, I.02.12, Rede in Solingen vom 23. 6. 1954, S. 21. Vgl. auch Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 57.

²³ StBKAH, I.02.22, Weihnachtsansprache vom 25. 12. 1960. Vgl. auch Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 171f.

²⁴ Zur Begrifflichkeit und ihrer Geschichte siehe Braun, Materialismus, S. 977–1020 und Kuhn, Materialismus, S. 162f.

²⁵ Vgl. Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 174f.

²⁶ Adenauer an den Bischof von Würzburg, Döpfner, 14. 1. 1956, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 132.

Acht und nur die Materie, das Materielle, die ausschließliche Vorstellung vom Diesseits gelten ließ²⁷. Damit widersprach der Materialismus dem zentralen Grundsatz des Christentums, nach dem der Mensch das Abbild Gottes ist, dem Freiheit und Würde verliehen sind, und der auf eine jenseitige Welt bezogen ist.

Adenauers Vorstellungen vom Menschen und der Welt wurzelten tief im Christentum. 1876 ins junge Kaiserreich hineingeboren, wuchs er in einem kleinbürgerlichen Kölner Beamtenhaushalt heran, in dem der katholische Glaube zum festen Bestandteil des Alltags gehörte²⁸. Die Prägung durch den liberalen, lebenspraktischen Katholizismus des Rheinlands hinterließ in dem zeitlebens praktizierenden Katholiken einen stark verinnerlichten Glauben, während zur Amtskirche stets ein distanziertes Verhältnis gepflegt wurde.

Materialismus und Christentum waren für Adenauer „die großen entgegengesetzten Pole“ der Epoche²⁹, die sich im Verständnis von der Rolle des Menschen und des Staates grundlegend unterschieden. „Ist der Staat um des Menschen willen da, oder ist der Mensch um des Staates willen da“, lautete Adenauers Kernfrage³⁰. Und seine Antwort war die des Christen: Die – von Gott gegebene – Würde und Freiheit des Menschen sind das höchste Gut. Vorstellungen, die den Staat über den Menschen stellten, lehnte Adenauer kategorisch ab. „Die materialistische Weltanschauung“ hatte aus seiner Sicht „zu einer [...] Überhöhung des Staats- und Machtbegriffs, zur Minderbewertung der ethischen Werte und der Würde des einzelnen Menschen geführt“³¹. „Wer“, so Adenauer, „eine Zentralisierung der politischen und der wirtschaftlichen Macht beim Staate oder bei einer Klasse erstrebt [...], ist ein Feind der Freiheit der Einzelperson, er bereitet zwangsläufig den Weg der Diktatur im Fühlen und Denken seiner Anhänger vor“³². Die Verherrlichung des Staates und das Streben nach staatlicher Allmacht hielt Adenauer im Übrigen nicht nur dem Marxismus und Kommunismus, sondern zeitlebens auch dem Preußen Bismarcks vor und erkannte darin den Beginn des verhängnisvollen deutschen Weges in die Katastrophe.

Die Überzeugung von der Freiheit des Christenmenschen machte den Kanzler immun gegenüber jeder Form der Diktatur: So wie der Zentrumspolitiker Adenauer den Nationalsozialismus konsequent abgelehnt hatte, wies der christliche Demokrat Adenauer den Kommunismus als „ausgeprägteste Form“ des Materialismus zurück³³. Solle nach christlichen Grundsätzen regiert werden oder ein Kollektiv über den Mensch bestimmen, fragte Adenauer im Sommer 1946 rhetorisch provokativ³⁴. Der

²⁷ Vgl. Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 176f.

²⁸ Vgl. Schwarz, Adenauer 1876–1952, S. 53–93, v.a. S. 73f.; Köhler, Adenauer, S. 23–34; Weymar, Adenauer, S. 12–19. Zur Prägung des Glaubens vgl. Doering-Manteuffel, Rheinischer Katholik, S. 237f.

²⁹ StBKAH, I.02.03, Rede in Essen vom 24. 8. 1946. Vgl. auch Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 175.

³⁰ StBKAH, I.02.10, Rede in Köln vom 2. 11. 1952, S. 2. Vgl. auch Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 176.

³¹ Rede in Köln vom 24. 3. 1946, in: Adenauer, Reden, S. 85.

³² Ebenda.

³³ StBKAH, I.02.12, Rede in Solingen vom 23. 6. 1954, S. 21. Vgl. auch Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 177.

³⁴ Vgl. StBKAH, I.02.03, Rede in Neuenkirchen vom 3. 8. 1946, S. 2. Vgl. auch Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 175.

Kommunismus und damit die Sowjetunion galten ihm als „Inkarnation der Staatsomnipotenz, der gegenüber der einzelne Mensch zu einem Nichts herabsinken musste“. Der Kommunismus mache – so Adenauer – die Menschen zu Sklaven, indem er ihnen die Freiheit der Entscheidung nehme. Der Verlust dieser Freiheit war für Adenauer das Schlimmste, was dem Menschen widerfahren könne³⁵. Daher kennzeichnete er die Sowjetunion als „de[n] tödlichste[n] und furchtbarste[n] Feind des Christentums. [...] Sowjetrussland will jede Religion, vor allem das Christentum, vernichten, um dem Menschen den letzten Halt zu nehmen, der ihn vor der Vermassung schützt“³⁶.

III. Niederschlag im politischen Handeln

1. Außen- und Innenpolitik

Adenauers politischer Kompass war 1945 rasch gestellt: Er richtete sich auf die schnellstmögliche Wiederherstellung eines staatlichen Gefüges, auf eine enge, unzerbrechliche Bindung an die freiheitlichen Demokratien des Westens und die Schaffung eines vereinten Europa. Das Streben nach innerer Geschlossenheit und Einheit der freien Völker der Welt wurde zum Leitmotiv des ersten Bundeskanzlers. Vom Errichten von Dämmen und Bollwerken war bei ihm immer wieder anschaulich die Rede: Europa müsse sich zusammenschließen als „Damm gegen die rote Flut“, um Freiheit und Frieden des Westens zu sichern³⁷. Schon den 1949 gegründeten Europarat hielt Adenauer „für eine absolute Notwendigkeit, um den ständig sich steigernden einsickernden sowjet-russischen und SED-Gedankengängen nach Westdeutschland und Westeuropa entgegentreten zu können“³⁸. Auch das westliche Verteidigungsbündnis der NATO galt Adenauer als ein solcher „Damm gegen den Kommunismus“³⁹.

Die Verbindungen mit der westlichen Welt zu lockern, etwa in Form der vielfach diskutierten Neutralität, bedeutete aus Adenauers Sicht Lebensgefahr. „Äußerste Vorsicht und Wachsamkeit“ war das oberste Gebot des Kanzlers⁴⁰, für den es – ohne Gegenleistungen – keine Konzessionen geben durfte. Kurzum, Adenauer stand für eine Politik der äußerlichen und innerlichen Stärke⁴¹. Und zur Begründung setzte er hinzu: „Mit Sowjet-Russland kann man nur verhandeln, wenn man mindestens gleich stark ist.“⁴² Dass man sich mit Stärke dem sowjetischen Expansionsstreben sehr wohl widersetzen konnte, hatten für Adenauer Griechenland und die Türkei eindrucksvoll unter Beweis gestellt⁴³.

³⁵ Vgl. Poppinga, Geschichtsverständnis, S. 178 (Zitat) und 182f.

³⁶ Rede in Bad Ems vom 14. 9. 1951, in: Adenauer, Reden, S. 226f.

³⁷ Weidenfeld, Europa, S. 144. Vgl. auch Adenauer an McCloy, 7. 6. 1951, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 69.

³⁸ Adenauer an Ehlen, 2. 6. 1950, in: Adenauer, Briefe 1949–1951, S. 224.

³⁹ Kanzlertee vom 2. 3. 1961, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 484.

⁴⁰ Adenauer, Erinnerungen II, S. 387.

⁴¹ Vgl. Informationsgespräch vom 20. 9. 1955, in: Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 12.

⁴² Adenauer an Ritter, 7. 4. 1952, in: Adenauer, Briefe 1951–1953, S. 198.

⁴³ Vgl. Adenauer, Erinnerungen II, S. 408.

So wie das außenpolitische Handeln Konrad Adenauers nicht ausschließlich, aber doch maßgeblich auf die Abwehr des Kommunismus ausgerichtet war, galt dies auch für den innenpolitischen Bereich. Vorstellungen eines ‚Sozialismus aus christlicher Verantwortung‘ in der CDU der ersten Nachkriegszeit hatte Adenauer rundweg eine Absage erteilt und dafür gesorgt, dass der Begriff des Sozialismus bald aus der Parteiprogrammatik verschwand⁴⁴. Dennoch war Adenauer überzeugt, „Unkraut gedeiht auf schlechtem Boden“, und fuhr fort, „das gilt auch vom Kommunismus. Daher müssen wir uns bemühen, in unserem Lande Arbeit und Sicherheit, eine gerechte soziale Ordnung zu schaffen“⁴⁵. Auch die sofortige Beseitigung der Kriegsschäden diente für Adenauer dazu, die Deutschen „nicht dem Kommunismus in die Arme zu treiben“⁴⁶. Gleiches galt für den Lastenausgleich und die Eingliederung der Zonenflüchtlinge⁴⁷. Die Liste lässt sich erweitern um die Mitbestimmung, Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand oder auch die Einführung der ‚Dynamischen Rente‘. All diese sozial- und gesellschaftspolitischen Maßnahmen trugen für Adenauer zur Immunisierung gegenüber kommunistischem Gedankengut bei. Angesichts der starken französischen Kommunisten gab der Kanzler gegenüber Staatspräsident Charles de Gaulle zu bedenken, „die Völker würden nur dann innerlich und eventuell [...] auch militärisch dem Kommunismus Widerstand leisten, wenn sie mit ihrer Lage zufrieden seien, wenn sie die Lebensart, die sie jetzt hätten, schätzten und für wertvoll hielten“⁴⁸. Zweifellos verfolgte Adenauer mit den sozialstaatlichen Maßnahmen nicht ausschließlich das Ziel, der kommunistischen Gefahr vorzubeugen, doch unternahm er wiederholt den Anlauf, „die Kosten, die [...] indirekt zur Aufhaltung des Kommunismus“ verwendet werden „[...] ganz oder teilweise anerkannt zu bekommen als Aufwendungen für [die] NATO“⁴⁹.

So kategorisch Adenauer auch den Kommunismus ablehnte, Scheu oder Berührungängste im Umgang mit Kommunisten zeigte er nie. Als dem Oberbürgermeister Adenauer im Köln der 1920er Jahre für die von ihm gegenüber der traditionellen Bogenbrücke favorisierten modernen Hängebrücke über den Rhein die Mehrheit fehlte, gewann er die Stimmen der kommunistischen Stadtverordneten und setzte auf diese Weise sein Vorhaben durch⁵⁰. Selbstverständlich war dem Kölner Stadtoberhaupt auch der Empfang einer sowjetischen Delegation anlässlich der internationalen Presseausstellung 1928. Der Bundeskanzler Adenauer schließlich wusste – trotz aller Vorbehalte – wie wichtig es gerade für den westlichen Teil des gespaltenen Deutschland war, normale Beziehungen zum Ostblock zu finden⁵¹. Auch dabei ließ sich Adenauer aber von den Maximen Vorsicht, Wachsamkeit und Stärke leiten. So bot denn

⁴⁴ Vgl. Köhler, Adenauer, S. 404–412; Bösch, Adenauer-CDU, S. 60f. und Gurland, CDU/CSU, S. 219–226.

⁴⁵ Rede in Goslar vom 20. 10. 1950, in: Erster Parteitag, S. 16.

⁴⁶ Adenauer, Erinnerungen III, S. 337.

⁴⁷ Vgl. Adenauer an Brentano, 7. 2. 1958, in: Adenauer, Briefe 1957–1959, S. 62.

⁴⁸ Adenauer, Erinnerungen IV, S. 103. Auch die sozialen Verhältnisse in Südtalien bereiteten Adenauer Sorge. Vgl. Adenauer an Kühn-Leitz, 19. 2. 1956, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 160.

⁴⁹ Adenauer an von Brentano, 7. 2. 1958, in: Adenauer, Briefe 1957–1959, S. 62.

⁵⁰ Vgl. Schumann, Ansichten, S. 164f. und Schwarz, Adenauer 1876–1952, S. 307–309.

⁵¹ Vgl. Adenauer, Erinnerungen II, S. 387.

auch – nachdem die Souveränität und der NATO-Beitritt die politischen Voraussetzungen geschaffen hatten – Adenauers Moskaureise im September 1955 eine beeindruckende Demonstration der Stärke: Die riesige Delegation, die sorgsam geplante Anreise mit brandneuen Lufthansa-Maschinen und einem Sonderzug – die schicken Mercedes-Limousinen im Gepäck – sowie schließlich das souveräne Auftreten des Kanzlers selbst, der sich überdies noch als trinkfest erwies. Adenauer schlug alle wohlgemeinten Warnungen in den Wind, vertraute auf Bulganins und Chruschtschows ‚Ehrenwort‘, alle verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten freizulassen, und stimmte im Gegenzug der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu; ein deutsch-sowjetisches Handelsabkommen folgte 1958⁵². Den sowjetischen Botschafter Andrej Smirnow schätzte Adenauer als „eine durchaus sympathische Erscheinung“, mit dem er ein „gutes Verhältnis“ pflegte, sich über byzantinische Kunst und russische Geschichte austauschte und auch „manches offene Wort“ sprach⁵³. Dabei waren die Grenzen stets klar: Adenauer wusste, dass der Botschafter ein „korrekter Interpret seiner Regierung“ bleiben musste, und gab sich keinesfalls der Illusion hin, der Dialog könne zu einer grundlegenden Verbesserung der bilateralen Beziehungen beitragen⁵⁴.

Verbindlichkeit in der Form, Entschiedenheit in der Sache prägten auch Adenauers brieflichen Kontakt mit dem Kreml. Punkt für Punkt beantwortete er die zahlreichen Vorhaltungen und Anschuldigungen aus einem Schreiben Chruschtschows ebenso gelassen wie nachdrücklich: „Ich hasse weder den Sozialismus noch die Form des Sozialismus, die man Kommunismus zu nennen pflegt. Ich hasse auch keinen Staat, weil er sozialistisch ist, und ebensowenig einen Menschen, der Sozialist ist. [...] Ich bin aber [...] nicht der Auffassung, dass der Sozialismus für ein großes Volk das Endstadium, das gute Endstadium seiner Entwicklung, sein wird, weil die Menschen nun einmal keine Engel und Heilige sind, die ohne jede Berücksichtigung ihres persönlichen Interesses handeln.“⁵⁵

2. Wahlkampf

Die Abwehr der kommunistischen Bedrohung durchzog die politische Argumentation Konrad Adenauers kontinuierlich vom Beginn bis zum Ende seiner Kanzlerschaft, doch stach sie in Wahlkampfzeiten besonders hervor. Dem Wahlkämpfer lag diese zugespitzte Form der parteipolitischen Auseinandersetzung; es bereitete ihm Freude zu polarisieren und zu attackieren.

Um seine Vorstellungen von der demokratischen Neugründung 1949 durchsetzen zu können, brauchte die CDU ein Bündnis mit den anderen bürgerlichen Parteien. Eine große Koalition im Bund lehnte Adenauer rigoros ab und setzte daher alles daran, die Union und die SPD als gegensätzliche parteipolitische Alternativen darzustellen, denen jeglicher gemeinsamer Nenner fehle. „Was ist die Sozialdemokratie? [...]

⁵² Zur Moskaureise siehe Kilian, Adenauers Reise; Altrichter, Adenauers Moskaubesuch; Keil, Mit Adenauer in Moskau.

⁵³ Adenauer, Erinnerungen III, S. 349f.

⁵⁴ Ebenda, S. 369.

⁵⁵ Adenauer an Chruschtschow, 27. 8. 1959, in: Adenauer, Briefe 1957–1959, S. 324.

Steht sie noch auf dem Boden des Marxismus oder nicht? [...] Glaubt sie denn wirklich noch an die Dogmen von Karl Marx! Sieht sie denn nicht, dass überall der Sozialismus versagt oder zum totalen Staate führt, weil er eben doch die ganze Gewalt zusammenballt in wenige Hände und den Menschen [...] zum Massenteilchen macht?“, fragte Adenauer rhetorisch zugespitzt und schwieg sich über die Antwort beredt aus⁵⁶. Auch wenn er sich scheute, die SPD öffentlich mit dem Begriff des Marxismus zu belegen, so war sie für ihn „im Grunde eine marxistische Partei“⁵⁷. Vor breitem Publikum titulierte Adenauer die Sozialdemokraten in der Regel als „Sozialisten“, an deren geistiger Nähe zum Kommunismus er wenig Zweifel ließ: „Die Sozialisten der freien Welt kann man natürlich nicht mit den Kommunisten gleichsetzen. Aber die ideologische Grundlage [...] ist auch dort: Zuerst der Staat und dann die Person.“⁵⁸

Solange sich die SPD selbst als Klassenpartei definierte, hatte Adenauer leichtes Spiel, eine geistige Verwandtschaft mit dem Kommunismus zu suggerieren und den Verdacht nahe zu legen, die Sozialdemokraten betrieben das Spiel Moskaus. Darüber hinaus haftete der SPD in der Öffentlichkeit allgemein das Image einer Weltanschauungspartei an, die sich in ihren geistigen Wurzeln zu Marx bekannte und die an dem Ziel einer Verstaatlichung aller Produktionsmittel festhielt⁵⁹. Auch die politische Karikatur griff diese Wahrnehmung in vielerlei Darstellungen des SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer mit Karl Marx an dessen Seite auf⁶⁰. Dies änderte sich mit dem Godesberger Programm 1959, als die SPD ideologischen Ballast über Bord warf und sich als Volkspartei öffnete⁶¹. Fortan ging Adenauers begrifflich nie klar definierte, aber doch eingetübte und assoziativ wirkende Gleichung SPD = Sozialisten = Materialisten = Marxisten = Kommunisten nicht mehr ohne Weiteres auf. Der Kanzler mochte nicht an einen echten politischen Richtungswandel glauben. Das neue sozialdemokratische Parteiprogramm erschien ihm lediglich als „Lippenbekenntnis“ mit reichlich vagem, unverbindlichem Inhalt⁶², worin er sich mit einem guten Drittel der Bundesbürger einig wusste, die den Wandel der SPD lediglich im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1961 sahen⁶³.

Auch die nachfolgende Richtungsänderung auf dem Gebiet der Außenpolitik wollte Adenauer als rein taktisches Manöver verstanden wissen. Der stellvertretende Vorsitzende Herbert Wehner, der sie in seiner Rede vom 30. Juni 1960 verkündet hatte, war mit seiner kommunistischen Vergangenheit dem CDU-Vorsitzenden ohnehin zu tiefst suspekt⁶⁴. Die vordergründigen Lacher hatte der Wahlkämpfer Adenauer in der vollen Dortmunder Westfalenhalle zwar auf seiner Seite, als er die Sozialdemokratie mit einem Chamäleon verglich, das nach Bedarf verschiedene Farben annehmen

⁵⁶ StBKAH, I.02.05, Rede in Heidelberg vom 21. 7. 1949, S. 16.

⁵⁷ Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 15. 7. 1953, in: Adenauer: „Es musste alles neu gemacht werden.“, S. 587.

⁵⁸ Rede in Kiel vom 18. 9. 1958, in: 8. CDU-Bundesparteitag, S. 24.

⁵⁹ Vgl. Kitzinger, Wahlkampf, S. 94.

⁶⁰ Vgl. ebenda.

⁶¹ Zum Godesberger Programm und seinen Folgen siehe Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S. 433–454 und Bouvier, Zwischen Godesberg und großer Koalition.

⁶² Vgl. StBKAH, I.02.24, Reden in Bamberg vom 11. 6. 1961, S. 6, Dortmund vom 16. 7. 1961, S. 9f. und Ulm vom 26. 8. 1961, S. 3.

⁶³ Vgl. Paul, Adenauer-Wahlkämpfe, S. 623.

⁶⁴ Vgl. Schwarz, Adenauer 1952–1967, S. 80. Zu Wehner siehe Soell, Der junge Wehner.

könne⁶⁵, in der Sache jedoch vermochte dies kaum darüber hinwegzutäuschen, dass die Polarisierung nicht mehr verfiel. Für die 1961 anstehenden Bundestagswahlen gab sich Adenauer im Kreis der Partei dann auch keinen Illusionen hin, indem er eingestand, die SPD sei fortan „ein sehr viel schwerer zu schlagender Gegner [...] als je zuvor“⁶⁶.

Bei der ersten Bundestagswahl 1949 boten die Sozialdemokraten und die Unionsparteien den Wählern mit der Planwirtschaft und der Sozialen Marktwirtschaft zwei klare wirtschaftspolitische Alternativen. Für Adenauer ging es in diesem hart geführten Wahlkampf aber noch um eine sehr viel grundlegendere Entscheidung: „Wie sieht es in der Welt aus? Auf der einen Seite Sowjet-Russland [...]. Diese Macht ist bewusst ein Feind des Christentums, ein Feind Gottes; sie will das Christentum und den Gottesbegriff in den Menschen ertöten. [...] Die Gefahr für uns Deutsche und für ganz Europa, vom kommunistischen Heidentum verschlungen zu werden, ist keineswegs gebannt“, warnte Adenauer auf einer Großkundgebung und spitzte die Wahlentscheidung zu: „Wird Deutschland christlich oder wird es sozialistisch regiert werden? Wenn es sozialistisch regiert werden wird, dann seien wir uns klar darüber, dass der Sozialismus keinen Damm gegen den Kommunismus bildet.“⁶⁷ Dies habe die SPD – so Adenauers Behauptung – in der Sowjetischen Besatzungszone und in Berlin bewiesen, indem sie sich der Zwangsvereinigung mit der SED nicht einmütig widersetzt und damit „den einheitlichen Widerstand der deutschen Parteien [...] gegen den Kommunismus und [...] die Russen zerbrochen hat“⁶⁸.

Ähnlich dramatisch ging es im Wahljahr 1953 zu, das der Kanzler zum „Schicksalsjahr“ erhob, bei dem sich am Wahltag die Zukunft der christlich-abendländischen Kultur entscheiden solle⁶⁹. Neben der Person des Kanzlers setzte die CDU als zweites großes Wahlkampfthema auf die kommunistische Bedrohung. Von den vier zentralen Wahlkampfplakaten galten zwei der Abwehr der ‚Gefahr aus dem Osten‘, darunter jenes legendäre „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau. Darum CDU“⁷⁰. Weitere Plakate, die bewaffnete Rotarmisten vor markanten heimischen Kulissen wie dem Kölner Dom oder der Münchener Frauenkirche zeigten, waren optisch sprechend genug und konnten auf einen Parteihinweis gänzlich verzichten⁷¹.

Die blutige Niederschlagung des Aufstands vom 17. Juni 1953 bestätigte die richtige Wahl des Kampagnenthemas und verlieh Adenauers Wahlkampf ungewollt Rückenwind. Nach anfänglichem Zögern ließ sich der Kanzler überzeugen, beim Trauerakt für die Opfer im Bundeshaus teilzunehmen und damit gleichermaßen Solidarität wie Abwehrbereitschaft zu demonstrieren⁷². Auch die vom Staatssekretär im Bundes-

⁶⁵ Vgl. StBKAH, I.02.24, Rede in Dortmund vom 16. 7. 1961, S. 10.

⁶⁶ Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 23. 8. 1960, in: Adenauer, „...um den Frieden zu gewinnen“, S. 737. Zur Bedeutung des Godesberger Programms für die Bundestagswahl 1961 vgl. Paul, Adenauer-Wahlkämpfe, S. 621–625.

⁶⁷ StBKAH, I.02.05, Rede in Heidelberg vom 21. 7. 1949, S. 19f.

⁶⁸ Ebenda, S. 15. Vgl. auch Köhler, Adenauer, S. 515.

⁶⁹ Vgl. StBKAH, I.02.11, Redemanuskript für den CDU-Bundesparteitag, 21. 4. 1953. Vgl. auch Köhler, Adenauer, S. 780. Zum Wahlkampf allgemein vgl. Recker, Wahlen und Wahlkämpfe, S. 298–302.

⁷⁰ Langguth, Politik und Plakat, S. 92.

⁷¹ Ebenda, S. 94.

⁷² Vgl. Im Zentrum der Macht, S. 652 und Bösch, Adenauer-CDU, S. 152.

kanzleramt und führenden Kopf für die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung Otto Lenz neu geschaffene Mobilwerbung griff die Ereignisse auf. In einer Art Freilichtkino zeigten die CDU-Wahlkämpfer Filmaufnahmen des 17. Juni auf Dorfplätzen der gesamten Republik und sorgten damit in einer Zeit, als die Tagesschau gerade mal ihren Sendebetrieb aufgenommen hatte⁷³ und noch kaum ein Haushalt über ein Fernsehgerät verfügte⁷⁴, für eine große Verbreitung der eindringlichen Szenen, die sogleich mit einer politischen Botschaft verbunden werden konnten. Die Bilanz des Wahlabends übertraf die Erwartungen; die Unionsparteien gewannen gegenüber 1949 gut 14 Prozent hinzu und erreichten 45,2 Prozent der Stimmen⁷⁵. Dabei verfiel die antikommunistische Mobilisierung gerade in den Zonenrandgebieten und bei den Jung- und Nichtwählern⁷⁶.

Mit dem Slogan „Keine Experimente“ richtete die CDU ihren Bundestagswahlkampf 1957 ganz darauf aus, die Ernte erfolgreicher Regierungsjahre einzufahren und die außen-, innen- und wirtschaftspolitischen Errungenschaften zu sichern. Adenauer selbst beschwor einmal mehr den „Ernst der ganzen Lage“, demzufolge die „weltpolitische Auseinandersetzung [...] sich [...] einem entscheidenden Punkt“ näherte⁷⁷. Trefflich ließ sich auch 1957 wieder polarisieren, zumal die SPD mit dem ‚Ollenhauer-Plan‘, der ein wiedervereinigtes Deutschland in einem europäischen Sicherheitssystem vorsah, dem Kanzler eine Steilvorlage gab, um der Wählerschaft erneut die existentielle Gefahr einer Neutralisierung Deutschlands vor Augen zu führen⁷⁸. Käme die SPD dazu, ihre Pläne durchsetzen zu können, so Adenauer, würde dies dem Kommunismus Tür und Tor öffnen, „dann wird der russische Kommunismus über uns Herr“⁷⁹ und „in längerer oder kürzerer Zeit Deutschland zu einem russischen Satellitenstaat machen und damit den Untergang Deutschlands herbeiführen“⁸⁰. Die Wahl stilisierte Adenauer zur Entscheidung zwischen Christentum und Kommunismus, zur Frage „um Leben und Tod für das deutsche Volk“⁸¹.

Auch 1957 visualisierten Plakate und Filme eindringlich die kommunistische Gefahr. Der in Ungarn im Herbst 1956 militärisch niedergeschlagene Volksaufstand lieferte das Stichwort für Plakate („Denkt an Ungarn: Seid wachsam! CDU“) und die bewegten Bilder sowjetischer Panzer⁸². Die abstrakte Bedrohung bekam einmal mehr ein Gesicht und war bestens geeignet, die Gefährlichkeit einer Abkehr von der Politik

⁷³ Der Sendebetrieb des Mediums Fernsehen begann am 25. Dezember 1952. Vgl. Ludes, Programmgeschichte des Fernsehens, S. 262.

⁷⁴ Vgl. Kiefer, Hörfunk und Fernsehnutzung, S. 431.

⁷⁵ Vgl. Ritter/Niehuss, Wahlen, S. 100.

⁷⁶ Vgl. Bösch, Adenauer-CDU, S. 152.

⁷⁷ StBKAH, I.02.15, Rede in Dortmund vom 30. 6. 1957, S. 2f. Zum ‚Ernst der Lage‘ vgl. auch Rede in Nürnberg vom 7. 7. 1957, in: Adenauer, Reden, S. 368.

⁷⁸ Zum Ollenhauer-Plan vgl. Penzlin, Wahlkampf und Außenpolitik, S. 302f. Text siehe DzD III/3,2, S. 1066–1072.

⁷⁹ StBKAH, I.02.16, Rede in Gummersbach vom 25. 7. 1957, S. 16.

⁸⁰ StBKAH, I.02.16, Rede in Essen vom 17. 8. 1957, S. 26. Zum ‚Untergang Deutschlands‘ bei einem Sieg der SPD vgl. auch Rede in Nürnberg vom 7. 7. 1957, in: Adenauer, Reden, S. 366. Dazu auch Penzlin, Wahlkampf und Außenpolitik, S. 322–324.

⁸¹ StBKAH, I.02.16, Rede in Essen vom 17. 8. 1957, S. 26.

⁸² Langguth, Politik und Plakat, S. 101 (Plakat). Vgl. auch Kitzinger, Wahlkampf, S. 81f. und 85f. und Bösch, Adenauer-CDU, S. 166f.

militärischer Stärke zu demonstrieren und damit der sich formierenden Bewegung ‚Kampf dem Atomtod‘ entgegenzuwirken⁸³.

Der Wahlkampf 1961 sollte für den 85-Jährigen der letzte als Kanzlerkandidat werden. Adenauer erinnerte ungeachtet der inzwischen vollzogenen programmatischen Kehrtwende der SPD nach Kräften daran, dass die Sozialdemokraten in den zurückliegenden zwölf Jahren keine der außenpolitischen Entscheidungen mitgetragen hätten, mit der Adenauer die Bundesrepublik in der freien Welt und einem geeinten westlichen Europa verankert habe⁸⁴. Die Warnungen vor der kommunistischen Gefahr hingegen verblassten in der Wahlkampfrhetorik, obwohl der Mauerbau vom 13. August 1961 einmal mehr den gewaltsamen Charakter kommunistischer Ideologie unterstrichen hatte.

3. ‚Kampf um die Köpfe‘

Adenauers Kampf gegen den Kommunismus war vordringlich ein ‚Kampf um die Köpfe‘. Er musste zum einen für Wachsamkeit sorgen, denn nach Adenauers Dafürhalten lebte die freie Welt „in einem völlig unbegründeten Sicherheitsgefühl gegenüber dem Kommunismus“⁸⁵. Sorgenvoll registrierte er das, was er „Wühlarbeit“ nannte, und führte allein für 1958 die beeindruckende Zahl von 12 500 Fällen „breitangelegter Spionage“ an⁸⁶. Aber auch die zunehmende kulturelle Repräsentation der Sowjetunion im Westen war ihm ein Dorn im Auge⁸⁷. Eine Umfrage des Instituts Allensbach, derzufolge im November 1959 nur noch 35 Prozent der westdeutschen Bevölkerung der Auffassung waren, dass die Kommunisten eine einflussreiche illegale Tätigkeit größeren Umfangs betrieben, besorgte Adenauer zutiefst⁸⁸. Zum anderen waren dringend Aufklärung und Immunisierung gegenüber dem kommunistischen Gedankengut geboten. Allein die Kirchen beider Konfessionen sah der Kanzler „als stärkstes Bollwerk gegen den Kommunismus“ an⁸⁹, während ihm die Intellektuellen, zumal junge intellektuelle Kreise als besonders gefährdet erschienen⁹⁰.

„Wir kommen“, schrieb Adenauer im Dezember 1955 – noch unter den Eindrücken seiner Moskau-Reise – an den amerikanischen Außenminister John Foster Dul-

⁸³ Zur Strategie, der Atomangst die Kommunismus- und Versklavungsangst entgegenzusetzen, siehe Löttel, Adenauer und die „Angst vor der Atombombe“, S. 222–224.

⁸⁴ Vgl. StBKAH, I.02.25, Reden in Bamberg vom 11. 6. 1961, S. 4, Bonn vom 16. 8. 1961, S. 3 und Köln vom 13. 9. 1961, S. 2f.

⁸⁵ Adenauer an Dulles, 12. 12. 1955, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 111.

⁸⁶ Adenauer, Erinnerungen III, S. 460. Zur Eindämmung kommunistischer Propaganda mittels Post- und Telefonüberwachung siehe Foschepoth, Überwachtes Deutschland; zur Rolle Adenauers in diesem Kontext S. 56f.

⁸⁷ Zur ‚sowjetischen Kulturoffensive‘, die Adenauer zufolge unbemerkt politische Ziele transportierte: Adenauer an die Ministerpräsidenten der Bundesländer, 22. 7. 1954, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 121.

⁸⁸ Vgl. Sitzung des CDU-Bundesvorstands vom 29. 1. 1960, in: Adenauer, „... um den Frieden zu gewinnen“, S. 583.

⁸⁹ Informationsgespräch vom 15. 1. 1960, in: Adenauer, Teegespräche 1959–1961, S. 162. Vgl. auch Informationsgespräch vom 8. 5. 1959, in: ebenda, S. 50.

⁹⁰ Vgl. Sitzungen des CDU-Bundesvorstands vom 11. 10. 1954 und 5. 2. 1955, in: Adenauer, „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“, S. 288f. und 386; Adenauer an Dulles, 23. 9. 1955, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 62.

les, mit dem er sich in der grundsätzlichen Einschätzung der politischen Gegebenheiten einig wusste, „ohne einen großen, ideologisch abgestimmten aufklärenden Feldzugsplan aus dieser großen Gefahr für die freie Welt nicht heraus“⁹¹.

Seit einiger Zeit schon trieb den Kanzler der Gedanke an ein Institut in Deutschland um, „das den geistigen Kampf gegen den Kommunismus intensiviere und das gleichzeitig aufkläre über die großen Gefahren und die katastrophalen Folgen“⁹². Auf einer höheren Ebene tauchte sein Gedanke gut ein Jahr später wieder auf, als der vormalige französische Ministerpräsident und Außenminister Antoine Pinay im Sommer 1957 dem Kanzler vorschlug, „man sollte doch bei [der] NATO eine besondere Stelle einrichten, damit die antikommunistische Propaganda unter den freien Völkern gekräftigt [...] und einheitlicher würde“⁹³. Auch diesen Gedanken machte sich Adenauer zu Eigen, wobei er nun nicht nur an eine Abwehr kommunistischer Vorstellungen dachte, sondern den Schwerpunkt auf der „Betonung unserer westlichen Ideale“ gesetzt haben wollte⁹⁴. Der Bonner Regierungschef ließ die Idee über Botschafter Herbert Blankenhorn bei NATO-Generalsekretär Paul Henri Spaak sondieren. Dieser signalisierte zwar grundsätzlich Einverständnis, doch blieb Adenauers Vorstoß ohne erkennbare Folgen⁹⁵. Aufgeschlossen zeigten sich auch die führenden Bündnispartner Eisenhower, Macmillan und de Gaulle, denen Adenauer seine Vorstellungen im Dezember 1959 anlässlich der Konferenz der drei Westmächte in Paris persönlich darlegte⁹⁶. Doch war dieses höfliche Interesse wohl allein taktischen Ursprungs, denn auch dieser Vorstoß blieb ohne greifbare Ergebnisse⁹⁷.

Seine Lebenserfahrung war zu groß und sein Menschenbild zu skeptisch, als dass Adenauer der zwischen Ost und West einsetzenden Entspannungspolitik Vertrauen geschenkt hätte. Für ihn war zu viel illusionäres Wunschdenken damit verbunden⁹⁸, das dem nüchternen Realisten fremd blieb. Eine Abkehr von der Politik der Stärke durch Konzessionen oder gar Vorleistungen in der Hoffnung auf eine Lockerung der sowjetischen Positionen hielt Adenauer weiterhin für verhängnisvoll⁹⁹. Und so vermag es nicht zu verwundern, dass der Kanzler bald „das elende Gerede von der Entspannung nicht mehr ertragen“ konnte¹⁰⁰. Die Sorge vor prinzipienloser Entspannung sollte Adenauer bis zuletzt begleiten. So fürchtete der Altkanzler bei Bekanntwerden des ersten Entwurfs zum Atomwaffensperrvertrag wenige Wochen vor seinem Tod

⁹¹ Adenauer an Dulles, 12. 12. 1955, in: Adenauer, Briefe 1955–1957, S. 111. Vgl. dazu auch Weidenfeld, Europa, S. 157. Siehe auch Dulles an Adenauer, 27. 12. 1955, in: Adenauer, Erinnerungen III, S. 101.

⁹² Aufzeichnungen über Gespräch mit Oberländer, 20. 1. 1955, in: Adenauer, Briefe 1953–1955, S. 235f. Vgl. auch Sitzungen des CDU-Bundesvorstands vom 5. 2. 1955 und 13. 1. 1956, in: Adenauer, „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“, S. 408 und 732.

⁹³ Informationsgespräch vom 13. 8. 1957, in: Adenauer, Teegespräche 1955–1958, S. 225 und 447f.

⁹⁴ Adenauer an von Eckardt, 27. 8. 1958, in: Adenauer, Briefe 1957–1959, S. 147.

⁹⁵ Vgl. Adenauer an von Eckardt, 27. 8. 1958, in: Adenauer, Briefe 1957–1959, S. 147; in Verbindung mit Tagebucheintrag Blankenhorns vom 9. 9. 1958 und von Eckardt an Adenauer, 2. 9. 1958: ebenda, S. 442f.

⁹⁶ Vgl. Adenauer, Erinnerungen IV, S. 27f.

⁹⁷ Vgl. Weidenfeld, Europa, S. 158–160.

⁹⁸ Vgl. ebenda, S. 169.

⁹⁹ Vgl. Adenauer, Erinnerungen III, S. 305f.

¹⁰⁰ Osterheld, Charakterbild, S. 63.

öffentlich in München, diese Abmachung führe dazu, dass „die Russen uns in Hunger und Not hereinbringen und uns reif machen würden für den Kommunismus“¹⁰¹. Seine Mahnung an die Zuhörer, „seid wach für die kommenden Jahre“, wurde zu seinem Vermächtnis.

IV. Fazit

Abschließend bleibt festzuhalten: Adenauer hatte ein elementares Gefühl der Bedrohung durch den die Weltherrschaft predigenden Kommunismus, den der Kanzler synonym verwendete mit Sowjetrußland. Seine Einschätzung der kommunistischen Gefahr blieb konstant bis zu seinem Tod 1967. Das Bedrohungsgefühl war derart existentiell, weil der Kommunismus Adenauers christlichem Menschen- und Weltbild diametral entgegenstand.

Der Antikommunismus bildete das ‚Grundrauschen‘ Adenauers politischen Handelns: Er schlug sich in der unverbrüchlichen Westbindung nieder, war eine Triebfeder der europäischen Integration und ein Grundmotiv für die Errichtung einer stabilen politischen und gerechten sozialen Ordnung. Hier bestimmte Konrad Adenauer die Richtlinien der Politik. Wie für die Mehrheit der politischen Elite der jungen Bundesrepublik war auch für den Kanzler die Erinnerung an das Scheitern der ersten deutschen Demokratie durch eine Preisgabe der Republik an eine verbrecherische Diktatur und eine menschenverachtende Ideologie noch frisch. Aus seiner Sicht durfte sich die Geschichte nicht wiederholen, sondern musste die Demokratie ihrer Bedrohung diesmal Stand halten.

Die Beschwörung der kommunistischen Bedrohung beherrschte die parteipolitische Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Opposition und hatte folglich in Wahlkampfzeiten Hochkonjunktur. Mit einer – mehr oder weniger ausgeprägten – begrifflich diffusen Gleichsetzung der Sozialdemokratie mit dem Sozialismus, dem Materialismus, dem Marxismus und dem Kommunismus sorgte der Kanzler für eine deutliche Frontstellung zwischen CDU/CSU und SPD. Seine ebenso einfachen wie klaren Botschaften, die Adenauer so schätzte, stellten die Bundesbürger vor die existentielle Wahl, entweder für die Union zu stimmen und damit das Christentum zu bewahren, oder aber verantwortlich zu sein für den ‚Untergang Deutschlands‘. In dieser Zuspitzung fungierte der Antikommunismus im Wahlkampf als wichtiges Mobilisierungsinstrument. Er hielt die interkonfessionelle Partei mit dem ‚hohen C‘ zusammen und ermöglichte Stimmengewinne im gesamten bürgerlichen Lager.

Je stärker die Weltmächte partielle Interessenidentität zur Entspannung suchten, desto deutlicher und häufiger sorgte sich Adenauer vor der geistigen Gefahr des Kommunismus und suchte nach Mitteln der Immunisierung. In dem Maße, in dem sich weltpolitisch der Status quo verfestigte, innenpolitisch der gesellschaftliche Wandel einsetzte und die Sozialdemokraten einen Trennungsstrich gegenüber der Ideologie und der Herrschaftspraxis des Kommunismus zogen, verloren Adenauers Warnungen vor der kommunistischen Bedrohung ihre integrierende Funktion. Die Assoziation der SPD mit dem Kommunismus verhallte in der Wählerschaft schließlich ungehört.

¹⁰¹ Adenauer, Die letzten Lebensjahre, Bd. 2, S. 400.

Adenauer war ein durch und durch pragmatischer Politiker mit einem gesunden Sinn für das Machbare und *einem* klaren Prinzip: dem Primat der Freiheit. Dies machte ihn zu einem überzeugten Demokraten und – notwendigerweise – zu einem ebenso überzeugten Antikommunisten, kurzum: zum führenden Vertreter eines demokratischen Antikommunismus.

Michael Schwartz

Antikommunismus und Vertriebenenverbände: Ein differenzierter Blick auf scheinbar Eindeutiges in der frühen Bundesrepublik Deutschland

I. Vertreibungserfahrung und Antikommunismus

Der Kommunist Walter Janka, der nach 1956 vom Ulbricht-Regime als ‚Konterrevolutionär‘ aus der SED ausgeschlossen und jahrelang inhaftiert worden war, hatte in vielen Punkten einen Dissens zur offiziellen Parteilinie. Schon als junger SED-Funktionär, so notierte er später in seinen Erinnerungen, hätten ihn die offiziellen Argumente von KPdSU- und SED-Führung zur Rechtfertigung der Vertreibung und Zwangsaussiedlung der Deutschen aus dem Osten nicht überzeugt. Schließlich hätte man mit Lenin gegen solchen Landraub argumentieren können. In diesem Zusammenhang stellte Janka auch die Frage nach der negativen Rückwirkung der Vertreibung von mindestens zwölf Millionen Deutschen auf den Kommunismus in Deutschland: „Mußten die betroffenen Menschen, die Hab und Gut verloren, nicht zu Antikommunisten werden?“¹

Diese Schlussfolgerung, dass die Vertriebenen aufgrund ihrer Erfahrungen mit ihren kommunistischen Vertreibern zu glühenden Antikommunisten werden müssten, war im geteilten Deutschland nach 1945 weit verbreitet. Infolgedessen wurde die soziale Integration der Vertriebenen in der DDR „mit einer permanenten ideologischen Beeinflussung“ verbunden, „die antisowjetische und antikommunistische Einstellungen beseitigen und die Vertriebenen systemkonform politisieren sollte“². Während die Sowjets und das SED-Regime bei den Vertriebenen in ihrem Machtbereich, den sogenannten ‚ehemaligen Umsiedlern‘ – über vier Millionen, nach 1961 noch immer weit über drei Millionen Vertriebene –, deren „starke antikommunistische und nationalistische“ Tendenzen fürchteten, sorgten sich die westlichen Alliierten und später auch die Regierungen der Bundesrepublik umgekehrt über „kommunistische oder nationalsozialistische Umtriebe“ infolge der katastrophalen materiellen Notlage der Flüchtlinge und Vertriebenen³. 1959 konstatierten die Herausgeber eines offiziellen bundesdeutschen Überblickswerkes über die Lage der ‚Vertriebenen in Westdeutschland‘, die Soziologen Eugen Lemberg und Friedrich Edding, im Kalten Krieg sei „dem Osten“ diese „hochexplosive Millionenmasse“ vor allem „als rachebegehrender Rückeroberer der verlorenen Heimat“ gefährlich gewesen, dem Westen wiederum „als Ferment der sozialen“ und damit höchstwahrscheinlich „kommunistischen Revolution“. Man hört noch das erleichternde Aufatmen, als die westdeutschen Wissenschaftler hinzufügten, entgegen dieser Befürchtungen seien die Vertriebenen überwiegend Befürworter einer liberalen Marktwirtschaft und der damit verbundenen Demokratie

¹ Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“, S. 270; Janka, Spuren eines Lebens, S. 210.

² Donth u. a., Aufnahme und Integration, S. 357.

³ Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, S. 7.

geworden. Diese antitotalitäre Grundhaltung resultiere aus der doppelten Totalitarismus-Erfahrung der Vertriebenen; sie sei folglich „größtenteils als Reaktion auf das vorhergegangene politische System der zentralistischen Willkür und der Ein-Parteien-Herrschaft [...] und seitens der Vertriebenen insbesondere als Reaktion auf erfahrene Vergewaltigung und enge Berührung mit der Praxis des Bolschewismus in ihren Heimatgebieten“⁴.

Was hier noch in antitotalitärem Gleichgewicht formuliert war, bezog der frühere CDU-Bundesvertriebenenminister Hans-Joachim von Merkatz in einem wiederum offiziösen Rückblick von 1979 eindeutig auf die ausgebliebene kommunistische Radikalisierung der Vertriebenen. Ihnen bescheinigte Merkatz: „Nachdem diese Menschen erlebt haben, was es bedeutet, im wörtlichen Sinne den eigenen Boden unter den Füßen zu verlieren, sind sie kaum geneigt, gleichmachenden oder gar anarchischen Ideologien zu folgen und ihre Lebensweise Wahnideen unterzuordnen, die zum Chaos führen müssen.“⁵ In den 1950er Jahren war unter den bundesrepublikanischen Eliten die Unterstellung gängig gewesen, „dass alle Elemente im Osten“ und allen voran Stalin mit der von Moskau vorangetriebenen Massenvertreibung von Millionen Deutschen in den ebenfalls kriegszerstörten und notleidenden Westen Deutschlands „auf die soziale Radikalisierung Westdeutschlands mit Hilfe der hineingepumpten Flüchtlingsmassen ihre Hoffnungen gesetzt“ hatten. Umso größer war die Erleichterung, dass sich die Kommunisten „in diesen Erwartungen betrogen sahen“. Vor allem die „Tatsache, dass die Vertriebenen sich als Opfer des Bolschewismus fühlten“, wurde als Ursache dafür angeführt, dass sie nach 1945 trotz ihrer schweren materiellen Notlagen gegen kommunistische Propaganda immun geblieben waren. Der deutschbaltische Publizist Max Hildebert Boehm stellte 1959 den darin zum Ausdruck kommenden „Zug zum Organisch-Konservativen“ in einen Zusammenhang mit der „allgemeine[n] Entwicklung in der Bundesrepublik [...], die stärker im Zeichen sogar der Restauration als der Revolution stand“⁶. Anders als die bekannte einseitige Restaurationsdiagnose von Walter Dirks und Eugen Kogon ließ Boehm jedoch die ‚revolutionären‘ Teilentwicklungen der Nachkriegszeit nicht unbeachtet. Diese würdigte der konservative Politiker von Merkatz noch ungleich stärker. 1971 stellte er fest, dass die durch Flucht und Vertreibung „Entwurzelten“ in der Bundesrepublik „nicht zu verzweifeln Revolutionären“ geworden seien, „die Deutschland für die Machtübernahme der Kommunisten [...] reif machten, sondern verbissene Kämpfer ums Eigentum und eine freiheitliche rechtsstaatliche Leistungsgesellschaft“, sei keineswegs etwas Rückwärtsgewandtes gewesen: „Es ging nicht um Restauration, sondern um Progression.“⁷

Der Antikommunismus der Vertriebenen in der Bundesrepublik hatte somit, wie immer man ihn inhaltlich bewerten will, auch progressive Seiten und Folgen. Die wichtigste war vermutlich der Konnex zwischen Antikommunismus und Vertriebe-

⁴ Edding/Lemberg, Eingliederung und Gesellschaftswandel, S. 157 f.

⁵ Merkatz, Einführung, S. 13.

⁶ Boehm, Gruppenbildung und Organisationswesen, S. 592 f.

⁷ Vgl. Bundesvertriebenenminister a. D. von Merkatz in einer ‚Völkerwanderung heute‘ betitelten Festschrift für seinen Ex-Staatssekretär Peter Paul Nahm, zitiert nach: Windelen, Die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, S. 701; zum Restaurationsbegriff Dirks‘ und Kogons: Nolte, Die Ordnung der deutschen Gesellschaft, S. 223 f.

nen-Sozialpolitik. So wurde der 1952 in Gesetzesform gebrachte Lastenausgleich – bis zur Finanzierung der deutschen Einheit nach 1990 die größte materielle Umverteilungsaktion der Geschichte des deutschen Sozialstaates – nicht zuletzt mit antikommunistischen Argumenten im Kalten Krieg der Weltsysteme begründet. Laut Reinhold Schillinger war „diese antikommunistische Legitimation des Lastenausgleichs [...] auch bei Vertriebenenpolitikern gang und gäbe“. Der wichtigste Vertriebenenpolitiker der frühen 1950er Jahre, der damalige CDU-Abgeordnete und Vorsitzende des ‚Bundes vertriebener Deutscher‘ Linus Kather, erklärte öffentlich, „daß ein gerechter Lastenausgleich der sicherste Wall gegen den Bolschewismus“ sei⁸. Derselbe Linus Kather konnte sich noch zwanzig Jahre nach Kriegsende über „die politische Instinktilosigkeit“ des ersten Nachkriegs-Senats der Hansestadt Hamburg echauffieren, „daß man den von den Bolschewisten Verjagten“ – also den gleich ihm in Hamburg aufgenommenen Flüchtlingen und Vertriebenen aus dem Osten – ausgerechnet „einen Kommunisten“ als Chef des Landesflüchtlingsamtes „vor die Nase setzte“⁹.

Doch nicht alle Vertriebenenfunktionäre waren davon überzeugt, dass die von Kather mitgestaltete Vertriebenen-Sozialpolitik der jungen Bundesrepublik ein Abwehrmittel gegen den Kommunismus sei. Konservative wie der deutschnationale erste Sprecher der ‚Sudetendeutschen Landsmannschaft‘, Rudolf Lodgman von Auen, favorisierten die Bewahrung vermeintlich „organischer“ Strukturen über das in den „Landsmannschaften“ verkörperte regionale Herkunftsprinzip und betrachteten Kathers primär sozialpolitisch agierenden einheitlichen Interessenverband misstrauisch als „Keimzelle einer klassenkämpferischen und gewerkschaftsähnlichen Massenorganisation“¹⁰. In diesem Grundsatzkonflikt, der die ersten anderthalb Nachkriegsjahrzehnte bis zur Gründung des Einheitsverbandes ‚Bund der Vertriebenen‘ 1957/58 prägte, ging es auch um die Schwerpunktsetzung in der Interessenpolitik der Vertriebenen. Lodgman betonte 1953 diesen Gegensatz zwischen einer „Vertriebenenbewegung“ und den Landsmannschaften; letztere betrachteten demnach „Vertriebene“ weniger als Träger sozialpolitischer Anrechte mit Zielrichtung Integration, sondern als „Repräsentanten verlorenen Reichsgebiets und Heimatbodens“¹¹. „Vertriebene“ sollten sich nicht primär in ihrer neuen Heimat integrieren, sondern durch die Wiedergewinnung ihrer verlorenen Heimat aus Vertriebenen zu Heimkehrern werden¹². Solange sie in ihrer provisorischen westdeutschen Aufnahme-Gesellschaft leben mussten, sollten sie natürlich sozialpolitische Hilfen erhalten; doch kam alles darauf an, wie der BHE- und spätere CDU-Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer 1953 die westdeutsche Politik der „Eingliederung“ als Alternative zur DDR-Assimilationspolitik polemisch definierte, „ob Millionen unseres Volkes echt eingegliedert oder ob sie Masse werden“. Das von diesem ehemaligen Hitlerputsch-Teilnehmer des Jahres 1923 gezeichnete Feindbild einer „Zwangsvermassung“ im SED-Staat wurde zum stabilisierenden antikommunistischen Gegenbild bundesrepublikanischer Ein-

⁸ Schillinger, Der Entscheidungsprozess beim Lastenausgleich, S. 215.

⁹ Kather, Die Entmachtung der Vertriebenen, Bd. 1, S. 23; vgl. auch Schwartz, Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“, S. 231 f.

¹⁰ Lodgman von Auen, Reden und Aufsätze, S. 10.

¹¹ GLAK, N Bartunek/39, Sudetendeutsche Landsmannschaft, Dr. Lodgman von Auen an Dr.-Ing. Bartunek MdL, 2. 5. 1953.

¹² Zitiert nach: Hahn/Hahn, Die sudetendeutsche völkische Tradition, S. 49.

gliederungspolitik, die das Kunststück fertig bringen wollte, acht Millionen Vertriebene gleichzeitig zu integrieren und doch für eine spätere kollektive Rückkehr in ihre verlorenen Heimatgebiete bereitzuhalten¹³. Das konnte auf Dauer nicht zusammengehen. Die Ironie der Geschichte führte ausgerechnet Linus Kather, den Exponenten der Integrationspolitik, 1969 an die Seite der neonazistischen NPD – da er sämtlichen demokratischen Parteien vorwarf, die deutschen Ostgebiete längst abgeschrieben zu haben¹⁴.

II. Antikommunismus und Integration

Folgt man Hans-Ulrich Wehler, so hatte der Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik drei Dimensionen: Zum einen basierte der Antikommunismus auf einer massenhaften Negativ-Erfahrung und war daher als „mächtige Zeitströmung nur allzu verständlich“, denn – so Wehler – „nach all den Erfahrungen, die Abermillionen von Flüchtlingen und Vertriebenen mit den kommunistischen Regimen in Osteuropa und Ostdeutschland [...] gemacht hatten, ließ der unüberwindbare Widerstand gegen die kommunistische Heilslehre und Herrschaftspraxis in Westdeutschland der KPD keinen Entfaltungsspielraum“. Zum anderen sieht Wehler im Antikommunismus auch ein gezielt instrumentalisiertes „politisches Integrationsmittel“, eng verbunden mit der von Bundeskanzler Konrad Adenauer (CDU) im Einklang mit den westlichen Alliierten vorangetriebenen Politik der „Westbindung [...] in der Epoche des Kalten Krieges“. Neben dieser außenpolitischen Integrationsfunktion der Bundesrepublik in Westeuropa und in die NATO betont Wehler auch die innenpolitische, innergesellschaftliche Integrationsfunktion des Antikommunismus – „als einen Konsens“, der viele soziale Gruppen einte, „quer durch alle Konfessionen und Klassen“ gegangen sei und der es dieser westdeutschen Nachkriegsgesellschaft mit ihren zahlreichen NS-Belastungen aufs Beste ermöglichte, durch eine lautstarke, „antikommunistische Tonlage“ ihr öffentliches schamhaft-unverschämtes „Umgehen der NS-Verbrechen“ zu überdecken¹⁵.

Diese vielschichtige Integrationsfunktion des Antikommunismus für die junge Bundesrepublik ist zweifellos zutreffend beschrieben. Ian Connor hat unlängst darauf hingewiesen, dass der vorherrschende antikommunistische Diskurs auch den durch diverse Interessenkonflikte gespaltenen vertriebenen und einheimischen Bevölkerungsgruppen in Deutschland ermöglicht habe, eine Verständigungsbasis in der Wendung gegen einen gemeinsamen Feind zu finden¹⁶. Dies trug zur Überwindung der sozialen und kulturellen Gruppenkonflikte in der „Kalten Heimat“ (Kossert), wie sie das Verhältnis zwischen vertriebenen und eingesessenen Deutschen namentlich im ersten Nachkriegsjahrzehnt nachhaltig prägten¹⁷, zweifellos bei. Auch die von Chris-

¹³ Nolte, *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft*, S. 308.

¹⁴ Trotz seiner späten NPD-Aktivitäten war Kather ein Vertriebenenpolitiker der frühen Bundesrepublik ohne NS-Belastung; vgl. Schwartz, *Funktionäre mit Vergangenheit*, S. 33–43, S. 260–267 und S. 348–358.

¹⁵ Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5, S. 405f., 166, 269.

¹⁶ Connor, *Refugees and Expellees in Post-War-Germany*, S. 191.

¹⁷ Vgl. Kossert, *Kalte Heimat*; Schwartz, *Vertriebene im doppelten Deutschland*.

toph Kleßmann betonte Deutung des Antikommunismus als wichtige Legitimationsgrundlage der Bundesrepublik, auf die sich echte Demokraten ebenso verständigen konnten wie frühere Nationalsozialisten¹⁸, steht außer Frage. Der langjährige Vertriebenenminister der Regierung Adenauer, Theodor Oberländer, war der typische Fall eines demokratisch gewendeten Nationalsozialisten, für den der Antikommunismus – in Anknüpfung an den Antibolschewismus der NS-Zeit – zur tragfähigen „Brücke in die neue Zeit“ wurde. Laut Matthias Stickler erfüllte Oberländer zwischen 1953 und seinem wegen NS-Belastung dann doch noch erzwungenen Rücktritt 1960 erfolgreich die ihm von Adenauer zugeordnete „Aufgabe [...], die Vertriebenen von einer politischen Interessen- zu einer tendenziell entpolitisierten Erlebnisgemeinschaft umzuformen, sie innenpolitisch materiell zufriedenzustellen und außenpolitisch unter der Flagge des Antikommunismus für die Politik der Westbindung zu gewinnen“¹⁹. Manfred Kittel, der einst eine „zweite Schuld“ der Deutschen bei der Aufarbeitung der NS-Verbrechen in den 1950er Jahren (bzw. bei deren weitgehender Vermeidung) in Auseinandersetzung mit den diesbezüglichen Thesen Ralph Giordanos vehement bestritten hat, kommt in neueren Arbeiten zu dem kritischen Befund, dass der integrative Antikommunismus der Adenauer-Zeit die Nebenwirkung gehabt habe, zu einem verbreitetem Desinteresse an den osteuropäischen NS-Opfern beigetragen zu haben. Die Länder der osteuropäischen NS-Opfer seien allzu leicht als Teil des sowjetischen Ostblocks einseitig als militärische Bedrohung wahrgenommen worden. Erst in den 1960er Jahren habe sich in Westdeutschland „für die Millionen Opfer des Nationalsozialismus im Osten mehr Empathie“ entwickelt – die dann allerdings mit der gleichzeitigen Geringschätzung und Abwertung der Vertriebenen in der westdeutschen Politik und Öffentlichkeit einhergegangen sei²⁰.

Zugleich aber wurde der Antikommunismus der jungen Bundesrepublik auch von christlichen oder sozialdemokratischen Nicht-Nazis oder NS-Gegnern getragen und popularisiert. Der sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch, langjähriger SPD-Bundestagsabgeordneter und Mitte der 1960er Jahre zweiter Präsident des BdV nach dem schmachvollen Abgang des wegen NS-Belastung auch als Bundesvertriebenenminister 1964 zurückgetretenen CDU-Politikers Hans Krüger²¹, war nicht nur aus polemischer DDR-Sicht ein „extremer Antikommunist“²², sondern hatte bereits im Londoner Exil, in das er 1939 vor Hitler aus Prag hatte flüchten müssen, keinerlei Vorbehalte gegenüber dem traditionellen Antikommunismus der britischen Labour Party gehabt²³. 1957 zeigte sich Jaksch davon überzeugt, dass „die Vertreibung der betont antikommunistischen Sudetendeutschen“ zu jenen Aktionen gezählt habe, „die darauf zielten, jene Kräfte zu eliminieren, die der allmählichen Ausdehnung der kommunistischen Macht im Wege stehen könnten“, dem in der Tschechoslowakei nur

¹⁸ Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 257, und diesem folgend: Lotz, Die Deutung des Verlusts, S. 56.

¹⁹ Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 321 f., unter Verweis auf Wachs, Theodor Oberländer, S. 498 f.

²⁰ Kittel, Vertreibung der Vertriebenen?, S. 169; zur älteren Kontroverse: Giordano, Die zweite Schuld; Kittel, Die Legende von der „zweiten Schuld“.

²¹ Vgl. Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, S. 43–68.

²² Amos, Vertriebenenverbände im Fadenkreuz, S. 141.

²³ Frank, Expelling the Germans, S. 114.

knappe drei Jahre nach Beginn der Vertreibung erreichten „Übergang zu voller kommunistischer Herrschaft“²⁴.

Zeigte diese Äußerung Jakschs immerhin den wichtigen inneren Zusammenhang zwischen Vertreibungspolitik in Ostmitteleuropa und der parallelen Durchsetzung kommunistischer Diktaturen auf, gaben sich demgegenüber katholische Antikommunisten wie der in der ‚Ostpriesterhilfe‘ aktive Pater Werenfried van Straaten eher als ideologische Grenzlandkämpfer: Van Straten proklamierte das Ziel, „an der gesamten Zonengrenze Kirchen und Klöster als Gottesburgen gegen den gottlosen Kommunismus zu errichten“²⁵. Nicht jeder Vertreter der katholischen Kirche, die bekanntlich auch weit in den Ostblock hinüberreichte, zeigte sich von solcher Abgrenzungsideologie begeistert. Die ‚Berliner Ordinarienkonferenz‘ der katholischen Bischöfe im ostdeutschen Teilstaat beschlossen im März 1954, ihre westdeutschen Amtsbrüder eindringlich „zu bitten, die derzeitige Art der Propaganda des Herrn P. [ater] Werenfried van Straaten“ zu verbieten, da dieselbe „zu einer Gefahr der [sic!] Seelsorge in der DDR“ geworden sei²⁶. Die Bischöfe reagierten damit auf eine offizielle Beschwerde der SED-Diktatur, monierten jedoch auch aus prinzipiellen Gründen van Straatens „Gottesburgen“, da diese „ganz falsche Grundkonzeption“ – so der Berliner Bischof Wilhelm Weskamm an den Kölner Erzbischof Kardinal Josef Frings – „in primitiver Art mittelalterliche Kolonisationsformen auf moderne Seelsorgsverhältnisse überträgt und mit etwas Romantik umkleidet“²⁷. Der gemäßregelte Propaganda-Pater reagierte demütig, sprach von Missverständnissen und gab sich „[zu] tiefst erschüttert“²⁸.

III. Differenzierte Formen und Wirkungen von Antikommunismus

Es ist wichtig, mit Blick auf die Vertriebenen in der Bundesrepublik zwischen einem volkstümlichen und einem regierungsamtlichen Antikommunismus zu unterscheiden²⁹. Nur dann vermeidet man den Kurzschluss, im Antikommunismus lediglich ein Werkzeug manipulativer rechter politischer Kräfte zu erblicken, wie dies die SED-Propaganda aus der DDR den ‚progressiven‘ Kräften in Westdeutschland fortwährend suggerierte. Insofern ist die von Christian Graf Krockow stark gemachte These, vor allem die „Schreckenserlebnisse im Osten“ im Jahre 1945 hätten die Vertriebenen „zu einem uneinnehmbaren Bollwerk gegen den Kommunismus“ gemacht³⁰, ernst zu nehmen und genauer zu prüfen. Zweifellos waren, wie Jan Foitzik betont, die Vergewaltigungsverbrechen sowjetischer Rotarmisten während der letzten Kriegsmomente 1945 in Deutschland „ein zentrales Element der Erinnerung an das Kriegsende und

²⁴ Jaksch, *Europas Weg nach Potsdam*, S. 443.

²⁵ Vosskamp, *Katholische Kirche und Vertriebene*, S. 106.

²⁶ Akten deutscher Bischöfe seit 1945: DDR 1951–1957, S. 441; für den freundlichen Hinweis auf diese Dokumente sei Herrn Dr. Christoph Kösters, Bonn, sehr herzlich gedankt.

²⁷ Ebenda, S. 443–445.

²⁸ Ebenda, S. 451–453.

²⁹ Ther, *A Century of Forced Migrations*, S. 61.

³⁰ Schwan, *Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland*, S. 20.

„die Russen“ und drängten zeitweilig sogar „die individuelle Erfahrung der Massen-evakuierung, der Flucht und der Vertreibung in den Hintergrund, den hunderttausendfachen Hunger- und Seuchentod, die das Kriegsgeschehen auf deutschem Boden ebenfalls bestimmten“³¹. Diese massenhaft erfahrene Gewalt prägte die unterschiedliche Wahrnehmung eines äußerst brutalen Feindes im Osten und eines vielleicht nicht ‚freundlichen‘, aber im Vergleich sehr viel ‚freundlicheren‘ Feindes im Westen³². Nach einer Allensbach-Umfrage von 1948 erinnerten 71 Prozent der in Westdeutschland Befragten – darunter ein unbekannter Anteil Vertriebener – die Besetzung durch sowjetische Truppen als „sehr unangenehm“ und weitere 24 Prozent als „unangenehm“. Hingegen hatten nur 30 Prozent eine „sehr unangenehme“ Erinnerung an die Ankunft der französischen Truppen, 17 Prozent an die der US-Amerikaner und nur 11 Prozent an die der Briten. Angesichts dessen verwundert es nicht, dass in der DDR das Vertreibungsgeschehen gegen Kriegsende möglichst zum Tabuthema gemacht wurde³³.

Trotzdem sind an diesem gängigen und im Kern zutreffenden Bild Korrekturen nötig. Die erste Korrektur betrifft die Russenerfahrung der Vertriebenen unmittelbar, denn diese Erfahrung war alles andere als eindeutig. Die geschilderte traumatische Gewalterfahrung machten insbesondere jene Vertriebenen, die als Flüchtlinge noch während des Krieges mit der Roten Armee in Berührung gekommen waren; je östlicher diese Menschen 1944/45 gelebt hatten, desto größer war die Wahrscheinlichkeit dieser Gewalterfahrung. Anders verhielt es sich zum Teil mit Deutschen, die nicht sofort 1945 flohen oder vertrieben wurden, sondern nach Kriegsende bis zu ihrer Zwangsaussiedlung noch längere Zeit in den Vertreibungsgebieten lebten. Diese machten oft die ambivalente Erfahrung, dass Russen nicht nur eine Bedrohung waren, sondern auch potentielle Beschützer gegen ungleich härter auftretende polnische oder tschechoslowakische Machthaber nach Kriegsende³⁴.

Der zweite Einwand relativiert den Konnex zwischen Antikommunismus und Vertreibungserfahrung, an dem den Russen oder Kommunisten die Schuld gegeben wurde. Diese Verflechtung war bei vielen Vertriebenen gegeben und bezog sich zumeist auf die Ereignisse ab 1944/45, bei Vertriebenen aus Ost- und Südosteuropa zuweilen sogar schon auf die Erfahrung des Verdrängt-Werdens aus der Heimat durch dortige kommunistische Machtübernahmen im Baltikum, Wolhynien oder Bessarabien ab 1939/40³⁵. Wenn solche Vertriebene die Sowjetunion und deren kommunistische Satelliten beschuldigten, die Vertreibung verursacht zu haben, tendierten sie jedoch nicht nur zur Ausblendung der Mitverantwortung Hitler-Deutschlands und namentlich der NS-Massenverbrechen, sie neigten außerdem zur Verengung auf die traumatischen Erfahrungen während der Flucht oder Vertreibung 1944/45, obschon der Antikommunismus vieler Vertriebenen vielfach älter war als ihre Vertreibung. Er kann bereits auf langfristige antikommunistische Einstellungen der Zwischenkriegszeit zurückgeführt werden, die ihrerseits durch die jahrelange Einwirkung der antibolsche-

³¹ Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 61.

³² Holzschnittartiger dieses Argument bei Henke, Kriegsende West – Kriegsende Ost, S. 16.

³³ Foitzik, Sowjetische Militäradministration in Deutschland, S. 73.

³⁴ Schwartz, Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne, S. 540–545.

³⁵ Maeder, Forging a New Heimat, S. 89.

wistischen NS-Propaganda verschärft worden waren³⁶. An diesen älteren Antibolschewismus knüpfte der offizielle Antikommunismus der Adenauer-Ära deutlich an³⁷. Dass es hier nicht allein um Vertreibungserfahrungen als Ursache gehen kann, macht Manfred Kittel deutlich, wenn er „die antikommunistischen und antisozialistischen Vorbehalte einer Mehrheit der Vertriebenen“ anspricht und lediglich die zahlreichen Sozialdemokraten des Sudetenlandes von dieser generell antisozialistischen Grundhaltung ausnimmt³⁸. Zu Recht verweist Matthias Stickler darauf, dass die späteren Vertreibungsgebiete Ostdeutschlands vor 1933 überwiegend Hochburgen des Zentrums und der Konservativen und damit auf jeden Fall stark antikommunistisch geprägt gewesen seien. Diese „mehrheitlich ohnehin vorhandene antikommunistische Grundhaltung“ sei nach 1945 dann dadurch „dauerhaft verfestigt“ worden, dass die Vertriebenen seither „für die Vertreibung in erster Linie die kommunistische Sowjetunion verantwortlich“ gemacht hätten³⁹.

Genau hieran knüpft jedoch der dritte Einwand an: Wenn in der neueren Forschung behauptet worden ist, „die Vertriebenenverbände gaben damals einseitig der Sowjetunion Schuld an den Gebietsverlusten und der Vertreibung, während die Westmächte exkulpiert wurden“⁴⁰, so ist dies nicht stimmig und trifft nicht einmal auf führende Vertriebenenfunktionäre zu, deren Antikommunismus unzweifelhaft war. So warf der spätere langjährige Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Rudolf Lodgman von Auen, in einer Rede vom Juni 1948 – und damit noch unter Besatzungsherrschaft der westlichen Alliierten – nicht nur Stalins UdSSR, sondern ausdrücklich *allen* „Siegermächte[n]“ vor, ihre Versprechen, die „Nazi-Tyrannei“ zu beenden, aber nicht das deutsche „Volk“ dafür büßen zu lassen, durch die Vertreibung eklatant gebrochen zu haben⁴¹. Noch 1956 plante der damals einflussreichste Vertriebenenführer Linus Kather eine Massendemonstration gegen den früheren britischen Premier Winston Churchill, dem damals in Aachen der ‚Karlspreis‘ als großer Europäer verliehen werden sollte. Kather wurde nur durch den massiven Druck der Bundesregierung genötigt, diese unter Vertriebenen offenbar populäre Protestaktion abzusagen und sich auf weniger auffällige Presse-Proteste zu beschränken⁴². Dass schließlich ein so dezidierter Antikommunist wie der sudetendeutsche Sozialdemokrat Wenzel Jaksch, zwischen 1964 und 1966 Präsident des ‚Bundes der Vertriebenen‘, in seinen Rückblicken auf die Entstehungsgeschichte der Vertreibung die kommunistische Verantwortung durchaus zu differenzieren wusste, indem er die ihrerseits differenzierte Beurteilung der NS-Schuld der Sudetendeutschen durch den tschechoslowakischen Kommunistenführer Klement Gottwald aus der ‚Prawda‘ vom Oktober 1943 in Erinnerung rief⁴³, vervollständigt dieses vielseitige Bild jenseits gängiger Klischees. Tatsächlich waren die Kommunisten jene politische Kraft gewesen, die sich auf tschechoslowakischer Seite am längsten gegen eine Kollektivschuld-These und

³⁶ Connor, *Refugees and Expellees in Post-War-Germany*, S. 190f.

³⁷ Ahonen, *After the Expulsion*, S. 93.

³⁸ Kittel, *Vertreibung der Vertriebenen?*, S. 75.

³⁹ Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 310, auch Anm. 544.

⁴⁰ Lotz, *Die Deutung des Verlusts*, S. 101.

⁴¹ Lodgman von Auen, *Reden und Aufsätze*, S. 101.

⁴² Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 163f.

⁴³ Jaksch, *Patriot und Europäer*, S. 106.

eine daraus folgende Kollektiv-Vertreibung aller Sudetendeutschen gewehrt hatten. Wenn Jaksch heute von einigen Historikern zum Vorwurf gemacht wird, als einer der ersten das Negativ-Image des tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš als Hauptverantwortlichen für die Vertreibung propagiert zu haben⁴⁴, sollte – jenseits der Frage, ob eine solche Zuschreibung berechtigt ist – zumindest gesehen werden, dass diese Personalisierung auf den zweifellos hochgradig mitverantwortlichen demokratischen „nationalen Sozialisten“ Beneš der antikommunistischen Alleinschuldthese deutlich widersprach. Jaksch machte für die Vertreibung der Deutschen nach 1945 nicht nur Kommunisten oder Hitler verantwortlich, sondern auch viele demokratisch gewählte Nationalisten der Zwischenkriegszeit sowie die bereits auf die Friedensdiktate von Versailles 1919 zurückgehenden Strukturprobleme im Osteuropa der Zwischenkriegszeit. Für Jaksch war nicht nur Moskau, sondern *ganz* Europa auf dem „Weg nach Potsdam“ gewesen.

Möglicherweise urteilten reichsdeutsche Vertriebenenfunktionäre hier undifferenzierter. Zumindest verweist Christian Lotz auf ein um 1960 vorherrschendes „Geschichtsbild“ der Landsmannschaft Schlesien, demzufolge „nicht der von Deutschland begonnene Zweite Weltkrieg, sondern ‚das Unrecht und der kommunistische Imperialismus‘“ ursächlich für die Vertreibung“ gewesen seien⁴⁵. Doch abgesehen davon, dass sich auch in Reden des langjährigen Vorsitzenden dieser Landsmannschaft, des rechtskonservativen niedersächsischen Vertriebenenministers Erich Schellhaus (BHE), ein differenzierteres „Geschichtsbild“ finden lässt, in dem Versailles als ebenso mitverantwortlich erscheint wie „das Verschulden der politischen Führung von 1933 bis 1945“⁴⁶, muss betont werden: Die einseitige Schuldzuweisung an die kommunistische Sowjetunion ging nicht primär aus der Gesellschaft, aus der Vertriebenenbasis hervor, sondern war im Wesentlichen ein politisches Produkt der Regierung Adenauer und wurde dann von kooperationswilligen Vertriebenen-Funktionären mehr und mehr übernommen. Matthias Stickler hat gezeigt, wie sehr die Bundesregierung gegenüber Vertretern der Vertriebenenverbände im Februar 1955 darauf drängte, die immer noch häufig artikulierten ‚antiwestlichen Spitzen‘ – namentlich im Hinblick auf die Mitschuld des (damals erneut regierenden) britischen Premiers Churchill an der Vertreibung – endlich zu vermeiden. Stattdessen sollte die Vertreibung künftig ausschließlich dem Osten, der kommunistischen Sowjetunion, angelastet werden. Allerdings machte wenig später die berühmte Moskau-Reise Adenauers auch diesen eben erst „vereinbarten antisowjetischen und antikommunistischen Konsens hinfällig“ oder zumindest wieder fragwürdig. Nun wurde auch ein allzu lauter Antikommunismus der Vertriebenenverbände der westdeutschen Außenpolitik zuweilen lästig. Adenauer lehnte Ende 1960 die Bitte der Landsmannschaft Ostpreußen, die Bundesregierung möge die Patenschaft über diese Organisation übernehmen, mit dem Hinweis auf die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion schlichtweg ab⁴⁷.

⁴⁴ Hahn/Hahn, Die Vertreibung im deutschen Erinnern, S. 92.

⁴⁵ Lotz, Die Deutung des Verlusts, S. 138.

⁴⁶ Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 48 Acc. 180/84 Nr. 3, Erich Schellhaus, „In Potsdam wurde der Frieden verloren“. Redeunterlage für den 4. 8. 1957, o. D., S. 1 f.; über seine eigene schwere NS-Belastung verlor Schellhaus freilich kein Wort; vgl. Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, S. 27–31, S. 289–295, S. 413–420 und S. 528 f.

⁴⁷ Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 162 f. und S. 223.

Dennoch war es dieselbe Regierung Adenauer, welche den einseitigen Kausalzusammenhang zwischen der Vertreibung der Deutschen und dem expansiven Kommunismus der Sowjetunion maßgeblich befördert hatte⁴⁸.

IV. Antikommunismus und Anti-Slawismus

Inwieweit ging der Antikommunismus der frühen Bundesrepublik mit dem in Deutschland sehr viel älteren Anti-Slawismus einher? Der militante Antikommunismus präsentierte sich nur zu gern als Kampf gegen die „Elemente“ des „Chaos“ oder als „Bollwerk“ des Abendlandes gegen den „Osten“⁴⁹. Dieser Anti-Orientalismus kann über die Zeiten viele Gesichter zeigen; heute ist es primär der Anti-Islamismus, damals – in den 1950er Jahren – war es potentiell auch der Anti-Slawismus, der in Deutschland weit ins 19. Jahrhundert zurückreichte und mit seiner These vom unvermeidlichen Konflikt der germanischen und slawischen Rassen zur Gewalteskalation zweier Weltkriege beigetragen hatte.

Pascal Maeder beobachtet nun bei den Vertriebenen in der frühen Bundesrepublik einen Antikommunismus, der sich vielfach mit einem Heimat-Begriff im Sinne eines idealisierten gelobten Landes verbunden habe, das kein anderes Volk – weder Polen, Tschechen, noch Russen – jemals so lieben und zum Erblühen bringen könnte wie die vertriebenen Deutschen⁵⁰. Was hier noch harmlos klingen mochte (obschon es die tief verwurzelten Heimatbezüge anderer Völker abwertete), mündete in Presseartikeln und öffentlichen Ansprachen von Vertriebenenpolitikern in eine selbstbezügliche Opfer-Rolle und eine antikommunistische Rhetorik, welche die Sowjetunion als Hauptschuldigen der Vertreibung anprangerte und sich dabei mit dem sehr viel älterem Antislawismus verband, wenn etwa den Sowjets ein „panslawistischer Imperialismus“ vorgeworfen wurde. Auch die NS-Ideologie wurde in Kampfbegriffen vom „asiatischen Bolschewismus“ revitalisiert. So sprach der sudetendeutsche Verbandsführer Lodgman 1950 davon, dass Böhmen und Mähren 1945 dem nach Mitteleuropa vorgedrungenen „Asiatentum“ in die Hände gefallen seien⁵¹. Lodgman veröffentlichte 1949 in einem in Österreich erschienenen Sammelband ‚Wir Sudetendeutsche‘ eine politisierende ‚Mär von Sobieslaw und Eduard‘, in der er dem 1948 verstorbenen tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš in dessen Todesstunde den Geist des mittelalterlichen Tschechenherzogs Soběslav erscheinen ließ. Der Geist verfluchte den Unterzeichner der Vertreibungsdekrete von 1945, weil dieser die Deutschen, die stets das „Bindeglied“ der Tschechen nach Europa gewesen seien, vertrieben und damit die Tschechen auf ihre „asiatischen“ Ursprünge zurückgeworfen habe. Auch der Vorwurf an Beneš, sich mit der stalinistischen Sowjetunion eingelassen zu haben, fehlte nicht. Hingegen wurde die NS-Besatzungszeit von Lodgman in dieser „Mär“ mit keinem Wort erwähnt.⁵²

⁴⁸ Ahonen, *After the Expulsion*, S. 93.

⁴⁹ Gaida, *Die offiziellen Organe der ostdeutschen Landsmannschaften*, S. 292f. und S. 252.

⁵⁰ Maeder, *Forging a New Heimat*, S. 218.

⁵¹ Ebenda, S. 180.

⁵² Zwicker, *Zur Darstellung der Sudetendeutschen*, S. 393 f., auch Anm. 7.

Auch Tobias Weger sieht eine solche Kontinuität der Vorstellung deutscher Bedrohung durch eine „slawische Flut“, gegen die man Dämme errichten müsse, wodurch sich nach 1945 eine Synthese dieses „Antislawismus“ mit dem Antikommunismus ergeben habe. Weger findet für die Zeit um 1950 in sudetendeutschen Veröffentlichungen immer wieder „antitschechische Zerrbilder“, wonach die Tschechen geprägt gewesen seien von Chauvinismus, Fanatismus und (antideutschem) Hass; all das habe den Tschechen letztlich ein „halbasiatisches Gesicht“ gegeben, wie eine Vertriebenenpublikation 1952 formulierte. Zuweilen haben sich laut Weger diese antitschechischen auch mit antisemitischen Stereotypen verbunden⁵³.

Das war in der Tat kein Einzelfall. Selbst wer scheinbar sachlicher blieb und auf die Rede über „asiatische Taten“ verzichtete, blieb häufig in antislawischen Stereotypen befangen. Im Oktober 1968 publizierte der sudetendeutsche Vertriebenenfunktionär und CDU-Politiker Sepp Schwarz, einstiger NS-Gauschriftumsbeauftragter im Sudetenland⁵⁴ und damals Staatssekretär für Vertriebene in der baden-württembergischen Landesregierung, einen Artikel in der ‚BdV-Presse‘, in dem er gegen die angebliche Auffassung vieler Zeitgenossen polemisierte, „die deutsche Geschichte habe erst 1933, 1938 oder 1939 begonnen“, um diese Geschichte seinerseits jedoch erst 1918 beginnen zu lassen und dabei zielstrebig einige entscheidende (NS-)Jahre auszublenden. Schwarz betonte die (zutreffende) Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für die Deutschen nach dem Ersten Weltkrieg und behauptete (außerordentlich verzerrend), dass der erste Präsident der Tschechoslowakei, Masaryk, ein Feind der Sudetendeutschen gewesen sei. Der Abriss, den Schwarz seinen vertriebenen Lesern bot, enthielt weder eine Andeutung der habsburgischen Vorgeschichte der deutsch-tschechischen Konflikte noch einen differenzierten Blick auf die tschechische Politik. Das Münchner Abkommen von 1938 wurde lediglich als internationaler Vertrag präsentiert, keine Rede hingegen war von Hitlers Kriegsdrohungen in dessen Kontext. Überhaupt tauchte die Person Hitler in dem Artikel von Schwarz nur ein einziges Mal auf; weit wichtiger war dem Verfasser der Nachweis, der tschechoslowakische Präsident Beneš habe angeblich schon 1938 Vertreibungspläne gegen die Sudetendeutschen gehegt, weshalb die Vertreibung von 1945 „also nicht als Folge des Krieges und der späteren Politik des Deutschen Reiches bzw. Hitlers“ gewertet werden könne. In dem Beitrag von Schwarz spielten die NS-Verbrechen als zwar nicht alleinige, aber entscheidende Vorbedingung für die Vertreibung der Deutschen überhaupt keine Rolle⁵⁵.

Dennoch: Wenn bereits in den 1970er Jahren von Kritikern der Vertriebenenverbände der Vorwurf erhoben wurde, „die Verknüpfung des Antikommunismus mit den Forderungen, die osteuropäischen Völker von kommunistischer Herrschaft zu befreien“, habe „die nationalistische Note“ landsmannschaftlicher Politik verstärkt⁵⁶, sind Zweifel angebracht. Dieser Antikommunismus der Vertriebenenverbände mündete keineswegs zwangsläufig in antislawischen Nationalismus, er konnte im Gegen-

⁵³ Weger, „Volkstumskampf“ ohne Ende?, S. 368, Anm. 33, S. 373, 380.

⁵⁴ Vgl. Braunbuch, S. 282; ähnlich: Nur heiter, in: Der Spiegel (1968) 38, S. 86–88.

⁵⁵ HStAS, J 121/536 Nr. 1, Staatssekretär Sepp Schwarz, „1918–1938–1948–1968. Entscheidende Jahre im Herzen Europas“, in: BdV-Nachrichten 18 (1968) 10, S. 1 f.

⁵⁶ Sonnewald, Die Entstehung und Entwicklung der ostdeutschen Landsmannschaften, S. 133.

teil auch auf ein gemeinsames Interessenbündnis von vertriebenen Deutschen und sowjetisch beherrschten Slawen gegen die kommunistisch-russische Oberherrschaft abzielen.

Ausgerechnet der sudetendeutsche Sprecher Lodgman, in der Zwischenkriegszeit fraglos ein extremer großdeutscher Nationalist, vor 1918 aber ein auf Kompromisse mit den Tschechen bedachter gemäßigter Politiker⁵⁷, ging in diese zweite Richtung. Lodgman war der erste hochrangige deutsche Vertriebenenfunktionär, der mit slawischen Exilpolitikern ein antikommunistisches Bündnis einging. Bereits im August 1950 unterzeichnete er mit dem Vorsitzenden des Londoner ‚Tschechischen Nationalausschusses‘, General Lev Prchala, das sogenannte Wiesbadener Abkommen über einen „friedlichen Ausgleich“ zwischen Sudetendeutschen und Tschechen nach einer Befreiung des gemeinsamen Heimatlandes von der kommunistischen Herrschaft⁵⁸. Auf dem ‚Sudetendeutschen Tag‘ in Stuttgart 1952 erklärte er in einer darauf Bezug nehmenden Botschaft an das tschechische Volk, die Sudetendeutschen hätten „den Glauben an unsere Rückkehr nicht aufgegeben“ und wollten „als Freie in ein freies Land zurückkehren“; sie wollten aber „nicht kommen als die, die vergelten, sondern als die, die ein Jahrhundert von Streit und Haß begraben wollen“⁵⁹. Das mochte aus vergangenheitspolitischer Sicht noch kein hinreichendes Bekenntnis zur NS-Verantwortung sein, aber es war zweifellos auch kein tumber Antislawismus.

Wie verhielt es sich mit dem Antislawismus, namentlich dem Antipolonismus reichsdeutscher Vertriebenen? Christian Lotz hat der Schlesischen Landsmannschaft um 1960 eine mit Antikommunismus aufgeladene, im Kern aber „deutschnationale [...] Argumentation“ attestiert, die durch systematische Ausblendung der „Rolle Preußens bei der Teilung Polens“, der preußischen „Germanisierungspolitik im 19. Jahrhundert“ und am Ende auch der NS-Besatzungspolitik dazu gelangt sei, in ihren Deutungen der Vertreibung „die Verantwortung“ allein „den Polen [zu] zuschieben“⁶⁰. Gewiss finden sich derartige Stellungnahmen. Es finden sich jedoch auch Äußerungen führender schlesischer und oberschlesischer Verbandsfunktionäre zu den NS-Verbrechen. Erich Schellhaus, Vorsitzender der von Lotz allzu einseitig analysierten Schlesischen Landsmannschaft, erklärte Mitte der 1960er Jahre, man müsse „den Mut zu dem Geständnis haben, daß in den Jahren von 1933 bis 1945 von unserer Seite sehr viel Unrecht geschah, und daß wir dieses Unrecht wieder gutzumachen haben“⁶¹. Der von der kommunistischen Propaganda Polens als „berüchtigte[r] Polenfeind“ und NS-Verbrecher angegriffene Vorsitzende der Landsmannschaft Schlesien, Otto Ulitz⁶², hatte in einer Darstellung zur Geschichte Oberschlesiens erstmals 1957 und seither auch in den Folgeauflagen bis 1971 unter der Kapitel-Über-

⁵⁷ Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, S. 124–148.

⁵⁸ Lodgman von Auen, Reden und Aufsätze, S. 10.

⁵⁹ Ebenda, S. 112.

⁶⁰ Lotz, Die Deutung des Verlusts, S. 131.

⁶¹ Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 48 Acc. 180/84 Nr. 5, Erich Schellhaus, Rede vor Bundespräsidium der SPD, o. D. [ca. 1965], S. 24. Es dürfe allerdings keine Form der Wiedergutmachung geben, „die selbst das Siegel des Unrechts trägt“.

⁶² BStU, MfS ZAIG Nr. 9708 Teil 1, Bl. 122, „Kriegsverbrecher leiten revanchistische Landsmannschaften“, in: Presse der Sowjetunion A/81 vom 17. 7. 1970, Ausschnitte aus Trybuna Ludu vom 23. 6. 1970.

schrift: „Deutscher! Vergiß es nie!“ auf die verbrecherische NS-Rassenpolitik gegenüber Slawen und Juden hingewiesen, welche allen „unter gesitteten Völkern feststehenden Gebräuchen“ widersprochen und „die Gesetze der Menschlichkeit und die Forderungen des öffentlichen Gewissens kraß verletzt“ habe. Ulitz, der in der Tat zwischen 1939 und 1945 dem NS-Regime als hoher Beamter der Kultusverwaltung in Oberschlesien gedient hatte und deswegen von den Sowjets und vom SED-Regime jahrelang in Internierungslagern und im Zuchthaus Waldheim eingesperrt worden war, bevor er in die Bundesrepublik hatte ausreisen dürfen, erwähnte bei dieser Form der Vergangenheitsbewältigung das Ziel der NS-Rassenpolitik, die Polen zu „Heloten“ herabzudrücken, ebenso offen wie die Existenz des Vernichtungslagers „Auschwitz“, behauptete allerdings, dass man – und folglich auch er persönlich – damals von den dortigen Mordaktionen gegen die europäischen Juden nichts habe wissen können⁶³. Antislawismus ließ sich jedoch auf einen solchen Umgang mit der NS-Vergangenheit nicht gründen.

V. Antikommunismus und neue Ostpolitik

Jenseits eines undifferenzierten Anti-Slawismus ermöglichte die These von den sowjetisch ferngesteuerten ‚Satellitenstaaten‘ den antikommunistischen Vertriebenenpolitikern der Bundesrepublik eine deutliche Unterscheidung zwischen den kommunistischen Regierungen und den kommunistisch tyrannisierten Völkern Osteuropas⁶⁴. Trotz ihrer dualistischen Holzschnittartigkeit ermöglichte diese Unterscheidung den Vertriebenenpolitikern – entgegen der wissenschaftlichen Ansicht, sie seien lediglich eine negative ostpolitische Vetomacht gewesen – durchaus einige Schritte in Richtung einer „neuen Ostpolitik“⁶⁵. Wolfgang Fischer hat gezeigt, dass insbesondere der sogenannte ‚Jaksch-Bericht‘ eine solche „Verbandspolitik als ergänzende Außenpolitik“ begründet hat⁶⁶. Dieser sudetendeutsche SPD-Politiker hatte 1961 einen Bericht für den deutschen Bundestag erstellt, welcher einerseits über die Schicksale deutscher Bevölkerungsgruppen im Ostblock seit 1945 informierte und dabei wesentlich auf Dokumenten der Landsmannschaften basierte, andererseits aber auch Vorschläge zur Aufnahme von Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten unterhalb der diplomatischen Ebene unterbreitete. Es ging Jaksch um Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, Kulturkontakte und humanitäre Kontakte, was er unter der Parole verkaufte, man solle eine „Normalisierung der Beziehungen“ versuchen „ohne Preisgabe lebenswichtiger deutscher Interessen“⁶⁷. Bei diesem Thema geriet der sudetendeutsche Spitzenpolitiker zweifellos in einen „Rollenkonflikt als SPD- und BdV-

⁶³ Ulitz, Oberschlesien, S. 104–106, insb. S. 104; ; zu Ulitz: Schwartz, Funktionäre mit Vergangenheit, S. 148–157, S. 241–260 und S. 325–348.

⁶⁴ Vgl. hierzu Boehm, Gruppenbildung und Organisationswesen, S. 578; Karasek-Langer, Volkstum im Umbruch, S. 637.

⁶⁵ Zum Anspruch des BdV als ostpolitischer Vetomacht Ahonen, After the Expulsion, und Stickler, „Ostdeutsch heißt Gesamtdeutsch“, S. 429, der freilich auch den geschmeidigeren Kurs im Vorfeld des Jaksch-Berichts von 1961 hervorhebt; ebenda, S. 386.

⁶⁶ Fischer, Heimat-Politiker?, S. 313.

⁶⁷ Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 390.

Politiker“, aber zugleich war der 1964 zum Präsidenten des BdV gewählte Spitzenvertreter der deutschen Vertriebenen damals ostpolitisch weiter als die damalige Bundesregierung: Jaksch beklagte 1964 gegenüber dem Auswärtigen Amt, dass der nach ihm benannte Bericht von 1961 bisher keine praktischen Konsequenzen gehabt habe⁶⁸.

Entscheidendes Prinzip – und damit auch pragmatischer Fallstrick – dieser Vertriebenen-Ostpolitik war die Weigerung, auch mit den kommunistischen Regierungen gleichberechtigt zu kooperieren. 1962 formulierte der BdV als Richtlinie, „die Aufnahme von Handelsbeziehungen zu Ostblockstaaten dürfe nicht dazu führen, die kommunistischen Diktaturen in der westdeutschen Öffentlichkeit mit deren Völkern gleichzusetzen“⁶⁹. Auch die sogenannte ‚Weißenburger Erklärung‘ der sozialdemokratischen Vertriebenenjugend der sudetendeutschen ‚Seliger-Gemeinde‘ vom Juni 1965 forderte neben der Vertiefung der Integration Westeuropas ganz auf der Linie Jakschs nur die Verstärkung der „Kontakte zu den Völkern Osteuropas“ – und damit ausdrücklich nicht zu deren Regierungen: „Wir wissen, daß die heutige kommunistische Regierung in Prag der Verwirklichung dieser Ziele entgegensteht, halten es aber dennoch für die wichtigste Aufgabe der deutschen Europapolitik wie der Politik der deutschen Heimatvertriebenen, diese Vorstellung von der künftigen Gestaltung Europas bei allen Völkern zu verbreiten und mit praktischen Mitteln zu verfolgen“⁷⁰. Selbst der Sprecher der Schlesischen Landsmannschaft, Erich Schellhaus, der sich in der zunehmend linksliberalen Öffentlichkeit der 1960er Jahre gern als Hardliner profilierte, erklärte 1965 nichtöffentlich als Gast vor dem Bundespräsidium der SPD, die Landsmannschaften dürften nicht nur rückwärtsgewandt denken; eine etwaige „Rückgabe Ostdeutschlands“ an Deutschland werde „auch einen ‚Modus vivendi‘ finden“ müssen „für die Menschen anderer Nationalität“, die dort unterdessen „angesiedelt“ worden seien. Leider, so fügte Schellhaus hinzu, hätten die kürzlich erfolgten offiziellen „sogenannten Befreiungsfeiern“ in Polen gezeigt, dass die dortige kommunistische Regierung nicht daran denke, „auch nur einen Fingerbreit deutschen Landes wieder zurückzugeben“. Daher sei es eine sehr schwere Frage, wie man effektiv in Beziehungen zu den Ostblockstaaten treten könne⁷¹.

Bekanntlich sagte sich die SPD-Führung im Laufe der 1960er Jahre Schritt für Schritt von dieser unpraktischen Einschränkung los. Fast von Anfang an stand der Jaksch-Bericht in der SPD quer zum Konzept Egon Bahrs des ‚Wandels durch Annäherung‘ von 1963, das auf Kooperation auch mit kommunistischen Regierungen setzte. Die „tiefer werdende Kluft“ dokumentierte eine heftige Kontroverse zwischen Jaksch und seinem jüngeren SPD-Abgeordnetenkollegen Helmut Schmidt im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages am 27. Oktober 1966⁷². Nach einer Aufsehen erregenden Ostblockreise Schmidts kam es, wie der anwesende CDU-Abgeordnete Herbert Czaja später erinnerte, im Auswärtigen Ausschuss zu einem ‚Eklat‘, wie er

⁶⁸ Fischer, Heimat-Politiker?, S. 316, S. 323.

⁶⁹ BAK, B 234/1388, BdV, Krüger/Schwarzer, Arbeitsbericht für das Jahr 1962, o. D. [Juli 1963], Anlage 2: Ergebnisse einer BdV-Klausurtagung auf Schloß Ockenfels, o. D., S. 3, Punkt 7.

⁷⁰ Christ/Nasarski, Ostdeutsche Jugend und Jugendorganisation in der Bundesrepublik Deutschland, S. 221.

⁷¹ Niedersächsisches Hauptstaatsarchiv Hannover, VVP 48 Acc. 180/84 Nr. 5, Erich Schellhaus, Rede vor Bundespräsidium der SPD, o. D. [ca. 1965], S. 3f., 6, 25f.

⁷² Fischer, Heimat-Politiker?, S. 324.

einen solchen zwischen Parteifreunden seither nie wieder erlebt habe. Jaksch warf Schmidt vor, sich naiv von kommunistischen Funktionären hereingelegt haben zu lassen, ohne seine Reise vorher mit den Sudetendeutschen abgestimmt zu haben. Schmidt habe darauf „mit der ihm üblichen Arroganz“ reagiert. Der Konflikt sei sehr persönlich geworden. Schmidt, so Czaja, habe Jaksch und auch ihn schlicht für „nationalistische Vertriebenenpolitiker“ gehalten und sich im Übrigen als ziemlich „ahnungslos“ erwiesen. So habe er „zum Entsetzen von Jaksch“ Kommunisten wie Gustav Husak hoch geschätzt, über die Vielvölker-Geschichte des Habsburgerreiches hingegen nicht die geringsten Kenntnisse gehabt⁷³. Dem Schmidt-Biographen Hartmut Soell zufolge hatte der spätere SPD-Bundeskanzler die Kritik Jakschs schon dadurch herausgefordert, dass er vom „tschechoslowakischen Volk“ gesprochen habe, ohne die zwei Völker der Tschechen und Slowaken zu differenzieren. Ansonsten glitt Soell über die für seinen Helden, den ehemaligen Wehrmachtsoffizier, nicht übermäßig schmeichelhafte Konfrontation mit dem ins Exil geflüchteten Hitler-Gegner Jaksch allzu rasch hinweg⁷⁴. Czaja hingegen sollte sich in seiner Eigenschaft als Präsident des ‚Bundes der Vertriebenen‘ verbandsintern noch 1974 bei seinem Eintreten für die Wirtschaftsbeziehungen mit dem kommunistischen Ostblock „gegenüber kritischen Stimmen beim BdV“ ausdrücklich auf seinen Ende 1966 verstorbenen Vorgänger „Wenzel Jaksch berufen“ können⁷⁵.

VI. Ausblick: Der antikommunistische Konsens zerbricht

Abschließend lässt sich feststellen: Jener Antikommunismus, der um 1950 und noch um 1960 ein funktionales Medium der Integration der Vertriebenen und ihres Verbandslobbyismus in die Nachkriegsgesellschaft der Bundesrepublik gewesen ist, wurde seit Mitte der 1960er Jahre zum Vehikel ihrer politischen Isolation. Ein schlagendes Beispiel für diese Trendwende war der von der DDR und der Volksrepublik Polen befeuerte Skandal um die NS-Vergangenheit des ersten BdV-Präsidenten und CDU-Bundesvertriebenenministers Hans Krüger, der 1964 mit dessen Rücktritt endete: Ähnlich wie im älteren Fall des 1960 abgetretenen NS-belasteten Vertriebenenministers Theodor Oberländer konzentrierte sich der BdV in seinen öffentlichen Stellungnahmen auf die alte antikommunistische Immunisierungsstrategie, während dieselbe in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik und schließlich auch in der Bundesregierung immer deutlicher erodierte⁷⁶. Matthias Stickler spricht treffend von der „Selbstisolierung der Vertriebenenverbände“⁷⁷. Dietrich Strothmann schilderte 1970 in der ‚Zeit‘ – im Kontext der gegen den BdV eingeleiteten ‚Neuen Ostpolitik‘ der Regierung Willy Brandts (SPD) – die hasserfüllte Atmosphäre einer BdV-Großkundgebung in Bonn: „Fiel der Name Brandt, gab es Pfuirufe, wurde Wehner zitiert, schrie einer, der

⁷³ Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland?*, S. 290, S. 383.

⁷⁴ Soell, *Helmuth Schmidt 1918–1969*, S. 528f.; zu Jakschs NS-Gegnerschaft und Exil: Schwartz, *Funktionäre mit Vergangenheit*, S. 160–165, S. 267–276 und S. 358–375.

⁷⁵ Czaja, *Unterwegs zum kleinsten Deutschland?*, S. 496.

⁷⁶ Schwartz, *Funktionäre mit Vergangenheit*, S. 43–68.

⁷⁷ Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 184.

immer schrie: „Kommunist“⁷⁸. Der eingeübte Antikommunismus richtete sich nun gegen vermeintliche „Verräter“ in der regierenden SPD (die 1963 selbst noch plakativ erklärt hatte, Verzicht sei Verrat⁷⁹). Dabei kamen Ressentiments zum Vorschein, die der zeitweilige Schulterschluss zwischen BdV und SPD überdeckt hatte. Selbst Antislawismus mischte sich lautstark in den Protest: 1971 wurde auf einer Kundgebung der Schlesischen Landsmannschaft der niedersächsische SPD-Regierungschef Alfred Kubel „als „Polensau“ beschimpft“ und verließ daraufhin den Saal⁸⁰.

Das Tischtuch war zerschnitten, der Nachkriegs-Antikommunismus funktionierte nicht mehr als Integrationsmittel, und übrig blieben viel ältere, hässliche Versatzstücke antisozialistischer und antislawischer Ressentiments. Das aber schied die Vertriebenenfunktionäre nicht zuletzt von großen Teilen ihrer gesellschaftlichen Basis. Die triumphale Wiederwahl Willy Brandts im November 1972, bei der die SPD erstmals zur stärksten Fraktion im deutschen Bundestag aufstieg, wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht auch viele Vertriebene Brandts ‚Entspannungspolitik‘ unterstützt und sich folglich vom Kurs ihrer Verbandspolitiker distanziert hätten. Nach einer SPD-Analyse hatten die umstrittenen „Ostverträge der SPD nicht geschadet“ und der Opposition kaum genutzt⁸¹. Damit war der integrative Antikommunismus der Adenauer-Ära in der Bundesrepublik endgültig zerbrochen.

⁷⁸ BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG Nr. 9708 Teil 1, Bl. 214, Dietrich Strothmann, „Buhmänner der Nation?“, in: Die Zeit vom 20. 3. 1970.

⁷⁹ Ahonen, *After the Expulsion*, S. 171.

⁸⁰ BStU, Archiv der Zentralstelle, MfS ZAIG Nr. 9715, Bl. 143, „Ministerpräsident wurde als ‚Polensau‘ beschimpft“, in: Nürnberger Nachrichten vom 22. 3. 1971.

⁸¹ Stickler, „Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“, S. 270 und S. 279, Anm. 380.

Thomas Brechenmacher

Katholische Kirche und (Anti-)Kommunismus in der frühen Bundesrepublik

I. Traditionslinien der katholischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus

Der dogmatisch begründete Gegensatz der katholischen Kirche zu Sozialismus, Kommunismus und deren politischen Bewegungen geht zurück bis auf die Verurteilung der ‚Zeitirrtümer‘ während des Pontifikats Papst Pius’ IX., die ihren zusammenfassenden Höhepunkt im ‚Syllabus errorum‘ von 1864 fand. Diese steht im Zusammenhang mit der aus der Defensive der katholischen Kirche gegen die als existenzbedrohend wahrgenommenen Strömungen der Moderne gerichteten lehramtlichen Zurückweisungen aller pantheistischen, naturalistischen, rationalistischen und indifferentistischen Doktrinen. Als deren politisch gefährlichste Ausprägung wurde zunächst der Liberalismus verstanden¹. Je mehr sich Sozialismus und Kommunismus als materialistische Ideologien profilierten und in Form internationalistischer Massenbewegungen mit innerweltlichem Heilsversprechen in mobilisierungsgewaltige Konkurrenz zur Kirche traten, desto stärker rückten sie in den Fokus kirchlicher Gegenstrategien. Das Grundmanifest der katholischen Soziallehre, Leos XIII. Enzyklika ‚Rerum Novarum‘ von 1891, setzte bei einer dezidierten Auseinandersetzung mit dem Sozialismus an. Es wies dessen Forderung nach Aufhebung des Privateigentums als dem Naturrecht und damit dem göttlichen Recht als dem Quell aller menschlichen Freiheit zuwiderlaufend zurück.

Eine zweite Traditionslinie leitet sich aus den historischen Erfahrungen der Kirche mit dem Sowjetkommunismus Leninscher und Stalinscher Prägung der 1920er und 1930er Jahre her². Das Scheitern der Verhandlungen mit der Sowjetunion über ein Konkordat sowie die seit spätestens 1927 einsetzende Politik der Liquidierung jedweder Religion, die auch für die katholische Kirche in der Sowjetunion verheerende Verfolgungswellen nach sich zog, bildete das Primärtrauma der Kirche im Verhältnis zu den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts. Dieses wurde infolge zahlreicher, durch links-revolutionäre und Volksfront-Regime verursachte Existenzkrisen, wie in Mexiko, der Tschechoslowakei und Spanien, noch verstärkt³.

¹ Vgl. z. B. Maier, *Kirche und Gesellschaft*, S. 187, 220; grundsätzlich auch Altermatt, *Katholizismus und Moderne*; Ders., *Konfession, Nation und Rom*; Rhodes: *The Vatican in the age of liberal democracies*.

² Wichtige Beiträge dazu in Valente, *Santa Sede e Russia da Leone XIII a Pio XI*; hier insbesondere Becker, *Sowjetische Religionspolitik und vaticanische Hungerhilfe für Rußland*, S. 184–251. Noch nicht publiziert, aber als künftiges Standardwerk zu betrachten: Laura Pettinaroli: *La politique russe du Saint-Siège (1905–1939)*. Thèse soutenue à l’université Lumière-Lyon 2, vol. 1–3, 2008.

³ Knappe Überblicke bei Rhodes, *Der Papst und die Diktatoren*. Zum Verhältnis von Staat und Kirche in Mexiko jetzt Paolo Valvo: *La riforma dell’articolo 24 della Costituzione messicana*, in: *Quaderni di diritto e politica ecclesiastica* (2012) 2, S. 479–507.

Die anhaltende lehramtliche Auseinandersetzung mit den – wie es jetzt hieß – „drei modernen Häresien“ (Hypernationalismus, Totalitarismus und Rassenkult)⁴ mündete während des Pontifikats Pius' XI. in die beiden großen Enzykliken des März 1937, ‚Mit brennender Sorge‘ gegen den Nationalsozialismus und ‚Divini Redemptoris‘ gegen den bolschewistischen und atheistischen Kommunismus. Namentlich in ‚Divini Redemptoris‘ setzte sich der Papst in grundlegender Weise mit dem historischen und dialektischen Materialismus marxistisch-leninistischer Couleur auseinander⁵.

II. Grundsätzliche Positionierungen – Kommunismus und Materialismus

Als maßgeblicher Impuls für die katholische Intransigenz gegenüber dem Kommunismus der Nachkriegszeit wirkte das Dekret des Heiligen Offiziums vom 1. Juli 1949. Darin stellte die oberste dogmatische Behörde der katholischen Kirche fest, dass jedes aktive wie auch passive Eintreten für den Kommunismus und dessen politische Organisationen *ipso facto* die Exkommunikation, d. h., den Ausschluss vom Empfang der Sakramente, bedeute⁶. Dahinter stand nicht zuletzt das Engagement Papst Pius' XII. für die christliche Demokratie und gegen die Gefahr einer kommunistischen Machtübernahme in Italien⁷. Doch natürlich (und nicht unbeabsichtigt) entfaltete das Dekret Signalwirkung weit über den lokalen italienischen Schauplatz hinaus.

Die deutschen Bischöfe nahmen in ihrem Hirtenwort vom 14. Juli 1949 zur ersten Bundestagswahl ausdrücklich auf das römische Kommunismus-Dekret Bezug. Sie verknüpften damit eine kaum misszuverstehende Mahnung an die katholischen Wähler, bei ihrer Stimmabgabe zu beachten, welche Parteien „Verständnis für christliche Forderungen“ hätten. „Abgeordnete der sozialistischen und liberalistischen Weltanschauungen“ hätten dieses Verständnis im Parlamentarischen Rat vermissen lassen⁸. Auch nach der Bundestagswahl vom 14. August 1949 blieb das Kommunismus-Dekret Thema. Die Ende August in Fulda zusammengetretene gesamtdeutsche Bischofskonferenz lobte mit Blick auf die Situation in der Sowjetischen Besatzungszone wenige Wochen vor der Gründung des kommunistischen deutschen Teilstaats die durch das Dekret herbeigeführte „Klärung der Lage“. Es bestehe kein Zweifel „über die innere Ablehnung des Bolschewismus und seiner Ideen.“ Die Treue der Gläubigen „und ganz besonders der Eifer und die Unerschrockenheit der Priester“ in der DDR seien „erfreulich und lobenswert“. Für die praktische Durchführung des Dekrets über den

⁴ Vgl. ausführlich Brechenmacher: Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ als Höhe- und Wendepunkt.

⁵ Zu den März-Enzykliken jetzt Brechenmacher, Der Heilige Stuhl und die totalitären Ideologien.

⁶ Acta Apostolicae Sedis (AAS) 41 (1949), S. 334.

⁷ Bei den italienischen Parlamentswahlen vom April 1948 hatte das ‚Volksfrontbündnis‘ von Kommunisten und Sozialisten einen Stimmenanteil von 31 Prozent mit klarer Dominanz der Kommunisten erreicht.

⁸ Hirtenwort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl, 14. 7. 1949, in: Mertens, Akten deutscher Bischöfe, S. 720–722. Die bayerischen Bischöfe erließen ein eigenes Hirtenwort, datiert auf den 29. 7. 1949; ebenda, S. 729–732.

Kommunismus beschloss die Bischofskonferenz, eine einheitliche Weisung ausarbeiten zu lassen⁹. Dieses im August 1950 erschienene Schriftstück erläuterte den Gläubigen das Kommunismus-Dekret. Es legte *en detail* dar, welche konkreten Handlungen und Haltungen gegenüber dem Kommunismus den Ausschluss aus der Sakramentengemeinschaft nach sich zögen und gab in Sonderheit den Priestern Hinweise für die Umsetzung der römischen Anweisungen in die seelsorgerische Praxis¹⁰.

Die Weisung setzte die für deutsche Katholiken verbindliche Position fest: „Gläubige, die mit vollem Wissen und Willen den Kommunismus fördernde Handlungen der [im Dekret des Heiligen Offiziums bezeichneten] Art setzen, tun [...] sittlich Unzulässiges und zeigen durch ihr Verhalten, daß sie die für den Empfang der Sakramente erforderliche Gesinnung nicht haben.“¹¹ Gemäß des Dekrets des Heiligen Offiziums wird der Kommunismus als „materialistisch“ und „antichristlich“ gekennzeichnet; damit stelle ein wissentliches und freies Bekenntnis zu ihm den „völligen Abfall vom christlichen Glauben“ dar¹².

Die Verurteilung des Kommunismus wird in der bischöflichen Weisung keineswegs verbunden mit einer Apologie des westlichen Kapitalismus. Im Gegenteil: die Gläubigen sollten nicht nur darüber belehrt werden, „daß die Kirche als Hüterin des Glaubens und des Sittengesetzes nicht bloß den materialistischen und antichristlichen Kommunismus, sondern auch die verkehrten Formen eines in seiner Wurzel ebenfalls materialistischen Kapitalismus und das verderbliche Klassendenken, die Aufspaltung der Gesellschaft in eine bürgerliche und proletarische ebenso verurteilt.“ So zielte das bischöfliche Wort nicht lediglich auf „Abwehr und Widerlegung“, sondern auf „positiven Aufbau“ einer „neuen Sozialordnung“. Als dessen Leitgedanke steht die Maxime der katholischen Soziallehre, „für eine wahre Gemeinschaft aller Menschen einzutreten, in der die Gerechtigkeit die Grundlage, und das Gebot der Nächstenliebe höchstes und verpflichtendes Gesetz ist“¹³. Damit ist die Stellungnahme der Bischöfe vom August 1950 auch als Beitrag zur sozialpolitischen Diskussion in der frühen Bundesrepublik, als Plädoyer für einen sozialen Auftrag der Politik aus dem Geist christlicher Nächstenliebe zu sehen. Die Ablehnung des Kommunismus wird aus dem christlichen Menschenbild heraus entwickelt und begründet; sie erschöpft sich nicht in einer propagandistischen Abwehrhaltung im Dienste der beginnenden Systemkonfrontation.

Die hier geführte lehramtliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ist in einen weitaus größeren Zusammenhang zu stellen, der wiederum in das Gebiet der grundsätzlichen Positionierung der Kirche gegenüber den Strömungen der Moderne

⁹ Protokoll der Fuldaer Bischofskonferenz, 23.–25. 8. 1949, in: Mertens, Akten deutscher Bischöfe, S. 764, 773.

¹⁰ Weisungen für die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Dekretes des Heiligen Offiziums gegen den Kommunismus, 22.–24. 8. 1950, in: Mertens, Akten deutscher Bischöfe. Unter Benutzung der Vorarbeiten von Martin Papenheim, Paderborn u. a., i. Vorb. – Ich danke Dr. Annette Mertens, Kommission für Zeitgeschichte Bonn, für die Überlassung dieses und anderer Dokumente aus ihrem noch in Bearbeitung befindlichen Band der „Akten deutscher Bischöfe“.

¹¹ Ebenda, Absatz I, 3.

¹² Ebenda, Absatz I, 5.

¹³ Ebenda, Absatz IV, 1.

seit dem 19. Jahrhundert verweist. Als Chiffre für diese als bedrohlich empfundenen Strömungen, zu deren Spielarten Kommunismus ebenso wie Kapitalismus, Nationalsozialismus ebenso wie Rassismus zählten, steht der Begriff des Materialismus. Nur wenige Monate vor dem Dokument zum Kommunismus-Dekret hatten die Bischöfe diesen Zusammenhang in einem Hirtenwort „Die christliche Wahrheit und der gottlose Materialismus“ den Gläubigen selbst vermittelt. Über die Anfangsworte „Mit ernster Sorge“ hatten sie eine Verbindung zur Enzyklika ‚Mit brennender Sorge‘ gegen den Nationalsozialismus hergestellt¹⁴. Der Hirtenbrief wurde sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR verlesen. Die Bischöfe rückten darin die Materialismus-Problematik in den Rang einer existentiellen Frage. Viel mehr als Politik, Wirtschaft und Soziales stehe auf dem Spiel: „Es geht um die letzten Lebensfragen des Menschen. Es geht um Gott [...]. Es geht um den Menschen und seine Würde. Es geht um den letzten Sinn des Menschenlebens und der Menschheitsgeschichte.“ Niemand könne „gleichzeitig wahrer Christ und wirklicher Materialist“ sein¹⁵. Noch deutlicher als im Dokument zum Kommunismus-Dekret kommt im Hirtenbrief zum Ausdruck, dass nicht allein der „Materialismus als Lehre und Weltanschauung“ (theoretischer Materialismus) des Ostens, sondern ebenso sehr der im kommunistischen Osten wie im kapitalistischen Westen anzutreffende „praktische Materialismus“ gemeint war: „Es ist falsch zu behaupten, [die Kirche] stelle sich auf Seiten des Kapitalismus. Der Kapitalismus ist in vielen seiner Lehren ebenso wie der Kommunismus ein materialistisches System, das der göttlichen Ordnung widerspricht.“¹⁶ Freilich bedeutete dies im Kontext der bundesrepublikanischen Realität durchaus anderes als im Kontext der DDR-Wirklichkeit: Positionierte sich die Kirche im Westen als mahnende Stimme christlicher Gesellschaftslehre in einem pluralistischen und demokratischen System, bestand im Osten ein unversöhnlicher Gegensatz zur herrschenden Staatsideologie mit ihrem allumfassenden Weltdeutungsanspruch.

Als die Bischöfe sechs Jahre später, 1956, in einem zweiten Materialismus-Hirtenbrief ihre Kritik erneuerten, lag der Akzent – bei gleichbleibendem Grundinhalt – doch eher bei einem pastoralen Aufruf an den einzelnen Gläubigen, seine eigene „praktisch-materialistische“ Einstellung zu prüfen¹⁷. Der Appell, sich nicht dem „neuen Götzen des Besitzens und Genießens“ hinzugeben, nicht Verdienst, Genuss und Erwerb in den Mittelpunkt des Lebens zu stellen, zielte wohl eher auf den Westen Deutschlands ab. Mit Blick auf die Situation in der DDR zeigte sich der Hirtenbrief hingegen über den Versuch des „dialektischen Materialismus“ besorgt, die Jugend von Gott zu entfernen. Die sozialistische Erziehung, wie sie im Ersatzritual der Jugendweihe einen ihrer Höhepunkte fand, stand jetzt eher im Vordergrund der bischöflichen Kritik als das kommunistische System insgesamt¹⁸. Darin kam 1956, verglichen mit 1950 und den Jahren nach 1957, wohl eine größere Vorsicht auch der westdeutschen Bischöfe zum Ausdruck, gegenüber der DDR nicht zu weit zu gehen – eine

¹⁴ Hirtenwort der deutschen Bischöfe, „Die christliche Wahrheit und der gottlose Materialismus“, 1. 3. 1950, in: Lange, Katholische Kirche.

¹⁵ Ebenda, S. 36.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Gemeinsamer Hirtenbrief der deutschen Bischöfe über den Materialismus, 20. 01. 1956, in: Kösters, Akten deutscher Bischöfe.

¹⁸ Ebenda.

Haltung, die derjenigen des Berliner Bischofs Weskamm und anderer hoher Amtsträger auf ostdeutschem Gebiet entgegenkam¹⁹.

III. ‚Nahtstelle der Systeme‘ – das Bistum Berlin

In der Tat war der von der Spitze der Weltkirche ausgehende, strikt gegen den Kommunismus gerichtete Kurs kirchenpolitisch nicht ohne Risiken. In Polen führte er etwa 1949/50 zu einem Zerwürfnis zwischen Heiligem Stuhl und Bischöfen über die Frage der Verhandelbarkeit einer Kompromisslinie mit den dortigen Machthabern²⁰. Auch der deutsche Materialismus-Hirtenbrief von 1950 war unter den kirchlichen Repräsentanten auf dem Gebiet der DDR keineswegs unumstritten²¹. In Deutschland gestaltete sich die Lage besonders komplex, zog sich hier doch die systempolitische Demarkationslinie mitten durch eine kirchliche Topographie, die sich ungeachtet der sich verfestigenden Zweistaatlichkeit ostentativ als Einheit begriff. Die Bistümer Fulda, Paderborn, Osnabrück und Würzburg verfügten über Gebiete östlich der deutsch-deutschen Grenze, die dort von Vertretern der Bischöfe – den sogenannten ‚Jurisdiktionsträgern‘ – verwaltet wurden. Am Kulminationspunkt des Ost-West-Konflikts in Deutschland, in Berlin, hatte der jeweilige Bischof – in der Nachfolge Konrad von Preysings, 1951–1956, Wilhelm Weskamm, danach, bis 1961 Julius Döpfner – ein – territorial gesehen – ‚Ostbistum‘ zu leiten. Dieses erstreckte sich von Stralsund und der Insel Rügen im Norden bis Frankfurt/Oder und Jüterbog im Süden. Über diese erhebliche Fläche verteilt lebten nur gut 30 Prozent der Katholiken des Bistums (1955 ca. 202 000). Fast 70 Prozent entfielen auf den geteilten Kern und Sitz des Bistums Berlin, wobei im Westteil der Stadt mindestens 40 Prozent der Bistumskatholiken, im Ostteil höchstens 30 Prozent lebten²². Die Bischöfe selbst (vor Alfred Bengsch) residierten in West-Berlin, während das geistliche Zentrum, die 1953 wieder in Betrieb genommene St. Hedwigskathedrale, in Ost-Berlin lag. Früh bildeten sich parallele Verwaltungsstrukturen heraus, die nach dem Mauerbau in die offizielle Einrichtung zweier Ordinariate, eines im Ostteil, eines im Westteil, mündeten. Die Bistumspresse hatte sich bereits Jahre vorher spalten müssen: Ab 1954 konnte mit den Behörden der DDR das Erscheinen eines eigenen Kirchenblattes für den Ostteil – des ‚St.-Hedwigsblattes‘ – vereinbart werden, das an die Stelle des ‚Petrusblattes‘ trat. Dessen Vertrieb war seit März 1953 für die Pfarreien im Ostsektor endgültig eingestellt worden²³. Die politische Lage konnte nicht ohne Auswirkungen auf eine institutionelle wie mentale Ausdifferenzierung der kirchlichen Landschaft bleiben; dessen ungeachtet erhielt der deutsche Episkopat den Einheitsgedanken bis zur Wiedervereinigung aufrecht. Das

¹⁹ Vgl. den Kommentar von Kösters zur Edition des Materialismus-Hirtenbriefs, in: ebenda, sowie die Einleitung zum Aktenband, S. 16, 23–25.

²⁰ Vgl. Burleigh, *Irdische Mächte, göttliches Heil*, S. 975 f.

²¹ Details zur Entstehungsgeschichte des Materialismus-Hirtenbriefes bei Tischner, *Katholische Kirche in der SBZ/DDR*, S. 141–159.

²² Die Zahlen nach Adolph, *Atheismus am Steuer*, S. 29; vgl. auch Lange/Pruß, *An der Nahtstelle der Systeme*, 1. Halbband, S. XXVII.

²³ Vgl. ebenda, Dok. 66, 78, 81; vgl. auch Tischner, *Katholische Kirche in der SBZ/DDR*, S. 507.

Jahr 1961 setzte mit dem Mauerbau zweifellos den gewaltsamsten Schlag gegen die Einheit der grenzübergreifenden Bistümer. Doch bereits 1950 war mit päpstlicher Billigung der Teilungssituation offiziell Rechnung getragen, und war die ‚Berliner Ordinariatenkonferenz‘ (BOK) als Regionalkonferenz der ‚Ostbischöfe‘ und Unterkonferenz der Fuldaer Bischofskonferenz eingerichtet worden, die sich unverändert als Vertretung des gesamtdeutschen Episkopats verstand²⁴.

Die Kenntnis dieser Grundsituation ist unumgänglich, um zu verstehen, welche unterschiedlichen Interessenlagen in die Einlassungen der katholischen Kirche in Deutschland zum Thema ‚Kommunismus‘ – jenseits dessen prinzipieller Verurteilung aus dogmatisch-weltanschaulichen Gründen – einfließen. Hier die Kirche in der DDR, ohne Konkordatsschutz und gezwungen, sich als Sachwalterin eines winzigen Teils der Bevölkerung in einem kirchenfeindlichen, kommunistischen System zu behaupten (‚doppelte Diaspora‘), dort die Kirche in der Bundesrepublik als gewichtige Stimme im Pluralismus der parlamentarischen Demokratie; in der Mitte – Berlin – jener Ort, an dem diese Spannungen innerhalb eines Bistums bewältigt werden mussten.

Als Akt politischer Vorsicht und Klugheit angesichts der exponierten Lage erwies sich bereits der Runderlass Bischof Preysings vom 20. Dezember 1947. Er forderte alle Priester des Bistums auf, „Erklärungen zu Zeitfragen“ nicht abzugeben. Für solche Erklärungen „im Namen der katholischen Kirche Deutschlands“ sei allein „die Gesamtheit der Bischöfe Deutschlands“ zuständig sowie „in analoger Weise“ für den Bereich seines Bistums, der Bischof²⁵. Diese Verpflichtung der Priester auf öffentliches Stillschweigen zu politischen Fragen zielte darauf ab, eine möglichst einheitliche Rückzugslinie der Kirche gegenüber dem sich etablierenden SED-Regime zu sichern, und zwar nach zwei Seiten: Der Klerus sollte einerseits gegenüber Sirenengesängen der SED und ihrer Organisationen immunisiert werden; andererseits sollten auch die distanzierenden Äußerungen dem kommunistischen System gegenüber keinem Wildwuchs unterliegen, sondern allein in der Hand des Bischofs bzw. der zuständigen Ordinariatenkonferenzen verbleiben. Als grundsätzliche Direktive an die Priester galt jedoch, in der Formulierung Preysings vom 14. Februar 1950: „Es ist [...] für einen katholischen Priester mit Ehre und Wahrheit unvereinbar, daß er seinen Namen und seinen Stand für die parteipolitischen Ziele der SED mißbrauchen läßt. [...] Der Priester darf sich an keinerlei Aktion beteiligen, die, wenn auch getarnt, Kirchenfeinden Vorschub leistet.“²⁶

Bestrebungen des SED-Regimes, den Klerus mit dem Argument, der deutsche Oststaat sei ein Garant für Frieden und deutsche Einheit, als Multiplikator zu mobilisieren, wurde mit dieser Verlautbarung des Bischofs ein Riegel vorgeschoben. Höchstamtlich brandmarkte denn auch die SED-Propaganda Preysings Anweisung als Beitrag zur „Weltfront der Christenheit gegen den Sozialismus und Kommunismus“²⁷.

²⁴ Grundlegende Quellensammlung neben Lange/Pruß, *An der Nahtstelle der Systeme: Höllen, Loyale Distanz?; Standarddarstellung für die frühen Jahre*: Tischner, *Katholische Kirche in der SBZ/DDR; Einführung und Überblick*: Kösters/Tischner, *Katholische Kirche in SBZ und DDR*.

²⁵ Runderlaß Kardinal Preysings an die Priester, 20. 12. 1947, Abdruck in: Adolph, *Kardinal Preysing und zwei Diktaturen*.

²⁶ Kardinal Preysing an die Priester des Bistums Berlin, 14. 2. 1950, Abdruck in: ebenda.

²⁷ Pressedienst der SED, *Kommentare*, 17. 2. 1950, Abdruck in: ebenda, S. 255.

Die Konfrontationslage gegen den Kommunismus war gegeben. Freilich aber mussten die Bischöfe die Kontrolle über die Situation behalten. Denn es blieb ja auch die Kernfrage des bekannten Dilemmas der Kirche im Verhältnis zu totalitären Systemen zu beantworten, inwieweit innerhalb dieser Konfrontationslage um des kirchlichen Lebens willen nicht gleichwohl ein *modus vivendi* angestrebt werden musste. Preysings Nachfolger Wilhelm Weskamm (1951–1956), aufgrund seiner Erfahrungen im abgetrennten sächsischen Teil des Erzbistums Paderborn stärker als jener mit den kirchlichen Lebensbedingungen der Ost-Diaspora vertraut, versuchte vor allem Strukturen für die seelsorgliche Tätigkeit im Bistum Berlin zu schaffen, ohne den Konflikt mit der Staatsmacht im Grundsätzlichen weiter zu verschärfen²⁸. Dies hieß nicht, dass der Konflikt unter Weskamm nicht artikuliert wurde, im Gegenteil: Die Debatte der Mitglieder der Berliner Ordinarienkonferenz über die Bewertung der Ereignisse des 17. Juni 1953 endete mit einem Memorandum an Ministerpräsident Grotewohl, das nicht nur massive Klage gegen die Beschränkungen des kirchlichen Lebens in der DDR führte, sondern auch Freiheit und Rechtssicherheit forderte²⁹. Auch Weskamm sah die DDR einen „Weltanschauungskampf“ unter massivem Einsatz von Propagandamitteln führen, der „ähnlich wie im 3. Reich“ durch das „ständige [...] Eintrommeln v[on] Anschauungen, Lehren, Behauptungen“ zuletzt „doch einen Erfolg haben“ werde³⁰. Die Gegenwehr, so der Bischof, sei schwer zu führen. Obwohl die Kirche nicht „politisch“ tätig werden solle, wirke sich die „kirchliche Tätigkeit“ „eminenter politisch“ aus. Um diese Kirchenarbeit zu unterstützen, wäre er für eine Finanzhilfe aus Bonn dankbar, wie sie ihm Kanzler Adenauer (CDU) vertraulich zugesagt habe³¹. Sogenannte Adenauer-Spenden als Beihilfen zur Seelsorgetätigkeit, zur Pfarrerbesoldung, zur Unterstützung der Ordenshäuser, aber auch für „kulturelle Veranstaltungen“ in der DDR, begannen seit Ende 1955 tatsächlich zu fließen. Bis Frühjahr 1957 sind 2,5 Millionen DM dokumentiert. Zusätzlich flossen Unterstützungsleistungen aus dem Etat des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen³².

Weskamms Gegenwehr bewegte sich eher auf dem Feld der verborgenen Aktion, denn im Bereich der offenen Konfrontation. Er stand kirchenpolitisch für den Kurs der Eingabe und der Verhandlung. Der Text des zweiten Materialismus-Hirtenbriefs der deutschen Bischöfe von 1956 trug dieser Linie Rechnung. Offensivere Charaktere, wie der Leiter der kirchlichen Pressearbeit im Bistum, Walter Adolph, mussten sich hier einordnen³³.

²⁸ Grundsätzlich Kösters, Die Kirchenpolitik in der Amtszeit von Bischof Wilhelm Weskamm, in: Kösters/Tischner, Katholische Kirche in SBZ und DDR.

²⁹ Memorandum der Berliner Ordinarienkonferenz an Ministerpräsident Grotewohl, 11. 7. 1953, in: Kösters, Akten deutscher Bischöfe. Zur Entstehungsgeschichte des Memorandums vgl. Kösters, Die katholischen Bischöfe und der 17. Juni 1953, S. 292–295.

³⁰ Weskamm an Adolph, 12. 1. 1955, in: Kösters, Akten deutscher Bischöfe.

³¹ Ebenda.

³² Vgl. Domkapitular Banasch an Döpfner, 10. 4. 1957, in: Schulte-Umberg, Akten deutscher Bischöfe, hier besonders S. 72f.

³³ Beispielhaft dafür ist das Schicksal des ‚Petrusblattes‘, dessen unverklausuliert argumentierende politische Beilage ‚Blick in die Zeit‘ von der Diözesanleitung sogar im Westteil des Bistums eingestellt werden musste, damit als Gegenleistung ein eigenes Kirchenblatt für den Ostteil konzidiert wurde. Hier zeigte Bischof Weskamm dem Medienpolitiker Adolph Grenzen auf; vgl. Dok. 77, 78, in: Kösters, Akten deutscher Bischöfe; Tischner, Katholische Kirche in der SBZ/DDR.

Nach dem Tod Weskamms zog mit Julius Döpfner 1957 wiederum eine prononcierte West-Perspektive in das Bistum ein. Nicht anders als sein Vorgänger erneuerte auch Döpfner als eine seiner ersten Amtshandlungen den ‚Preysing-Erlass‘ im Wortlaut³⁴. Allerdings gedachte er nun, die durch den Erlass definierte Art der Positionierung der Kirche zu „Zeitfragen“ ganz anders auszufüllen als Weskamm, nämlich offen konfrontativ und „politisch“³⁵. Im November 1957 dehnte er den Erlass erheblich auf nahezu das gesamte Terrain von Verhandlungen zwischen Klerus und Staatsmacht aus, sofern sie den jeweils eng umgrenzten Bereich einer Pfarrstelle überstiegen. Insbesondere sollten Geistliche des Bistums keinerlei Verhandlungen mehr mit „Parteien oder Massenorganisationen“ führen, keine Einladungen zu Veranstaltungen mehr annehmen, in denen „allgemein das Verhältnis von Staat und Kirche bzw. rein politische Fragen“ besprochen werden sollten, sowie keinerlei Informationen über kirchliche Interna an Dritte weitergeben³⁶.

Nachdem er derart die Disziplin im eigenen Haus verschärft hatte, ging Döpfner zum Angriff über. Bereits im Hirtenwort über Schule und Erziehung vom 23. Oktober 1957 hatte die von ihm geleitete BOK den staatlich verordneten Weg zu einer „sozialistischen Schule“ angeprangert, deren erklärter Materialismus darauf abziele, „die Religion als überholten schädlichen Aberglauben zu überwinden.“³⁷ Dem folgte am 4. Dezember 1957 ein Memorandum der BOK an Ministerpräsident Grotewohl. Darin führte die Berliner Ordinarienkonferenz heftige Klage gegen die „Ausbreitung des Atheismus“ als „Ergebnis einer planmäßigen ideologischen Beeinflussung, Propaganda und Erziehung“. Es wurden zudem Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie Toleranz gegenüber den religiösen Belangen, insbesondere gegenüber katholischen Schülern, eingefordert³⁸. Auf Döpfners Fastenhirtenbrief vom 25. Januar 1958 zum Thema „Christliche Familie heute“³⁹ reagierten die Organe der DDR-Pressezensur mit einem Verbot der Ausgabe des ‚St.-Hedwigsblattes‘, in der der Hirtenbrief veröffentlicht werden sollte⁴⁰. Bereits wenige Monate später eskalierte die Situation weiter, als Döpfner, nach dem Hirtenwort der BOK zu Ostern 1958, die Einreise in die DDR verweigert wurde. Dieses Verbot wurde bis zum Weggang des Bischofs aus Berlin im Jahre 1961 nicht mehr aufgehoben⁴¹. Sein drei Tage nach dem Beginn des Mauerbaus gewählter Nachfolger Alfred Bengsch, unter Döpfner Weihbischof für die Ostteile des

³⁴ Anweisung Döpfners, 1. 5. 1957, in: Schulte-Umberg, Akten deutscher Bischöfe, S. 83.

³⁵ Zu Döpfners Amtszeit in Berlin vgl. Wittstadt, Julius Kardinal Döpfner, in: Kösters/Tischner, Katholische Kirche in SBZ und DDR.

³⁶ Anweisung Döpfners, 26. 11. 1957, in: Schulte-Umberg, Akten deutscher Bischöfe.

³⁷ Hirtenwort der Berliner Ordinarienkonferenz, 23. 10. 1957, in: ebenda, S. 186.

³⁸ Memorandum der Berliner Ordinarienkonferenz an Grotewohl, 4. 12. 1957, in: ebenda, S. 211, 214. Ein knappes Jahr später, am 8. 10. 1958, wiederholten die Mitglieder der BOK dem DDR-Ministerpräsidenten gegenüber ihre Beschwerden über die Lage der Kirche unter der SED-Herrschaft. Dieses Schreiben mündete in die Feststellung: „In Ihren Händen liegt die Staatsgewalt, wir aber sind überzeugt, daß wir eintreten für das moralische, ewige Recht des Menschen.“ Abdruck in: ebenda, S. 431.

³⁹ Druck in: Lange/Pruß, An der Nahtstelle der Systeme.

⁴⁰ Vgl. ebenda; Bericht Döpfners über das „St. Hedwigsblatt“, 22. 3. 1958, in: Schulte-Umberg, Akten deutscher Bischöfe.

⁴¹ Vgl. Lange/Pruß, An der Nahtstelle der Systeme; Prälat Zinke an Grotewohl, 14. 5. 1958, in: Schulte-Umberg, Akten deutscher Bischöfe; hier auch der Kommentar S. 320f., Anm. 2.

Bistums, wurde gleichfalls mit erheblichen Reisebeschränkungen belegt. Er durfte West-Berlin nur an wenigen Tagen im Monat betreten sowie die übrige Bundesrepublik nicht bereisen⁴².

Für die Kirche in der DDR bedeutete die Frage der Haltung zum Kommunismus sehr viel mehr als nur ideologisches Schlachtengetümmel. Hier ging es um Lebensfragen in einer von Grund auf feindlichen Umwelt, letztlich um das Überleben in dieser Umwelt. Die beiden großen, im Wesentlichen von Döpfner verantworteten Fastenhirtenbriefe der Berliner Ordinarienkonferenz ‚Kirche unter dem Kreuz‘ von 1959 und ‚Der Christ in der atheistischen Umwelt‘ von 1960 konnten sich deshalb auch nicht mit antikommunistischer Propagandarhetorik aufhalten, sondern artikulierten zentrale Fragen mit großem Ernst. Die Hirtenbriefe drehten sich um die durch den atheistischen Materialismus in Not gebrachte Kirche und mit ihr den in Not gebrachten Christen. Der Atheismus negiere die Möglichkeit von Sünde und Erlösung und propagiere stattdessen die „Irrlehre der Selbsterlösung“ des Menschen, also eines irdischen Heils, als dessen absoluter Sachwalter sich Staat und Partei setzten unter Berufung auf die vermeintlich objektiven Erkenntnisse einer materialistischen Wissenschaft. Der sozialistische Mensch solle ganz und gar in den Dienst dieser Ersatzreligion gestellt werden, indem er etwa durch neuartige Rituale wie die ‚Sozialistische Namensgebung‘ (statt der Taufe), die ‚Jugendweihe‘ (statt Erstkommunion und Firmung), die ‚Sozialistische Trauung‘ und die ‚Sozialistische Beerdigung‘ gleichgeschaltet werde und sich qua Bekenntnis und Gelöbnis dem ‚atheistischen Materialismus‘ verschreibe. Die Anweisung der Bischöfe an die Katholiken im Fastenhirtenbrief von 1959 lautete: Kein katholischer Christ könne diese „oder ähnliche antikirchliche Feiern vollziehen, ohne seinen heiligen Glauben zu verleugnen. Zwischen dem Glauben an Gott und dem Bekenntnis zur Gottlosigkeit gibt es keinen Kompromiß.“⁴³ Diesen Aufruf zur erklärten Distanz gegenüber dem kommunistischen System verstärkte der Hirtenbrief von 1960 noch. Er nahm sogleich den Kern der Weltanschauung (DIAMAT) ins Visier: Der dialektische Materialismus lehne „grundsätzlich jegliche Religion ab, da sie ‚wahrer Wissenschaftlichkeit‘ angeblich widerspreche und den gesellschaftlichen Fortschritt hemme.“⁴⁴ Mit wachsendem Druck werde darauf hingearbeitet, „daß der dialektische Materialismus das gesamte Leben der Gesellschaft und auch des Einzelnen durchdringen müsse. Alle Menschen sollen, wie man sagt, ‚sozialistisch leben‘.“⁴⁵ Darauf gebe es aus christlicher Sicht nur eine Antwort: „Verweigert jedes Bekenntnis zur atheistischen Weltanschauung des Sozialismus!“⁴⁶ Damit einher ging ein Appell an die Stärkung der katholisch-bürgerlichen Familie als Bollwerk gegen die Infiltration durch den Materialismus⁴⁷.

Trotz der in den Fastenhirtenbriefen von 1959 und 1960 besonders scharf artikulierten Unvereinbarkeit von Kirche und Kommunismus blieb die Frage nach dem

⁴² Biografischer Abriss: Pilvousek, „Alfred Bengsch“, in: Gatz, Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder, hier besonders S. 95.

⁴³ Fastenhirtenbrief der Berliner Ordinarienkonferenz, 27. 1. 1959, in: Schulte-Umberg, Akten deutscher Bischöfe, S. 492.

⁴⁴ Fastenhirtenbrief der Berliner Ordinarienkonferenz, 20. 1. 1960, in: ebenda, S. 710.

⁴⁵ Ebenda.

⁴⁶ Ebenda, S. 711.

⁴⁷ Ebenda, S. 713f.

modus vivendi angesichts der realen Machtverhältnisse virulent. Ob mit ihr auch die Abberufung Döpfners aus Berlin zusammenhängt, die in unübersehbarem Zusammenhang mit dem Beginn einer „vaticanischen Ostpolitik“ unter Johannes XXIII. zu stehen scheint, muss angesichts der derzeitigen Quellenlage offenbleiben⁴⁸. Unter Döpfners Nachfolger Bengsch wurde zwar wieder die Ost-Perspektive innerhalb des Bistums leitend; dies änderte aber nichts an der grundsätzlichen Ablehnung des kommunistischen Systems. Zwar begann Bengsch schon bald nach seinem Amtsantritt mit der DDR-Führung eine sogenannte Geschäftsgrundlage auszuhandeln, die das Verhältnis der katholischen Kirche zum SED-Staat bis zu dessen Zusammenbruch definieren sollte: Politische Abstinenz der Kirche und öffentliche Neutralität wurden darin eingetauscht gegen Respektierung des seelsorglichen Lebensrechts der Kirche in der DDR und Akzeptanz des rechtlichen Status quo in einer Art ‚ökologischen Nische‘. Tendenziell wurde dadurch die „artikulierte Distanz“ der Döpfner-Zeit zu einer „loyalen Distanz“ (Höllen) verwässert. Dennoch gelang es der DDR-Führung aber nicht, eine Spaltung der Kirche herbeizuführen und die Kirche in den Dienst ihrer Zwecke zu stellen⁴⁹.

Döpfners Weggang, der sowohl in kirchlichen als auch in politischen Kreisen der Bundesrepublik in erster Aufwallung als verheerendes Zeichen vaticanischen ‚Einknickens‘ gegenüber dem kommunistischen Osten, ja als Aufgabe West-Berlins, als „verlorene Schlacht des Westens“ (Heinrich Krone) interpretiert wurde⁵⁰, signalisierte den Beginn einer neuen Phase. Weltkirchlich setzten nun Johannes XXIII. und das ‚Zweite Vatikanum‘ einen veränderten Rahmen; in der Kirche der Bundesrepublik trat die beginnende Aussöhnung mit Polen in den Vordergrund – wiederum unter maßgeblicher Beteiligung Döpfners, der den Dialog mit Polen bereits 1960 in einer aufsehenerregenden Predigt als dringende Zukunftsaufgabe reklamiert hatte⁵¹.

IV. Medialer ‚Abwehrkampf‘ in der ‚Frontstadt‘

Wird Antikommunismus weniger als Ausdruck der grundsätzlichen Distanz der Kirche und des bekennenden Christen gegenüber der vorherrschenden materialistischen und atheistischen Ideologie der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts verstanden, sondern als Signum einer medial geführten Abwehrkampf-Kampagne mit deutlich politischen Zielsetzungen im Rahmen des Kalten Krieges, so war daran die katholische Kirche in der Hochzeit dieser Kampagne, in den 1950er Jahren, ebenfalls nicht unbeteiligt. Vorposten und Laboratorium bildete gleichfalls wiederum Berlin. Hier, in der ‚Frontstadt‘, also in West-Berlin, entwickelte sich bereits seit den frühen 1950er

⁴⁸ Ein abgewogenes Urteil dazu bei Pilvousek, Vatikanische Ostpolitik, in: Hummel, Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII und Paul VI, S. 115–118.

⁴⁹ Dazu grundsätzlich die Darstellung und die Dokumente in Höllen, Loyale Distanz?, Bd. 2. Eine prägnante Kurzdarstellung der von Bengsch erzielten ‚Geschäftsgrundlage‘ bei Kösters, Revolution, Wiedervereinigung und katholische Kirche, S. 57–59.

⁵⁰ Die Nachweise bei Pilvousek, Vatikanische Ostpolitik, S. 117.

⁵¹ Predigt Döpfners am Fest der Hl. Hedwig, 16. 10. 1960, in: Lange/Pruß, An der Nahtstelle der Systeme; vgl. weiterhin Botschaften der Versöhnung; Überblick bei Hummel, Der Heilige Stuhl, deutsche und polnische Katholiken, S. 185f.

Jahren, besonders jedoch während der Döpfner-Zeit, eine stark den Gesetzen der Medialisierung gehorchende kirchliche Massenpublizistik. Deren – vorwiegend im Westen lebenden – Adressaten gegenüber ging es weniger um pastorale Handlungsanweisungen, denn um aufklärende Beiträge zur Festigung der Gesinnung und zur Legitimation der parlamentarisch-demokratischen Grundordnung.

Als Hauptmotor der katholischen Publizistik zu ‚Zeitfragen‘ mit Sitz in West-Berlin wirkte der 1902 in Berlin geborene und als Katholik in den Arbeitervierteln Kreuzbergs aufgewachsene Walter Adolph⁵². Priester seit 1927, war Adolph zunächst geistlicher Sekretär der ‚Katholischen Aktion‘ im Bistum Berlin geworden sowie anschließend zum engen Mitarbeiter Bischofs Preysings aufgestiegen⁵³. In dieser Eigenschaft prägte er die Auseinandersetzung seines Bischofs mit dem Nationalsozialismus sehr maßgeblich mit. Die Bedeutung kirchlicher Pressearbeit, durchaus auch mit propagandistischem Impetus, hatte sich Adolph bereits während der frühen 1930er Jahre als Schriftleiter des Berliner ‚Kirchenblattes‘ erschlossen. Doch erst nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes konnte er daran gehen, diese Einsichten umzusetzen und kirchliche Presse gegen die neuerliche Bedrohung durch eine totalitäre Ideologie zu richten. 1945 mit der Aufgabe betraut, die katholische Presse des Bistums neu aufzubauen, übernahm Adolph die Redaktion des ‚Petrusblattes‘ und die Leitung des neugegründeten ‚Morus-Verlages‘⁵⁴. Sein Verhältnis zu Bischof Weskamm gestaltete sich distanziert, während er unter Döpfner in eine ähnlich vertraute Stellung rückte wie bereits unter Preysing. Alfred Bengsch schließlich führte Adolph 1961 auf den Gipfel seiner äußeren Laufbahn und ernannte ihn zum Generalvikar.

Bis mindestens 1961 gehorchte die Pressearbeit im Westteil des Bistums Berlin dem alleinigen Willen Adolphs. Der Prälat war überzeugt, dass die kirchliche Presse immer auch einen politischen Auftrag wahrzunehmen habe. Innerhalb der Bistumsleitung war diese Auffassung auch während der Döpfner-Zeit jedoch nicht unumstritten⁵⁵. Die Gegenposition verlangte, sich auf reine Verkündigung zu beschränken, die zwar „alle Lebensbereiche“ erfasse, aber zeigen müsse, „daß hinter allem ein echtes religiöses Anliegen steht.“ Als Kompromissvorschlag – der Adolphs Spielräume faktisch aber kaum einschränkte – zeichnete sich ab, „statt einer zu schnellen kirchlichen Berichterstattung über viele einzelne kritische Vorkommnisse auf kirchenpolitischem Gebiet stärker die großen Entwicklungslinien der weltanschaulichen Auseinandersetzung“ aufzuzeigen⁵⁶.

Diese „großen Entwicklungslinien“ hatte Adolph mit den preiswert und in großer Auflagenhöhe produzierten Broschüren und monographischen Publikationen des ‚Morus-Verlages‘ schon längst ins Visier genommen. Dessen explizite und massive

⁵² Wesentliche Züge seiner Kindheitsgeschichte stellte Adolph in den unter Pseudonym publizierten fiktiven Erinnerungen eines katholischen Jungen dar. Leibusch, Einer aus der Lausitzer Straße.

⁵³ Kurzabriss zur Biographie in Adolph, Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf, S. XXI–XXVII.

⁵⁴ Ausführlich zur Frühgeschichte des ‚Morus-Verlages‘: Tischner, Katholische Kirche in der SBZ/DDR, S. 508–523.

⁵⁵ Aufzeichnungen über die Aufgaben der katholischen Kirchenpresse, 11. 12. 1957, in: Schulte-Umberg, Akten deutscher Bischöfe, S. 216.

⁵⁶ Ebenda, S. 216f.

Auseinandersetzung mit dem Kommunismus begann 1950 im Jahr des Korea-Krieges und setzte sich bis in die 1960er Jahre fort⁵⁷. Ähnlich wie in den Hirtenbriefen kreisten die gegen den Kommunismus gerichteten Schriften des ‚Morus-Verlages‘ um die Themenkerne „Materialismus“ und „Atheismus“⁵⁸. Sie prangerten die Methoden sozialistischer Erziehung an⁵⁹ und wurden flankiert von zahlreichen Bänden, die den Irrlehren ihrerseits die Inhalte der wahren Religion entgegenstellten⁶⁰. Ein drittes Standbein bildete schließlich eine Gruppe von Publikationen, die den Kampf der katholischen Kirche gegen den Nationalsozialismus, speziell im Bistum Berlin, im Gedächtnis hielt und dessen „Blutzeugen“ ehrte⁶¹. Damit stiftete Adolph eine Traditionslinie. Er erhob die Kirche in den Rang der geborenen widerständigen Institution gegen die totalitären Ideologien und innerweltlichen Heilslehren des Jahrhunderts, deren zwei Seiten Nationalsozialismus und Kommunismus darstellten.

In diesen Zusammenhang gehört auch die feierliche Ankündigung, einen speziellen Berliner Gedächtnisort für die „Blutzeugen für Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Jahren 1933–1945“ zu erbauen: die Kirche Maria Regina Martyrum, nahe der Gedenkstätte Plötzensee. Nicht von ungefähr fiel der offizielle Beschluss zum Kirchenbau auf dem in Berlin stattfindenden Katholikentag von 1958. Dies war zweifellos ein Manifest des Katholizismus gegen das über Bischof Döpfner verhängte Einreiseverbot in die östlichen Teile seines Bistums. Mit ähnlichem Signalcharakter wurden 1960 die Grundsteinlegung und 1963 die Einweihung der Kirche zelebriert⁶². Zwar richtete sich der primäre Fokus auf die Zeit der NS-Gewaltherrschaft; in einem weiteren Sinne aber war die Gedenkkirche ein symbolisches Monument für Glaubens- und Gewissensfreiheit ganz allgemein, für die deutsche Einheit in Freiheit und damit ein unübersehbares Mahnzeichen in Richtung Osten. Als solche bildete sie einen zentralen Baustein der ‚Frontstadt‘-Inszenierung des ‚Medienprofis‘ Walter Adolph.

Auch andere Medien wurden genutzt, um ein breites Publikum zu erreichen. Nachdem Döpfner die Einreise in die DDR untersagt worden war, begann er 1959 jeden zweiten Montag eines Monats über den Sender Freies Berlin (SFB) ein ‚Wort für den Tag‘ zu sprechen, um möglichst auch die Katholiken in den in der DDR gelegenen ländlichen Diasporagebieten seines Bistums zu erreichen. Die Auseinandersetzung

⁵⁷ Sheen, *Der Kommunismus und das Gewissen der westlichen Welt*; Aufl.: 10 000; vgl. Tischner, *Katholische Kirche in der SBZ/DDR*, S. 520. Weiterhin zu nennen: Brauweiler, *Der dialektische und historische Materialismus*; Karisch, *Der Christ und Stalins dialektischer Materialismus*; 1956 unter dem Titel: *Der Christ und der dialektische Materialismus*. 1958: 3. Aufl., 1961: 4. Aufl.

⁵⁸ Beispielsweise Adolph, *Atheismus am Steuer*.

⁵⁹ Möbus, *Erziehung zum Haß*; ders., *Klassenkampf im Kindergarten*.

⁶⁰ Beispielsweise Adolph/Klausener/Muschalek, *Unsere Sorge der Mensch*; Siegmund, *Der Kampf um Gott*; Prauss, *Doch es war nicht die Wahrheit*; Klausener, *Sie hassen Gott nach Plan*.

⁶¹ Stellvertretend für weitere Publikationen dieses Genres: Kühn, *Blutzeugen des Bistums Berlin*; Adolph, *Erich Klausener*.

⁶² Dokumentation der Entstehungs- und Baugeschichte mit allen wichtigen Texten: *Gedächtniskirche der deutschen Katholiken Maria Regina Martyrum*. Jetzt auch Franz Pfeifer (Hrsg.): *Gedenkkirche Maria Regina Martyrum Berlin*. Zum 50. Jahrestag der Weihe der Gedenkkirche Maria Regina Martyrum. Lindenberg/Allgäu 2013; darin S. 104–111 eine knappe Auskopplung aus dem vorliegenden Beitrag.

mit dem Kommunismus stellte ein durchgehendes Motiv dieser kurzen Ansprachen dar, die der Bischof bis zu seinem Weggang aus Berlin im Juli 1961 fortsetzte⁶³.

Als Döpfner im Januar 1959 sein erstes ‚Wort aus Berlin‘ über den Äther schickte, stand Berlin infolge des Chruschtschow-Ultimatums vom November 1958 mitten in der zweiten großen Krise der Nachkriegszeit. Der sowjetische Parteichef hatte den Vier-Mächte-Status aufgekündigt und von den Westalliierten ultimativ verlangt, Berlin in eine neutralisierte Freie Stadt zu verwandeln. Damit war die Drohung verbunden, West-Berlin gegebenenfalls ein zweites Mal einer Blockade zu unterwerfen. Die weltpolitische Zuspitzung um Berlin veranlasste Adolph, seinem Bischof Vorschläge zu gebündelten Abwehrmaßnahmen zu unterbreiten⁶⁴. Offensichtlich hielt er die Möglichkeit einer Neutralisierung Berlins keineswegs für unwahrscheinlich. Er befürchtete für diesen Fall eine faktische kommunistische Machtübernahme auch im Westteil der Stadt⁶⁵. Um gegen diese Gefahr deutlich die Stimme zu heben, riet Adolph zu einer massierten Broschürenkampagne, „die die breite Masse der Gläubigen über die Bedrängnis der Christen unter dem sowjetischen System“ aufkläre, flankiert durch ein Kommunismus-Weißbuch, eine Plakataktion sowie, essentiell, durch Schützenhilfe seitens der Kirche in der Bundesrepublik, insbesondere der ‚Katholischen Nachrichtenagentur‘ und des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZDK)⁶⁶. Eine Woche später, nach Unterredungen u. a. mit Kirchenvertretern aus der Bundesrepublik, erneuerte Adolph seine Anregungen mit erhöhter Dringlichkeit. Er riet nun zu parallelen Schritten auf den höchsten Ebenen der Politik, beim Hl. Stuhl, sowie in allen möglichen Medien, zumal in der Bundesrepublik. Er berichtete Döpfner: „Bei der Besprechung mit den Herren aus der Bundesrepublik gewann ich den Eindruck, daß sie tief von der Notwendigkeit durchdrungen sind, daß bei der Berlin-Krise auch auf die religiöse Lebensordnung hingewiesen werden muß, die in äusserster Gefahr steht. Eigentlich haben wir noch nie ein solches Interesse drüben gefunden aber auch zugleich die Bereitschaft, [...] alles zu tun, was in den Kräften der Bundesrepublik steht.“⁶⁷

Ins Zentrum der Beratungen rückte schließlich der Gedanke, ein Weißbuch zusammenzustellen, in dem die bisherige „Auseinandersetzung zwischen Kirche und kommunistischem Staat“, die „Eingaben, Antworten, Äußerungen maßgeblicher Männer“, dokumentiert werden sollten⁶⁸. Dieses Instrument war aus der Tradition der ‚Abwehrkampf-Maßnahmen der Kirche gegen den Nationalsozialismus bekannt, jedoch besonders unter den ‚Ostbischöfen‘ nicht unumstritten⁶⁹. Bis Mitte Mai 1959 wurde – auch mit Unterstützung des ‚Katholischen Büros‘ in Bonn und des Bundeskanzler-

⁶³ Wort aus Berlin.

⁶⁴ Adolph an Döpfner, 5. 2. 1959, in: Schulte-Umberg, Akten deutscher Bischöfe.

⁶⁵ Seinen Blick auf die Chruschtschow-Offensive formulierte Adolph als Grundlage für eine Ordinarienbesprechung in Berlin am 17. 3. 1959, in: ebenda, S. 521–523.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Adolph an Döpfner, 11. 02. 1959, in: ebenda, S. 508.

⁶⁸ Aufzeichnungen Döpfners zur Ordinarienbesprechung, 17. 3. 1959, in: ebenda, S. 523.

⁶⁹ Abweichende Auffassungen vertraten etwa der Bischof von Meißen, Otto Spüllbeck, der von einem Weißbuch „Nachteile für die Arbeit der Kirche in der Zone“ erwartete (ebenda, S. 523, Anm. 4) sowie der Kapitelsvikar in Görlitz, Ferdinand Piontek, der eine eher resignative Haltung einnahm (ebenda, S. 524).

amtes – ein solches Weißbuch ausgearbeitet, das vom Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz Frings dem Bundeskanzler übergeben werden konnte⁷⁰. Frings bat Adenauer im Namen Döpfners, das Thema „Religionsfreiheit in der ‚DDR‘“ auf der Basis des Weißbuches während der bereits begonnenen Genfer Außenministerkonferenz, die sich mit der ‚deutschen Frage‘ befasste, zur Sprache zu bringen. Der Bundeskanzler trug die Angelegenheit im Kabinett vor und erklärte Frings gegenüber seine Zustimmung; Adenauer habe Außenminister von Brentano gebeten, gegebenenfalls auf die sachverständige Hilfe Adolphs zurückzugreifen⁷¹. Döpfner seinerseits flankierte diese Maßnahme durch Übergabe des Weißbuches an den Apostolischen Nuntius in der Bundesrepublik sowie durch einen direkten Appell an Kardinalstaatssekretär Tardini, angesichts des Chruschtschow-Ultimatums sowie der Verhandlungen in Genf „einige grundsätzliche Ausführungen“ des Papstes „zum gegenwärtigen Stand der internationalen Verhandlungen über Deutschland“ zu erwirken. Die Gefahr sei nicht zu verkennen, „daß Normen des Naturrechts durch das erwiesene gegenwärtige Ziel der sowjetischen Außenpolitik zum Unheil des deutschen Volkes und anderer Völker verletzt werden. Dies wäre nach meiner Auffassung für den Heiligen Stuhl ein gerechter Anlaß zum Protest.“⁷² Zwar erreichte Döpfner das Ziel einer päpstlichen Äußerung nicht; allerdings beendete er wenige Wochen später einen persönlichen Rom-Besuch mit dem bestimmten Eindruck der „vollen Zustimmung, die ich überall zu unserer Haltung und grundsätzlichen Linie in der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus fand.“⁷³

Zusätzlich zum politisch-diplomatischen Vorstoß lief als Reaktion auf die durch das Chruschtschow-Ultimatum erzeugte Verunsicherung auch die von Adolph angeregte mediale Offensive in der Bundesrepublik zumindest ansatzweise an: Der West-Berliner Priester und Mitarbeiter Adolphs, Erich Klausener (jun.), verfasste unter dem Pseudonym ‚Peter Reich‘ die Broschüre ‚Jesuiten, Arbeiter und rote Richter. Schlaglichter auf das Ringen um Religionsfreiheit in Mitteldeutschland‘⁷⁴. Diese Schrift wurde in sehr hoher Auflage in der Bundesrepublik an die Bezieher von Kirchenblättern verteilt; 2000 Exemplare gingen darüber hinaus an die Mitglieder der Delegation der Bundesregierung in Genf⁷⁵. Am 26. April 1959 wurde in den Kirchen des Bistums Berlin und der Bundesrepublik eine von Döpfner entworfene Erklärung verlesen: „In den kommenden Wochen und Monaten werden Staatsmänner aus Ost und West beraten und Entscheidungen zu treffen haben, die das Schicksal unseres gespaltenen Volkes und unserer geteilten Diözese tief innerlich berühren. Wir wollen hoffen und beten, daß durch eine gerechte Lösung der Frieden unter den Völkern

⁷⁰ Frings an Adenauer, 16. 5. 1959, in: ebenda.

⁷¹ Adenauer an Frings, Bonn, 26. 5. 1959, in: ebenda.

⁷² Döpfner an Tardini, 27. 5. 1959, in: ebenda.

⁷³ Döpfner an Frings, 20. 6. 1959, zitiert nach: Schulte-Umberg, Akten deutscher Bischöfe, S. 567, Anm. 2; Das Aide-mémoire Döpfners zur kirchenpolitischen Lage, 26. 5. 1959, in: ebenda, S. 569–576; vgl. auch Tardini an Döpfner, 28. 6. 1959, in: ebenda, S. 579f.

⁷⁴ Reich, Jesuiten, Arbeiter und rote Richter.

⁷⁵ Vgl. Aide-mémoire Döpfners zur kirchenpolitischen Lage, 26. 5. 1959, in: Schulte-Umberg, Akten deutscher Bischöfe, S. 572.

gefestigt werde und unser Volk den Weg zu einer Wiedervereinigung in gerechter und freier Ordnung finde.“⁷⁶

V. Kirche und Kommunismus in Leitdiskursen der frühen Bundesrepublik

Das kirchliche Engagement in der ‚Frontstadt‘ gegen den Kommunismus war stets gekennzeichnet durch und abgestimmt auf die mehr oder weniger stark empfundene Bedrohung vor Ort. Es sandte Botschaften in Richtung Osten und in Richtung Westen. Über die Jahre hinweg kristallisierte sich eine eigene Position der katholischen Kirche in der DDR heraus, wie sie bereits in einzelnen Kommentaren zu Adolphs und Döpfners Weißbuch-Projekt von 1959 zum Ausdruck gekommen ist und schließlich nach dem Mauerbau in der ‚Geschäftsgrundlagen-Politik‘ Alfred Bengschs Gestalt angenommen hat⁷⁷. In der Bundesrepublik hingegen war die kirchliche Stellungnahme gegen den Kommunismus von Anfang an anders akzentuiert. Hier verband sich die dogmatisch begründete Ablehnung des Kommunismus als Herrschaftsform des dialektischen Materialismus, wie sie im Hirtenbrief und der Weisung der Bischöfe vom März und August 1950 formuliert worden war, mit einem zunächst zurückhaltenden, aber dann doch immer deutlicher artikulierten politischen Votum für die wesentlichen Weichenstellungen des Westens – ungeachtet der ebenfalls artikulierten Kritik am ‚praktischen Materialismus‘ der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Eine wichtige Brückenfunktion zwischen episkopaler Hierarchie und Politik nahmen dabei die Organisationen des sich neu formierenden Laienkatholizismus ein. In diesem Geflecht – Hierarchie, Laienkatholizismus, Politik – entwickelte sich das kirchlich-katholische Sprechen über den Kommunismus während der Adenauer-Zeit; es kann nicht losgelöst von den leitenden Orientierungsdiskursen dieser Jahre gesehen werden: der Wiederbewaffnung, der Westbindung und der europäischen Integration⁷⁸.

Unruhe und Aufsehen erregte Frings mit seiner Predigt auf dem in Bonn abgehaltenen Diözesan-Katholikentag im Juli 1950. Für einige seiner Amtsbrüder ging der Erzbischof mit seinen deutlich politisch gefärbten Anmerkungen zum Thema des Katholikentags ‚Durch Ordnung zum Frieden‘ zu weit⁷⁹. Die nationalen Egoismen der Vergangenheit, so der Kardinal, müssten zugunsten einer europäischen Friedensordnung überwunden werden. Allerdings, fügte er mit Bezug auf die Weihnachtsansprache Pius’ XII. von 1948 hinzu: „Der Heilige Vater läßt keinen Zweifel daran, daß es [...] ein falsch gerichtetes Humanitätsdenken wäre, wenn man aus Furcht vor den Leiden eines Krieges jegliches Unrecht geschehen ließe.“ Deshalb sei „selbstsüchtige

⁷⁶ Aufruf Döpfners an alle Gemeinden im Bistum Berlin, 15.4.1959, in: Lange/Pruß, An der Nahtstelle der Systeme; sowie zur Übernahme in der Bundesrepublik: Schulte-Umberg, Akten deutscher Bischöfe, DDR, S. 507, Anm. 4.

⁷⁷ Fundierter Überblick bei Jung, Eine Politik der Skepsis, in: Kösters/Tischner, Katholische Kirche in SBZ und DDR.

⁷⁸ Über die Grundpositionen der beiden großen deutschen Volkskirchen zur europäischen Idee in den 1950er Jahren vgl. Brechenmacher, Le Chiese tedesche e l’Europa dal fallimento della CED ai Trattati di Roma.

⁷⁹ Vgl. Trippen, Josef Kardinal Frings, Bd. 1, S. 536.

Neutralität“ gegenüber zu Unrecht Angegriffenen verantwortungslos⁸⁰. Den aktuellen Hintergrund der Predigt Frings' bildete der Ausbruch des Korea-Krieges Ende Juni 1950 und dessen Rückwirkungen auf die Wiederbewaffnungsdebatte im weit entfernten Westen des – wie Korea auch – zwischen den Systemen geteilten Deutschland. Sicherlich bezog Frings nicht direkt Stellung zu dieser Frage; aber seine Predigt trug doch zur wachsenden Zustimmung bei, die Kanzler Adenauer aus der weltpolitischen Krise des Koreakrieges für seine – durchaus auch unter Katholiken keineswegs unumstrittene⁸¹ – Politik gewinnen konnte.

Der Konflikt der Blockmächte im Fernen Osten war ein starkes Argument dafür, auch an der Demarkationslinie im Zentrum Europas Verteidigungsbereitschaft als zentrale Voraussetzung politischer Gestaltungsfähigkeit zu fordern. Gerade katholische Laienorganisationen stimmten hier ein und zeigten eine aus der Sicht späterer Verhältnisse bemerkenswert hervorgehobene Solidarität mit der päpstlicherseits vorgegebenen Grundposition. So warnte etwa die ‚Arbeitsgemeinschaft Übernationale Zusammenarbeit‘ des 74. Deutschen Katholikentages 1950 in Passau davor, Friedensaktionen zu unterstützen, die sich überkonfessionell christlich-pazifistisch gebärden. Die Katholiken sollten sich lieber, „möglichst [...] geschlossen, hinter die in der ganzen Welt erkannten und anerkannten Friedensbemühungen des Heiligen Vaters stellen.“⁸² Nur wenige Wochen nach der Unterzeichnung des EVG-Vertrages, im Juli 1952, unterstützte der in Bamberg tagende Bund katholischer Männer die Politik Adenauers ostentativ. Im Deutschlandvertrag wie im EVG-Vertrag erblickte der Verband „ermutigende Schritte zu einer neuen Ordnung unter den freien Völkern Europas“. Sie seien „eine reale Grundlage für die Rückkehr der von uns getrennten Brüder in ein einiges und freies Deutschland“. Neutralitätsvorstellungen hingegen wiesen die katholischen Männer mit Blick auf die Stalin-Note vom März 1952 als eine „Etappe auf dem Weg in die Unfreiheit“ zurück⁸³.

Der Bund katholischer Männer erreichte ein Massenpublikum. Seine Zeitschrift ‚Mann in der Zeit‘ erschien 1957 mit einer Auflage von 550 000 Exemplaren. Auf seiner im Zeichen der Bundestagswahl 1957 stehenden außerordentlichen Kundgebung am 2. Juni 1957, wiederum in Bamberg, versammelten sich (nach eigener Schätzung) um die 50 000 Teilnehmer, um „mit dem verantwortlichen Staatsmann ein Bekenntnis abzulegen zu den unabänderlichen Grundsätzen christlicher Politik und ihrer Durchsetzung in einer Zeit höchster Gefahr“⁸⁴. Kanzler Adenauer appellierte an diese Zuhörerschaft mit jenem „eindeutigen Wort, das für die ganze Wahlbewegung die entscheidende Parole wurde: ‚Deutschland und Europa werde christlich bleiben oder

⁸⁰ Friede um jeden Preis! Kardinal Frings auf dem Marktplatz in Bonn am 23. 7. [1950], in: Kirchenzeitung für das Erzbistum Köln vom 5. 8. 1950, S. 245f.

⁸¹ Zu dem gegen die frühe Wiederbewaffnungspolitik Adenauers gerichteten Meinungsklima unter den deutschen Katholiken zu Beginn der 1950er Jahre vgl. Doering-Manteuffel, Katholizismus und Wiederbewaffnung.

⁸² Bericht der Arbeitsgemeinschaft ‚Übernationale Zusammenarbeit‘ des 74. Deutschen Katholikentages, zitiert nach: Schwarz, Katholische Kirche und Europa; vgl. auch Doering-Manteuffel, Katholizismus und Wiederbewaffnung, S. 116.

⁸³ Mann in der Zeit, zitiert nach: Hürten, Zur Haltung des deutschen Katholizismus, S. 96.

⁸⁴ Bericht [...] für die Fuldaer Bischofskonferenz, „Männerseelsorge und Männerarbeit. Anmerkungen zur Arbeit der Hauptarbeitsstelle für Männerseelsorge und Männerarbeit in den deutschen Diözesen“, in: Hürten, Akten deutscher Bischöfe, S. 423.

kommunistisch werden.“⁸⁵ Der Bericht des Bundes katholischer Männer an die zur Herbstversammlung in Fulda versammelten Bischöfe ließ keinen Zweifel daran, welche Aufgaben die Verbandsaktivisten auch nach dem überwältigenden Erfolg der Unionsparteien in der Bundestagswahl vor sich sahen: „Es liegen Anzeichen dafür vor, daß durch den politischen Sieg die Gegenbewegungen des atheistischen Kommunismus in Verbindung mit dem verworrenen, dem christlich-kirchlichen Glauben entgegengesetzten Zeitgeist heftiger und die Auseinandersetzungen bitterer werden. Insofern verlangen Gegenwart und Zukunft erst recht katholische Männer, die fest im Glauben und in der Kirche verwurzelt [...] sind.“⁸⁶ Auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken betrachtete sowohl die „Auseinandersetzung mit dem dialektischen und historischen Materialismus“ auf möglichst vielen Feldern der Wissenschaft als auch die „Aufklärung des deutschen Volkes über Umfang, Intensität und Methoden des kommunistischen Kampfes gegen die Kirche“ als wesentliche Aufgaben⁸⁷.

In der Hierarchie der politischen Zielsetzungen der Bundesrepublik traten im Laufe der 1950er Jahre die Westbindung im Rahmen entstehender supranationaler, europäischer Organisationen und die Fähigkeit, die Ordnung der Freiheit notfalls auch militärisch verteidigen zu können, nach oben. Die Wiedervereinigung wurde als mittelbar anzustrebendes Ziel unter der Voraussetzung von Selbstbestimmung der Deutschen in Freiheit den beiden anderen Zielen nachgeordnet. Natürlich standen nicht alle Katholiken der Bundesrepublik hinter dieser Politik. Widerspruch kam vor allem von Seiten diverser katholischer Intellektueller, unter denen neben Eugen Kogon, Reinhold Schneider und Walter Dirks hervorstechende Positionen einnahmen⁸⁸. Die Debatte differenzierte sich vielfältig aus; im Kern lag dem Widerspruch gegen die Wiederbewaffnung aber stets eine ‚radikal-christliche‘ Haltung zugrunde, die einer pazifistischen Interpretation des Evangeliums entsprang und mit moralisch-theologischen, nicht mit politischen Erwägungen argumentierte. Im Ergebnis entwickelte sich aus diesen kritischen Diskussionen um die Wiederbewaffnung Deutschlands die Strömung eines ‚Linkskatholizismus‘ mit starker Affinität zu sozialistischen Theorien und bürgertumskritischem Habitus, die jedoch die Amtskirche wenig infiltrieren konnte und auch innerhalb des deutschen Laienkatholizismus der 1950er Jahre eine – wenngleich sich publizistisch laut artikulierende – Randerscheinung blieb⁸⁹.

Schon die Existenz dieser ‚linkskatholischen Gruppierung‘ spricht aber gegen die von der älteren Forschung mitunter vorgetragene Auffassung, derzufolge die deutschen Katholiken durch die kirchliche ‚Obrigkeit‘ diszipliniert und wehrpolitisch auf die Linie Adenauers eingeschworen worden seien⁹⁰. Dagegen ist mit Heinz Hürten zu resümieren: „Unbestreitbar eilten die Anfänge der Adenauerschen Sicherheitspolitik

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Ebenda.

⁸⁷ Vgl. Bericht des Zentralkomitees der deutschen Katholiken an die Hauptkommission der Fuldaer Bischofskonferenz, 15.4.1959, in: Hürten, Akten deutscher Bischöfe seit 1945, S. 701 f.; Politische Erklärung des ZDK vom 23. 11. 1960, in: ebenda, S. 1045–1049.

⁸⁸ Zum Europakonzept Walter Dirks’ – Europa als eine unabhängige „dritte Kraft“ zwischen den Machtblöcken – vgl. Loth, Deutsche Europa-Konzeptionen.

⁸⁹ Zum Thema „Linkskatholizismus“ trotz seiner marxistischen Tendenz nach wie vor maßgeblich Stankowski, Linkskatholizismus nach 1945.

⁹⁰ So z. B. ebenda, S. 232–235; vgl. auch Spotts, Kirchen und Politik in Deutschland, S. 212–216.

den Positionsbestimmungen der gesellschaftlichen Kräfte zu dieser Frage weit voraus; die Politik des Kanzlers zwang sie vielfach erst vor die Entscheidungen, denen sie [...] sonst wohl lange ausgewichen wären. Hier macht auch der deutsche Katholizismus keine Ausnahme.“⁹¹

Allerdings erleichterte die vorhandene, dogmatisch-weltanschaulich begründete kategorische Ablehnung des dialektischen Materialismus und des Kommunismus der Amtskirche das Einschwenken auf die Adenauersche Linie der Wiederbewaffnung. Beides wurde verbunden durch die Klammer des Abendland-Diskurses, in dem wiederum Laien (unter ihnen sogar einige Protestanten), kirchliche Würdenträger und Politiker zusammenwirkten⁹².

Der Höhepunkt der Mobilisierungskraft dieses geschichtspolitischen Konstrukts mit eindeutiger tagesaktueller Aufgabenstellung wurde anlässlich der mit einer großen Festwoche des Bistums Augsburg zelebrierten 1000-Jahr-Feier der Schlacht auf dem Lechfeld im Juli 1955 erreicht. Hatten nicht König Otto I. und – historisch nicht ganz korrekt, aber wesentlicher Bestandteil des Lechfeld-Schlacht-Mythos – der Augsburger Bischof Ulrich 955 durch ihren Sieg gegen die ungarischen Reiterkrieger „das christliche Abendland vor einer unheimlichen Gefahr aus dem heidnischen Osten gerettet“? In diesen Interpretationszusammenhang stellte Papst Pius XII. höchstselbst das Jubiläum in einem Schreiben an den Augsburger Bischof Josef Freundorfer: „In der Auseinandersetzung mit der neuen Lebensform des materialistischen Ostens behauptet das Abendland, für die Menschenwürde und die Menschenrechte, an erster Stelle für die Freiheit des einzelnen einzustehen.“ Freilich versäumte der Papst auch nicht, auf die Ambivalenz der mit ‚Augsburg‘ verknüpften historischen Symbolereignisse hinzuweisen: Hier die in der Lechfeld-Schlacht gerettete abendländische Einheit, da die im Augsburger Religionsfrieden von 1555 besiegelte religiöse Spaltung Europas. Pius XII. betonte: „Man wird es Uns aber nicht verdenken, wenn wir im Bruch der religiösen Einheit Deutschlands und Europas das schwerste Verhängnis erblicken, welches das christliche Abendland und seine Kultur treffen konnte.“⁹³ ‚Abendland‘ war einerseits Chiffre für das Europa der christlichen Einheit, der dem 20. Jahrhundert angemessen erscheinende Terminus für ein romantisierendes, katholisch-konservatives, das mittelalterliche Zwei-Gewalten-Imperium verklärendes Reichsdenken; es war andererseits aber auch ein Vehikel, um katholisches Denken und aktuelle Europa- bzw. Verteidigungspolitik in der gegebenen Konfrontationslage des Kalten Krieges in Einklang zu bringen⁹⁴.

Diese Synthesefunktion der „Tage des Abendländischen Bekenntnisses“, wie die Ulrichs-Festwoche von 1955 programmatisch untertitelt wurde⁹⁵, zeigte sich besonders augenfällig in der Mischung ihrer prominenten Teilnehmer. Spitzen der katholischen Hierarchie – auch der Apostolische Nuntius Aloysius Muench war anwesend – und des Laienkatholizismus – unter ihnen der Präsident des ZDK, Karl Fürst zu

⁹¹ Hürten, Zur Haltung des deutschen Katholizismus, S. 84.

⁹² Knapper und präziser Überblick bei Hürten, Der Topos vom christlichen Abendland.

⁹³ Pius XII. an Josef Freundorfer, 27.6.1955, zitiert nach: Crux victorialis, S. 334. Vgl. auch Schwarz, Katholische Kirche und Europa, S. 30; Hürten, Zur Haltung des deutschen Katholizismus, S. 90f.

⁹⁴ Vgl. dazu im Detail Conze, Das Europa der Deutschen.

⁹⁵ So der Untertitel des Erinnerungsbuches ‚Crux victorialis‘.

Löwenstein – trafen auf führende Vertreter der Politik. Adenauer selbst war zwar nicht angereist, hatte jedoch seinen Außenminister entsandt. Aus Frankreich war mit Robert Schuman sogar einer der zentralen Protagonisten der europäischen Integrationspolitik gekommen⁹⁶.

In seiner Ansprache während der Großkundgebung zum Abschluss der Festwoche bediente Außenminister von Brentano (CDU) den Analog-Schluss von der heidnischen Bedrohung des Abendlandes durch die Magyaren zur Zeit König Ottos I. hin zur heidnischen Bedrohung durch den Sowjetkommunismus in der Gegenwart fast schon zu plakativ: „In der Tat stehen die Probleme, die nun 1000 Jahre zurückliegen [...], in deutlicher Parallele mit denjenigen Problemen, die uns jetzt im Abendlande wiederum bedrängen. Die Ähnlichkeit ist überraschend, ja erschreckend. Damals standen vor den Toren des Abendlandes [...] die heidnischen Nomadenscharen des Ostens; [...]. Jetzt stehen wiederum, nicht sehr viel weiter von dieser Stadt [Augsburg] entfernt, die Massen des Ostens, und wiederum sehen wir der Gefahr ins Auge, daß das Abendland von ihnen überrannt wird.“⁹⁷ Mit den Mitteln politischer Rhetorik versuchte von Brentano aus dem Subtext der gesamten Veranstaltung möglichst großes politisches Kapital zu schlagen. Im Jahr der heftig umstrittenen Gründung der Bundeswehr, knapp zwei Monate nach dem Beitritt der Bundesrepublik zur NATO, wenige Wochen nach der Einrichtung des Bundesverteidigungsministeriums und noch vor der Reise des Bundeskanzlers nach Moskau ging es darum, die Zustimmung der Katholiken zur Politik Adenauers weitestmöglich zu erringen.

In der ‚Ulrich-Festwoche‘ von 1955 kulminierten die tragenden Leitideen der Adenauerschen Westintegrationspolitik. Der Antikommunismus wurde hier publikumswirksamer vermittelt als in der kirchlichen, gegen den Materialismus gerichteten Lehre; seine kultur- und geschichtsphilosophische Einkleidung und der damit verbundene zivilisatorische Appell entfalteten Mobilisierungskraft. Papst Pius XII. hatte die Möglichkeiten eines solchen Appells längst erkannt, etwa, wenn er am 17. Juli 1952 an die Vorsitzende des Deutschen Katholischen Frauenbundes schrieb: „Man spricht so viel von der europäischen Kultur, jener Kultur, die aus der Vergangenheit zu retten oder für das vereinte Europa der Zukunft zu schaffen ist. Man sei sich nur über eines klar: diese europäische Kultur wird entweder unverfälscht christlich und katholisch sein, oder aber sie wird verzehrt werden vom Steppenbrand jener anderen, materialistischen, der nur die Masse und die rein physische Gewalt etwas gelten.“⁹⁸

Auch im westdeutschen Episkopat schiffen sich die Zusammenhänge zwischen Abendland-Gedanken, europäischer Integration und Antikommunismus über die 1950er Jahre hinweg fest ein. So griff der Bamberger Bischof Josef Schneider Mitte 1959 das Paradigma in einem an christliche Arbeitnehmer gerichteten Plädoyer für ein „neues Europa“ auf, das als Beitrag zu einer sozial- und wirtschaftspolitischen Debatte gedacht war. Der Aufbau eines neuen Europa, so Schneider, direkt an Pius

⁹⁶ Zum Lechfeld-Schlacht-Jubiläum vgl. Conze, *Das Europa der Deutschen*, S. 162–167; zu den Teilnehmern ebenda, S. 162, Anm. 247; darüber hinaus Chenaux, *Une Europe Vaticane?*, S. 225–228; Crux victorialis.

⁹⁷ Zitiert nach: Crux victorialis, S. 303.

⁹⁸ Pius XII. an Gerta Krabbel, 17. 7. 1952, zitiert nach: Schwarz, *Katholische Kirche und Europa*, S. 14.

XII. anknüpfend, sei zu erstreben, um Zerrissenheit und Elend zu überwinden. Aber das Ziel könne nicht allein darin liegen, „wirtschaftliche, irdische Wohlfahrt“ zu gewährleisten. Auf Dauer könne Europa nur bestehen, „wenn das Band zwischen der Religion und der Zivilisation bzw. Kultur wiederhergestellt“ werde. Allein „Opferbereitschaft“ für seine „höheren Werte“ könne Europa ein Überleben gegen das Konkurrenzprojekt des Kommunismus sichern. Die Überlegenheit Europas zeige sich also nicht in der Durchschlagskraft seiner ökonomischen Ordnung – bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, dass der Bischof offenbar auch dem Kommunismus zutraute, für materiellen Wohlstand zu sorgen –, sondern in der Stärke seiner Wertordnung, wenn sie wirklich christlich sei und als solche die Menschen trage und von ihnen verteidigt werde⁹⁹.

Als sich Bischof Schneider an die christlichen Arbeitgeber wandte, neigte sich jedoch die Zeit des zivilisatorischen Abendland-Pathos bereits dem Ende zu. Die Weichen der Westintegration, des Europa-Projekts, aber auch des westlichen Verteidigungsbündnisses waren gestellt. Mit dem Chruschtschow-Ultimatum war die zweite große Berlin-Krise heraufgezogen, die 1961 in den Mauerbau und die Zementierung der deutschen Teilung zwischen den Blöcken mündete. Paradoxerweise wirkte diese dämpfend auf die antikommunistischen Diskurse im kirchlichen Raum ein. Parallel dazu wandelten sich die politischen Strategien der Kirche im globalen Maßstab in Richtung einer ‚Vatikanischen Ostpolitik‘. Zwar veränderte sich dadurch nichts an der grundsätzlichen Haltung der Kirche zu Materialismus und Kommunismus. Gleichwohl ließen sich erste Vorstellungen von ‚Koexistenz‘ ausmachen, die mit einer Akzeptanz der ‚Realitäten‘ verbunden waren und die die kirchlichen Handlungsweisen fortan stärker bestimmen sollten. Dies wiederum führte zu heftigen Friktionen zwischen herausragenden kirchlichen Amtsträgern, wie Alfred Bengsch oder József Mindszenty und dem Hl. Stuhl, besonders dann unter Paul VI. und Agostino Casaroli¹⁰⁰.

VI. Funktionen des katholischen Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik

Für die katholisch-kirchliche Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in der Bundesrepublik während der 1950er Jahre bleibt zusammenfassend festzuhalten:

- 1) Antikommunismus ist in den größeren Zusammenhang der Verurteilung jeglicher materialistischer Doktrinen als eines Wesenskerns der kirchlichen Kritik an der Moderne zu stellen.
- 2) Antikommunismus ist zentraler Bestandteil der Selbstbehauptungsstrategie der Kirche im kommunistischen Osten Deutschlands. Er wird allerdings mit wechselnden Akzentuierungen und unterschiedlicher Offensivkraft seitens der kirchlichen Hierarchie verfolgt. Eine von der DDR isolierte Betrachtung allein der Bundesrepublik zu dieser Thematik bliebe unvollständig.

⁹⁹ Zitiert nach: Schwarz, Katholische Kirche und Europa, S. 51f.

¹⁰⁰ Überblick hierzu bei Hummel, Vatikanische Ostpolitik.

3) Antikommunismus und Antimaterialismus sind wesentliche Inhaltsbestandteile eines kirchlich-medialen Abwehrkampfes in der ‚Frontstadt‘ (West-)Berlin, mit dem Ziel, die inneren Widerstandskräfte der Katholiken zu stärken. Angesichts der Bedrohung infolge des Chruschtschow-Ultimatums zieht dieser Abwehrkampf weitere Kreise und involviert Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik in stärkerem Maße als zuvor.

4) Daneben ist Antikommunismus Bestandteil eines katholischen Orientierungsdiskurses innerhalb der Bundesrepublik, der sowohl den deutschen Katholiken als auch der Hierarchie selbst den Weg zur Identifikation mit den politischen Zielen Adenauers bahnen hilft.

Vor diesem Hintergrund bliebe schließlich vertiefend zu überlegen, inwiefern all diese Funktionen zu dem von Urs Altermatt entwickelten sozialhistorischen Interpretationsansatz beitragen, demzufolge im katholischen Antikommunismus der Nachkriegszeit allgemein eine „säkularistische Substitutionsideologie“ zu erkennen sei, mit dem bewussten oder unbewussten Ziel, die innere Homogenität des katholischen Milieus unter den Bedingungen beschleunigten sozialen und mentalen Wandels (mit) zu sichern¹⁰¹.

¹⁰¹ Altermatt, *Konfession, Nation und Rom*, S. 298.

Mirjam Loos

Antikommunistische und anti-antikommunistische Stimmen im evangelischen Kirchenmilieu

Die Debatte um Wiedervereinigung, Westbindung und Wiederbewaffnung

Der deutsche Protestantismus der Nachkriegszeit war mit Blick auf den Kommunismus durch eine bemerkenswerte Ambivalenz gekennzeichnet. Paradigmatisch für die unterschiedlichen Positionen und Stimmungen stehen in dieser Hinsicht die Auffassungen der beiden Theologen Propst Hans Asmussen und Karl Barth. „Wähle niemals Kommunisten und ihre Helfer! In dieser Sache ist der christliche Glaube nicht neutral, sondern aus Liebe unerbittlich. Mit der organisierten Gottlosigkeit kann es keinen Frieden geben!“¹, appellierte der lutherische Asmussen im Vorfeld der Bundestagswahl von 1953 kämpferisch an die protestantische Wählerschaft. Und der in Basel lehrende reformierte Theologieprofessor Barth konterte wenige Jahre später: „Ich halte den prinzipiellen Antikommunismus für das noch größere Übel als den Kommunismus selber.“²

Wie erklärt sich, dass in Zeiten des Kalten Krieges und unter den Bedingungen der östlichen Bedrohung Westdeutschlands Karl Barth im Unterschied zu Hans Asmussen mit einer solch unorthodoxen Haltung gegenüber der religionsfeindlichen kommunistischen Ideologie aufwartete. Barths Position muss von seiner dialektischen Theologie her verstanden werden, die schon während der Zeit des Nationalsozialismus, aber auch nach 1945 auf den bruderrätlichen Flügel der evangelischen Kirche großen Einfluss hatte. Das Konzept der „Königsherrschaft Christi“³, das er vertrat, unterscheidet sich klar von der lutherischen ‚Zwei-Reiche-Lehre‘⁴. An Stelle einer Trennung der Lebensbereiche in einen weltlichen und einen göttlichen Bereich stellte Barth in seinem Entwurf, den er 1946 veröffentlichte, alle Lebensbereiche gleichermaßen unter eine christologisch begründete Ethik. Dezidiert zum Ausdruck kam diese Theologie bereits in der Barmer Theologischen Erklärung aus dem Jahr 1934.

Im ersten Nachkriegsjahrzehnt lassen sich viele Diskussionen innerhalb der evangelischen Kirche in ihrem Kern auf eine Grunddebatte zwischen den lutherischen Anhängern einer ‚Zwei-Reiche-Lehre‘, die eine klare Mehrheit darstellten, und einer Minderheit der ‚Barthianer‘ zurückführen⁵. Aber nicht allein Barths theologisches Konzept, sondern auch seine politischen Äußerungen spalteten die Gemüter. In den 1950er Jahren wurde er, wie er in einem Brief an das Ministerium für Staatssicherheit

¹ Asmussen, Hans: Die 14 Leitsätze, in: Egen, Die Entstehung, S. LIf.

² Barth, How my mind, S. 201.

³ Vgl. Barth, Christengemeinde und Bürgergemeinde; ders., Rechtfertigung und Recht; Lindenlauf, Karl Barth.

⁴ Vgl. Anselm, Art. Zweireichelehre I, in: TRE 36 (2004); Härle, Art. Zweireichelehre II, in: ebenda; Kroeger, Art. Zweireichelehre III, in: ebenda.

⁵ Vgl. Barth, How my mind, S. 195 und Lepp, Einleitung, in: Fitschen, Die Politisierung, S. 15.

der DDR äußerte, „als angeblich heimlicher Kommunist heftig angegriffen“⁶. Diese Einschätzung sowie die eingangs zitierten Worte zeigen, dass die Bandbreite der evangelischen Positionen zum Kommunismus in der unmittelbaren Nachkriegszeit und während der Zeit des Kalten Krieges groß war. Zu dieser Entwicklung trugen die dezentrale, landeskirchliche Organisation der evangelischen Kirche sowie der hohe Stellenwert der Laien und der Einfluss unterschiedlicher Milieus bei.

Im Folgenden werden zunächst die Wurzeln des evangelischen Antikommunismus skizziert und die Rahmenbedingungen kirchlichen Handelns nach dem Zweiten Weltkrieg beleuchtet. Anschließend sollen kirchliche Positionen zu zentralen außen- und sicherheitspolitischen Fragen der 1950er Jahre erörtert werden, die evangelische Perspektiven zum Kommunismus und Antikommunismus zeigen.

I. Wurzeln des evangelischen Antikommunismus

Antikommunistische Einstellungen und negative Bewertungen kommunistischer Strömungen finden sich in evangelischen Nachschlagewerken seit Beginn des 20. Jahrhunderts, als erstmals Artikel zu dem Stichwort ‚Kommunismus‘ aufgenommen wurden⁷. Die Ausführungen sind abwertend und mit Warnungen vor dem Kommunismus versehen. Ein Artikel endet etwa mit der Schlussfolgerung: „Der Kommunismus ist ein Hirnspinnst.“⁸

Obwohl eine detaillierte Untersuchung der Wurzeln solcher antikommunistischer Tendenzen im Protestantismus noch aussteht, lassen sich Argumentationsstrukturen nachweisen, die bereits Mitte des 19. Jahrhunderts beim evangelischen Juristen und Politiker Friedrich Julius Stahl zu finden sind. So übte der umstrittene Staats- und Kirchenrechtler in seiner Vorlesungsreihe ‚Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche‘⁹ grundlegende Kritik an Sozialutopien, die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts weit verbreitet waren¹⁰. Stahl bewertete diese Konzepte nicht nur als realitätsfern, sondern beurteilte in seinen Vorlesungen das „sozialistische System“¹¹ [...] vom Standpunkte der Volkswirtschaft, des Rechts, der Religion und Moral [als] verwerflich“¹². Er kam zu dem Schluss, der „Sozialismus an sich selbst“ sei die „grauenhafteste Verirrung“¹³. Dennoch gab er zu bedenken, dass durch die Beschäftigung mit dem Sozialismus, im Sinne eines „advocatus diaboli“¹⁴, unter Umständen Lern-

⁶ Barth, Brief an Minister Wilhelm Zaisser, 2.3.1953, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1953, S. 139f., hier S. 139.

⁷ Vgl. Nathusius, Art. Kommunismus, in: RE³ 10, S. 657–662 und ders.: Art. Kommunismus, in: Evangelisches Volkslexikon, S. 401–403.

⁸ Ebenda, S. 403.

⁹ Stahl, Parteien in Staat und Kirche. Erstmals gelesen WS 1850/51, erstmals publiziert 1863 (vgl. ebenda, Vorbemerkung, S. 5).

¹⁰ Vgl. Jähnichen, Art. Kommunismus, in: RGG⁴, Sp. 1524.

¹¹ Stahl verwendet den Begriff „Sozialismus“ als Überbegriff für „Kommunismus und Sozialismus“, die er als „Spielarten eines und desselben Systems“ bezeichnet. Stahl, Parteien in Staat und Kirche, S. 206.

¹² Ebenda, S. 240.

¹³ Ebenda, S. 275.

¹⁴ Ebenda.

effekte erzielt werden könnten. Neben verschiedenen Gefahren, die Stahl im Zusammenhang mit kommunistischen und sozialistischen Sichtweisen sah, lehnte er die materialistische Weltsicht dezidiert ab¹⁵. Als „Seele der kommunistischen Partei“ machte er darüber hinaus „Gottesleugnung und Gottesfeindschaft“¹⁶ aus. Über Jahrzehnte bestimmte diese Sichtweise die Auseinandersetzung der evangelischen Theologie mit kommunistischen Konzeptionen. Der Kommunismus wurde dabei „als radikalster Gegenentwurf zum eigenen Welt- und Menschenverständnis interpretiert“¹⁷.

Bestätigung erhielten Vertreter antikommunistischer und antibolschewistischer Positionen durch Verfolgungsmaßnahmen, die evangelische Geistliche im Baltikum erleiden mussten. Während der Auseinandersetzungen in den baltischen Staaten, die zwischen 1918 und 1920 ihre Unabhängigkeit von der Sowjetunion anstrebten, wurden in Lettland und Litauen zahlreiche deutschstämmige Protestanten ermordet, darunter 40 Pfarrer¹⁸. Die Erinnerung an diese sogenannten baltischen Märtyrer war in der evangelischen Kirche präsent. Sie wurde wach gehalten und mit einer generellen Ablehnung des Kommunismus verbunden¹⁹.

Während der Zeit des Nationalsozialismus waren einige evangelische Geistliche, die das Regime offen kritisierten, ähnlichen Verfolgungsmaßnahmen ausgesetzt wie die Anhänger der kommunistischen Partei. Von anderen Personenkreisen innerhalb der evangelischen Kirche wurden in dieser Zeit antikommunistische und antibolschewistische Standpunkte besonders deutlich hervorgehoben. Sie betrachteten Hitler als „Bollwerk gegen den sog. Bolschewismus“²⁰. Und darauf wiederum basierte häufig ihre Begeisterung für die Person des Diktators und die Politik des NS-Regimes. Beispielhaft dafür ist das Telegramm des Geistlichen Vertrauensrates der Deutschen Evangelischen Kirche²¹ vom 30. Juni 1941 an Hitler. Es wurde von den lutherischen Bischöfen Marahrens und Schultz sowie Oberkonsistorialrat Hymmen unterzeichnet und brachte die strikte Ablehnung des Kommunismus und die blinde Ergebenheit zu Hitler und der deutschen Kriegsführung zum Ausdruck:

„Der Geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche [...] versichert Ihnen, mein Führer, in diesen hinreißend bewegten Stunden aufs Neue die unwandelbare Treue und Einsatzbereitschaft der gesamten evangelischen Christenheit des Reiches. Sie haben, mein Führer, die bolschewistische Gefahr im eigenen Lande gebannt und rufen nun unser Volk und die Völker Europas zum entscheidenden Waffengange gegen den Todfeind aller Ordnung und aller abendländisch-christlichen Kultur auf. Das deutsche Volk und mit ihm alle seine christlichen Glieder danken Ihnen für diese Ihre Tat.“²²

Diese Zustimmung zur nationalsozialistischen Außenpolitik verband sich mit dem Gedenken an evangelische Pfarrer, die in den sozialistischen Räterepubliken im Baltikum ihr Leben verloren hatten:

¹⁵ Vgl. ebenda, S. 267–285.

¹⁶ Ebenda, S. 272.

¹⁷ Jähnichen, Art. Kommunismus, in: RGG⁴, Sp. 1524.

¹⁸ Vgl. Hermle, Evangelische Märtyrer, S. 129–146.

¹⁹ Vgl. Bühmann, Die „baltischen Märtyrer“, S. 13–42.

²⁰ Oelke, Begeisterung, S. 290.

²¹ Vgl. Melzer, Der Geistliche Vertrauensrat.

²² Geistl. Vertrauensrat DEK, Telegramm, 30.06.1941, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1933–1944, S. 478.

„Die Deutsche Evangelische Kirche gedenkt in dieser Stunde der baltischen evangelischen Märtyrer vom Jahre 1918, sie gedenkt des namenlosen Leides, das der Bolschewismus, wie er es den Völkern seines Machtbereichs zugefügt hat, so allen anderen Nationen bereiten wollte, und sie ist mit all ihren Gebeten bei Ihnen und bei unseren unvergleichlichen Soldaten, die nun mit so gewaltigen Schlägen darangehen, den Pestherd zu beseitigen, damit in ganz Europa unter Ihrer Führung eine neue Ordnung erstehe und aller inneren Zersetzung, aller Beschmutzung des Heiligsten, aller Schändung der Gewissensfreiheit ein Ende gemacht werde.“²³

Die nahezu vorbehaltlose Hitlerbegeisterung, die 1933 bei einem Großteil der deutschen Protestanten vorherrschte, ließ in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre vielfach nach, als immer deutlicher wurde, dass die Vereinbarkeit von Christentum und Nationalsozialismus von Seiten der Machthaber nicht beabsichtigt war. Das Ende des Zweiten Weltkriegs markierte schließlich den Beginn eines langen, schmerzhaften Weges der Auseinandersetzung mit Verwicklungen und Versäumnissen der evangelischen Kirche und ihrer Mitglieder während der NS-Zeit²⁴.

II. Die Evangelische Kirche in Deutschland nach 1945

Im Unterschied zu anderen gesellschaftlichen Institutionen wurden die evangelische und katholische Kirche in Deutschland nach dem unmittelbaren Ende des Zweiten Weltkriegs von den alliierten Besatzungsmächten privilegiert behandelt. Sie konnten ihre Veranstaltungen ungehindert abhalten und innerkirchliche Angelegenheiten weitgehend selbstständig regeln. Ungeachtet dessen waren die beiden Kirchen ebenso wie die anderen gesellschaftlichen Einrichtungen mit den großen alltäglichen Herausforderungen der ‚Zusammenbruchsgesellschaft‘²⁵ konfrontiert: Hungersnot, Kälte und Personalmangel erschwerten die kirchliche Arbeit. Auf evangelischer Seite wurden zwar die Organisationsstrukturen und die traditionelle Gliederung in Landeskirchen lutherischer, reformierter und unierter Konfession beibehalten. Allerdings hatte man deren Kirchenleitungen größtenteils abgesetzt. Mit Blick auf die gesamtdeutsche Organisation der evangelischen Kirche herrschten unterschiedliche Konzeptionen vor. Die kirchenpolitischen Lager, die sich während der Zeit des Nationalsozialismus gebildet hatten, bestanden teilweise weiter. So galt es, die unterschiedlichen Vorstellungen über die Neuordnung der evangelischen Kirche, die etwa der Reichsbruderrat der Bekennenden Kirche, später Bruderrat der EKD, vertrat, und die Konzeptionen der Bischöfe der ‚intakt‘ gebliebenen Landeskirchen miteinander zu vereinbaren.

Im August 1945 wurde auf der ‚Kirchenführerkonferenz‘ im hessischen Treysa nach langen Verhandlungen der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD²⁶) gebildet²⁷. Die Auseinandersetzungen über die Organisationsstruktur der EKD setzten sich allerdings fort, bis sie mit der 1948 in Eisenach verabschiedeten Grundordnung einen vorläufigen Abschluss fanden. Dabei stellte die EKD nicht nur einen freiwilligen Zusammenschluss der Landeskirchen dar, sie war darüber hinaus eine gesamt-

²³ Ebenda, S. 478 f.

²⁴ Vgl. z. B. Oelke, Begeisterung.

²⁵ Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S. 37.

²⁶ Bis 1948 lautete die Abkürzung EKID, ab dann EKD.

²⁷ Vgl. Smith-von Osten, Treysa bis Eisenach.

deutsche Einrichtung²⁸. Besonders bemerkenswert daran ist, dass die Bildung der EKD konträr zur fortschreitenden Spaltung Deutschlands stand²⁹.

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass nicht allein Kontinuitäten, sondern auch Veränderungen für das kirchliche Leben nach 1945 kennzeichnend waren. Insofern stellt das „Restaurationsparadigma“³⁰, das in der kirchlichen Zeitgeschichtsschreibung lange Zeit richtungsweisend war, eine verkürzte Sichtweise dar. Die Begriffspaare „zwischen Aufbruch und Beharrung“³¹ bzw. „weder Neuanfang noch Restauration“³² hingegen, die Martin Greschat Mitte der 1990er Jahre prägte, beschreiben die Situation sachgerechter. Ein bedeutender Wandel innerhalb der evangelischen Kirche betraf das Verhältnis zur Politik: Nach 1945 setzte sich nämlich der Standpunkt durch, dass die Beziehung von Kirche und Politik positiv zu gestalten sei. Auf welche Art dies jedoch geschehen sollte und wie die besondere Aufgabe eines kirchlichen Wächteramtes ausgefüllt werden könnte, darüber gab es durchaus divergierende Auffassungen, wie die Diskussionen auf der Kirchenkonferenz in Treysa zeigten³³. Das gewandelte Verständnis drückte sich schließlich in den sogenannten Worten der EKD aus, in denen sie zu aktuellen Themen Stellung bezog. Dieser Bewusstseinswandel erstreckte sich nicht nur auf die öffentlichen Aufgaben der Kirche und ihren „Willen zur Mitgestaltung der deutschen Nachkriegsgesellschaft“³⁴, sondern auch auf die Verantwortung der einzelnen Christen. Insgesamt kann mit Claudia Lepp konstatiert werden: „Die in allen Besatzungszonen auch in Handeln umgesetzte Bereitschaft der Kirche und insbesondere der Laienchristen, sich von einem rein innerlich-individualistischen Heilsverständnis abzuwenden und sich aktiv gesellschaftspolitisch zu engagieren, zählte zu den fundamentalsten Wandlungen im protestantischen Selbstverständnis nach 1945.“³⁵

Obwohl die Bandbreite der politischen Standpunkte sowohl innerhalb der kirchenleitenden Gremien als auch unter evangelischen Laien groß war, vertrat die Mehrheit primär traditionelle und nationalkonservative Positionen. Die Wurzeln dieser politisch konservativen Disposition liegen im protestantischen Nationalbewusstsein des 19. Jahrhunderts. Sie lassen sich an der Demokratieskepsis vieler evangelischer Christen während der Weimarer Republik und an ihrer Affinität zur NSDAP ablesen. Auch nach 1945 war diese Disposition zunächst noch prägend.

III. Evangelische Positionen zu Wiedervereinigung, Westbindung und Wiederbewaffnung

Die in der Bundesrepublik heftig umstrittenen Themen Wiedervereinigung, Westbindung und Wiederbewaffnung waren auf das Engste miteinander verwoben. Die Frage nach einer Wiedervereinigung Deutschlands wurde dabei besonders unter Protestan-

²⁸ Vgl. Hauschild, Rat der Evangelischen Kirche, S. IX–XLIII.

²⁹ Vgl. Greschat, Vorgeschichte, S. 11–45 und Lepp, Tabu der Einheit?, S. 35–48.

³⁰ Sauer, Geschichte der evangelischen Kirchen, S. 300.

³¹ Greschat, Zwischen Aufbruch und Beharrung, S. 126.

³² Greschat, Weder Neuanfang noch Restauration.

³³ Vgl. Klein, Westdeutscher Protestantismus, S. 375–380.

³⁴ Oelke, Kirchen, S. 183.

³⁵ Lepp, Einleitung, S. 12f.

ten als existentiell empfunden. Einerseits lagen große Teile der traditionell protestantischen Kerngebiete auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone bzw. jenseits der Oder-Neiße-Linie; andererseits war das evangelische Selbstverständnis eng an den deutschen Nationalstaatsgedanken gebunden³⁶. Was die Frage einer friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands betraf, kristallisierten sich in der politischen Diskussion innerhalb der evangelischen Kirche zwei sich diametral gegenüberstehende Positionen heraus. Auf der einen Seite wurde in der Westbindung der Bundesrepublik der einzige Weg zu einer Wiedervereinigung des geteilten Landes gesehen, auf der anderen Seite wurde die Westintegration der Bundesrepublik als Gefährdung einer friedlichen Vereinigung von Ost- und Westdeutschland kritisiert. Es lassen sich vor allem drei Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche ausmachen: Erstens politisch links orientierte Theologen und Laien, die maßgeblich von Karl Barth beeinflusst wurden und eine zu starke Bindung an den Westen ablehnten; zweitens Gustav Heinemann, der für eine Neutralität der Bundesrepublik eintrat; drittens ein konservativer Flügel, dessen Vertreter teilweise der CDU/CSU nahestanden und die sich für eine Westbindung der Bundesrepublik einsetzten. Im Folgenden sollen Protestanten zu Wort kommen, deren Äußerungen große Relevanz nicht nur für den innerkirchlichen Diskurs besaßen. Gerade daran lassen sich auch die unterschiedlichen Positionen zu Kommunismus und Antikommunismus exemplarisch ablesen.

III.1. Der linke Flügel der EKD

Der Leitungskreis der Bekennenden Kirche, der sich ab 1934 gebildet hatte und nach 1945 als Bruderrat der EKD fortbestand, war nach wie vor beeinflusst von der Theologie Karl Barths. Bereits 1947 hatte der Bruderrat eine Erklärung ‚zum politischen Weg unseres Volkes‘³⁷, das sogenannten Darmstädter Wort, veröffentlicht und darin die Versäumnisse der evangelischen Kirche etwa im Zusammenhang mit dem „un-gehemmten Nationalismus“ oder dem „christlich legitimierten Konservatismus“³⁸ angeprangert. Die Abfassung dieses Textes ist vor dem Hintergrund des beginnenden Kalten Krieges zu sehen. Der unmittelbare Auslöser war allerdings ein Vortrag Karl Barths, den dieser Anfang Juli 1947 vor dem Bruderrat der EKD in Darmstadt gehalten hatte. Schon lange trat Barth dafür ein, die Kirche weder von westlichen noch von östlichen Interessen und Ideologien vereinnahmen zu lassen. Er befürwortete vielmehr einen eigenen ‚Dritten Weg‘. Dies begründete er folgendermaßen: „Die Kirche ist nicht identisch mit dem Westen, das westliche Gewissen und Urteil ist nicht ohnehin auch das christliche. Wie das christliche Gewissen und Urteil auch nicht ohnehin das östliche ist!“³⁹ Barth sprach sich gegen eine eindeutige „Parteinahme“ aus und weigerte sich, sich in diesem Konflikt als „Kämpfer“⁴⁰ instrumentalisieren zu lassen. Das durch seine Position inspirierte und im August veröffentlichte ‚Darmstädter

³⁶ Vgl. Oelke, Kirchen, S. 177f.

³⁷ Vgl. Bruderrat EKD, Stellungnahme, Wort zum politischen Weg, 8.8.1947, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1945–1948, S. 220–222.

³⁸ Greschat, Vorgeschichte, S. 28.

³⁹ Barth, Ost und West, S. 11.

⁴⁰ Ebenda.

Wort‘ stellte die Begründung eines staatskritischen linken Protestantismus dar. Es enthielt zudem das Eingeständnis, dass in der Vergangenheit die Möglichkeit verpasst worden sei, aus sozialistischen Lehren Denkanstöße für die Kirche zu gewinnen:

„Wir sind in die Irre gegangen, als wir übersahen, daß der ökonomische Materialismus der marxistischen Lehre die Kirche an den Auftrag und die Verheißung der Gemeinde für das Leben und Zusammenleben der Menschen im Diesseits hätte gemahnen müssen. Wir haben es unterlassen, die Sache der Armen und Entrechteten gemäß dem Evangelium von Gottes kommandem Reich zur Sache der Christenheit zu machen.“⁴¹

Dass diese Auffassung in weiten Kreisen der evangelischen Kirche Westdeutschlands auf Widerspruch stieß, dürfte von den Verfassern erwartet worden sein. Dass es aber von Protestanten, die im Osten Deutschlands lebten, als Verschärfung der Gegensätze zwischen Ost und West empfunden wurde, lag nicht in der Absicht des Bruderrates⁴².

In der Debatte um die Wiederbewaffnung und den damit einhergehenden Austritt des CDU-Innenministers Gustav Heinemann aus dem Kabinett Konrad Adenauers meldete sich am 29. September 1950 auch der Bruderrat der EKD zu Wort.⁴³ Er wiederholte und präziserte die Ratserklärung, in der die Leitung der EKD betont hatte: „Einer Remilitarisierung Deutschlands können wir das Wort nicht reden, weder was den Westen noch was den Osten anbelangt.“⁴⁴ Überdies hob der Bruderrat hervor, dass soziale Missverhältnisse, wie beispielsweise die Arbeitslosigkeit in Westdeutschland, gelöst werden müssten, um Glaubwürdigkeit gegenüber den ostdeutschen Bürgern zu gewährleisten. Dann könne die „verführerische Ideologie, die die Freiheit des Menschen für eine angebliche soziale Gerechtigkeit verkauft, [...] auf geistigem Wege und auch ohne Waffengewalt“⁴⁵ überwunden werden. Verglichen mit anderen Texten, die in der innerkirchlichen politischen Auseinandersetzung direkt folgten und z. B. Bolschewismus, Faschismus und Entnazifizierung auf eine Stufe stellten⁴⁶, war diese Erklärung geradezu moderat formuliert und differenziert in ihrer Argumentation. Dennoch war sie nicht neutral gehalten: Die Forderung nach einer „Überwindung“⁴⁷ des ostdeutschen Systems zeigt, dass kommunistische Konzepte, ohne dass diese beim Namen genannt worden wären, generell abgelehnt wurden. In der Debatte um Wiedervereinigung, Westbindung und Wiederbewaffnung muss auch Martin Niemöller genannt werden. Er gehörte ebenfalls zum Bruderrat der EKD und zeichnete sich durch eigenständige und zugespitzte Standpunkte aus.

„Niemöller for United Reich, even if it's red“⁴⁸, titelte am 14. Dezember 1949 der ‚New York Herald Tribune‘. Obwohl diese Schlagzeile die Aussagen, die Niemöller in

⁴¹ Bruderrat EKD, Stellungnahme, Wort zum politischen Weg, 8. 8. 1947, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1945–1948, S. 221.

⁴² Vgl. Greschat, Vorgeschichte, S. 30–33.

⁴³ Vgl. Bruderrat EKD, Stellungnahme, Wiederaufrüstung, 29. 9. 1950, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1950, S. 168f.

⁴⁴ Rat der EKD, Erklärung, Wiederaufrüstung, 27. 8. 1950, abgedruckt in: ebenda, S. 166 und in: Silomon, S. 275.

⁴⁵ Bruderrat EKD, Stellungnahme, Wiederaufrüstung, 29. 9. 1950, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1950, S. 168.

⁴⁶ Vgl. „Kirchliche Bruderschaft“, Flugschrift, 4. 10. 1950, abgedruckt in: ebenda, S. 173.

⁴⁷ Bruderrat EKD, Stellungnahme, Wiederaufrüstung, 29. 9. 1950, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1950, S. 168.

⁴⁸ Zit. nach Herbert, Aufbruch, S. 158.

einem Interview gemachte hatte, sehr vereinfachend zusammenfasste⁴⁹, löste diese Nachricht in verschiedenen Kreisen heftige Kritik aus. Niemöller hatte in dem Zeitungsgespräch erklärt, „die meisten Deutschen würden die Einigung ihres Landes unter dem Kommunismus einer Fortdauer seiner gegenwärtigen Aufspaltung in Ost und West vorziehen“⁵⁰. Gleichwohl rechtfertigte er sich gegenüber seinen Kritikern damit, diese Auffassung allein im Zusammenhang mit einer „etwaigen Kriegssituation zwischen Amerika und Russland“ geäußert zu haben⁵¹. All diese Beteuerungen reichten indes nicht aus, den Unmut vieler Zeitgenossen über seine Aussage zu zerstreuen.

Martin Niemöller, international bekannt als Leitfigur des kirchlichen Widerstands gegen den Nationalsozialismus, war seit 1945 u. a. Leiter des Kirchlichen Außenamtes der EKD, ab 1947 Kirchenpräsident der Landeskirche Hessen-Nassau und seit 1948 Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen⁵². Sowohl in diesen Gremien als auch in der Öffentlichkeit vertrat er eine Position, die sich einerseits für eine Wiedervereinigung Deutschlands stark machte, andererseits aber eine Blockbindung dezidiert ablehnte. Niemöller forderte immer wieder, dass Deutschland eine Brückenfunktion einnehmen müsse: „[I]n dieser Frage: Ost oder West, die uns gestellt wird, steckt eine andere Frage. [...] Kriegsschauplatz oder Brücke? [...] Wir werden Kriegsschauplatz sein, auf dem sich Ost und West als Feind begegnen, oder wir werden Brücke sein, auf der wir einander friedlich begegnen.“⁵³

Obwohl Martin Niemöller in dieser Zuspitzung sicher eine Minderheitsmeinung vertrat, wurde sein Standpunkt durch rege Vortragstätigkeiten und Reisen sowie durch Veröffentlichungen weithin bekannt. Umstritten war allerdings nicht allein seine Position, sondern auch die Art seiner Meinungsäußerung. Er holte bisweilen zu polemischen Rundumschlägen gegen die Adenauersche Politik der Westorientierung, gegen den Katholizismus und die USA aus⁵⁴. Als Niemöller im Januar 1952 auf Einladung des russisch-orthodoxen Patriarchen nach Moskau reiste, löste dies in der Bundesrepublik einen Sturm der Entrüstung aus. Während sich die kirchlichen Vertreter in ihren öffentlichen Urteilen größtenteils zurückhielten, übte der Tübinger Theologieprofessor Helmut Thielicke in einem offenen Brief an den Vorsitzenden des Rates der EKD Otto Dibelius scharfe Kritik an Niemöller und dessen Reise in die UdSSR:

„Ich fühle mich [...] verpflichtet, Verwahrung dagegen einzulegen, daß Kirchenpräsident Niemöller nach Moskau reist und daß jedenfalls kein Einspruch der verantwortlichen Kirchenorgane dagegen in der Öffentlichkeit laut geworden ist. [...] Ich brauche nicht hinzuzufügen, daß wir jede Möglichkeit, auch jede von seiten der Kirche ergriffene Möglichkeit, begrüßen, die den Ost-West-Konflikt entschärft und unseren Gefangenen in Rußland Hilfe bringt. Aber daß man einen Mann mit der Behandlung dieses heikelsten aller Probleme befaßt, der in den letzten Jahren immer wieder verwirrt und verwirrend gehandelt hat und der schon lange nicht mehr eine einst von uns so geachtete Linie verfolgt, das ist Schuld und Unglück zugleich.“⁵⁵

⁴⁹ Vgl. Higgins, Interview, 13. 12. 1949, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1949, S. 240f.

⁵⁰ Ebenda, S. 240.

⁵¹ Niemöller, Presseerklärung, 20. 12. 1949, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1949, S. 242.

⁵² Vgl. Braun/Grünzinger, Art. Niemöller, in: Dies., Personenlexikon, S. 185.

⁵³ Niemöller, Vortrag Wiederbewaffnung, zuerst gehalten: Laientag Berlin April 1950, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1950, S. 162.

⁵⁴ Vgl. Greschat, Protestantismus, S. 76–88.

⁵⁵ Thielicke, Offener Brief an Dibelius, o. Datum, abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1952, S. 7f.

Thielicke fasste in seinem Brief Ressentiments und Befürchtungen gegen Niemöllers Agieren zusammen, die innerhalb der evangelischen Kirche weit verbreitet waren. Otto Dibelius reagierte auf das Schreiben ebenfalls mit einem offenen Brief und stellte sich darin hinter Niemöller. Er betonte, er sei sich der Tatsache bewusst, dass die Reise propagandistisch ausgenutzt werden könne und sie „einen politischen Einschlag hat, ganz gleichgültig, was sich auf dieser Reise ereignen mag. [...] Aber wir sind eine Kirche und keine politische Organisation“⁵⁶. Die Erwiderung von Dibelius sollte beschwichtigen, doch zeigte sie die enge Verknüpfung von politischem und kirchlichem Handeln und die Gratwanderung, die mit der Annahme einer solchen Einladung einherging. Tatsächlich war die Moskaureise Niemöllers nur möglich gewesen, da die sowjetische Regierung in ihm einen Verbündeten sah, den sie für ihre politischen Zwecke nutzen wollte. Niemöller selbst war stets von der Hoffnung getrieben, die – letztlich wohl überschätzten – Möglichkeiten für eine Wiedervereinigung Deutschlands auszuloten. Dazu gehörte für ihn auch eine Annäherung an den östlichen Nachbarn⁵⁷.

Martin Niemöller, der seinen Standpunkt stets deutlich und zugespitzt zum Ausdruck brachte, kann als Grenzgänger bezeichnet werden, der aus christlicher Überzeugung handelte. Sein entschiedenes Eintreten für eine Brückenfunktion Deutschlands rief Widerspruch innerhalb der evangelischen Kirche hervor. Eine andere Schlüsselfigur des westdeutschen Protestantismus, die ihre Überzeugungen genauso geradlinig und konsequent wie Niemöller vertrat und an der sich ebenfalls die Geister schieden, war Gustav Heinemann.

III.2. Gustav Heinemann – Streben nach deutscher Neutralität

Gustav Heinemann und Martin Niemöller wurden von ihren Kritikern oft in einem Atemzug genannt. Obwohl sie nicht identische Positionen vertraten, gab es an manchen Stellen doch Überschneidungspunkte. So verband sie ihr unermüdlicher Einsatz für eine Wiedervereinigung Deutschlands und ihre Überzeugung, dass eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik diesem Ziel zuwiderlaufe⁵⁸. Bereits in seiner Funktion als Bundesinnenminister und als CDU-Mitglied, aber auch später, als Heinemann der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP) bzw. der SPD angehörte, sprach er sich für die Neutralität Deutschlands aus. Er hatte die Hoffnung, Deutschland so aus dem Ost-West-Konflikt ausklammern zu können. In der Bundesrepublik nahm die Zustimmung gegenüber einem solchen Neutralitätskurs vor allem nach dem Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 stark ab. Die Ablehnung eines solchen Kurses dürfte mit ein Grund dafür gewesen sein, dass die von Heinemann mitgegründete GVP bei der Bundestagswahl von 1953 lediglich 1,2 Prozent der Wählerstimmen erringen konnte⁵⁹.

Gustav Heinemann nahm zudem eine Sonderrolle in dem Schnittfeld zwischen Politik und Kirche ein, da er nicht allein wichtige politische Ämter bekleidete, son-

⁵⁶ Dibelius, Offener Brief an Thielicke, o. Datum, abgedruckt in: ebenda, S. 9.

⁵⁷ Vgl. Greschat, Feind, S. 352f.

⁵⁸ Vgl. z. B. Heinemann, Die Rolle Deutschlands, in: Lindemann, S. 128.

⁵⁹ Vgl. Koch, Heinemann und die Deutschlandfrage.

dern seit 1945 auch Mitglied des Rates der EKD war und, neben weiteren kirchlichen Ämtern, von 1949 bis 1955 den Vorsitz der Synode der EKD inne hatte. In dieser Doppelfunktion liegt vermutlich sein fortwährendes Nachdenken über das Verhältnis von Politik und Religion begründet. Bei verschiedenen Gelegenheiten, z. B. bei Gründung der GVP im Jahre 1953, sprach er sich dezidiert für eine Trennung dieser beiden Lebensbereiche und gegen die Vermischung religiöser und politischer Argumente aus:

„Die Bejahung der Westverträge wird zu dem Rang einer christlichen Verpflichtung erhoben, Christentum und Abendland zu einer Ideologie verschmolzen. [...] Die Verkoppelung von Gruppeninteressen mit Weltanschauung ist ein Unheil. Wir verwerfen insbesondere die Verfälschung des Christentums zu einer politischen Ideologie. Wer politische Interessen mit christlichen Parolen verteidigt, wer insbesondere die machtmäßige Überwindung des Bolschewismus zu einem kirchlich-westlichen Auftrag stempelt, versperrt der christlichen Verkündigung den breiten Zugang zu allen Menschen und belastet die Christen hinter dem Eisernen Vorhang schwer. Wer hier proklamiert: ‚Christentum vernichtet Bolschewismus!‘, wie wir es oft genug hören, provoziert drüben das Echo: ‚Bolschewismus vernichtet Christentum!‘,“⁶⁰

Die Auseinandersetzungen mit Bundeskanzler Konrad Adenauer über den außen- und sicherheitspolitischen Kurs der Bundesrepublik scheinen deshalb zwangsläufig gewesen zu sein. Heinemann war überzeugt, dass durch die Westbindung der Bundesrepublik und die Wiederbewaffnungspläne jegliche Hoffnung auf eine Wiedervereinigung gefährdet war. Er warnte vor der Vermischung politischer Interessen und religiöser Überzeugungen. Besonders scharf wandte er sich auch an die evangelischen Befürworter der Politik des Bonner Regierungschefs. In einem ‚Wort an den Evangelischen Arbeitskreis der CDU‘ kritisiert Heinemann 1955 die „Inanspruchnahme des Christlichen“⁶¹ als politisches Mittel:

„In allen Wahlkämpfen der letzten Jahre ist die Parole von der ‚Christlichen Einheitsfront‘ das beherrschende Schlagwort geworden. [...] Unentwegt müssen marxistische Gefahren – ‚rote Rathäuser‘, Plakate mit Rotarmisten vor deutschen Domen, Entchristlichung der Schulen usw. – erhalten, um christliche Wahlschäfflein in die Hürde der christlichen Einheitsfront = CDU zu treiben. Der Kommunistenschreck kommt ungeheuer gelegen und wird über jedes sinnvolle Maß hinaus genährt, um alle Hemmungen gegenüber der Inanspruchnahme für das große Sammelbecken der CDU und der darin verfolgten Politik zu überspielen.“⁶²

Die Kritik Heinemanns war deutlich und seine Warnung, die Furcht vor dem Kommunismus aus wahltaktischen Gründen zu schüren, brachte seine Ablehnung gegenüber der Regierungspartei zum Ausdruck. Er wehrte sich dagegen, das Christentum einem bestimmten politischen System zuzuordnen und warf der CDU vor, sich aus politischem Kalkül religiöser Argumente zu bedienen.

III.3. Konservative evangelische Positionen

Der ‚Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU‘, an den sich Heinemann 1955 mit der oben zitierten Warnung wandte, war drei Jahre zuvor unter der Leitung von Her-

⁶⁰ Heinemann, Gesamtdeutsche Volkspartei, Manifest und Gründungskundgebung, abgedruckt in: Lindemann, S. 201 f.

⁶¹ Heinemann, Die „christliche Partei“, Aufsatz, abgedruckt in: ebenda, S. 221.

⁶² Ebenda, S. 219 f.

mann Ehlers gegründet worden⁶³. Genau wie Heinemann bekleidete Ehlers wichtige Ämter in der Politik und in der Kirche. Zum Zeitpunkt der Gründung des ‚Evangelischen Arbeitskreises‘ war Ehlers Bundestagspräsident und stellvertretender Vorsitzender der CDU⁶⁴. In diesem Gremium fanden sich zuvorderst bekannte evangelische Persönlichkeiten zusammen, deren vorrangiges Ziel es war, unter den protestantischen Wählern Stimmen für die Unionsparteien zu gewinnen. Ein Auslöser für die Gründung war die Hinwendung Gustav Heinemanns, der bis November 1952 noch Mitglied der CDU war, zu dem durch Karl Barths Theologie geprägten Flügel der evangelischen Kirche⁶⁵.

Zum Abschluss der ersten Tagung des ‚Evangelischen Arbeitskreises‘ in Siegen wurde am 16. März 1952 mit der Überschrift ‚Unsere politische Verantwortung im geteilten Deutschland‘ eine Resolution verabschiedet, die unter der Federführung Ehlers entstanden war⁶⁶. Darin brachten die Autoren ihre uneingeschränkte Unterstützung der Politik Konrad Adenauers zum Ausdruck und lehnten eine neutrale Haltung Deutschlands im Ost-West-Konflikt als den „bequeme[n] Ausweg des Nichtstuns und des Abwartens“⁶⁷ ab. Vielmehr wurde die Notwendigkeit gesehen, eine „Entscheidung zwischen West und Ost“⁶⁸ zu treffen. Ohne weitere Erläuterungen betonte der Arbeitskreis: „Eine politische Entscheidung für den kommunistischen Osten ist für uns nicht denkbar.“⁶⁹ Weiter heißt es: „Die Behauptung, daß die Sowjetunion an keinen Angriff denke, mag heute richtig sein; sie kann uns nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß bis jetzt keine Anzeichen dafür sichtbar geworden sind, daß der russische Kommunismus auf seine Ausdehnungsbestrebungen verzichtet. Wir wissen, daß er bereit ist, nach seinem Gutdünken dafür nicht nur die Mittel des kalten, sondern auch des heißen Krieges zu benutzen.“⁷⁰

Die Argumentation richtete sich damit auch gegen die Stimmen innerhalb der CDU, die sich unmittelbar nach Bekanntwerden der ‚Stalin-Note‘ öffentlich dafür ausgesprochen hatten, die sowjetischen Vorschläge genau zu prüfen. Die Sowjetunion hatte im März 1952 unter der Bedingung der Neutralität Deutschlands eine Wiedervereinigung angeboten. In der Resolution folgte nach der Warnung vor einer kommunistischen Expansion die Versicherung, „als Christen [...] für den Frieden einzutreten“, wofür allerdings nicht allein „Erklärungen“ ausreichten, sondern „politische Mittel“⁷¹ notwendig seien. Es wurde betont, dass ein deutscher Wehrbeitrag erforderlich sei, um „Europa und mit ihm Deutschland so stark zu machen, daß der Osten keinen Angriff riskiert“⁷². Im Anschluss daran folgten in der Verlautbarung die Zustimmung zu einer allgemeinen Wehrpflicht und die Absage an den Pazifismus⁷³.

⁶³ Detaillierte Ausführungen zur Entstehung und Entwicklung des Evangelischen Arbeitskreises bei: Egen, Entstehung und Besier, „Christliche Parteipolitik“, S. 108–132.

⁶⁴ Vgl. Braun/Grünzinger, Art.: Ehlers, in: Dies., Personenlexikon.

⁶⁵ Vgl. Oppeland, Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, S. 35–64.

⁶⁶ Zum genauen Ablauf der Tagung vgl. Egen, Entstehung, S. 100–109.

⁶⁷ Abdruck der Resolution in: ebenda, S. XXXVII–XLIII, hier S. XXXVIII.

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Ebenda.

⁷⁰ Ebenda, S. XXXIX.

⁷¹ Ebenda.

⁷² Ebenda.

⁷³ Vgl. ebenda, S. XXXIXf.

Damit unterstützte der ‚Evangelische Arbeitskreises der CDU/CSU‘ nicht nur die Annäherung der Bundesrepublik an die westliche Welt, sondern lehnte auch alle Konzepte ab, die für Deutschland Neutralität bzw. eine Brückenfunktion zwischen Ost und West anstrebten.

Darüber hinaus existierte noch eine weitere konservative evangelische Gruppierung, die sich gegen den Standpunkt Heinemanns und Niemöllers aussprach, aber anders als der Evangelische Arbeitskreis der Unionsparteien nur im Hintergrund agierte, d.h. darauf bedacht war, nicht als parteipolitische Interessensvertretung in der Öffentlichkeit aufzutreten: der ‚Kronberger Kreis‘. Diese Gruppe formierte sich im Oktober 1951 im Zusammenhang mit der Debatte über die westdeutsche Wiederbewaffnung und dem Rücktritt Heinemanns als Bundesinnenminister. Initiiert wurde dieser Zusammenschluss durch die evangelischen Gegner der Heinemannschen Position, und zwar dem hannoverschen Landesbischof Hanns Lilje und Eberhard Müller⁷⁴, dem Direktor der Evangelischen Akademie in Bad Boll sowie Reinold von Thadden, dem Gründer und Präsidenten des Evangelischen Kirchentages. Alle drei waren Synodale der EKD; Lilje gehörte überdies dem Rat der EKD an. Langfristiges Ziel dieser Gruppe war es, weiteren Stimmen im politischen Diskurs Gehör zu verschaffen und dabei generell den evangelischen Einfluss gegenüber katholischen Interessensvertretungen zu vergrößern.

Im Gegensatz zu Heinemann und Niemöller unterstützte der ‚Kronberger Kreis‘ die Politik Adenauers, befürwortete die Westbindung der Bundesrepublik und wandte sich deshalb in seiner 1952 veröffentlichten Schrift ‚Wehrbeitrag und christliches Gewissen‘⁷⁵ gegen evangelische Gegner der Wiederbewaffnung. Verschiedene seiner Mitglieder wirkten an der Ausarbeitung des Dokuments mit⁷⁶, für dessen Unterzeichnung Eberhard Müller schließlich viele bekannte evangelische Persönlichkeiten gewinnen konnte⁷⁷. Die Veröffentlichung des Textes in der Presse mit den Unterschriften zahlreicher evangelischer Landesbischöfe erweckte in der Öffentlichkeit den Eindruck einer geschlossenen Befürwortung der bundesdeutschen Wiederaufrüstung durch die evangelische Kirche.

Zu Beginn der ‚Denkschrift‘ betonten die Verfasser, dass es nicht beabsichtigt sei, eine Antwort auf politische Fragen zu liefern, sondern „eine Antwort zu geben, soweit sie das christliche Gewissen betrifft“⁷⁸. Danach wurde die Friedenssicherung durch eine staatliche Macht als gottgewollt deklariert und aus diesem Grund gefordert, dass Christen „durch lebendige Teilnahme am öffentlichen Leben den immer möglichen

⁷⁴ Zu Müllers Einflussnahme in der Diskussion um die Wiederbewaffnung, die er bereits ab 1950 durch verschiedene Aktionen vorantrieb, „um Brücken des Vertrauens zwischen dem Bundeskanzler und den führenden Männern der Kirche zu bauen“ vgl. Sauer, Westorientierung, S. 89–91.

⁷⁵ Endgültige Fassung der „Denkschrift“ vgl. Kirchliches Jahrbuch 1952, S. 14–17.

⁷⁶ Details zur Entstehungsgeschichte und zu verschiedenen Vorentwürfen der Denkschrift bei: Sauer, Westorientierung, S. 92–99.

⁷⁷ Zu den Gründen, weshalb z.B. Reinold von Thadden, Ernst Friedlaender, Hermann Wein-kauff, Helmut Gollwitzer, Ernst zur Nieden und Theodor Pfizer ihre Unterschrift verweigerten bzw. wie im Fall Pfizers sogar ihre Mitwirkung im Kronberger Kreis beendeten: Vgl. ebenda, S. 98–100.

⁷⁸ Kronberger Kreis, Wehrbeitrag, Kirchliches Jahrbuch 1952, S. 14.

Mißbrauch der bewaffneten Gewalt [...] verhindern“⁷⁹ müssen. Die gegenwärtige Lage in Deutschland mache es erforderlich, „den Frieden und das Recht vor einer erneuten Bedrohung durch die nackte Gewalt zu schützen“⁸⁰. Der Hauptteil des Textes ging der Frage nach, „ob die Aussicht auf eine baldige *Wiedervereinigung Deutschlands* in Freiheit durch einen deutschen Wehrbeitrag verringert oder erhöht wird.“⁸¹ Sowohl der Umfang der einzelnen Abschnitte als auch die Wortwahl lassen aber erkennen, dass dem Leser der Eindruck vermittelt werden sollte, die Gefahren, die mit einem „sowjetischen Druck“⁸² verbunden waren, könnten dauerhaft nur durch die militärische Beteiligung an einem Westbündnis eingedämmt werden. Obwohl betont wurde, es sei nicht „Aufgabe der Kirche“ zu entscheiden, „welchen der beschriebenen Gefahren das größere Gewicht zukommt“, ist für den aufmerksamen Leser der Standpunkt der Verfasser deutlich erkennbar⁸³. Der Umstand, dass verschiedene Zeitungen die Stellungnahme meist auszugsweise, unter Schlagzeilen wie ‚Keine göttliche Weisung gegen Wehrbeitrag‘ oder ‚Bischöfe warnen vor Waffenlosigkeit‘⁸⁴ publizierten, war im Sinne der Initiatoren und zog große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit nach sich.

Zu Beginn der 1950er Jahre engagierten sich neben dem ‚Kronberger Kreis‘ aber auch eine Reihe bekannter evangelische Persönlichkeiten im Umfeld der ‚Abendländischen Akademie‘⁸⁵. Hans Asmussen, der 1948 als Präsident der Kirchenkanzlei der EKD abgesetzt worden war⁸⁶ und seitdem als Propst in Kiel fungierte, sowie Wilhelm Stählin, der bis 1952 das Bischofsamt in Oldenburg inne hatte, veröffentlichten ab etwa 1951 Artikel in der ursprünglich katholischen Zeitschrift ‚Neues Abendland‘. Die Zeitschrift erschien von 1946 bis 1958 in Bayern und wurde 1952 durch die neu gegründete ‚Abendländische Akademie‘ flankiert⁸⁷. Stählin und andere, die sich für eine redaktionelle Mitarbeit gewinnen ließen, hatten sich in den 1930er Jahren zu einem evangelischen Männerorden, der Michaelsbruderschaft, zusammengeschlossen, die vor allem in den Anfangsjahren der Bundesrepublik ihre Blütezeit mit etwa 600 Mitgliedern erlebte. Mit Asmussen verband die Mitglieder dieses Ordens einerseits die „Faszination des katholischen Kultes“⁸⁸ und andererseits ihre Ablehnung der Barthischen Theologie. Ebenso schrieb Wolfgang Heilmann, Dozent aus Bamberg und späterer Studienleiter der Evangelischen Akademie, Artikel aus evangelischer Sicht für die Zeitschrift ‚Neues Abendland‘⁸⁹.

In einem dort 1951 erschienenen Beitrag sprach sich Heilmann klar gegen eine Neutralität Deutschlands aus und warf den Befürwortern „politische Weltfremdheit“ vor:

⁷⁹ Ebenda, S. 15.

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Ebenda, Hervorhebung im Original.

⁸² Ebenda.

⁸³ Diese Meinung vertrat auch Ernst zur Nieden, Propst in Süd-Nassau, und verweigerte aus diesem Grund seine Unterschrift. Vgl. Sauer, Westorientierung, S. 100.

⁸⁴ Schlagzeilen (ohne weitere Angaben) abgedruckt in: Kirchliches Jahrbuch 1952, S. 17.

⁸⁵ Vgl. dazu auch den Beitrag von Thomas Brechenmacher in diesem Band.

⁸⁶ Vgl. Besier, Kirchenversammlung von Eisenach, S. 57–88.

⁸⁷ Vgl. Schildt, Ökumene, S. 187f.

⁸⁸ Ebenda, S. 190.

⁸⁹ Vgl. ebenda, S. 187–205.

„Um es von Anfang an auszusprechen, wir bekennen uns zu den Gegnern einer christlichen Neutralität in der Auseinandersetzung zwischen West und Ost. Wir halten sie objektiv in der Wirkung für eine der größten Gefahren – geistig weit größer als die kommunistische Idee selbst – mag sie auch subjektiv einer ehrlichen Gewissensentscheidung entsprungen sein.“⁹⁰

Grundsätzlich trat Heilmann für eine Trennung von Politik und Religion ein. Er übte scharfe Kritik sowohl am westlichen als auch am östlichen System, die er gleichermaßen als „zwei dem Christen fremde, ja unchristliche Ideen“⁹¹ bezeichnete. Ein grundlegendes Problem sah Heilmann in der „Entchristlichung und Säkularisation“⁹² der deutschen Gesellschaft.

In einem unter dem Titel ‚Sacrum Imperium?‘ veröffentlichten Aufsatz, der 1952 in der Oktoberausgabe der Zeitschrift ‚Neues Abendland‘ publiziert wurde, argumentierte Hans Asmussen ähnlich wie Heilmann. Er sah im Bolschewismus letztlich eine Folge der Säkularisierung⁹³:

„Im Bolschewismus wird ganz sichtbar, wie sehr seit der Säkularisierung das Politische in Konkurrenz mit dem Christlichen tritt. Denn der Bolschewismus spricht deutlich aus, daß er einen neuen Menschen schaffen will. Und er selber will der Schöpfer dieses neuen Menschen sein.“⁹⁴

Im Kommunismus erblickte Asmussen eine „Konkurrenz“ zum Christentum. Dass dieser – genau wie das Christentum – vom „neuen Menschen“ sprach, empfand Asmussen als Bedrohung. Als unüberwindbaren Gegensatz betrachtete er die Sichtweise, dass ein transzendentes Gegenüber, der Ursprung aller veränderten Kraft aus christlicher Sicht, abgelehnt wurde. Asmussens Beitrag zeugt hinsichtlich der Ablehnung des Kommunismus von Kontinuitäten, die in die Zeit vor 1945 zurückreichen. Die Haltung der im Umfeld der ‚Abendländischen Akademie‘ tätigen protestantischen Theologen zählte aber innerhalb der evangelischen Kirche zu den extrem konservativ-lutherischen Positionen.

IV. Fazit und Ausblick

Die Debatte in der evangelischen Kirche wurde durch die voranschreitende Teilung Deutschlands wesentlich geprägt. Über den Weg, wie es zu einer friedlichen Wiedervereinigung kommen konnte, herrschten verschiedene Positionen vor. Damit verbunden waren unterschiedliche Standpunkte zu einer Westbindung und Wiederbewaffnung der Bundesrepublik und somit zum politischen Kurs von Bundeskanzler Konrad Adenauer. In diesen Diskussionen wurden auch die konträren Positionen innerhalb der evangelischen Kirche zum Kommunismus sichtbar. Die Angehörigen des Leitungsgremiums der EKD vertraten im ersten Nachkriegsjahrzehnt unterschiedliche Positionen. Von den vorgestellten Personen waren Hans Asmussen, Eberhard Müller, Reinold von Thadden, Hanns Lilje, Gustav Heinemann und Martin

⁹⁰ Heilmann, *Gewissen*, S. 597.

⁹¹ Ebenda.

⁹² Ebenda, S. 605.

⁹³ Vgl. Asmussen, *Imperium*, S. 577–586.

⁹⁴ Ebenda, S. 584.

Niemöller Mitglieder der EKD. Aufgrund der teilweise entgegengesetzten Standpunkte war der Bestand dieses Kirchenbündnisses bisweilen gefährdet, und daher besaßen offizielle Verlautbarungen der EKD oft ‚Kompromisscharakter‘. Anders als im Katholizismus wurde der Antikommunismus so auf evangelischer Seite nicht durch offizielle kirchliche Verlautbarungen legitimiert.

Die Bandbreite der antikommunistischen und anti-antikommunistischen Positionen innerhalb der evangelischen Kirche war groß. Einen dezidiert antikommunistischen Standpunkt vertraten die protestantischen Theologen, die sich im Umkreis der ‚Abendländischen Akademie‘ engagierten. Eine weitere Strömung bildeten der ‚Kronberger Kreis‘ und der ‚Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU‘, die die Politik Adenauers bewusst unterstützten. Bei den Vertretern dieser Gremien sind ebenfalls antikommunistische Standpunkte festzustellen. Eine andere Strömung bildete der ‚Bruderrat der EKD‘ zusammen mit Martin Niemöller und Gustav Heinemann. Sie verbanden einerseits der Einfluss Karl Barths und andererseits die Ablehnung der Politik Adenauers. Von ihren politischen und innerkirchlichen Gegnern wurden Barth, Niemöller und Heinemann oftmals als ‚kommunistisch‘ diffamiert, was jedoch unzutreffend war. Ihre Stellungnahmen verdeutlichen vielmehr neutralistische und anti-antikommunistische Überzeugungen.

In der evangelischen Kirche wurden die Diskussionen über politische und gesellschaftliche Grundfragen im ersten Nachkriegsjahrzehnt engagiert geführt. Doch obwohl die Bandbreite der Einstellungen groß war, muss berücksichtigt werden, dass die Mehrheit der Protestanten nach 1945 wohl dem konservativen und antikommunistischen Lager zuzurechnen ist. Dies zeigte sich beispielsweise an den Ergebnissen der Bundestagswahl im Jahr 1953, bei der mehr als 45 Prozent der abgegebenen Stimmen auf die Unionsparteien entfielen und lediglich 1,16 Prozent auf die von Gustav Heinemann und Helene Wessel gegründete GVP. Heinemanns politische Überzeugung wurde also nur von einer kleinen Minderheit geteilt. Stefan Linck spricht von einem „antikommunistischen Selbstverständnis“, das in den evangelischen Landeskirchen mehrheitlich vorgeherrscht habe⁹⁵.

Der „Streit in der Kirche“⁹⁶ ging weiter. Ähnliche Positionen wie im ersten Nachkriegsjahrzehnt waren in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre in der Diskussion um die Militärseelsorge und in der Atomdebatte zu vernehmen. Protagonisten, die der Öffentlichkeit aus der Debatte um die Wiedervereinigung, die Westbindung und die Wiederbewaffnung bekannt waren, meldeten sich erneut zu Wort⁹⁷. In der westdeutschen evangelischen Kirche können daher die 1950er Jahre als „ein Jahrzehnt der großen politischen Debatten“⁹⁸ bezeichnet werden. Sie markieren den Beginn der „Politisierung des Protestantismus“⁹⁹, der sich in den 1960er und 1970er Jahren in potenziert Form fortsetzte.

⁹⁵ Linck, Fehlanzeige, S. 18–26.

⁹⁶ Gollwitzer, Rede, S. 6.

⁹⁷ Vgl. Greschat, Kalter Krieg, S. 256–290.

⁹⁸ Lepp, Einleitung, in: Fitschen, Die Politisierung, S. 15.

⁹⁹ Fitschen, Politisierung.

Bernd Stöver

Politik der Befreiung?

Private Organisationen des Kalten Krieges. Das Beispiel Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU)

Private Organisationen im Kalten Krieg, die sich der sogenannten *Liberation Policy*, der Politik der Befreiung vom Kommunismus, verpflichtet fühlten, traten seit dem letzten Drittel der 1940er Jahre und dann vor allem seit der Durchsetzung der Republikaner im US-Präsidentenwahlkampf 1952 auf. Allein in Westeuropa zählten dazu einige Hundert Gruppen, von denen sich rund 200 in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands und dann in der Bundesrepublik – in „America's Germany“ – sammelten¹. Viele von ihnen unterhielten häufig eine weitere *Dependance* in West-Berlin. Hier waren nicht nur deutsche, sondern insbesondere auch antikommunistische Gruppen aus der osteuropäischen und sowjetischen Emigration des Kalten Krieges tätig.

Aufgrund der Größe des Themas und der Tatsache, dass sich im vorliegenden Aufsatzband mehrere andere Beiträge mit sehr verwandten Gebieten beschäftigen, so mit den privaten und staatlichen Nachrichtendiensten, den Flüchtlings- und Vertriebenenorganisationen sowie den Kirchen, die ebenfalls vielfach eine Sympathie für die Befreiungspolitik mitbrachten und teilweise in das weltweite Netzwerk der Befreiungsorganisationen eingebunden waren, beschränkt sich dieser Aufsatz auf eine besonders militante Gruppe: die West-Berliner ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ (KgU).

Selbst die Aufzählung von militanten Gruppen ließe sich allerdings problemlos weiter fortsetzen². Zu ihnen sind zum Beispiel auch die russisch dominierten Gruppen NTS (‚Nationaler Arbeitsbund‘) und TsOPE (‚Zentralverband der Nachkriegs-emigranten aus der UdSSR‘) sowie der bereits 1953 aufgrund seiner eindeutig nationalsozialistischen Ausrichtung in Westdeutschland verbotene ‚Bund Deutscher Jugend‘ (BDJ) zu zählen. Wenn im Folgenden nunmehr die KgU im Mittelpunkt der Analyse steht, dann nicht zuletzt auch deshalb, weil sie nicht am Rand der Gesellschaft stand oder als Außenseiter in den Institutionen des Kalten Krieges zu betrachten ist, sondern zentral in die westlichen Operationen der Befreiungspolitik eingebunden war und lange von amerikanischen und bundesdeutschen Stellen finanziert wurde. An ihrem Beispiel lässt sich zudem das Phänomen zeigen, dass selbst Organisationen, die von westdeutschen staatlichen Stellen mit Steuergeldern gefördert wurden, zuweilen weitgehend außerhalb ihrer Kontrolle liefen und fast allein alliierten, in diesem Fall amerikanischen Anweisungen folgten. Dies galt zumindest, solange sie sich als nützlich erwiesen.

Zunächst wird die Entstehung und Popularisierung der amerikanischen *Liberation Policy* sowie der Aufbau eines Netzwerks der Befreiungspolitik untersucht. Der zweite

¹ Schwarz, *America's Germany*, S. 304. Zur Zahlenangabe: Stöver, *Befreiung*, S. 285.

² Stöver, *Befreiung*, 519ff.

Teil des Beitrags beschäftigt sich mit der Adaption der Befreiungspolitik durch die KgU mit deren Tätigkeit.

I. Die *Liberation Policy*

Die sogenannte Befreiungspolitik war eine offensive Erweiterung der seit 1945 entwickelten US-amerikanischen Eindämmungspolitik. Über beide Strategien für den Kalten Krieg war bereits vor 1947, dem Schlüsseljahr des Kalten Krieges, heftig gestritten worden, als mit Quasi-,Kriegserklärungen', also der *Containment*-Rede des amerikanischen Präsidenten Harry Truman am 12. März und der im September folgenden Ansprache von Andrej Schdanow zu den ‚Zwei Lagern‘ in der Welt, der Kalte Krieg sozusagen offiziell begann. Truman hatte damals unter großem Beifall beider Häuser des Kongresses die Selbstverpflichtung der USA verkündet, weltweit den Kommunismus zu bekämpfen und dabei jedem Land, das um Hilfe ersuche, Unterstützung zukommen zu lassen. Im Zuge der Kongresswahlen 1946 und 1950 sowie der Präsidentschaftswahlen 1948 und vor allem 1952 war die *Containment Policy* in den Sog der Parteinauseinandersetzung geraten, in der die Republikaner ihre offensive Gegenversion vorstellten. Sie nannten sie *Rollback* oder auch *Liberation Policy*. *Containment*, so der Hauptvorwurf, konserviere allenfalls den sowjetisch-kommunistischen Machtbereich und sei im schlechtesten Fall nur eine andere Version der *Appeasement*-Politik, die wie der Zweite Weltkrieg gezeigt habe, Diktatoren nur zu mehr Aggression verleite.

Die öffentliche Diskussion in den Wahlkämpfen radikalisierte nicht nur die Rhetorik auch der Demokratischen Partei, sondern mobilisierte nun bereits eine Vielzahl von Antikommunisten auch außerhalb der USA. Parallel dazu begann seit 1946/47 in den USA der Aufbau von neuen, vielfach vernetzten Institutionen und Organisationen für die zu erwartenden Kämpfe des Kalten Krieges. Dazu gehörte der völlige Umbau der Teilstreitkräfte, die jetzt auf die Erfordernisse eines möglicherweise nuklear geführten Krieges umgestellt wurden. Mindestens ebenso wichtig wurde die Neugründung eines Geheimdienstes, nachdem das ‚Office of Strategic Services‘ (OSS) von Truman aufgelöst worden war. Der 1947 gegründeten ‚Central Intelligence Agency‘ (CIA) wurde in den folgenden Jahren weitere Dienste zur Seite gestellt. Auch ihre interne Konkurrenz förderte in den folgenden Jahren nicht zuletzt das Aufblühen der unterschiedlichsten Gruppen, die sich der antikommunistischen Offensive im Kalten Krieg verpflichtet fühlten.

Hinter der Formulierung des noch 1947 öffentlich vorgestellten *Rollback-Liberation*-Modells stand der republikanische Außenpolitikexperte John Foster Dulles, den US-Präsident Dwight D. Eisenhower 1953 nach seinem Wahlsieg auch zum Außenminister berief. Dulles ging davon aus, dass durch die Unterstützung von Regimegegnern, ihre Ausbildung und ihren Einsatz unter amerikanischer Kontrolle, durch die Förderung von Umsturzversuchen, aber auch durch schlichten wirtschaftlichen Druck eine Konsolidierung der UdSSR und ihrer Verbündeten nach dem Zweiten Weltkrieg verhindert würde. Neben ihm gingen auch die anderen Befürworter der *Rollback*-Idee davon aus, dass man damit dann auch der sowjetischen Expansion Schranken setzen könne.

Die heftigen Auseinandersetzungen um die Konzepte von *Containment* und *Roll-back* verdeckten allerdings von Beginn an, dass jenseits aller parteipolitischen Quereilen beide antikommunistischen Strategien eng miteinander verwandt waren. Auch der Gegenspieler von Dulles, der aus der Demokratischen Partei stammende *Containment*-Erfinder George F. Kennan, hatte intern stets seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, die UdSSR werde durch die Eindämmungspolitik allmählich die Kontrolle über Osteuropa verlieren und in ein „paar Jahren Teile von ihm ausspeien“³. Dennoch kritisierte gerade er in den folgenden Jahren die Befreiungspolitik immer wieder auf das heftigste. Ihre Grundannahmen seien nicht nur kindisch, sondern spielten in unverantwortlicher Weise mit der Gefahr des Atomkriegs.

Das negative Urteil der Demokraten und vor allem Kennans verliert allerdings an Gewicht, wenn man berücksichtigt, dass unter Kennans Leitung bereits 1947 ein ‚Politischer Planungsstab‘ (*Policy Planning Staff*, PPS) eingerichtet worden war, der in den folgenden Jahren mittelbar über die untergeordnete Abteilung *Operation Policy Coordination* (OPC) unter Frank Wisner nicht nur die Kooperation und Einbindung privater und halbstaatlicher Gruppen plante und koordinierte. Darüber hinaus war er auch für einige der ersten Umsturzversuche in kommunistischen Staaten zuständig. Dazu gehörten vor allem die Putschversuche in Jugoslawien und in Albanien zwischen 1949 und 1951, die allerdings sämtlich scheiterten⁴. Frank Wisner galt unter den ‚Praktikern‘ als der wohl dezidierteste Verfechter eines harten Kurses gegen die Sowjetunion, insbesondere einer radikalen Befreiungspolitik, und er war zudem ein scharfer Kritiker Trumans, was dessen angebliche Nachgiebigkeit gegenüber den Sowjets anging. Vor allem auf Wisner ging zudem der zunehmende Kontrollverlust über die antikommunistischen Operationen in den 1950er Jahren in Europa sowie danach in der Dritten Welt zurück.

Das OPC, eine Zwitterorganisation, halb der CIA, halb dem *State Department* zugeordnet, erlaubte es bereits zu dem Zeitpunkt, als sich die CIA seit 1947 selbst noch im Aufbau befand und unter ihrem Leiter Roscoe H. Hillenkoetter zunächst mehr schlecht als recht funktionierte, eine größere Flexibilität in den Operationen. Gleichzeitig schuf die Einrichtung des OPC allerdings auch eine Konkurrenzsituation zwischen Geheimdienst und Außenministerium. Sie zeigte sich zum Beispiel in einer deutlichen Rivalität zwischen dem CIA-eigenen *Office of Special Operations* (OSO) und dem OPC um den Einfluss auf westdeutsche Befreiungsorganisationen sowie um die ‚Organisation Gehlen‘, den späteren Bundesnachrichtendienst (BND). Das OPC wurde nicht nur schnell zur zentralen Mittelstelle zwischen *Liberation Policy* und den Befreiungsorganisationen, sondern trat darüber hinaus auch selbst als Gründer von privat erscheinenden antikommunistischen Gruppen auf. Auf das OPC ging neben der Gründung des bereits erwähnten militanten ‚Zentralverbandes der Nachkriegs-emigranten aus der UdSSR‘ auch der Aufbau des *American Committee for Liberation from Bolshevism* (AMCOMLIB) zurück, das außer in New York auch in München eine Niederlassung unterhielt. Hier betrieb das AMCOMLIB seit 1951 den einschlägigen Sender *Radio Liberation (from Bolshevism)*, das später in *Radio Liberty* aufging.

³ Vgl. MLP, George F. Kennan: Papers, Box 31, Folder: 2–B. 1957 Outgoing Letters, Schreiben Kennan an Brandt-Peltier, 28. 1. 1957, S. 1

⁴ Stöver, *Befreiung*, 498 ff.

Bis 1952 wurden allein vom OPC bereits 47 Büros in Übersee eingerichtet⁵. In West-Berlin gehörte dazu unter anderem eine Dependence im Flughafen Tempelhof, welche im Sommer 1954 nach Dahlem in die Nähe der anderen US-Einrichtungen umzog⁶.

Angesichts dieser inhaltlichen Nähe war es dann auch keine Überraschung, dass beide Strategien 1953 ganz offiziell unter Eisenhower in einer Operation genannt ‚Solarium‘ zu einer integrierten *Containment-Liberation*-Strategie zusammengefügt wurden, die bis über das Ende des Kalten Krieges hinaus Bestand hatte⁷. Als der ‚Nationale Sicherheitsrat‘ (NSC) der USA im Juli 1953 die Ergebnisse dieses Einigungsprozesses für eine Präsentation zusammenfasste, hatte man sich deutlich auch für eine Verstärkung der direkten Eingriffe in den gegnerischen Machtbereich ausgesprochen. Bis weit in die 1980er Jahre hinein wurden nun kontinuierlich geheime Operationen auch in den ostmitteleuropäischen Satellitenstaaten durchgeführt, wenngleich sich ihr Schwerpunkt bereits ab Mitte der 1950er Jahre und dann sehr deutlich ab 1961 von Europa fort in die Dritte Welt verlagerte. Die Grenze für solche aktiven Eingriffe sollte jeweils dort gezogen werden, wo Eindämmung und Zurückdrängung zu risikoreich wurden und der Atomkrieg in greifbare Nähe rückte.

Unabhängig von diesen erst später und zum Teil nur intern erkennbaren Differenzierungen der amerikanischen Strategie für den Kalten Krieg zeigte schon die Resonanz auf die Truman-Rede von 1947, dass vor allem auch die Öffentlichkeit den globalen Konflikt für offiziell eröffnet hielt. Binnen kurzem meldeten sich bei den Amerikanern nun Dutzende von zum Teil eigens gegründeten Organisationen, um sich für den Kampf gegen den Kommunismus zur Verfügung zu stellen. Allein in den Westzonen Deutschlands und dann in der Bundesrepublik residierten in den 1950er Jahren bereits, wie erwähnt, über 200 antikommunistische Befreiungsgruppen. Sie beriefen sich zum Großteil auf die von Truman propagierte amerikanische Offensive gegen den Kommunismus und wurden vom OPC geführt. Nicht alle datierten ihre Gründung wie das *Slovak Liberation Committee* des ehemaligen Justizministers der von NS-Deutschland abhängigen Slowakei, Ferdinand Durčanský, auf den Tag der Truman-Rede. Fast alle aber beriefen sich auf die USA. Wenige Monate später konterte die Sowjetunion mit ihrer ‚Quasi-Kriegserklärung‘, der von Stalins Sprachrohr Andrej Schdanow verkündeten ‚Zwei-Lager Theorie‘. Sie mobilisierte mit dem gleichen Nachdruck für den weltweiten Klassenkampf „gegen Kapitalismus und Imperialismus“ und rief zur Sammlung der Verbündeten auf⁸.

II. Adaption der Befreiungspolitik durch Personen und Gruppen

Mit dem sogenannten National Security Act war in den USA 1947 der grundlegende Versuch unternommen worden, den gesamten Apparat der ‚Nationalen Sicherheit‘ neu zu strukturieren und unter Berücksichtigung der Erfahrungen des Zweiten Welt-

⁵ Cline, *Secrets, Spies and Scholars*, S. 131.

⁶ Bailey u. a., *Die unsichtbare Front*, S. 168.

⁷ Stöver, *Befreiung*, S. 186 ff.

⁸ Rede abgedruckt in Schubert, *Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland*, S. 64–69.

krieges den Bedingungen des gegenwärtigen ‚Kalten Krieges‘ anzupassen. Dazu gehörte die Koordination der politischen und militärischen Infrastruktur, die Verbesserung bzw. der Neuaufbau der Nachrichten- und Geheimdiensttätigkeit, einschließlich der ‚Politischen‘ bzw. ‚Psychologischen Kriegführung‘, von der man meinte, dass man ihre Möglichkeiten im Zweiten Weltkrieg nicht genügend genutzt habe, und nicht zuletzt die Einbeziehung der diversen sonstigen ‚Dienste‘⁹. Die Etablierung des organisatorischen Netzwerkes zur Umsetzung der Offensive gegen den Kommunismus vollzog sich allerdings zu keinem Zeitpunkt so geplant, wie es Außenstehenden erschien¹⁰. Man muss hier wohl eher von einem Prozess sprechen, in den nach ersten zögerlichen und teilweise geheim gehaltenen Anfängen 1947 sukzessive die bestehenden und neugebildeten staatlichen, privaten und halbprivaten Organisationen eingebunden wurden¹¹. Danach stießen kontinuierlich weitere Personen und Gruppen dazu. Von Beginn an spielte Deutschland für die USA als ‚Frontstaat‘ zum kommunistischen Machtbereich in Europa eine besondere Rolle. Hier waren westdeutsche Behörden, wie das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG), die Scharnierstellen zwischen den US-Institutionen und den vielen privaten und halbstaatlichen Organisationen, wenngleich selbst das BMG von den Amerikanern niemals vollständig informiert wurde¹².

Ewert von Dellingshausen, der im BMG seit 1951, später als Ministerialdirigent der Abteilung I (‚Angelegenheiten der sowjetischen Besatzungszone und des deutschen Ostens‘)¹³, tätig war, ist neben BMG-Staatssekretär Franz Thedieck, als Schlüsselpersonlichkeit dieser Jahre anzusehen, über die fast alle Kontakte der deutschen und ausländischen ‚Befreiungsorganisationen‘ liefen und über die zum Teil auch ihre Finanzierung abgewickelt wurde. Dellingshausen hat in seinen in den 1990er Jahren freigegebenen Memoiren ausdrücklich darauf hingewiesen, dass das Bundeskanzleramt im Frühjahr 1952, also mitten im US-Präsidentenwahlkampf, von der CIA in einem *Statement of Intention Vis-a-Vis Resistance Groups* nun auch offiziell darüber verständigt wurde, dass man seit drei Jahren mit privaten deutschen Gruppen zusammenarbeite und plane, diese Kooperation auszuweiten¹⁴. Erwähnt wurde ausdrücklich die KgU. Ziel der Zusammenarbeit sei, so hieß es weiter, damit „den Widerstand-

⁹ Etzold, *American Organization for National Security*, S. 8.

¹⁰ PAAA, Abt. 2/Mappe 294, ‚Ostpolitische Konzeptionen in den USA, 1. 10. 1952, S. 58f.

¹¹ Als Überblick vgl. das Schema *US Organization*, in: Daugherty, *Psychological Warfare*, S. 143. Detaillierter ist das Schema TLI, PSB, Box 13, Folder: 091.411, Misc. Mat. re. NSC 10/5, *Psychological Warfare*, o. D.

¹² Zum BMG siehe Creuzberger, *Kampf für die Einheit*.

¹³ Der ‚Geschäftsverteilungsplan‘ des BMG in den fünfziger Jahren ist durch die ständige Umstellung von Ressorts und Bezeichnungen sehr kompliziert. Zitiert wird an dieser Stelle aus der als Manuskript vorliegenden Darstellung im BAK, o. Sig. Ab 1954 ist die Abteilung I unter der Bezeichnung ‚Sowjetische Besatzungszone Deutschlands und deutsche Ostgebiete/ Maßnahmen zur Wiedervereinigung dieser Gebiete mit der Bundesrepublik/ Förderung des gesamtdeutschen Gedankens‘ geführt. 1959 hieß sie schließlich ‚Sowjetische Besatzungszone Deutschlands und deutsche Ostgebiete/ Förderung des gesamtdeutschen Gedankens/ Maßnahmen zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands‘. Dellingshausen war hier Leiter des Referats ‚Aktivierung des gesamtdeutschen Gedankens‘.

¹⁴ Vgl. die im Nachlass vorhandenen, ursprünglich als ‚geheim‘ eingestuftten Lebenserinnerungen „Im Bogen der Zeit“, Bd. 2, S. 90; BAK, *Kleine Erwerbungen*, 899/Bd. 2. Folgende Wiedergaben ebenda, S. 90ff.

geist am Leben [...] und die Moral der Ostdeutschen aufrecht zu erhalten“. Die Sowjets müssten daran gehindert werden, ihre Position in Ostdeutschland weiter zu konsolidieren. Am 13. November 1952 setzte der Staatssekretär im Bundeskanzleramt, Lenz, dann schließlich auch das BMG darüber offiziell in Kenntnis und übertrug ihm nun die Kontrolle über die privaten Organisationen, was in ständiger Fühlung mit den US-Stellen geschehen sollte. Dellingshausen erstellte zu diesem Zweck eine Liste der privaten Gruppen, auf der auch die einschlägigen militanten Organisationen – so zum Beispiel der rechtsradikale BDJ, der allerdings Anfang 1953 in der Bundesrepublik verboten wurde –, aufgeführt wurden.

Die Inanspruchnahme aller nur denkbaren Ressourcen und auch politisch anrühenden Organisationen und Verbindungen ist nur vor dem Hintergrund zu verstehen, dass der Kalte Krieg auch im Westen immer stärker als ‚Krieg‘ und sogar als ‚totaler Krieg‘ begriffen wurde, der wie der Zweite Weltkrieg die Mobilisierung und Nutzung aller verfügbaren Hilfsmittel notwendig machte¹⁵. Unter diesem Druck wurde nun auch immer großzügiger verfahren. Gerade die Einbindung und Tätigkeit der halbstaatlichen und privaten Gruppen mit zum Teil höchst problematischer Vergangenheit verlief anarchisch, zumal diese die öffentlichen und quasi-offiziellen Vorgaben für den ‚Krieg‘ mit der Sowjetunion bzw. ‚dem Kommunismus‘ häufig als eine Art Freibrief betrachteten und darin nicht nur vom OPC-Leiter Wisner bestätigt wurden.

Es war so bereits 1947 absehbar, dass sich die ‚Befreiungsidee‘ zu einem weitgehend unkontrollierten ‚Selbstläufer‘ entwickelte, die sich vor allem in den privaten oder halboffiziellen Befreiungsorganisationen, aber auch den Geheimdiensten Kontrollen weitgehend entzog¹⁶. Es gibt kaum ein deutlicheres Indiz für diese Entwicklung als die Tatsache, dass innerhalb der CIA nach den blutig verlaufenden Aufständen in Osteuropa 1956, nach denen die besonders offensiven Operationen in Europa faktisch aufgegeben worden waren, unverändert darauf beharrt wurde, dass die *Liberation Policy* nach wie vor gültig sei¹⁷. Über ihre Chancen habe sich seit Anfang der 1950er Jahre geradezu Enthusiasmus verbreitet, beschrieb der ehemalige stellvertretende CIA-Missionschef auf Taiwan, Ray Cline, in seinen 1976 erschienenen Erinnerungen die Stimmung¹⁸. Cline stammte aus dem OSS, dem Vorgänger der CIA, war über Jahrzehnte intensiv mit der Befreiungspolitik verbunden gewesen und blieb dies bis in die Ära Reagan, in der die *Liberation Policy* in den 1980er Jahre neu belebt wurde. Zentral war seine Beteiligung bei der Gründung der *World Anti-Communist League* (WACL), die ab 1966 weltweit die antikommunistische Arbeit neu koordinierte und tief in Befreiungsoperationen in der Dritten Welt verstrickt war. Begeisterte Unterstützung habe es nicht zuletzt aus allen am Kampf gegen den Kommunismus beteiligten Institutionen gegeben, namentlich auch aus dem US-Außenministerium. Man habe vor allem die ‚verdeckten Operationen‘ als erfolgversprechende Strategie gegen einen skrupellosen Feind verstanden, der selbst alle Mittel anwandte. Deshalb seien die erfolgreichen Aktionen immer auch als Siege für die Demokratie gerechtfertigt worden. Bis in die 1970er Jahre, als man in Südostasien das Fiasko erlebt habe, sei

¹⁵ Stöver, *Der Kalte Krieg*, 11 ff.

¹⁶ Corson, *The Armies of Ignorance*, S. 359.

¹⁷ Stöver, *Befreiung*, S. 493.

¹⁸ Cline, *Secrets*, S. 131, 133, 179.

die Begeisterung für „alle Arten verdeckter Aktionen“ ungebrochen geblieben¹⁹. Diese Aussage ist nicht zuletzt auch deshalb so bedeutsam, weil sie zeigt, dass selbst die Wandlungen der Befreiungspolitik die Akteure kaum beeindruckten.

III. Die KgU und die Befreiungspolitik

Es erscheint nur aus dem Rückblick sonderbar, dass neben eindeutig faschistischen oder nationalsozialistischen Gruppen auch Gegner des Nationalsozialismus antikomunistische Befreiungsgruppen gründeten und sich der amerikanischen Befreiungspolitik anschlossen. Ein Beispiel dafür ist die KgU. Sie war 1948 in West-Berlin zunächst mit dem vorrangigen Ziel entstanden, politische Gefangene in der SBZ zu betreuen und führte aus diesem Grund auch eine Kartei über Festgenommene²⁰. Mit den Haftentlassungen in der SBZ und dann der DDR wuchs auch die KgU. Schon diese, damals noch ‚Büro Hoffmann‘ genannte Gruppe wurde vom amerikanischen Geheimdienst, wahrscheinlich vom CIC, des für Gegenspionage zuständigen *Counter-Intelligence Corps*, kontrolliert²¹. Auch die Meldungen der KgU-Mitarbeiter gingen direkt an den CIC²².

Gründer der KgU war Rainer Hildebrandt. Er stammte aus dem Widerstandskreis gegen den Nationalsozialismus um den zunächst dem NS-Staat nahestehenden Albrecht Haushofer. Im Krieg inhaftiert, war Hildebrandts Triebfeder für den Kampf gegen den Stalinismus in der DDR ein tief empfundener Antitotalitarismus, der sich sowohl gegen eine ‚braune‘ wie eine ‚rote Diktatur‘ richtete. Zur wichtigsten Person neben Hildebrandt wurde Ernst Tillich, der ab 1950 zunächst als ständiger Stellvertreter Hildebrandts und ab 1952 als der Leiter der KgU amtierte. Ernst Tillich war der Neffe des bedeutenden Theologen Paul Tillich, der als ‚Religiöser Sozialist‘ 1933 in die US-Emigration geflüchtet war, wo er unter anderem als Vorsitzender des linksliberalen *Council for a Democratic Germany* (CDG) arbeitete, das nicht nur die politische Emigration sammelte, sondern vor allem auch Pläne für die Nachkriegszeit in Deutschland erarbeitete²³.

Auch Ernst Tillich stammte aus dem Widerstand gegen das Dritte Reich. Er hatte bereits 1934 Kontakt zum Widerstandskreis um Dietrich Bonhoeffer und war schließlich 1936 verhaftet und drei Jahre in einem Konzentrationslager gefangen gehalten worden. 1942 zur Wehrmacht eingezogen, war er 1945 kurzzeitig in amerikanische Kriegsgefangenschaft geraten, hielt sich seit Februar 1946 aber bereits wieder in Berlin auf. Hier arbeitete er bis zu seiner Entlassung durch die SED zunächst für die ‚Volkssolidarität‘ in der SBZ, dann im Westen für das ‚Zentralbüro Ost des Hilfswerks der Evangelischen Kirche in Deutschland‘. Hier erhielt er dann näheren Kontakt zu den amerikanischen Stellen.

¹⁹ Ebenda, S. 131.

²⁰ Zu KgU: Heitzer, „Affäre Walter“; Fricke u. a., „Konzentrierte Schläge“, S. 80 ff.; Merz, Kalter Krieg, S. 131. Aus DDR-Sicht: Teller, Der Kalte Krieg, S. 131 ff.

²¹ Roth u. a., Psychologische Kampfführung, S. 87.

²² Vgl. BStU, MfS, Dokumentenstelle (DSt) 100896, Sachakte ‚Karo‘, DA 8/53, 23.2.1953, S. 8.

²³ Dazu: Radkau, Die deutsche Emigration, S. 43 ff.; Krohn, Council, S. 17–48.

Die eigentliche privat organisierte KgU erfuhr unter den Bedingungen des gerade quasi-offiziell erklärten Kalten Krieges und der Tatsache, dass noch in ihrem Gründungsjahr Stalin die Erste Berlin-Krise auslöste, um West-Berlin noch vor der Staatsgründung der DDR in deren Territorium einzubinden, von Anfang an vielfältige staatliche Unterstützung. In den Westzonen und der Bundesrepublik war das Gesamtdeutsche Ministerium früh beteiligt, und auch der Berliner Senat gab Mittel für die anfangs als nützlich betrachtete Flüchtlingsarbeit der Organisation²⁴. Dafür lieferte die Gruppe ab 1950 im Gegenzug Erkenntnisse über die DDR auch an deutsche Stellen, unter anderem an das gerade gegründete Bundesamt für Verfassungsschutz unter Otto John²⁵. Schon damals bemerkten die deutschen Stellen, dass auch die KgU, wie auch andere antikommunistische Gruppen in der Bundesrepublik und West-Berlin, nahezu unkontrollierbar war. 1952 schließlich, also in dem Jahr, als die CIA die westdeutsche Regierung über ihre Kooperation mit der KgU und anderen Befreiungsorganisationen unterrichtete, sah sich das BMG außerstande, selbst bei offiziellen Auskunftsersuchen stichhaltige Informationen über die Gruppe zu geben. Diese Ermittlungen seien dadurch erschwert, räumte Franz Thedieck im Mai 1952 im Gesamtdeutschen Ausschuss des Deutschen Bundestages ein, „dass der Leiter der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit auf dem Standpunkt stehe, die Kampfgruppe sei dem Ministerium über keinen Bereich ihrer Tätigkeit Rechenschaft schuldig“²⁶. Der Versuch des Bundeskanzleramts, die amerikanischen Dienststellen zu mehr Auskünften zu veranlassen, scheiterte allerdings, obwohl Staatssekretär Lenz hier unter anderem ausführte, die Bundesregierung halte es mittlerweile für unerträglich, eine Organisation weiter zu unterstützen, von deren Arbeit man eigentlich nichts wisse und die zudem „durch sinnlose Sabotageakte und Propagandaaktionen in der Ostzone viele Leute dem ostzonalen Sicherheitsdienst ans Messer geliefert“ habe²⁷.

Die Ahnungslosigkeit der deutschen Stellen war ein Produkt der Nähe der KgU zu den US-Stellen, die sich ohnehin gewohnheitsmäßig deutschen Stellen gegenüber wenig auskunftsbereit zeigten. Was die Amerikaner an der KgU interessierte, waren die Insiderinformationen über die DDR als Teil des sowjetischen Machtbereichs. Aber sie hatten sich wahrscheinlich nicht zuletzt auch aufgrund von persönlichen Fürsprachen von Emigranten und NS-Verfolgten rasch für die KgU erwärmt. Nicht zuletzt passte die KgU hervorragend in die Offensive gegen den Kommunismus. Alles dies überzeugte die US-Stellen so, dass sie schließlich den größten Anteil der Finanzierung übernahmen²⁸. Man weiß, dass bereits Ende 1948 sogar der Chef der CIC-Leitstelle in Berlin, Severin F. Wallach, der auch das SPD-Ostbüro um nachrichtendienstliche Hilfe ersucht hatte²⁹, bei der KgU ebenfalls deswegen vorstellig geworden war. Seit-

²⁴ Bouvier, *Ausgeschaltet!*, S. 273.

²⁵ BStU, MfS, HA XX/AKG, 1048, Bl. 58–101, hier: Bl. 73.

²⁶ Biefang, *Der Gesamtdeutsche Ausschuss*, S. 336.

²⁷ Im Zentrum der Macht, S. 431. Vgl. auch Biefang, *Ausschuss*, S. 336, Anm. 7.

²⁸ Insgesamt bekam die KgU 1950 15 000 DM aus verschiedenen deutschen und amerikanischen Quellen. Vgl. die Dokumentation von Erika Fehse: *Bomben, Gift und Reifentöter*, gesendet im Westdeutschen Rundfunk am 12. 5. 1996.

²⁹ Vgl. Buschfort, *Das Ostbüro der SPD*, S. 74. Siehe auch die Aussage des CIC-Agenten Theodor Hans in der Dokumentation von Erika Fehse: *Bomben, Gift und Reifentöter*, gesendet im Westdeutschen Rundfunk am 12. 5. 1996.

dem ist die Zusammenarbeit belegt³⁰. Ab 1949 stieg dann auch das OPC ein, für das die KgU neben dem russischen TsOPE sogar als ein Hauptprojekt galt. Die auffällige Radikalisierung der KgU-Aktionen ab etwa 1951 soll bereits das Ergebnis von OPC-Anweisungen gewesen sein, was angesichts der Persönlichkeit ihres Chefs Wisner auch nicht verwundert³¹.

Ein Geheimnis war die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit keineswegs. Im Oktober 1950 erschien im Mitteilungsblatt des amerikanischen ‚Hochkommissars in Deutschland‘ (HICOG) ein Artikel, in dem offen dargelegt wurde, „dass ohne die Macht der USA, verbunden mit geistigen, moralischen und juristisch anerkannten Rechten, weder der Sender RIAS noch die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit noch irgendeine andere demokratische Organisation heute in Berlin in aller Öffentlichkeit existieren könnte“³². KgU-Aussteiger berichteten zudem, dass regelmäßige Treffen der KgU-Leitung mit der ebenfalls in Zehlendorf ansässigen amerikanischen *Military Intelligence Division* (MID) stattfanden. Auch die MID erhielt KgU-Informationen, insbesondere jene mit spezifisch militärischem Inhalt³³. Dadurch, dass die KgU auch den RIAS ausführlich als Plattform für die eigene Arbeit nutzte, war es zudem offensichtlich, dass über alle diese Kontakte hinaus auch zur CIA und zur U.S. *Information Agency* (USIA) als Betreiber des Senders Verbindungen bestanden. Eine ganz besondere Funktion hatte zudem der Verkehr mit der ‚Neuen Zeitung‘, die als inoffizielles Sprachrohr der amerikanischen Besatzungsbehörden galt. Hier wurden nicht nur die ‚Totenlisten‘ der KgU abgedruckt. Über einen Redakteur, dessen Name in den Akten mit ‚Käufer‘ angegeben wird, wurde offensichtlich auch das Material für eine Reihe von KgU-Aktivitäten – Zündschnüre, Chemikalien, Zünder, Raketen für Flugblätter – bezogen³⁴. Dass überhaupt kontinuierlich und über einen langen Zeitraum so große Unterstützung an die KgU floss und vor allem die Zusammenarbeit jahrelang fast reibungslos funktionierte, haben Insider dagegen vor allem auf Henry Hecksher zurückgeführt, den stellvertretenden Leiter der CIA in Berlin, den bereits Hildebrandt wohl zeitweilig als eine Art dritten Leiter der KgU gesehen hat³⁵. Dies änderte sich auch nicht, als Tillich im November 1951 die KgU bis zur Auflösung 1958/59 übernahm.

Insgesamt kann man also eine vielfältige, aber höchst unübersichtliche, und gerade deshalb wahrscheinlich auch effektive Einordnung der KgU in die Arbeit der US-Stellen feststellen. Unabhängig von der zunehmenden Distanz offizieller bundesdeutscher Institutionen, wie sie ab 1952 festzustellen war, blieb sie noch bis fast zum Ende der 1950er Jahre bestehen. Kein Wunder, dass die KgU sich schließlich selbst als Behörde verstand und glaubte, fast unangreifbar selbst für westdeutsche Stellen zu sein. Auch wohl deshalb nannte sich der Hauptsitz der KgU ‚Dienststelle‘. Sie befand sich zunächst in der Höhmannstraße im West-Berliner Bezirk Wilmersdorf im Haus Hildebrandts im britischen Sektor. Wegen der Nähe zu den US-Einrichtungen wurde sie

³⁰ Vgl. Merz, *Kalter Krieg*, S. 53.

³¹ Vgl. Bailey, *Front*, S. 148.

³² Amerika Service-U.S. Feature Service, 16.9.1950, zitiert nach: Buschfort, Ostbüro, S. 121 f. Auch: BStU, MfS HA XX/AKG, 1048, Bl. 58–101, hier: Bl. 67.

³³ Ebenda, Bl. 64.

³⁴ Vgl. ebenda, S. 1 (bzw. Bl. 58).

³⁵ Vgl. Fricke, *Schläge*, S. 84.

dann in die Ernst-Ring-Straße in Zehlendorf im amerikanischen Sektor verlegt³⁶. Andere KgU-Einrichtungen lagen am Kurfürstendamm, wo die ‚Kulturelle Hilfe‘ und die ‚Ärztliche Beratungsstelle‘, aber auch die geheimnisvolle ‚Abteilung IIB‘ bzw. die ‚Zentrale IIB‘³⁷ angesiedelt waren. Die ‚IIB‘ war eine Koordinationsstelle, die Operationen auf dem Gebiet der DDR plante und durchführte. Als Leiter dieses auch als ‚Widerstands-‘ oder ‚Sabotageabteilung‘ bezeichneten Teils der KgU amtierte bis zum Januar 1951 Heinrich von zur Mühlen (‚Hoffmann‘), danach Gerd Baitz³⁸ (‚Leeder‘³⁹). Baitz war bezeichnenderweise zuvor sogar Chef des *German Criminal Investigation Service* im amerikanischen Sektor gewesen⁴⁰. Im Gebäude an der Zehlendorfer Kaiser-Wilhelm-Straße saßen auch die Sachbearbeiter, die für die einzelnen Länder der DDR zuständig waren. Es gab zudem noch eine ‚Bücherstube Ost‘ in der Eichhornstraße im Bezirk Tiergarten sowie in der Meerscheidtstraße in Berlin-Charlottenburg. Zusätzlich eröffnete man eine ‚Vopo-Beratungsstelle‘ am Berliner Messedamm im Bezirk Charlottenburg. Darüber hinaus unterhielt die KgU weitere spezielle Einrichtungen, die für Gespräche mit besonders wichtigen Überläufern genutzt wurden. Eine solche Stelle war ebenfalls in Zehlendorf in der Salzachstraße eingerichtet. Der dortige Leiter Harry Wichmann (Decknamen ‚Otto‘, ‚Gerhard‘) arbeitete später direkt als CIC-Resident⁴¹.

Der Mitarbeiterstamm der KgU rekrutierte sich aus sehr unterschiedlichen Kreisen. Auffällig war, dass selbst aktive Polizeibeamte in der Gruppe tätig wurden, darunter sieben Polizisten aus dem Stab des damaligen Berliner Polizeipräsidenten Stumm, was als ein weiterer Hinweis auf die quasi-offizielle Stellung der Gruppe gewertet werden kann⁴². Das Durchschnittsalter der KgU-Mitglieder war wie bei allen Organisationen, die sich selbst als revolutionär und militant definierten, außerordentlich niedrig. Hildebrandt war 33 Jahre, als er die KgU gründete. Die aktiven Protagonisten der ‚Widerstandsabteilung‘ der KgU – neben Gerd Baitz, vor allem der ‚Chef-Chemiker‘ Wolfgang Kaiser – waren zu Beginn der 1950er Jahre jünger als dreißig Jahre.

Die KgU-Aktivitäten umfassten drei Hauptschwerpunkte: Neben der Flüchtlingsarbeit wurde Propaganda zum zweiten Kern der KgU-Tätigkeit. Dazu zählte man vor allem Flugblattaktionen mittels Ballons, Handzettelverteilung, Parolen an Hauswänden oder sogenannte Desinformationskampagnen, die zum Beispiel gefälschte offizielle Formulare der SBZ- und DDR-Behörden verwendeten. Wie bei den meisten anderen ‚Befreiungsgruppen‘ verstand sich diese Arbeit auch bei der KgU als Teil einer großer angelegten ‚Wahrheitsoffensive‘ des Westens gegen den Kommunismus, was gleichzeitig die Übereinstimmung mit den Vorstellungen in der parallel laufenden amerikanischen *Campaign of Truth* signalisierte. Ernst Tillich vermerkte 1958 in einem Aufsatz ‚Über die Notwendigkeit und die psychologische Basis politischer Propaganda‘ unter deutlichem Bezug auf die amerikanischen Vorbilder, es sei

³⁶ Vgl. zum Folgenden: BStU, MfS, DSt 100896, Sachakte ‚Karo‘, MfS-Dienstanweisung 8/53, 23.2.1953, S. 9, 34 ff.

³⁷ Vgl. BStU, MfS HA XX/AKG, 1048, Bl. 58–101, hier: Bl. 69.

³⁸ Vgl. ebenda.

³⁹ Vgl. BStU, MfS, DSt 100896, Sachakte ‚Karo‘, DA 8/53, 23.2.1953, S. 5.

⁴⁰ Vgl. Fricke, Schläge, S. 84.

⁴¹ Vgl. BStU, MfS HA XX/AKG, 1048, Bl. 58–101, hier: Bl. 65.

⁴² Vgl. Merz, Kalter Krieg, S. 131. Auch: BStU, MfS HA XX/AKG, 1048, Bl. 58–101, hier: Bl. 73.

„ein Irrtum, wenn wir sowjetische Irreführungen nur als Propaganda abtun und vorgeben, sie seien zu absurd und unwichtig, um beantwortet zu werden. Über solche Ansichten bin ich stets bestürzt. ‚Nur Propaganda‘ – warum ‚nur‘? Was ist mit der Propaganda los? Handelt es sich nicht um eine ernste und bedeutende Macht in der Welt? Lassen Sie uns nicht vergessen, dass diese phantastischen Behauptungen zum Teil geglaubt werden – geglaubt von denen, die sie vorbringen, und sie werden zumindest zum Teil auch von denen geglaubt, die sie hören. Eine kluge westliche Politik wird darauf bestehen, dass kein einziges falsches Wort, keine einzige Verzerrung von sowjetischer Seite unbeantwortet bleibt. Das wird ermüdend sein, wir lieben Wiederholungen nicht, aber wir können es uns nicht leisten, auf sie zu verzichten. Die Wahrheit siegt nicht immer nur auf Grund ihres inneren Gehalts. Auch sie muss eifrig propagiert werden“⁴³.

Flüchtlingsarbeit und Propaganda waren – selbst wenn sie für nachrichtendienstliche Zwecke mit benutzt wurden – nicht außergewöhnlich für Gruppen, die sich der Befreiungspolitik im Kalten Krieg verpflichtet fühlten. Erst die aktive Sabotage als dritter Teil der KgU-Arbeit hob die Gruppe aus dem Kreis vieler anderer heraus. Dazu gehörten neben allgemeiner Sabotage, vor allem Brand- und Sprengstoff- sowie Mordanschläge. Es waren Aktionen, die nur sehr wenige private Gruppen so nachdrücklich betrieben wie die KgU, obwohl auch der NTS, der BDJ, der TsOPE, der ‚Verband Deutscher Soldaten‘, der ‚Bund der Ostjugend‘⁴⁴ oder auch die ‚Vereinigung Politischer Ostflüchtlinge‘ (VPO)⁴⁵ etwa Sprengstoffanschläge auf gegnerische Einrichtungen befürworteten. Insofern stach die KgU aus dem engen Kreis der Radikalen, selbst jener Gruppen, die Terroranschläge befürworteten, noch heraus.

Das unübersichtlich organisierte Netzwerk erschwerte den Überblick gerade für die deutschen Behörden, aber es hemmte auch das Eindringen von Außen. Die MfS-Akten zur KgU zeigen dennoch, dass die KgU-Zentrale früh mit Informanten der DDR-Staatssicherheit durchsetzt war. Doch es waren letztendlich weniger die Spitzel, die die Gruppe in ernsthafte Probleme brachten und bereits 1951 zu erheblichen Verlusten in der KgU führten. Vielmehr wurden die zu gewagten, schlecht vorbereiteten und durchgeführten Operationen, aber auch die Nachlässigkeiten in die konspirativen Arbeit und eine gewisse grundsätzliche Unbekümmertheit, die auch andere Befreiungsgruppen auszeichnete, zum ernsthaften Problem. Seit September 1951 begann nach der Festnahme von Günther Malkowsky und Hanfried Hieke (Deckname: Fred Walter) die bislang größte Verhaftungswelle gegen die KgU: Wie viele KgU-Mitarbeiter in der DDR inhaftiert wurden, ist noch heute unklar. Die Zahlen schwanken zwischen 185 und 300 Personen⁴⁶. Mindestens 185 Personen wurden verurteilt, von denen 70 bis zum Ende des Jahres im Zusammenhang mit der ‚Affäre Walter‘ das Todesurteil erhielten⁴⁷. Bis zu 46 sollen allein in Moskau erschossen worden sein. Insgesamt richtete der sowjetische Geheimdienst MGB nachweislich 131 Personen wegen ihrer Tätigkeit für die KgU hin⁴⁸. Einige Todesurteile wurden auch in Lagerhaft,

⁴³ Tillich, Propaganda, in: Politische Studien 9 (1958) 95, S. 170–178, hier S. 174.

⁴⁴ Vgl. BStU MfS, DSt 100843, MfS-Dienstanweisung für den 20. und 21. 12. 1951 vom 18. 12. 1951, S. 2.

⁴⁵ Vgl. BStU, MfS AS 2599/67, Bd. 6, Bl. 135–142, hier: Bl. 141, Vernehmungsprotokoll vom 5. 10. 1955.

⁴⁶ Heitzer, Affäre Walter, S. 129, geht von „mindestens 185 dauerhaft Verhafteten“ aus. Rudolph/Drauschke/Sachse, Hingerichtet in Moskau, S. 28, sprechen von „bis zu 300 Personen“.

⁴⁷ Heitzer, Affäre Walter, S. 143. Folgende Zahlenangabe ebenda, S. 11.

⁴⁸ Rudolph/Drauschke, Hingerichtet in Moskau, S. 28.

vor allem im sibirischen Workuta, umgewandelt. Auch danach kam es immer wieder zu Verhaftungswellen. Einer der aufsehenerregendsten Fälle war 1952 die Verhaftung von Johann Burianek, der wegen der Vorbereitung eines (gescheiterten) Anschlags auf eine Eisenbahnbrücke in Berlin-Erkner schließlich ebenfalls hingerichtet wurde. Rund 200 KGU-Mitarbeiter oder Personen, die der Gruppe zugeordnet wurden, nahm man im Verlauf des Jahres 1952 fest⁴⁹. Selbstkritisch musste selbst Ernst Tillich unter dem öffentlichen Druck, der nach den Verhaftungen aufkam, einräumen, dass Widerstand und Sabotage tatsächlich unverantwortlich seien. Ungefähr zum gleichen Zeitpunkt bekräftigte er allerdings auch seinen grundsätzlichen Standpunkt noch einmal, dass man den Kalten Krieg nicht „Romantikern und Neutralisten“ überlassen könne⁵⁰.

Die KGU geriet weniger wegen ihrer Vorstellung zur Befreiung der DDR als vielmehr wegen ihrer offensichtlichen Misserfolge in die Kritik. Die gesamten Fehlschläge der KGU, aber auch ihr öffentliches Auftreten, veranlasste selbst den ebenfalls aus dem Widerstand gegen den Nationalsozialismus stammenden und damals aktiv in der westdeutschen Friedensbewegung tätigen Martin Niemöller 1952 zu dem bemerkenswerten Satz, er „halte die Leute für Verbrecher, die andere Leute anstiften und für sich arbeiten lassen, obgleich sie wissen, dass diese Leute geschnappt und eingesperrt werden“⁵¹.

Rainer Hildebrandt war 1952 bereits ausgestiegen⁵². Auch die ‚Organisation Gehlen‘ beendete 1952 die Zusammenarbeit mit der KGU⁵³. Bezeichnenderweise hielten es selbst die Amerikaner damals, wie die Akten zeigen, für sehr riskant, die Kooperation auf die bisherige Weise fortzusetzen. „Zwischen 53–54 da haben wir mit der KGU nichts mehr zu tun gehabt“, gab der CIC-Mitarbeiter Theodor Hans in einem Interview 1997 zu Protokoll⁵⁴. Das sei damals „zu prekär“ geworden. Aber trotz dieser Distanzierung, die wohl auch darum geschah, um die Verärgerung der westdeutschen Politik in Grenzen zu halten, blieb die Zusammenarbeit, wie allgemein im Netzwerk der Befreiungsorganisationen üblich, inoffiziell erhalten – mit der KGU noch bis 1959. Dagegen spielte der Ärger hochrangiger westdeutscher Politiker – der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt (SPD), nannte die KGU 1958 einen „Mistverein“ und sogar Ernst Lemmer (CDU), damals gerade berufener Minister für Gesamtdeutsche Fragen, bezeichnete die Gruppe als „Sauladen“ – bei der Auflösung der KGU nur eine zweitrangige Rolle⁵⁵.

Die Auflösung der Gruppe im Jahr 1958/59 ergab sich zum einen aus den handwerklichen Fehlern in der professionellen Geheimdienstarbeit, in die zu einem erheblichen Teil unbedarfte Idealisten in der KGU von den amerikanischen Stellen eingebunden worden waren. Am 24. April 1958 war unter diesem Druck Ernst Tillich

⁴⁹ Stöver, *Befreiung*, S. 538. Folgende Wiedergaben ebenda.

⁵⁰ Vgl. dazu Merz, *Kalter Krieg*, S. 188.

⁵¹ Neues Deutschland vom 1. 10. 1952, zitiert nach: Merz, *Kalter Krieg*, S. 181.

⁵² Vgl. Merz, *Kalter Krieg*, S. 189.

⁵³ Zolling, Pullach intern, S. 255.

⁵⁴ Vgl. die Dokumentation von Erika Fehse: *Bomben, Gift und Reifentöter*, gesendet im Westdeutschen Rundfunk am 12. 5. 1996.

⁵⁵ Zitate nach: Merz, *Kalter Krieg*, S. 227. Vgl. auch: Boveri, *Der Verrat im XX. Jahrhundert*, Bd. 2, S. 143.

zurückgetreten und eine Zeitlang völlig abgetaucht. Das formelle Ende der Organisation kam ein Jahr später. Am 12. März 1959 berichteten mehrere Zeitungen in West-Berlin über die Auflösung der KgU. Zu diesem Zeitpunkt endeten auch die noch verbliebenen informellen Kontakte der USA mit der KgU. Die nach wie vor geheimdienstlich wertvollen Akten der KgU wurden allerdings zwischen CIA und BND zuvor „brüderlich geteilt“; die Suchkartei an das Rote Kreuz verschenkt⁵⁶.

Der zweite Grund für das Ende der Gruppe lag aber in der globalen Entwicklung des Kalten Krieges. Die Einbindung der KgU in die antikommunistische Arbeit der amerikanischen Stellen hatte seit 1948 unter den Maßgaben der Offensive gegen den Kommunismus in Europa stattgefunden. Der blutige Ungarische Aufstand im Oktober/November 1956 und die Unmöglichkeit für die US-Regierung, den Ungarn in irgendeiner Weise Hilfe zu schicken, während gleichzeitig die Aufständischen angesichts der bisherigen westlichen Propaganda so dringlich darauf hofften, hatte zu einer tiefen Krise der *Liberation Policy* in den USA geführt. Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf 1960 stand auch bei John F. Kennedy das Argument im Mittelpunkt, dass angesichts der Gefahr eines Nuklearkrieges die Befreiungspolitik für Europa in der bisherigen Form gescheitert sei. Die Zeitschrift ‚Der Spiegel‘ vermerkte dazu 1958: „Was Tillich nicht erkennen wollte und die Zettelkleber in der Zone nicht erkennen konnten, war, dass es diese Chance nicht mehr gibt, dass ein Widerstand, der noch vor knapp zwei Jahrzehnten als ehrenhaft und sinnvoll galt und durch den Ausgang des Krieges tatsächlich auch im Nachhinein gerechtfertigt wurde, heute, im Zeichen des H-Bomben-Gleichgewichts, seinen Sinn verloren hat.“⁵⁷ Mit dem Mauerbau verlagerten sich dann nicht nur der Schwerpunkt des Kalten Krieges, sondern auch die Aktivitäten der Befreiungspolitik auf die Dritte Welt.

IV. Zusammenfassung und Ausblick

Vor dem Hintergrund der obigen Ausführungen lässt sich abschließend festhalten:

1. Die KgU war letztendlich nur eine von Hunderten von Gruppen, die nach der offiziellen ‚Kriegserklärung‘ zum Kalten Krieg 1947 und der Propagierung der Befreiungspolitik den Kontakt zu US- und bundesdeutschen Stellen suchten. Die Amerikaner suchten nicht nur Informationen, die ihnen für Ostmitteleuropa und die Sowjetunion fast völlig fehlten, sie fahndeten gleichzeitig nach Möglichkeiten, den Ostblock aktiv zu schwächen. Die westdeutschen Stellen an der Frontlinie des Kalten Krieges – allen voran das BMG – sahen die KgU-Tätigkeiten mit gemischten Gefühlen: Einerseits lagen die Aktionen zur Destabilisierung der SBZ/DDR auf der Linie der Überzeugung, dass damit die Wiedervereinigung in greifbare Nähe rücken könne. Andererseits sorgte die Tatsache, dass sich die KgU fast als amerikanische Behörde gerierte neben den vielen Verhaftungen für nachhaltige Verärgerung.

2. Für den amerikanischen Geheimdienst galten gerade die privaten Organisationen, die in den Ostblock bis hinein in die Sowjetunion wirken konnten, als ideale

⁵⁶ Vgl. die Dokumentation von Erika Fehse: Bomben, Gift und Reifentöter, gesendet im Westdeutschen Rundfunk am 12. 5. 1996.

⁵⁷ Der Spiegel vom 2. 7. 1958.

Instrumente, weil sie zumindest offiziell außerhalb der politischen Verantwortung standen. Eine Distanzierung war immer möglich, ohne dass man den Kontakt völlig abbrechen lassen musste. Dies zeigte sich insbesondere ab 1952, als die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ wegen ihrer Radikalität und der „sinnlose[n] Sabotageakte und Propagandaaktionen“⁵⁸ massiv in das Kreuzfeuer öffentlicher Anfeindungen geriet.

3. Bereits in den 1950er Jahren hat man die Fortexistenz der KgU nach den Verhaftungen 1951/52 gegen den Willen Bonns als Affront der USA gegen die Bundesrepublik und den Senat von Berlin interpretiert⁵⁹. Man könnte es auch anders sagen: Washington bestand auf der Fortführung der Befreiungsidee, auch wenn dies außenpolitische Probleme verursachte. Das war kein Novum: In einer ganz ähnlichen Weise wurden auch die amerikanischen antikommunistischen Rundfunkstationen RFE/RL gegen die Proteste Bonns weiterbetrieben.

4. Gruppen wie die KgU trugen wahrscheinlich mittelbar stärker zur Stabilisierung der DDR bei, als sie sich selbst eingestehen wollten. Das MfS wuchs nicht nur maßgeblich durch seine eigene Bedrohungsanalyse, sondern eben auch durch die tatsächlichen Angriffe.

5. Die Geschichte der *Liberation Policy* und ihrer Adaption durch eine Vielzahl von Personen und Gruppen rund um den Globus ist ein Teil der Mentalitätsgeschichte des Kalten Krieges. Es ist ein markantes Forschungsdesiderat, dass gerade auch die Geschichte zentraler Gruppen wie des OPC und seines prägenden Leiters Frank Wisner noch immer nicht geschrieben wurde.

⁵⁸ So die bereits zitierte Einschätzung des Bundeskanzleramtes in Bonn. (Im Zentrum der Macht, S. 431.)

⁵⁹ Vgl. Boveri, Verrat II, S. 242.

Till Kössler

Die Grenzen der Demokratie

Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis in der frühen Bundesrepublik

Zwischen Anfang September 1950 und Ende Juli 1951 fassten die Bundesregierung sowie die Innenminister der Länder in rascher Folge Beschlüsse, die den politischen Handlungsspielraum der KPD und ihrer Nebenorganisationen empfindlich einschränkten und die kommunistische Bewegung weitgehend aus der bundesdeutschen Öffentlichkeit verdrängten und kriminalisierten. Mit der schrittweisen Illegalisierung der KPD, die ihren Höhepunkt in dem Verbot der Partei im August 1956 fand, beschritt die Bundesrepublik einen westeuropäischen Sonderweg. Zwar unternahmen auch andere Regierungen umfangreiche Maßnahmen zur propagandistischen Bekämpfung des Kommunismus und finanzierten antikommunistische Vereine und Kampagnen, doch keine andere der großen westeuropäischen Demokratien wählte den Weg eines Parteienverbots und einer weiten strafrechtlichen Kriminalisierung kommunistischer Betätigung¹.

Die staatliche Politik gegenüber der KPD und ihren Nebenorganisationen ist vor diesem Hintergrund in der historischen Forschung sehr unterschiedlich bewertet worden. Während eine Gruppe von Forschern in den antikommunistischen Maßnahmen einen Beleg für eine fehlende demokratische Reife des jungen Staatswesens sieht, werten andere Historiker die Politik als angemessene und gebotene Reaktion auf die fundamentale Bedrohung der Bundesrepublik durch das SED-Regime, deren westdeutsches Aktionsorgan die KPD war. Auf der einen Seite erscheint der Antikommunismus als ‚Integrations‘- beziehungsweise ‚Brückenideologie‘, als politischer Kitt der noch ungefestigten Demokratie, die noch nicht auf ein gefestigtes demokratisches Selbstverständnis ihrer Bürger zählen konnte. Auf der anderen Seite wird der administrative Antikommunismus demgegenüber als das rationale Ergebnis eines demokratischen Lernprozesses aus den Weimarer Erfahrungen und als Beleg eines neuen antitotalitären Grundkonsenses der Westdeutschen interpretiert².

Es ist angesichts der Kontroversen über die Bedeutung des Antikommunismus in der politischen Kultur der Bundesrepublik erstaunlich, dass die Politik gegenüber der KPD bisher noch kaum im Detail untersucht worden ist. Zwar sind in den vergangenen Jahren verstärkt die Haltungen und Strategien der politischen und intellektuellen Eliten gegenüber dem Kommunismus sowie die Tätigkeit einzelner, von der Bundes-

¹ Als Überblick: Brünneck, Politische Justiz; ders., Strafgesetzgebung; Major, Death of the KPD; Pauli, Über die Rechtsprechung; Schiffers, Grundlegung. Zum Gesamtkontext siehe auch: Kössler, Abschied.

² Zu den Begriffen: Kleßmann, Die doppelte Staatsgründung, S.255–57; Thränhardt, Geschichte, S. 111f. Neuere Reflexionen liefern: Faulenbach, „Antikommunismus“; Korte, Bundesdeutsche Vergangenheitspolitik. Zur Kritik des staatlichen Antikommunismus: Gössner, Die vergessenen Justizopfer; Hannover, Die Republik; Posser, Justiz im Kalten Krieg.

regierung zumeist großzügig unterstützter antikommunistischer Organisationen untersucht worden, doch der Antikommunismus ist bislang vor allem als Ideologie beziehungsweise als ein Element von weiter gefassten Ideensystemen beschrieben worden, kaum jedoch als politische, administrative und gesellschaftliche Praxis. Auch über die Voraussetzungen, Triebkräfte und Dynamiken antikommunistischer Einstellungen in der breiten Gesellschaft wissen wir bislang nur wenig³. Wie einheitlich war die Politik gegenüber den Kommunisten und welche Phasen durchlief sie? Welche Faktoren förderten, welche begrenzten die Ausgestaltung des Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis? Welchen Einfluss hatten die Auseinandersetzungen mit Kommunisten an der gesellschaftlichen Basis, in den Kommunen, Gewerkschaften und Betrieben, auf die antikommunistische Politik auf der Bundesebene? Welche Folgen für die Ordnung des jungen Gemeinwesens hatte schließlich die Furcht vor dem Kommunismus? Die folgenden Ausführungen versuchen Antworten auf diese Fragen zu finden. Ein Nachdenken über die konkrete politische Ausformung und gesellschaftliche Praxis des Antikommunismus erscheint lohnend, weil es Licht auf die praktische Ausgestaltung der politischen Ordnung der Bundesrepublik sowohl auf Bundesebene als auch in den Ländern und Kommunen zu werfen verspricht. In den Debatten über den Umgang mit Kommunisten wurden die Grenzen und Spielregeln des neuen politischen Gemeinwesens diskutiert und festgelegt. Es wurde definiert, wo die Grenzen zwischen erlaubter politischer Betätigung und illegaler Agitation verlaufen sollten. In den frühen 1950er Jahren lässt sich dabei eine doppelte Entwicklung beobachten. Einerseits entfaltete die Ausgrenzung der Kommunisten Anfang der 1950er Jahre eine beträchtliche gesellschaftliche Dynamik, die weit über die politischen Eliten hinausging und die ihre Ursachen auch in lokalen Konflikten hatte. Andererseits lassen sich von Anfang an auch politische wie gesellschaftliche Grenzen der antikommunistischen Praxis erkennen. Die junge Bundesrepublik war keine von existentieller Angst vor dem kommunistischen Feind durchdrungene Gesellschaft. Im Gegenteil, viele gesellschaftliche Gruppen pflegten einen durchaus pragmatischen Umgang mit den Kommunisten⁴. Ausgrenzung und Integration gingen Hand in Hand, mit wichtigen Folgen für die politische Kultur der Bundesrepublik, gerade auch auf der lokalen Ebene und in den Industriebetrieben und Gewerkschaften.

I. Gebremste Dynamik. Anfänge antikommunistischer Politik in den Westzonen

Antikommunismus war keineswegs von Anfang an ein bestimmender Faktor der Politik in den westlichen Besatzungszonen und er wurde es erst mit deutlicher Verzögerung gegenüber dem Beginn des Kalten Kriegs auf internationaler Ebene. Noch im

³ Hochgeschwender, Freiheit; Friedel, Der Volksbund; Kunczik, Verdeckte Öffentlichkeitsarbeit; Hagemann, Der Untersuchungsausschuß; Körner, Von der antibolschewistischen zur antisowjetischen Propaganda; Buschfort, Das Ostbüro. Als Ausnahme einer gesellschaftshistorischen Annäherung an das Thema: Siegfried, Stalin.

⁴ Dies erscheint als ein wesentlicher Unterschied zum Antikommunismus in den USA: Mergel, „The Enemy in Our Midst“; Heale, McCarthy's Americans; Powers, Not without honor.

Frühjahr 1950, fast drei Jahre nach Verkündung der Truman-Doktrin, stellte der hochrangigste britische Besatzungsoffizier in Nordrhein-Westfalen bei seinen deutschen Gesprächspartnern eine deutliche Zurückhaltung gegenüber einem offensiven Vorgehen gegen die KPD fest: „The attitude of the various German authorities towards an open campaign [against the communists] is inclined to be somewhat passive.“⁵ Die KPD und ihre Nebenorganisationen waren zu diesem Zeitpunkt auch keineswegs vollständig gesellschaftlich isoliert und geächtet. Im Gegenteil gab es in vielen Bereichen eine recht pragmatische Zusammenarbeit von Kommunisten und Nicht-Kommunisten. So gehörten noch im Mai 1950 christdemokratische Kreistags- und Stadtverordnete und sogar CDU-Bundestags- und Landtagsabgeordnete der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) als Mitglieder an, einer Vereinigung, die zu diesem Zeitpunkt bereits eindeutig kommunistisch dominiert war⁶. Die Mitarbeit von Nicht-Kommunisten in der VVN war zwar ein Extrem-, aber kein Sonderfall. Die kommunistische Jugendorganisation FDJ war zumindest in Nordrhein-Westfalen Anfang 1950 noch in fast allen städtischen Jugendringen vertreten, erhielt städtische Fördergelder und durfte städtische Räume für ihre Gruppennachmittage nutzen. Zudem spielten städtische Orchester im Ruhrgebiet zum gleichen Zeitpunkt noch wie selbstverständlich auf Bürgerfesten von KPD-Ortsverbänden. Auch in Kommunalparlamenten und Verwaltungen wirkten Kommunisten als anerkannte politische Kraft und gehörten sogar in der Britischen Zone den sicherheitspolitisch brisanten städtischen Polizeiausschüssen an⁷.

Die historische Forschung hat immer wieder auf die langen Traditionen des Antikommunismus verwiesen und besonders auch die nationalsozialistische Propaganda und traumatischen Erfahrungen mit der Brutalität der Roten Armee als Ursachen für eine militant antikommunistische Haltung der Deutschen ins Feld geführt⁸. Wieso setzten vor diesem Hintergrund politische Maßnahmen gegen die KPD und ihre Vorfeldorganisationen und die gesellschaftliche Ächtung der Kommunisten nicht früher ein, zumal es Forderungen nach einem entschiedenen Vorgehen gegen die KPD auch in der unmittelbaren Nachkriegszeit bereits gab? Viele Sozialdemokraten kritisierten angesichts der Zwangsvereinigung von KPD und SPD in der sowjetischen Zone schon 1946/47 einen vermeintlich zu toleranten Umgang mit den Kommunisten und sprachen sich für ein Verbot der Kommunistischen Partei aus⁹. Doch diese frühen Forderungen trafen sowohl in alliierten wie westdeutschen Kreisen auf deutliche Zurückhaltung. Weder die Besatzungsmächte noch die Mehrheit der westdeutschen Politiker

⁵ PRO, FO 1013/745, Land Commissioner Northrhine-Westfalia an High Commissioner Robertson, Monthly Report, April 1950. Auch der Hohe Kommissar Kirkpatrick betonte rückblickend im Sommer 1951 „the reluctance on the part of German authorities“ im Frühjahr 1950: PRO, FO 371/93449, Rundschreiben Kirkpatrick: Communist Activities in Western Germany: Counter Measures Taken by the Federal and Land Governments, 1. 8. 1951.

⁶ BAK, B 136/4428, Peter Lütches an Konrad Adenauer, 4. 5. 1950. Die Initiative der CDU in Württemberg-Baden, die ihren Mitgliedern schon Ende 1948 den Austritt aus der VVN nahelegte, blieb eine Ausnahme: Schneider, Zukunftsentwurf, S. 26.

⁷ Stadtarchiv Dortmund, 151, 2/1, Zg. 31/1961, Bericht: Jugendpflegearbeit im März 1950, 3. 4. 1950; Hering/Mrotzek, Antifaschismus, S. 61 f.; Stadtarchiv Essen, Ratsprotokolle 3-4, Protokoll der Essener Ratssitzung vom 19. 10. 1950.

⁸ Siehe nur: Aycoberry, Der Bolschewik.

⁹ PRO, FO 1049/128b, Gesprächsnotiz Willy Brandt und Patrick Dean, 3. 4. 1948.

setzten sich vor dem Frühjahr 1950 für eine Repressionspolitik gegenüber der KPD ein.

Die tolerante Politik gegenüber den Kommunisten wird häufig mit dem gemeinsamen Leiden von Demokraten und Kommunisten unter dem Nationalsozialismus erklärt. Die geteilte Erfahrung der Verfolgung und der heroische Widerstand der Kommunisten habe zu einer Annäherung der politischen Lager und zu einem Prestigegewinn der Kommunisten auf Seiten der demokratischen Kräfte geführt. Diese Erklärung ist nicht völlig falsch. Tatsächlich akzeptierten die demokratischen Parteien die KPD in den ersten Nachkriegsjahren als Verhandlungspartner im Wiederaufbau. Wie weitgehend die Zusammenarbeit war, zeigt ein Blick auf die Landespolitik. Nach den ersten demokratischen Wahlen wurde die KPD in fast allen Bundesländern in Allparteienkoalitionen aufgenommen und stellte eine Anzahl von Landesministern und hohen Verwaltungsbeamten. Aufgrund der engen Zusammenarbeit der politischen Gruppen auf der kommunalen Ebene erwartete die britische Militärregierung nach der Landtagswahl im April 1947 sogar zunächst die Bildung einer Dreierkoalition von SPD, KPD und Zentrum¹⁰.

Trotz der Repräsentation der KPD in den neuen politischen Vertretungskörperschaften und Verwaltungen der Westzonen darf jedoch die Annäherung der politischen Lager nicht überzeichnet werden. Animositäten zwischen Kommunisten und ihren politischen Gegnern in den demokratischen Parteien hatten den Nationalsozialismus vielfach überdauert und bestimmten die politische Haltung beider Seiten, gerade auch auf der kommunalen Ebene und in den Gewerkschaften und Industriebetrieben, den Zentren kommunistischer Tätigkeit und kommunistischen Einflusses. Insbesondere zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten flammten die erbitterten Streitigkeiten der frühen 1930er Jahre wieder auf. Initiativen zur Wiedervereinigung der beiden Arbeiterparteien, wie sie die SED massiv förderte, stießen in Westdeutschland sowohl auf kommunistischer wie auf nicht-kommunistischer Seite auf große Skepsis und oftmals offene Ablehnung¹¹.

Wichtiger als eine neue gegenseitige Sympathie waren für die vergleichsweise tolerante Haltung pragmatische Gründe deutschland- und machtpolitischer Natur. Zunächst schreckten sowohl die Westalliierten als auch besonders die maßgeblichen westdeutschen Politiker lange vor einer weitergehenden politischen Diskriminierung der KPD zurück, weil sie einerseits negative Konsequenzen für die politische Opposition in der Sowjetischen Besatzungszone und später der DDR fürchteten, andererseits einer Wiedervereinigung keine zusätzlichen Hürden in den Weg stellen wollten. Nach allgemeiner Überzeugung war eine Zustimmung der Sowjetunion zu freien Wahlen nur denkbar, wenn eine kommunistische Partei auf dem Wahlzettel stand. Ein Verbot der KPD hätte deshalb die Verhandlungen über eine Wiedervereinigung deutlich erschwert. Ein hartes Vorgehen gegen die KPD schien nicht nur die demokratischen Gruppen jenseits der Elbe zu gefährden, sondern auch eine möglichst rasche Wiedervereinigung¹².

¹⁰ PRO, FO 1013/76, Military Government, HQ NRW, Monthly Report, April 1947.

¹¹ Siehe nur die vielen Hinweise in: Müller, Die KPD.

¹² BAK, B 136/3784, Bundeskanzleramt, Referat I/5 (Gumbel), Vermerk zur Kabinettsitzung, 11.10.1951. Vgl. als Überblick über die Debatte aus britischer Perspektive: PRO, FO

Neben deutschlandpolitische Motive traten machtpolitische Gründe. Auch wenn überzeugte Kommunisten in der Nachkriegsgesellschaft nur eine kleine Minderheit bildeten, gelang es der KPD doch nach 1945 vielerorts, sich als politische Repräsentantin verbreiteter gesellschaftlicher Forderungen zu etablieren. Die 14 Prozent Wählerstimmen, die die Partei bei den nordrhein-westfälischen Landtagswahlen vom Frühjahr 1947 erringen konnte, stellten zwar eine einmalige Ausnahme der Wählergunst dar. Doch das Wahlergebnis verweist ebenso wie die Resultate von Kommunalwahlen in den Industriestädten darauf, dass es nicht unbeträchtliche Gruppen in der Bevölkerung gab, die zwar eine kommunistische Diktatur ablehnen mochten, in der KPD gerade auf der kommunalen und Landesebene aber eine legitime Vertreterin ihrer Interessen sahen.

Pragmatische Erwägungen legten gerade für die sozial- und christdemokratischen Gewerkschafter in den neuen Einheitsverbänden des DGB eine äußerst behutsame Politik gegenüber den Kommunisten nahe. Am Ende der 1940er Jahre besaß die KPD auf der Betriebsebene und in den unteren Gewerkschaftsgliederungen ihren stärksten gesellschaftlichen Einfluss. In Nordrhein-Westfalen hatten etwa ein Drittel aller Betriebsräte ein KPD-Parteibuch, und die Kommunisten dominierten viele Betriebsvertretungen sowie lokale und selbst regionale Gewerkschaftsleitungen¹³. Eine offene antikommunistische Politik hätte angesichts dieser faktischen Macht der Kommunisten die unmittelbare Gefahr einer Gewerkschaftsspaltung heraufbeschworen, den Einfluss der neuen Einheitsgewerkschaften an der betrieblichen Basis empfindlich geschwächt und als Folge ihre Verhandlungsposition gegenüber den Arbeitgebern und dem sich herausbildenden bundesdeutschen Staat unterminiert. Neben gemeinsamen gewerkschaftlichen Interessen und einem Bemühen, die neuen Verbände aus parteipolitischen Auseinandersetzungen herauszuhalten, waren es vor allem solche machtpolitischen Argumente, die gegen eine praktische Umsetzung der verbreiteten antikommunistischen Auffassungen in den Gewerkschaftsleitungen sprachen.

Jedes Vorgehen gegen die KPD musste diese Umstände in Betracht ziehen und dies umso mehr, als die KPD aus deutschlandpolitischen Erwägungen heraus bis etwa 1949 einen durchaus mäßigen Einfluss auf radikale Tendenzen in der post-nationalsozialistischen Arbeiterschaft ausübte. Gegen ihr altes Image als Partei des Umsturzes wollte die Partei nach den Vorgaben der Ost-Berliner Führung als gesellschaftliche Ordnungsmacht Zustimmung über die Grenzen der Arbeiterschaft hinaus erlangen. Sie trat deshalb bis 1950 ‚wilden Streiks‘ zumeist ebenso entgegen wie Kritikern der Einheitsgewerkschaften und sozialradikalen Forderungen auf der Betriebsebene¹⁴.

Schließlich war in den Zeiten des Wiederaufbaus nicht nur in den Betrieben und Gewerkschaften das beachtliche Engagement vieler Kommunisten durchaus willkommen. So eigneten sich kommunistische Mitarbeiter in Stadtverwaltungen und der

371/93368, Dossier: The Federal Government's Decision to petition the Federal Constitutional Court to declare the Neo-Nazi SRP and the KPD unconstitutional.

¹³ Vgl. Kössler, Arbeiter; Ders., Doppelte Loyalitäten.

¹⁴ Zu den Wahlerfolgen: PRO, FO 1056/563, PORO Monthly Report NRW Nr. 107, Mai 1947; Pietsch, Militärregierung, S. 311. Zur Neuausrichtung kommunistischer Politik: Staritz, Die Kommunistische Partei.

Wiedergutmachungsbürokratie beispielsweise rasch ein umfassendes Fachwissen an, das sie auch für Nicht-Kommunisten zu wichtigen Gesprächspartnern bis weit in die 1950er Jahre hinein werden ließ¹⁵. Insgesamt existierte also eine ganze Reihe wichtiger Gründe, die nach 1945 gegen ein offenes politisches Vorgehen gegen die KPD und eine Kriminalisierung kommunistischer Betätigung sprachen. Diese Gründe verhinderten bis in das Frühjahr 1950 hinein zu einem hohen Maß die praktische Umsetzung der durchaus schon vorhandenen Forderungen nach einer politischen Ausgrenzung der Kommunisten, auch wenn seit 1948 gerade die Westalliierten immer offener mit Zeitungs- und Organisationsverboten den Wirkungskreis der KPD einschränkten.

II. Die Ausweitung antikommunistischer Maßnahmen im Wechselspiel von bundespolitischen und lokalen Initiativen

Seit dem Frühjahr 1950 verloren die Argumente für eine politische Tolerierung der KPD und ihrer Nebenorganisationen deutlich und rapide an Gewicht. Partei- und lagerübergreifend setzte sich in einer Zeitspanne von wenigen Monaten die Auffassung durch, dass ein entschiedenes Vorgehen gegen die Kommunisten das Gebot der Stunde sei. Gerade auch die SPD, die seit Mitte der 1950er Jahre eine scharfe Kritikerin eines zu ausgedehnten Staatsschutzes werden sollte, plädierte für eine umfassende Ausweitung der politischen Maßnahmen und gesetzlichen Bestimmungen gegen die Kommunisten. Der Organisationsleiter der SPD, Fritz Heine, legte Anfang 1951 einen umfangreichen Maßnahmenkatalog zur Eindämmung der kommunistischen Gefahr vor, der von Einfuhr- und Druckverboten kommunistischer Schriften über die verbesserte Ausstattung der Polizei bis hin zur Verschärfung des politischen Strafrechts reichte. Ausgehend von der These, dass „jeder bewußte Kommunist [...] heute Landesverrat“ treibe, forderte Heine „die Zusammenfassung aller demokratischen Kräfte in dieser Auseinandersetzung und Aktivität von denen, die Verantwortung dafür tragen, daß wir erfolgreich bestehen“¹⁶. Im Frühjahr 1951 war unter den demokratischen Parteien nicht mehr das Ob, sondern allein das Wie einer Implementierung weit gefasster antikommunistischer Maßnahmen Gegenstand der Debatte. Wie sehr sich auf bundesdeutscher Seite seit dem Frühjahr 1950 das Bild geändert hatte, zeigen die Reaktionen der britischen Militärregierung auf die deutschen Initiativen. Hatte sie im Frühjahr und Sommer 1950 noch erhebliche Überzeugungsarbeit leisten müssen, um die demokratischen Kräfte ihrer Zone zu einer antikommunistischen Mobilisierung zu bewegen, sah sie sich ein Jahr später in die Rolle eines Bremsers und Mahners gedrängt. Im Sommer 1951 fasste der britische Hohe Kommissar Kirkpatrick trotz einer grundsätzlichen Unterstützung der Bundesregierung seine Bedenken folgendermaßen zusammen: „Germans tend to extremes. There is something a little

¹⁵ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 308/111, Bund der Verfolgten des Naziregime an Innenminister NRW, 27.11.1951. Zur unmittelbaren Nachkriegszeit siehe etwa: Protokolle der Essener Bürgerausschußsitzungen im Herbst 1945 und der Essener Stadtvertretung 1946: Ruhrlandmuseum Essen, Sammlung Ernst Schmidt, 1945-124; 1946-90.

¹⁶ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 164/514, Fritz Heine an Hermann Runge, 19.2.1951.

ominous in the exuberance with which officials and the police, often with scanty legal authority, are taking the offensive against the KPD.“¹⁷

Tatsächlich schränkten Bestimmungen der Bundes- und Landesregierungen den politischen Handlungsspielraum der KPD und ihrer Vorfeldorganisationen grundlegend ein. Dies geschah ab dem September 1950 zunächst in Form einzelner Bestimmungen, die unmittelbar auf kommunistische Mobilisierungskampagnen reagierten, seit dem Juli 1951 dann in systematisierter Form im Rahmen des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes, das die Straftatbestände des Landes- und Hochverrats neu fasste.

Die einzelnen, in Gesetze und Bestimmungen gegossenen Maßnahmen hatten drei Stoßrichtungen¹⁸. Zunächst unterbanden sie jegliche öffentliche Förderung kommunistischer Verbände und bestimmten die Entfernung von Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst. Zweitens versuchten sie, das öffentliche Auftreten kommunistischer Organisationen möglichst weitgehend zu unterbinden. Zumindest die besonders militanten kommunistischen Nebenorganisationen wie die FDJ wurden verboten. Schließlich verfügte das 1. Strafrechtsänderungsgesetz eine sehr weitgehende Kriminalisierung jeglicher politischer Betätigung im Sinne von SED und KPD. Es enthielt eine problematische Subjektivierung des politischen Strafrechts, durch die normalerweise erlaubte Handlungen wie etwa die Einfuhr oder der Besitz von Büchern allein durch eine staatsfeindliche Intention des Handelnden strafbar wurden. Eine Vielzahl von gewaltlosen Formen politischer Betätigung wurde damit unter Strafe gestellt. Indem seine Paragraphen äußerst vage formuliert waren, gab das Gesetz der Exekutive und den Gerichten zudem einen sehr weiten Ermessensspielraum im Umgang mit Kommunisten. Außerhalb des parlamentarischen Raums konnte nun fast jegliche aktive Tätigkeit im Sinne der KPD juristisch verfolgt werden. Der Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die KPD im November 1951 stellte schließlich den konsequenten Endpunkt der Repressionspolitik dar, indem er den Kommunisten auch noch die wenigen verbleibenden Möglichkeiten einer politischen Betätigung in der Bundesrepublik nehmen wollte¹⁹.

Um den Politikwechsel zu verstehen, müssen besonders zwei Faktoren berücksichtigt werden. Erstens stellten die Maßnahmen eine unmittelbare Reaktion auf eine groß angelegte Mobilisierungskampagne der SED dar, die seit Ende 1949 einen letzten verzweifelten Versuch unternahm, durch eine Massenmobilisierung der westdeutschen Bevölkerung doch noch Einfluss auf die Geschehnisse der Bundesrepublik zu erlangen²⁰. Die SED spannte die KPD in die massive Propagandaoffensive ein und verpflichtete sie, flächendeckend Friedenskomitees und Komitees der Nationalen

¹⁷ PRO, FO 371/93449, Rundschreiben Kirkpatrick: Communist Activities in Western Germany: Counter Measures Taken by the Federal and Land Governments, 1. 8. 1951.

¹⁸ Die folgenden Ausführungen beruhen auf den Ergebnissen der Arbeiten von Schiffers, Bürgerfreiheit, insb. S. 63–80; Brünneck, Politische Justiz; Kössler, Abschied (Kap. V).

¹⁹ BAK, B 136/3784, Bundeskanzleramt, Referat I/5 (Gumbel), Vermerk zur Kabinettsitzung, 11. 10. 1951. Vgl. als Überblick über die Debatte aus britischer Perspektive: PRO, FO 371/93368, Dossier: The Federal Government's Decision to petition the Federal Constitutional Court to declare the Neo-Nazi SRP and the KPD unconstitutional.

²⁰ Lemke, Einheit, S. 51–54; Amos, Die Westpolitik, S. 29. Weiterhin: Klein, Antifaschistische Demokratie, S. 89–166; Major, Death of the KPD, S. 131–135; Staritz, Die Kommunistische Partei, S. 1705–1710.

Front zu gründen, die der Kampagne einen organisatorischen Rückhalt geben und Ausgangspunkte einer Volkserhebung gegen die Adenauer-Regierung sein sollten. Die westdeutschen Kommunisten waren maßgeblich an der Organisation von Demonstrationen, Unterschriftenaktionen gegen die Westbindung und der Verbreitung von Flugblättern und Broschüren aus der DDR beteiligt, die im Jahr 1950 in der Bundesrepublik in sehr großen Auflagen verteilt wurden²¹. Einen ersten propagandistischen Höhepunkt der nationalen Kampagne bildete ein groß angelegtes ‚Deutschlandtreffen‘ der FDJ, das zu Pfingsten 1950 etwa 500 000 Jugendliche in Ost-Berlin versammelte. Die große Mehrheit der Anwesenden stammte aus der DDR, doch reisten immerhin 20 000 bis 30 000 Teilnehmer aus Westdeutschland an²².

Die SED konnte sich bei ihren Mobilisierungskampagnen in Westdeutschland auf kleine, aber keineswegs unbedeutende kommunistische Kernmilieus stützen, deren Enttäuschung über das Ausbleiben eines erhofften revolutionären Gesellschaftswandels am Ende der 1940er Jahre in eine erneute Radikalisierung umschlug. Kommunistische Demonstrationen, die sich nach 1945 zunächst durch ihre Friedlichkeit ausgezeichnet hatten, mündeten im Sommer 1950 wieder zunehmend in Konfrontationen mit der Polizei und politischen Gegnern und riefen bei zeitgenössischen Beobachtern unwillkürlich Bilder der Straßenkämpfe der frühen 1930er Jahre hervor. Es ist kein Zufall, dass der Auslöser für das staatspolitische Vorgehen gegen die kommunistische Bewegung eine nicht genehmigte Demonstration in Dortmund am 20. August 1950 war, in deren Verlauf die etwa 5000 Teilnehmer die völlig unzureichend vorbereitete Polizei zurückdrängten, sie tätlich attackierten und für kurze Zeit die Innenstadt besetzten²³.

Die SED-Kampagnen entfalteten aber auch deshalb eine solche politische Wirkung, weil sie, zweitens, auf eine politische Elite in Bonn trafen, die sich hinsichtlich der demokratischen Zuverlässigkeit ihrer Bürger keineswegs sicher war. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Nationalsozialismus zeigte sie sich durchaus skeptisch gegenüber der demokratischen Reife der Bundesdeutschen und ihrer Systemloyalität in ökonomischen Krisensituationen. Ein Erfolg der massiven Werbung der SED unter den Westdeutschen erschien den Bonner Eliten keineswegs ausgeschlossen. Ausländische Beobachter stellten vor diesem Hintergrund noch im Juli 1951 eine regelrechte ‚Angstpsychose‘ in der Bundeshauptstadt angesichts der vermeintlichen Bedrohung aus dem Osten fest²⁴.

²¹ Vgl. SAPMO/BA, NY 4036/949, Protokoll Nr. 28 der Westkommissionssitzung, 16. 1. 1950. Zum ‚Broschürenkrieg‘: Körner, *Der innerdeutsche Broschürenkrieg*.

²² PRO, FO 1050/1078, G.K. Bourne, an Kirkpatrick, 10. 6. 1950. Zur Teilnehmerzahl aus Nordrhein-Westfalen: PRO, FO 1013/743, L.H. Long, CPO NRW, *Forthnightly Summary of salient political developments*, Nr. 4, 2. 6. 1950.

²³ PRO, FO 1013/2063, Polizeidirektor Kanig, Chef der Polizei Dortmund an den Innenminister NRW, 21. 8. 1950; PRO, FO 1013/2061, Land Commissioner an UK High Commissioner, 21. 8. 1950.

²⁴ BAK, B 136/1732, Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen an die Innenminister der Länder, 15. 8. 1950, Betr.: Illegale Wühlarbeit der SED und der von ihr gesteuerten Organisationen im Bundesgebiet; BAK, B 106/16018, Von Mann (Deutscher Caritasverband e.V., Referat Jugendfürsorge) an MdB Emil Kemmer (CSU), 9. 7. 1951. Siehe auch: Wiggershaus, *Aspekte*.

Ein charakteristischer Ausdruck dieser Sorgen, die von wichtigen Teilen der öffentlichen Meinung geteilt wurden, war eine regelrechte ‚Rückversicherer‘-Hysterie im Herbst 1950. Als ‚Rückversicherer‘ wurden Geschäftsleute und kleine Unternehmer bezeichnet, die verdächtigt wurden, insgeheim mit den Kommunisten zu verhandeln, um im Falle einer sowjetischen Invasion von Repressalien verschont zu bleiben. So berichtete die SPD-eigene ‚Westfälische Rundschau‘ im Oktober 1950 über die angebliche Sicherstellung von ‚Rückversichererlisten‘ in einem Recklinghäuser KPD-Büro, deren Länge „um so erschütternder“ sei, als „es sich wieder einmal gezeigt hat, daß es vor allem diejenigen sind, die bisher gut durch den Zeitenlauf kamen und sich nun durch reichliche Zuwendungen an die Kommunisten einen Garantieschein für ihre wackere Zukunft zu sichern glauben“²⁵. Es waren die sich in der Figur des ‚Rückversicherers‘ wie in einem Brennglas bündelnden Ängste hinsichtlich der Loyalität der Bevölkerung gegenüber dem neuen Staat, die die zunehmend eindringlicheren Forderungen nach wirksamen Maßnahmen zur Ausgrenzung der Kommunisten befeuerten.

Die kommunistischen Machtbekundungen des Frühjahrs und Sommers 1950 wirkten auf die politischen Entscheidungsträger im Bund und in den Ländern wie ein Fanal. Die Bundes- und Landespolitik war jedoch keineswegs die einzige treibende Kraft hinter der Verschärfung des politischen Strafrechts. In ihrer Politik reagierte sie wesentlich auf Druck ‚von unten‘, auf Forderungen aus den Kommunen, von Oberbürgermeistern, der Polizei, der Presse und einzelner Bevölkerungsgruppen. Angesichts der zunehmenden Konfrontationen in den Industriestädten drängten etwa Politiker und Polizeichefs der Ruhrgebietsstädte unter Führung des sozialdemokratischen Dortmunder Oberbürgermeisters Fritz Henßler die Landesregierung seit Ende August 1950 massiv zu einem schärferen Vorgehen gegen die KPD. Anfang September legten sie Ministerpräsident Karl Arnold (CDU), der sich bis dahin gegen antikommunistische Maßnahmen deutlich gesträubt hatte, angebliche Beweise von kommunistischen Aufrührplänen im Ruhrgebiet vor und drohten sogar damit, den Dingen vor Ort freien Lauf zu lassen, falls die Landesregierung keine entschiedenen Maßnahmen gegen die kommunistische Gefahr ergreife²⁶. Auch der Deutsche Städtetag forderte Ende September 1950 einstimmig die Mitgliedsstädte dazu auf, nicht nur die gerade beschlossenen Vorgaben von Bund und Ländern umzusetzen, sondern „weitere Maßnahmen selbst zu überlegen und durchzuführen“²⁷.

Eine eigenständige Rolle in der Kriminalisierung kommunistischen Handelns spielten auch Teile der Polizei, die auf eine weite Auslegung der getroffenen Beschlüsse drängten. Der Polizeichef von Essen hielt seine Beamten beispielsweise dazu an, in der Beschlagnahmung kommunistischer Publikationen mehr auf ihre Intuition denn auf den Buchstaben des ohnehin weit gefassten Gesetzes zu achten. Das polizeiliche Vorgehen gegen die KPD entfaltete in der Folge tatsächlich eine beträchtliche Wucht.

²⁵ Rückversicherer in Recklinghausen, in: Westfälische Rundschau vom 10. 10. 1950; Rückversicherer werden bekämpft, in: Düsseldorfer Nachrichten vom 9. 9. 1950.

²⁶ PRO, FO 1013/2061, Rhinefalan an Britcomb, 5. 9. 1950. Siehe auch die Stellungnahme des Essener Oberbürgermeisters Toussaint, der die Westalliierten zum Handeln aufforderte: PRO, FO 1013/2068, Bericht PSD Essen, 2. 8. 1950.

²⁷ BAK, B 106/15886, Deutscher Städtetag, Schnellbrief an Mitgliedsstädte, 29. 9. 1950.

So wurde allein das Kreisbüro der KPD in Recklinghausen zwischen September 1950 und Mitte Februar 1951 fünfmal vollständig durchsucht²⁸.

In ihren Forderungen an die Bundes- und Landesregierungen wussten die kommunalen Vertreter die mediale Öffentlichkeit und auch wichtige Teile der Bevölkerung hinter sich. Nicht nur konservativ orientierte Blätter, sondern auch sozialdemokratische Zeitungen wie die ‚Westdeutsche Allgemeine Zeitung‘ (WAZ) in Essen beklagten im Spätsommer 1950 die „völlige Hilflosigkeit der Bundesbehörden gewissen Propagandaaktionen der KPD gegenüber“ und verlangten eine schnelle Verschärfung des politischen Strafrechts²⁹. Zudem konnten sich die Regierungen in ihrem Handeln auf antikommunistische Manifestationen der Bevölkerung berufen. Im westfälischen Lippstadt weigerten sich im Juni 1950 beispielsweise Gastwirte, der örtlichen KPD Räume zu vermieten, so dass diese Schwierigkeiten hatte, ihre Versammlungen durchzuführen. Selbst in ihren Hochburgen sahen sich die Kommunisten seit dem Frühjahr 1950 auf neue Weise Beschimpfungen und tätlichen Angriffen insbesondere von ehemaligen Kriegsgefangenen und Vertriebenen ausgesetzt. Immer wieder wurden Parteibüros der KPD verwüstet und kommunistische Demonstranten attackiert³⁰.

Es war somit eine sich gegenseitig verstärkende Dynamik von bundes- und landespolitischen, lokalen und medialen Initiativen, die die schnelle Kriminalisierung kommunistischer Politik bewirkte und tatsächlich zu einer raschen Verdrängung der KPD nicht nur aus der bundesweiten sondern auch aus den lokalen Öffentlichkeiten führte. Bemüht, das Bild eines schwachen, hilflosen Staats zu korrigieren, übertrumpften sich Bundespolitiker in Vorschlägen, der kommunistischen Gefahr Herr zu werden. Seit dem Sommer 1951 war eine offene kommunistische Betätigung jenseits des parlamentarischen Raums und der Industriebetriebe kaum mehr möglich.

Die Kriminalisierung kommunistischer Politik hatte spürbare Folgen für jeden aktiven Kommunisten. Hausdurchsuchungen, Schikanen im Kleinen und kurzzeitige Verhaftungen waren Anfang der 1950er Jahre alltägliche Begleiterscheinungen eines aktiven Eintretens für die KPD oder ihre Nebenorganisationen. Zudem schwebte die Drohung einer Entlassung vom Arbeitsplatz über einem Großteil der aktiven Parteimitglieder. Die Repressionen betrafen dabei nicht nur Funktionsträger, sondern auch weite Teile der Parteibasis. Der sechzehnjährige Hans W., einfaches Mitglied der FDJ in Mülheim, und seine Schwester wurden zum Beispiel Anfang August 1950 beim Anbringen illegaler Plakate von der Polizei verhaftet. Beide mussten nicht nur eine langwierige Vernehmung, sondern auch eine Durchsuchung ihrer elterlichen Wohnung über sich ergehen lassen³¹. Wie im Fall der Geschwister W. waren es zumeist aus

²⁸ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Polizeipräsidium Essen, BR 1106/16, Monatsbericht März 1951, 20. 3. 1951; PRO, FO 1050/472, PSD NRW an Deputy Land Commissioner NRW, 21. 2. 1951.

²⁹ KP-Agenten werben ‚Ferienkinder‘ für SED, in: WAZ vom 10. 8. 1950. Siehe auch: KP-Kleber sind reif für Militärgericht, in: Mülheimer Tageblatt vom 10. 8. 1950; Wohin rollt der Groschen, in: Rheinische Post vom 11. 8. 1950.

³⁰ PRO, FO 1013/746, BR Lippstadt an Assistant Commissioner's Office, Arnsberg, News Report Nr. 3, 7. 6. 1950; PRO, FO 1013/1429, BR Recklinghausen, Monthly Report, April 1950; Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Polizeidirektion Mülheim/Ruhr 12, Revier 1 an Chef der Polizei, Mülheim/Ruhr, 17. 6. 1950, Betr.: Versammlung der KPD auf dem Kaiserplatz.

³¹ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Polizeidirektion Mülheim/Ruhr 16, Vernehmung, Hans W., 12. 8. 1950 [Name geändert].

heutiger Sicht nichtige Anlässe, die ein polizeiliches und gerichtliches Eingreifen bewirkten. Gegen Erwin L., Angestellter bei den Stadtwerken Duisburg und KPD-Sympathisant, stellte die Staatsanwaltschaft Strafanzeige, nachdem der Polizei zugetragen worden war, dass L. Mitteilungsblätter der kommunistischen Ratsfraktion verteilt und behauptet habe, nach einem politischen Umschwung in Westdeutschland sei er ein „gemachter Mann“³².

Auch in den folgenden Jahren waren drastische Maßnahmen gegen Kommunisten und ihre Mitstreiter keine Seltenheit. Noch im August 1955 erließ die Mülheimer Polizei etwa Strafanzeige gegen die sechzehnjährige Hilfsarbeiterin Sonja O., da sie als FDJ-Mitglied zusammen mit weiteren 40 Mülheimer Jugendlichen im Juni 1955 an einem deutsch-niederländischen Treffen der kommunistischen Jugend in Amsterdam teilgenommen hatte. Wie unverhältnismäßig die Justizmaßnahmen nach heutigen Gesichtspunkten in vielen Fällen waren, zeigt insbesondere der Umstand, dass Sonja O. aufgrund ihrer illegalen Auslandsreise wegen angenommener Verdunklungs- und Fluchtgefahr zusammen mit zehn weiteren Jugendlichen einen ganzen Monat in Untersuchungshaft verbringen musste³³. Der Einsatz für die kommunistische Sache war seit 1950/51 mit hohen persönlichen Risiken verbunden. Selbst bis dahin unverfängliche Tätigkeiten wie das Verteilen von Broschüren konnten zu Anklagen und langwierigen Gerichtsverfahren führen. Nach Schätzungen von Alexander von Brünneck leiteten die Strafverfolgungsbehörden zwischen 1951 und 1968 im Zusammenhang mit der Kommunistenverfolgung Ermittlungsverfahren gegen 125 000 Personen ein, 6000 bis 7000 Personen wurden im selben Zeitraum letztendlich aufgrund kommunistischer Betätigung verurteilt³⁴. Sich öffentlich als Kommunist zu betätigen, war seit 1951 risikoreich und stand unter dem Damoklesschwert strafrechtlicher Verfolgung.

III. Ausweitung oder Eingrenzung? Bundespolitische Debatten über die politische Verfolgung der Kommunisten in den 1950er Jahren

Bis hierin sind der breite politische Konsens, die gesellschaftliche Verankerung und die Schärfe der antikommunistischen Politik am Beginn der 1950er Jahre betont worden. Doch lassen sich von Anfang an auch Faktoren und Interessen benennen, die das Vorgehen gegen die Kommunisten politisch begrenzten und der expansiven Logik des Antikommunismus entgegenwirkten. Diese Faktoren bildeten die erste Grundlage für eine 1956 neu aufflammende öffentliche Kontroverse über den Umgang mit Kommunisten und eine langsame Einschränkung der politischen Justiz im Verlauf der 1960er Jahre.

Zunächst: Die einzelnen Maßnahmen gegen die kommunistische Bewegung der Jahre 1950/51 beruhten zwar auf einem breiten Konsens, waren jedoch im Detail von

³² Stadtarchiv Duisburg, 101/25, Chef der Polizei, Duisburg an OstD, 14. 9. 1950, Betr. Erwin L. [Name geändert].

³³ Siehe die einzelnen Schriftstücke in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, Außenstelle Kalkum, Gerichte Rep. 372/625.

³⁴ Brünneck, Politische Justiz, S. 242, 278.

Anfang an nicht unumstritten. Insbesondere zwischen den zuständigen Innenministern der Bundesländer kam es im Verlauf der 1950er Jahre immer wieder zu teils heftigen Auseinandersetzungen über das Ausmaß und die Grenzen antikommunistischer Politik. Der bundesdeutsche Föderalismus erwies sich als Gegengewicht einer Radikalisierungsdynamik antikommunistischer Positionen. Der Streit zwischen den Bundesländern entzündete sich zunächst vor allem an der Frage, wie mit der Vielzahl von Organisationen im Umkreis der KPD umgegangen werden sollte, die anders als die KPD selbst und die FDJ, deren Verbot unstrittig war, nicht durch ein militantes Auftreten in der Öffentlichkeit auffielen. Zu diesen Organisationen zählten etwa die VVN, der Demokratische Frauenverband Deutschlands (DFD), verschiedene ‚Friedenskomitees‘ und der Sozialverband Gemeinschaftshilfe. Während Bayern und Rheinland-Pfalz bereits im Frühjahr 1951 für ein umfassendes Verbot *aller* kommunistischer Organisationen eintraten, sperrten sich die meisten anderen Landesregierungen gegen diese Vorstöße und wollten Organisationsverbote eng begrenzen.

Besonders deutlich zeigten sich die unterschiedlichen Einstellungen gegenüber repressiven Maßnahmen gegen das kommunistische Vorfeld in der Debatte um ein Verbot der VVN im Sommer 1951. Am 26. Juli verbot die Bundesregierung den gesamtdeutschen ‚Rat der VVN‘. Ein Ersuchen an die Innenminister der Länder, das Verbot auch auf die Landesorganisationen auszudehnen, traf jedoch auf ein gemischtes Echo. Während Rheinland-Pfalz bereits im Frühjahr eigenständig ein Verbot der VVN verfügt hatte, weigerte sich eine größere Gruppe von Landesregierungen, die Vorgaben aus Bonn zu übernehmen. Der Bremer Senat sprach beispielsweise nur eine Verwarnung an die VVN aus, und die Badische Landesregierung erklärte sogar, überhaupt keine Repressionen vornehmen zu wollen, da die VVN „nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung arbeitet“. Auch die nordrhein-westfälische Landesregierung war nicht zu einem Vorgehen gegen die VVN bereit³⁵.

In den folgenden Jahren schwelten die Debatten weiter. Rheinland-Pfalz startete Ende 1952 einen weiteren Versuch, die andern Bundesländer für eine gemeinsame Ausweitung der Organisationsverbote zu gewinnen. Es drängte auf eine Vereinheitlichung des Vorgehens auf einer restriktiven Linie, da es unmöglich sei, „dass die Staatssicherheit mit allen Konsequenzen von dem einen Land so, von dem anderen anders aufgefasst und durchgeführt“ werde³⁶. Mit tatkräftiger Unterstützung von Bundeskanzler Adenauer fand Mitte Januar 1953 tatsächlich eine Innenministerkonferenz statt, auf der über ein gemeinsames Vorgehen gegen den kommunistischen Organisationskosmos beraten wurde. Das Treffen blieb aufgrund von grundlegenden Meinungsverschiedenheiten jedoch ergebnislos. Eine Verständigung wurde vertagt, wohl auch, da viele Beteiligte zunächst den Ausgang des KPD-Verbotsverfahren abwarten wollten³⁷. Die einzelnen Bundesländer gingen auch in den folgenden Jahren unterschiedliche Wege. Während Bayern und Rheinland-Pfalz zwischen Sommer 1953 und

³⁵ Siehe die Zusammenstellung der Antwortschreiben der Innenminister der Länder durch das Bundesinnenministerium: BAK, B 106/16002. Vgl. auch: Schneider, Zukunftsentwurf, S. 40f.

³⁶ BAK, B 136/5033, Innenminister Rheinland-Pfalz an Bundeskanzleramt (Lenz), 28. 12. 1952.

³⁷ Ebenda, Wirsching an Lenz, 19. 1. 1953. Siehe auch: ebenda, Adenauer an Bundesinnenminister (Lehr), 29. 12. 1952.

Frühjahr 1955 auf eigene Faust die wichtigsten sogenannten Tarnorganisationen in ihren Ländern verboten, entschieden sich Nordrhein-Westfalen und Hessen nur in Einzelfällen für Verbote. Die meisten anderen Bundesländer beschränkten das Wirken der kommunistischen Nebenorganisationen bis 1956 nicht³⁸.

Erst nachdem das KPD-Verbot eine neue Rechtslage geschaffen hatte, schwenkten unter Federführung des Bundesinnenministeriums zwischen 1957 und 1959 alle Länder auf eine restriktive Linie ein und verboten fast alle Neben- und Ersatzorganisationen³⁹. Doch auch jetzt blieben deutliche politische Unterschiede bestehen. Diese betrafen nicht nur weiterhin die VVN, vor deren Verbot die Mehrheit der Länder auch jetzt noch aufgrund ihres Charakters als Verfolgtenverband zurückschreckte, sondern vor allem die Frage, inwieweit auch solche Vereinigungen verboten werden sollten, die nur lose Verbindungen zur SED unterhielten. Vor allem christdemokratische Politiker bemühten sich, den Kreis der zu verbietenden Organisationen möglichst weit zu fassen. Das Bundesinnenministerium schlug beispielsweise vor, in einer vage gehaltenen „ideologischen Abhängigkeit“ von der SED bereits ein hinreichendes Bestimmungsmerkmal einer kommunistischen „Tarnorganisation“ zu sehen⁴⁰. Unter einer solchen Definition gerieten auch Organisationen wie die ‚Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung‘ (WFFB) der katholischen Theologin Klara Maria Faßbinder in das Fadenkreuz der Ermittlungsbehörden. Im Verband arbeiteten zwar viele Kommunistinnen mit, und er erhielt finanzielle Zuwendungen aus der DDR, doch insgesamt verfolgte er einen deutlich eigenständigen politischen Kurs⁴¹.

Die restriktive Position konnte sich letztendlich nicht durchsetzen. Angesichts rechtlicher Bedenken lehnten die meisten Innenminister der Länder auf einer Besprechung Anfang 1957 Maßnahmen gegen die WFFB und weitere Organisationen mit Kontakten zur SED ab.⁴² Trotz vieler alltäglicher Behinderungen und Diskriminierungen von Personen, die im Verdacht standen, Beziehungen zur DDR zu unterhalten, beschränkten sich die administrativen Maßnahmen im allgemeinen auf die enge kommunistische Bewegung. Die Grenze zwischen illegaler und legaler politischer Tätigkeit war zwar umstritten, doch ihre Definition war keineswegs politischer oder polizeilicher Willkür überlassen. Schon Anfang der 1950er Jahre gab es innerhalb des engeren Kreises politischer Entscheidungsträger wichtige Kräfte, die einer Ausweitung des administrativen Antikommunismus Grenzen setzten.

Zu einer Begrenzung trug zunächst auch die gerichtliche Überprüfung der verschiedenen Beschlüsse und Bestimmungen bei. Bereits im Winter 1950/51 verwarfen zahlreiche Verwaltungsgerichte einzelne Beschlüsse, da diese ihrer Meinung nach die Grundrechte auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit verletzten. Zwar hat die Forschung gezeigt, dass die Gerichte in der Folge des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes bis

³⁸ BAK, B 136/3788, Aufstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz: Verbotene kommunistische Hilfsorganisationen, 1. März 1956; ebenda, Bundesamt für Verfassungsschutz, Die kommunistischen Hilfsorganisationen, 1. 3. 1956.

³⁹ Siehe die Aufstellung von Mitte 1959 in: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 374/75.

⁴⁰ BAK, B 136/3788, Bundesminister des Innern an Bundeskanzleramt, 22. 1. 1958.

⁴¹ Zum Vorgehen gegen den WFFB und Faßbinder siehe die Darlegungen in: BAK, B 136/3787. Vgl. auch: Swiderski, Die Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung.

⁴² BAK, B 106/15973, Bundesminister des Innern an die Innenminister der Länder, 28. 2. 1957; BAK, B 136/3787, Dr. Barth an Adenauer, 11. 1. 1963.

in die 1960er Jahre die ohnehin vagen Gesetze sehr expansiv auslegten, doch zumindest im Fall von Organisationsverboten fürchteten die handelnden Politiker auch nach 1951 eine Annullierung ihrer Beschlüsse durch Gerichte. Tatsächlich zogen Gerichte den Organisationsverboten deutliche Grenzen. 1960 musste Rheinland-Pfalz beispielsweise sein Anfang 1955 ausgesprochenes Verbot der WFFB nach einem Urteil des Koblenzer Oberverwaltungsgerichts aufheben⁴³. Eine ideologische und finanzielle Unterstützung durch die DDR allein reichte nicht aus, um den Anspruch auf Betätigung in der Bundesrepublik verwirklicht zu haben.

Mitte der 1950er Jahre löste sich schließlich der grundlegende öffentliche Konsens über den Umgang mit Kommunisten langsam auf. Dieser Prozess kann hier aus Platzgründen nicht ausführlich beschrieben werden, doch soll immerhin anhand der in den Jahren 1956 und 1957 intensiv geführten Debatte um eine Amnestie verurteilter Kommunisten ein wichtiger früher Kristallisationspunkt von Liberalisierungsforderungen kurz benannt werden. In der Debatte mischten sich auf bezeichnende Weise deutschlandpolitische und rechtsstaatliche Argumente. Ausgangspunkt der Diskussion waren Überlegungen des christdemokratischen Politikers Ernst Lemmer im Frühjahr 1956, durch eine Amnestie inhaftierter Kommunisten eine Freilassung politischer Gefangener in der DDR zu bewirken⁴⁴. Die Initiative Lemmers stieß auf beträchtliche Resonanz. Schon im Juni 1956 erklärten sich die Landesregierungen von Berlin und Hamburg zu einer Begnadigung verurteilter Kommunisten in einem gewissen Umfang bereit und bemühten sich um eine einheitliche Initiative des Bundesrats in dieser Frage. Im Oktober setzte die FDP-Fraktion nach und brachte den Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit im Bundestag ein. Bis in das Frühjahr 1957 hinein lieferten sich Gegner und Befürworter einer Amnestie in Parlamenten und Presse heftige Wortgefechte. Erst eine Abstimmung im Bundestag, in der sich die Regierungskoalition mit ihrer ablehnenden Haltung durchsetzte, beendete am 11. April die Debatte. Die FDP war inzwischen von ihrem ursprünglichen Gesetzentwurf abgerückt und hatte sich der Koalitionsdisziplin gebeugt. Die Abstimmungsniederlage konnte jedoch nicht verhindern, dass sich an vielen Orten Komitees gründeten, die das Amnestieanliegen aufgriffen und weiterverfolgten⁴⁵.

Insgesamt lässt sich gegenüber den frühen 1950er Jahren eine deutliche Pluralisierung der Positionen hinsichtlich des kommunistischen Lagers feststellen. Im Vordergrund der Überlegungen stand für viele Kritiker nicht mehr – wie noch 1950/51 – eine Politik der Stärke als Garant der inneren Stabilität der Bundesrepublik, sondern die vorsichtige Überwindung der Auswüchse des Kalten Kriegs. Der nordrhein-westfälische

⁴³ Ebenda. Zu den frühen Gerichtsurteilen: PRO, FO 1013/1275, L.H. Long, I.O.M. Chief Political Officer an Deputy Land Commissioner NRW, 30.3.1051; Brünneck, Politische Justiz, S. 66.

⁴⁴ Zum Vorstoß Lemmers siehe: BAK, B 136/3789, BMG, 23.5.1956, Vermerk; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25.5.1956. Vgl. insgesamt zur Debatte auch: Posser, Anwalt, S. 183–186.

⁴⁵ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 179/1513, Minister für Bundesangelegenheiten des Landes NRW (Siemsen) an Steinhoff, 16.6.1956; BAK, B 136/3789, Ausschuss für gesamtdeutsche und Berliner Fragen an Adenauer, 10.7.1956; ebenda, FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Entwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Straffreiheit, 23.10.1956; Steenographische Berichte des Deutschen Bundestags, 204. Sitzung, 11.4.1957, S. 11605–09.

Justizminister Rudolf Amelunxen (Zentrum) sah den Zweck einer Amnestie beispielsweise hauptsächlich darin, zu einer „Befriedung innerhalb Deutschlands beizutragen“⁴⁶. Deutlicher noch forderte der sozialdemokratische Rechtsexperte Adolf Arndt dazu auf, das 1. Strafrechtsänderungsgesetz einzuschränken und damit „den Kalten Krieg auch im Justizbereich zu beenden“. Es gelte der „Kraft der Freiheit“ und damit der politischen Integrationskraft des Westens zu vertrauen⁴⁷. Zwar hatten solche Forderungen zunächst keine praktischen Auswirkungen, doch sie deuteten auf eine grundlegende Verschiebung in der politischen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus hin.

IV. Dynamik und Grenzen des Antikommunismus in den Kommunen, Gewerkschaften und Betrieben

Auch auf der Ebene der Städte und Gemeinden gab es neben Faktoren, die die Verdrängung der KPD aus den lokalen Öffentlichkeiten begründeten und forcierten, eine Reihe von Faktoren, die einer antikommunistischen Politik Grenzen setzten. Die Verdrängung der KPD aus der Öffentlichkeit bedeutete nicht das Ende aller Kontakte zwischen Kommunisten und Nicht-Kommunisten. Einige Beispiele müssen zur Darstellung dieser integrativen Dynamiken ausreichen. Zunächst ignorierten einige Stadtverwaltungen die strengen Vorgaben der Bundesebene. Trotz massiven Drucks seitens der britischen Militärregierung weigerte sich beispielsweise der Wuppertaler Oberbürgermeister Anfang 1952, eine Veranstaltung der KPD mit der Bundestagsabgeordneten Grete Thiele in der Stadthalle zu verbieten, obwohl rechtlich eine Kündigung der städtischen Räume möglich gewesen wäre⁴⁸. Die Wuppertaler Stadtverwaltung zeigte insgesamt ein zurückhaltendes Vorgehen gegenüber den Kommunisten. Entgegen der Bestimmung des nordrhein-westfälischen Innenministers vom September 1950 residierte die Wuppertaler KPD auch Anfang 1952 noch in öffentlichen Räumen. Und als die Stadt die Büroräume als Schulzimmer benötigte, kündigte sie der KPD, überließ ihr aber gleichzeitig andere Räumlichkeiten in einem öffentlichen Gebäude – ein klarer Verstoß gegen die Vorgaben der Landesregierung. Die VVN durfte nach einer kurzen Verbotszeit Anfang 1952 ebenfalls wieder ihre alten Büros in städtischen Räumen beziehen⁴⁹. In Duisburg entschied sich der Oberstadtdirektor nach Rücksprache mit dem Landesinnenministerium im Herbst 1952 gegen ein Verbot der Benutzung öffentlicher Litfasssäulen durch die KPD, obwohl die Rechtslage dies durchaus zugelassen hätte⁵⁰. Auch einzelne städtische Bedienstete weigerten sich, die strikten Vorgaben zu erfüllen. Eine Duisburger Jugendheimleiterin bedauerte in einem Brief an das Jugendamt vom Herbst 1950 beispielsweise den Ausschluss der

⁴⁶ Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 179/1513, Kabinettsvorlage von Justizminister Amelunxen, 18. 1. 1957, Betr.: Amnestie für politische Straftaten.

⁴⁷ Arndt, Einzelbegnadigung wird nicht genügen, in: SPD-Pressedienst, 23. 8. 1956. Siehe zu Arndts früherer Position in den Beratungen zum 1. Strafrechtsänderungsgesetz, die noch stärker von sicherheitspolitischen Überlegungen eines „effizienten Staatsschutzes“ geprägt war: Gosewinkel, Adolf Arndt, S. 208–224.

⁴⁸ PRO, FO 1013/1300, British Resident Wuppertal an CPO NRW, Düsseldorf, 10. 1. 1952.

⁴⁹ Ebenda, British Resident Wuppertal, Monthly Report, Februar 1952.

⁵⁰ Stadtarchiv Duisburg, 105/659, Oberstadtdirektor, Aktenvermerk 30. 9. 1952.

FDJ aus ihrem Heim und beklagte sich über das rabiante Verhalten der Polizei gegenüber den Jugendlichen⁵¹.

Wenig lokale Wirksamkeit entwickelte zumindest im Ruhrgebiet die Bestimmung der Bundesregierung vom 19. September 1950 zur Entlassung bekennender Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst. Der Essener Stadtrat beschloss beispielsweise am 17. Januar 1951, die Anwendung der Bestimmung bis zur Klärung der Rechtslage durch Gerichte vorläufig auszusetzen, und zumindest in Wuppertal bekleidete ein führender städtischer Kommunist auch Anfang 1952 noch den Posten eines Oberinspektors im städtischen Wohlfahrtsamt⁵².

Besonders in den Lokalparlamenten, in denen die KPD bis 1956 vertreten war, lassen sich darüber hinaus Ansätze von Zusammenarbeit beobachten. Trotz einer ostentativen, symbolischen Distanzierung vom Kommunismus stießen im parlamentarischen Alltag Initiativen der KPD, die sich auf lokal- und sozialpolitische Sachthemen konzentrierten, bei den anderen Fraktionen keineswegs durchgängig auf taube Ohren, sondern wurden im Gegenteil regelmäßig ernsthaft diskutiert. Vielerorts existierten temporär sogar informelle Bündnisse zwischen den Kommunisten und Teilen der SPD-Fraktionen, die in Sachfragen ähnliche Auffassungen vertraten. Im Bottroper Rat stimmten beispielsweise im Sommer 1953 immerhin sechs der 17 SPD-Vertreter für einen Antrag der KPD, der sich für die finanzielle Unterstützung von an Silikose erkrankten Bergleuten aussprach⁵³. Wie weitgehend im Einzelfall die Zusammenarbeit gehen konnte, zeigt das Beispiel Solingen. Hier wählten SPD und KPD noch Ende 1952 gemeinsam den kommunistischen Stadtverordneten Schlechter zum Bürgermeister als Stellvertreter des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Eugen Maurer. Auch die massive Intervention des sozialdemokratischen Bezirksvorstands Niederrhein konnte die SPD-Fraktion zunächst nicht von ihrer Kooperation mit den Kommunisten abbringen. Im Gegenteil: Auf einer Ratssitzung Anfang 1953 bekräftigten sie anlässlich einer Wahlwiederholung ihre Entscheidung⁵⁴.

Es fällt nicht ganz leicht, den Umfang solchen Entgegenkommens gegenüber den Kommunisten vor Ort abzuschätzen. Sicherlich stellte es nicht den Regelfall dar und geschah vor allem in einem Kontext weitgehend kritiklos hingenommener umfangreicher Kriminalisierung und Isolierung der KPD-Anhänger. Die Freiräume, die der kommunistischen Bewegung vor Ort blieben, dürfen nicht überschätzt werden. Allerdings verweisen die einzelnen Beispiele doch auch deutlich auf Grenzen antikommunistischer Mobilisierung. Insbesondere gemeinsame Interessen und Positionen in Sachfragen lagen der Toleranz und zeitweiligen Kooperation mit Kommunisten zugrunde. Die Beispiele zeigen zudem, dass die politischen Parteien und Institutionen vor Ort Mechanismen entwickelten, um jenseits des demonstrativen Antikommunismus die Forderungen und Interessen jener Bevölkerungskreise aufzugreifen, die in

⁵¹ Stadtarchiv Duisburg, 101/25, Brief Heimleiterin K. an Jugendamt Duisburg, 11. 9. 1950.

⁵² PRO, FO 1013/1300, British Resident Wuppertal, Monthly Report, Februar 1952; ebenda, British Resident Wuppertal an CPO NRW, Düsseldorf, 10. 1. 1952.

⁵³ IGBE-Archiv, Org. 14, Mitteilungsblatt der KPD-Fraktion Bottrop, o. D. (Sommer 1953).

⁵⁴ Vgl. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 164/392, Kenn, SPD-Bezirk Niederrhein an Mellies, SPD-PV, 6. 11. 1953. Auch im Bottroper Stadtrat kam es Mitte der 1950er Jahre zu einer gewissen Kooperation von SPD und KPD in Personalfragen: Westfälische Rundschau (Ausgabe Bottrop) vom 17. 3. 1956.

den ersten Nachkriegsjahren in der KPD ihre primäre politische Repräsentation gesehen hatten. Diese integrativen Tendenzen waren besonders im Kernfeld kommunistischer Aktivität nach 1945, den Betrieben und Gewerkschaften, sichtbar.

Das Jahr 1950 bildet auch für die Stellung der Kommunisten in den Gewerkschaften und Betrieben einen tiefen Einschnitt. Antikommunistische Interessen gewannen in der Verbandspolitik eine neue, überragende Bedeutung, und das Vorgehen gegen die Kommunisten hatte, anders als in den vorangegangenen Jahren, nun auch deutliche Auswirkungen in den Bezirken und Ortsverwaltungen. Parallel zur politischen Marginalisierung verlor die KPD innerhalb weniger Monate sämtliche ihrer Machtpositionen in den Gewerkschaftsleitungen auf der Orts- und der Bezirksebene, die Anfang 1950 noch keineswegs unbedeutend waren, und geriet auch in den Betrieben politisch immer stärker unter Druck.

Neben der Eingebundenheit der Gewerkschaften in die allgemeine politische Polarisierung des Jahres 1950 lassen sich einige spezifische verbändeinterne Ursachen dafür benennen, wieso sich im Frühjahr 1950 eine deutliche Ausgrenzungspolitik gegen die KPD-Anhänger durchsetzte. Zum einen startete der FDGB, der nach der vorläufigen Konsolidierung der SED-Herrschaft über umfangreiche materielle und propagandistische Mittel zur Einwirkung auf Westdeutschland verfügte, im Rahmen der Werbeoffensive der SED eine aufwendige Kampagne zur Gewinnung der westdeutschen Arbeiterschaft für die Ziele der SED. Die Menge der in die westdeutschen Betriebe geschleusten Zeitungen, Broschüren, Pamphlete und Flugblätter nahm im Winter 1949/50 spürbar zu. Zugleich versuchte die SED die westdeutschen Betriebskommunisten auf einen Konfrontationskurs gegenüber den Führungen der DGB-Gewerkschaften festzulegen. Die Betriebe sollten zu einem zentralen Mobilisierungsfeld gegen die Westintegration und die Regierung Adenauer ausgestaltet werden. Betriebliche Unzufriedenheiten sollten stets mit deutschlandpolitischen Forderungen verknüpft werden⁵⁵.

Diese neue Politik und Propaganda erschienen vielen nicht-kommunistischen Gewerkschaftern umso bedrohlicher, als ihnen die nahe wirtschaftliche Zukunft höchst ungewiss erschien und die Weltwirtschaftskrise mit ihren radikalisierenden Folgen noch sehr präsent war. Viele sozialdemokratische Arbeiterfunktionäre, darin nicht zuletzt durch ihre marxistische Herkunft geprägt, glaubten nicht an eine langfristige Stabilität des Kapitalismus und sahen vor dem zeitgeschichtlichen Hintergrund „große soziale Spannungen und Wirtschaftskämpfe“ am Horizont heraufziehen⁵⁶. Vor diesem Hintergrund fürchteten sie eine Radikalisierung der gewerkschaftlichen Basis unter kommunistischen Vorzeichen. Diese potentielle Radikalisierung von Anfang an einzudämmen, war ein wichtiger Beweggrund für das massive Vorgehen gegen kommunistische Gewerkschafter.

Der Rückgang des kommunistischen Einflusses in den Betrieben und an der Gewerkschaftsbasis seit 1947 begünstigte die antikommunistischen Initiativen der Gewerkschaftsführungen, da sie eine Durchsetzung der Unvereinbarkeit von kommu-

⁵⁵ PRO, FO 1013/769, Headquarter Land NRW/Manpower Dept., Monthly Report, April 1950. Siehe auch: Kaiser, „Der politische Gewinn steht in keinem Verhältnis zum Aufwand“, S. 113; Schönhoven, Einleitung, S. XLI.

⁵⁶ So z. B. IGBE-Archiv, BR 11, Siggis Neumann, Hauptvorstand IG Bergbau/Abt. Betriebsräte, Rundschreiben 64/49, 18. 5. 1949.

nistischer Tätigkeit und Gewerkschaftsarbeit vielerorts überhaupt erst möglich machte. In vielen Geschäftsstellen und Ortsausschüssen verlor die KPD Ende der 1940er Jahre ihre Mehrheiten, wobei eine gegen sie gerichtete Koalitionspolitik von Sozial- und Christdemokraten den Einflussverlust noch beschleunigte. Im Ortsausschuss Bottrop des DGB waren die Kommunisten beispielsweise nach Gewerkschaftswahlen Ende 1949 mit neun von 32 Mitgliedern zum ersten Mal seit dem Krieg in der Minderheit⁵⁷. Taktische Rücksichtnahmen auf die kommunistische Gewerkschaftsfraktion waren in dieser neuen Situation weniger notwendig. Anders als noch wenige Jahre zuvor konnte der Ausschluss der kommunistischen Gewerkschafter gewagt werden, ohne eine Spaltung der Verbände fürchten zu müssen.

Einige wilde Streiks, die im Kontext der allgemeinen Krisenstimmung als Signale eines kommunistischen Generalangriffs gegen die Einheitsgewerkschaften interpretiert wurden, bildeten den unmittelbaren Auslöser eines resoluten Vorgehens der Gewerkschaftsleitungen. Der Hauptvorstand der IG Bergbau, in der der kommunistische Einfluss besonders stark war, verkündete etwa anlässlich eines wilden Streiks in Marl-Hüls im März 1950, dass der Zeitpunkt „jetzt vorbei [ist], wo wir noch einmal ruhig zusehen können“, und kündigte offensive Maßnahmen gegen alle Funktionäre an, die der offiziellen Gewerkschaftspolitik zuwiderhandelten⁵⁸. Auch der DGB-Bundesvorstand schwenkte im März auf eine harte Linie ein und empfahl seinen Mitgliedsgewerkschaften „in der kommenden Zeit das Erforderliche zu tun, um seinen Funktionärskörper von gewerkschaftszersetzenden Elementen zu säubern“⁵⁹. Auch wenn die KPD nicht namentlich genannt wurde, war es allen Beteiligten klar, gegen wen sich diese Empfehlungen richteten. Im Herbst 1950 bekräftigte und forcierte der DGB-Bundesvorstand noch einmal seine Ausschlusspolitik. In Zusammenarbeit mit den Vorständen der Einzelgewerkschaften sollte, so ein Beschluss von Ende September, alles dafür getan werden, „um die Säuberung von allen gewerkschaftsschädigenden und gewerkschaftszersetzenden Elementen in kürzester Zeit durchzuführen“⁶⁰.

Die Beschlüsse vom Frühjahr und Herbst 1950 bedeuteten die Initialzündung einer Verdrängung von Kommunisten aus gewerkschaftlichen Führungspositionen. Im Herbst 1950 wurden die letzten hauptamtlich beschäftigten Vorstandsmitglieder der Einzelgewerkschaften mit kommunistischem Parteibuch entlassen. Darüber hinaus verlor die KPD in rascher Folge alle lokalen gewerkschaftlichen Bastionen, die sie insbesondere in der IG Metall und der IG Bergbau besessen hatte, und damit jeglichen direkten Einfluss auf die gewerkschaftliche Entscheidungsfindung⁶¹.

Nachdem im Jahr 1950 zunächst vor allem die profilierten, öffentlich sichtbaren Kommunisten ihrer Funktionen enthoben worden waren, erfassten die Funktionsent-

⁵⁷ PRO, FO 1013/1398, British Resident Bottrop/Gladbeck, Report, April 1950.

⁵⁸ IGBE-Archiv, V 4, Niederschrift über eine Besprechung des erweiterten Vorstandes der IG Bergbau, 8.3.1950. Siehe auch: PRO, FO 1013/769, HQ Land NRW/Manpower Dept., Monthly Report, März 1950.

⁵⁹ Protokoll der Bundesausschusssitzung vom 6.3.1950 (Dokument 6), in: Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1945 bis 1956, S. 54.

⁶⁰ Protokoll der Sitzung des Bundesausschusses vom 26./27.9.1950 (Dokument 13), in: ebenda, S. 109–11.

⁶¹ Siehe exemplarisch: IGBE-Archiv, V 1, Protokoll der Vorstandssitzungen der IG Bergbau, 26.7., 19./20.8., 14.10.1950.

hebungen und Ausschlüsse im Jahr 1951 auch immer mehr Funktionäre der zweiten Reihe, die politisch weniger hervorgetreten waren. Eine zentrale Bedeutung gewann dabei die im Sommer 1951 auf Anregung des SPD-Politikers Sigggi Neumann entwickelte ‚Reverspolitik‘, die die Ausgrenzungsbemühungen auf eine systematische Grundlage stellen wollte. Die ‚Reverspolitik‘ sah vor, dass alle KPD-Mitglieder, die gewerkschaftliche Funktionen ausüben wollten, sich in einer vorformulierten Stellungnahme von den gewerkschaftspolitischen Beschlüssen des KPD-Parteitags vom März 1951 zu distanzieren hatten. Der Parteitag hatte in seiner berüchtigten These 37 zum Kampf gegen die Gewerkschaftsführungen aufgerufen. Im Falle der Weigerung, das Revers zu unterschreiben, sollten die Kommunisten aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden. Die kommunistischen Gewerkschafter mussten sich fortan zwischen der Loyalität zur Partei, die mit allen Mitteln versuchte, ihre Mitglieder von der Unterschrift abzuhalten, und der Loyalität zur Gewerkschaftsbewegung entscheiden⁶².

Die Jahre 1950–1952 stellten den Höhepunkt des gewerkschaftlichen Vorgehens gegen die Kommunisten dar, wie statistische Befunde zu den Gewerkschaftsausschlüssen belegen. Von den 564 nachweisbaren Gewerkschaftsausschlüssen von Kommunisten, die zwischen Anfang 1948 und Anfang April 1954 erfolgten, traten nur elf vor 1950 in Kraft. Dagegen wurden 1950 schon 72, 1951 dann 176 und 1952 152 Personen aus den Gewerkschaften entfernt⁶³. Zwar hielten Kommunisten auch Ende 1952 noch gewerkschaftliche Positionen, doch war ihr politischer Handlungsspielraum drastisch geschrumpft. Ein Wirken im kommunistischen Sinne innerhalb der einzelnen Organisationen war aufgrund der rigorosen Sanktionsdrohungen so gut wie unmöglich gemacht worden.

Anders als im Bereich der politischen Öffentlichkeit, fielen die antikommunistischen Maßnahmen in den Gewerkschaften von Anfang an jedoch deutlich verhaltener aus. Einerseits griffen die Gewerkschaftsvorstände scharf gegen jegliche kommunistische Aktivität in den Verbänden durch. Andererseits jedoch bemühten sie sich um eine deutliche Differenzierung zwischen radikal leitungskritischen und loyalen Kommunisten. Die Vorstände waren von Anfang an bemüht, keine allgemeine Kommunistenverfolgung zu entfachen, sondern durch Verfahren gewerkschaftsinterner Schiedskommissionen in erster Linie gegen Einzelpersonen vorzugehen und durch die Statuierung abschreckender Exempel die Masse der kommunistischen Mitglieder in den Gewerkschaften zu halten⁶⁴. Die offenen Sanktionen hatten immer auch die Funktion einer demonstrativen und öffentlichkeitswirksamen Markierung der Grenze zwischen gewerkschaftlich toleriertem und verfehmtem Verhalten. Nur wenn die kommunistischen Aktivisten diese Grenze überschritten, trafen sie die gewerkschaftlichen Repressionen.

Das differenzierte Vorgehen zeigt sich nicht zuletzt daran, dass die Hauptvorstände in vielen Fällen eine milde Auslegung der antikommunistischen Normen befürworteten. Gegen den Dortmunder Hans L., der sich Anfang 1951 als Delegierter zu einem FDGB-

⁶² Vgl. allg.: Schönhoven, Kalter Krieg, S. 274f.; Kalbitz, Gewerkschaftsausschlüsse, S. 160f.

⁶³ IGBE-Archiv, Org. 2, Ausschlüsse aus den Gewerkschaften, o. D. (1953); ebenda, Ergänzungsliste 1 (10. 4.–8. 7. 1953), Ergänzungsliste 3 (4. 11. 1953–4. 2. 1954), Ergänzungsliste 4 (5. 2.–9. 4. 1954). Siehe auch: Kalbitz, Gewerkschaftsausschlüsse, S. 161f.

⁶⁴ Siehe z. B. Protokoll der Vorstandssitzung vom 21. 6. 1950 (Dokument 9), in: Die Industriegewerkschaft Metall, S. 69f.

Kongress hatte wählen lassen, sprach der Hauptvorstand der IG Metall beispielsweise Anfang 1951 „mit Rücksicht auf die Unerfahrenheit in dieser Angelegenheit“ nur eine Rüge aus. Auch im Fall des Wilhelm P. wurde in der gleichen Angelegenheit von einem Ausschluss abgesehen, weil er „bisher zu Klagen keinen Anlass gegeben hat“⁶⁵.

Die demonstrative Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus in Festreden und Publikationen ging einher mit einer faktischen Integration eines Großteils der kommunistischen Anhängerschaft. Die Gewerkschaftsleitungen wollten ihre Verbände von kommunistischen Einflüssen befreien, gleichzeitig jedoch das beträchtliche gewerkschaftliche Engagement der Kommunisten möglichst weitgehend für die Einheitsgewerkschaften bewahren. Sie boten mehr oder weniger explizit dem kommunistischen Gewerkschaftsflügel gewerkschaftliche Mitwirkungsmöglichkeiten unter der Bedingung einer Abstinenz von parteipolitischen Aktivitäten an. Zwar konnte sich von der Funktionselite der hauptamtlichen Gewerkschaftssekretäre niemand einer bewussten Entscheidung zwischen Partei und Gewerkschaft entziehen, doch die Masse der kommunistischen Funktionsträger in den unteren Gewerkschaftsgliederungen und Betrieben war von Ausschlüssen kaum betroffen. Angesichts der Tatsache, dass die KPD Anfang 1950 allein in Nordrhein-Westfalen mindestens 3221 Gewerkschaftsfunktionäre und 1991 Betriebsräte stellte, wirkt die Zahl von 82 Ausschlüssen von Kommunisten im Ruhrgebiet, einer der westdeutschen Hochburgen der KPD, nicht besonders hoch, selbst wenn man bedenkt, dass Funktionsenthebungen als Repressionsmaßnahme sehr viel häufiger waren als Ausschlüsse. Von einer umfassenden ‚Säuberungsaktion‘ kann höchstens für den Bereich der hauptamtlichen Sekretäre, nicht jedoch für die Masse der Kommunisten gesprochen werden⁶⁶.

Die differenzierte Strategie der Gewerkschaftsführungen fand eine Entsprechung in den lokalen Gewerkschaftsgliederungen, in denen sich ebenfalls kein blindwütiger Antikommunismus, sondern im Allgemeinen eher der Versuch einer möglichst breiten Integration von Kommunisten feststellen lässt. Eine Geschäftsausschusssitzung der IG Bergbau in Essen vom 28. Juni 1951, die sich mit einer Reihe von Ausschlussanträgen beschäftigte, zeigt beispielhaft die Kombination von Ausgrenzung und Einbindung als bestimmendes Merkmal der Gewerkschaftspolitik gegenüber den Kommunisten. Während auf der Sitzung zwei Kommunisten ausgeschlossen wurden, die eigenmächtig Belegschaftsversammlungen einberufen und Gewerkschaftsführer als ‚Verräter‘ beschimpft hatten, verwarfen die Sitzungsteilnehmer den Ausschlussantrag gegen den Kommunisten Hans B., der in der kommunistischen ‚Neuen Volkszeitung‘ einen Artikel mit der Überschrift „Verrat der Gewerkschaftsbürokratie“ publiziert hatte, nachdem dieser sich von der Veröffentlichung distanzierte. Der Geschäftsstellenleiter Karl Bergmann verallgemeinerte das integrative Vorgehen gegen B. und anderen Kommunisten dahingehend, dass man „keinem Kameraden das Genick brechen, sondern [...] die Unebenheiten innerhalb der Organisation“ durch Gespräche beseitigen wolle⁶⁷.

⁶⁵ IGM-Archiv, 1-3/17, HV IG Metall an Hans L., 27. 3. 1951; ebenda, Hauptvorstand IG Metall an Wilhelm P., 27. 3. 1951.

⁶⁶ SAPMO-BA, BY 1/984, Mitgliederstatistik der Landesorganisation Nordrhein-Westfalen 1950/51. Zu den 350 hauptamtlichen Gewerkschaftssekretären der KPD im Herbst 1949: DGB-Archiv, BV, Abt. Org., 24/1933, Siggi Neumann, SPD Parteivorstand/Abt. Betriebsorganisation, Rundschreiben Nr. 32/49, 19. 9. 1949.

⁶⁷ IGBE-Archiv, 3005, Protokoll der Geschäftsausschusssitzung Essen, 28. 6. 1951.

Die zurückhaltende Politik hatte auch 1951 noch deutlich taktische Ursachen. Nach wie vor drohte ein Generalangriff gegen die Kommunisten die fragile Idee der Einheitsgewerkschaft schwer zu beschädigen und zu unkalkulierbaren Zerrüttungen an der Gewerkschaftsbasis zu führen. Darüber hinaus stellte die Politik der Verbandsleitungen jedoch auch eine Reaktion auf integrative Entwicklungen an der Gewerkschaftsbasis dar. In mehreren Städten wählten Delegiertenversammlungen Kommunisten in örtliche Vorstände, obwohl gegen sie ein Funktionsverbot verhängt worden war. In den kommunistischen Hochburgen Solingen und Remscheid setzten die lokalen Ortsverwaltungen der IG Metall schließlich sogar Kommunisten wieder in ihre Gewerkschaftsfunktionen ein, die kurz zuvor vom Bundesvorstand ihrer Funktionen enthoben worden waren⁶⁸.

In vielen Gewerkschaftsgliederungen und Betrieben wurde der strikte Abgrenzungskurs zu den Kommunisten durch kooperative Tendenzen und die gemeinsame Frontstellung gegen die wiedererstarkten Arbeitgeber und vermeintlich restaurative Tendenzen in der bundesdeutschen Politik überlagert. Ein Gewerkschaftsreferent beschrieb die Meinung vieler Basisgewerkschafter 1955 in folgenden Worten: „Wir haben in erster Stelle den Kampf gegen die wachsende Restauration und nicht gegen die Kommunisten zu führen. Die Kommunisten stehen da mit uns in einer Front.“⁶⁹ Zwar waren die gegenseitigen Animositäten zwischen den Kommunisten und ihren politischen Kontrahenten Mitte der 1950er Jahre keineswegs verschwunden, aber die alten Feindschaften schliffen sich doch im Laufe der Jahre ab. Ermahnungen an die Untergliederungen, die antikommunistischen Beschlüsse einzuhalten, gehörten seit Abflauen der schärfsten Auseinandersetzungen 1950/51 zum Standardrepertoire der höheren Gewerkschaftsleitungen. Nachdem in einigen Ortsverwaltungen Kommunisten in die Vorstände und selbst in hauptamtliche Funktionen gewählt worden waren, ohne einen Revers unterschrieben zu haben, musste Otto Brenner schon Anfang 1953 in einem Rundschreiben explizit darauf hinweisen, dass der ‚Reversbeschluss‘ von 1951 immer noch Gültigkeit besitze und ein Referent des DGB-Vorstandes appellierte Ende 1955 fast verzweifelt an Gewerkschaftsfunktionäre, die kommunistische Gefahr nicht zu unterschätzen: „Es ist nicht richtig, wenn wir aus Gefühlsgründen glauben, daß es in der jetzigen Zeit unnötig, ja falsch sei, sich kritisch mit den Kommunisten zu beschäftigen und sich von ihnen abzugrenzen.“⁷⁰

V. Angst vor dem Kommunismus und ihre Grenzen. Schlussbetrachtungen

Antikommunismus als politische und gesellschaftliche Praxis war vielschichtiger und widersprüchlicher als es pauschale Urteile nahe legen. Es wirkten nicht nur sehr

⁶⁸ IGM-Archiv, 1-3/369, Protokoll der Geschäftsführerkonferenz der IG Metall in Gelsenkirchen, 10.5.1955; DGB-Archiv, BV, Abt. Org., 24/1941, Wulff, DGB Wuppertal an Werner Hansen, 24.1.1953; Günther Goetz, DGB-Spalter von Links, in: Rheinischer Merkur, Ende 1953 [Datum unleserlich], zitiert nach: DGB-Archiv, BV, Abt. Org., 24/1933.

⁶⁹ DGB-Archiv, BV, Abt. Org., 24/1942, Referat Wollenberg, 5/6.11.1955. Siehe weiterhin: Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, RW 164/669, Der Ruf, März 1952.

⁷⁰ IGM-Archiv, 1-3/48, O. Brenner, BV IG Metall an Bezirksleitungen, 10.2.1953; DGB-Archiv, BV, Abt. Org., 24/1942, Referat Wollenberg.

unterschiedliche Interessen und Motive auf die Ausgestaltung des Antikommunismus als praktische Politik gegenüber den Kommunisten auf der Bundes- und Landesebene, in den Kommunen, Gewerkschaften und Betrieben ein, sondern dieses Handeln war zudem einer dynamischen Entwicklung unterworfen. Die Ablehnung der kommunistischen Ideologie sowjetischer Prägung war stets nur ein Faktor in der Ausgestaltung des Umgangs mit der KPD und ihren Unterstützern. Es war vor allem die Unsicherheit hinsichtlich der Loyalität der Bevölkerung gegenüber der politischen Ordnung der jungen Bundesrepublik, die nach einer Phase der pragmatischen Tolerierung der KPD seit dem Frühjahr 1950 ein entschlossenes Vorgehen gegen die Kommunisten für die demokratischen Eliten erforderlich zu machen schien. Ganz ähnlich lag auch dem Vorgehen gegen Kommunisten in den Gewerkschaften die Furcht vor einem Einflussverlust der Verbandsführungen unter den Industriearbeitern als Ergebnis kommunistischer Werbetätigkeit zugrunde.

Vor dem Hintergrund eines neuen Bedrohungsszenarios ergriffen die maßgeblichen politischen Kräfte sowie die Gewerkschaften in den Jahren 1950/51 eine Vielzahl von Maßnahmen, die die Kommunisten aus ihren Stellungen und aus der Öffentlichkeit verdrängten und ihre Tätigkeit kriminalisierten. Gerade die Subjektivierung des politischen Strafrechts, wie sie das 1. Strafrechtsänderungsgesetz im Juli 1951 einführte, öffnete einer willkürlichen Verfolgung Tür und Tor und beschnitt die politischen Rechte von Kommunisten weitgehend. Auch einfache Mitglieder und Sympathisanten konnten und wurden wegen geringfügiger Vergehen angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt werden. Die einzelnen Beschlüsse führten *de facto* bereits 1951 zu einer weitgehenden Illegalisierung der KPD, die das Parteiverbot im August 1956 nunmehr besiegelte.

Angesichts der weitgehenden politischen Verfolgung von Kommunisten dürfen jedoch deutliche integrative Tendenzen und Faktoren, die die Ausgrenzungsdynamik in der Praxis begrenzten, nicht übersehen werden. Die bundesdeutsche Gesellschaft war in den frühen 1950er Jahren keineswegs in Gänze von einer antikommunistischen Angstpsychose befallen. Vielmehr fanden gesellschaftliche Gruppen und Organisationen oft sehr pragmatische Umgangsweisen mit Kommunisten. Auf der lokalen Ebene, in den Gewerkschaften und Industriebetrieben existierten wichtige pragmatische Motive, den Kommunisten auch Integrationsangebote zu machen, sofern sie bereit waren, in ihrer praktischen Tätigkeit die Unterstützung der SED-Politik aufzugeben. Die Mitgliedschaft und aktive Tätigkeit von Kommunisten wurde besonders in den Betrieben und Gewerkschaften, aber auch in den neuen Oppositionsbewegungen der Adenauer-Ära stillschweigend geduldet, solange sie nicht offen im Sinne der KPD auftraten. Die Kombination von demonstrativer Abwehr und pragmatischer Integration erwies sich im Hinblick auf wichtige Teile der kommunistischen Parteimitglieder als äußerst erfolgreich. Sie wurden allmählich in die neue bundesdeutsche Ordnung integriert, auch wenn eine Mehrzahl von ihnen noch lange der kommunistischen Weltanschauung anhängen sollte. Diese entwickelte jedoch anders als noch am Ende der 1940er Jahre keine handlungspraktische Relevanz mehr. Mit dem Schwinden der Bedrohungswahrnehmung auf Seiten der politischen Eliten löste sich seit 1956 auch der Konsens hinsichtlich der richtigen politischen Strategie gegenüber den Kommunisten auf. Antikommunistische Politik, Staatsschutz und politische Justiz wurden auf neue Weise zum Gegenstand erbitterter innenpolitischer Debatten.

Boris Spornol

Die ‚Kommunistenklausel‘

Wiedergutmachungspraxis als Instrument des Antikommunismus

Im März 1953 empörte sich der ‚Königsteiner Kreis‘, ein Zusammenschluss von aus der DDR geflüchteten Juristen, Volkswirten und Beamten über eine anstehende Auszahlung von Wiedergutmachungsleistungen an ehemalige NS-Verfolgte in Baden-Württemberg, da der „überwiegende Teil der Empfangsberechtigten“ aus „aktive[n] Kommunisten“ bestehe „und die Söhne dieser Leute studieren in Berlin. Mit den Wiedergutmachungsgeldern haben sich die Kommunisten Geschäfte gegründet oder Häuser gekauft bzw. gebaut usw.“. Allein in dem Bundesland flössen so eineinhalb Millionen DM „in kommunistische Taschen“. Der maßgeblich vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) finanzierte Kreis äußerte in einem Brief an die Bundesregierung die Überzeugung, dass KPD-Mitglieder „strengster Parteidisziplin unterworfen sind und einen Teil der ihnen gewährten Wiedergutmachungsgelder der KPD zur Verfügung stellen müssen. Hierdurch kommen also die Todfeinde der Demokratie in den Besitz der segensreichen Auswirkungen der Demokratie“¹.

Neben dem vordergründigen Staatsschutzgedanken, der davon ausging, dass Kommunisten die erhaltenen Leistungen stets gegen die Bundesrepublik einsetzten, und der eine pazifizierende Wirkung der Entschädigungszahlungen sowie damit eine soziale Integration von Kommunisten in die westdeutsche Gesellschaft gar nicht erst erwog², trat unverhohlener Sozialneid und das Motiv der Opferkonkurrenz. Denn vor „der Befriedigung der Ansprüche von Kommunisten“ müssten die „anerkannten Flüchtlinge aus der Sowjetzone versorgt werden“. Der ‚Königsteiner Kreis‘ nahm damit kommunistische NS-Verfolgte in Westdeutschland unterschiedslos in eine Kollektivhaftung für die Systemkonkurrenz, denn er vertrat die Auffassung, „dass es bei der durch die Kommunisten verursachten Lage in Deutschland, die die Bundesrepublik infolge des anhaltenden Flüchtlingsstroms in ungewöhnliche Schwierigkeiten bringt, angebracht erscheint, den Anhängern des Kommunismus in der Bundesrepublik ihre Wiedergutmachungsansprüche zunächst einmal zu sperren bzw. zurückzustellen. Die Rechtsgrundlage hierfür dürfte der durch den Kommunismus verursachte Staatsnotstand sein und zur Begründung ausreichen“³. Die Prinzipien der Rechtsgleichheit sollten für Kommunisten also nicht mehr gelten – sie standen außerhalb der postnationalsozialistischen ‚Volksgemeinschaft‘.

¹ BAK, B 106/62782, Königsteiner Kreis, 17.3.1953, gleichlautend an BMI, BMJ und BMG, das folgende ebenda. Der vollständige Name der Vereinigung, die sich im Juli 1949 gegründet hatte, lautete ‚Königsteiner Kreis – Vereinigung der Juristen, Volkswirte und Beamten aus der sowjetischen Besatzungszone e.V.‘; Schroeder, Kreis; Witte, Kreis; Gloe, Planung, S. 50–55.

² Vgl. dagegen Interviews, Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (FZH), T 250.

³ BAK, B 106/62782, Königsteiner Kreis an BMI, BMJ, BMG, 17.3.1953.

Angestoßen hatte das Schreiben Withold Deutsch, ein Mitarbeiter im baden-württembergischen Landesamt für Wiedergutmachung in Karlsruhe, dessen Ernennung zum Regierungsrat anstand und der mit seiner Kritik gewiss auch seine eigene Laufbahn im Blick hatte. In einer internen Einschätzung jedenfalls hieß es, zwar sei er „eine sehr gute Kraft“, aber es kamen Vorbehalte zur Sprache, weil er „ziemlich lang in herausgehobener Stelle das SED-Regime mitgemacht“ habe⁴. Deutschs demonstrativ strammer Antikommunismus selbst NS-Verfolgten gegenüber, die nachweislich in langjähriger Haft gelitten und vielfach schwere gesundheitliche Schäden davongetragen hatten, lässt sich vor diesem Hintergrund als ein Versuch der klaren Distanzierung von seiner Vergangenheit und damit als demonstrativer Loyalitätsbeweis gegenüber der Bundesrepublik lesen. Im Bundesinnenministerium (BMI) wusste man derweil nur allzu gut, dass der Brief „zum Teil sachlich unrichtig“ und „stark übertrieben“ war. Dass der überwiegende Teil der Wiedergutmachungsempfänger „aktive Kommunisten“ seien, schien „schlechterdings unmöglich“⁵.

Gerade in seiner Überzogenheit war der Brief des ‚Königsteiner Kreises‘ augenscheinlich Ausdruck eines gesellschaftlichen Antikommunismus, der der Erwartungshaltung der westdeutschen Staatsdoktrin genügen wollte und zugleich erst den Resonanzboden für den staatlichen Antikommunismus schuf: Beide Kräfte schaukelten sich gegenseitig hoch und ließen die hinter dem evozierten Feindbild steckende Bedrohung umso stärker wirken. Die finanzielle Abhängigkeit von der Bundesregierung trug gewiss ihren Teil dazu bei, dass der ‚Königsteiner Kreis‘ seine Nützlichkeit und Loyalität im deutsch-deutschen Systemwettstreit demonstrieren wollte.

Die in dem Brief formulierte Forderung, Kommunisten von der Wiedergutmachung auszuschließen, entsprach durchaus dem Ansinnen der Bundesregierung: So ließ das Justizministerium in einem Antwortschreiben wissen, dass „nach dem bisherigen Ergebnis der Vorarbeiten“ zum sogenannten Bundesergänzungsgesetz (BErG), das die bisher auf Länderebene geregelte Entschädigung von NS-Opfern bundesweit vereinheitlichen sollte, „Personen, die als Anhänger eines totalitären Systems die demokratische Staatsform bekämpfen, von der Entschädigung nach diesem Gesetz ausgeschlossen werden“⁶.

Gemäß BErG von 1953 hatte in der Tat keinen Anspruch auf Entschädigung, „wer die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft“. Seine Novellierung, das Bundesentschädigungsgesetz (BEG) von 1956 präziserte: „wer nach dem 23. Mai 1949 die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes bekämpft hat“⁷. Dieses Element war dem Entschädigungsgesetz der US-Zone (US EG) vom August 1949 noch fremd gewesen, das der Bundesgesetzgebung als Blaupause diente. Innerhalb von vier Jahren war es also zu einem Paradigmenwechsel in der Entschädigungsgesetzgebung gekommen. Im Folgenden sollen deswegen Wiedergutmachungspolitik und -praxis exemplifizierend als ‚historische Räume‘⁸ antikommunistischer

⁴ Zitiert nach: Franjic, Wiedergutmachung, S. 324f.

⁵ BAK, B 106/62782, BMI, Wiedergutmachungsleistungen an Kommunisten, 10. 4. 1953. Vgl. auch: ebenda, BMJ an BMI, 26. 3. 1953.

⁶ BAK, B 106/62782, BMJ an BMI, 26. 3. 1953.

⁷ BErG § 1 Abs. 4 Ziff. 4; BEG § 6 Ziff. 2; zur Wiedergutmachung grundlegend: Goschler, Wiedergutmachung; ders. Schulden; Brunner/Frei/Goschler, Praxis.

⁸ Zum Begriff vgl. auch Faulenbach, Erscheinungsformen.

nistischer Praktiken und Instrumente im Nachkriegsdeutschland untersucht und nach den dahinterstehenden gesellschaftlichen wie politischen Aushandlungsprozessen gefragt werden: Wie ist die – zeitgenössisch auch so genannte – ‚Kommunistenklausel‘ in der Entschädigungsgesetzgebung zu erklären? Wer waren die Akteure? Was waren ihre Motive und Argumente? Denn der Ausschluss von Entschädigungsleistungen erscheint keinesfalls als zwingende Konsequenz der politischen Bekämpfung der KPD und ihrer Mitglieder sowie der aufkommenden politischen Justiz. Da die Wiedergutmachungsgesetzgebung in starkem Maße von NS-Verfolgten mitgeprägt wurde, soll zunächst herausgearbeitet werden, inwieweit sich das Verhältnis von kommunistischen und nichtkommunistischen NS-Verfolgten veränderte. Zudem soll auch die erfahrungsgeschichtliche Dimension einbezogen werden, die nach unterschiedlichen Perzeptionen sowie deren Bedeutung für die Betroffenen fragt⁹.

I. Fragiler Konsens

Außer ihrem Leben hatten NS-Verfolgte oftmals nichts retten können, weswegen sie sich nach Kriegsende in einer außerordentlichen Notsituation befanden. Die Berlin-Deklaration der Alliierten vom 5. Juni 1945 verpflichtete die deutschen Behörden darauf, ausnahmslos allen zu helfen, die von den Nationalsozialisten aus religiösen, politischen oder rassischen Gründen ihrer Freiheit beraubt worden waren, sie zu versorgen und freizulassen. Die Ausführung dieser Bestimmungen wurde regional allerdings sehr unterschiedlich gehandhabt¹⁰. Deutschlandweit bildeten sich deshalb lokale Häftlingsausschüsse, aus denen 1946 die überparteiliche Vereinigung der ‚Verfolgten des Nazi-Regimes‘ (VVN) hervorging¹¹. Die VVN beanspruchte – über die Wiedergutmachungs- und Erinnerungspolitik hinausgehend – ein allgemeines politisch-moralisches Mandat: Sie wollte den „Kampf gegen alle Reste des Nazismus, des Militarismus und gegen den Rassenwahn systematisch“ führen, wodurch „zur Sicherung des Völkerfriedens“ beigetragen werde. Der Wiederaufbau Deutschlands solle durch die Einbeziehung der Widerstandskämpfer gemeistert werden¹².

Die Zusammenarbeit von kommunistischen und nicht-kommunistischen Verfolgten und Widerstandskämpfern erschien den Gründern der VVN zwar als selbstverständlich. Doch erwies es sich in der Praxis als Grunddilemma, dass „Organisationen, deren Mitglieder sich aus den verschiedenen Parteien zusammensetzen, Stellung zu den politischen Fragen nehmen, die zu einer Meinungsverschiedenheit zwischen den

⁹ Die Veröffentlichung der ausführlichen Studie des Verfassers zum Thema ist in Vorbereitung.

¹⁰ Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Supplement Nr. 1, Berlin 1946, S. 7–9, abgedruckt in: Benz, Deutschland, S. 185–188. Vgl. etwa Asmussen, Traum, S. 26f.; Hennig, Entschädigung, S. 27ff.; La Féaux Croix, Entschädigung, S. 15.

¹¹ SAPMO/BA, DY 30/IV 2/2.027/29, Bl. 15–30, Karl Raddatz, Bericht über die Bewegung der ehemaligen politischen Gefangenen und der Opfer des Naziterrors in Deutschland, 14. 6. 1946. Vgl. Spornol, Winkel; Oppenheimer, Weg, S. 7–11; Scholtyseck, Betreuungsstellen; zu Düsseldorf: Lissner, Fluchtweg, S. 167. Vgl. zu Hamburg: Schmidt, Verfolgten; Stobwasser, Winkel, S. 10–28.

¹² Zitiert nach: Hennig, Entschädigung, S. 72.

politischen Parteien geführt haben“¹³. Ernst Friedlaender nannte die VVN in einem Leitartikel ein alarmierendes Beispiel für eine vermeintlich überparteiliche Organisation, in der die „herrschende Rolle der KPD“ besonders deutlich sei und bei der es sich um „den Missbrauch [...] einer Leidensgemeinschaft der Vergangenheit für Machtzwecke der Zukunft“ handle. Friedlaender kritisierte, dass die VVN „Staatsgelder zur Verwaltung und Verwendung“ erhalte und dass sie „öffentlich-rechtlicher Funktionen für würdig befunden“ werde. Organisationen wie die VVN erfüllten „den doppelten Zweck der Agitation in der einen und der Information, in der anderen Richtung“. Und nicht zuletzt werde „mit ihnen sowohl die Illegalität für den Fall eines Verbots wie die Legalität für den Fall einer Machtergreifung planmäßig vorbereitet“¹⁴. Die VVN wurde mithin Teil einer Angstkulisse des Kalten Kriegs.

Demgegenüber stand der Publizist und VVN-Mitbegründer Eugen Kogon, der die Verfolgten-Organisation „mit ihren dreihunderttausend Mitgliedern in Deutschland“ als das „einzige große politische Forum“ bezeichnete, in dem Deutsche verschiedenster Herkunft, Konfession und Parteizugehörigkeit wegen ihrer „gemeinsam durchkämpften und durchlittenen Vergangenheit noch zusammenwirken“. Er wusste zwar, dass die VVN „beim deutschen Volk kein sonderlich gutes Ansehen“ genieße. Gleichwohl sei sie kein „Verband der Einflusslosen“, weil ihr „Dutzende von deutschen Ministern, Staatssekretären und Parteiführern in allen Besatzungszonen, Hunderte von maßgebenden Männern und Frauen des öffentlichen Lebens“ angehörten¹⁵.

Anfang Mai 1948 erklärte der SPD-Vorstand, der bereits gegen die Gründung der Verfolgten-Organisation gewesen war, die Mitgliedschaft in VVN und SPD für unvereinbar: Die VVN habe „durch ihre politische Stellungnahme zu vielen Fragen die kommunistische Politik eindeutig unterstützt“¹⁶. SPD-Vorstandsmitglied Fritz Heine flankierte die Diskussion mit einer Pressekampagne, in der nichtkommunistische VVN-Funktionäre als nützliche Idioten und die von dem CDU-Mann Peter Lütches herausgegebenen ‚VVN-Nachrichten‘ als ein kommunistisches Organ dargestellt wurden¹⁷. „Gegner der VVN behaupten unermüdlich, die VVN sei eine kommunistische Organisation“, schrieb daraufhin Franz Glienke, VVN-Sekretär in der Britischen Zone. „Ein Teil der deutschen Presse sowie der Rundfunk helfen an der Verbreitung dieser Behauptung, deren Urheber die politischen Verbrecher von gestern sind und schaffen noch nicht direkt offen zu Tage tretend, aber doch bereits leise spürbar, eine gewisse *Pogromstimmung* gegen die Opfer des Naziregimes.“ Glienke, ein ehemaliger Kommunist, nun aber CDU-Mitglied, dessen Text die Sorge vor dem Aufleben von in der ‚NS-Volksgemeinschaft‘ eingeübten Exklusionspraktiken widerspiegelte, plädierte explizit für eine weitere Zusammenarbeit mit Kommunisten, denn wer dies nicht mehr wolle, müsse „diese Frage auch in der Gewerkschaft, im Sport, in den carita-

¹³ Brief der LDP an Kurt Schatter, 20. 8. 1948; zitiert nach Reuter/Hansel, *Leben*, S. 276.

¹⁴ Friedlaender, *Gehemmte*, in: *Die Zeit* vom 1. 4. 1948. Zu Friedlaender siehe Frei/Friedlaender, *Klärung. Überblick über die KPD-Beteiligung in westdeutschen Landesregierungen bei Klocksinn, Kommunisten*.

¹⁵ Kogon, *Politik*, S. 321.

¹⁶ AdsD, SPD-Pressedienst vom 19. 5. 1948; Schmidt, *Verfolgten*; Hennig, *Entschädigung*, S. 79f.; Meyer, *Vergangenheitspolitik*.

¹⁷ Hennig, *Entschädigung*, S. 82; als Erwiderung VVN-Nachrichten, Nr. 31, 2. 9. 1948 (Zum SPD-Parteitag in Düsseldorf).

tiven Verbänden, ja in allen privaten Vereinigungen stellen. [...] Dann sind wir dort, wohin wir aus dem Geist der Lagergemeinschaft nie wieder kommen wollten. In dem Geist der – Ausnahmebestimmungen.“¹⁸

Der Unvereinbarkeitsbeschluss der SPD veränderte die Kräfteverhältnisse innerhalb der Organisation, die Konflikte spitzten sich zu. So verabschiedeten 25 führende VVN-Mitglieder der Britischen Zone nach einem öffentlichen Eklat bei einer großen Gedenkfeier am 8. Mai 1949 in Hamburg eine gemeinsame Resolution: Die Unterzeichner um Peter Lütches beklagten, dass der gesamtdeutsche Rat, das Zonen-Sekretariat in Hamburg sowie zahlreiche Stadt- und Landkreisorganisationen der VVN „zwar theoretisch überparteilich“ seien, „in der Praxis aber eine Politik betrieben haben, die völlig einseitig ausgerichtet war, die die Überparteilichkeit gefährdete, die jede fruchtbare positive Bestätigung erschwerte und die die gesamte Organisation von einer Krise in die nächste trieb“. Sie bekannten sich aber weiterhin dazu, dass sich die VVN nicht nur für die Förderung der sozialen Belange ihrer Mitglieder und die Forderung nach einer gerechten Wiedergutmachung, sondern auch „mit allen erlaubten Mitteln für die Bekämpfung der Überreste des Nationalsozialismus, des Antisemitismus und des Militarismus einsetzen“ und „Vorkämpferin für die Würde der menschlichen Persönlichkeit“ sein müsse¹⁹.

Bei einer VVN-Tagung im Herbst 1949 berichtete nicht nur der Heidelberger Soziologe Herbert Sultan, der wegen seiner jüdischen Herkunft im Dritten Reich nach England emigriert war, von Ausgrenzungserfahrungen und sah deshalb den entscheidenden Impuls der künftigen VVN-Arbeit darin, „den antikommunistischen Komplex“ im Westen zu bekämpfen²⁰. Arthur Ketterer, ehemaliger christlicher Gewerkschaftsfunktionär aus Stuttgart und zeitweiliger CDU-Landessekretär in Württemberg, beklagte, dass „alle, die wir uns einsetzen für die Einheit Deutschlands, für den Frieden, [...] als Kommunisten verdächtigt [werden]“²¹.

In dieses Bild fügten sich auf den ersten Blick auch die Zeilen ein, die Wolfgang Müller, der langjähriger Chefredakteur der ‚VVN-Nachrichten‘, Anfang Februar 1950 für einen Zeitungsartikel verfasste: „Alle Maßnahmen gegen die KPD – in ruhigen und erregten Zeiten – werden die VVN mittreffen. Dem ‚Nicht-Stalintreuen‘ in der VVN-West drohen also beim Verbleib in der Organisation Nachteile und Gefahren [...]. Er wird als ‚Kommunist‘ abgestempelt sein. So schwer es fällt, sich von alten KP-Kameraden organisatorisch zu trennen, die nüchterne Vernunft sagt jedem Nichtkommunisten in der VVN: Ein Verbleib in der VVN nützt weder meinen politischen noch wirtschaftlichen Zielen. Ein Verbleib in der VVN bedeutet nur Schaden für

¹⁸ Glienke, Ist die Zusammenarbeit mit Kommunisten weiterhin möglich?, in: VVN-Nachrichten, Nr. 27, 2. 8. 1948 (Hervorhebung des Verfassers). Zur Exklusions- und Boykottpraxis des NS siehe instruktiv Wildt, Selbstermächtigung.

¹⁹ VVN-Nachrichten, Nr. 24, 15. 6. 1949 (Die Düsseldorfer Resolution, 8. 6. 1949), S. 2. Vgl. Lütches, Für eine Wiederbelebung der VVN, in: VVN-Nachrichten, 15. 6. 1949, S. 2. Vgl. außerdem die Reaktionen von Fahrion, Was werden unsere Kameraden sagen?, in: VVN-Nachrichten, Nr. 24, 15. 6. 1949, S. 3; Heitgres, Gegen Vogel-Strauß-Politik, in: VVN-Nachrichten, Nr. 24, 15. 6. 1949, S. 3.

²⁰ Protokoll der 15. Ratstagung am 22./23. 10. 1949 in München, in: Information des Rates der VVN, Nr. 49, 18. 11. 1949, S. 20.

²¹ Ebenda., S. 23.

mich.“²² Der Text diene zur Legitimierung des soeben von Peter Lütches initiierten ‚Bundes der Verfolgten des Naziregimes‘ (BVN).

Aus Müllers Text lässt sich zwar die durchaus vorhandene Sorge vor einer Stigmatisierung und Ausgrenzung aus der bundesrepublikanischen Mehrheitsgesellschaft ablesen, doch sind Zweifel erlaubt, wie ernst es dem Verfasser selbst damit war. Denn in der Folgezeit war es gerade der BVN, der aktiv zu einer Stigmatisierung von VVN-Mitgliedern beitrug. So verließ beispielsweise der Hamburger FDP-Politiker Edgar Engelhard im Spätsommer 1950 die VVN, weil er in den Flügelkämpfen seiner Partei unter Druck geraten war. Er wollte der Parteirechten um Friedrich Middelhaue aber nicht den Gefallen tun, „mich über den Zwirnsfaden der VVN stolpern zu lassen“²³.

Hatte Müller zunächst noch geschrieben, die Trennung falle „schwer“, so verschärfte sich der Tonfall rasch, bis schließlich bisherige Gemeinsamkeiten völlig geleugnet wurden: „VVN-Versammlungen wurden in der Vergangenheit in der Regel fast ausschließlich von kommunistischen Kameraden besucht: was sich nicht zur KPD bekannte, das hat sich in der VVN *niemals heimisch* gefühlt.“²⁴ Im Sinne einer Selbstlegitimierungsstrategie trachteten die BVN-Akteure auf eine maximale Distanzierung von ihrer eigenen VVN-Vergangenheit. So schrieb Heinrich Westerteicher, der in Wilhelmshaven die Gründung einer örtlichen BVN-Gliederung plante, in unversöhnlichem Ton: „KPD-Mitglieder haben zu dieser Versammlung keinen Zutritt und werden auch nicht aufgenommen. Auch dann nicht, wenn sie ihren Austritt aus der KPD erklären sollten, denn würden wir das tun, wären wir genauso weit, wie wir gewesen sind.“ Damit unterstellte er, dass Kommunisten wohl allenfalls aus taktischen Gründen ihrer Partei den Rücken kehren mochten, um andere Organisationen zu unterminieren. Westerteicher wollte dazu beitragen, „wieder das Vertrauen der Menschheit [zu] bekommen. Es darf nicht heißen, wenn man über die Straße kommt: ‚Sieh, das ist auch einer von der VVN, auch ein verkappter Kommunist‘“²⁵.

Karl Marx, Herausgeber und Chefredakteur der ‚Allgemeinen Wochenzeitung für Juden in Deutschland‘, kritisierte die Gründung des BVN. Lütches habe es versäumt, zuvor „Fühlung mit Juden zu nehmen“. Seine Skepsis nährte ein Gespräch mit dem BVN-Vorsitzenden, in dem dieser ihm erläuterte, „Befürchtungen gehabt“ zu haben, „sich mit Juden in Verbindung zu setzen, da er dann Gefahr gelaufen wäre, verraten zu werden, da ja die meisten Juden Kommunisten seien“²⁶. Nicht nur diese Äußerung setzte Lütches in ein schlechtes Licht, denn die Gründung des BVN erfolgte im Februar 1950 just in dem Moment, als er die Geschäftsbücher der ‚VVN-Nachrichten‘ offenlegen sollte²⁷. Offenbar hatte er bei der Zeitung rund 45 000 DM

²² Müller, Ein Instrument des Ostens, Zeitung ohne Namen vom 6. 2. 1950. Zur Zeitung und zur Namensgebung Beaugrand, Redaktionstisch.

²³ Zitiert nach: Bauers, FDP, S. 473. Zu Middelhaue ebenda, S. 460; Frei, Vergangenheitspolitik, S. 365 ff.

²⁴ Jetzt heißt es Farbe bekennen, in: Zeitung ohne Namen vom 18. 2. 1950 [Hervorhebung im Original].

²⁵ BAK, B 106/15440, Bl. 135, Westerteicher an Lütches, 11. 2. 1950.

²⁶ ZA, B 1/15, Nr. 18, Marx an Landesverband der Jüdischen Gemeinden Nordrhein und Westfalen, 16. 3. 1950.

²⁷ RPD-W, ZK 1742, Floßdorf an Amtsgericht Düsseldorf, Abschrift, 7. 1. 1953; Lütches/Floßdorf, Über die Notwendigkeit der Bildung eines Bundes der Verfolgten des Naziregimes, 25. 1. 1950.

veruntreut, um sein defizitäres und auch bald schon wieder eingestelltes Wochenblatt ‚Freies Europa‘ zu finanzieren²⁸.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hein Hamacher beurteilte den BVN als „politische Bewegung“, deren Hauptaufgabe es sei, „den von uns bekämpften Bonner Regierungskurs zu stützen und zu fördern“²⁹. So war man in der SPD davon überzeugt, dass es um „ganz andere Dinge“ gehe „als um Wiedergutmachung und Betreuung der ehemals Verfolgten“, da im Namen des BVN kostenlose Broschüren erschienen, die für den Schuman-Plan und für die Parteien der Regierungskoalition warben³⁰. Im Gegenzug verstieg sich Lütsches gegenüber Kanzleramts-Chef Otto Lenz (CDU) zur Behauptung, bei der ‚Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten‘ (AvS) handele es sich „um eine Unterorganisation der KPD“³¹. Es ist freilich Ausdruck der Grundstimmung der politischen Kultur in der frühen Bundesrepublik, dass diese Anschuldigung innerhalb des Kanzleramtes ernsthaft die Frage aufwarf, ob einschlägige Erkenntnisse über die AvS vorlägen. Allerdings gab es dafür offenbar „bisher keine Anhaltspunkte“³².

In der Tat erhielt der BVN 1950 rund 80 000 DM von der Bundesregierung³³. Außer einer Anschub-Finanzierung des BMI finanzierte das BMG zumindest zeitweise Ausgaben der BVN-Zeitung ‚Das freie Wort‘³⁴. Gegenüber seinen Geldgebern fingierte Lütsches allerdings die Auflagen und gab sie mit 12 000 bis 18 000 statt *de facto* 4000 Exemplaren an. Eine Sondernummer, die anlässlich eines VVN-Kongresses 1951 in Gelsenkirchen verteilt wurde, bezifferte er mit 90 000 Exemplaren – fast doppelt so hoch, wie sie gedruckt worden war. Immerhin 60 Prozent der Verbandseinnahmen flossen offenbar zeitweise in die Zeitung, Lütsches selbst machte hohe Spesenaufwendungen geltend³⁵. Als ‚Das kleine Freie Wort‘ wurde die Zeitung außerdem als, so der Untertitel, ‚Sonderausgabe für die sowjetische Besatzungszone‘ illegal in der DDR verbreitet³⁶, was ihre vornehmlich antikommunistisch-propagandistische Ausrichtung unterstreicht. Außerdem soll ein sechsstelliger Betrag aus amerikanischen Geheimdienstkreisen an den BVN geflossen sein. Auch verbandsinterne Kritiker warfen Lütsches vor, den BVN „seinem satzungsgemäßen Zwecke entfremdet“ zu haben. Neben den politischen Aktivitäten sollten im Auftrag des BVN in West-Berlin angeblich auch Leute „für Sabotageakte“ in der DDR ausgebildet werden. Auch im BVN wurde sein ‚Finanzgebaren‘ kritisiert, weil er sich weigerte, die Bücher offenzulegen, und

²⁸ HStAD, NW 114/177, Bericht vom 28. 12. 1951; RPD-W, ZK 1742, Strafantrag Hüffer, 12. 3. 1953.

²⁹ AdsD, NL LR/3, Bericht über die Landeskonzferenz der Gemeinschaft politisch verfolgter Sozialdemokraten am 3. 12. 1950.

³⁰ SPD lehnt BVN ab, in: Neuer Vorwärts vom 25. 7. 1952. Vgl. dazu Lütsches/Budde, Europa, die Stimmen von Widerstandskämpfern zum Schuman-Plan präsentierten.

³¹ BAK, B 136/1154, Bl. 22, Lütsches an Lenz, 14. 3. 1953.

³² BAK, B 136/1154, Bl. 20, Referat 4 an Referat 5, 18. 3. 1953.

³³ HStAD, NW 114/177, Haak an Johnen, CDU-Fraktion, 28. 12. 1951. Zu den auf Destabilisierung der DDR zielenden Propaganda- und Undercover-Aktivitäten: Körner, Gefahr; jetzt vor allem Creuzberger, Kampf.

³⁴ Creuzberger, Kampf, S. 465.

³⁵ HStAD, NW 114/177, Haak an Johnen, CDU-Fraktion, 28. 12. 1951.

³⁶ Beaugrand, Erfahrungsbericht, S. 20.

wohl auch Unterlagen kurzerhand vernichtet hatte³⁷. Wenn Lütsches' innerverbandliche Kritiker ihm darüber hinaus vorwarfen, er habe „Verrat an der Gründungsidee des BVN“ geübt, weil „eine Reihe ehemaliger Kommunisten, die teilweise in Moskau geschult sind“, dem Bundesvorstand angehörten³⁸, verdeutlicht dies nicht nur, welche sonderbaren Blüten der Antikommunismus in der frühen Hochphase des Kalten Krieges trieb, sondern unterstreicht auch die rigorose Unversöhnlichkeit, mit der Kommunisten begegnet wurde.

II. Wiedergutmachung als Bedrohung

Unmittelbar nach BVN-Gründung zettelte Peter Lütsches eine Kampagne gegen den Kommunisten Marcel Frenkel an: Der jüdische Jurist war als Ministerialdirigent im nordrhein-westfälischen Innenministerium für die Wiedergutmachung verantwortlich und genoss großes Ansehen bei den NS-Verfolgten. In der Öffentlichkeit warf man ihm nun eine fehlerhafte Vergabe von Wiedergutmachungsgeldern und Bevorzugung von Kommunisten vor³⁹. Der BVN forderte seine Ablösung und die weiterer in der Wiedergutmachung tätiger kommunistischer Beamter, damit sie nicht „ihre einseitige Politik“ fortsetzen könnten. Schließlich seien 70 Prozent des Wiedergutmachungsetats der zurückliegenden Jahre „nach folgender Reihenfolge zur Verteilung gekommen: a) Glaubensjuden, b) Kommunisten, c) Sozialisten, d) ,ferner liefen“⁴⁰. Diese Reihenfolge weist gerade nicht auf eine absolute Bevorzugung von Kommunisten hin. Wenn Lütsches dennoch von einer „einseitigen Politik“ sprach, implizierte dies den Vorwurf einer Klientel-Wirtschaft von Kommunisten, Sozialdemokraten und Juden, die sich gegenseitig begünstigten. Ferner behauptete Lütsches, dass die Kreissonderhilfsausschüsse „nahezu ausschließlich in kommunistischen Händen“ lägen. Er forderte das Ausscheiden aller Kommunisten aus diesen Gremien, weil es „sich als unerträglich herausgestellt“ habe, „dass Kommunisten über Nicht-Kommunisten entscheiden“. Alle Kurheime für NS-Verfolgte seien „Brutstätten des Kommunismus“, hier sollten sämtlich die kommunistischen Leitungen ausgewechselt werden – Ende 1950 wurde daraufhin das VVN-Erholungsheim in Wülfrath, das Lütsches selbst mitgegründet hatte, von der Landesregierung geschlossen⁴¹.

Starke Kritik übte der BVN am nordrhein-westfälischen Haftentschädigungsgesetz, bei dessen Verabschiedung der Landtag „der KPD auf den Leim gegangen“ sei. Nicht

³⁷ HStAD, NW 114/177, Bericht vom 28. 12. 1951; Haak an Johnen, CDU-Fraktion, 28. 12. 1951. Zu den Vorgängen im BVN vgl. BAK, B 106/15440; HStAD, NW 114/177; ACDP, 01-516/005, RPD-W, ZK 1742.

³⁸ HStAD, NW 114/177, Haak an Johnen, CDU-Fraktion, 28. 12. 1951.

³⁹ So wirtschaftet das Wiedergutmachungsamt, in: Aachener Volkszeitung vom 31. 3. 1950. Ähnlich: Skandal in Nordrhein-Westfalen, in: Rheinischer Merkur vom 8. 4. 1950. Zum Fall Frenkel siehe Spornol, Kreuzfeuer.

⁴⁰ HStAD, RWN 85/2, BVN-Bundesvorsitzender, Gedanken zur Neubildung des Kabinetts von Nordrhein-Westfalen, Juni 1950.

⁴¹ Das Innenministerium wirkte darauf hin, dass der Eigentümer der Immobilie, die Rheinischen Kalksteinwerke, den Pachtvertrag für das VVN-Erholungsheim, aufhob; LD 2/135, Kleine Anfrage des Abgeordneten Schabrod (KPD), Schließung des Heimes der politisch, rassistisch und religiös Verfolgten des Naziregimes in Wülfrath, 1. 12. 1950.

näher benannte „Sachverständige“ seien „der Meinung, dass dem Lande 2 – 10 Millionen DM verloren gingen“. Der Landtag sei „bei seiner Entscheidung den Intentionen des kommunistischen Ministerialdirigenten Dr. Marcel Frenkel erlegen“. So forderte er, rund 5000 Anträge von kommunistischen NS-Verfolgten nachzuprüfen⁴². Lütsches hoffte zweifellos, sich durch seine Denunziationen zu profilieren. Jedenfalls machte er der CDU „den Vorwurf, dass sie mich bei der Vorbereitung des Gesetzes nicht ein einziges Mal zu Rate gezogen hat, obschon sie wusste, dass ich genauer Kenner der Materie war“. Der BVN-Vorsitzende, der im April 1947 nicht erneut für die CDU ins NRW-Parlament eingezogen war, glaubte offenbar, sich für Aufgaben im Innenministerium selbst empfehlen zu können, sobald Frenkel seines Wirkungskreises beraubt war⁴³.

Auch BVN-Vertreter Bernhard Haak zeigte sich „überzeugt“, dass „viele Millionen zu Unrecht ausgezahlt worden sind“, die „zum größten Teil in die Hände von Mitgliedern einer Partei gelangt sind, die den Landesverrat auf ihre Fahnen geschrieben hat, und dass diese Partei von jedem der betroffenen Mitglieder ein 10%igen Zoll verlangt, der dann zur Unterminierung unserer jungen Demokratie verwandt wird“⁴⁴. Gerade der Hinweis auf Millionenbeträge, die – in Summe – den Kommunisten und somit der KPD-Parteikasse zugutekämen, rief das Bild eines von der Wiedergutmachung ausgelösten Bedrohungsszenarios auf. Dieser Vorwurf war eine bundesweit wiederkehrende Argumentationsfigur des BVN⁴⁵. Hier scheint die Begründung der Exklusion von Kommunisten von Entschädigungsleistungen angelegt, die im politischen Raum ihre Wirkung entfaltete.

Jakob Kaiser (CDU), der Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, berichtete Bundesinnenminister Robert Lehr (CDU) ebenfalls über Kommunisten, die „wegen erlittener Konzentrationslagerhaft beträchtliche Renten beziehen und damit die Propaganda der Kommunistischen Partei finanzieren helfen“⁴⁶. Kaiser stützte sich auf Informationen aus Reihen der ‚Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise‘ (ADK), die, von Otto Lenz erdacht, kaum verhohlen für die CDU-Politik warb, aber auch durch Zuträger aus der Bevölkerung Informationen über die Stimmungslage im Lande und damit in den politischen Raum zurückwirkte. Zu diesem Zweck kooperierte sie mit zahlreichen Organisationen und Verbänden; auch der BVN gehörte von Beginn an zu diesem informationspolitischen Beziehungsgeflecht⁴⁷.

⁴² HStAD, RWN 85/2, BVN-Bundesvorsitzender, Gedanken zur Neubildung des Kabinetts von Nordrhein-Westfalen, Juni 1950.

⁴³ AdsD, NL EB/18, Hamacher an Brünen, 21. 11. 1950. Vgl. auch AdsD, NL EB/18, Hamacher an Konrad Dahl, MdL, 20. 11. 1950.

⁴⁴ BAK, B 106/15440, Abschrift des Berichts von Bernhard Haak an Innenminister NRW, 9. 5. 1950.

⁴⁵ HStAD, NW Pe d/7251/IV, Der Bock als Gärtner – oder – die Rolle des Herrn Ministerialdirigenten Frenkel im Innenministerium von Nordrhein-Westfalen, 1/1950; ebenda, Lütsches an BVN-Landesvorsitzende, 11. 8. 1951.

⁴⁶ BAK, B 106/62782, BMG an BMI, 7. 4. 1952.

⁴⁷ Zur ADK Kunczik, Verdeckte; Stosch, Adenauer-Legion. Siehe auch von Hodenberg, Konsens, S. 163f. sowie Weiß, Therapie, S. 100–104, der darauf hinweist, dass zwar der ungebrochene Antikommunismus der ADK kritisch zu bewerten ist, zugleich aber ihre positive Rolle im Westintegrationsprozess nicht unterschätzt werden dürfe, ebenda, S. 101. Zur Zusammenarbeit von BVN und ADK siehe ACDP, 01-516/002/2, Müller an Jahn, 22. 3. 1968.

Während der BVN die Wiedergutmachungszahlungen an Kommunisten zu einer Bedrohung der Demokratie stilisierte, galten sie auch innerhalb der KPD/SED als schädlich: So berichtete Heinz Willmann (SED), der Sekretär des DDR-Nationalrates, über „starke Ermüdungserscheinungen und Inaktivität“ bei „vielen alten Genossen“ in Westdeutschland, wofür er die Zahlung von Haftentschädigungen verantwortlich machte: „Mit diesen Geldern, die bis zu 25 000,- Mark ausmachen, werden Ladengeschäfte erworben, Einfamilienhäuser gebaut usw. So werden die Genossen sehr schnell zu Kleinbürgern mit der Moral der Kleinbürger. Oft wollen sie sich aber nicht von der Partei trennen, reden sich und anderen ein, dass sie noch die Alten seien und fangen nun an, die Partei bald von rechts, bald von links zu kritisieren.“⁴⁸ Zwar dienten solche Schilderungen auch dazu, die Sichtweise der SED-Parteispitze auf der Suche nach Schuldigen für die Misere der KPD in Westdeutschland zu bestätigen und sie vermeintlichen Opportunisten, Abweichlern oder ‚Titoisten‘ anzukreiden⁴⁹, dennoch enthalten sie einen wahren Kern⁵⁰. So investierten Kommunisten ihre Haftentschädigungen in einen Hausbau oder Existenzgründung. Auch Instrukteur Hans-Günter Görres notierte in Essen: „Genosse Elian, altes Parteimitglied, trat aus, wahrscheinlich sogar zur SPD über, nachdem er Haftentschädigung erhalten hatte.“⁵¹ Die zahlreichen Mitgliederaustritte Ende 1949, Anfang 1950⁵² sind auf eine Entfremdung und wachsende Distanz zwischen der Ost-Berliner Parteilinie und dem realen kommunistischen Lebenswelten in Westdeutschland zurückzuführen. Dem steht nicht entgegen, dass die Haftentschädigungszahlungen, anders als vom BVN propagiert, auch eine sozialintegrative Funktion erfüllten. Die Exklusion aus der Wiedergutmachung hingegen bedeutete die stärkere finanzielle Abhängigkeit von der Partei⁵³.

Bundesweit gelang es Peter Lütches bereits im Frühjahr 1950 mit einer Intervention bei Adenauer (CDU), der VVN die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln zu entziehen⁵⁴. Als die Bundesregierung am 19. September 1950 ihren Beschluss über die „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung“ verabschiedete, richtete sich dieser vielfach gegen VVN-Mitglieder⁵⁵. Zu denjenigen, die nun aus dem Dienst entlassen wurden, gehörte Marcel Frenkel, „einer der Hauptinitiatoren und Kenner des Wiedergutmachungsrechtes“⁵⁶. Die BVN-Zeitung ‚Das freie Wort‘ begrüßte die „Säuberung der Behörden von Staatsfeinden“ und sekundierte: „Die Tätigkeit Frenkels und alle [sic] noch in Amtsstellen befindlichen Kommunisten ist insofern besonders gefährlich, als sie den

⁴⁸ SAPMO-BA, NY4090/653, Heinz Willmann an Pieck und Grotewohl, 25. 6. 1950.

⁴⁹ Vgl. hierzu Lemke, Einheit, S. 60 ff.; Fülberth, KPD, S. 41 ff.

⁵⁰ Vgl. RPD-W, ZK 3575.

⁵¹ SAPMO-BA, BY 1/988, Instrukteur Hans-Günter Görres, Analyse einer Reihe von Austritten im Kreis Essen, 20. 2. 1950.

⁵² Zur Mitgliederentwicklung Boyer/Kössler, Handbuch, S. 812.

⁵³ Vgl. Kössler, Verfolgungserfahrung, S. 202. Lemke, Einheit, S. 63, hält eine bereits 1950 einsetzende Versorgungsmentalität bei den KPD-Führungskadern für erwägenswert, die sie die SED-Unrechtsakte und -Säuberungsaktionen mittragen ließ.

⁵⁴ Siehe Schriftwechsel zwischen Lütches, Adenauer und Heinemann in: BAK, B 106/15440; Adenauer an Lütches 8. 5. 1950, in: Adenauer, Briefe, S. 270.

⁵⁵ Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, 19. 9. 1950, 97. Sitzung, S. 702. Vgl. von Brünneck, Justiz, S. 4 ff.; Schiffers, Staatsschutz, S. 50 f., 63–75.

⁵⁶ HStAD, NW Pe 7251 I, Bl. 6, Rombach an Arnold, 20. 9. 1950.

vom Naziregime verfolgten Kommunisten Haftentschädigungen, Renten und Beihilfen aus öffentlichen Mitteln zukommen lassen und über die Verwendung dieser Mittel maßgebend mitbestimmen. Es besteht daher die Möglichkeit, dass die Kommunisten von den ihnen gewährten Haftentschädigungen und sonstigen Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln Beträge der KPD und anderen kommunistischen Organisationen zwar nur mittelbar, aber doch wirksam mit diesem öffentlichen Geld unterstützt werden [sic]. Um eine solche Unterstützung der KPD und ähnlicher Organisationen aus öffentlichen Geldern zu unterbinden, erscheint es ratsam, Frenkel und sämtliche anderen Kommunisten aus allen Ämtern zu entlassen.“⁵⁷ Dies bedeutete freilich im Umkehrschluss, dass Kommunisten künftig keine Haftentschädigungen mehr erhalten sollten. Dass sie hierauf jedoch einen Rechtsanspruch besaßen, der unabhängig davon Bestand hatte, wer in einer Behörde arbeitete, spielte bezeichnenderweise keine Rolle.

Frenkel sprach von „Schnüffelei und Gesinnungsterror“ und protestierte gegen seine Suspendierung „auch deswegen, weil ich bereits während der Nazizeit aus dem öffentlichen Dienst entfernt worden bin, weil ich 12 Jahre lang, im Gegensatz zu zahlreichen anderen Bediensteten des öffentlichen Dienstes, bewiesen habe, dass ich für Demokratie, Freiheit und Recht eintrete“. Er sei „nicht gewillt, mir durch Maßnahmen irgendwelcher Art meine politische Gesinnung vorschreiben zu lassen“. Es werde der „Anfang der Maßnahmen, deren Ende nicht abzusehen ist, eingeleitet“, so Frenkel, der darauf hinwies, „dass wir aber historisch betrachtet, schon einmal diesen Weg gegangen sind und am Ende dieses Weges Millionen von Toten und ein zertrümmertes Deutschland stand“⁵⁸.

Der staatlich-administrative Antikommunismus sorgte für Verunsicherung in den Reihen der NS-Opfer und rief die Erinnerung an die Verfolgungserfahrung während des Nationalsozialismus hervor. So kritisierte ein zweiseitiger Leitartikel in der ‚Allgemeinen Wochenzeitung für die Juden in Deutschland‘ das Vorgehen gegen die VVN und setzte es in Bezug zur NS-Zeit: „Der Reichstagsbrand war ein Vorwand der Kommunistenverfolgung, die Kommunistenverfolgung wiederum war ein Tarnungsinstrument für den Vernichtungskampf gegen alle Personen und Gruppen, die dem deutschen Nationalismus, der damals die Form des Nationalsozialismus annahm, im Wege stand.“ Damit legte er einen Analogieschluss nahe. „Das Recht kann uns indes nicht abgestritten werden, uns für Juden einzusetzen, wenn sie in Gefahr schweben, unter politischen Vorwänden Opfer einer neuen Verfolgung, eines *kalten administrativen Pogroms* zu werden.“⁵⁹

Die konservative ‚Frankfurter Neue Presse‘ mahnte zu Besonnenheit: Wer zuletzt die Tagesnachrichten verfolgt habe, „konnte den Eindruck bekommen, als stehe die Bundesrepublik am Vorabend eines Bürgerkrieges, der von ‚hereinströmenden‘ Mitgliedern der SED und ihrer Hilfsorganisationen angezettelt werden sollte.“ Für den Kommentator bestand „kein Grund zu solchen Alarmmeldungen, die die Bevölkerung in eine Psychose des hektischen Entsetzens bringen“. Außerdem sei eine „merk-

⁵⁷ Säuberung der Behörden von Staatsfeinden, in: Das freie Wort vom 29. 9. 1950, S. 2.

⁵⁸ Frenkel, Gegen Schnüffelei und Gesinnungsterror, in: Die Tat vom 7. 10. 1950, S. 2.

⁵⁹ Neuland, Demokratische Reinigung, in: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland vom 29. 9. 1950 (Hervorhebung des Verfassers).

würdige Situation“ entstanden, „weil Spruchkammervorsitzende, die der VVN angehören, nun aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurden, während entnazifizierte Personen, die vielleicht früher Anteil an der Verfolgung der VVN-Mitglieder hatten, wieder in ihre alten Stellen einrücken.“⁶⁰

Doch nicht nur der BVN bemühte sich, die Gefährlichkeit von Kommunisten und dadurch die Nützlichkeit seiner eigenen Arbeit nachzuweisen – im Herbst 1950 gehörte Denunziation zum politischen Tagesgeschäft: Geschäftsleute wurden für ihre Zusammenarbeit mit Kommunisten an den Pranger gestellt, wenn sie „in auffälliger Weise Großanzeigen-Aufträge an kommunistische Zeitungen und Zeitschriften vergeben hatten“⁶¹. In der Berichterstattung der ‚Rheinischen Zeitung‘ wurden solche Firmen namentlich aufgeführt. In Düsseldorf verteilte ein sogenannter Kampfbund gegen den Kommunismus ein Flugblatt, das Gastwirtschaften benannte, die Kommunisten regelmäßig als Versammlungsort dienten⁶². In diesen antikommunistischen Aktionen schienen zweifellos Residuen der eingeübten Exklusions- und Boykottpraxis der nationalsozialistischen ‚Volksgemeinschaft‘ auf. So zeigten sich kritische Geister wie Kogon besorgt, „dass jetzt unter dem Einfluss unvermeidlicher Sicherungsmaßnahmen eine neue Denunziationswelle durchs Land geht und morgen jeder Dritte für ‚untragbar‘ gehalten wird“⁶³.

III. Legislative Exklusion

Das im Oktober 1950 verabschiedete Berliner Entschädigungsgesetz enthielt als erstes eine Ausschlussklausel, die sich gegen all richtete, „die als Anhänger eines totalitären Systems die demokratische Staatsform bekämpfen“⁶⁴. Noch zu Jahresbeginn war die Stadtverordnetenversammlung noch „einmütig überzeugt“ gewesen, dass auch Kommunisten als politisch Verfolgte anzuerkennen seien⁶⁵. Dann hatte innerhalb weniger Monate ein Umdenken eingesetzt. Die Begründung stand ganz im Geiste des Antitotalitarismus, und doch war sie nicht mehr als eine Legitimierungs- und Entlastungsstrategie: Da das gesamte Gesetz nur deshalb notwendig geworden sei, „weil die verfolgten Kreise Opfer eines totalitären Systems geworden sind“, sei es „untragbar, [...] eine Entschädigung, deren Notwendigkeit aus einem totalitären System heraus geboren wurde, weiter an Anhänger eines totalitären Systems zu zahlen“. Anders zu verfahren erschien „unverantwortlich“, weil diese „Personen [...] das Geld von der Stadt Berlin nehmen würden, obwohl sie die Stadt Berlin und ihr demokratisches Gemein-

⁶⁰ Schutz der Republik, in: Frankfurter Neue Presse vom 2. 10. 1950. Unterschiedlich in der Bewertung der Reaktionen: von Brünneck 1978, S. 55, der von „lebhaft[e] Diskussionen“ spricht, und Schiffers 1989, S. 64, der von „weitgehend[er] Zustimmung“ ausgeht.

⁶¹ Kampf gegen Rückversicherer, in: Rheinische Zeitung vom 11. 8. 1950.

⁶² Kössler, Abschied, S. 281.

⁶³ Frankfurter Hefte 4 (1950), S. 1019.

⁶⁴ Gesetz über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus, vom 10. Januar 1951 (§ 2, Abs. 1), VOBl. Berlin 1951, S. 86–92. Vgl. Stenographischer Bericht der Stadtverordnetenversammlung von Berlin, 2. WP, 61. Sitzung, 26. 10. 1950, S. 707–721.

⁶⁵ Dies erklärte der CDU-Abgeordnete Ottmar Batzel, der ausführte, man habe hier „dazu gelernt“. Ebenda, S. 715.

wesen zu vernichten versuchen“⁶⁶. Diese Argumentation knüpfte unmittelbar an das Bedrohungsszenario an, das der in Berlin äußerst aktive BVN verbreitete. Die Exklusion diene demnach der Gefahrenabwehr.

In Nordrhein-Westfalen legte das Innenministerium im April 1951 den Entwurf eines Anerkennungsgesetzes für NS-Verfolgte vor, das ebenfalls eine ‚Kommunistenklausel‘ enthielt⁶⁷. In der ersten Lesung des Anerkennungsgesetzes begrüßte beispielsweise der Zentrumspolitiker Heinrich Warczak, dass „Unwürdige von einem Anspruch auf Entschädigung“ ausgeschlossen werden sollten, „denen der demokratische Staat [...] *hohe* Beträge auszahlt, die aber absolute Feinde dieser Demokratie sind“⁶⁸. Sein Verweis auf vermeintlich hohe Geldsummen betonte die von Kommunisten ausgehende Bedrohung, appellierte aber auch an verbreitete Neidgefühle und Misstrauen gegen NS-Verfolgte insgesamt. In den Beratungen über das Gesetz entfaltete sich zudem eine erinnerungspolitische Dimension, da CDU-Abgeordnete dem kommunistischen Widerstand die Legitimation absprachen und den daraus resultierenden Anspruch auf Wiedergutmachung generell anzweifeln. So sollten auch diejenigen ausgeschlossen werden, die nach dem Republikschutzgesetz der Weimarer Republik bestraft worden waren. Damit kreiste die Wiedergutmachungsdiskussion um eine der Kernfragen der Zeit – darum, wer für das Scheitern der ersten deutschen Demokratie verantwortlich sei.

Der CDU-Politiker Joseph Bollig beschwor die Lehren von Weimar, wenn er forderte, die „Nachsicht“ dürfe nicht „übertrieben“ werden, weil man andernfalls „in zwei Jahren in der gleichen Situation wie 1933“ sei. Er betonte die „Pflicht zur Selbsterhaltung und Selbstverteidigung“ und ging mit diesen sehr grundsätzlichen Betrachtungen zum Staatsschutz über den eigentlichen Diskussionsgegenstand weit hinaus⁶⁹. Zweifellos existierte in der noch jungen Bundesrepublik bei allen Parteien eine handlungsleitende Angst vor einer Rückkehr zu Weimarer Verhältnissen, eine Furcht vor einer neuerlichen Unterminierung der Republik durch Verfassungsfeinde. Im Zusammenhang mit dem Anerkennungsgesetz erfüllte der ‚Weimar-Komplex‘ aber augenscheinlich eine instrumentelle Aufgabe.

Der Kommunist Karl Schabrod, der im ‚Dritten Reich‘ zwölf Jahre in Haft verbracht hatte und dadurch gesundheitlich schwer geschädigt war, verwies hingegen auf den bisher herrschenden Grundsatz der Wiedergutmachungspolitik, wonach es sich bei den Entschädigungszahlungen um einen Rechtsanspruch handelte: Er wollte im Anerkennungsgesetz keine „Belohnung“ sehen, sondern lediglich „die Feststellung eines Tatbestandes“⁷⁰.

⁶⁶ So der Berichterstatter des Wiedergutmachungsausschusses, Herbert Ohning (SPD), in: ebenda. Vgl. Landesarchiv Berlin, B Rep.002/398, Protokolle des Wiedergutmachungsausschusses, 2. WP. (1.–45. Sitzung).

⁶⁷ Landesdrucksache NRW (LD) 2/266, Entwurf eines Gesetzes über die Anerkennung und Betreuung der Verfolgten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft (§ 7 Abs. 6).

⁶⁸ LT-Berichte NRW, 2. WP, 21. Sitzung, 18. 4. 1951, S. 698 [Hervorhebung Im Original].

⁶⁹ Ebenda, S. 8. Zum Diskurs über Weimar und die Angst vor Verfassungsfeinden Ullrich, Weimar-Komplex, S. 348–376.

⁷⁰ LT NRW/PA, Ausschüsse, 2/339, Kurzprotokoll, 10. Sitzung des Wiedergutmachungsausschusses, 20. 6. 1951, S. 9.

Ausgeschlossen von der Wiedergutmachung wurden diejenigen, die „als Gegner der Weimarer Republik in der Zeit vom 30. Januar 1928 bis 30. Januar 1933 wegen einer oder mehrerer in dieser Zeit begangener Straftaten, die sich gegen die verfassungsmäßige Grundordnung des demokratischen Staates richteten, einmal oder wiederholt zu einer Freiheitsstrafe von insgesamt mehr als 6 Monaten rechtskräftig verurteilt worden sind, es sei denn, dass sie ihre Gegnerschaft gegen die verfassungsmäßige Grundordnung des demokratischen Staates nachweisbar aufgegeben haben“ sowie diejenigen, die „die Grundrechte gemäß Artikel 18 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Ausspruch des Bundesverfassungsgerichts verwirkt haben oder nach dem 23. Mai 1949 wegen einer oder mehrerer Straftaten, die sie nach diesem Zeitpunkt als Gegner einer freiheitlichen Demokratie begangen haben und die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung des demokratischen Staates, insbesondere gegen die Verfassungsgrundsätze des § 88 StGB richteten, zu einer Freiheitsstrafe von insgesamt mehr als 6 Monaten rechtskräftig verurteilt worden sind“⁷¹.

Auch der Entwurf eines sogenannten Dritten Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts sah eine Ausschlussklausel vor⁷². Es wurde wegen der anstehenden Bundesgesetzgebung zwar nicht mehr verabschiedet, diente aber zusammen mit dem Berliner EG als Orientierungshilfe für die Diskussion in Rheinland-Pfalz: Hier beschloss der Landtag im Mai 1952 mit den Stimmen von CDU und FDP, nachträglich eine Klausel ins Landesentschädigungsgesetz einzufügen, wonach eine Entschädigung „zu versagen“ war, „wenn der Berechtigte, vornehmlich als Anhänger eines totalitären Systems, die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik oder des Landes bekämpft“⁷³. Bereits zuvor hatte das Oberlandesgericht im rheinland-pfälzischen Neustadt Antragstellern den Entschädigungsanspruch versagt, weil sie in der NS-Zeit „die Befolgung der Politik der KPD propagiert haben“. Das Gericht sprach nicht nur Kommunisten eine „achtenswerte politische Haltung“ ab, sondern nahm in seiner Begründung eine klare Umwertung der spezifischen Natur des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen vor: Die KPD werde „diejenigen Maßnahmen, deren Auswirkungen das EntschGesetz [sic] als anspruchsberechtigt bezeichnet, noch in weit brutalerer Weise ergreifen, als es die NSDAP getan hat; denn beide Parteien sind des gleichen Geistes Kinder“⁷⁴.

Die Beratungen über das Bundesergänzungsgesetz griffen 1953 auf die Diskussion um die bestehenden Ausschlussklauseln zurück. Nach Ansicht des BMI war in der Wiedergutmachung, anders als im Schadensersatz- und im Fürsorgerecht, eine Differenzierung beim Gleichheitsgebot möglich. Denn die Entschädigungsgesetzgebung beinhalte „eine politische Komponente“, es werde „nicht nur der entstandene Schaden ersetzt, eine Notlage um ihrer selbst willen behoben oder gemildert“, sondern

⁷¹ GV NW 1952, Gesetz über die Anerkennung der Verfolgten und Geschädigten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und über die Betreuung der Verfolgten, 4.3.1952, S. 39–43.

⁷² Landesdrucksache NRW 2/454, Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts (Entschädigungsgesetz).

⁷³ GV Rheinland-Pfalz 1952, Zweites Landesgesetz zur Änderung des Landesgesetzes über die Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus vom 31. 5. 1952 (§ 85 a, Abs. 1.), S. 87.

⁷⁴ RzW 1953, OLG Neustadt vom 29. 7. 1953, S. 342.

„über die sonst geltenden Normen des Lastenausgleichsrechts hinausgegangen“ und damit „bewusst ein politisches Verhalten belohnt“. Diese Rechtsauffassung, die bemerkenswerterweise das Schicksal rassistisch Verfolgter ausblendete, erlaubte eine Aufrechnung: So könne das „politische Verhalten in sich durch sein späteres staatsfeindliches Verhalten kompensiert sein“⁷⁵.

Ministerialrat Friedrich Kuschnitzky, Wiedergutmachungsreferent im federführenden Bundesfinanzministerium und einer der Mitautoren des Regierungsentwurfs⁷⁶, begründete die Ausschlussregelungen mit Blick auf die DDR. Er vertrat die Ansicht, „dass jemand, der den zweiten Unrechtsstaat als aktiver Funktionär dieses Unrechtsstaates mitgemacht hat, nachdem er unter dem ersten Unrechtsstaat gelitten hat, nun kaum verlangen kann, für seine Verfolgungsschäden entschädigt zu werden. Denn er hat diesen Anspruch eben doch in hohem Grade verwirkt.“⁷⁷ Die Ausschlussklausel war ausdrücklich eine Anlehnung an die Berliner Bestimmung, die sich dort „außerordentlich bewährt“ habe. KPD-Mitglieder sollten nicht generell von der Wiedergutmachung ausgeschlossen werden, sondern es wurde auf das Bekämpfen abgestellt. Man wolle jedoch, so Kuschnitzky, der 1950 aus Thüringen in die Bundesrepublik geflohen war, „nicht SED-Mitgliedern, die nunmehr über die Zonengrenze in die Bundesrepublik strömten, nachdem sie in der Ostzone jahrelang mitgemacht hätten und sich jetzt dazu hergeben, die demokratische Grundordnung in der Bundesrepublik zu bekämpfen, auch noch Entschädigungsleistungen zubilligen; das hieße die Fehler des Weimarer Staates in vergrößertem Maße wiederholen und die Feinde der Demokratie finanzieren“⁷⁸.

Hieraus sprach ein großer Argwohn gegenüber DDR-Flüchtlingen, der kein Recht auf Irrtum kannte. Bezeichnend in dieser Hinsicht war die Auffassung Walter Roemers, Ministerialdirektor im Justizministerium, die Klausel müsse denjenigen erfassen, der „jetzt als *angeblich* reuiger Sünder“ in die Bundesrepublik komme, zuvor aber „die freiheitliche demokratische Grundordnung [...] bekämpft“ habe⁷⁹. Das bezog sich zweifellos auf NS-Verfolgte wie Julius Meyer, der seit 1949 gemeinsam mit Heinz Galinski die Jüdische Gemeinde in Berlin geleitet hatte, zugleich aber als Präsident des Verbandes der Jüdischen Gemeinden in der DDR, Mitglied der SED sowie einflussreiches Vorstandsmitglied der Ost-VVN eben auch ein Repräsentant der DDR gewesen war, und der sich im Westen als jüdischer Kommunist erheblichen Anfeindungen ausgesetzt sah⁸⁰. Denn seit Bestehen der DDR waren jährlich bis zu 200 000 Menschen geflüchtet – 1953 waren es bereits in den ersten fünf Monaten rund 185 000; die Parteisäuberungen erreichten im Mai ihren Höhepunkt. Die wenigsten

⁷⁵ BAK, B 106/62782, BMI, Referat I A 1, 1. 12. 1952.

⁷⁶ Vgl. Goschler, Wiedergutmachung, S. 300f. Zur Biografie Kuschnitzkys siehe Weber, Justiz, S. 33, 146.

⁷⁷ BT/PA, I 537 A2, Protokoll der 252. Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht, 17. 4. 1953, S. 9.

⁷⁸ BT/PA I 537 A2, Protokoll der 255. Sitzung des Ausschusses für Rechtswesen und Verfassungsrecht 7. 5. 1953, S. 40.

⁷⁹ Ebenda, S. 42 [Hervorhebung des Verfassers].

⁸⁰ Unser Kommentar, in: Die Mahnung vom 1. 1. 1954. Vgl. auch van Dam, Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels und einige Konsequenzen für die Verfolgten des NS-Regimes, in: Jüdischer Pressedienst 9 (1967).

von ihnen waren ehemalige NS-Verfolgte, unter diesen wiederum aber war die Mehrzahl jüdischer Herkunft⁸¹.

IV. Exklusionspraxis

In Berlin wurden die Ausschlussklauseln besonders rigide gehandhabt; bis Mitte der 1960er Jahre wurde mehr als 1000 Antragstellern eine Entschädigung verweigert⁸². Dafür stehen Beispiele wie das eines 80-Jährigen, dem die Entschädigungsbehörde bescheinigte, er wirke „als Kommunist für totalitäre Ziele“, selbst wenn er „bettlägerig“ sei⁸³. Einem anderen NS-Verfolgten erklärte die Entschädigungsbehörde im Zeichen der allgemeinen Opferkonkurrenz und Aufrechnungsmentalität: „Die schwer kämpfende Bevölkerung in Berlin versteht es nicht, dass Personen, die in jeder Weise mit dem Osten sympathisieren, höhere Unterstützungen erhalten, als die Heimatvertriebenen und Erwerbslosen.“⁸⁴ Die Witwe des Mediziners Georg Groscurth, der als Mitglied der Widerstandsgruppe ‚Europäische Union‘ 1944 hingerichtet worden war, wurde 1951 öffentlich als Kommunistin diffamiert, weil sie Kontakt zu dem einzig überlebenden Freund ihres Mannes, dem Ost-Berliner Chemiker Robert Havemann, hielt und sich gegen die Wiederbewaffnung aussprach. Sie verlor nicht nur ihre Anstellung als Ärztin im Charlottenburger Gesundheitsamt, sondern erhielt aufgrund der Berichterstattung des ‚Tagesspiegels‘, der mit seiner öffentlichen Denunziation so weiter ging, ihre Adresse zu veröffentlichen, auch keine Entschädigung⁸⁵.

Bei der Auslegung der ‚Kommunistenklausel‘ ging es nicht nur um das gegenwärtige politische Verhalten der Antragsteller, sondern auch um die grundsätzliche Frage, ob Kommunisten als Verfolgte anzuerkennen seien⁸⁶. Das Oberlandesgericht München versagte 1954 sogar einem Antragsteller die Entschädigungszahlung, weil er die bayerische Räterepublik unterstützt und damit einer anderen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet habe⁸⁷. Noch im Dezember 1954 lehnte das Berliner Kammergericht die Entschädigung für die Witwe eines KZ-Häftlings ab: Dieser habe sich als Kommu-

⁸¹ Zur DDR-Flucht und zur antizionistischen Kampagne der SED und ihren Folgen Scholz, DDR, S. 297–300, S. 339f.; Leo, Verschwörung, S. 19ff.; Hartewig, Zurückgekehrt, S. 386f. Im Mai 1946 lebten in der SBZ und in Berlin 15 536 sogenannte Kämpfer des Faschismus sowie 42 287 Opfer des Faschismus. Hartewig schätzt die Anzahl der rassistisch Verfolgten in der SBZ auf mindestens 34 000, hinzu komme noch eine unbekannte Zahl jüdischer Kommunisten, die, da sie Widerstandskämpfer waren, als „Kämpfer“ und nicht als „Opfer“ geführt wurden; ebenda, S. 3.

⁸² BAK, B 126/42557, BMF, Féaux de la Croix an Senator für Inneres Berlin, 23. 5. 1966.

⁸³ SAPMO/BA, SgY 27/191, VVN Westberlin, Wohin geht der Weg?, Berlin 1956, S. 14. Vgl. Erklärung der VVN Westberlin auf der Pressekonferenz am 29. 10. 1958; zitiert nach: Stuckmann, Sozialarbeit, S. 65.

⁸⁴ SAPMO/BA DY 55/V278/3/179, Senator für Sozialwesen, Berlin, 21. 3. 1953.

⁸⁵ Späte Versöhnung, in: Tagesspiegel vom 10. 8. 2006. Vgl. Delius, Mörder. Zur Widerstandsgruppe um Groscurth und Havemann siehe Florath, Union.

⁸⁶ Pawlita, Rechtsprechung, S. 97ff. Vgl. auch Jasper, Opfer, S. 368–371; Reimesch, Opfer, S. 142–146. Beschluss Landgericht Berlin, 2. 3. 1953 (Az.: 193 T. Entsch. 14/53), dokumentiert in: Frenkel, Handbuch. KG Berlin, 9. 1. 1953, in: Rechtsprechung zur Wiedergutmachung, 1953, S. 276ff.

⁸⁷ OLG München vom 3. 3. 1954, in: Rechtsprechung zur Wiedergutmachung, 1955, S. 116.

nist beim illegalen Verteilen von Flugblättern „nicht in den Grenzen einer freien Meinungsäußerung gehalten“, sondern sich nur für die Ziele der KPD eingesetzt und sei wegen eines „kriminellen Delikts“ verurteilt worden. Das ging selbst gestandenen Antikommunisten zu weit: „Die Mahnung“, das offizielle Verbandsorgan des Berliner BVN, wandte sich jedenfalls entschieden gegen diese „verfehlte Argumentation“, die den Widerstand herabwürdigte und völlig die konkreten Herrschaftsverhältnisse ausblendete. Das Blatt ging wohlgemerkt nicht so weit, seine antitotalitären Prinzipien und damit die Ausschlussregelungen grundsätzlich in Frage zu stellen. Für den Ausschluss sei „einzig und allein“ entscheidend, inwieweit ein Widerstandskämpfer „seine Tätigkeit für das östliche Terrorsystem nach 1945 fortgesetzt hat“⁸⁸. Diese Position umfasste also einerseits eine Würdigung des kommunistischen Widerstands, forderte aber andererseits einen antitotalitären Lernprozess bei den Antragstellern ein.

Das Jahr 1956 bedeutete eine Zäsur für die Entschädigungsverfahren kommunistischer NS-Verfolgter. Einerseits waren durch Novellierung des Bundesentschädigungsgesetzes die politischen Ausschlussklauseln präzisiert worden, andererseits änderte das KPD-Verbot die Bewertungsgrundlage dessen, was als Bekämpfen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu verstehen war. Manchen Wiedergutmachungsbehörden und Gerichten genügten nun schon die Verteilung kommunistischen Propagandamaterials oder einfache Funktionärstätigkeiten, um Entschädigungsansprüche abzuerkennen oder bewilligte Renten zu widerrufen⁸⁹.

Exemplarisch ist der Fall des Rentners Wilhelm Kors aus dem niedersächsischen Winsen an der Luhe, der im August 1957 auch die Aufmerksamkeit der Wochenzeitung „Die Zeit“ fand⁹⁰. Die Lüneburger Entschädigungsbehörde entzog Kors – infolge einer vierjährigen Konzentrationslagerhaft zu 80 Prozent Invalide – die Rente und verlangte einen Vorschuss von 2000 Mark zurück, den er nur sieben Tage vor dem KPD-Verbotsurteil erhalten hatte. Die Behörde hatte mitgeteilt: „Erst dann, wenn die Verfassungswidrigkeit der Bestrebungen einer Partei in ihrem gesamten Ausmaß bekannt geworden ist, lässt sich erkennen, dass ein einzelnes Mitglied der Partei durch seine Tätigkeit für diese die freiheitlich demokratische Grundordnung bekämpft hat. Infolgedessen konnten die Entschädigungsbehörden vor Erlass des Urteils des Bundesverfassungsgerichts [...] nicht wissen, dass das Verhalten eines einzelnen kommunistischen Funktionärs die Voraussetzungen des § 6 Abs. 1 Ziffer 2 des BEG erfüllt, da sie bis dahin nur seine Handlungen, nicht aber deren Beziehungen zu den Gesamtzielen der KPD, die er unterstützte, kannten. Diese Kenntnis haben die Entschädigungsbehörden erst durch die Feststellung in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts erhalten.“ Was für die Behörde galt, galt freilich nicht für Kors: Es müsse davon ausgegangen werden, belehrte ihn die Behörde, dass er „die verfassungswidrigen Ziele der KPD in vollem Umfang“ nicht nur gekannt, sondern auch gebilligt habe. Deshalb sei es „unzutreffend“, dass „jedem Staatsbürger zugestanden werden“ müsse, bis zum

⁸⁸ SAPMO/BA, SgY 27/191, Abschrift des Urteils des Kammergerichts vom 19. 6. 1954. Verfehlte Argumente des Kammergerichts, in: Die Mahnung vom 1. 12. 1954, S. 4.

⁸⁹ BAK, B 126/9904, Niederschrift über die Konferenz der für Fragen der Wiedergutmachung zuständigen Minister und Senatoren in München am 16. 11. 1956; Ministerkonferenz in München am 16. 11. 1956, Vorschlag der Referenten.

⁹⁰ Hans Barkhausen, Keine Rente für Kommunisten?, in: Die Zeit vom 22. 8. 1957. Vgl. Goschler, Zeit, S. 191–194.

KPD-Verbot über deren „verfassungsfeindliche [...] Bestrebungen nicht unterrichtet“ gewesen zu sein.

Als die Kommunistin Hannah Melzer im Oktober 1960 mit nur 56 Jahren in der DDR starb, war über ihren Bundesentschädigungsgesetz-Antrag noch nicht entschieden worden. Die „Erblasserin“ habe sich „insbesondere schon vor dem Verbot der KPD mit unerlaubten Mitteln für die verfassungswidrigen Ziele dieser Partei eingesetzt“, schrieb der Düsseldorfer Regierungspräsident an Melzers Schwester⁹¹. Durch Melzers Aufenthalt in der DDR sei erwiesen, dass sie sich „auch noch nach dem Verbot der KPD für diese Partei betätigt und ihren Kampf in der sowjetisch besetzten Zone gegen die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik fortgesetzt hat“. Dass Melzer sich wegen ihres schlechten Gesundheitszustandes in der DDR aufgehalten habe, sei durch den im ‚Neuen Deutschland‘ veröffentlichten Nachruf des Zentralkomitees der SED widerlegt, der ausdrücklich hervorhebe, „dass die Erblasserin eine hervorragende Arbeiterfunktionärin und treue Genossin war. Hieraus ergibt sich, dass sich die Erblasserin trotz ihrer *angeblichen Krankheit* bis zu ihrem Tode für ihre politischen Ziele [...] aktiv eingesetzt hat“⁹². Während des ‚Dritten Reichs‘ hatte Melzer insgesamt elf Jahre in Haft verbracht, die ihre Gesundheit nachhaltig geschädigt hatten⁹³.

Auch in der Entschädigungssache des ehemaligen Gewerkschaftsführers sowie Reichstags- und Bundestagsabgeordneten Willi Agatz stützte sich das Düsseldorfer Wiedergutmachungsdezernat auf das ‚Neue Deutschland‘⁹⁴: Agatz war in Ost-Berlin nach zweimonatigem Krankenhausaufenthalt im Alter von nur 53 Jahren an Herz- und Kreislaufversagen gestorben. Im Nachruf des Parteiorgans hieß es, er sei „illegaler Parteiführer bis zur letzten Stunde seines Lebens“ geblieben. Vergeblich verwies der von Agatz’ Witwe beauftragte Anwalt auf dessen Krankheitsgeschichte, der „in den letzten Jahren seines Hinsiehens gar nicht mehr in der Lage war, Funktionen auszuüben“, wie sie der Nachruf erwähne. So hatte, wie auch die Behörde wusste, ein Prozess in der Bundesrepublik gegen Agatz 1955 nicht stattfinden können, weil dieser vernehmungs- und verhandlungsunfähig war⁹⁵.

Während zahlreiche Funktionäre mit dem KPD-Verbot, teilweise auch schon früher, in die DDR flüchteten, hielten andere in Westdeutschland die Stellung – und zeigten wie Heinz Renner Flagge: Zur Landtagswahl im Juli 1958 versuchten Renner und 40 weitere ehemalige KPD-Mitglieder als sogenannte Unabhängige Kandidaten anzutreten. Das war als Ausloten der politischen Möglichkeiten zu verstehen – denn durch das KPD-Verbot hatten deren bisherige Mitglieder keineswegs auch ihre weitere Beteiligung am gesellschaftlichen und politischen Leben der Bundesrepublik verwirkt. Im Januar 1959 stellte die Landesrentenbehörde Renners landesrechtliche Be-

⁹¹ RPD-W, ZK 3575, LfV an AfW Düsseldorf, 18. 4. 1961.

⁹² RPD-W, ZK 3575, RP Düsseldorf, Bescheid, 19. 10. 1962. Vgl. Hanna Melzer gestorben, in: Neues Deutschland vom 4. 10. 1960.

⁹³ RPD-W, ZK 3575, Ausschuss für die Entschädigung für Freiheitsentziehung für den Stadtkreis Düsseldorf, Beschluss, 3. 3. 1950; Innenministerium, Sonderabteilung für die Opfer des nat-soz. Terrors, Bescheid, 24. 7. 1952.

⁹⁴ Zum Wirken von Agatz siehe die Skizze von Kössler, Agatz.

⁹⁵ AES, 19-251, Bericht des Chefarztes des Städtischen Krankenhauses Berlin, 24. 9. 1957, RA Puppe an LG Düsseldorf, 26. 2. 1959.

schädigtenrenten ein und forderte 27 383,60 DM an Leistungen zurück. Denn Renner sei seit Gründung der Bundesrepublik „als einer der maßgeblichsten Wortführer der [...] KPD publizistisch und in einer Fülle von öffentlichen und parteiinternen Veranstaltungen in Erscheinung getreten“. Seine Tätigkeit für die Partei habe wiederholt Anlass zur Einleitung strafrechtlicher Ermittlungsverfahren gegeben, wenngleich eine rechtskräftige Verurteilung bislang nicht erfolgt sei⁹⁶. Der Entzug der Leistung war allerdings keine unmittelbare Reaktion auf Renners Versuch, für den Landtag zu kandidieren⁹⁷.

Das ‚Neue Deutschland‘ schrieb daraufhin im ostdeutschen Propagandajargon von „einer neuen Terrormaßnahme“, mit der „die Adenauer-Regierung und ihre Helfershelfer“ versuchten, „den bewährten Arbeitervertreter Heinz Renner mundtot zu machen“. Nachdem der schwerkranke Renner „auf Grund starker Proteste der deutschen Arbeiterklasse aus dem Kerker entlassen werden musste“, solle er nun „wirtschaftlich ruiniert werden“. Das Blatt machte aber auch auf eine in der Tat bestehende vergangenheitspolitische Schieflage aufmerksam: „Zur gleichen Zeit, da ihm die Rente entzogen wird, ist in Kiel bestätigt worden, dass der ehemalige geschäftsführende Nazijustizminister und Hauptkriegsverbrecher Schlegelberger monatlich über 2000 D-Mark Pension in Westdeutschland bezieht.“⁹⁸ Die in Essen erscheinende ‚Neue Ruhr-Zeitung‘ kommentierte unterdessen: „Der demokratische Staatsbürger, der mit Kommunisten jeder Schattierung nichts im Sinn hat, wird [...] stutzig: Kann man dem Opfer des Unheils Hitlers die Entschädigung entziehen, nur weil er sich verdächtig macht, ein anderes Unglück verursachen zu wollen? Da wird doch einer unverdient und unerwünscht zum Märtyrer gemacht, aufgespießt an Paragraphen.“⁹⁹ Renner selbst nannte die Ausschlussklausel ein „Ausnahmerecht“, das zu Auswirkungen führe, deren „Ungerechtigkeit und Härte sicherlich auch viele Bundestagsabgeordnete, die ihm seinerzeit zugestimmt haben, erschrecken würden, falls sie genaue Einzelheiten darüber erfahren würden“. Er brachte demgegenüber die „empörend großzügige Haltung“ bei „der Bewilligung von Pensionen an NS-Gauleiter, Nazi-Oberbürgermeister, an Richter und Spitzenfunktionäre der Justiz und des Polizeiapparates, die dem Naziterror aktiven Vorschub geleistet haben“ zum Ausdruck¹⁰⁰.

Der Fall Renner war auch Gegenstand von Beratungen des Wiedergutmachungsausschusses im nordrhein-westfälischen Landtag, in dem Vertreter aller Parteien grundsätzliche Zweifel an der rechtmäßigen Umsetzung der Ausschlussklauseln äußerten. Man dürfe keinen Anlass dazu bieten, dass die Entschädigungspraxis in den Verdacht geraten könne, „aus rein politischen Gründen, aus Gründen der Zweckmäßigkeit oder des Ressentiments Dinge zu tun, die gegen die Rechtsstaatlichkeit“ seien. Zu Renner selbst konzedierte der CDU-Politiker Klaus Brauda, dieser habe sich in der

⁹⁶ Die Behörde musste die Rückforderung aber auf 2 945 DM reduzieren, da eine Entziehung von Leistungen nach Landesrecht nur bei einer rechtskräftigen Verurteilung Renners möglich gewesen wäre; RPD-W, ZK 7312, LRB, Bescheid, 31. 1. 1959; Berichtigungsbescheid, 18. 7. 1959.

⁹⁷ Vgl. RPD-W, ZK 7312, RPD an AfW Essen, 10. 10. 1957; AfW Essen an LfV, 27. 10. 1957.

⁹⁸ Bonn will Renner ins Elend treiben, in: Neues Deutschland vom 29. 3. 1959.

⁹⁹ Strenge Bräuche, in: NRZ vom 15. 5. 1959.

¹⁰⁰ Renner: Schluss mit der Diskriminierung der kommunistischen Opfer des Faschismus, in: Informationsdienst über Sozialfragen, Wirtschaft und Politik, 22. 9. 1959 (16/1959), S. 17.

Phase der parlamentarischen Zusammenarbeit „auf demokratischer Basis bewährt“. Der Widerruf der Leistungen stelle eine Bestrafung dar, die nur durch ein Gerichtsurteil, nicht aber durch den Verfassungsschutz oder einen Sachbearbeiter entschieden werden dürfe¹⁰¹.

NRW-Innenminister Josef Hermann Dufhues (CDU) erklärte daraufhin, dass in „keinem Falle [...] die Feststellung des Verfassungsschutzamtes oder einer Polizeibehörde“ genüge, um ein Bekämpfen der Grundordnung festzustellen. Gleichwohl gebe es „Tatbestände, die überzeugendes Material böten“¹⁰². Dass dies nicht stimmte, zeigt allein schon die Entschädigungssache des Essener Kommunisten Wilhelm Lund: Er war im April 1957 im Alter von nur 53 Jahren gestorben, erst seine Witwe und seine beiden Kinder stellten einen Entschädigungsantrag, der im August 1960 abgelehnt wurde. Die Begründung entsprach wortwörtlich dem akribischen, aber in der Sache völlig belanglosen Report des Verfassungsschutzes: Lund „war jedenfalls von 1946 bis Sommer 1951 in Essen Mitglied und Funktionär der KPD und gehörte während dieses Zeitraumes zumindest zeitweise der KP-Kreisleitung Essen an. Von 1946 bis 1949 gehörte er der KPD-Fraktion im Gemeinderat der Stadt an, wobei er jedenfalls im Frühjahr 1949 das Amt des Fraktionsführers ausübte.“ Außerdem kandidierte er für Landtagswahlen 1947 und 1950. „Am 1. 7. 1951 trat er auf einer unter Ausschluss der Öffentlichkeit [...] durchgeführten Parteiaktivtagung [...] als Hauptredner in Erscheinung.“¹⁰³ Unter allen kommunistischen NS-Verfolgten, die nach 1945 als Stadtverordnete in einer der beiden großen Ruhrgebietsstädte Essen und Gelsenkirchen tätig waren, ist Lund allerdings der einzige einfache Parteifunktionär, dem die Entschädigung wegen seiner Aktivität für die Partei vorenthalten wurde¹⁰⁴. Dies verweist auf eine sehr uneinheitliche Praxis, die vom Ermessen einzelner Behördenmitarbeiter oder aber vom Zeitpunkt der Entscheidung abhängig war.

Auch die Rechtsprechung war uneinheitlich: Im November 1957 betonte das Oberlandesgericht Hamburg, dass für ein Versagen der Entschädigung die KPD-Mitgliedschaft allein nicht ausreiche. Im Februar 1958 urteilte das Oberlandesgericht Celle, es sei „offenkundig, dass ein hauptberuflicher Sekretär eines Kreisverbandes der KPD schon vor dem 17. 8. 1956 gewusst hat, dass die KPD die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft“¹⁰⁵. Erst 1961 stoppte das Bundesverfassungsgericht diese restriktive Praxis, als es seinem KPD-Verbotsurteil eine konstitutive Bedeutung zuschrieb. Damit galt die Aktivität für die Partei bis 1956 nicht als verfassungswidrig¹⁰⁶.

¹⁰¹ LT NRW/PA, Ausschussprotokolle 4/388, Protokoll über die 5. Sitzung des Wiedergutmachungsausschusses, 4. WP, 19. 6. 1959.

¹⁰² LT NRW/PA, Ausschussprotokolle 4/572, Protokoll über die 6. Sitzung des Wiedergutmachungsausschusses, 4. WP, 3. 12. 1959, S. 9, S. 11.

¹⁰³ RPD-W, ZK 7457, RPD, Bescheid, 1. 8. 1960; LfV an AfW Essen, 5. 7. 1960.

¹⁰⁴ Erhebung des Verfassers im Bestand RPD-W.

¹⁰⁵ HStA D, NW 114/172, Bl. 20, OLG Hamburg vom 27. 11. 1957, Übersicht über die Rechtsprechung in Entschädigungssachen (Stand 1. 3. 1958), Ausgabe 15. Eine rechtshistorische Untersuchung der Urteile der Entschädigungsgerichte im Bezirk des Oberlandesgerichts Hamm kann ebenfalls nicht bestätigen, dass Kommunisten lediglich aufgrund ihrer Mitgliedschaft Leistungen vorenthalten wurden. Bebbler, Wiedergutmacht?, S. 346 ff.

¹⁰⁶ Vgl. Jasper, Opfer; Reimesch, Opfer, S. 137–160.

In einer großen Stichprobe für Düsseldorf wird deutlich, dass rund drei Prozent aller nicht erfolgreichen Entschädigungsverfahren von Kommunisten auf die Ausschlussklauseln zurückzuführen sind¹⁰⁷. Im Regierungsbezirk Arnsberg wurden von 2416 Anträgen, in denen als Verfolgungsgrund eine KPD-Anhängerschaft angegeben wurde, nur fünf Prozent abgelehnt, so dass Kommunisten hier offenbar sogar überproportional erfolgreich waren. Lediglich in vier Fällen erfolgte eine Ablehnung beziehungsweise ein Widerruf von Leistungen aufgrund einer angeführten Bekämpfung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung – jeweils nachdem die Betroffenen zuvor rechtskräftig verurteilt worden waren¹⁰⁸. Eine Untersuchung für Köln ermittelte einen Anteil von 13 Prozent, während in einer Stichprobe für Flensburg kein einziger abgelehnter Antrag eines kommunistischen NS-Verfolgten auf die Ausschlussklausel zurückging¹⁰⁹. Unter den kommunistischen Landtagsabgeordneten von Nordrhein-Westfalen wurden unterdessen fast 40 Prozent von einer Entschädigung ausgeschlossen, was verdeutlicht, dass offenbar vor allem Spitzenfunktionäre in den Blick der Behörden gerieten¹¹⁰. Eine landes- oder bundesweite Statistik darüber, wie viele kommunistische NS-Verfolgte von der Entschädigung ausgeschlossen wurden, existiert nicht¹¹¹.

War der Ausschluss von Entschädigungsleistungen eine eindeutige antikommunistische Praxis, stellt sich die Frage, ob es weitere, mehr oder minder subtile Formen systematischer Benachteiligung gab: Die Holocaust-Überlebende Edith Dietz, die nach ihrer Rückkehr aus der Emigration einen Karlsruher Kommunisten geheiratet hatte, lässt in ihren Lebenserinnerungen hieran keinen Zweifel aufkommen: „Die damalige antikommunistische Strömung machte es möglich, dass auch bei der Wiedergutmachung eingegriffen werden konnte. Schikanen, wie zum Beispiel das Verlangen von immer wieder neuen Belegen, waren eine Möglichkeit.“¹¹² Auch die Gelsenkirchener Kommunistin Anna Jarreck beschlich ein solcher Gedanke: „Trotz meiner eigenen, und auch durch meinen Mann, politischen Anerkennung für die Verfolgung durch den Faschismus, wurde mir die Rente entzogen. Ich wurde während der Nazi-Zeit 9 mal verhaftet und die dadurch entstandenen gesundheitlichen Schäden werden heute als ‚altersbedingt‘ gekennzeichnet. Es drängt sich mir immer mehr der Verdacht auf, dass diese meine Angelegenheit eine Nachwirkung der erneuten politischen Verfolgung meines Mannes ist.“¹¹³

Aus der erfahrungsgeschichtlichen Perspektive haben Dietz, Jarreck und auch viele andere Antragsteller genau so empfunden. Dennoch ist schwer zu entscheiden, ob sich in ihren Entschädigungsverfahren spezifisch antikommunistische Ressentiments entluden oder ob sich – was für die Antragsteller freilich wenig tröstlich gewesen sein dürfte – ‚nur‘ die allgemeinen Defizite der Entschädigungsverfahren bemerkbar machten: Diese hatten vielfach strukturelle Gründe, fußten teilweise aber auch auf

¹⁰⁷ Meyer/Spornol, Düsseldorf, S. 705.

¹⁰⁸ Bischoff/Höötmann, Wiedergutmachung, Sp. 437.

¹⁰⁹ Langrock, Köln, S. 38–41; Scharffenberg, Sparsamkeit, S. 164.

¹¹⁰ Erhebung des Verfassers im Bestand RPD-W.

¹¹¹ BAK, B 106/71842, BMI, Referat VI A 4, Aufzeichnung zum VVN-Verbotsfeststellungsverfahren, 16. 1. 1963.

¹¹² Dietz, Kreis, S. 29.

¹¹³ SAPMO/BA, NY 4183/4, Bl. 5; Brief Anna Jarreck, 21. 9. 1965.

einer mangelnden Empathie der Sachbearbeiter dafür, was ihre Arbeit für die Antragsteller bedeutete¹¹⁴. Welche existentielle Bedeutung der Entzug von Wiedergutmachungszahlungen für die Betroffenen haben konnte, verdeutlicht der Fall der Mülheimerin Martha Hadinsky, die 1959 wegen fortgesetzter Tätigkeit für die KPD zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt worden war: Die Landesrentenbehörde forderte von ihr eine Rückzahlung der bisher gezahlten Entschädigungsrente. Hadinsky erklärte, nicht in der Lage zu sein, die Summe von 3 265 DM zurückzuzahlen, und nahm sich, kurz vor der geplanten Vollstreckung der Rentenpfändung, das Leben¹¹⁵. Den Behörden stand laut BEG durchaus ein Ermessensspielraum zu, wonach sie von einer Rückforderung absehen durften, wenn er eine „unbillige Härte“ darstellte.

Zwar lassen sich gegenüber anderen Verfolgten-Gruppen signifikante Unterschiede bei der Verfahrensdauer und auch bei der Erfolgsquote bei einzelnen Schadensbeständen feststellen, die auf Benachteiligungen von Kommunisten hindeuten. Doch ist dies nicht ohne weiteres gleichzusetzen mit Schikanen oder bewussten Diskriminierungen – auch hier können sich Strukturdefizite äußern, die keinen intentionalen Ursprung haben müssen¹¹⁶. Die Grenzen der Messbarkeit und damit der Beantwortung solcher Fragen liegen in der Überlieferungslage der Entschädigungsakten, die jedoch nicht alle Faktoren der Entscheidungsprozesse offenlegen. Den Entschädigungsverfahren waren Probleme der Verteilungsgerechtigkeit inhärent; Diskriminierungsmuster, zumal im Sinne einer bewussten Schlechterstellung von Kommunisten, lassen sich auf Basis der Quellenlage aber nur ansatzweise nachweisen.

V. Schlussbemerkungen

Die Geschichte des Umgangs mit kommunistischen NS-Verfolgten in Westdeutschland ist nur als eine Konflikt- und Wahrnehmungsgeschichte zu begreifen, die teilweise von Machtkalkül und eigennützigen Motiven der Akteure, vor allem aber von vielen Irrationalitäten seitens aller Beteiligten geprägt wurde. An ihrem Beispiel wird deutlich, wie sich gesellschaftliche und staatliche Akteure in ihrem übersteigerten Antikommunismus gegenseitig hochschaukelten und sich aus dem so evozierten Feindbild ein Bedrohungsnarrativ entwickelte, dass den Weg ebnete, um Kommunisten von der Entschädigung auszuschließen.

Daran hatte gerade der BVN durch aggressive antikommunistische Propaganda wesentlichen Anteil. Dies war nur zum Teil als Folge der Konfrontationserfahrung innerhalb des VVN zu verstehen, die offenbar in einen erbitterten Hass übergesprungen waren. Für die BVN-Akteure diente ein alarmistischer Antikommunismus der Selbstlegitimierung, um – zumal in finanzieller Abhängigkeit von der Bundesregierung – die Loyalität zur Staatsräson auszudrücken und die eigene Nützlichkeit unter Beweis zu stellen. Vor dem Hintergrund des Angstdiskurses des Kalten Krieges fanden

¹¹⁴ Vgl. Volmer, Hausgeschichte, S. 360; Spornol/Langrock, Wirklichkeit. Einem Irrtum unterliegt Franjic, Wiedergutmachung, S. 323–336, die das wiederholte Anfordern neuer oder zusätzlicher Unterlagen als bloße Folge des Antikommunismus interpretiert.

¹¹⁵ Den Fall schildert Emons, Die Geschichte weist den Weg, in: NRZ vom 1. 3. 2012.

¹¹⁶ Hierzu Meyer/Spornol, Düsseldorf, bes. S. 707–722.

sich bereitwillig Adressaten in der Politik. Dabei war für die Dynamik des Antikommunismus völlig unerheblich, ob Angstartikulationen authentisch oder rein instrumentell waren.

Zwar wurden offenbar vor allem KPD-Spitzenfunktionären Entschädigungsleistungen gemäß Bundesentschädigungsgesetz verweigert, jedoch zeigen Fallbeispiele, dass auch weniger exponierte Kommunisten von der Ausschlussklausel betroffen waren. Ob die politische Tätigkeit eines Antragstellers ein aktives Bekämpfen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung darstellte, dies festzustellen, oblag den Wiedergutmachungsbehörden, im Streitfall den Gerichten. Dazu mussten sie die Grenze zwischen einer bloßen Mitgliedschaft und einer besonderen Aktivität ziehen. Die Interpretation des Gesetzes fiel dabei sehr unterschiedlich aus; erst das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1961 schuf insofern Klarheit, als es seinem KPD-Verbotsurteil eine konstitutive Bedeutung zuschrieb und die Aktivität für die Partei bis 1956 mithin nicht als verfassungswidrig galt. Das änderte aber nichts daran, dass viele Bescheide zu diesem Zeitpunkt bereits Rechtskraft besaßen. Diskriminierungsmuster im Sinne einer bewussten Schlechterstellung von Kommunisten lassen sich darüber hinaus nur ansatzweise nachweisen, da den Entschädigungsverfahren allgemein Probleme der Verteilungsgerechtigkeit inhärent waren.

Christoph Classen

Antikommunismus in Film und Fernsehen der frühen Bundesrepublik

Der Kalte Krieg war nicht nur eine Konfrontation zwischen zwei internationalen Blöcken unter Führung der beiden Hegemonialmächte USA und Sowjetunion, sondern die ideologischen Risse gingen auch durch die jeweiligen Blöcke selbst. Nicht selten spalteten sie die national verfassten Gesellschaften tief und nachhaltig. Vielleicht am prägnantesten ist dies im Falle der USA, wo sich die Bezeichnung ‚McCarthy-Ära‘ für die antikommunistischen Stimmungen und pogromartigen Aktivitäten gegen vermeintliche Kommunisten zu Beginn der 1950er Jahre eingebürgert hat¹. Schon vor Jahren hat der britische Historiker Patrick Major mit seinem Buch über die KPD in der Bundesrepublik gezeigt, dass sich diese gesellschaftsgeschichtliche Dimension des Kalten Krieges auch in der Bundesrepublik zeigen lässt; auch hier fand eine Art ‚Kalter Bürgerkrieg‘ statt, wobei die ‚Fronten‘ keineswegs einfach bipolar strukturiert waren. Vielmehr stritten sich Linke verschiedener Couleur, Liberale und Konservative, Neutralisten und Anhänger der Westbindung und versuchten in teilweise wechselnden Konstellationen und Bündnissen die Bevölkerung für ihre jeweilige Sicht zu mobilisieren².

Gerade eine solche Perspektive kommt nicht ohne die Analyse der Massenmedien und ihrer Inhalte aus. Denn sie stellen eine zentrale Quelle dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzungen dar, die sich dafür eignet, die zeitgenössischen Mentalitäten und Befindlichkeiten zu rekonstruieren. Hier verknüpften sich lebensweltliche und politische Normen, und dies häufig durchaus subkutan: Wenn in den Medien beispielsweise Themen wie Geschlechterrollen oder Religion, Bildung oder gesellschaftliche Normen verhandelt wurden, dann beinhaltete das im Kalten Krieg implizit (und nicht selten auch explizit) ein Statement gegenüber dem als antagonistisch empfundenen Gesellschaftsentwurf³. Die Medien waren dabei freilich stets mehr als ein ‚Spiegel‘ der allgemeinen politischen und gesellschaftlichen Diskurse und auch keinesfalls lediglich Objekte politischer Einflussnahme. Vielmehr müssen sie nicht zuletzt selbst als Akteure und Protagonisten dieser innergesellschaftlichen Konflikte in den Blick genommen werden.

Der Hinweis auf die Relevanz eines mediengeschichtlichen Zugriffs beinhaltet allerdings nicht, dass man damit vor einer einfachen Aufgabe stünde. Das liegt zum einen am Thema selbst, denn der Begriff ‚Antikommunismus‘ muss zumindest dann Fragen aufwerfen, wenn damit eine analytische Kategorie umschrieben sein soll, die geeignet ist, den Gegenstand retrospektiv mit hinreichender Trennschärfe zu erfassen. Eben das erscheint schwierig, denn fast zwangsläufig drängt sich die Frage auf, wann etwas als ‚antikommunistisch‘ gelten kann und wann nicht. Sollen darunter nur mehr oder minder grobschlächtige Propaganda gegen kommunistische Ideen und Regime

¹ Vgl. Mergel, „The Enemy in Our Midst“.

² Major, *The Death of the KPD*.

³ Lindenberger, Einleitung, in: Ders., *Massenmedien*, S. 9–23.

gefasst werden, oder auch subtilere und implizite Formen politisch-normativer Bekenntnisse? Beides geht zudem nicht selten nahtlos ineinander über. Aus historisch-wissenschaftlicher Perspektive krankt der Begriff daran, dass er als politischer Programmbegriff ziemlich unterschiedliche historische Phänomene bündelt und dabei selbst normativ aufgeladen ist. Eine Tendenz zur De-Historisierung ist unübersehbar⁴. Er mag damit zwar ideen-, begriffs- oder diskursgeschichtlichen Annäherungen zugänglich sein, eignet sich aber allenfalls bedingt zur Bestimmung eines klar umrissenen Gegenstandes⁵.

Vor allem in der US-amerikanischen Forschung ist schon früh der Weg einer weiter gefassten politischen Kulturforschung beschritten worden, die der Frage nachgeht, inwieweit man für die Vereinigten Staaten insbesondere für die ersten beiden Nachkriegsjahrzehnte von einer ‚Cold War Culture‘ sprechen kann, also einer dominierenden Prägekraft des Konflikts, der nahezu alle Lebensbereiche erfasst habe⁶. ‚Antikommunismus‘ in seinen unterschiedlichen Ausprägungen ist demnach nur eine Chiffre innerhalb einer grundlegend durch den Systemkonflikt geprägten politischen Kultur. Jüngst ist dieses Konzept und die damit verbundene Frage auch auf den europäischen Kontext übertragen worden⁷. Doch so überzeugend diese Weitung der Perspektive prinzipiell ist, so wenig ist sie hier geeignet, den Gegenstand überschaubarer und handhabbarer zu machen. Dass darüber hinaus die Forschungslage als überaus fragmentarisch charakterisiert werden muss, erleichtert die Sache nicht. Zwar finden sich in der Literatur diverse verstreute Hinweise auf antikommunistische Tendenzen in den Medien der frühen Bundesrepublik, aber eine Darstellung, die dem systematisch nachginge, sucht man bisher vergebens.

Vor diesem Hintergrund können die folgenden Ausführungen zwangsläufig nicht den Charakter einer Überblicksdarstellung beanspruchen. Vielmehr stellen sie den Versuch dar, anhand der visuellen Medien Film und Fernsehen exemplarisch zwei Schlaglichter auf das Thema zu setzen. In einem ersten Zugriff wird dabei die Thematisierung der DDR im Film der frühen Bundesrepublik analysiert. Dies schließt Versuche der staatlichen Einflussnahme auf die Filmwirtschaft sowie der Zensur von Filmen aus der DDR ein. Der zweite Teil ist dem seinerzeit noch jungen, aufstrebenden Medium Fernsehen gewidmet. Hier werden in einer Fallstudie zwei fiktionale Agentenserien des ZDF in den 1960er Jahren auf die dort verbreiteten Darstellungen des Kalten Krieges und die impliziten Normen und Deutungsmuster untersucht⁸. Abschließend werden die Ergebnisse dieser Analysen auf die politische Kultur der frühen Bundesrepublik bezogen. Was lässt sich anhand der medialen Darstellungen und der staatlichen Praxen über die Persistenz und den Wandel von Deutungsmustern

⁴ Daran krankten bisherige Überblicksdarstellungen zum Thema. Vgl. Körner, *Die rote Gefahr*; Wippermann, *Heilige Hetzjagd*.

⁵ In diesem Sinne jetzt auch Faulenbach, *Erscheinungsformen des „Antikommunismus“*.

⁶ Vgl. zuletzt Field, *American Cold War Culture*.

⁷ Lindenberger, *Cold War Cultures*.

⁸ Außen vor bleibt dabei unter anderem der gesamte Bereich der politischen Publizistik. Ertragreich wäre hier unter anderem eine Untersuchung zum RIAS Berlin als deutsch-amerikanische Radiostation im ‚Brennpunkt‘ des Kalten Krieges, die bisher nur partiell geleistet worden ist. Vgl. für die Frühzeit: Galle, *RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945–1949*; Schlosser, *Creating an „Atmosphere of Objectivity“*.

sowie über das Selbstverständnis und die Vergemeinschaftungspraxen in der frühen Bundesrepublik aussagen?

I. Antikommunismus im Film

Explizite Auseinandersetzungen mit der DDR oder gar mit der kommunistischen Ideologie finden sich im bundesdeutschen Nachkriegsspielfilm relativ selten. 1960 monierte der bekannte Kritiker Friedrich Luft bezogen auf die deutsche Teilung: „Der Film sieht weg, wo es um das wichtigste geht. Er rührt das Grundthema der deutschen Gegenwart nicht an. Es ist, als läge ein Tabu über diesem ganzen Bereich. Seit der Spaltung sind, sage und schreibe, ganze drei Filme gemacht worden, in die das Thema hineinspielt“⁹. Das war zwar, was die Zahl der Filme anging, leicht untertrieben und hatte gewiss auch nichts mit einem Tabu zu tun, traf aber in der Tendenz zweifellos zu. Eher folgte der bundesdeutsche Spielfilm der 1950er Jahre der allgemeinen gesellschaftlichen Abwendung von der Politik, und dies aus unterschiedlichen Gründen: Einerseits entsprach dies einer gesellschaftlichen Grundstimmung, die man als Reaktion auf die Strapazen des Nachkriegsalltags sowie auf die schlechten Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus deuten kann. Diese verbreitete Tendenz zum Eskapismus konnten die Filmproduzenten nicht ignorieren, wenn sie kommerziell erfolgreich sein wollten. Erschwerend kam hinzu, dass die Maßnahmen der Alliierten im Bereich der Filmwirtschaft die Entstehung einer unabhängigen, kapitalstarken Branche *de facto* verhindert hatten. Die Folge waren einerseits geringe Risikobereitschaft und Rückgriff auf ‚Bewährtes‘ (in personeller wie ästhetischer Hinsicht), zum anderen eine vergleichsweise große staatliche Abhängigkeit der kleinen, unterkapitalisierten Firmen¹⁰. Schließlich bargen gerade politische Themen ein schwer kalkulierbares Risiko, Opfer von Auflagen, wenn nicht Verboten durch die ‚Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft‘ (FSK) oder durch staatliche Stellen zu werden¹¹. All dies wirkte sich mehr oder minder direkt auf die Filmproduktion aus und trug dazu bei, dass explizite Auseinandersetzungen mit zeitgenössischer Politik – und damit auch mit dem Kommunismus – im Kino der 1950er Jahre nur ausnahmsweise ihren Platz hatten¹².

Die Reserviertheit der Branche gegenüber diesem Thema zeigt sich nicht zuletzt darin, dass diese Ausnahmen zunächst durchweg von Außenseitern stammten. Allen voran ist hier der Maler und Schriftsteller Gerhard T. Buchholz zu nennen, der sich selbst offen zu seiner antikommunistischen Motivation bekannte und mit seinen Fil-

⁹ Zitiert nach Aurich, *Geteilter Himmel*, S. 31.

¹⁰ Vgl. Kahlenberg, *Film*, S. 472 ff.; Hickethier, *Kino der fünfziger Jahre*.

¹¹ Dies bewies besonders der Fall des Kompilationsfilms ‚Bis fünf nach Zwölf‘ (BRD 1953, Regie: Richard v. Schenk), der anhand von Wochenschau- und privat gedrehtem Material den Aufstieg und Fall des Nationalsozialismus behandelte. Er war auf Betreiben von Bundeskanzler Adenauer kurzzeitig bundesweit verboten; vgl. Euchner, *Unterdrückte Vergangenheit*, S. 353–357; Buchloh, *Zensur*, S. 265–286.

¹² Auch Irmgard Wilharm konstatiert die auffällige Absenz des Antikommunismus im bundesdeutschen Spielfilm und führt diese zu Recht zuvorderst auf ökonomisches Kalkül zurück; vgl. dies., *Filmwirtschaft*, S. 272.



Abb. 1: „Weg ohne Umkehr“ (1953): Der sowjetische Ingenieur Michael (Ivan Desny) und seine deutsche Freundin Anna (Ruth Niehaus) auf der Flucht vor der sowjetischen Geheimpolizei.

men eine Wiedervereinigung Deutschlands unter freiheitlichen Vorzeichen befördern wollte¹³. Zu Beginn der 1950er Jahre brachte er zwei Filme heraus, die die Flucht aus der DDR zum Thema hatten: ‚Postlagernd Turteltaube‘¹⁴ und ‚Weg ohne Umkehr‘¹⁵. Zur Realisierung seiner Filme gründete Buchholz eine eigene Produktionsfirma, die er ‚Occident-Film Produktion‘ nannte, ein Name, der sich kaum zufällig auf den zeitgenössischen konservativen ‚Abendland‘-Diskurs bezog¹⁶.

Auffällig ist, dass es sich in beiden Fällen um ‚Wandlungs‘-Erzählungen handelte, also die Geschichte von überzeugten Kommunisten, die sich aufgrund schlechter Erfahrungen vom Sozialismus abgewandt haben und schließlich in den Westen geflohen sind. Im Falle von ‚Weg ohne Umkehr‘ betraf dies einen ehemaligen Offizier der Ro-

¹³ Vgl. Komödie gegen die Angst, in: Der Spiegel (1952) 24, S. 30–31. Buchholz (1898–1970), der ab 1937 als Drehbuchautor tätig war und unter anderem an dem Drehbuch des antisemitischen Ufa-Streifens ‚Die Rothschilds‘ (D 1940, Regie: Erich Waschneck) beteiligt war, wurden vom ‚Spiegel‘ enge Beziehungen zum gesamtdeutschen Ministerium (BMG) nachgesagt; gleichwohl wurden seine Filme anscheinend vom Bund nicht direkt finanziell gefördert. Vgl. ebenda sowie: Gesinnungs-Prüfung, in: Der Spiegel (1951) 33, S. 7–10.

¹⁴ BRD 1952, Regie: Gerhard T. Buchholz.

¹⁵ BRD 1953, Regie: Victor Vicas.

¹⁶ Vgl. dazu Schildt, Zwischen Abendland und Amerika.

ten Armee, der acht Jahre nach der Schlacht um Berlin als Ingenieur nach Ost-Berlin zurückkehrt. Ihm kommen bald Zweifel an den politischen Entscheidungen der Partei. Nach dem Selbstmord eines befreundeten Ingenieurs beschließt er, mit seiner Geliebten in den Westteil der Stadt zu fliehen. Auch dort sind die beiden freilich vor den Nachstellungen durch den sowjetischen Geheimdienst nicht sicher.

Sehr viel weiter hergeholt ist die Wandlungsgeschichte bei dem ein Jahr zuvor entstandenen Streifen ‚Unternehmen Turteltaube‘, bei dem Buchholz nicht nur als Drehbuchautor und Produzent, sondern auch selbst als Regisseur tätig wurde. Hier wettet ein vom Kommunismus überzeugter Richter mit seiner im Westen lebenden Schwester, dass die Bürger im Osten ein kaum zu erschütterndes Vertrauen in das Rechtssystem ihres Staates hätten. Um den Beweis anzutreten, lässt er allen Parteien seines Mietshauses anonym eine kryptische Aufforderung zukommen: Man solle sofort in den Westen fliehen, alles sei herausgekommen. Niemand werde darauf reagieren, so der überzeugte Kommunist. Natürlich kommt es anders, die Hausgemeinschaft setzt sich komplett in den Westen ab und der Richter verliert seinen Glauben an das System. Die Aussage von Buchholz' Film ist dabei nicht nur ein Statement gegen die Zustände in totalitären Regimen, sondern richtet sich auch gegen die seiner Meinung nach fehlende Zivilcourage, ihnen entgegenzutreten. Rund ein Jahr vor dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 versah er seinen Film daher mit dem programmatischen Untertitel ‚Eine Komödie gegen die Angst‘. Dies schloss Kritik an der bundesrepublikanischen Gesellschaft mit ein: Im Westen herrschten demnach Sättigung und Desinteresse sowie fehlende Wachsamkeit gegenüber dem Osten und mangelnde Bereitschaft, die eigenen Werte zu verteidigen. Der Film nimmt damit einen Topos vorweg, der sich auch in späteren Produktionen in ähnlicher Weise wiederfindet. Nicht zuletzt bezog er in der aufkommenden Wiederbewaffnungsdebatte deutlich Stellung gegen die seinerzeit verbreiteten pazifistischen Positionen.

Buchholz' Filme erzielten einen gewissen Achtungserfolg bei der Kritik, die sein Engagement vor dem Hintergrund der zu dieser Zeit einsetzenden Welle unpolitischer Heimatfilme würdigte¹⁷. Der Erfolg beim Publikum hielt sich allerdings in engen Grenzen. Maßgeblich dafür dürften neben der seinerzeit wenig populären Thematik auch dramaturgische und darstellerische Mängel der *Low-Budget*-Produktionen gewesen sein. Erst sehr viel später, im Jahr 1963, widmete sich Buchholz noch einmal dem Thema Flucht aus der DDR. Für den Film ‚Durchbruch Lok 234‘ lieferte er das Drehbuch, überließ aber Regie und Produktion diesmal anderen¹⁸.

Die Thematik der Flucht über die deutsch-deutsche Grenze blieb auch in den folgenden Jahren das beherrschende Motiv einschlägiger Kinofilme. Nach Helmut Käutners an den Kinokassen ebenfalls wirtschaftlich erfolglosem ‚Himmel ohne Sterne‘¹⁹,

¹⁷ „Wenn der Weg zu einer deutschen Ninotschka-Komödie auch noch weit ist, darf ‚Postlagernd Turteltaube‘ doch alles in allem als ein mutiges, diskussionsreifes Experiment politisch ‚engagierter‘ Filmkunst gewertet werden“, Film-Dienst, 21. 6. 1952.

¹⁸ Der Film ‚Durchbruch Lok 234‘, bei dem der Routinier Frank Wisbar Regie führte, behandelte – nach einer wahren Begebenheit – die spektakuläre Flucht eines Lokführers mit einem Zug kurz nach dem Mauerbau nach West-Berlin.

¹⁹ BRD 1955; der Film zeigt die tragischen Konsequenzen der Teilung auf der persönlichen Ebene, enthält sich aber bewusst jeder darüber hinausgehenden politischen Partei- oder Stellungnahme. Vgl. Schaudig, Vom Pathos im Niemandsland.



Abb. 2: „Flucht nach Berlin“ (1960): Flucht vor der Zwangskollektivierung als Action-Thriller.

ein Film, der im Übrigen ganz ohne antikommunistische Stereotype auskam, war es wiederum ein Außenseiter, der sich diesem Thema verschrieb. Diesmal war es der Journalist und Schriftsteller Will Tremper, der 1960 weitgehend in Eigenregie einen selbst verfassten Fortsetzungsroman in Szene setzte²⁰. In diesem Fall war es die Zwangskollektivierung, das sogenannte ‚Bauernlegen‘, das den Serienschreiber und bekennenden ‚Kalten Krieger‘ Tremper motivierte, eine Fluchtgeschichte zu inszenieren. Die Story war dabei weitgehend auf die dramatische Flucht eines Bauern und einer zufällig involvierten Journalistin durch die DDR nach West-Berlin reduziert. Auch hier musste allerdings ein kommunistischer Funktionär, der zuvor voller Überzeugung die Kollektivierung exekutierte, am Ende fliehen, weil er bei der Partei in Ungnade gefallen war.

Die Umstände der Produktion und Rezeption glichen auf frappierende Weise denjenigen der frühen Filme: Wieder handelte es sich um eine *Low-Budget*-Produktion, die mit viel Improvisation entstand, und ebenso wie Buchholz zuvor landete Tremper einen Achtungserfolg bei der Kritik, der nichts daran änderte, dass der Film kein Publikumserfolg wurde²¹. Obwohl der Film primär als temporeiches *Action*-Melodram inszeniert ist, schlägt die durchweg negative Zeichnung der DDR durch, was durch-

²⁰ Grundlage war der im ‚Stern‘ zwischen Mai und Oktober 1959 erschienene Fortsetzungsroman ‚Komm mit nach Berlin – Geschichte einer Flucht‘. Vgl. dazu Trempers Autobiografie, *Meine wilden Jahre*, S. 522ff.

²¹ Vgl. zu den Umständen der Produktion den zweiten Teil von Trempers Autobiografie, *Große Klappe, Meine Filmjahre*, besonders S. 11–42. Vgl. ferner: Wumm!, in: *Der Spiegel* (1960) 41, S. 85–88.

aus Tremper's Absicht entsprach²². Ein katholischer Pfarrer fand die antikommunistische Mission des Films seinerzeit so wichtig, dass er nicht nur die Dreharbeiten in seiner hessischen Grenzgemeinde ermöglichte, sondern das Filmteam sogar vom Verbot der Sonntagsarbeit ausnahm²³. Umso absurder wirkt es, dass eine angedeutete Kritik an der Dekadenz und Gleichgültigkeit des Westens, die in der ursprünglichen Schlusszene zum Ausdruck kam, nachträglich ohne Wissen des Regisseurs zensiert wurde²⁴.

Erst nach dem Mauerbau war Filmen über die Flucht aus der DDR mehr Erfolg beschieden. In relativ kurzer Folge kamen nun drei sehr viel üppiger ausgestattete Produktionen ins Kino, die allesamt auf wahren Begebenheiten beruhten: Die deutsch-amerikanische Koproduktion ‚Tunnel 28‘²⁵ griff die Flucht von 28 DDR-Bürgern durch einen selbst gegrabenen Fluchttunnel nach Westberlin auf²⁶. Im Film drohte die akribisch vorbereitete Flucht im letzten Moment durch Verrat zu scheitern. Schon die zeitgenössische Kritik fand wenig Gefallen an dem mit einer Liebesgeschichte unterfütterten Freiheitspathos dieser Produktion: „Die Dialoge“, so ätzte ‚Der Spiegel‘, „könnten bundesministeriellen Ansprachen entnommen sein“²⁷. Tatsächlich setzte der Film dem Zeitgeist entsprechend ein symbolisches Zeichen gegen den Mauerbau, der außerhalb Deutschlands von den Westmächten seinerzeit weitgehend als Festschreibung des *status quo* akzeptiert worden ist²⁸. Neben dem bereits erwähnten bundesdeutschen Film ‚Durchbruch Lok 234‘, für den erneut Gerhard T. Buchholz ein Drehbuch lieferte²⁹, griff 1963 auch ‚Verspätung in Marienborn‘ das Fluchtmotiv auf. Die Idee und das Drehbuch für diese frühe Koproduktion von Film und Fernsehen stammten abermals von Will Tremper, der sich nach eigenem Bekunden über eine Zeitungsmeldung empört hatte: Die Sowjets hatten demnach einen US-amerikanischen Militärzug am Grenzbahnhof Marienborn solange aufgehalten, bis die Amerikaner schließlich einen Flüchtling ausgeliefert hatten, der sich als blinder Passagier eingeschmuggelt hatte³⁰.

Der Filmhistoriker Rainer Rother hat bereits darauf hingewiesen, dass die meisten dieser Filme nach demselben Muster wie Gefängnisfilme konstruiert sind: Die DDR erscheint als eine Art Gefängnis, und die Handlung konzentriert sich weitgehend auf die spannungsreiche Vorbereitung und Durchführung der Flucht³¹. Für differenzierte

²² Vgl. Tremper, Große Klappe, S. 32 ff.

²³ Der Spiegel (1960) 47, S. 95.

²⁴ In der ursprünglichen Fassung retten sich die Flüchtlinge auf ein Partyboot auf der Havel und werden dort von einer alkoholisierten Blondine mit dem Trinkspruch „Es lebe die Freiheit“ begrüßt. In der geschnittenen Fassung schwimmen beide zu pathetischer Musik in den Sonnenuntergang. Glaubt man Tremper, so ging die Initiative dafür vom Bundesinnenministerium aus. Vgl. Tremper, Große Klappe, S. 41 f.

²⁵ Tunnel 28, BRD/USA 1962, Regie: Robert Siodmak.

²⁶ Vorbild war die Flucht von 28 Personen am 24. 1. 1962 von Glienicke/Nordbahn nach Berlin-Frohnau. Vgl. Detjen, Ein Loch in der Mauer, S. 442 f.

²⁷ Der Spiegel (1962) 44, S. 116.

²⁸ Vgl. Steininger, Der Mauerbau.

²⁹ Vgl. Anmerkung 28.

³⁰ ‚Verspätung in Marienborn‘, BRD/F/I 1963, Regie: Rolf Hädrich. Vgl. zu den Hintergründen der Produktion Tremper, Große Klappe, S. 93–102.

³¹ Rother, Feindliche Brüder, S. 101–112.

Motive, für die ‚Kosten‘ einer solchen Entscheidung ist nur selten Platz. Die Perspektive ist – abgesehen von Käutners ‚Himmel ohne Sterne‘ – konsequent westlich: Jeder vernünftige und couragierte Mensch musste wie selbstverständlich aus der DDR fliehen wollen. Dies schloss selbst überzeugte Kommunisten ein. Eine tiefergehende inhaltliche Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität im ‚Realsozialismus‘ erschien vor diesem Hintergrund obsolet. Allerdings lag die Konzentration auf das Fluchtmotiv auch aus anderen, dramaturgischen Gründen nahe. Mit dem Beginn der 1960er Jahre begann sich auch in der Bundesrepublik ein *action*-orientiertes Kino zu etablieren, das auf spannungsreiche, realitätsnahe Dramaturgien setzte, nicht zuletzt um sich von der zunehmenden Konkurrenz durch das Fernsehen abzusetzen. Dabei lag das Flucht-Motiv angesichts der Teilungssituation in Deutschland offenbar besonders nahe.

Jenseits der Konzentration auf die DDR und die Grenze spielte bei der Inszenierung der Verhältnisse im Ostblock noch ein anderes Motiv eine Rolle, nämlich die sowjetische Kriegsgefangenschaft deutscher Soldaten. Am erfolgreichsten war Géza von Radványis Verfilmung von Heinz G. Konsaliks melodramatischem Bestseller ‚Der Arzt von Stalingrad‘, die Geschichte eines deutschen Arztes, der sich trotz der unmenschlichen Bedingungen im Lager unermüdlich um seine Mitgefangenen bemüht³². Ähnlich wie in Wolfgang Liebeneiners ‚Taiga‘³³ und der sechsteiligen Fernsehproduktion „So weit die Füße tragen“³⁴ wurden die deutschen Kriegsgefangenen hier durchweg als Opfer von Willkür und Grausamkeit der kommunistischen Bewacher dargestellt. Diese Inszenierung ging einher mit zahlreichen überkommenen rassistischen und antislawischen Stereotypen³⁵.

Behauptet wurde in diesen Filmen nicht weniger als ein unerschütterlicher Humanismus der deutschen Soldaten und damit ihre geistig-moralische Überlegenheit gegenüber der totalitären Willkürherrschaft ihrer lediglich materiell überlegenen Bewacher. Damit ging ein Sinnangebot zur Bewältigung der Kriegsniederlage einher, das in der deutschen Nachkriegsgesellschaft anscheinend auf breite Zustimmung stieß.

II. Politische Initiativen: Der Bund als Akteur

Obwohl sich auch die bundesdeutsche Filmproduktion der Nachkriegszeit zuvorderst an ökonomischen Kriterien orientierte, schuf die Schwäche der Branche Raum für politische Einflussnahme. Einen Hebel dafür boten die sogenannten Bundesbürgschaften, die als Instrument zur Ankurbelung der darniederliegenden Filmindustrie in zwei Programmen zwischen 1950 und 1955 gewährt wurden. Der Bund übernahm dabei Ausfallbürgschaften, die es den notorisch klammen Produzenten ermöglichten, Bankkredite zur Finanzierung ihrer Filme aufzunehmen. Dazu mussten sie einen Antrag einschließlich Drehbuch bei der Deutschen Revisions- und Treuhand AG (kurz: *Treu-*

³² Der Arzt von Stalingrad, BRD 1958.

³³ Taiga, BRD 1958.

³⁴ So weit die Füße tragen, WDR 1959, Regie: Fritz Umgelter, nach dem Roman von Josef Martin Bauer.

³⁵ Vgl. dazu auch Wurzer, Antikommunismus und Russlandfeindschaft vor und nach 1945.



Abb. 3: „Der Arzt von Stalingrad“ (1958): Neurochirurg Böhler (O.E.Hasse) im sowjetischen Lager.

arbeit) einreichen. Das Vorhaben wurde dann durch einen ‚Bürgerschaftsausschuss‘ begutachtet. Obwohl offiziell allein wirtschaftliche Kriterien für die Vergabe ausschlaggebend sein sollten, war dies in der Praxis umstritten. So forderte das Bundesinnenministerium unter Robert Lehr (CDU) wiederholt, bei der Förderung auch politische und künstlerische Maßstäbe anzulegen und ein entsprechendes Vetorecht des Ministeriums, während das Wirtschaftsministerium dies mit dem Argument zurückwies, dadurch würde der eigentliche Zweck der Wirtschaftsförderung unnötig behindert³⁶.

In einzelnen Fällen scheint sich die Position des Innenministeriums durchgesetzt zu haben, wobei dies mit dem Regisseur Wolfgang Staudte und dem Hamburger Filmproduzenten Walter Koppel insbesondere Personen traf, denen Nähe zum Kommunismus nachgesagt wurde. Während *Real-Film*-Inhaber Koppel sich unmittelbar nach dem Krieg tatsächlich kurzzeitig für die KPD und in der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) engagiert hatte³⁷, genügte im Falle Staudtes bereits die Tatsache, dass er für die DEFA tätig gewesen war und nicht bereit war, sich öffentlich vom Kommunismus zu distanzieren³⁸. Im Ergebnis gewährte die *Treuarbeit* die

³⁶ Vgl. hierzu und zum folgenden Buchloh, Zensur, S. 249 ff.

³⁷ Vgl. Gesinnungs-Prüfung, in: Der Spiegel (1951) 33, S. 7 ff.

³⁸ Vgl. zum Fall Staudte: Weckel, Begrenzte Spielräume.

bereits zugesagte Bundesbürgschaft für den Film ‚Gift im Zoo‘ (BRD 1952) erst, nachdem Staudte von der Regie zurückgetreten war³⁹. Koppels *Real-Film*, seinerzeit eine der größten deutschen Produktionsfirmen, wurde neben der politischen Vergangenheit ihrer Leitung vorgeworfen, mit der DEFA zusammengearbeitet zu haben. Obgleich die Firma diese Vorwürfe entkräften konnte, blieb sie über Jahre von den staatlichen Subventionen ausgeschlossen⁴⁰. Auch bei einem Filmprojekt, an dem der Regisseur Georg Jacoby und dessen Ehefrau, der Ufa-Star Marika Rökk beteiligt waren, erhob das Innenministerium Einspruch, weil beide an einem Tanzfilm mitgewirkt hatten, der in der sowjetisch besetzten Zone Österreichs entstanden war. Beide mussten erst versichern, in Zukunft nicht mehr für den Osten zu arbeiten⁴¹. Neben einzelnen ‚politisch verdächtigen‘ Personen hatten es auch Projekte schwer, von denen man seinerzeit annahm, sie könnten dem Ansehen der Bundesrepublik schaden⁴². Insgesamt hat es sich dabei allerdings ausweislich der Beratungsprotokolle offenbar eher um Einzelfälle gehandelt⁴³. Die eigentliche Wirkung dürfte darin bestanden haben, dass als problematisch angesehene Stoffe erst gar nicht eingereicht worden sind und daher geringere Chancen hatten, produziert zu werden. Das Prinzip der Bürgschaften wirke, so der Medienwissenschaftler Stephan Buchloh treffend, „wie eine Aufforderung zur Selbstzensur“⁴⁴. Das galt im Übrigen auch im Hinblick auf die Wiesbadener Filmbewertungsstelle, von deren Prädikatsvergabe die Vermarktungschancen nicht unerheblich beeinflusst wurden, da daran bis ins Jahr 1971 steuerlich Privilegien geknüpft waren.

Das zweite, gravierendere Instrument des Bundes zielte weniger auf die Filmproduktion als auf den grenzüberschreitenden Handel: Gemeint ist der sogenannte Interministerielle Ausschuss für Ost/West-Filmfragen⁴⁵, der 1953 auf Initiative des Innenministeriums im Wirtschaftsministerium entstand. Er bestand aus Vertretern mehrerer Ministerien und hatte die Aufgabe, über den Import sämtlicher Filme, die aus dem Ostblock eingeführt werden sollten, zu entscheiden⁴⁶. Die Arbeit fand weitgehend im Verborgenen statt. Kriterien und Gründe der Entscheidungen wurden den Betroffenen nicht mitgeteilt, der eigentliche Charakter der Institution nach außen verschwiegen⁴⁷.

³⁹ Ebenda, S. 27f.

⁴⁰ Buchloh, Zensur, S. 253f.

⁴¹ Ebenda, S. 255f.

⁴² Diese Fälle bezogen sich meistens auf kritische Auseinandersetzungen mit der NS-Vergangenheit. Vgl. Hickethier, Kino, S. 38.

⁴³ So die Einschätzung von Euchner, Unterdrückte Vergangenheitsbewältigung, S. 348ff.

⁴⁴ Buchloh, Zensur, S. 261.

⁴⁵ So die offizielle Bezeichnung ab 1956, zuvor findet sich in der internen Korrespondenz die Bezeichnung „interministerielle[r] Ausschuss für die Begutachtung von Filmen sowjetischer Produktion bzw. sowjetisch beeinflusster Staaten, einschl. der Ostzone“. Zitiert nach Buchloh, Zensur, S. 221.

⁴⁶ 1955 gehörten dem Ausschuss Vertreter folgender Institutionen des Bundes an: Des Auswärtigen Amtes, des Innenministeriums, des Gesamtdeutschen Ministeriums, des Wirtschaftsministeriums sowie des Presse- und Informationsamtes und des Verfassungsschutzes. Vgl. Buchloh, Zensur, S. 224.

⁴⁷ Vgl. ausführlich zur Struktur und Tätigkeit des Ausschusses sowie zu seinen Rechtsgrundlagen, Buchloh, Zensur, S. 218–248 sowie speziell zur Zensur von DEFA-Filmen Kötzing, Zensur von DEFA-Filmen.

Nach den Erhebungen von Stephan Buchloh hat der Ausschuss zwischen seiner Gründung und dem Ende seiner Tätigkeit im Jahr 1966 knapp 3200 Filme geprüft, 130 davon erhielten keine Importgenehmigung, einige weitere konnten nur mit Auflagen gezeigt werden⁴⁸. Unter den abgelehnten Filmen waren diverse propagandistische Prestigeprojekte der DDR wie etwa Kurt Mätzigs Thälmann-Filme sowie sein ‚Rat der Götter‘ zur Rolle der IG-Farben⁴⁹, aber auch diverse osteuropäische Dokumentar-, Kinder- und Kulturfilme mit Titeln wie ‚Sommer im Spreewald‘ oder ‚Vogelzugforschung auf Hiddensee‘⁵⁰. Der wohl prominenteste Fall eines Verbots betraf die Romanverfilmung des ‚Untertan‘ von Heinrich Mann, die Wolfgang Staudte 1951 für die DEFA besorgt hatte, und die erst 1957 (und zudem nur in einer gekürzten Fassung) in kommerziellen Kinos der Bundesrepublik gezeigt werden durfte⁵¹. Zahlreiche Filme konnten in der Bundesrepublik nicht öffentlich vorgeführt werden, weil sie in den Augen des Gremiums „den Kommunismus verherrlichten“⁵² oder ihre historischen Protagonisten zu Vorkämpfern des Proletariats stilisieren würden⁵³. Neben der Furcht vor kommunistischer Propaganda trieb die Vertreter der Bundesrepublik wie schon im Falle der Bürgerschaftsvergabe vor allem die Sorge um das Ansehen des jungen Teilstaates um. Dementsprechend schwer tat man sich mit kritischen Auseinandersetzungen mit der deutschen Vergangenheit, wie sie beispielsweise Staudtes ‚Der Untertan‘ darstellte. Der Interministerielle Ausschuss entschied aber nicht allein nach dem Inhalt der Filme; für ein Importverbot konnte schon ausreichen, dass eine östliche Bank an der Filmfinanzierung beteiligt gewesen war⁵⁴.

Daneben griff der Ausschuss, wenn er konnte, auch in geplante Produktionen ein. So war es ihm ein Anliegen, etwaige deutsch-deutsche Kooperationen zu unterbinden, beispielsweise im Falle einer geplanten Verfilmung der ‚Buddenbrooks‘ nach Thomas Mann. Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen teilte den Antragstellern, der Göttinger Filmaufbau GmbH, die Auffassung des Ausschusses mit, dass es sich „bei der DEFA um ein staatliches Filmunternehmen“ handele, dass die Aufgabe habe, „den historischen Materialismus in der von Marx, Lenin und Stalin geprägten Form zu propagieren, die bürgerliche Ordnung zu zerstören und die Diktatur des Proletariats vorzubereiten“. Eine gemeinsame Produktion komme daher nicht in Frage⁵⁵. Auch die Veranstalter von Filmfestivals sahen sich mit Einschränkungen ihrer Programmhoheit durch den Ausschuss konfrontiert. Beispielsweise wies ein Vertreter des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen (BMG) 1954 darauf hin, dass Genehmigungen davon abhängig gemacht würden, dass Gästen aus der DDR wäh-

⁴⁸ Buchloh, Zensur, S. 225.

⁴⁹ ‚Ernst Thälmann – Sohn seiner Klasse‘, DDR 1954; ‚Ernst Thälmann – Führer seiner Klasse‘, DDR 1955; ‚Der Rat der Götter‘, DDR 1950; Regie führte bei allen drei Filmen Kurt Mätzig.

⁵⁰ Buchloh, Zensur, S. 225.

⁵¹ Vgl. Weckel, Begrenzte Spielräume, S. 31 ff. Zu den Motiven des Ausschusses in diesem Fall vgl. auch: Plädoyer für den Untertan, in: Der Spiegel (1956) 47, S. 59–61.

⁵² So 1954 die interne Begründung im Falle des DEFA-Films ‚Genesung‘, Regie: Konrad Wolf. Vgl. Buchloh, Zensur, S. 226.

⁵³ Begründung 1957 für die Ablehnung einer gewerblichen Auswertung des DEFA Films ‚Ludwig van Beethoven‘, Regie: Max Jaap. Vgl. ebenda.

⁵⁴ So im Falle des österreichischen Spielfilms ‚Franz Schubert – Ein Leben in zwei Sätzen‘, Regie: Walter Kolm-Veltée. Vgl. ebenda.

⁵⁵ Zitiert nach: Euchner, Unterdrückte Vergangenheitsbewältigung, S. 352.

rend des Festivals – etwa im Rahmen von Grußworten – „keine Gelegenheit gegeben werde [...], eine Art gesamtdeutsche Kulturpropaganda zu treiben“⁵⁶.

Es versteht sich, dass die rechtliche Grundlage des Ausschusses insbesondere angesichts des Zensurverbotes im Grundgesetz in hohem Maße problematisch war. Besonders gilt dies für die Zeit vor 1961, als eigens ein sogenanntes Verbringungs-gesetz geschaffen wurde, um eine rechtliche Handhabe gegen die Verbreitung östlicher Propaganda zu haben. Zuvor war die Arbeit des Ausschusses zunächst lediglich auf devisenrechtliche Bestimmungen der alliierten Militärregierung gestützt worden, später zusätzlich auf einen 1953 in das Strafgesetzbuch aufgenommenen Paragraphen, der die Verbreitung verfassungsfeindlicher Darstellungen sanktionierte⁵⁷. Auch danach blieb allerdings die Verfassungsmäßigkeit der Einfuhrverbote ein Problem. Dies galt umso mehr, als die Tätigkeit des Gremiums im Laufe der 1960er Jahre zunehmend in der Öffentlichkeit bekannt und skandalisiert wurde⁵⁸. Erst 1966 kam es allerdings im Zusammenhang mit dem Import von zwei Dokumentarfilmen aus der DDR erstmals zu einer Klage, in deren Folge die Verfassungsmäßigkeit des ‚Verbringungs-gesetzes‘ auf den Prüfstand kam⁵⁹. Ob das Ende der Filmbegutachtungen durch den ‚Interministeriellen Ausschuss‘ damit zusammenhing, ist nicht überliefert⁶⁰. Dass sich der Zeitgeist geändert hatte, lässt sich indes schon daran ablesen, dass die Zahl der Verbote im Laufe der 1960er Jahre stark abnahm. Das Bundesamt für Wirtschaft setzte die Prüfungen in Eigenregie noch bis 1969 fort, verbot aber keinen einzigen der über 1000 begutachteten Filme mehr⁶¹.

Eine dritte Dimension behördlicher Aktivitäten auf Bundesebene soll hier zumindest kurz angedeutet werden. Sie bestand darin, dass staatliche Stellen selbst Dokumentarfilme in Auftrag gaben, die sich kritisch mit dem Kommunismus – und insbesondere mit der DDR auseinandersetzten. Eine Schlüsselrolle kam dabei dem BMG zu, das in den 1950er Jahren mehrere solcher Filme produzieren ließ⁶². Auftragsarbeiten wie ‚Blick hinter den eisernen Vorhang‘ (1952), ‚Die Partei hat immer recht‘ (1953) sowie ‚Sowjetzone ohne Zensur‘ (1954) sollten über die wahren Zustände in der ‚Zone‘ aufklären und der östlichen Propaganda wirksam entgegentreten⁶³. Bei dem ersten dieser Filme, ‚Blick hinter den eisernen Vorhang‘, handelte es sich um eine reine Kompilation von Material aus DDR-Wochenschauen sowie aus sowjetischen und DEFA-Spielfilmen, die nur durch gelegentlich eingefügte programmatische

⁵⁶ Zitiert nach: Kötzing, DEFA, S. 35.

⁵⁷ Buchloh, Zensur, S. 235 ff.

⁵⁸ Pars pro toto, in: Die Zeit vom 30. 8. 1965.

⁵⁹ 1972 erklärte das Bundesverfassungsgesetz das sogenannte Verbringungs-gesetz prinzipiell für verfassungskonform. Gebunden war dieses Urteil allerdings an enge Auslegungen des Gesetzes, denen die inzwischen historische Praxis des Interministeriellen Ausschusses kaum entsprochen haben dürfte.

⁶⁰ Das Ende der Arbeit lässt sich nicht präzise datieren, dürfte aber in das Jahr 1966 gefallen sein.

⁶¹ Zwischen 1961 und 1966 wurden gut 1800 Filme geprüft, von denen 24 nicht für den Import zugelassen wurden; hinzu kamen in einigen Fällen Auflagen. Vgl. Buchloh, Zensur, S. 225.

⁶² Zu den Aktivitäten des BMG allgemein Creuzberger, Das BMG in der frühen Bonner Republik.

⁶³ Vgl. zu diesen Filmen im einzelnen Steinle, Vom Feindbild zum Fremdbild, S. 85 ff.

Zwischentitel wie beispielsweise ‚politischer Missbrauch von Kindern‘ strukturiert und gerahmt wurde. Das übertriebene Pathos der ausgesuchten Szenen und die Schlichtheit der politischen Botschaften sollten offenbar für sich sprechen. Interessant ist aber, dass man im BMG dieser Wirkung des Films seinerzeit nicht traute, sondern trotz allem suggestive Wirkungen fürchtete. Bestimmte Szenen, wie von den Aufmärschen beim Weltjugendtreffen in Ost-Berlin 1951, würden „unvorbereitet auf die Bundesrepublik losgelassen, eine gewisse Wirkung nicht verfehlen [...]“; so BMG-Staatssekretär Franz Thedieck (CDU). Der Film sei daher „ohne die Voraussetzung eines sicheren Urteils [...] für das allgemeine Publikum doch wohl nicht geeignet“⁶⁴. Er blieb daher einem ausgesuchten Kreis von Zuschauern vorbehalten⁶⁵.

Die Folgeproduktionen beließen es nicht mehr bei einer reinen Kompilation von Material unter kritischen Vorzeichen. ‚Sowjetzone ohne Zensur‘ basierte beispielsweise auf Schmalfilm-Material, das zum Teil auch ohne Genehmigung und mit versteckter Kamera aufgenommen worden war. Der pädagogische Impetus des Auftraggebers BMG, die Selbstinszenierungen der DDR zu durchbrechen, schlug sich auch bei diesem Film deutlich nieder. Erkennbar wird dies unter anderem an der Rahmenhandlung: Eine politisch naive Bundesbürgerin, die einen Verwandtenbesuch in der DDR plant, wird von zwei ‚Experten‘ – dem Autor und einem ‚Landrat‘ – mit Hilfe des Films über die ‚wahren‘ Verhältnisse in der DDR aufgeklärt⁶⁶. Die Gegenüberstellung von offizieller ‚Aufbau‘-Propaganda und penetranter ideologischer Durchdringung einerseits mit den ‚wahren‘ Zuständen in der Sowjetzone voller Elend, Trümmer und Mangel andererseits zieht sich als roter Faden durch den gesamten Film. Im Titel des Films taucht auch hier das bereits im Spielfilm notorische ‚Gefängnis‘-Motiv auf: Der Titel wird vor einer (gemalten) Darstellung eines Wachturms mit Stacheldraht und Suchscheinwerfer eingeblendet. Hinter dem investigativen Grundton scheint stets die Sorge durch, die Bundesbürger könnten sich von den pompösen Selbstinszenierungen der DDR und der UdSSR blenden lassen.

Das BMG (ab 1969: Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, BMB), setzte seine Tätigkeit als Auftraggeber von Dokumentarfilmen über die DDR bzw. über die deutsch-deutsche Problematik noch bis in die 1970er Jahre fort. Bis Anfang der 1960er Jahre, als das Fernsehen sich in der Bundesrepublik als publizistisches Massenmedium etablieren konnte und filmische Auseinandersetzungen mit diesem Thema fortan vorrangig dort ihren Niederschlag fanden, handelte es sich bei nahezu allen dokumentarischen Darstellungen um Produktionen, die vom BMG in Auftrag gegeben worden waren⁶⁷. Dieses Engagement muss vor dem Hintergrund der dezidiert antikommunistischen Kampagnen gesehen werden, mit denen das Ministerium in den 1950er Jahren auf die vermeintliche Bedrohung aus dem Osten reagierte und

⁶⁴ Blick hinter den Vorhang, in: Der Spiegel (1952) 33, S. 30f., Zitate S. 30.

⁶⁵ Daneben wies der damalige Pressereferent des Ministeriums, Ludwig von Hammerstein, gegenüber dem ‚Spiegel‘ auf – zweifellos primär ökonomisch bedingte – Vorbehalte der Filmverleiher hin: „Für scharf antikommunistische Filme finden wir hier einfach keinen Verleiher“. Vgl. ebenda.

⁶⁶ Steinle, Vom Feindbild zum Fremdbild, S. 87f.

⁶⁷ Ebenda, S. 436.

zugleich Adenauers Regierungskurs der expliziten Westbindung stützte⁶⁸. Der staatliche Einfluss auf das öffentlich vermittelte Bild von Kommunismus und DDR war damit in dieser Zeit jedenfalls alles andere als gering.

III. Antikommunismus im frühen Fernsehen: Das Beispiel 'Die fünfte Kolonne'

Jenseits der staatlich initiierten Dokumentarfilmproduktion hatten es antikommunistische Stoffe in den 1950er Jahren vor allem deshalb schwer, weil sie quer zu den eskapistischen Unterhaltungsbedürfnissen der Bevölkerungsmehrheit standen und damit für die privaten Filmproduzenten und -verleiher ökonomisch kaum attraktiv waren. Wie stellte sich nun die Situation im öffentlich-rechtlichen Fernsehen dar, das von ökonomischen Zwängen weitgehend entlastet war und das ganz explizit auch den Auftrag hatte, politische Aufklärung zu leisten?⁶⁹

Tatsächlich folgte das Fernsehen nach seiner Gründung zu Beginn der 1950er Jahre erkennbar dem antitotalitären Gründungskonsens der Bundesrepublik und ließ sich in weit höherem Maße als das Kino auf entsprechende Stoffe ein. Allerdings musste das neue Medium seine Rolle im Medienensemble zunächst erst einmal finden. Unter den überaus schwierigen technischen und organisatorischen Bedingungen der Anfangszeit griff man notgedrungen auf Stoffe und Genres aus älteren Medien wie Theater, Kino und Zeitung zurück und experimentierte mit deren medienspezifischer Anpassung. So finden sich in den 1950er Jahren zwar einige Fernsehspiele mit dezidiert antitotalitärer Tendenz, aber charakteristisch für die meisten dieser Stücke war, dass sie parabelhaft verschlüsselt waren und ohne konkrete Zeitbezüge auskamen. Somit konnte es den Betrachtern überlassen bleiben, ob sie die Botschaft auf die NS-Vergangenheit oder die gegenwärtigen Zustände im Ostblock beziehen wollten – oder natürlich auf beides⁷⁰.

Wie bereits angedeutet, avancierte das Fernsehen erst um die Wende der 1960er Jahre zu einem auch publizistisch orientierten, im engeren Sinne politischen Medium⁷¹. Damit rückte naheliegend auch die deutschen Frage in den Fokus, und dies

⁶⁸ Vgl. Creuzberger, BMG, S. 28 ff.; Körner, Gefahr, S. 30 ff. Dass einige der Verantwortlichen für diese Filme ihr propagandistisches Handwerk bereits während der NS-Zeit erlernt hatten, wird Kenner der bundesdeutschen Nachkriegspublizistik kaum überraschen. Dies gilt beispielsweise für den Autor von ‚Die Partei hat immer Recht‘, Roger von Norman, der 1941/42 den Film ‚Himmelhunde‘ über HJ-Segelflieger gedreht hatte. Vgl. Steinle, Vom Feindbild zum Fremdbild, S. 63 und 85 f.

⁶⁹ Vgl. zur Entwicklung des bundesdeutschen Fernsehens: Hickethier, Geschichte des deutschen Fernsehens.

⁷⁰ Letzteres entsprach einem damals verbreiteten christlich grundierten Deutungsmuster, das das Aufkommen totalitärer Herrschaftsformen als Folge der fortschreitenden Säkularisierung deutete. Vgl. Classen, Bilder der Vergangenheit, besonders S. 164 ff.

⁷¹ Entscheidend für diese Entwicklung war – neben dem Ost-West-Konflikt im Hintergrund – die Entstehung einer kritischen Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Vgl. dazu allgemein Hodenberg, Konsens und Krise; Arnold, Wie Deutschland begann, sich für Politik zu interessieren.

nicht nur im Rahmen von publizistischen Angeboten⁷². Vielmehr gehörte der Themenkomplex zu den Schwerpunkten im Fernsehspiel dieser Zeit⁷³. Obwohl sich die Motive auch hier auf ein relativ überschaubares Ensemble reduzieren ließen – der Medienwissenschaftler Thomas Koebner identifizierte neben dem bereits im Film privilegierten Fluchtmotiv dasjenige der deutsch-deutschen Entfremdung sowie Probleme des Individuums im zermürbenden Alltag der DDR⁷⁴ –, scheinen dezidiert antikommunistische Inszenierungen auch hier eher selten an der Tagesordnung gewesen zu sein. Oft war gerade in diesem Genre auch der Blick auf die Bundesrepublik keineswegs unkritisch⁷⁵.

Eher eine Ausnahme stellt daher eine Folge mit dem Titel ‚Die fünfte Kolonne‘ dar, die das ZDF zwischen 1963 und 1968 in 23 Episoden ausstrahlte⁷⁶. Der Titel war programmatisch zu verstehen: Thema waren die Tätigkeiten der DDR-Staatssicherheit und anderer östlicher Geheimdienste auf dem Gebiet der Bundesrepublik. Grundmotiv von ‚Die fünfte Kolonne‘ war eine unsichtbare Bedrohung durch kommunistische Diversion. Gezeigt wurden ‚normale‘ Menschen in einem scheinbar friedlichen Alltag, in den das Böse in Form der östlichen Agententätigkeit gewissermaßen subkutan eindrang. Bei den Protagonisten handelte es sich regelmäßig um unbescholtene Bürger, die durch Zufall involviert oder durch Erpressung gar zu Tätern (und zugleich Opfern) wurden. Am Ende siegte zuverlässig die bundesdeutsche Gegenspionage und eliminierte die Gefahr. Offenkundig lehnte sich das Konzept an den bereits 1957 produzierten Kinospießfilm ‚Menschen im Netz‘ an⁷⁷, den man als eine Art Pilotfilm der Serie interpretieren könnte. Auch in diesem Film, für den Herbert Reinecker das Drehbuch nach einer Romanvorlage des rechtsextremen Publizisten Erich Kern (alias Kernmayr)⁷⁸ und Motiven von Will Tremper verfasst hatte, ging es um die Erpressung unbescholtener Bürger durch die Staatssicherheit. Tatsächlich waren hier zum Teil dieselben Akteure tätig, allen voran der Produzent Helmut Ringelmann von der Münchener Produktionsgesellschaft *Intertel Television* und der Drehbuchautor Herbert Reinecker, der sich für fünf Folgen verantwortlich zeichnete (davon drei unter einem Pseudonym)⁷⁹.

Typisch ist etwa die 17. Folge mit dem Titel ‚Das verräterische Licht‘, die das ZDF am 29. April 1966 ausstrahlte. Im Mittelpunkt der Episode steht eine junge Sekretärin, die bei dem *Süddeutschen Turbinenbau*, einem Unternehmen, das auch für die NATO arbeitet, eine Vertrauensstellung innehat. Überraschend erreicht sie die Nachricht, dass Ihr Bruder in der DDR inhaftiert worden ist und schwer erkrankt sei. Statt

⁷² Vgl. zu letzteren Lampe, Panorama, Report und Monitor.

⁷³ Vgl. Koebner, Das Fernsehspiel.

⁷⁴ Ebenda, S. 53–58.

⁷⁵ Vgl. Hickethier, Das Fernsehspiel in der Bundesrepublik.

⁷⁶ Um eine Fernsehserie im heutigen Sinne handelte es sich dabei noch nicht, denn es gab keine festen Protagonisten und die einzelnen Episoden waren durchweg in sich abgeschlossen; sie wurden in unregelmäßigen Abständen auf wechselnden Sendeplätzen ausgestrahlt. Vgl. zur Serie auch: Kirfel, Angst!; Brück, Der deutsche Fernsehkrimi, S. 141–147.

⁷⁷ ‚Menschen im Netz‘, BRD 1957, Regie: Franz Peter Wirth.

⁷⁸ Vgl. zur Nachkriegskarriere des ehemaligen Waffen-SS-Offiziers Kernmayr und Gaupresseamtsleiters als antikommunistischer Publizist und Autor Körner, Gefahr, S. 51 f.

⁷⁹ Vgl. zu Reinecker, einem der produktivsten Drehbuchautoren des bundesdeutschen Fernsehens Aurich, Reineckerland.



Abb. 4: „Die fünfte Kolonne – Das verräterische Licht“ (1966): Sekretärin Zöllner (Ingrid Andree) wird von Stasi-Offizier Dr. Kunitz (Siegfried Steiner) erpresst.

ihre Vorgesetzten zu informieren, reist sie heimlich nach Halle. Im Gefängnis wird sie dann Opfer einer Erpressung: Ein Mitarbeiter der Staatssicherheit bietet ihr an, den todkranken Bruder sofort zu amnestieren, wenn sie im Gegenzug für die DDR spionieren würde. Sie entscheidet sich dafür, wird aber am Ende enttarnt und nimmt sich das Leben.

Auch die Zeichnung des Täters als sympathische, dabei jedoch schwache Person, die zum Opfer der Strategien östlicher Geheimdienste wird, ist typisch für die Reihe. Mal sind es falsche Dokortitel, mal finanzielle Notlagen, die die Protagonisten zu Werkzeugen des Ostens machen. Dadurch wird die These von der Anfälligkeit des Westens untermauert: Die Gefahr, so die Botschaft, lauert überall. Der Gegner nutzt jede erkennbare Schwäche und geht dabei ebenso raffiniert wie skrupellos vor. Obwohl die Protagonisten in der Regel tragisch enden, wird das Bedrohungsmoment am Ende wieder aufgelöst: Die bundesdeutschen Institutionen können die Gefahr eliminieren. Entsprechende Wachsamkeit vorausgesetzt, kann der Bürger dem Staat vollständig vertrauen, lautet die beruhigende Botschaft. Die Serie wirkt insgesamt wie die Umsetzung einer Forderung, die Innenminister Gerhard Schröder auf dem CDU-Parteitag 1961 erhoben hatte: „[Z]u den Gefahren des Wohlstandes gehört die Gefahr der Verweichlichung und des Verlustes an Widerstandsfähigkeit“. Wo „Wachsamkeit, Abwehrbereitschaft, Widerstandsfähigkeit [...] nachlassen, müssen sie unablässig

wachgerüttelt, wiederbelebt und gestärkt werden“, eine Aufgabe, der, so Schröder, besonders die Politik „im unmittelbaren Vorfeld des weltrevolutionären Kommunismus“ nachkommen müsse⁸⁰.

Die Mischung aus pseudodokumentarischer Inszenierung, eher schlichter Aufklärungsbotschaft, Spannungsdramaturgie und Beruhigung durch zuverlässige Wiederherstellung der Ordnung kann insgesamt als typisch für den bundesdeutschen Krimi der ersten Nachkriegsjahrzehnte gelten. Man kann die Reihe daher nicht nur als willfähige Umsetzung antikommunistischer politischer Programmatik mit den Mitteln des Fernsehspiels interpretieren. Vielmehr diene die Warnung vor der vermeintlich überall lauernden östlichen Gefahr auch der Legitimation dieser Form von spannungsgeladener populärer Unterhaltung, die seinerzeit im öffentlich-rechtlichen Fernsehen noch keinen Selbstzweck darstellte. Die Behauptung, politische Aufklärung zu leisten, half unter diesen Voraussetzungen dabei, das Sujet des spannenden Spionage-Thrillers, das zu dieser Zeit international einen Boom erlebte, auch im Fernsehen zu verankern.

Wie rasch allerdings diese Form von Pseudo-Aufklärung mit antikommunistischer Botschaft in den 1960er Jahren außer Kurs geriet, zeigt eine andere Spionage-Serie, die das ZDF nur zwei Jahre später im Vorabendprogramm ausstrahlte: ‚John Klings Abenteuer‘ (1965–1970). Anders als in der zum Teil noch parallel laufenden Reihe ‚Die fünfte Kolonne‘ ist der Antikommunismus hier konsequent verabschiedet worden. Stattdessen wurde der Kalte Krieg hier zu einem spannenden, dabei nahezu entpolitisierten Hintergrundzenario nach dem Vorbild der James-Bond-Filme. Der Begriff ‚Abenteuer‘ im Titel umschreibt den Inhalt der Serie schon recht treffend⁸¹. Sofern der Systemkonflikt überhaupt eine Rolle spielte, konnte es sogar vorkommen, dass die antikommunistischen Klischees des Kalten Krieges lustvoll demontiert wurden: In der dritten Folge mit dem Titel ‚Der Fall Pünköschy‘⁸² beispielsweise entpuppt sich der vermeintliche Gegner der beiden West-Agenten nach der Ankunft in Ungarn als ebenso junge und hübsche wie smarte und kooperationswillige Agentin⁸³.

Gewiss liegt es auf den ersten Blick nahe, diesen Paradigmenwechsel mit den parallelen politischen Veränderungen zu erklären, namentlich dem Wechsel zur Entspannungspolitik im Laufe der 1960er Jahre⁸⁴. Tatsächlich verloren antikommunistische Positionen in dieser Zeit angesichts der Konsolidierung der Bundesrepublik viel von ihrer Konsensfähigkeit und Schärfe. Vermutlich war dies eine Voraussetzung dafür, dass der Kalte Krieg – einem internationalen Trend folgend – nun auch in der Bundesrepublik im Kino und Fernsehen zu einem weitgehend entpolitisierten Unterhaltungssujet werden konnte. Unter dem Strich waren somit die Bedingungen für antikommunistische Inhalte im Fernsehen günstiger als in der Filmbranche, weil unter anderem politische Einflüsse hier leichter geltend gemacht werden konnten und we-

⁸⁰ Vgl. Zehnter Bundesparteitag der CDU, S. 100.

⁸¹ Payk, *Die Angst der Agenten*. Zu der traditionsreichen deutschen Hefroman-Vorlage: Marszolek, Internationalität und kulturelle Klischees.

⁸² *Der Fall Pünköschy*, ZDF vom 27. 10. 1965.

⁸³ Payk, *Die Angst der Agenten*, S. 384. Vgl. auch ders., *The Enemy Within*.

⁸⁴ Vgl. Stöver, *Der Kalte Krieg*.



Abb. 5: „John Klings Abenteuer – Der Fall Pünköschky“ (1965): Agent Jones Burthe (Uwe Friedrichsen) trifft auf Ilonka, die Beauftragte des ungarischen ZKs (Herta Fahrenkrog).

niger Rücksicht auf die Präferenzen der Zuschauer genommen werden musste. Doch während in den 1950er Jahren die Voraussetzungen für eigene Thematisierungsinitiativen im Fernsehen noch kaum gegeben waren, zeichnete sich zumindest im Bereich der fiktionalen Unterhaltung schon im folgenden Jahrzehnt eine Orientierung an Tendenzen ab, Unterhaltungsformate primär nach dramaturgischen Gesichtspunkten zu gestalten. Allzu deutliche politische Ambitionen mussten demgegenüber auch im Fernsehen zurückstehen⁸⁵.

IV. Von der Hysterie zur Gleichgültigkeit? Zum Wandel antikommunistischer Tendenzen im fiktionalen Film

Wenn nun abschließend die Eingangsfrage nach Persistenz und Wandel von Deutungsmustern und staatlichen Praxen aufgegriffen und der Versuch unternommen

⁸⁵ Anders war dies allerdings im Bereich der Publizistik, wo die politische Polarisierung zwischen konservativem und linkem bzw. liberalem Lager im Laufe der 1960er Jahre stetig zunahm und auch das Fernsehen erfasste; zu nennen wäre etwa die Kampagne der Springer-Presse gegen den Leiter des NDR-Fernsehmagazins ‚Panorama‘, Gerd von Paczensky, die u. a. mit Anspielungen auf Walter Ulbricht (‚Der Spitzbart muss weg‘) geführt wurde. Vgl. Hordenberg, Konsens, S. 335.

wird, sie auf Fragen des Selbstverständnisses und der politischen Vergemeinschaftung in der frühen Bundesrepublik zu beziehen, dann kann dies nur unter Vorbehalt geschehen. Denn die vorangegangenen Ausführungen nehmen nur einen sehr begrenzten Ausschnitt in den Blick und blenden insbesondere die publizistischen Auseinandersetzungen weitestgehend aus, die in der Presse, im Rundfunk und in den 1960er Jahren zunehmend auch im Fernsehen stattfanden.

Was jedoch bilanziert werden kann, ist die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus in fiktionalen Genres. Wer im Kino und im Fernsehspiel der 1950er und 1960er Jahre nach expliziten Auseinandersetzungen mit dem Kommunismus sucht, wird zwar fündig, kommt aber nicht an der Einsicht vorbei, dass dieses Thema beileibe kein Selbstgänger war. Für die Filmproduzenten bot es sich lange nicht an, weil die Präferenzen des Publikums nach dem Krieg eher eskapistisch ausgerichtet waren. Die aktuelle, zunächst kaum als stabil wahrgenommene politische Konfrontation zwischen den Blöcken war in Deutschland, gewissermaßen an der ‚Nahtstelle‘ des Systemkonflikts, nicht zur Abendunterhaltung prädestiniert. Gerade weil die Wahrnehmung des Kommunismus in der frühen Bundesrepublik von Verunsicherung und Ängsten geprägt war, schied dieses Thema als Sujet unbeschwerter Unterhaltung aus. Dies änderte sich zwar mit der zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung in den 1960er Jahren, aber nun kam eher der Kalte Krieg als realitätsnahes, dabei mehr oder minder depolitisiertes Hintergrundzenario für spannungsreiche Agenten- und Fluchtdramen auf die Leinwand und den Fernsehschirm. Untergründig dürften allerdings negative Zeichnungen von sozialistischen Ideen und Akteuren und mehr oder minder explizite Stellungnahmen dazu in viele zeitgenössische Filme eingeflossen sein⁸⁶. Wenn in dieser Zeit die DDR oder die Sowjetunion ausnahmsweise doch im Zentrum einer Darstellung standen, dann ging es nahezu immer um Leib und Leben: Gefangenschaft und Flucht vor Unterdrückung waren typische Motive in einschlägigen Spielfilmen.

Staatliche Institutionen nahmen auf mehreren Wegen Einfluss auf die filmischen Darstellungen des Kommunismus. So gelang es dem Bundesinnenministerium trotz Widerständen aus dem Bundeswirtschaftsministerium in den 1950er Jahren in mehreren Fällen, Subventionen für Filme von politischen Kriterien abhängig zu machen. Konkret unterblieb die Förderung von Projekten, an denen Personen beteiligt waren, denen man Sympathien zum Kommunismus unterstellte – etwa weil sie an Filmen aus dem Osten mitgewirkt hatten. Daneben fürchtete man die Macht kommunistischer Propaganda und schuf mit dem sogenannten Interministeriellen Ausschuss eine mehr oder minder verborgene Instanz, die die Verbreitung von Filmen aus dem Ostblock kontrollierte und besonders in den 1950er Jahren nicht selten auch verhinderte. Drittens trat das BMG bis in die 1970er Jahre als Auftraggeber von Dokumentarfilmen auf, die den Anspruch erhoben, hinter die propagandistischen Selbstinszenierungen der ‚Zone‘ zu blicken. Schließlich deutet der Fall des Films ‚Flucht nach Berlin‘ auf weitere, informelle Einflüsse. Selbst aus einem fertigen Film konnten, glaubt

⁸⁶ Vgl. dazu die Analyse der westdeutschen Wochenschau: Schwarz, Wochenschau. Eine über dieses Medium hinausgehende Untersuchung steht jedoch bislang noch aus.

man dem Regisseur, durch Absprachen mit dem Verleih noch einzelne unliebsame Szenen entfernt werden⁸⁷.

Das staatliche Engagement auf diesem Feld lässt sich gewiss damit erklären, dass die Regierung seinerzeit meinte, der kommunistischen Bedrohung entschieden entgegenzutreten zu müssen. Offenbar war den Verantwortlichen nicht bewusst, wie sehr sie sich dabei bisweilen den autoritären Methoden des Gegners annähernten⁸⁸. Doch zugleich muss diese Form der Medienpolitik in einer längerfristigen Perspektive interpretiert werden: Sie war Teil eines traditionellen, noch im 19. Jahrhundert wurzelnden obrigkeitsstaatlichen Selbstverständnisses, das im Zweifel die Staatsräson über den Wert der Presse- und Meinungsfreiheit stellte. Erst nach und nach begann in der Bundesrepublik dieses staatszentrierte Verständnis von Öffentlichkeit zu erodieren, begleitet von zahlreichen Skandalen bis hin zur Spiegel-Affäre 1962⁸⁹. Bemerkenswert ist aus heutiger Sicht dabei nicht zuletzt die Bedeutung, die einzelnen Filmen bzw. Produktionen von den Verantwortlichen im Sinne unmittelbarer Wirkungen unterstellt wurde. Dahinter stand deutlich der Glaube an eine leichte Manipulierbarkeit der breiten Bevölkerung durch Propaganda, wie sie bereits im späten 19. Jahrhundert durch den französischen Arzt Gustave Le Bon propagiert worden war⁹⁰. Das Vertrauen in die Urteilsfähigkeit des Souveräns, eigentlich Grundlage jeder Demokratie, war bei den politischen Eliten seinerzeit offenbar noch nicht übermäßig ausgeprägt. Erst im Verlauf der 1960er Jahre begann sich dies zu ändern, und die staatlichen Eingriffe nahmen spürbar ab.

Das Fernsehen widmete sich nach seiner Etablierung als Massenmedium um das Jahr 1960 dem Thema im Fernsehspiel häufiger als der Spielfilm. Den Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen bildete dabei stets die DDR bzw. die deutsche Teilung. Allerdings hatte sich der Zeitgeist inzwischen gewandelt, die Bedrohung durch den Osten schien weit weniger virulent als in der unmittelbaren Nachkriegszeit. Dementsprechend war ein dezidiert antikommunistischer Ton eher selten. Ausnahmen wie ‚Die fünfte Kolonne‘ im ZDF dienten wohl auch der Legitimation spannungsreicher Unterhaltungsserien im öffentlich-rechtlichen Fernsehen. Die Serie repräsentiert mit ihrem mehr oder minder offenen Appell, dem Frieden in der Wohlstandsgesellschaft nicht einfach zu trauen, sondern ‚wachsam‘ zu bleiben, zudem ein defensives Diskursmuster der 1960er Jahre, in dem bereits die Sorge vor dem Verblassen des Feindbildes mitschwang. Typischerweise wurde dies mit Sätturiertheit, Konsumbezogenheit und apolitischen bzw. libertären Haltungen konnotiert.

Betrachtet man den Erfolg des Spionage-Genres im Verlauf der 1960er Jahre⁹¹, so war dies – jenseits der damit verbundenen Bewertung – vielleicht gar nicht so falsch. Als einer der Impulse für den Rückgang antikommunistischer Argumente und Klischees kann jedenfalls auch die Durchsetzung autonomer Medienlogiken gegenüber politi-

⁸⁷ Tremper nennt noch einen weiteren Fall, bei dem auf Intervention der Sowjets für eine Festival-Aufführung eine Szene aus ‚Verspätung in Marienborn‘ entfernt worden sei. Vgl. Tremper, Klappe, S. 184.

⁸⁸ Vgl. in diesem Sinne auch Creuzberger, BMG, S. 33.

⁸⁹ Zu Mediensteuerung und Konsensjournalismus unter Adenauer: Hodenberg, Konsens, besonders S. 145ff.

⁹⁰ Vgl. dazu Le Bons einflussreiche Schrift *Psychologie der Massen*.

⁹¹ Vgl. Classen, *Kalter Krieg im Kino*.

schen Einflüssen bzw. Legitimationszwängen vermutet werden. Fiktionale Formate zielten selbst im öffentlich-rechtlichen Fernsehen zunehmend auf die Ansprache möglichst breiter Zuschauerschichten. Dabei waren allzu eindeutige politische Distinktionen, wie sie sich Politiker wünschten, eher hinderlich. Hier begannen sich integrative Konsumlogiken populärer Medien durchzusetzen, die in einem Spannungsverhältnis zur Distinktionslogik der Politik standen.

Die Anziehungskraft antikommunistischer Feindbilder in der frühen Bundesrepublik beruhte in hohem Maße auf den Verunsicherungen und Ängsten, die ihrerseits aus der von Kriegsfolgen und neuem globalen Konflikt geprägten Lage gespeist wurden⁹². Eben dieser Umstand machte sie für die populäre Unterhaltung zunächst eher unattraktiv. Erst mit ihrer Entdramatisierung konnte sich der zugrundeliegende Konflikt, der Kalte Krieg, zu einem populären Sujet der Film- und Fernsehunterhaltung entwickeln. Wie bereits angedeutet, entsprachen die politischen Debatten mit ihrer Tendenz zur Polarisierung z. B. im Zuge der Auseinandersetzungen um die Ostverträge diesem Muster nicht. Aber allein der Streit über dieses Thema (und erst recht sein Ausgang) ist vermutlich kaum denkbar ohne den zeitlich vorausgegangenen gesellschaftlichen Stimmungswandel, der sich an den populären Filmen ablesen lässt.

⁹² Vgl. Greiner, *Angst im Kalten Krieg*, S. 7–32.

Frank Möller

Joseph Caspar Witsch: Verleger und Netzwerker im Dienst des Antikommunismus

Unter den deutschen Verlagen findet sich kein zweiter, in dessen Programm die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus über eine Zeit von 15 Jahren eine derart breite Spur hinterlassen hat wie bei Kiepenheuer & Witsch und seinem Tochterunternehmen, dem Verlag für Politik und Wirtschaft. Allein diese Tatsache rechtfertigt es, näher auf den Kölner Verleger Joseph Caspar Witsch (1906–1967) einzugehen. Wollte man die kommunistuskritischen und antikommunistischen Bücher übereinander schichten, die Witsch in der Hochphase des Kalten Krieges¹ auf den Markt gebracht hat, der Stapel würde mehr als einhundert Bände umfassen. Das mag erstaunen, denn mit dem Verlag Kiepenheuer & Witsch der 1950er und 1960er Jahre verbinden sich eigentlich eher Erinnerungen an Autoren wie Heinrich Böll, Erich Maria Remarque, Joseph Roth, Saul Bellow oder Georges Simenon. Gleichwohl – die rund einhundert Titel lassen ahnen, dass für Joseph Caspar Witsch die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus, mit der DDR, mit ‚Pankow‘ mehr als nur ein Geschäftsanliegen gewesen sein muss.

Der Eindruck bestätigt sich auch sehr rasch, wenn man die umfangreiche Verlagskorrespondenz Witschs zu Rate zieht. Das Bild, das sich dann bietet, zeigt Witsch nicht allein als antikommunistischen Verleger, sondern als einen *Homo Politicus* und Netzwerker², der es geschickt verstanden hat, ökonomische mit politischen Interessen zu verknüpfen. Diesem Geflecht gilt nachfolgend das Interesse, auch wenn es hier nicht in allen Verästelungen dargestellt werden kann³. Auf Details der Beziehungen Witschs zum Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, zur Bundeszentrale für Heimatdienst und zum internationalen Kongress für Kulturelle Freiheit (CCF) wird zudem nur eingeschränkt eingegangen, weil zu diesen Einrichtungen Einzelbeiträge im vorliegenden Band präsentiert werden. Der Blick wird dagegen auf die folgenden fünf Schwerpunkte gelenkt: I. die Ursachen für Witschs Antikommunismus, II. Witschs Rolle bei der Entstehung des Publizistischen Zentrums, des PZ-/SBZ-Archivs und der ‚Roten Weißbücher‘, III. der Antikommunismus als Teil des Verlagsprogramms, IV. der Weg vom ‚Witsch-Kreis‘ zum Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst, V. Witsch und die Aktivitäten der Kölner Gruppe des CCF.

¹ Zum Thema ‚Kalter Krieg‘ liegt eine Fülle von Publikationen vor. Vgl. stellvertretend: Stöver, Befreiung vom Kommunismus; ders., Der Kalte Krieg.

² Beim vorliegenden Aufsatz handelt es sich um keine umfassende Netzwerkanalyse. Dazu ist das Datenmaterial noch zu lückenhaft, ganz unabhängig von methodischen Problemen, die sich für Historiker daraus ergeben müssen, dass die Netzwerkanalyse ursprünglich als Instrument der quantifizierenden Soziologie und nicht der Geschichtswissenschaft entwickelt wurde. Zur Methodik der Netzwerkanalyse vgl. Jansen, Netzwerkanalyse.

³ Der Verfasser legt im Frühjahr 2014 den ersten Band einer Biographie Joseph Caspar Witschs vor: „Das Buch Witsch“. Ein zweiter Band erscheint im Jahr darauf. Beide Bände werden von Kiepenheuer & Witsch verlegt.

I. Die Ursachen für Witschs Antikommunismus

Um überhaupt nachvollziehen zu können, wieso sich Joseph Caspar Witsch als Verleger und Netzwerker dem Kampf gegen den Kommunismus verschrieben hat, ist zunächst ein kurzer Blick in die Zeit vor dem Frühjahr 1948 notwendig, also bevor Witsch aus Jena in den Westen flüchten musste⁴.

In den 1920er und 1930er Jahren hatte Witsch eine Ausbildung zum Bibliothekar absolviert. Dann, 1933 – im Zuge der nationalsozialistischen Gleichschaltung – in Köln entlassen, war er zunächst nach Stralsund und 1936 schließlich nach Jena gelangt. Witsch galt den Nationalsozialisten zwar als politisch unsicherer Kantonist, gleichzeitig aber auch als hervorragender Fachmann und Organisator des Büchereiwesens. Auf Drängen des Reichserziehungsministeriums hatte er in Jena die Leitung der ‚Landesstelle für das volkstümliche Büchereiwesen‘ und der renommierten Ernst-Abbe-Bücherei übernommen und war damit zum obersten Volksbibliothekar Thüringens aufgestiegen; für einen nicht mal 30-Jährigen eine überaus steile Karriere⁵. Nach Kriegsende mochte die sowjetische Besatzungsmacht auf Witschs fachliche Kompetenz nicht verzichten, bestätigte ihn in seinen Ämtern und erweiterte sogar noch seinen Aufgabenbereich.

Dann kam der Bruch. Witsch übte Kritik an der zunehmenden Zentralisierung und politischen Instrumentalisierung des Buch- und Verlagswesens und überwarf sich mit der östlichen Okkupationsmacht endgültig bei der Ausarbeitung eines Büchereigesetzes⁶. Als auch noch der begründete Verdacht aufkam, er habe sozialdemokratische Gruppen unterstützt, die nach der Zwangsvereinigung von SPD und KPD illegal im Untergrund operierten, stand im Frühjahr 1948 seine Verhaftung als ‚Schumacher-Agent‘ unmittelbar bevor. Nach der Warnung durch einen befreundeten sowjetischen Offizier blieb ihm bloß noch die Flucht in den Westen, zunächst nach Hagen. Um die Jahreswende 1950/1951 vollzog er den Wechsel in seine alte Geburts- und Heimatstadt Köln.

Die Erfahrungen in der ‚Zone‘, das mit der Flucht verbundene abrupte Ende seiner Existenz als Bibliothekar und die Angst um seine Familie, die später in den Westen nachkam, hatten Witsch zu einem verbissenen Gegner der Kommunisten werden lassen. In Briefen an Autoren und Freunde ist diese Haltung vielfach ablesbar: „Der Nationalsozialismus war eine Pest. Diese Pest ist ausgerottet worden. Der Kommunismus ist mindestens eine gleichgroße Pest, die wir nicht ausrotten können. Wir können aber versuchen, uns so bis an die Zähne zu bewaffnen, dass er seinerseits darauf verzichtet, uns auszurotten.“⁷ Eine Bewaffnung bis an die Zähne, wie sie Witsch in

⁴ Dazu ausführlich Möller, Joseph Caspar Witsch.

⁵ Dazu Hohenstein, Volksbüchereiwesen.

⁶ Witsch hat die eigenen Erfahrungen als Bibliothekar mit der Bürokratie in der SBZ nach seiner Flucht in den Westen anonym publiziert: [Witsch], Bibliotheken als Opfer. Bonn 1952.

⁷ Ehem. HASTK, Bestand 1514, Akte 42, Brief von J. C. Witsch an Alix du Frênes-Rilla, 3. 7. 1959. Das Historische Archiv der Stadt Köln ist am 3. 3. 2009 in Folge eines fehlerhaft betriebenen U-Bahn-Baus eingestürzt. In dem Archiv befanden sich auch die Bestände des Verlags Kiepenheuer & Witsch; darunter allein ca. 30 000 Briefe an und von Witsch. Sie werden bis auf unbestimmte Zeit der wissenschaftlichen Nutzung entzogen sein; ob sie ihr



Abb. 1: Joseph Caspar Witsch (l.) mit Max Bense, vermutlich auf einem Mai-Spaziergang in der waldreichen Umgebung Jenas.

Privatbesitz Fritz Werner Breuer

dem Schreiben an die Autorin Alix du Frènes 1959 kategorisch forderte, meinte nicht nur die militärische Aufrüstung, sondern zielte auch auf eine geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus. Denn aus Witschs Sicht war es dringend geboten, der Passivität, mit der die westdeutsche Politik und Öffentlichkeit den Entwicklungen in Mittel- und Ostdeutschland scheinbar bloß zusah, etwas entgegenzusetzen.

Die Feststellung, dass Witschs Antikommunismus primär in persönlicher Erfahrung in der SBZ gründet, schließt im Übrigen nicht aus, dass auch weiter in die Vergangenheit zurückreichende Wurzeln wirkten. Witsch war in einem katholischen Milieu groß geworden und stand in der Weimarer Republik der SAP nahe, was eine natürliche Gegnerschaft zum Kommunismus und zur KPD begründen könnte. Darüber liegen allerdings keine näheren Äußerungen vor. Und dass Witsch den Antibolschewismus der Nationalsozialisten teilte, kann zwar gemutmaßt werden, eigene schriftliche Äußerungen aus dieser Zeit reichen über formelhafte Bekenntnisse aber nicht hinaus.

überhaupt je wieder zugeführt werden können, ist ungewiss. Die hier und im Folgenden zitierten Dokumente des HASTK liegen dem Autor in kopierter Fassung vor. Nähere Informationen zur Relevanz der Bestände des Verlags siehe Möller, 1514 antwortet nicht mehr.

II. Witschs Rolle bei der Entstehung des Publizistischen Zentrums, des ‚PZ-/SBZ-Archivs‘ und der ‚Roten Weißbücher‘

Zusammen mit dem ehemaligen Buchenwald-Häftling und Mitglied des Thüringer Landtags Heinz Baumeister sowie mit Unterstützung Eugen Kogons, ebenfalls Buchenwald-Häftling und Präsident der Europa-Union, gründete Witsch 1950 das ‚Publizistische Zentrum für die Einheit Deutschlands‘ (PZ) und brachte es in den Räumen seines Verlags unter. Vordringlichste Aufgabe des Zentrums sollte es sein, der Einheitspropaganda der DDR etwas entgegenzusetzen und die Utopie einer Wiedervereinigung Deutschlands mit westlichen Werten zu füllen; außerdem sollte eine systematische Informations- und Materialsammlung über Entwicklungen im Ostteil Deutschlands aufgebaut werden.

Das Zentrum gab einen 14-tägig erscheinenden Informationsdienst heraus, das ‚PZ-Archiv‘, für das Witsch, Baumeister und Ernst Tillich, Leiter der militanten ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘, verantwortlich zeichneten. Die Redaktion lag in den Händen des Baltendeutschen Berend von Nottbeck. Sowohl die redaktionelle Erstellung des ‚PZ-Archivs‘, das 1952 zum ‚SBZ-Archiv‘ umstrukturiert wurde, als auch dessen Druck auf einem Rotaprint-Stapeldrucker sowie der Vertrieb wurden komplett aus Witschs Verlagsräumen abgewickelt. Das geschah zum einen aus Kostengründen, zum anderen um den inneren Kreis, der mit der Sammlung, Auswertung und Veröffentlichung von Material befasst war, klein zu halten und damit vor Bespitzelung zu schützen. Der Informationsdienst hatte den Zweck, Medien, Multiplikatoren sowie Einrichtungen von Staat und Wirtschaft mit aktuellen Informationen über die Entwicklungen in der DDR zu versorgen – „für Aufklärung und Abwehr“, wie es hieß. Ganz dem Zeitgeist des Kalten Krieges und einer antikommunistisch-kämpferischen Diktion verpflichtet, prangte auf jeder Titelseite auch die unmissverständliche Aufforderung: „Besinnt euch auf eure Kraft – der Westen ist stärker!“

Wie kam die Finanzierung des Archivdienstes zustande? Über die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ und über Kogons ‚Europäischen Informationsdienst‘ gelang eine vorübergehende Teilfinanzierung. Außerdem konnten 25 000 DM Starthilfe aus einem Fonds abgezweigt werden, den der High Commissioner for Germany (HICOG) Witsch zur Verfügung gestellt hatte, um die Reihe ‚Rote Weißbücher‘ anzuschieben. Nach anfänglichem Zögern war auch das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen über feste Garantieabnahmen mit eingestiegen. „Die jetzige Auflage beträgt 5000 Exemplare. Davon will das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen 2500 Ex. zum vollen Abonnementspreis übernehmen und selber zur Verteilung bringen an alle Bundes- und Landtagsabgeordneten, Oberbürgermeister, Landräte, Behördenchefs, die führenden Beamten des Bundes, der Länder und der Selbstverwaltung“⁸, schrieb Witsch im April 1951.

Die erste Ausgabe des ‚PZ-Archivs‘ erschien im September 1950. Sie wirkte noch sehr handgestrickt: Die Texte waren im Schreibmaschinensatz umbrochen, es gab nur wenige Abbildungen und eine Seitennummerierung fehlte. Typisch für die ersten Ausgaben ist der Verzicht auf vollständige Autorennennungen, meist standen Kürzel

⁸ Geschäftsarchiv Kiepenheuer & Witsch (künftig: GAKiWi), Box 4, Akte 3, Bl. 22, [Witsch], Die Entwicklung des PZ Archivs, 13. 4. 1951.

unter den Beiträgen. Eines dieser Kürzel taucht regelmäßig auf: ‚N‘ bzw. später ‚v N‘. Es steht für Berend von Nottbeck, der nicht nur viele Leitartikel zur Situation in der DDR und zur Deutschlandpolitik lieferte, sondern in Witschs Verlagskonstrukt zu einem der wichtigsten Mitarbeiter avancierte. Nach seinem Wechsel im Jahr 1960 von Witsch unter das Dach Bertelsmanns wurde er zu Witschs Konkurrent um den Markt der politischen Literatur⁹. Von Nottbeck lieferte in seinen Beiträgen fundierte Analysen und unaufgeregte Kommentare. Ganz anders Witsch: Er schrieb auch selbst im Archivdienst. Dafür dass diese Arbeit nicht zu seinem Kerngeschäft zählte, sind es sogar erstaunlich viele Beiträge. Für die Zeit zwischen 1951 und 1954 entstanden rund 16 Artikel. 1960 folgte noch ein ‚Nachzügler‘ anlässlich des Todes von Jakob Kaiser. Von einer Ausnahme abgesehen haben die Beiträge einen Umfang von zwei oder drei Druckseiten. In den meisten Fällen haben sie den Charakter von Leitartikeln.

‚Schwarzmalerei oder rosarote Brille. Fragen der Taktik bei der Bekämpfung des Kommunismus‘¹⁰ war Witschs erster Beitrag überschrieben. Darin nahm er Reaktionen der Presse auf das Erscheinen der ersten Ausgabe des ‚PZ-Archivs‘ zum Anlass für einige prinzipielle Anmerkungen zum Umgang mit Kommunisten. Zunächst stellte er die Unterschiede zwischen der Bundesrepublik und der DDR heraus – hier demokratischer Rechtsstaat, dort Moskauhörige Despotie –, dann griff er die westdeutschen Kommunisten als ‚Vortruppen dieser Despotie‘ an. Es folgte eine an die bundesdeutsche Politik gerichtete Mahnung, die Kommunisten in Westdeutschland nicht als irregeleitete Idealisten zu sehen, sondern als „willenlose Werkzeuge einer terroristischen Macht“. Als Gegenmittel riet Witsch: „Macht die Propagandisten und ihre Propaganda in ihrer ganzen Verlogenheit, in ihrer Dummheit und aufgeblasenheit öffentlich. [...] Drückt die Flugblätter in allen Zeitungen ab, verlest sie in allen Rundfunkstationen, enthüllt die Verlogenheit ihrer Atombombenächtungskampagnen, die keinen anderen Zweck haben, als ihre eigenen Angriffe und Angriffsvorbereitungen zu tarnen. Enthüllt die ganze abscheuliche Verlogenheit ihrer sogenannten Friedenspropaganda“¹¹. An dem Beitrag wird deutlich, wie fließend die Übergänge zwischen Agitation und militantem Handeln in der Szene der Antikommunisten waren. Witsch mit geradezu alttestamentarischem Furor: „In Düsseldorf sind einigen Kollaborateuren Plakate an die Haustüren geklebt worden, in denen sie verhältnismäßig roh und deutlich darauf hingewiesen wurden, daß das, was sie betreiben, Lumperei und Verrat ist. Darüber hat man sich in einigen Zeitungen empört mit dem erstaunten und naiven Ausruf: ‚Was hier geschieht, das ist ja auch Terror!‘ Terror lässt sich nur mit Terror beantworten. Toleranz dem, der selbst Toleranz übt! Den westdeutschen Kommunisten und all denen, die sie unterstützen und mit ihnen paktieren, gehört nur ein einziges Argument, nämlich das, das sie alle verstehen: Die Faust unter die Nase!“¹²

Solche drastischen Aufforderungen sind fester Bestandteil von Witschs rhetorischem Repertoire. An anderer Stelle forderte er auch schon mal dazu auf, Befürworter

⁹ Dazu Körner, Die sieben Verlage.

¹⁰ Dr. W. [Witsch], Schwarzmalerei oder rosarote Brille. Fragen der Taktik bei der Bekämpfung des Kommunismus“, in: PZ-Archiv 2 (1950).

¹¹ Alle Zitate ebenda.

¹² Ebenda.

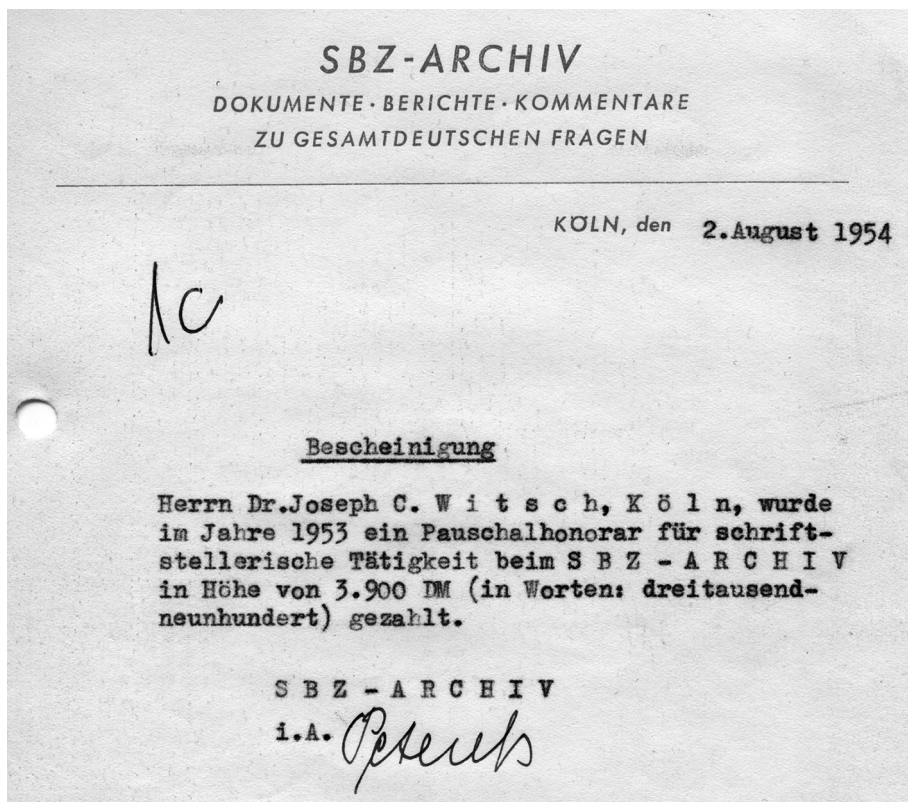


Abb. 2: Einträglicher Antikommunismus – Witschs Beiträge für das SBZ-Archiv wurden pauschal honoriert.

Geschäftsarchiv Kiepenheuer & Witsch, Box 2, Akte 2, Bl. 271

einer Volksbefragung gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands samt ihrer Familien in die DDR abzuschieben oder – um es in seiner eigenen Diktion wiederzugeben – „sozusagen portofrei in dieses Paradies zu verfrachten“¹³. Witsch selbst hat sich in einem anderen Zusammenhang einmal als eine „doch im wesentlichen [...] stark polemische Natur“ charakterisiert¹⁴. Das passt zu seinen Beiträgen. Man muss dennoch davon ausgehen, dass er diesen Stil sehr bewusst gewählt hat. Dafür sprechen zwei Indizien: Witsch verfügte erstens über ein breites Spektrum an Möglichkeiten, sich auszudrücken. Liest man zum Beispiel seine Korrespondenzen aus derselben Zeit, dann stellt man fest, dass sie das genaue Gegenteil zu dieser Art groben Auskeilens sind: stilsicher, dem Gegenstand und Gegenüber angemessen, variantenreich, durchdacht im Aufbau. Er hätte also auch anders gekonnt. Zum zweiten befürwortete Witsch – so paradox das nach der Lektüre der vorangehenden Textpassagen klingen mag – gerade einen betont sachlichen Stil, der das ‚SBZ-Archiv‘ ohnehin mit den

¹³ Dr. Wi. [Witsch], Der Anfang ist gemacht, in: PZ-Archiv 9 (1951), S. 1–2.

¹⁴ Ehem. HASTK, 1514/35, Brief von J. C. Witsch an Regierungsrat Thilo, Berlin vom 24. 7. 1957.

Jahren immer stärker geprägt hat. In frühen Überlegungen zu den Veröffentlichungen des Publizistischen Zentrums hatte er selbst als generelle Anforderung knapp vermerkt: „Prinzip: differenzierte und genaue Nachrichten an die interessierten Abnehmer [...]. Die genannten Veröffentlichungen sind nicht propagandistisch sondern sachlich und genau.“¹⁵

Im April 1952 wurde das PZ-Archiv zum SBZ-Archiv umstrukturiert. Josef Caspar Witsch zeichnete jetzt als alleiniger Herausgeber. Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen nahm rund 5000 Exemplare der Zeitschrift über sein ‚Büro Bonner Berichte‘ ab – etwa 80 Prozent der Gesamtauflage – und ließ sie kostenlos verteilen. Außerdem finanzierte es Witsch alle Personalkosten sowie eine kostspielige Alarmanlage samt angeschlossenem Wachdienst für das Redaktionsbüro, auf das nicht zuletzt der ostdeutsche Geheimdienst ein Auge hatte.

Das Publizistische Zentrum mit seinem ‚PZ-/SBZ-Archiv‘ war von Beginn an mit einer Buchreihe verbunden: den ‚Roten Weißbüchern‘, die vor allem empirisch unterfütterte Analysen der politischen Praxis und wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR liefern sollten. Finanziert wurden sie über HICOG, während die ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ – zumindest in der Anfangsphase – die Ideen lieferte. Insgesamt erschienen 20 Titel¹⁶. Die ‚Roten Weißbücher‘ waren für Joseph Caspar Witsch finanziell überaus einträglich und haben einen wichtigen Beitrag zur Konsolidierung seines Verlages in der schwierigen Anfangsphase der ersten Hälfte der 1950er Jahre geliefert¹⁷. Die Zahlungen, die durch die High Commission an den Verlag erfolgten, sind anhand der Bestände des Geschäftsarchivs von Kiepenheuer & Witsch insgesamt recht gut nachvollziehbar. Gleichzeitig hält sich aber hartnäckig das Gerücht – und wird gerne weiter kolportiert –, es sei auch Bargeld seitens der Amerikaner in Mehlem über den Tisch gegangen¹⁸. Witsch hat sich zu dieser Form verdeckter Finanzie-

¹⁵ GAKiWi, Box 4, Akte 3, Bl. 1, Aufstellung ohne Datums- und Verfasserangabe. Das Papier stammt von Witsch und ist auf die Zeit vor September 1950 zu datieren.

¹⁶ Erste detaillierte Angaben zur Anzahl der Bücher fanden sich bei Rohrwasser, Stalinismus und Renegaten, S. 11. Rohrwasser zählte 16 Titel, rechnete aber irrtümlich Wolfgang Leonhards Band „Die Revolution entlässt ihre Kinder“ der Reihe zu. Ich selbst konnte 15 durchnummerierte Bände und fünf Bände ohne Reihennummern ausmachen.

¹⁷ Auf einer am 8. 9. 1951 stattfindenden Gesellschafterversammlung des Verlags wurde lobend vermerkt, „daß Dr. Witsch durch Überführung der im Verlag Rote Weißbücher erschienenen Großauflagen der Gesellschaft einen Umsatz eingebracht hat, der sich bisher auf 391 000.- DM beläuft und dessen Reinertrag mindestens 25 bis 30 % dieser Summe beträgt.“ GAKiWi, Box 2, Akte 1, Bl. 33, Absprache zwischen den Gesellschaftern der Gustav Kiepenheuer Verlag GmbH, Köln vom 8. 9. 1951 über die Regelung bzw. Einzahlung des Anteils Dr. Witsch an der Gesellschaft. Das Papier wurde von den drei Mitgesellschaftern Witschs – Adalbert Borgers, Fritz Breuer, Franz Kersting – unterzeichnet.

¹⁸ Dies äußerte z. B. Andreas Landshoff, Sohn des legendären Amsterdamer Exil-Verlegers Fritz H. Landshoff, gegenüber dem Autor. Landshoff war von 1952 bis 1955 in Witschs Verlag tätig. Nach seiner Schilderung war er zugegen, als Witsch in Mehlem von einem deutschsprachigen Amerikaner eine fünfstellige Summe Geldes entgegennahm, in einem Koffer verstaute und damit nach Köln zurück fuhr. Nach Landshoff war dies kein einmaliger Vorgang sondern ‚Routine‘. Nachzuhören sind die Äußerungen Landshoffs in: „Der Westen ist stärker!“ Joseph Caspar Witsch – Verleger und Netzwerker des Kalten Krieges. Feature von Frank Möller, in: Deutschlandfunk vom 7. 5. 2010. Von inoffiziellen Zahlungen amerikanischer Dienststellen an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet außerdem Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 211.

rung selbstverständlich nie öffentlich geäußert. Zu vermuten ist, dass die Gelder vorwiegend in die Finanzierung von Tarnausgaben antikommunistischer Literatur für den Einsatz in der DDR und in Ost-Berlin geflossen sind. Im Gegensatz zu den mit derlei Bargeldtransfers verbundenen Unklarheiten lässt sich die Verteilung der ‚Roten Weißbücher‘ recht gut rekonstruieren. So ging – in Abstimmung mit dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen – von Gerd Friedrichs Buch über die FDJ¹⁹ das größte Kontingent an Kultusministerien – 6000 Exemplare nach Düsseldorf, je 3000 nach Wiesbaden und Stuttgart und 1125 nach Kiel; 1 727 Exemplare erhielt das ‚PZ-Archiv‘, 350 gingen an amerikanische Information Center und 287 per Einzelversand an studentische Organisationen und Universitäten²⁰. Auch über die Weiterverteilung der Großabnehmer findet sich eine Information: „Besonders zuverlässig sind als Verteiler die nordrhein-westfälischen Ministerien. So ist beispielsweise das rote Weißbuch Nr. 1 Friedrich [...] in fast alle Schulen mit der ausdrücklichen Anweisung geschickt worden, das Buch zum Gegenstand des Unterrichts zu machen. Dasselbe ist mit dem roten Weißbuch Nr. 2 von Brill geschehen. Von diesem letzten Buch sind außerdem alle Polizeistationen über das Sozialministerium mit einem oder mehreren Exemplaren versehen worden mit einem sehr nachdrücklichen Hinweis des Ministeriums auf die Bedeutung des Buches.“²¹

III. Der Antikommunismus als Teil des Verlagsprogramms

Mit dem Einstieg in die ‚Roten Weißbücher‘ hatte Witsch eine ‚Gelddruckmaschine‘ angeworfen, deren Output dem Geschäftsmann eine teilweise Unabhängigkeit von den Unwägbarkeiten des Marktgeschehens und von der Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft des Buchhandels sicherte. Eine ‚Maschine‘, die zudem zuverlässig und störungsfrei lief. Mit den ‚Roten Weißbüchern‘ begann auch der Aufbau des Programmschwerpunkts, der sich kritisch mit der SBZ/DDR, dem kommunistischen System oder mit der Wirkung der kommunistischen Ideologie auf den einzelnen Menschen beschäftigte.

Der Anteil der kommunismuskritischen Publikationen am Gesamtprogramm lag in den Jahren 1951 bis 1953 zwischen 20 und 30 Prozent und in den Jahren 1954 bis 1957 sowie 1959 bis 1963 immerhin noch zwischen 10 und 20 Prozent. Wenn von Witschs Verlagsprogramm die Rede ist, meint das ab 1953 einerseits den Verlag Kiepenheuer & Witsch und andererseits als Nebenzweig den Verlag für Politik und Wirtschaft. In Letzterem erschienen unter dem Lektorat Berend von Nottbecks all diejenigen Publikationen über das sowjetische Herrschaftssystem und die DDR, die vom antikommunistischen Konsens getragen wurden, aber nicht unbedingt die literarische Qualität besaßen, die sie für das Kernprogramm von Kiepenheuer & Witsch

¹⁹ Friedrich, Die Freie Deutsche Jugend. Nach Klaus Körner ist Gerd Friedrich das Pseudonym für den Architekten Gerd Friedrich Gminder. Körner, Ein „Phänomen“ wird entlarvt, S. 163.

²⁰ GAKiWi, Box 4, Akte 3, Bl. 34, Versandliste „Friedrich“ des Verlags, 22. 10. 1951.

²¹ GAKiWi, Box 4, Akte 3, Bl. 38–42, hier Bl. 41, [vermutlich Nottbeck], Bericht über den Herstellungs- und Verteilungsstand der zweiten Serie ‚Rote Weissbücher‘, 25. 10. 1951.

empfohlen hätten. Die Bücher des Verlags für Politik und Wirtschaft wurden direkt mit dem Gesamtdeutschen Ministerium abgestimmt. Die Zusammenarbeit zwischen Witsch und den Ministerien geriet dabei im Laufe der 1950er Jahre so eng, dass die Kölner Verlagsgruppe dem Ministerium als ‚Hausverlag‘ galt, eine Kennzeichnung, die im übrigen auch im Verhältnis zur Bundeszentrale für Heimatdienst – mit durchaus bedenklichem Unterton – auftauchte²².

Bei den kommunistuskritischen und antikommunistischen Büchern aus Witschs Verlagen handelt es sich mehrheitlich durchaus nicht um Bücher, die sich einfach mit dem Stempel ‚Kalte-Kriegs-Propaganda‘ entsorgen ließen. Es geht vielmehr um eine Fülle engagierter, in ihrer Mehrheit gut recherchierter politischer Sachbücher, die überwiegend aus unmittelbarer politischer Betroffenheit verfasst wurden, die zum Teil bis heute verfügbar sind oder immer wieder auch von nachwachsenden Generationen neu entdeckt werden. Zu den Werken zählen einige Klassiker der Kommunismusforschung wie Jules Monnerots ‚Soziologie des Kommunismus‘ (1952), das Buch des späteren Literaturnobelpreisträgers Czesław Miłosz über ‚Verführtes Denken‘ (1952), Leo Trotzki's Stalin-Biographie (1952), Raymond Arons ‚Opium für Intellektuelle‘ (1957), Carola Sterns Bände über die SED (1957) und über Walter Ulbricht (1963) sowie Jürgen Rühles enzyklopädisches Werk über die Schriftsteller und den Kommunismus: ‚Literatur und Revolution‘ (1960). Es finden sich auch frühe kritische Auseinandersetzungen mit der Sowjetunion darunter, wie Jewgenij Samjatin's utopischer Roman ‚Wir‘ (1958). Samjatin lieferte mit seiner pessimistischen Utopie, die 1924/25 erstmals in verschiedenen Sprachen veröffentlicht wurde, bevor sie 1988 in der Sowjetunion erscheinen durfte, wichtige Anregungen für Aldous Huxley bei der Abfassung der ‚Brave New World‘ und für George Orwells ‚1984‘.

Zu Witschs antikommunistischem Programmsegment gehören aber auch verdienstvolle Dokumentensammlungen wie Hermann Webers Zusammenstellung ‚Der deutsche Kommunismus‘ (1963) oder die von Hans-Joachim Lieber und Karl-Heinz Ruffmann herausgegebene zweibändige Sammlung über die politisch-ideologischen Konzeptionen (1963) und über die angewandte Ideologie (1964) des Sowjetkommunismus. Es finden sich darunter auch zahlreiche Einzelwerke zu Formen und Funktionen der kommunistischen politischen Praxis in den Staaten Osteuropas, wie Boris Meissners Band über ‚Die Sowjetunion, die Baltischen Staaten und das Völkerrecht‘ (1956), Ernst Halperins Buch über ‚Titos Kampf gegen Stalin‘ (1957), Paul Darnoys Studie über ‚Ungarn nach dem Volksaufstand‘ (1960) oder Borys Lewytzkyjs Band über ‚Die Sowjetukraine 1944–1963‘ (1964), die beiden Letztgenannten aus der ‚Schriftenreihe des Forschungsdienstes Osteuropa‘. Eine Sonderstellung nimmt eine Publikation von Erika Bausch, geborene von Hornstein, ein: Nach zwei autobiographischen Erinnerungsbüchern – ‚Der gestohlene Phönix‘ (1953) und ‚Andere müssen bleiben. Aufzeichnungen aus der dunklen Zone‘ (1956) – setzte sie sich 1960 in ‚Die deutsche Not‘ literarisch mit den Erlebnissen von DDR-Flüchtlingen auseinander. Das Buch entstand auf ausdrücklichen Wunsch Joseph Caspar Witschs.

²² Zu der Funktion als ‚Hausverlag‘ des Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen vgl. Rüß, Anatomie, S. 108, Anm. 25. Zu der bei der Bundeszentrale für Heimatdienst intern umstrittenen Auftragsvergabe siehe BAK, B 168/762, Vermerk der Bundeszentrale für Heimatdienst, für Dr. Franken vom 15. 11. 1957.

Während Erika von Hornstein den DDR-Flüchtlingen erst eine Stimme gab, schrieben andere von sich aus ihre Lebenserfahrungen in kommunistischen Ländern bzw. in kommunistischer Gefangenschaft auf. In Witschs Verlagsgeflecht bildete die autobiographische Erinnerungsliteratur ehemaliger Kommunisten einen deutlich auszumachenden Schwerpunkt²³. Das begann im Jahr 1951 mit der Herausgabe der Aufzeichnungen Gregory Klimows über den ‚Berliner Kreml‘ in Karlshorst und dem abenteuerlichen Lebensbericht des spanischen Anarchisten Valentin Gonzales, alias El Campesino „Die große Illusion“. Ein Jahr später erschienen die bis heute in wechselnden Verlagen immer wieder publizierten Erinnerungen Margarete Buber-Neumanns „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“. Margarete Buber-Neumanns Buch lässt sich der Gattung der Gefängnis- und Lager-Erinnerungen zurechnen, von denen Witsch noch weitere in sein Programm holte. 1953 brachte er die deutsche Übersetzung von Gustav Herlings 1951 erstmals erschienenen Erinnerungen ‚A world apart‘ heraus. Die ‚Welt ohne Erbarmen‘ erschien als ‚Rotes Weißbuch‘ und als reguläre Ausgabe des Verlags für Politik und Wirtschaft. Der 1919 in Polen geborene Autor hatte 1940 versucht, aus Warschau über Litauen zur polnischen Armee in Frankreich zu gelangen, war aber vom NKWD verhaftet und zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Den Hauptteil des Buches nimmt die Schilderung dessen ein, was er in den Jahren 1940 bis 1942 zunächst in einem Gefängnis und anschließend in einem Zwangsarbeiterlager in der Nähe von Archangelsk erlebte und erlitt. Im Anhang seiner autobiographischen Aufzeichnungen zitiert Herling aus Briefen von bekennenden Kommunisten, die die Existenz solcher Lager bestritten hatten. Das Buch wurde in 17 Sprachen übersetzt und liegt inzwischen auch wieder in einer überarbeiteten deutschen Neuausgabe bei Hanser und dtv vor.

Auch die Beobachtungen, die der 1898 in Istrien geborene Anté Ciliga ‚Im Land der verwirrenden Lüge‘ machen konnte, die 1938 zum ersten Mal bei Gallimard in Frankreich und 1953 in deutscher Übersetzung als ‚Rotes Weißbuch‘ herauskamen, wurden erst jüngst wiederentdeckt. Ciliga gelangte 1926 als hoher Funktionär der jugoslawischen KP in die Sowjetunion und musste froh sein, das Land zehn Jahre später lebend wieder verlassen zu können. Ciliga lernte als dissidenter Kommunist schließlich die Gefängnisse und Verbannungsorte Sibiriens kennen. Anders als 1953 unter den Bedingungen des Kalten Krieges stieß sein Bericht mit der kürzlich erschienenen Neuerscheinung in einem kleinen Verlag (Die Buchmacherei) auf großes Interesse, gerade auch auf Seiten der Linken. Die ‚TAZ‘ würdigte die Neuausgabe in einer ausführlichen Besprechung²⁴.

Witsch brachte in der ersten Hälfte der 1950er Jahre noch einen weiteren GULAG-Bericht heraus. Die Aufzeichnungen des Arztes Joseph Scholmer aus dem berüchtigten Straflager Workuta tragen den Titel ‚Die Toten kehren zurück‘ und erschienen 1954. 1963 und 1981 wurden sie erneut bei dtv aufgelegt. Was 1954 daraufhin überprüft wurde, inwieweit es sich zur geistigen Munitionierung im Kampf gegen den politischen Gegner eignete, kann heute als zeitlos gültiges Dokument vom menschlichen Verhalten in Extremsituationen und als Beispiel eines durchlittenen Traumas des gewalttätigen 20. Jahrhunderts rezipiert werden. Es zeichnet Witsch aus, dass er

²³ Dazu auch Rohrwasser, Stalinismus und Renegaten; Kuhn, Bruch mit dem Kommunismus.

²⁴ Baum, Die Statik des Augenblicks, in: TAZ vom 16. 10. 2010.

für den literarisch-dokumentarischen Wert der GULAG-Berichte – so sehr er sie auch als Instrumente im aktuellen Ost-West-Konflikt sah und einsetzte – ein Gespür hatte. Die Wiederentdeckungen und Neuausgaben der von ihm verlegten GULAG-Erinnerungen aus der ersten Hälfte der 1950er Jahre schlugen den Bogen zu einer bemerkenswerten Abfolge von Publikationen in anderen Verlagen, die mit Alexander Solschenizyns Erzählung ‚Ein Tag im Leben des Iwan Denissowitsch‘ in den 1960er Jahren ein deutliches Ausrufezeichen setzte, mit dessen ‚Achipel GULAG‘ in den 1970ern ihren Höhepunkt erlebte und mit den Erinnerungen Lew Kopelews bis hin zu den erst jüngst erschienenen Erzählungen Warlam Schalamows ihren Endpunkt vermutlich noch nicht erreicht haben.

Neben der GULAG-Literatur gab es noch einen weiteren Schwerpunkt unter Witschs antikommunistischen Publikationen. Es handelte sich dabei um Berichte oder Romane, die ebenfalls auf eigenem Erleben basierten. In ihrem Mittelpunkt standen aber nun nicht mehr mit Inhaftierung und Zwangsarbeit verbundene Erlebnisse, vielmehr kreisten sie um Desillusionierung, Einsicht und Läuterung ehemals überzeugter Kommunisten und endeten stets mit der Aufkündigung vormals unzerstörbar scheinender Loyalitäten und mit der Abkehr von der Kommunistischen Partei. 1952 konnte er sich die Lizenz für den Sammelband ‚Ein Gott der keiner war‘ vom Europa-Verlag in Zürich sichern, wenn auch nur für eine ausdrücklich nicht für den freien Verkauf bestimmte Ausgabe der ‚Roten Weißbücher‘. In dem sorgfältig zusammengestellten Band schilderten sechs Intellektuelle, Schriftsteller und Journalisten – André Gide, Louis Fischer, Arthur Koestler, Ignazio Silone, Stephen Spender und Richard Wright – ihren Weg zum Kommunismus und ihre spätere Abkehr. Der Sammelband wirkte wie ein Dammbruch. Nach der Veröffentlichung begannen weitere ehemalige Kommunisten mit der Aufzeichnung ihres meist abenteuerlichen Lebensweges. Dieser ‚Renegaten-Literatur‘ bot Witsch in seinen Unternehmen eine feste Plattform. 1958 merkte er rückblickend an, seine Verlage hätten „in Büchern dieser Art sozusagen Vorlauf vor anderen Verlagen. Wir haben zuerst damit begonnen und stellen jetzt fest, daß andere uns nicht schnell genug nachlaufen können“²⁵.

1953 erschien eine Sammlung von Aufsätzen des späteren Literaturnobelpreisträgers Czesław Miłosz über ‚Verführtes Denken‘, im Original ‚The Captive Mind‘. Miłosz hatte in den Nachkriegsjahren, ohne selbst Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein, verschiedene Positionen in den diplomatischen Vertretungen Polens in New York und Washington bekleidet, bevor er mit dem kommunistischen Regime seiner Heimat brach. Sein Buch unterschied sich insofern von anderen ‚Renegaten-Texten‘, als es darin nicht primär um die Selbsterfahrung des Autors unter den Bedingungen des Kommunismus ging. Miłosz beschrieb vielmehr beispielhaft und differenziert die Veränderungen, denen das Individuum unter den Bedingungen kommunistischer Herrschaft unterliegt.

1955 kam Wolfgang Leonhards ‚Die Revolution entlässt ihre Kinder‘ auf den Markt und avancierte zum internationalen Bestseller. Mit Witschs Unterstützung hatte Leonhard nach seiner Flucht aus dem kommunistischen Machtbereich im SBZ-Archiv eine Anstellung gefunden. Die regelmäßige Finanzierung über das Archiv hatte ihm die Abfassung seines Buches überhaupt erst ermöglicht, das ihn schließlich mit einem Schlag bekannt machen und Einladungen an US-Universitäten sichern sollte. 1961 brachte

²⁵ Brief von J. C. Witsch an Regina Peregrin, in: Witsch, Briefe, S. 106–107, hier S. 107.

Witsch die über tausendseitige Romantrilogie ‚Wie eine Träne im Ozean‘ von Manès Sperber heraus. Für Sperber war das breit angelegte politische Epos, das mit einer überbordenden Fülle an Figuren und Schauplätzen die Situation der kommunistischen Untergrundbewegung in Mittel- und Osteuropa zwischen 1930 und dem Kriegsende darstellte, das wichtigste Werk seiner Laufbahn. Der Verkaufserfolg war dagegen zunächst nicht sonderlich groß. Bis in die zweite Hälfte der 1970er Jahre blieb der Autor konservativen Zeitgenossen suspekt, weil er trotz der geschilderten abschreckenden Erfahrungen mit dem Kommunismus von der Idee eines Sozialismus mit menschlichem Antlitz nicht lassen wollte. Und weite Teile der Linken tabuisierten Sperber und andere ‚Renegaten‘ allein schon deshalb, weil sie ihnen im Dienst des politischen Gegners zu stehen schienen. Erst mit dem Aufbrechen der starren politischen Fronten wuchsen auch die Chancen der ‚Renegaten‘, von breiteren Leserkreisen ohne ideologische Scheuklappen zur Kenntnis genommen zu werden.

Zu nennen ist im Kontext der Renegatenliteratur auch noch Gustav Reglers Roman mit starken autobiographischen Zügen ‚Das Ohr des Malchus‘ aus dem Jahr 1958. Das Interesse an dem Buch ist bis heute nicht erloschen. 1960 erschien es auch in der Büchergilde Gutenberg, 1975 als Suhrkamp-Taschenbuch, 1985 als Ausgabe des Deutschen Bücherbundes, und 1989 brachte es der Verlag Kiepenheuer & Witsch in einer gebundenen Ausgabe erneut auf den Markt. Seit 2007 liegt es als zehnter Band der Gesamtausgabe der Werke Gustav Reglers im Stroemfeld Verlag vor.

Ein letztes Buch ist unter den ‚Renegaten‘-Schriften noch zu erwähnen. Es kam erst im April 1961 auf den Markt, also später als alle anderen Werke. Die Veröffentlichung kam nur zustande, weil sich Carola Stern persönlich bei Witsch dafür eingesetzt hatte. Die Rede ist von Ralph Giordanos ‚Beitrag zur Anatomie des Stalinismus‘, oder wie er es selbst im Prolog nennt: ‚Die Partei hat immer recht‘.

IV. Vom ‚Witsch-Kreis‘ zum Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst

Joseph Caspar Witsch war nicht nur ein herausragender Verleger der frühen Bundesrepublik, der Vergleiche mit den anderen Größen der Branche nicht zu scheuen brauchte, er war auch ein bemerkenswert agiler Initiator. Das gilt einerseits für den Verlagsbereich – auf seine Initiative hin wurden 1954 die ‚Bücher der Neunzehn‘ gegründet und 1961 der Deutsche Taschenbuchverlag initiiert; und das gilt andererseits auch für den politischen Sektor. Eine der folgenreichsten Initiativen startete Witsch um die Jahreswende 1954/55 mit der Gründung eines publizistischen Arbeitskreises, dem Berend von Nottbeck, Wolfgang Leonhard, Joseph Scholmer (Schölmerich), Autor des Buches ‚Die Toten kehren zurück‘, Dr. Otto Stolz, Herausgeber der gewerkschaftseigenen Wochenzeitung ‚Welt der Arbeit‘, und ferner aus Reihen des Kölner Nordwestdeutschen Rundfunk (NWDR) der Wirtschaftsexperte Hans-Otto Weseemann, Carl Linfert, Leiter des wissenschaftlichen Nachtprogramms, und Dr. Hugo Ritter angehörten.²⁶ Der Zusammenschluss firmierte bald unter dem Namen ‚Witsch-

²⁶ Ehem. HASTK, 1514/25, Sitzungsprotokoll vom 15. 6. 1955 in Köln-Marienburg, Rondorfer Str. 5 [Verlagssitz]. In dem Protokoll wird Joseph Scholmer als Herr Dr. Schölmerich ge-

Kreis‘, womit auch die Führungsrolle klar benannt war. Was die Teilnehmer des Kreises miteinander verband, war die gemeinsame Einschätzung, dass der Westen – und hier zuvorderst die Bundesrepublik – in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Osten ins Hintertreffen geraten war. Die Infiltration der Bevölkerung der Bundesrepublik mit getarnter kommunistischer Propaganda weite sich unablässig aus, ohne dass das Bewusstsein dafür wachse. Den umfangreichen Schulungsprogrammen der SED in der DDR habe die Bundesrepublik nichts entgegenzusetzen²⁷.

Im Laufe des Jahres 1955 traf sich der ‚Witsch-Kreis‘ zu einer Reihe konspirativer Arbeitssitzungen – im Juni allein drei Mal –, meist in den Räumen des Verlages. Dass seine Arbeit nicht folgenlos blieb, lag daran, dass Witsch von Beginn an auf die Unterstützung und Hilfe amtlicher Kreise gesetzt und seine politischen Kontakte ins Bundesinnenministerium und ins Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen genutzt hatte. Zu den kontinuierlichen Teilnehmern des Kreises zählte daher noch Wilhelm von Hahn (CDU) von der Bundeszentrale für Heimatdienst, der die Ergebnisse der Treffen aufbereitete und an den Staatssekretär im Innenministerium, Ritter von Lex (CSU), weiterleitete²⁸. Für das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen nahm Ewert von Dellingshausen an den Sitzungen teil, dem das wichtige Referat I 1 des Ministeriums unterstand, das für die „Pflege des gesamtdeutschen Gedankens und [...] Abwehr der kommunistischen Agitation und Infiltration“²⁹ zuständig war. Im Laufe der Zusammenkünfte wurden verschiedene Projekte erörtert, die des Zusammenspiels privater Initiatoren und öffentlicher Dienststellen bedurften, um realisiert werden zu können.

Eine der ersten praktischen Aktivitäten des ‚Witsch-Kreises‘ bestand in der Ausrichtung einer Arbeitstagung, die vom 22. bis 23. November im Hotel ‚Zum Weißen Roß‘ in Bad Niederbreisig am Rhein stattfand. Interne Beratungen waren noch für den darauffolgenden Tag vorgesehen. Die Tagung hatte streng konspirativen Charakter, weil man sich des Interesses des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit gewiss war. Neben Witsch nahmen 38 Personen an dem Treffen teil³⁰. Unter ihnen waren Vertreter des Deutschen Industrieministeriums, dem späteren Institut der Deutschen Wirtschaft, sowie vom Bund katholischer Unternehmer, beide mit Sitz in Köln, außerdem leitende Mitarbeiter der ‚Westdeutschen Allgemeinen Zeitung‘, der ‚Welt der Arbeit‘ und des ‚Weser-Kurier‘, Klaus Harpprecht für den RIAS, der Wirtschaftsjournalist Hans-Otto Wesemann und Gerd Ruge für den NWDR, der Leiter der Bundeszentrale für Heimatdienst, Paul Franken (CDU) mit zwei Mitarbeitern, Vertreter des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen, des Bundespresseamtes und des Auswärtigen Amtes sowie der CDU- und SPD-Fraktion im Bundestag. Aus Witschs unmittelbarer Umgebung waren Berend von Nottbeck und Carola Stern zugegen, außerdem Joseph Scholmer (Schölmerich).

führt. Schölmerich ist der Geburtsname, unter dem Namen Scholmer taucht er meist als Autor auf.

²⁷ Ebenda.

²⁸ Maibaum, Ostkolleg.

²⁹ BAK, B 137, Akte 6888, I 1, Bonn, 4. 10. 1955, Tätigkeit des Referats I 1, S. 2. Zitiert nach: Creuzberger, Kampf für die Einheit, S. 114; zum Ref. I 1 insgesamt S. 112–118.

³⁰ Die Anzahl geht aus einer Teilnehmerliste hervor. Ehem. HASTk, 1514/25. Maibaum spricht von 33 Teilnehmern. Maibaum, Ostkolleg, S. 18.

Als Träger der Tagung trat „der Witsch-Kreis in eigener Autonomie“³¹ auf, um parteipolitisch motivierten Diskussionen an der Zusammensetzung von vornherein den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Finanzierung sicherte die Bundeszentrale.

In Folge der Diskussionen entstand ein zehnsseitiges Arbeitspapier: ‚Empfehlungen eines Kreises politischer Publizisten‘³². Es enthielt 14 Einzelvorschläge, die von der Aufforderung zu einer beschleunigten Inbetriebnahme eines deutschen Langwellensenders bis zur Aktualisierung von Lehrplänen für Gegenwartskunde und Geschichte reichten. Davon blieb vieles unverwirklicht, eines aber nicht: Witsch hatte die Gründung eines antikommunistisch ausgerichteten Schulungszentrums angeregt. Die Überlegungen, die dazu geführt hatten, waren einfach. Die SED hatte früh mit der Entwicklung eines umfassenden Schulungsapparates für ihre Mitglieder begonnen und diesen im Sommer 1950 mit der Einführung eines Parteilehrjahres auf eine denkbar breite Basis gestellt. Ergänzt wurden diese Aktivitäten noch um weitere staatspolitische Unterrichtungen und um Schulungsprogramme der Massenorganisationen. In der Bundesrepublik hatten die staatlichen Stellen dem bis dato wenig entgegensetzen – mit Folgen: „Die bisherigen Begegnungen mit den Vertretern der Sowjetzone“, so Witsch, hätten „gezeigt, daß die westlichen Gesprächspartner nicht immer allen Anforderungen derartiger Diskussionen gewachsen sind. Allein mit dem Argument des höheren Lebensstandards in der Bundesrepublik lassen sich die politischen Fragen nicht meistern. Es ist daher vordringlich, möglichst weite Kreise für diese Probleme zu interessieren und sie für die bevorstehenden politischen Auseinandersetzungen zu befähigen.“³³

Um den Rückstand an Wissen und Rhetorik aufzuholen, schlug der ‚Witsch-Kreis‘ ein Angebot aus Wochenkursen vor, das den Teilnehmern solide Grundkenntnisse in sowjetisch-stalinistischer Ideologie und in politischer Praxis der DDR und der Sowjetunion vermitteln sollte. Darüber hinaus empfahl er sechswöchige bzw. dreimonatige Lehrgänge, um einen Stamm von aktiven Kräften herauszubilden, der das erworbene Wissen über die kommunistische Theorie und Praxis im jeweiligen beruflichen Kontext weiter vermitteln sollte. Darunter fiel zum Beispiel eine intensive Auseinandersetzung mit der Westarbeit der SED, um die Schulungsteilnehmer künftig zu befähigen, „aktiv und überzeugend sowohl die aktuellen politischen Thesen als auch die wichtigsten grundsätzlichen stalinistischen Lehren zu widerlegen“³⁴. Aus der praktischen Arbeit des Schulungszentrums sollten gezielt weiterführende Unterrichtsmaterialien entwickelt werden und außerdem ‚Redner-Teams‘ geschult sowie ein eigener ‚Redner-Dienst‘ für externe Aufgaben aufgebaut werden. Ein weiteres Kernanliegen galt der Forschungsarbeit. Sie sollte valide Studien auf der Grundlage des Systemvergleichs hervorbringen, westliche Gegenstücke zu massenwirksamen politischen Publikationen der DDR entwickeln helfen, umfassende Analysen über die Infiltrati-

³¹ BAK, B 106/3275 (2), Brief von der Bundeszentrale für Heimatdienst, von Hahn an den Bundesinnenminister vom 21.10.1955 mit handschr. Vermerk von C. H. Lüders. Zitiert nach: Maibaum, Ostkolleg, S. 18.

³² Ehem. HASTK, 1514/25, ‚Empfehlungen eines Kreises politischer Publizisten‘ von Dr. Joseph C. Witsch, Köln. Das Papier ist undatiert. Einem Vermerk der Abteilung I 1 der Bundeszentrale für Heimatdienst ist aber zu entnehmen, dass es nach der Arbeitstagung vom 22.–24.11.1955 in Niederbreisig ausgearbeitet wurde.

³³ Ebenda, S. 4.

³⁴ Ebenda, S. 5.

onsarbeit der SED und die Anatomie des SED-Staats initiieren sowie Untersuchungen der Fluchtgründe ehemaliger SED-Funktionäre anstellen. Auch hinsichtlich der ministeriellen Zuordnung hatte der ‚Witsch-Kreis‘ Zukunftsweisendes aufgeschrieben: „Da das Schulungszentrum auf einer überparteilichen Basis wirken muß, aber nicht von einem privaten Kreis unterhalten werden kann, ist die Bundeszentrale für Heimatdienst die geeignete Institution, der dieses Schulungszentrum angegliedert werden sollte.“³⁵ Witsch sah die künftige Federführung damit beim Bundesinnenminister angesiedelt.

Die Idee nahm in den Folgemonaten nach und nach konkrete Gestalt an. Um die Federführung wurde anfangs zwischen dem gesamtdeutschen Ministerium und dem Bundesinnenministerium gerungen, letztlich setzte sich das Innenministerium durch. Noch vor der Gründung fanden Probelaufe in Form wöchentlicher Versuchskurse statt, die nun bereits ohne Zutun des ‚Witsch-Kreises‘ geplant und durchgeführt wurden. Die ersten Erfahrungen mit den ausgewählten Referenten waren allerdings ernüchternd. Ein Vertreter des BMI vermerkte, dass der Vortrag von Dr. Walter glanzlos gewesen sei, „vor allem aber scheint er den Stoff nicht richtig bewältigt zu haben“. Zum Vortrag von Dr. Hildebrandt hieß es, der Sinn der Schulung werde verfehlt, wenn man das Thema – es ging um die Wirtschaft der Sowjetunion – „weiterhin so dilettantisch behandeln ließe“. Dr. Müller, wurde vermerkt, „ringt sehr mit dem Stoff“ und über die Kurskonzeption insgesamt hieß es, dass diese „nicht sehr geeignet“ sei³⁶. Unabhängig von den Schwierigkeiten in inhaltlicher und didaktischer Hinsicht kam die Gründung der Bildungseinrichtung voran. Als Leiter war zunächst der deutsch-baltische Russlandforscher Gerhard von Mende ins Gespräch gebracht worden. Von Mende hatte während der NS-Zeit im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete unter Alfred Rosenberg als Referatsleiter für den Kaukasus gewirkt und sich durch rassistische und antisemitische Publikationen profiliert. Wegen dieser offenkundigen Belastung nahm das Innenministerium schließlich Abstand von der Idee, die Spitzenposition des Instituts mit ihm zu besetzen. Seine NS-Vergangenheit hinderte die Planer indes nicht, ihn 1957 in den Beirat der Einrichtung zu berufen und ihm, so die Politologin Gudrun Hentges, „sowohl auf die konzeptionelle Ausrichtung des Ostkollegs als auch auf die personelle Besetzung der Dozentenstellen maßgeblichen Einfluss“ einzuräumen.³⁷

Die Gründung des vom ‚Witsch-Kreis‘ inspirierten Schulungszentrums, das schließlich den Namen ‚Ostkolleg‘ erhielt und in Köln-Lindenthal angesiedelt wurde, erfolgte per Erlass des Bundesinnenministers vom 28. November 1957. Es wurde der Bundeszentrale für Heimatdienst unterstellt und mit der Zielsetzung versehen, „durch Studientagungen zur geistig-politischen Auseinandersetzung mit dem internationa-

³⁵ Ebenda, S. 7.

³⁶ BAK B 106/21611, Bericht von R. Wildenmann über die zweite Tagung in Niederbreisig vom 5. 12. 1956. Zitiert nach: Maibaum, Ostkolleg, S. 45.

³⁷ Heimatdienst. Gudrun Hentges im Gespräch mit Felix Klopotek, in: StadtRevue, 12/2002 (zu finden unter <http://www.stadtrevue.de/archiv/archivartikel/328-der-heimatdienst/> (letzter Aufruf 26. 10. 2012). Inzwischen ausführlich: Hentges, Staat und politische Bildung. Werner Maibaum geht außerdem an mehreren Stellen seiner Gründungsgeschichte des Ostkollegs auf die Funktionen Gerhard von Mendes ein, siehe: Maibaum, Ostkolleg, S. 35, 42–45, 55, 60, 75, 91 (Anhang).

len Kommunismus“³⁸ beizutragen. So gesehen war die Initiative des ‚Witsch-Kreises‘ überaus erfolgreich. Andererseits war Witschs persönliche Einflussnahme auf den Gründungsprozess spätestens in dem Moment beendet, als die Zuständigkeiten für den Gründungsablauf zwischen den Ministerien geklärt waren. Der ‚Witsch-Kreis‘ blieb damit letztlich Ideengeber und Multiplikator, seine Wirkung kann in diesen Funktionen jedoch kaum überschätzt werden. Denn nicht allein die Gründung des Ostkollegs, das von seiner Eröffnung am 22. November 1957 bis Ende 1961 über 120 Tagungen ausrichtete, ging auf ihn zurück. Witschs antikommunistische Initiativen wurden auch in Kreisen der Industrieverbände dankbar aufgenommen und weiter getragen. Darauf weist auch ein Dankeschreiben Dr. Fritz Arlts vom Februar 1956 hin. Arlt hatte während der NS-Zeit noch ‚Volksbiologische Untersuchungen‘ betrieben und war in Polen in führender Position an ‚ethnischen Säuberungen‘ beteiligt gewesen, nach dem Krieg aber als ‚Mitläufer‘ entnazifiziert worden und hatte anschließend für amerikanische Dienststellen Studien zur ‚Psychologischen Kriegsführung‘ erarbeitet. In den 1950er Jahren leitete er die Bildungsarbeit des Deutschen Industrieinstituts und war in dieser Funktion auch mit Witsch zusammengetroffen. Seine zweimalige Teilnahme an Treffen des ‚Witsch-Kreises‘ wertete er als „das erfreulichste Ereignis hinsichtlich des Milieus, des Niveaus, der Ernsthaftigkeit des Bemühens“³⁹. Von Witsch erbat er fachliche Unterstützung beim Aufbau von Handbüchereien für die Dienste der Arbeitgeberverbände und des eigenen Instituts. Und nicht nur das: Arlt hatte den ‚Witsch-Kreis‘ längst als sprudelnde Quelle antikommunistischer Information und Inspiration zu schätzen gelernt, wie er Witsch wissen ließ: „Nach der Informationsreihe, die ich gegenwärtig geschlossen, ohne Publizität im Deutschen Industrieinstitut mit einem Teil von Ihren Mitarbeitern, Wolfgang Leonhard und Dr. Schölmerich, durchführe, möchte ich nach Ostern nach der Analyse dieser Informationsreihe Positionen vermitteln. Dabei sollen je ein Vertreter der Konfessionen sprechen, ein Vertreter der Gewerkschaften, zwei Vertreter des Bürgertums. Ich danke Ihnen für die Zusage, dass Sie sich bereit erklärt haben, die letzte Aufgabe zu übernehmen. Der Kreis, der sich an diesen Abenden versammelt, sind Abteilungsleiter – also die leitenden Herren der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, des Deutschen Industrie- und Handelstages, der Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer und einige Spitzenvertreter der grossen Unternehmungen.“⁴⁰

V. Witsch und die Aktivitäten der Kölner Gruppe des CCF

Zum letzten, hier zu behandelnden Aktionsfeld Joseph Caspar Witschs gehört der ‚Kongress für Kulturelle Freiheit‘ oder ‚Congress for Cultural Freedom‘, kurz CCF⁴¹.

³⁸ Ebenda, S. 64.

³⁹ Ehem. HASTK, 1514/26, Brief vom Deutschen Industrieinstitut, Geschäftsführung, Dr. Arlt an Dr. Witsch, Verlag für Politik und Wirtschaft vom 25. 2. 1956.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Vgl. Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?; Grémion, Intelligence de l'Anticommunisme.

Witsch war als Teilnehmer der Auftaktveranstaltung des Kongresses 1950 in Berlin dabei, ebenso auf der Mailänder Tagung 1955, die unter dem Titel ‚Die Zukunft der Freiheit‘ stand, und auch bei der Jubiläumstagung 1960 in Berlin. Im Folgenden sollen einige Aspekte der Kölner CCF-Gruppe und der Rolle Witschs für den deutschen CCF untersucht werden, die bislang weniger bekannt sind.

Über Günther Birkenfeld – neben Rainer Hildebrandt Mitgründer der ‚Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit‘ und zudem bis Anfang 1954 Leiter des Berliner CCF-Büros – liefen die ersten festen Verbindungen Witschs zum CCF nach der Berliner Auftaktveranstaltung. Im Oktober 1951 war Birkenfeld unterwegs, um ein Kontaktnetz für den CCF in Deutschland zu knüpfen. Am 16. Oktober traf er sich mit Witsch in Köln, und beide verabredeten, künftig „ständigen Kontakt“⁴² zu halten. Eine Kuriosität am Rande: Birkenfeld fuhr nach dem Treffen mit Witsch weiter nach Bonn, um dort im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen mit Friedrich Köpp und Oberregierungsrat von Zahn über eine Broschüre zu sprechen, die sich mit dem „Schicksal der deutschen Literatur und des deutschen Verlagswesens in der sowjetischen Zone seit 1945“⁴³ beschäftigen und in Kooperation mit dem Börsenverein des deutschen Buchhandels entwickelt werden sollte. Birkenfeld beabsichtigte, die „beratende Mitarbeit des Kongresses“ an der Schrift anzubieten, musste dann aber überrascht feststellen, dass die Broschüre bereits „unter der Redaktion von Dr. WITSCH (Kiepenheuer-Verlag, Köln) in Angriff genommen worden“⁴⁴ war.

Witschs Name fiel jetzt auch öfter, wenn sich die deutschen Vertreter des CCF zu ihren Sitzungen trafen. Als am 25. Januar 1952 Günther Birkenfeld, Willy Brandt (SPD), Margarete Buber-Neumann, Rudolf Hagelstange, Eugen Kogon, Rudolf Pechel, Carlo Schmid (SPD) und Carl Heinz Evers (SPD) in Darmstadt zusammenkamen, die zu dem Zeitpunkt gemeinsam mit Doris Blacher, Theodor Plievier und Franz Josef Schöningh die deutsche Exekutive des CCF bildeten, wurde Birkenfeld damit beauftragt, bei Witsch die Möglichkeiten des Drucks einer Tarnausgabe von Buber-Neumanns Band ‚Als Gefangene bei Stalin und Hitler‘ zu sondieren⁴⁵. Weitere Buchkooperationen folgten.

Als die Pariser CCF-Spitze um Michael Josselson 1957 Ausschau nach einer geeigneten Führungspersönlichkeit für Westdeutschland hielt, um die sich ein neu zu konstituierendes deutsches Komitee gruppieren sollte, schienen wenige dafür geeignet. Willy Brandt, Ralf Dahrendorf (FDP) und Inge Aicher-Scholl wurden genannt – und Joseph Caspar Witsch, der zu diesem Zeitpunkt bereits entsprechendes Ansehen in der Kongress-Spitze genoss. Letztendlich scheiterten aber alle von Paris ausgehenden Bemühungen um eine Rezentralisierung der Kongressarbeit in Westdeutschland. Deshalb versuchte die Pariser Zentrale des CCF, dezentral neue Gruppen in verschiede-

⁴² Ehem. HASTK, 1514/5, Aktenvermerk über eine ‚Besprechung mit Herrn Birkenfeld am 16. Oktober 1951‘ von J. C. Witsch vom 18. 10. 1951.

⁴³ IACF/CCF-Archiv, Series II, Box 121, Folder 11, Günther Birkenfeld, Tätigkeitsbericht des Berliner Büros des Kongresses für kulturelle Freiheit für den Monat Oktober 1951, S. 4.

⁴⁴ IACF/CCF-Archiv, Series II, Box 118, Folder 11, Brief von Günther Birkenfeld an Carlo Schmid vom 18. 10. 1951 [Hervorhebung im Original].

⁴⁵ Siehe IACF/CCF-Archiv, Series II, Box 120, Folder 1, Tagungsbericht der Zusammenkunft der deutschen Exekutive des KfKf am 25. 1. 1952 in Darmstadt, S. 1–10, hier S. 3. Auf der ersten Seite des Tagungsberichts ist fälschlicherweise das Jahr 1951 statt 1952 angegeben.

nen größeren Städten aufzubauen. Die personell stärkste und aktivste entstand in Köln und bezog 1959 Räumlichkeiten im bürgerlich geprägten Stadtteil Bayenthal in der Goltsteinstraße 185. Zum Kölner CCF-Kreis zählten Heinrich Böll, Klaus Harpprecht, Berend von Nottbeck, Hans Schmitt-Rost (Städtisches Verkehrsamt), Hans-Otto Wesemann (WDR), Carl Linfert (WDR), Bernd Tönnessen, Gerd Ruge (Kongress für die Freiheit der Kultur, Berlin), Georg Meistermann (Akademie für Bildende Kunst, Düsseldorf) und Kyra Stromberg sowie als Sekretariatskräfte Elizabeth Zwart-Spanjer⁴⁶, später Renate von Trotha und Sabine Brandt-Rühle. Die Zusammensetzung der Gruppe war nicht statisch, sondern unterlag ständigen Wechseln⁴⁷.

Das Kölner Kongressbüro führte zwischen Januar 1960 und März 1964 37 Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen durch und organisierte einen dreitägigen Kongress. Es ist bemerkenswert, dass eine Zusammenstellung dieser Veranstaltungen bislang noch nicht vorliegt. Denn anders als z. B. der ‚Mittwochsgespräche‘ des Kölner Bahnhofsbuchhändlers Gerhard Ludwig hat sich der Veranstaltungen des Kölner CCF auch seitens der Lokalgeschichte bislang niemand angenommen. In ihrer Gesamtheit boten diese Veranstaltungen eine Mischung aus aktuellen Themen (‚Der Fall Eichmann‘, Hochhuths Drama ‚Der Stellvertreter‘), Europa-Themen, intellektuellen Selbstbefragungen (‚Intellektuelle zwischen Arroganz und Zerknirschung‘), Auseinandersetzungen mit dem kommunistischen Lager und zeitlosen Themen (‚Macht und Ohnmacht der Literatur‘, ‚Umwelt und Architekt – wer verändert wen?‘). Unter den Mitwirkenden ist der Anteil der zur Kölner Gruppe oder zum Bekanntenkreis Witschs zählenden, wie Max Bense oder Manès Sperber, besonders hoch. Sofern man mit einem überschaubaren Besucherkreis rechnen konnte, fanden die Veranstaltungen in der Goltsteinstraße 185 statt. Waren mehr Besucher zu erwarten, wick man z. B. in die Universität aus. Bilder der Veranstaltungen zeigen einen meist voll besetzten Clubraum in der Goltsteinstraße.

Renate von Trotha berichtete öfter von besonders gut besuchten Diskussionen nach Paris: „Perhaps by the success of the Eichmann debate we had at the Martini-Haffner debate such a high amount of participants, we had never seen before in Goltsteinstr. 125 persons were here, it was a problem to find seats for all, but we were glad about the evidence of the Congress’ attention here. The discussion was so lively that Dr. Witsch was forced to break off short before midnight.“⁴⁸ Über eine Veranstaltung mit Manès Sperber zum Thema ‚Das verlorene Niemandsland‘, bei der auch Rudolf Hagelstange, Georg Meistermann und Heinrich Böll zugegen waren, hieß es: „The

⁴⁶ An den genannten Personenkreis erging ein Schreiben von François Bondy zu „einer vorbereitenden Besprechung über die Möglichkeit einer Aktivierung der Arbeit in Köln“. IACF/CCF-Archiv, Series II, Box 122, Folder 9, Brief von François Bondy vom 17. 9. 1959.

⁴⁷ So schrieb z. B. J. C. Witsch im Juli 1961 René König und Adam Wandruszka wegen Teilnahme an der Arbeitsgruppe des Kölner CCF an, die sich alle sechs Wochen traf. Offensichtlich ging es Witsch darum, den akademischen Flügel der Kölner Kongressgruppe zu stärken. Die Angeschriebenen lehrten an der Universität zu Köln, König als Soziologe, der konservative Wandruszka als Historiker und ehrenamtlicher Leiter des Akademischen Auslandsamtes. König sagte zu. Ehem. HASTK, 1514/49, Brief von J. C. Witsch an René König, Köln vom 14. 7. 1961; Ehem. HASTK, 1514/51, Brief von J. C. Witsch an Adam Wandruszka, Köln vom 14. 7. 1961.

⁴⁸ IACF/CCF-Archiv, Series II, Box 122, Folder 10, Brief von Renate von Trotha an Ivan Kats, Paris vom 11. 11. 1960.



Abb. 3: Veranstaltung in der Kölner Goltsteinstraße 185. In der ersten Reihe von links: Jürgen Rühle, Sabine Brandt-Rühle, Hans-Otto Wesemann, Franz Wördemann; am Rednerpult: Joseph Caspar Witsch. Datum unbekannt.

Privatbesitz Sabine Brandt-Rühle



Abb. 4: Veranstaltung des Kölner CCF. Ort und Datum unklar. In der dritten Reihe Mitte: Nicolas Nabokov, Generalsekretär des internationalen CCF; dahinter links: Joseph Caspar Witsch; zwei Reihen dahinter rechts, leicht vorgebeugt: Berend von Nottbeck.

Privatbesitz Sabine Brandt-Rühle

debate was very lively and ca. 80 persons were present, of course journalists too.“⁴⁹ Zu einer Diskussion über ‚Umwelt und Architekt – wer verändert wen?‘ kamen nach Angaben von Trothas 110 Besucher, „darunter der Attaché der Schweizer Botschaft“⁵⁰. Mögen die Besucherzahlen vielleicht auch etwas geschönt sein – von Trotha berichtete immerhin dem Pariser Geldgeber, und der liebte große Zahlen –, so kann doch als sicher angenommen werden, dass die Veranstaltungen ihr Publikum fanden und dass dort auch lange und engagiert gestritten wurde. „Die Kölner Diskussion über den ‚Stellvertreter‘ dauerte gute drei Stunden“, vermerkte zum Beispiel die ‚Kölnische Rundschau‘ nach einer besonders kontroversen Debatte. Und weiter: „Der Autor saß schon im Zug, als in verschiedenen Lokalen der Stadt die Veranstalter, Journalisten, Priester, Männer von Rundfunk und Theater weiter diskutierten bis zum anderen Morgen.“⁵¹

Als Letzter referierte am 17. März 1964 unter der Fragestellung ‚Ist de Gaulles Politik ein Beispiel für die Bundesrepublik?‘ der CSU-Bundestagsabgeordnete Karl Theodor Freiherr zu Guttenberg – der Großvater jenes Herrn, der den deutschen Hochschulen deutlich gemacht hat, dass sie die Tauglichkeit ihrer Promotionsverfahren einer ernsthaften Selbstprüfung unterziehen sollten.

Witsch nutzte das weit gezogene eigene Netzwerk virtuos, um Prominenz nach Köln zu holen. Bilder von Veranstaltungen zeigen Ernst Bloch, Manès Sperber, Nicolas Nabokov, Wolfgang Leonhard, Fritz René Allemann und andere als Redner, Diskutanten oder Zuhörer. Seine Kontaktpflege war nicht allein bei Autoren, Politikern und Wissenschaftlern erfolgreich; beste Verbindungen unterhielt er auch in die Redaktionen von zahlreichen Zeitungen und Rundfunkanstalten. Seine Rolle für den Kölner CCF kann daher kaum überschätzt werden. Sabine Brandt-Rühle, die im Januar 1958 zusammen mit ihrem Mann, Jürgen Rühle, von Berlin nach Köln gewechselt war und für das Kölner CCF-Büro in wechselnden Funktionen eine wichtige Rolle gespielt hat, bezeichnet ihn als ‚Spiritus Rector‘: „Witsch war ein ganz großer Durchsetzer. [...] Der kannte Krethi und Plethi. Es gab kaum Kontakte, die er nicht besaß. Er war der ungekrönte König dieser ganzen Bewegung.“⁵²

Neben der Organisation von Diskussionsveranstaltungen und Kongressen, wie ‚Widerstand und Verrat‘ aus dem Jahr 1962, lag der Schwerpunkt der Kölner Aktivitäten auf praxisorientierter, antikommunistisch ausgerichteter Menschenrechtsarbeit. Am erfolgreichsten war sie bei der Durchführung einer Kampagne zur Freilassung des gewerkschaftsnahen Journalisten Heinz Brandt, an der auch die IG Metall und Amnesty International beteiligt waren. Brandt war im Juni 1961 in West-Berlin betäubt und von der ostdeutschen Staatssicherheit verschleppt worden. Er war damit bei weitem kein Einzelfall. Die Kölner Kongress-Gruppe trug wesentlich dazu bei, den ‚Fall Brandt‘ in Westdeutschland in die Hauptnachrichten zu bringen. Nachdem

⁴⁹ Ebenda, Brief von Renate von Trotha an Ivan Kats, Paris vom 29. 11. 1960.

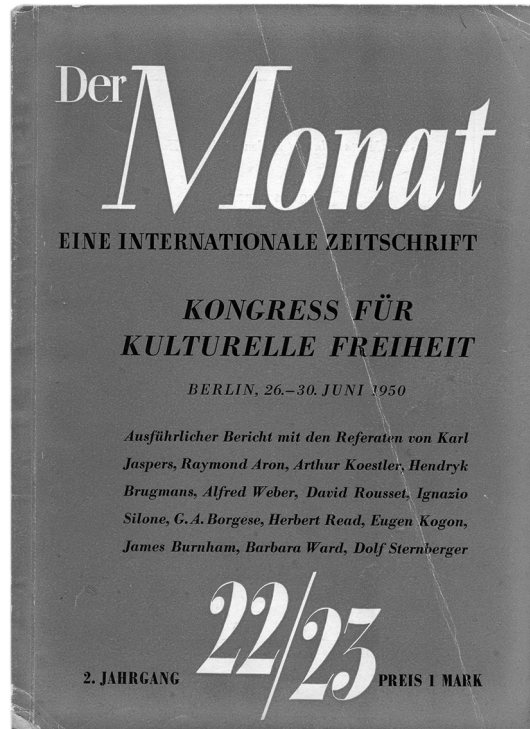
⁵⁰ Ebenda, Brief von Renate von Trotha an Ivan Kats vom 12. 12. 1960.

⁵¹ P. J. Pöppinghaus, zitiert nach: Kölnische Rundschau, 26. April 1963. ÖLA, Nachlass Manès Sperber, 2/88 Korrespondenz – Kongress für kulturelle Freiheit, Anhang zu einem Brief von Chantal Loiseau, Congrès pour la Liberté de la Culture, Paris an Manès Sperber, Issy-les-Moulineaux vom 12. 6. 1963.

⁵² Möller, Der Westen ist stärker!, in: Deutschlandfunk vom 7. 5. 2010.

Abb. 5: Die legendäre, im Original hellgrüne Doppelnummer des ‚Monat‘ über die Auftaktveranstaltung des Kongresses für Kulturelle Freiheit vom Juni 1950 in Berlin.

Privatbesitz Frank Möller



der internationale Druck auf Ost-Berlin immer stärker geworden war, musste Brandt 1964 schließlich freigelassen werden.⁵³

Es gehört zu den zahlreichen Paradoxien der Kongressgeschichte, dass sich die Kölner Gruppe, ausgerechnet zu dem Zeitpunkt, als sie mit der Kampagne für Brandt einen ihrer größten Erfolge feiern konnte, bereits in der Auflösung befand. „Hier herrscht eine große Kongressunlust. Es hängt zum Teil mit Paris zusammen, zum Teil damit, dass alle Leute überbeschäftigt sind“,⁵⁴ schrieb Witsch am 10. Oktober 1963 an Rudolf Hagelstange. Gegenüber Klaus Harpprecht wurde er deutlicher: „Im Kongress gehen die Sachen meinem Gefühl nach langsam dem Ende zu. Mir selbst hat Ihr Freund Allemann im Verein mit Jaeserich und Lasky einen hübschen Tiefschlag versetzt. Es besteht nämlich ein Statement aus dem Jahre 1958 zwischen Sperber, Josselson und mir, dass der MONAT, wenn er denn aus seiner Selbständigkeit heraustritt und in einem Verlag erscheinen soll, bei uns erscheinen soll. Nun haben die Herren die Frankfurter Messe benutzt, sich mit Piper zu arrangieren.“⁵⁵

Es ist nicht allein die Tatsache, dass ‚Der Monat‘ an einen anderen Verlag ging – letztlich an S. Fischer und nicht an Piper –, der Witsch zum Bruch mit dem Kongress

⁵³ Vgl. Brandt, Ein Traum, der nicht entführbar ist, S. 339–344.

⁵⁴ Ehem. HAStK, 1514/57, Brief von J. C. Witsch an Rudolf Hagelstange, Unteruhldingen vom 10. 10. 1963.

⁵⁵ Ebenda, Brief von J. C. Witsch an Klaus Harpprecht, Washington D. C. vom 22. 10. 1963.

veranlasste. Entscheidend ist vielmehr, *wie* dabei hinter den Kulissen Stimmung gegen den Verleger gemacht wurde. Dazu zählt auch, dass Gerüchte gestreut wurden, Witsch sei überzeugter Nationalsozialist gewesen und bereits 1933 der NSDAP beigetreten, was nicht der Wahrheit entsprach⁵⁶. Weil fast zeitgleich auch personelle Querelen innerhalb der Kölner Gruppe die Arbeit lähmten, Witsch als ordnender Faktor aber ausfiel, löste sich die Initiative im Laufe des Frühjahrs 1964 sang und klanglos auf.

Dem Ende des gesamten Kongresses kam die Kölner Gruppe damit um etwa drei Jahre zuvor. 1966 wurde durch einen Artikel der ‚New York Times‘ öffentlich, dass die Organisation mit ihren weltweit agierenden Filialen maßgeblich vom amerikanischen Geheimdienst CIA finanziert worden war – entweder auf direktem Wege oder über Stiftungen, die der Tarnung gedient hatten. Hinweise darauf hatte es zwar auch schon in den Jahren zuvor häufiger gegeben, die Führungsspitze des Kongresses hatte sie aber immer wieder als kommunistische Propaganda abtun können. 1966 war das nicht mehr möglich. Der antikommunistische Konsens war zu dem Zeitpunkt längst brüchig geworden.

Mit dem Ende des Kongresses endet auch die Lebensgeschichte von Joseph Caspar Witsch. Am 28. April 1967 stirbt der Verleger im Alter von nur 60 Jahren an den Folgen eines Herzinfarkts. Herbert Wehner, zum damaligen Zeitpunkt Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, hat ihn als langjährigen Herausgeber des ‚SBZ-Archivs‘ gewürdigt: „Dr. Witsch war eine Kämpfernatur. Das hat zuzeiten auch den Stil dieser Zeitschrift geprägt. Doch war er aufgeschlossen für neue Erkenntnisse und Einsichten und von der politischen Notwendigkeit sachlicher Informationen überzeugt.“⁵⁷

Was bleibt schlussendlich von den antikommunistischen Aktivitäten des Dr. Joseph Caspar Witsch? Was hat Bestand? Ein Blick in die Publikationen der Verlagsgruppe Witschs überrascht zunächst. Die Mehrzahl der Bücher ist nämlich faktenorientiert, nüchtern in ihren Beschreibungen und erweckt den Eindruck überwiegend sorgfältig lektoriert worden zu sein. Es gibt allerdings auch abstoßende Kampfschriften, wie das unter dem Pseudonym Karl Richter 1959 erschienene Buch ‚Die trojanische Herde‘. Es entstand in enger Zusammenarbeit zwischen dem gesamtdeutschen Ministerium, dem Verfassungsschutz und Witschs ‚Verlag für Politik und Wirtschaft‘ und listete über 1000 Personen auf, die den kommunistischen *Fellow Travellers* zuzurechnen sein sollten. Witsch hat das gegen den ‚inneren Feind‘ gerichtete Buch verteidigt. Nach berechtigten Einwänden, die einige der darin Diffamierten vorgebracht hatten⁵⁸, so-

⁵⁶ Witsch wurde seit dem 1. 5. 1937 als Mitglied der NSDAP geführt. Die entsprechende Karte der NSDAP-Gaukartei im Bundesarchiv Berlin datiert den Aufnahmeantrag auf den 16. 9. 1937. Witsch hat später wiederholt bestritten, den Aufnahmeantrag selbst gestellt zu haben bzw. überhaupt Mitglied der NSDAP gewesen zu sein. So in einem Schreiben an R. Thomas vom Parteivorstand der SPD, in dem es ausdrücklich heißt: „Ich bin nicht Mitglied der NSDAP gewesen“. AdsD, Bestand Ostbüro der SPD, Sign. 280 II, Brief von J. C. Witsch, Hagen an R. Thomas, Parteivorstand der SPD, Flüchtlingsbetreuungsstelle Ost, Hannover vom 14. 4. 1949. Ähnlich in einem Schreiben an Georg Bock vom deutschen Konsulat in Kopenhagen, in dem es heißt, er wünsche ihm, Bock, „ein politisches Vorleben, das so frei ist von Paktieren mit NSDAP und SED wie das meine.“ Ehem. HASTK, 1514/5, Brief von J. C. Witsch an Georg Bock, Kopenhagen (Dän.) vom 30. 7. 1951.

⁵⁷ Wehner, Dr. Joseph Caspar Witsch ist tot, in: SBZ-Archiv 9 (1967), S. 129.

⁵⁸ Überliefert ist ein Schriftwechsel Witschs mit dem Anwaltsbüro Dix/Lingenberg/Blumenröder aus Köln. Darin geht es um zwei Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung gegen

wie nach ausdrücklicher Kritik von Verlagsautoren wie Heinrich Böll und Heinz von Cramer an dem Buch⁵⁹, kam es zu keiner zweiten Auflage. Das ‚PZ-Archiv‘, das von Witsch zum ‚SBZ-Archiv‘ umgeformt und professionalisiert wurde, durchlief weitere Metamorphosen und existiert in veränderter Form heute noch. Seit 1968 erscheint es als ‚Deutschland-Archiv‘ und widmet sich unter anderem den Problemen des deutschen sowie des europäischen Integrationsprozesses. Autoren, die Witsch im Kontext des ‚Kongresses für kulturelle Freiheit‘ kennen gelernt hatte, vermochte er langfristig an den Verlag zu binden. Unter ihnen der spätere polnische Nobelpreisträger Czesław Miłosz und der italienische Schriftsteller Ignazio Silone. Einige der antikommunistischen Publikationen Witschs sind zu Klassikern geworden, darunter Wolfgangs Leonhards autobiographischer Bericht ‚Die Revolution entlässt ihre Kinder‘ und Manès Sperbers Romantrilogie ‚Wie eine Träne im Ozean‘. Andere wurden in wechselnden Verlagen immer wieder neu aufgelegt; so zum Beispiel Jan Valtins ‚Tagebuch der Hölle‘ in der Reihe ‚Die Andere Bibliothek‘. Die Gesamtheit der von Witsch initiierten oder im Auftrag Dritter erstellten antikommunistischen Publikationen dürfte sich jedoch am ehesten als eine noch zu entdeckende Fundgrube für wissenschaftliche Studien eignen, zum Beispiel über die verschiedenen Konjunkturen bundesdeutscher DDR- und Kommunismusforschung⁶⁰.

Zu einer Bilanz gehört aber auch dies: Bücher und Aktionen der 1950er und 1960er Jahre, die über die Wirklichkeit des Kommunismus informierten, standen nie bloß im Dienst der Aufklärung. Sie waren immer auch geistige und propagandistische Waffen in einem Systemkonflikt, zu dessen Charakteristika die zum Teil manische Fixierung auf den äußeren Feind ebenso zählte wie der menschenverachtende Rigorismus, mit dem im eigenen Land gegen sogenannte innere Feinde vorgegangen wurde. Joseph Caspar Witsch ist bis zu seinem Tod an diese Systemlogik des Kalten Krieges gebunden geblieben – einerseits als ihr Opfer, andererseits aber auch als ihr Motor, als rigider Akteur und umtriebiger Netzwerker.

Witsch, die von dem Verleger Carl B. Glock und der Bibliotheksdirektorin der Wirtschaftshochschule, beide aus Nürnberg, angestrengt worden waren. Beide wurden auf der Seite 232 der ‚Trojanischen Herde‘ als regelmäßige Besucher eines Arbeitskreises der kommunistischen Malerin Dorothea Meyer-Vax denunziert. Siehe dazu: Ehem. HASTK, 1514/50, Briefe von RA Dr. J. Lingenberg an Dr. Witsch vom 12. 1. 1961, 5. 6. 1961, 6. 9. 1961 und 23. 10. 1961 sowie von Dr. Witsch an RA Lingenberg vom 23. 2. 1961. Klaus Körner spricht mit Verweis auf die Deutsche Volkszeitung vom 29. 4. 1960 von sieben als *Fellow Travellers* diffamierten Bürgern, die „erfolgreich gegen Witsch und den Verlag“ klagten. Aus den Verlagsakten lässt sich das nicht verifizieren. Klaus Körner, „SBZ von A–Z“, S. 200.

⁵⁹ Heinrich Böll hatte im Mai 1960 in den Frankfurter Heften unter dem Titel ‚Register-Demokratie‘ eine vernichtende Rezension verfasst, in der er dem Autor vorwarf, seine Enthüllungen „mit dem tödlichen Ernst eines politisch Umgekrempelten“ vorzutragen und ein „Instrument der Verleumdung“ geschaffen zu haben. Heinrich Böll, Register-Demokratie, in: Frankfurter Hefte, 15 (1960) 5, S. 367f. Heinz von Cramer nannte die ‚Trojanische Herde‘ in einem Schreiben an Witsch „ein merkwürdiges Dokument von Denunziantentum und [...] Gesinnungsschnüffelei“, bezichtigte den Verlag der Anwendung von „Stürmer-Methoden“ und kündigte an, er wolle diese „Nachbarschaft“ als Autor künftig meiden. Ehem. HASTK, 1514/45, Brief von Heinz von Cramer, München an J. C. Witsch vom 16. 2. 1960.

⁶⁰ Vgl. Hüttmann, DDR-Geschichte.

Dominik Geppert

Intellektuelle und Antikommunismus

Der Kongress für Kulturelle Freiheit und die Gruppe 47

Wenn man Intellektuelle für allein der Rationalität verpflichtete Sachwalter des Allgemeinwohls hält und Antikommunismus mit einem geistig anspruchslosen, ideologischen Appell an Ängste und Emotionen identifiziert, dann bilden die beiden Begriffe ‚Intellektuelle‘ und ‚Antikommunismus‘ ein Gegensatzpaar. Eine solche Sichtweise ist zwar nicht ungewöhnlich, wäre aber einem allzu positiv aufgeladenen, normativen Intellektuellenbegriff verhaftet. Gleichzeitig verstünde sie antikommunistische Ideologie schlichtweg als falsches Bewusstsein, was bei der geschichtswissenschaftlichen Erforschung des Phänomens kaum weiter führt. Denn in der historischen Realität Mitte des 20. Jahrhunderts waren Intellektuelle und Antikommunismus keineswegs Gegensätze. Vielmehr übte der Antikommunismus eine Zeitlang erhebliche Anziehungskraft und Faszination auf Intellektuelle aus – und zwar nicht nur auf rechte oder konservative Intellektuelle, sondern auch auf solche, die sich selbst als Liberale, Linke oder gar als Sozialisten bezeichneten¹.

Das wohl bekannteste Beispiel für einen Antikommunismus linksliberaler Intellektueller aus der Frühphase des Kalten Krieges ist der Kongress für kulturelle Freiheit, ‚Congress for Cultural Freedom‘ (CCF). Er hatte erstmals ein Jahr nach dem Ende der Luftbrücke im geteilten Berlin getagt und war von einem international zusammengesetzten Komitee veranstaltet worden, das hauptsächlich mit antikommunistisch gesinnten Intellektuellen aus Westeuropa und den Vereinigten Staaten bestückt war. Darunter befanden sich so illustre Namen wie Arthur Koestler, Manès Sperber, Ignazio Silone und Raymond Aron. Aus Amerika kamen unter anderem der Philosoph Sidney Hook, der Publizist James Burnham und der Historiker Arthur M. Schlesinger jun. Zur britischen Delegation gehörten der Historiker Hugh Trevor-Roper, der Schriftsteller Stephen Spender und der Philosoph Alfred Jules Ayer. Frankreich war außer durch Aron unter anderem durch den sozialistischen Politiker André Philip und die Schriftsteller André Malraux, Jules Romain und David Rousset vertreten. Zu den Abgesandten aus Italien zählten neben Silone auch der Politiker Altiero Spinelli und der Philosoph Franco Lombardi. Aus Deutschland nahmen beispielsweise der Philosoph Karl Jaspers, der Schriftsteller Theodor Plievier sowie der Soziologe und Historiker Franz Borkenau teil; Ernst Reuter (SPD) war als Regierender Bürgermeister Berlins ebenfalls anwesend. In den folgenden knapp zwei Jahrzehnten finanzierte und organisierte der CCF durch sein Sekretariat in Paris neben wissenschaftlichen Tagungen eine ganze Reihe anspruchsvoller Kulturzeitschriften: ‚Der Monat‘ in Deutschland, ‚Tempo Presente‘ in Italien, ‚Preuves‘ in Frankreich, ‚Forum‘ in Österreich und ‚Encounter‘ in Großbritannien. Die Geschichte des Kongresses, gerade auch

¹ Das Spannungsverhältnis zwischen den intellektuellen und anti-intellektuellen Facetten des Antikommunismus thematisiert zum Beispiel Faulenbach, Erscheinungsformen des „Antikommunismus“, S. 1–13, bes. S. 2 f.

seine Finanzierung durch den amerikanischen Geheimdienst, ist mittlerweile gut erforscht. Es existieren allein sechs große wissenschaftliche Monographien auf Deutsch, Französisch und Englisch². Hinzu kommen zahlreiche Aufsätze, teils von den beteiligten Akteuren, teils von Historikern verfasst³.

Dieser Beitrag konzentriert sich auf das Verhältnis von Intellektuellen und Antikommunismus im CCF und betrachtet zu diesem Zweck zwei Aspekte der Kongress-Geschichte intensiver, die gegenüber der CIA-Verstrickung häufig ins Hintertreffen geraten sind. Zum einen beleuchtet er die in die Zwischenkriegszeit zurückreichenden Traditionslinien des intellektuellen Antikommunismus nach 1945, die der amerikanische Historiker Udi Greenberg in etwas anderem Zusammenhang jüngst als die Weimarer Wurzeln der Denkgebäude des Kalten Krieges bezeichnet hat⁴. Zum anderen identifiziert er unterschiedliche Strömungen des intellektuellen Antikommunismus innerhalb des CCF und analysiert die sich im Zeitverlauf der 1950er und 1960er Jahre verschiebende politische und ideologische Akzentsetzung innerhalb des Kongresses. Dabei wird deutlich werden, dass sich schon bald der Schwerpunkt vom anfänglich dominierenden radikal-polarisierenden Antikommunismus zur gemäßigten Variante eines stärker konsensorientierten intellektuellen Antikommunismus verschob. Um diese beiden Punkte genauer in den Blick zu nehmen, werden die antikommunistischen Intellektuellen im Kongress für kulturelle Freiheit mit einer anderen Gruppe von Intellektuellen in Beziehung gesetzt, deren Zusammenschluss mitunter fast als Synonym für *die* linken Intellektuellen der Bundesrepublik verwendet wird, die aber selten als dezidiert antikommunistische Intellektuelle gesehen werden: nämlich die Gruppe 47⁵.

I. Der Kongress für Kulturelle Freiheit und die Gruppe 47

Auf den ersten Blick gibt es eine Reihe von Gemeinsamkeiten zwischen dem CCF und der Gruppe 47. Beide sind in der Frühphase des Kalten Krieges entstanden. Die Gruppe 47 kam, wie der Name schon sagt, erstmals 1947 zusammen, der Kongress 1950. Beide sind aus Zeitschriftenprojekten hervorgegangen. Die Gruppe 47 war in gewisser Hinsicht die literarische Fortsetzung jener schon 1949 wieder eingestellten ‚Unabhängigen Blätter der Jungen Generation‘, welche die beiden Schriftsteller Hans Werner Richter und Alfred Andersch unter dem Titel ‚Der Ruf‘ redigierten⁶. Der publizistische Wegbereiter des CCF war die Zeitschrift ‚Der Monat‘, den Melvin Lasky seit 1948 herausgab⁷. Die Gruppe 47 wie der Kongress für kulturelle Freiheit organisierten Tagungen und Seminare, auf denen wichtige Zeitfragen erörtert wurden. Beide ver-

² Vgl. Coleman, *The Liberal Conspiracy*; Grémion, *Intelligence de l'anticommunisme*; Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive?*; Saunders, *Who Paid the Piper?*; Scott-Smith, *The Politics of Apolitical Culture*; Wilford, *The CIA*.

³ Vgl. etwa Laqueur, *Der Kongreß für kulturelle Freiheit*, S. 75–91; Wilford, *‚Unwitting Assets?‘*, S. 42–60; Muraca, *Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen*, S. 155–176.

⁴ Vgl. Greenberg, *Germany's Postwar Re-education*, S. 10–32.

⁵ Siehe zuletzt den Überblick von Arnold, *Die Gruppe 47*.

⁶ Siehe Vaillant, *Der Ruf*.

⁷ Vgl. Scott-Smith, *‚A Radical Democratic Political Offensive‘*, S. 263–280.

standen sich als Zusammenschluss von Intellektuellen, die mit deren klassischen Mitteln – also mit Aufrufen und Manifesten – in den politischen Raum hinein wirkten. Beide verfolgten, ausgesprochen oder unausgesprochen, einen selbst gestellten demokratischen Erziehungsauftrag. Beide wandten sich gegen kulturellen Eskapismus und eine nostalgische Flucht in eine verklarte Vergangenheit. Beide gerieten schließlich in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in die Krise, zerstritten sich untereinander über die Haltung zum Vietnamkrieg und zur ‚Neuen Linken‘ und lösten sich schließlich auf. Die Gruppe 47 zerfiel nach der Tagung in der Pulvermühle 1967⁸. Der CCF brach nicht zuletzt aufgrund des öffentlichen Skandals über seine Finanzierung durch die CIA in den Jahren nach 1967 auseinander⁹.

Anders als der von Anfang an bewusst international aufgestellte CCF, der an T.S. Eliots Idee eines Nationen übergreifenden Netzwerks europäischer Kulturzeitschriften anknüpfte¹⁰, waren die Anfänge des ‚Ruf‘ und der Gruppe 47 betont deutsch, ja provinziell. Zwar richteten Andersch und Richter in ihrer Zeitschrift glühende Appelle an eine nicht näher bestimmte europäische Jugend¹¹, im thematischen Zuschnitt, in der geistigen Ausrichtung und der organisatorischen Reichweite blieb ihre publizistische und künstlerische Arbeit jedoch zunächst weitestgehend im deutschen Kontext verhaftet. Nicht zufällig tagten die Schriftsteller der Gruppe 47 in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren zumeist in Gasthöfen und Landschulheimen in der west- und süddeutschen Provinz. Erst 1954 reisten sie einmal nach Italien, genauer gesagt nach Cap Circeo, hundert Kilometer südlich von Rom. 1964 ging es nach Sigtuna in Schweden und zwei Jahre später über den Atlantik zu der wegen des amerikanischen Vietnamkrieges heftig umstrittenen Tagung in Princeton.

Ein mindestens ebenso wichtiger Unterschied zwischen den beiden Gruppierungen ist in ihrem ganz verschieden gearteten Verständnis von Sozialismus und Demokratie zu sehen und in den konträren Auffassungen darüber, welchen Ort das Deutschland nach Hitler in der Welt einzunehmen habe. Hans Werner Richter und Alfred Andersch huldigten im ‚Ruf‘ der Vision eines humanitären Sozialismus in einem neutralen Deutschland, das als Brücke zwischen Ost und West, zwischen sowjetischem Kommunismus und amerikanischem Kapitalismus dienen sollte; an dieser Perspektive hielten sie auch nach ihrem Ausscheiden aus der Zeitschrift zunächst fest¹². Ihre Hoffnungen richteten sich auf ein demokratisches und sozialistisches Europa, das die Exzesse sowohl des Nationalismus als auch des Kapitalismus hinter sich lassen und gleichzeitig die Fehler der kommunistischen Diktatur nicht wiederholen würde. Sie forderten einen radikalen Bruch mit der Vergangenheit, bei dem es nicht nur darum gehen sollte, die Reste des Nationalsozialismus, sondern auch Kapitalismus und liberale Demokratie zu überwinden, hatten letztere doch ihrer Ansicht nach die faschistische Diktatur erst möglich gemacht. Die soziale Kraft, die hinter dieser Revolution stehen sollte, war für Richter und Andersch die junge Generation, die unter der Nazi-herrschaft aufgewachsen war und einerseits die totalitäre Diktatur verabscheute,

⁸ Siehe etwa Arnold, Ein kritischer Grundriß, S. 251–285.

⁹ Siehe zum Beispiel Wilford, The CIA.

¹⁰ Vgl. Eliot, Die Einheit; siehe Scott-Smith, ‚A Radical Democratic Political Offensive‘, S. 274.

¹¹ Siehe etwa Andersch, Das junge Europa formt sein Gesicht, S. 19–25.

¹² Siehe hierzu und zum Folgenden Geppert, Bridge over Troubled Water.

andererseits aber auch keinerlei Sympathien für Kapitalismus oder Liberalismus hegte, die sie nie kennengelernt hatte.

Im Gegensatz zum ‚Ruf‘ stand der ‚Monat‘ hingegen von Beginn an unter dem Primat des Antikommunismus und verfocht den Standpunkt, dass Deutschland als Teil Europas zu einer westlichen Kultur- und Wertegemeinschaft gehöre oder zumindest wieder gehören solle, die sich fundamental und sozusagen unüberbrückbar vom östlichen Bolschewismus sowjetischer Prägung unterschied und gegen dessen Herrschaftsansprüche verteidigt werden musste – nicht nur politisch-militärisch, sondern gerade auch geistig-intellektuell¹³. Ganz in diesem Sinne sah der Kongress für kulturelle Freiheit seine Aufgabe darin, die europäischen Intellektuellen um einen antitotalitären Konsens zu versammeln, der auf den Grundwerten der Gedankenfreiheit und des freien Meinungs austausches beruhte. Anfang der 1950er Jahre, in der ersten Hochphase des Kalten Krieges, hatte dieser antitotalitäre Konsens eindeutig eine viel stärker antikommunistische als antifaschistische Stoßrichtung. Er zielte in erster Linie auf kommunistische *Fellow Travellers* oder Neutralisten unter den europäischen Intellektuellen, die wie Andersch und Richter eine Parteinahme für eine Seite im Ost-West-Gegensatz ablehnten. Nicht umsonst war die Gründungsveranstaltung in Berlin als westliche Antwort auf die ‚Friedenskongresse‘ in Breslau, New York, Paris und Prag konzipiert worden, die 1948 und 1949 im Rahmen der Neutralitätskampagne des Kommunistischen Informationsbüros (Kominform) die Unterstützung vieler Intellektueller in Europa und den USA gefunden hatten.

Einer der führenden Vertreter eines kämpferischen Antikommunismus, der amerikanische Publizist James Burnham, widmete seinen Redebeitrag auf dem Kongress in Berlin ganz und gar der Kritik des Neutralismus. Zwischen „Freiheit und Sklaverei“ sei kein Raum mehr für eine „Dritte Kraft“, argumentierte er¹⁴. Militärisch, wirtschaftlich und politisch sei für Europa ein Beharren auf Neutralität der sicherste Weg zum Verlust seiner Unabhängigkeit, weil es sich aus eigener Kraft, ohne amerikanische Unterstützung, nicht verteidigen und auch nicht ökonomisch gesunden könne. Selbst wenn der Marshallplan eine „Erfindung des amerikanischen Imperialismus“ sei, wie die Kommunisten behaupteten, wäre ein „Imperialismus“, der Europa Waren im Wert von 15 Milliarden Dollar zuführe, einer als „Befreiung“ deklarierten Politik der Sowjetunion vorzuziehen, „die aus dem europäischen Osten Werte in gleicher Höhe herauspresst“. Auch intellektuell hielt Burnham eine Äquidistanz für ausgeschlossen: „Coca-Cola mag ein scheußliches Getränk sein, aber die Scheußlichkeit Katyns oder Kolymas ist von einer anderen Kategorie.“ Er gebe gern zu, dass amerikanische Comics und die amerikanischen Radioprogramme etwas Gräuliches seien; trotzdem gebe er ihnen „vor der NKWD den Vorzug“¹⁵.

In eine ähnliche Richtung zielte Arthur Koestlers These, dass der Gegensatz „rechts oder links“ unter den Verhältnissen des Kalten Krieges seinen Sinn verloren habe. Koestler hatte sieben Jahre lang der KPD angehört, bevor er sich 1937/38 unter dem Eindruck der stalinistischen Säuberungen und Schauprozesse vom Kommunismus abwandte und zum entschiedenen Antikommunisten wurde. Europa, so argumen-

¹³ Vgl. Scott-Smith, ‚A Radical Democratic Political Offensive‘, S. 272.

¹⁴ Burnham, *Die Rhetorik des Friedens*, S. 454.

¹⁵ Ebenda, S. 453.

tierte er 1950 in Berlin, erlebe eine Art der „sprachlichen Inflation“, die einen „Schwarzen Markt der Sprache“ geschaffen habe, „auf dem Worte zu einem illegalen Kurs gehandelt werden, der grundverschieden von ihrem offiziellen Kurs“ sei. Das gelte nicht nur für den Schwarzhandel mit Begriffen wie „Volksdemokratie“ oder „Friedensoffensive“, sondern auch für etablierte Gegensatzpaare wie „rechts oder links“ und „Sozialismus oder Kapitalismus“. Der Ausdruck „die Linke“ etwa sei zu einem „schädlichen Anachronismus“ geworden, weil er zu der falschen Annahme verführe, dass es eine Art von kontinuierlichem Spektrum zwischen der gemäßigten und der extremen „Linken“ gebe, „eine Geistesverwandtschaft zwischen den fortschrittlichen Liberalen und den Anbetern der Tyrannei und des Terrors“. Nicht mehr Sozialismus oder Kapitalismus, Planung oder Markt, Staatsbesitz oder Privateigentum lauteten die alles entscheidenden Alternativen, sondern „totale Tyrannei gegen relative Freiheit“¹⁶.

Der kämpferische Antikommunismus von Intellektuellen wie Burnham und Koestler ging einher mit Forderungen nach einer geistigen Befreiungspolitik, einem intellektuellen *Rollback avant la lettre*, wenn man so will. Burnham etwa kritisierte in seiner Berliner Rede die Neutralisten gerade auch dafür, dass sie sich nicht um das Schicksal der osteuropäischen Nationen unter sowjetischer Herrschaft scherten. Was halte man wohl in Städten wie Warschau, Kiew, Riga, Bukarest, Prag, Leipzig, Budapest oder Leningrad von dem Bemühen, „die europäischen Werte durch Neutralität gegen die vereinten Angriffe Washingtons und Moskaus zu verteidigen“?, fragte er rhetorisch¹⁷. Burnham selbst beließ es nicht bei bloßen Worten. Er plante vielmehr mit polnischen Exilanten aus dem Kreis um die Zeitschrift ‚Kultura‘, irgendwo in Westeuropa eine Universität für Emigranten aus Osteuropa aufzubauen. Dabei ging es ihm nicht um ein wissenschaftliches Unternehmen: „If what you have in mind is a long-term, rather academic and ‘objective’ institution“, schrieb er an den polnischen Maler und Kunstkritiker Jozef Czapski, „it has little interest for me. [...] But a center which would be in effect an institutional weapon in the war, and a training ground for the liberation of Eastern Europe would be another matter.“¹⁸

Der leidenschaftliche, kämpferische und manichäische Antikommunismus à la Koestler und Burnham mit seiner unerbittlichen Stoßrichtung gegen *Fellow Travellers* und Neutralisten lässt sich über Stalins Tod 1953 hinaus in der Publizistik des Kongresses finden. So polemisierte beispielsweise im Frühjahr 1958 Friedrich Torberg in der österreichischen Schwesterzeitschrift des ‚Monat‘, dem ‚Forum‘, in ätzender Schärfe gegen die Anti-Atomtod-Proteste linksliberaler deutscher Intellektueller um Hans Werner Richter und den von ihm 1956 gegründeten Grünwalder Kreis.¹⁹ Der österreichische Schriftsteller warf den Protestierern vor, sie unterschätzten die tödliche Gefahr, die weiterhin von der Sowjetunion ausgehe. Die gegen die Atomrüstung opponierenden Intellektuellen erinnerten ihn an einen „umgekehrte[n] Don Quichote, der den Riesen für eine Windmühle hält“. Dem einen oder anderen unterstellte er

¹⁶ Koestler, Das falsche Dilemma, S. 436f., 441.

¹⁷ Burnham, Die Rhetorik des Friedens, S. 453.

¹⁸ Burnham an Czapski, 20. 10. 1948, zitiert nach: Wiaderny, Der Kongress für kulturelle Freiheit, S. 58.

¹⁹ Siehe dazu Geppert, Alternativen zum Adenauerstaat, S. 141–152.

sogar, er ziele auf den „Abschluß einer kleinen Rückversicherungspolizze [sic] [...] für den Fall der Fälle, man weiß ja nie, was kommt“. Der Artikel schloss mit der Bemerkung, die Parole „Lieber tot als Sklav!“ sei „ungleich anspruchsvoller“ als die Parole „Gegen den Atomtod!“²⁰.

II. Traditionslinien des intellektuellen Antikommunismus

Vor dem Hintergrund derartiger Polemiken und angesichts der über ein Jahrzehnt zurückreichenden Frontstellung des Kongresses gegen den Neutralismus mag es verwundern, dass Hans Werner Richter keine zwei Jahre später, im März 1960, ernsthaft darüber nachdachte, mit dem Kongress für kulturelle Freiheit zu kooperieren, um eine deutsch-amerikanische Stiftung ins Leben zu rufen, die er „1848-Gedächtnis-Stiftung“ nennen wollte²¹. Dieser bemerkenswerte Plan – aus dem freilich ebenso wenig etwas wurde wie aus der Stiftung selbst – war kein Einfallsblick aus heiterem Himmel. Schon anlässlich der Berliner Tagung der Gruppe 47 im Haus am Rupenhorn Mitte Mai 1955 hatten die Schriftsteller auf Einladung von Lasky die Redaktion des ‚Monat‘ besucht²². Im Frühjahr 1956 nahm die Hamburger Regionalgruppe des CCF mit dem Grünwalder Kreis Kontakt auf. Man plante eine enge Kooperation, und einige Mitglieder des Hamburger CCF nahmen tatsächlich auch an der einen oder anderen Veranstaltung des Grünwalder Kreises teil²³. Drei Jahre später, im April 1959, traf sich Richter mit Walter Hasenclever, damals Mitarbeiter des ‚Monat‘ und später, ab 1963, Geschäftsführer und Programmleiter des von Walter Höllerer initiierten Literarischen Colloquiums in Berlin. Man verstand sich glänzend, versicherte einander gegenseitiger Wertschätzung und Sympathie und vereinbarte, künftig zusammenzuarbeiten. Nicht zufällig lief Richters Anfrage wegen der deutsch-amerikanischen Stiftung über Hasenclever.

Wie kam es zu diesen Kontakten? Wie ist die bemerkenswerte Kehrtwendung zu erklären? Zwei Gründe sollen im Folgenden etwas genauer betrachtet werden, weil sie wichtige Hinweise über die geistigen Verbindungslinien zur Zwischenkriegszeit als auch hinsichtlich der eingangs erwähnten verschiedenen Strömungen innerhalb des CCF und dessen Veränderung im Verlauf der 1950er Jahre geben.

Der erste Grund für die Annäherung des CCF an Männer wie Hans Werner Richter ist darin zu sehen, dass man, zumindest teilweise, denselben intellektuellen Traditionslinien entstammte und ähnliche biographische Erfahrungen gemacht hatte. Wie Hans Werner Richter waren auch Zentralfiguren des CCF in den 1920er und frühen 1930er Jahren selbst Kommunisten gewesen. Das galt für Koestler, Burnham, Sperber, Silone und Lasky ebenso wie für Plievier oder Borkenau²⁴. Auch die Stationen der Desillusionierung und schließlich der enttäuschten Abwendung vom kommunistischen „Gott, der keiner war“ ähnelten einander: die erbarmungslose Verfolgung von Abweichlern

²⁰ Torberg, „Fast das ganze geistige Deutschland...“, S. 167.

²¹ Richter an Hasenclever, 26. 3. 1960, abgedruckt in: Cofalla, Briefe, S. 301 f.

²² Vgl. Böttiger, Die Gruppe 47, S. 217.

²³ Siehe Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?, S. 428 f.

²⁴ Siehe Muraca, Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen.

innerhalb und außerhalb der Sowjetunion, die kommunistischen Säuberungen linker Gruppierungen im Spanischen Bürgerkrieg, der Große Terror und die Schauprozesse in Moskau 1936 bis 1938 und schließlich der Hitler-Stalin-Pakt vom August 1939²⁵.

Schon Zeitgenossen haben behauptet, der leidenschaftliche Hass und die ideologische Unerbittlichkeit, mit denen Männer wie Koestler oder Burnham dem Kommunismus entgegentraten, sei die typische Überreaktion kommunistischer Konvertiten gewesen, die nicht anders als in den Kategorien von Schwarz und Weiß denken könnten. Er sehe sich in seiner Ansicht bestärkt, schrieb der britische Historiker Hugh Trevor-Roper, der selbst am Kongress in Berlin teilgenommen hatte, „dass eine befriedigende Lösung von denjenigen kommen wird, die jenen obskurantistischen Unsinn, dessen Bodensatz nie ganz aus dem System ausgeschieden werden kann, nie geschluckt haben und somit auch nicht erbrechen mussten“²⁶. Dieser Erklärungsansatz kann nicht komplett überzeugen, denn es gab Exkommunisten, die anders reagierten und die Verteidigung der Freiheit eher über die Initiierung eines transnationalen intellektuellen Dialogs als durch die direkte Konfrontation mit dem Kommunismus erreichen wollten. Daniela Muraca hat jüngst Ignazio Silone als führenden Repräsentanten dieser Richtung charakterisiert und zwischen einer Koestler- und einer Silone-Strömung im CCF unterschieden²⁷.

Hilfreicher ist die Beobachtung, dass viele exkommunistische Mitglieder des CCF in den 1930er Jahren keine Stalinisten gewesen waren, sondern Trotzlisten. Das gilt beispielsweise für Burnham und Lasky, aber auch für Sidney Hook und Irving Kristol aus der trotzkistischen Intellektuellenszene um die New Yorker Zeitschrift ‚Partisan Review‘²⁸. David Rousset war 1935 wegen ‚Trotzkismus‘ aus der französischen sozialistischen Partei, der *Section française de l'Internationale ouvrière* (SFIO) ausgeschlossen worden und hatte im Jahr darauf die trotzkistische *Parti ouvrier internationaliste* (POI) mit aus der Taufe gehoben. Sie alle hatten zwar in der zweiten Hälfte der 1940er Jahre nicht nur dem Trotzkismus, sondern auch dem Sozialismus längst den Rücken gekehrt. Aber ihre trotzkistischen Wurzeln sind wichtig, weil sie sowohl den elitären Grundzug des CCF erklären helfen als auch die Wertschätzung der Kultur – nicht um ihrer selbst willen, sondern als Vehikel politischer Agitation und sozialer Emanzipation, gleichsam als subversive Ergänzung der Politik, als Fortführung der Politik mit anderen Mitteln. „Art, like science, not only does not seek orders, but by its very essence, cannot tolerate them“, hatte Trotzki 1938 in der ‚Partisan Review‘ geschrieben. Und weiter heißt es in dem Artikel: „Truly intellectual creation is incompatible with lies, hypocrisy and the spirit of conformity.“²⁹

Hans Werner Richter, der 1932 als „trotzkistischer Abweichler“ aus der deutschen KP ausgeschlossen worden war, ist ebenfalls zu den Verfechtern einer derartigen Elitenpolitik zu zählen, bei der einer Avantgarde von Gleichgesinnten ein besonderer Erziehungsauftrag zukommen sollte und bei der die Kultur für letztlich politische Zwecke in den Dienst genommen wurde – oder anders ausgedrückt: bei der Politik

²⁵ Siehe Crossman, *The God that Failed*; für Richter siehe Cofalla, *Briefe*, S. 49–67, 83 f.

²⁶ Zitiert nach: Muraca, *Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen*, S. 166.

²⁷ Vgl. Muraca, *Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen*.

²⁸ Vgl. Wald, *The New York Intellectuals*.

²⁹ Zitiert nach: Scott-Smith, ‚A Radical Democratic Political Offensive‘, S. 268.

und Kultur in eins gesetzt wurden. So ließe sich jedenfalls seine Motivation als Initiator und *spiritus rector* der Gruppe 47 erklären. Richter sah deren Erfolgsgeheimnis in einem Prinzip des indirekten Einflusses. „Man lässt Texte lesen“, heißt es dazu im Herbst 1966 in seinem Tagebuch, „man lässt sie kritisieren. Es ist unwichtig, ob die Texte etwas besser oder schlechter sind, ob die Kritik brilliant oder nicht brilliant ist, es entsteht, so oder so, Kommunikation, es entsteht, setzt man dies Jahr für Jahr fort, ein literarisches Zentrum, ein literarischer Existenzmittelpunkt, es entsteht das, was ich den indirekten Einfluss nenne. Er muss sich – in einer demokratischen Gesellschaft – auch politisch auswirken. Dieser Einfluss ist unmerklich, kaum wahrnehmbar. Dennoch bewirkt er mehr als alle Programme, alle Manifeste, mehr als jeder Versuch unmittelbar Einfluß zu nehmen.“³⁰

III. Wandlungen des intellektuellen Antikommunismus

Die gemeinsamen weltanschaulichen Wurzeln im Kommunismus beziehungsweise im Troztkismus erklären jedoch nur die ähnlichen *Methoden* politischer Einflussnahme, nicht die *inhaltliche* Annäherung von CCF und Richters politisch-literarischen Aktivitäten in der Gruppe 47, im Grünwalder Kreis und in der Initiative ‚Kampf dem Atomtod‘. Um diese inhaltliche Annäherung zu verstehen, muss man bedenken, dass die gegensätzlichen Positionen der Neutralisten und der Antikommunisten aus den späten 1940er und frühen 1950er Jahren nicht in Stein gemeißelt waren. Die Hochphase neutralistischer Visionen, denen auch Richter und Andersch im ‚Ruf‘ angehangen hatten, ging bereits 1947 ihrem Ende entgegen. Schon zur Jahreswende 1947/48 war die Mehrzahl der westdeutschen Intellektuellen auf eine mehr oder weniger deutlich antikommunistische und prowestliche Linie eingeschwenkt. Bei dem zweiten deutschen Schriftstellerkongress, der im August 1948 in Frankfurt am Main, unweit des amerikanischen Hauptquartiers, zusammenkam und an dem auch Hans Werner Richter teilnahm, dominierte bereits ein liberaldemokratischer, antitotalitärer Freiheitsbegriff³¹.

Richters schrittweise mentale Ankunft in der Bundesrepublik und seine Wandlung vom Neutralisten und Gegner des ‚Adenauer-Staates‘ in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren hin zum parteipolitischen Engagement für Willy Brandts Sozialdemokratie kann hier nur in groben Zügen umrissen werden. Zentral war eine veränderte Einstellung zur Parteipolitik und insbesondere zur SPD. Sein Engagement für die Sozialdemokratie begann in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre mit dem Grünwalder Kreis und gipfelte in der Wahlkampfhilfe vieler Schriftsteller der Gruppe 47 für die SPD in den Bundestagswahlkämpfen 1961, 1965, 1969 und 1972³². Mit der Annäherung an die Bundesrepublik ging auch eine Veränderung des Selbstverständnisses als Intellektueller einher. Diese führte weg von der Parteienskepsis der Weimarer Zeit und von der traditionellen prinzipienbewussten Distanz zu den Sphären von Macht und Herrschaft hin zur Republik, nicht nur als abstrakte Idee, sondern als

³⁰ Tagebuch, 1. 10. 1966; zitiert nach: Geppert, Hans Werner Richter, S. 217.

³¹ Vgl. Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?, S. 144f.

³² Vgl. Geppert, Von der Staatskepsis zum parteipolitischen Engagement.

notwendigerweise unvollkommene Wirklichkeit. Über die mühsame und spannungsreiche Annäherung an die SPD gelangte ein Intellektueller wie Richter damit letztlich auch zu einer Anerkennung des politischen Systems der Bundesrepublik.

Mit Blick auf die Gruppe 47 ließe sich die These vertreten, dass den antikommunistischen Aufwallungen in der Folge des Mauerbaus zwar keine auslösende, aber doch eine wichtige katalytische Wirkung in diesem Prozess der systemkonformen Politisierung zukam. Die organisatorische Trennung von politischen und literarischen Aktivitäten der Gruppe 47, so könnte man argumentieren, endete mit dem Mauerbau im Sommer 1961. Durch das Engagement gegen die Atombewaffnung waren einige ihrer Mitglieder zwar schon zuvor politisiert worden, aber eben außerhalb der Gruppe 47: im Grünwalder Kreis, in der Initiative ‚Kampf dem Atomtod‘. Spätestens seit dem Welterfolg von Grass’ ‚Blechtrummel‘ 1959 war der Gruppenname auch einer breiteren Öffentlichkeit ein Begriff. Mit dem Mauerbau kam die persönliche Betroffenheit von in Berlin lebenden Gruppenmitgliedern wie Wolfdietrich Schnurre und Günter Grass sowie von Richter selbst hinzu, dessen Familie in Bansin auf Usedom lebte. Schnurre und Grass richteten an den Schriftstellerverband der DDR die Forderung, zum Bau der Mauer nicht zu schweigen: „Wer den Beruf des Schriftstellers wählt, muss zu Wort kommen, und sei es nur durch ein lautes Verkünden, er werde am Sprechen gehindert.“³³ Richter verfasste einen Brief an Chruschtschow und beschuldigte SED-Chef Walter Ulbricht, die Menschenrechte zu verletzen, den Frieden zu gefährden und gegen die Grundsätze des Sozialismus zu verstoßen³⁴.

Nach dem Mauerbau ging es Richter um eine stärkere Politisierung der Gruppe 47. Dem WDR-Redakteur Roland Wiegenstein schrieb er, er wolle wieder „eine auch politisch engagierte Gruppe haben“. Angesichts der Mauer sei ihm „eine nur literarische Gruppe ein Greuel“³⁵. In ähnlichem Ton wandte er sich auch an Schnurre: „Wir können diese Dinge [gemeint war der Mauerbau, D.G.] nicht hinnehmen. Auch in den nächsten Monaten werden wir uns immer wieder zu Wort melden müssen. [...] Günter Grass meinte, bevor ich abfuhr: Jetzt muss die Gruppe strapaziert werden. Ja, wir werden sie strapazieren.“³⁶ Anfangs blieb das Engagement durchaus noch gewissen überkommenen Denkmustern der Äquidistanz und des Neutralismus verhaftet. So forderten etwa zahlreiche Mitglieder der Gruppe 47 die UNO in einem offenen Brief auf, ihren Sitz nach Berlin zu verlegen, um nach dem Mauerbau die Sicherheit der geteilten Stadt zu gewährleisten³⁷. Auch in dem Band ‚Die Mauer oder der 13. August‘, den Richter im Herbst 1961 herausgab, spiegelt sich das Bemühen, auf keinen Fall in eine Rhetorik des Kalten Krieges zu verfallen. Das Buch liege ihm wie ein Stein auf der Brust, schrieb Richter damals an Fritz J. Raddatz. Es sei ihm, als schleppe er die ganze Mauer mit sich herum, „auf meinem Rücken sozusagen und oben auf der Mauer sitzt Schnurre [der schärfste Kritiker des Mauerbaus aus den Reihen der Gruppe 47, D.G.] und hört nicht auf zu schreien. Das macht mich ganz verrückt. Ich schlafe schon schlecht und in meinen Träumen sitzt mir dann Schnurre in einem Ohr

³³ Abgedruckt in: Richter, *Die Mauer*, S. 65f.

³⁴ Abgedruckt in: ebenda, S. 120–123.

³⁵ Richter an Wiegenstein, 26. 9. 1961, abgedruckt in: Cofalla, *Briefe*, S. 368.

³⁶ Richter an Schnurre, 26. 9. 1961, in: ebenda, S. 362f.

³⁷ Abgedruckt in: Lettau, *Die Gruppe 47*, S. 455–458.

und Hermlin [als Sprecher der DDR-konformen Schriftsteller, D.G.] in dem anderen und meine Familie sitzt im Gefängnis und das ‚Gewissen der Nation‘ ist geplatzt“³⁸.

Solchen Gewissensnöten zum Trotz bleibt festzuhalten, dass sich Richter und mit ihm beträchtliche Teile der Gruppe 47 infolge der Mauerkrise eindeutig für den Westen und gegen das SED-Regime aussprachen, insofern also eine klar antikomunistische Position bezogen. Was die Mauer anbetreffe, schrieb Richter an den Publizisten Gerhard Schoenberger, so sei sie „ein Rudiment stalinistischer Politik, wie Ulbricht sowohl in seiner Strategie wie in seiner Taktik immer ein Anhänger Stalins war und bleiben wird. Nach meiner Ansicht muss sowohl die Mauer wie Ulbricht weg.“³⁹ Das begeisterte Engagement Richters und anderer für Willy Brandt und dessen ‚Neue Ostpolitik‘, so ließe sich formulieren, ist gerade auch darauf zurückzuführen, dass ein ‚Wandel durch Annäherung‘ gleichsam eine Brücke schlug zwischen den gesamtdeutsch-sozialistischen Neutralitätsvisionen der späten 1940er Jahre und der mittlerweile als immer positiver anerkannten Verankerung der Bundesrepublik im Westen.

Die Person Willy Brandts führt zum Kongress für kulturelle Freiheit zurück. Denn jener war neben Carlo Schmid eines der sozialdemokratischen Aushängeschilder des Kongresses. In seinem Umfeld als Regierender Bürgermeister von West-Berlin befanden sich zahlreiche Mitglieder aus verschiedenen Regionalbüros des CCF: etwa der Redenschreiber Klaus Harpprecht aus Köln oder Siegfried Lenz aus Hamburg (letzterer bildete eine weitere direkte personelle Brücke zur Gruppe 47). Schon bald nach dem Mauerbau, im September 1961, entwickelten Brandt und sein engster Berater Egon Bahr in einem Treffen mit verschiedenen Mitarbeitern des ‚Monat‘ erste politische Konsequenzen aus der Abriegelung der innerstädtischen Grenze, bei denen es sowohl um die Wiederherstellung der Freizügigkeit innerhalb der Stadt ging als auch um die Akzeptanz West-Berlins als integraler Bestandteil der Bundesrepublik: wenn man so will, eine konzeptionelle Keimzelle der Strategie des ‚Wandels durch Annäherung‘⁴⁰.

Diese Überlegungen stellten keinen deutschen Sonderweg innerhalb des CCF dar, sondern bewegten sich auf der Generallinie des Pariser Sekretariats. Der Wandel macht deutlich, dass die 1950er Jahre auch am Kongress für kulturelle Freiheit nicht spurlos vorübergegangen waren. Pointiert gesagt: Die Silone-Linie intellektuellen Austausches hatte sich gegen die Koestler-Linie eines kämpferischen Antikommunismus durchgesetzt⁴¹. Nicht zufällig war Koestler selbst schon im Sommer 1951 aus dem CCF ausgeschieden – mit der bezeichnenden Begründung, was als „politische Kraft gegründet“ worden sei, habe sich „in eine verweichlichte Kunstbewegung verwandelt“⁴². Die Veränderung der Tonlage wie der inhaltlichen Schwerpunkte hatte eine Reihe von Gründen: den Tod Stalins, den Niedergang der Weltfriedensbewegung, das in den Aufständen in Ostdeutschland, Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn 1953 und 1956 deutlich werdende Legitimationsdefizit der kommunistischen Herr-

³⁸ Richter an Raddatz, 7. 11. 1961, in: Cofalla, Briefe, S. 376.

³⁹ Richter an Schoenberger, 16. 11. 1961, in: Cofalla, Briefe, S. 383f.

⁴⁰ Hochgeschwender, Freiheit in der Offensive?, S. 522f.

⁴¹ Vgl. Muraca, Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen.

⁴² Zitiert nach: ebenda, S. 169.

schaft in Ostmitteleuropa, die Marginalisierung der Kommunistischen Parteien in Westeuropa (sogar in ihren Hochburgen Frankreich und Italien), die Transformation der westeuropäischen gemäßigten Linken in „Volksparteien modernen Typs“ (Hochgeschwender) und ganz allgemein das sich ausbreitende Gefühl, der Westen habe den Kalten Krieg der Ideen gegen den Osten gewonnen und die westlichen Gesellschaften besäßen nun überzeugende Antworten auf die ideologischen wie praktischen Herausforderungen durch den Marxismus bolschewistischer Spielart. Nicht mehr Koestlers „totale Tyrannei gegen relative Freiheit“ war die Losung, sondern die These vom „Ende der Ideologien“, die auf der berühmten Mailänder Großtagung des CCF 1955 verhandelt wurde⁴³.

Dadurch verschoben sich für den CCF die Akzente innerhalb des Antitotalitarismus: weg von der alleinigen Konzentration auf den Antikommunismus, hin zu einer neuen Aufmerksamkeit für vermeintliche oder tatsächliche Gefährdungen westlich-liberalen Gedankenguts von rechts. ‚Refaschisierung‘ wurde das damals genannt. Gemeint waren nicht nur Publikationen rechtsextremer Verlage und Autoren als Nährboden für das erneute Wuchern nationalsozialistischer Denkmuster, sondern auch personelle Kontinuitäten zur NS-Zeit in Justiz, Schule und Verwaltung, fortbestehende ideologische Verbindungslinien in Teilen der Schulbuchliteratur, auch die Sorge vor einer Rückkehr zu verhängnisvollen militaristischen Traditionen angesichts des seit Januar 1956 anlaufenden Aufbaus der Bundeswehr. In Gestalt dieser Bedrohungsszenarien ergaben sich zusätzliche Berührungspunkte mit Intellektuellen wie Richter und seinem Grünwalder Kreis, der sich ausdrücklich als ‚demokratische Feuerwehr‘ gegen derartige Tendenzen verstand⁴⁴. Nicht zufällig liefen Richters Kontakte zum CCF über die Regionalbüros in Hamburg, Köln und München, wo diese neue Ausrichtung besonders stark vertreten war. Ein Vertreter des alten kämpferischen Antikommunismus wie Friedrich Torberg hingegen wurde für seine vorhin zitierten Attacken auf Hans Werner Richter von der Zentrale in Paris im Frühjahr 1959 ausdrücklich gerügt und zurückgepiffen.⁴⁵

Aus der Sicht der Kongress-Zentrale in Paris waren dabei wohl nicht nur die geschilderten Gemeinsamkeiten im Kampf gegen antidemokratische und antiliberalen Gefährdungen von rechts wichtig. Vielmehr dürfte auch die Erkenntnis eine Rolle gespielt haben, dass man vielleicht den Kalten Krieg der Ideen gewonnen hatte, dass aber das intellektuelle *Rollback*, das Männern wie Koestler und Burnham vorge-schwebt hatte, spätestens nach der Niederschlagung des Ungarn-Aufstands im Herbst 1956 gescheitert war. Das *Collège d'Europe*, für das Burnham zusammen mit den Exilpolen der Zeitschrift ‚Kultura‘ geworben hatte, stellte 1958 seine Tätigkeit ein⁴⁶. Unter diesen Umständen waren es nicht mehr radikale Antikommunisten wie Burnham und Koestler, die am Engagement für die unterdrückten Völker in Ostmitteleuropa festhielten, sondern ehemalige Neutralisten vom Schlage Hans Werner Richters. So forderte der bereits erwähnte Publizist Gerhard Schoenberger für die Berliner Regionalgruppe des Grünwalder Kreises den Ausbau von Kontakten zu polnischen Schrift-

⁴³ Vgl. Scott-Smith, *The Politics of Apolitical Culture*.

⁴⁴ Vgl. Geppert, „Kreuzwegqual zwischen Literatur und Politik“, S. 347.

⁴⁵ Vgl. Hochgeschwender, *Freiheit in der Offensive?*, S. 493 f.

⁴⁶ Vgl. Stöver, *Die Befreiung* (Kap. 9).

stellern, um damit kritischeren Stimmen in der polnischen Gesellschaft Gehör zu verschaffen und den Pluralismus in der Volksrepublik zu stärken⁴⁷. Richter selbst warb für die Errichtung sogenannter „fliegender Universitäten für Ostprobleme“ in Form von Vorlesungszyklen und Gastvorträgen zur marxistischen Philosophie und Ökonomie, zum historischen Materialismus, Stalinismus, zur Sowjetunion und DDR an Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen⁴⁸. Die Forderung nach verbesserten Informationen über den ‚Feind im Osten‘ schien in der Situation des Jahres 1957 konsensfähig, alles, was darüber hinaus ging – etwa Ernst Noltes Vorschlag einer Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze –, zunächst noch nicht.

Selbst diese zögerlichen Aktivitäten wurden in Moskau und Ost-Berlin als Bedrohung wahrgenommen. Das geht aus einer umfangreichen Akte des DDR-Staatsicherheitsdienstes über den Grünwalder Kreis hervor⁴⁹. Im Januar 1957 bekam das Ministerium für Staatssicherheit in Ost-Berlin einen streng vertraulichen Hinweis aus Moskau, den Kreis im Auge zu behalten, weil er womöglich Kontakte „mit solchen Personen aus Polen und der DDR“ aufnehmen wolle, die „eine ‚Liberalisierung‘ anstreben“⁵⁰. Auch Verbindungen mit dem Petöfi-Kreis, einem intellektuellen Zentrum der ungarischen Revolution von 1956, hielt Moskau für möglich. Derartige Beziehungen erschienen in der Situation des Jahres 1957, vor dem Hintergrund des gerade erst blutig niedergeschlagenen Volksaufstandes in Ungarn sowie der vorangegangenen Unruhen in Polen, besonders gefährlich. Die Spionageabwehr des DDR-Ministeriums für Staatssicherheit bestätigte die Einschätzung der sowjetischen Kollegen. Der Grünwalder Kreis, so glaubte man, strebe danach, „innerhalb des sozialistischen Lagers die Meinungsdivergenzen auszunutzen, um die sogenannte Liberalisierung zu erreichen, die zu einer völligen Aufweichung“ führen solle⁵¹.

IV. Resümee

Abschließend lässt sich somit feststellen, dass es *den* Antikommunismus linker Intellektueller in der Bundesrepublik nicht gab. Er existierte vielmehr in verschiedenen Schattierungen und in verschiedenen Mischungsverhältnissen von Antikommunismus und Antifaschismus. Gleichzeitig bleibt auch zu konstatieren, dass die Polarisierung ‚hier Neutralist, dort Kalter Krieger‘ im Verlauf der 1950er Jahre an Bedeutung verlor und einer größeren Einigkeit in der Verschiedenheit Platz machte. Dazu leistete gerade auch ein antikommunistischer Grundkonsens seinen Beitrag. Ein gemäßigter Antikommunismus, wie ihn Silone oder Aron innerhalb des CCF gegen polarisierende Intellektuelle vom Schlage Koestlers vertraten, war offen für andere Formen des Antikommunismus – auch für solche sozialistischer oder sozialdemokratischer Provenienz, für die Männer wie Hans Werner Richter standen. Ein derart entradikalisierter Antikommunismus konnte die Plattform für ein zentristisches intellektuelles

⁴⁷ Vgl. Heesch, Der „Grünwalder Kreis“, S. 59.

⁴⁸ Cofalla, Briefe, S. 247.

⁴⁹ BStU, MfS-AS, 48/61.

⁵⁰ Ebenda, Bl. 45, Bericht (übersetzt aus dem Russischen), 17. 1. 1957.

⁵¹ Ebenda, Zitat Bl. 111, Arbeitsgruppe Sicherung I: Einschätzungsbericht, 27. 9. 1957.

Projekt jenseits der Extreme von rechts und links bilden, das manche Zeitgenossen unter dem Schlagwort vom ‚Ende der Ideologien‘ subsumierten und das Historiker im Rückblick mitunter als ‚Konsensliberalismus‘ beschrieben haben⁵². Auch wer nicht „die Fanfare des Kalten Krieges“ blasen wollte, wie Richter 1961 schrieb, der wusste doch, das James Burnham Recht hatte, wenn er betonte, dass Katyn und Kolyma schrecklicher waren als Coca Cola⁵³.

⁵² Vgl. etwa Doering-Manteuffel, *Wie westlich sind die Deutschen?*, S. 76.

⁵³ Hans Werner Richter an Gerhard Schoenberger, 16. 11. 1961, in: Cofalla, *Briefe*, S. 383f.

Rainer Gries

„Dein Päckchen nach drüben“

Antikommunismus für jedermann

„Bringt die Gutscheine eurer Mutti. Damit kann sie in Westberlin schöne Sachen kaufen.“¹

Merkwürdige Freunde seien es gewesen, die im Ostsektor Berlins den Schulkindern mit verheißungsvollen Worten Lebensmittel-Scheine in die Hand gedrückt hätten, berichtete ‚Der Spiegel‘ einen Monat nach den Ereignissen vom Juni 1953 aus der ‚Frontstadt Berlin‘.

Es handelte sich dabei nicht etwa um ostdeutsche Lebensmittelkarten, die in der DDR noch weitere fünf Jahre, bis 1958, den täglichen Verbrauch regeln sollten², sondern um eine organisierte westliche Hilfsaktion. Im West-Berliner Bezirk Kreuzberg hatte der Bürgermeister eigens Ausgabestellen für diese Coupons einrichten lassen. Die Ostdeutschen konnten die Gutscheine abholen und sie in allen Geschäften des Westbezirks gegen Waren im Wert von fünf Mark einlösen. Diese Aktion wurde aus Spenden finanziert³.

Die Berliner Lebensmitteloffensive verlief nicht ungestört. Schon bald wurden gefälschte Gutscheine gegen Gratisgaben getauscht. Diese Bons waren auf Prägemaschinen ostdeutscher Behörden so täuschend echt nachgedruckt worden, dass der Schwindel erst aufflog, als bereits für 10 000 Westmark Waren verausgabt waren. Die SED-gelenkten Fälscher aber hatten mit den Falsifikaten bereits genug Westwaren eingeholt, um ihrerseits eine Propagandaaktion zu starten. Großmütig verteilten ihre Mittelsmänner vor West-Berliner Arbeitsämtern ebendiese Produkte an die Stempelbrüder. „An diejenigen, denen diese Lebensmittel vorenthalten werden“, agitierte das SED-Zentralorgan ‚Neues Deutschland‘ scheinheilig⁴.

I. Produkte und Propaganda

Diese Geschichte lässt sich als eine lustige Köpenickiade aus dem Alltag des Kalten Krieges lesen, doch sie führt geraden Weges ins Zentrum deutsch-deutscher Nachkriegsgeschichte: Manichäische Vorstellungen vom Antagonismus der beiden deutschen Nachkriegsstaaten und der beiden Weltsysteme gaben im Rahmen des Kalten Krieges die zentralen strukturierenden und integrierenden Elemente der großen politischen Meistererzählungen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts ab. Das war diesseits und jenseits des Eisernen Vorhanges so⁵. Auch Waren und Produkte, ins-

¹ Lebensmittel-Hilfe, in: Der Spiegel 7 (1953) 31, S. 8.

² Vgl. Gries, Rationen-Gesellschaft.

³ Keesing's Archiv der Gegenwart (AdG) vom 24. Juli 1953, S. 4087.

⁴ Lebensmittel-Hilfe, in: Der Spiegel 7 (1953) 31, S. 8.

⁵ Vgl. Gries/Satjukow, „Unsere Feinde“.

besondere aber Lebens- und Genussmittel, avancierten zu Medien der politischen Propaganda⁶.

Eric W. Stoetznier⁷ hatte schon seit 1943 in den Vereinigten Staaten für eine solche Strategie Verbündete gesucht. Der exilierte Arbeitersohn aus Leipzig und erfahrene Werbefachmann entwarf sein *Great Design* für die Zeit nach der Hitler-Diktatur. Nur gut ein Jahr nach Kriegseintritt der USA sprach Stoetznier das geradezu Udenkbare aus: „We must learn to live with the Germans who are left.“⁸ Der Experte für Produktkommunikation erinnerte in seiner vielbeachteten Ansprache vor einem renommierten Publikum an Amerikas Fehler nach 1918. Damals hätten Hilfsorganisationen großzügig Lebensmittel ins hungernde Europa und vor allem nach Deutschland geschickt. Auf diesem Wege sei zwar Nahrung für den Körper, nicht jedoch für die gleichfalls hungernde Seele gespendet worden, monierte der Produkt-Politiker. So seien die darbenenden Menschen nach dem Ersten Weltkrieg zwar gefüttert worden – Amerika habe es aber versäumt, diesen Warensendungen den ‚Gedanken der Demokratie‘ beizupacken. Das dürfe sich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht wiederholen: „I offer the proposition that every American advertiser might immediately start with his preparations for the coming battle of human minds in the interest of his future business. But I believe American advertising as a whole has a bigger mission. In order to explain this mission, I have to mention a suggestion concerning the rebuilding of a crumbled civilization.“⁹ „The Coming Battle of Human Minds“, also die zu erwartende ideologische Auseinandersetzung zwischen West und Ost, offeriere gerade den Experten der Produktwerbung die einmalige Chance, nicht nur Waren zu verkaufen, sondern weit mehr: Es gelte, mit den Produkten politische Ideen zu vermitteln, die zu einem besseren und ‚moralischen‘ Leben führten. Der zu erwartende Sieg über die nationalsozialistische Diktatur trage die Chance in sich, ein „tiefes Vertrauen“ in alles Amerikanische zu bewirken – seien es amerikanische Produkte oder amerikanische Ideale: „The idea of German superiority will crack and fall, and in its place there will be a tremendous faith in everything American – be it ethics, religion, democracy, or manufactured products.“¹⁰ Der US-Werbung komme die große Aufgabe zu, im Rahmen des Programmes der geistigen Umformung in Europa und vor allem in Deutschland einen entscheidenden Beitrag zu leisten. Sie habe daher eine historische Mission wie niemals zuvor zu erfüllen; für Generationen von Reklamefachleuten werde es keine größere Herausforderung geben. Der Werbe-Atlantiker Stoetznier deklamierte nicht ohne Pathos: „For the soil of a willing Europe will be ready for the American plough.“¹¹

⁶ Vgl. Gries, Produkte und Politik.

⁷ Erich Stoetznier, 1901 in Leipzig geboren, hatte eine Lehre als Verlagskaufmann absolviert, ein wirtschaftswissenschaftliches Studium mit der Promotion abgeschlossen und war von 1931 bis 1938 Anzeigendirektor der ‚Frankfurter Zeitung‘ gewesen, als er mit seiner Frau, einer so genannten Halbjüdin, und seiner Tochter nach den USA emigrierte. Dort avancierte Eric W. Stoetznier zum Berater von Arthur Hays Sulzberger, dem Verleger der ‚New York Times‘. Bis 1970 leitete er als Direktor das internationale Anzeigengeschäft dieser Zeitung. Er starb 1990 in den Vereinigten Staaten.

⁸ Zitiert nach Richter, Stoetznier Story, S. 168.

⁹ Ebenda, S. 170.

¹⁰ Ebenda, S. 171.

¹¹ Ebenda.

Die Geschichte der Produkte und die Geschichte der Politik im Kalten Krieg gaben dem deutsch-amerikanischen Werbe-Politiker auf eindrucksvolle Weise Recht: Die Vision von Produktwelten und der Genuss von Waren legten nicht nur das Fundament einer neuen transatlantischen Partnerschaft, sondern sie bildeten ebenso wesentliche Kristallisationskerne wechselseitiger Wahrnehmungen und Auseinandersetzungen der Parteien des Kalten Krieges. Über Produkte wurden sowohl schöne Werbebilder wie auch Feindbilder kommuniziert. Jacobs Kaffee und Nivea Creme, Sarotti-Schokolade und West-Zigaretten, verpackt in Millionen von Päckchen und Paketen, hatten sich zu Medien der Kommunikation, ja geradezu zu Waffen antikomunistischer Propaganda entwickelt¹². Mit der Passage der innerdeutschen Grenze avancierten vor allem die Lebens- und Genussmittel aus dem Westen ganz im Sinne des Exilleipzigers Stötzner zu Botschaftern der freien Welt, bepackt mit eng verwobenen Produkt- und Propaganda-Zuschreibungen, die allen Sinnen leicht eingängig und daher nachhaltig wirksam waren. Produkte und Pakete erwiesen sich seit den 1940er Jahren als starke Medien, die nicht nur tief gehende Gefühle, sondern auch eine Fülle von Anschlusskommunikationen auslösten: in den Familien, am Arbeitsplatz und in den klassischen Medien jenseits und diesseits der Zonengrenze. Die Pakete und Päckchen forderten stets ideologische und handfeste Reaktionen seitens ihrer Empfänger und seitens der Parteipropagandisten des Ostens heraus. Produkte und Pakete stellten während fünfzig Jahren deutsch-deutscher Geschichte wesentliche Plattformen sozialen Austausches über die Systemgrenze hinweg dar¹³.

Dieser Beitrag plädiert vor diesem Hintergrund für eine systemische Perspektive auf das Problem des Antikommunismus – in kommunikationstheoretischer wie in sozialpsychologischer Hinsicht. Am Beispiel des deutsch-deutschen Päckchenverkehrs¹⁴ lässt sich nämlich zeigen, dass diese ebenso subkutanen wie praktischen Ausprägungen antikomunistischer Haltungen und Handlungen einen wechselseitigen Verständigungsprozess darstellten, der den Gesetzen der Reziprozität unterlag¹⁵. Diesem Ansatz liegt ein Grundverständnis deutsch-deutscher Geschichte zugrunde, das – allen trennenden Faktoren zum Trotz – davon ausgeht, dass die beiden Nachkriegsgesellschaften einen konjunktiven Erwartungs- und Erfahrungsraum¹⁶, einen gemeinsamen Kommunikationsraum bildeten¹⁷. Dieser Ansatz eröffnet der bewährten Konzeption einer „asymmetrisch verflochtenen Parallel- und Kontrastgeschichte“¹⁸ zusätzliche und erweitern- de Perspektiven, indem er neben Asymmetrien auch Symmetrien zu entdecken vermag. Der Kommunikationswissenschaftler Klaus Beck stellt fest: „Kommunikationsräume können nicht als geografisch definierte und kartografierbare Behälter begriffen werden, sondern müssen als dynamische Sozialgebilde aufgefasst werden, die durch Kom-

¹² Vgl. Gries, Produkte als Medien.

¹³ Zu latenten politischen Bedeutungshorizonten von Produkten siehe Gries, *Cultures of Products and Political Cultures*.

¹⁴ Zum Forschungsstand siehe: Härtel/Kabus, *Das Westpaket*; Ilgen, *CARE-Paket & Co.*, S. 94–135; Goll, *Die Kontrolle*.

¹⁵ Vgl. den Abschnitt zur Theorie und Praxis der ‚Reziprozität‘ in: Cialdini, *Die Psychologie des Überzeugens*, S. 43–66.

¹⁶ Im Sinne des Soziologen Mannheim, *Strukturen des Denkens*, S. 241 ff.

¹⁷ Siehe dazu auch das Themenheft *Kommunikationsraum Europa – Europa als kommunizierter Raum*; Gries, *Produktmedien*.

¹⁸ Vgl. Kleßmann, *Konturen*.

munikation – und nicht allein durch politische, ökonomische, technische oder sonstige Rahmenbedingungen von Kommunikation – definiert werden. Der Begriff des Kommunikationsraums sollte nicht allein medialisierte Kommunikationsmodi einschließen, sondern auch direkte Formen der Kommunikation, damit der kommunikative Wandel umfassend analysiert werden kann.¹⁹ Das gilt darüber hinaus auch für kulturelle und soziale Wandelprozesse innerhalb solcher Kommunikationsräume, die wie Sozialräume dynamisch zu modellieren und als mehrdimensionales Konstrukt aus Beziehungs-, Verständigungs-, Sinn- und Zeitdimension zu verstehen sind.

Insofern ist das Paradigma des deutsch-deutschen Kommunikationsraumes²⁰ in einem weiten Sinne zu verstehen: Es geht davon aus, dass die beiden deutschen Gesellschaften durch unterschiedliche Akteure und Akteursgruppen stets durch gegenseitige Wahrnehmung, gegenseitige Aneignung und durch wechselseitige Interaktionen miteinander verbunden waren und blieben. Gemeint sind hierbei keineswegs nur publizistische und medienvermittelte Interaktionen im klassischen Sinne, sondern Interrelationen und Kommunikationen im weitesten Sinne – selbstverständlich auch durch politische, juristische, ökonomische, kulturelle und persönliche Bezüge und Bezugnahmen. Eine deutsch-deutsche Geschichte als eine Geschichte wechselseitiger Wahrnehmungen und aufeinander bezogener Haltungen und Handlungen vermag somit die klassische Politikgeschichte, aber auch Gegenstände der Wirtschafts- und Sozialgeschichte einzubinden. Der Münchener Historiker Andreas Wirsching verweist auf die Erkenntnispotentiale solcher Entgrenzungen durch wissenschaftliche Beobachtung der Grenzpassagen: „Eine entteleologisierte deutsche Zeitgeschichte vermag daher nach weniger offenkundigen, aber vielleicht hoch wirksamen Kräften deutsch-deutscher Vergemeinschaftung zu fahnden. Ins Blickfeld sollte ein gemeinsamer Erfahrungs- und auch Handlungsraum rücken, der beide deutschen Staaten, Gesellschaften und Kulturen umfasst, die Chance bietet, den Panzer des Systemgegensatzes aufzubrechen, und sich nicht in einer bloßen Parallelgeschichte erschöpft. Eine moderne deutsche Nachkriegsgeschichte wird den sterilen, in den 1970er Jahren modischen ‚Systemvergleich‘ hinter sich lassen, zugleich aber auch den politisch-ideologischen Systemgegensatz zumindest nicht so weit überpointieren, dass er den Blick auf den gemeinsamen Erfahrungsraum verstellt.“²¹ Die rekonstruktive Beobachtung des grenzüberschreitenden Paket- und Päckchenverkehrs offenbart ein stabiles Beziehungsgeflecht und -muster im deutsch-deutschen Kommunikationsraum, das vom Grundverständnis der Gegenseitigkeit geprägt war.

II. Päckchen-Propaganda

Im Sommer 1953 hatte auch eine von US-Präsident Dwight D. Eisenhower in Marsch gesetzte Flotte von Frachtern Kurs auf Deutschland genommen; sie waren Teil einer

¹⁹ Beck, *No Sense of Place*, S. 123f.

²⁰ Zur Theorie und Methodologie des deutsch-deutschen Kommunikationsraumes siehe: Wentker/Gieseke/Gries/Vollnhals, „Gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte?“, Gries, *Bilder von den Ostdeutschen*.

²¹ Wirsching, *Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung*, S. 15.

großen Kampagne, um den Ostdeutschen mit Gütern zu Hilfe zu kommen. Die Schiffe schafften Mehl, Trockenmilch, Schmalz und Kakao aus den überquellenden Vorratslagern Amerikas heran. Unmittelbar nach den Ereignissen des 17. Juni 1953 war der amerikanische Präsident zu dieser politisch wie propagandistisch groß angelegten Lebensmitteloffensive übergegangen: Mit einer dramatischen Geste hatte er der Regierung Ostdeutschlands angeboten, Nahrungsmittel im Wert von 15 Millionen Dollar zu liefern – gratis und franko²². Der Präsident wusste sehr wohl, wieweit die Proteste der ostdeutschen Arbeiter auch auf die mangelhafte Versorgungssituation zurückzuführen waren. Man war sich in Washington selbstverständlich im Klaren darüber, dass Ost-Berlin und Moskau ein solches Angebot protestierend ablehnen mussten²³. Eine solche Alimentation wäre einem öffentlichen Eingeständnis der wirtschaftlichen Misere des Sozialismus gleichgekommen. Im Westen freilich konnte man getrost darauf spekulieren, dass diese offizielle politische Absage Unmut und Unzufriedenheit bei der Bevölkerung ‚in Sowjet-Deutschland‘ weiter schüren würde.

Die amerikanischen Lebensmittel gelangten dennoch in die ‚Ostzone‘, verbunden mit lautstarken Propagandaaktionen im Sommer und Herbst 1953 über Verteilungsstellen in West-Berlin, wo Lebensmittelpakete zur Abholung durch Bürger des Ostteils der Stadt und des Landes bereit lagen²⁴. In der ersten Verteilungsphase vom 27. Juli bis 9. August 1953 wurden je Karton eine 800-Gramm-Dose Schmalz, vier Büchsen Kondensmilch, ein Pfund Hülsenfrüchte und ein Kilo Weizenmehl kostenlos verausgabt. Insgesamt wurden in diesen beiden Wochen nahezu 2,9 Millionen Pakete (Spendeneinheiten) mit 7 193 Tonnen Lebensmitteln im Wert von 9,7 Millionen DM verteilt²⁵. Um diese West-Ost-Pakete entspannen sich jenseits und diesseits der Demarkationslinie heftige Propagandaschlachten. Wer mit diesen Westpaketen im Osten ertappt wurde, lief Gefahr, in Flugblättern unter Nennung von Namen und Adresse an den Pranger gestellt sowie als „würdeloser Bettler“ diffamiert zu werden, als ‚Lakai des Westens‘, der „Mehl und Bohnen gegen den letzten Rest nationaler Würde einhandeln“ und damit von berüchtigten Sabotage- und Spionage-Organisationen zum Agenten gemacht würde. Die Propagandisten des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) denunzierten mit Vorliebe solche Paket-Abholer, die mit dem eigenen Auto nach Berlin gefahren waren – der angeblichen Bedürftigkeit zum Hohn²⁶. Der kalte Paket-Krieg 1953 trieb wundersame Blüten: So erwartete man im Westen eine perfide Aktion ostdeutscher Propagandisten. SED-Funktionäre hätten sich einen Vorrat an Lebensmittel-Paketen verschafft, hieß es. Die Parteileute hätten diesen Konservenbüchsen Zettel beigelegt, aus deren Beschriftung hervorgehe, sie enthielten Pferdefleisch, produziert ausschließlich für „Sanitätshunde“. Diese ominösen Fleischbüchsen seien in einer Lichtenberger Fabrik für Lebensmittelkon-

²² Lebensmittel-Hilfe, in: Der Spiegel 7 (1953) 31, S. 8.

²³ Vgl. die Protestnote des sowjetischen Hochkommissars W. Semjonow vom 21.7.1953, in: AdG vom 25. Juli 1953, S. 4088; vgl. dazu auch AdG vom 27. August 1953, S. 4135.

²⁴ Vgl. Im Zentrum der Macht, S. 670, Anm. 40. Staatssekretär Otto Lenz vermerkte dazu unter dem Datum des 20. Juli 1953: „Es handelte sich besonders um die Paketaktion, die der Senat für sich ausschlachten möchte.“ Ebenda.

²⁵ Eine zweite Lebensmittelhilfsaktion erfolgte vom 27. August bis 3. Oktober 1953.

²⁶ Der Spiegel 7 (1953) 33, S. 3–4.

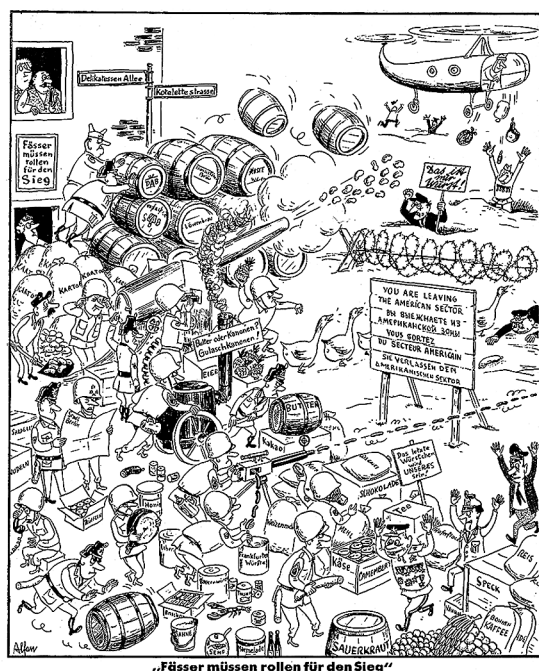


Abb. 1: Schlachtfeld der deutsch-deutschen Propaganda: Lebensmittel-pakete und -päckchen 1953.

serven hergestellt worden. Westdeutsche Medien erwarteten sodann eine Propaganda-Aktion der DDR-Presse mit der wohlfeilen Anschuldigung, die Original-Lebensmittelpakete aus dem Westen hätten Pferdefleisch enthalten – nicht für Menschen, sondern für Hunde bestimmt²⁷. Doch dieser Propaganda-Coup blieb aus. Diese Episode zeigt jedoch, in welchem Ausmaße Lebensmittelpakete im Kalten Krieg emotionale Kommunikationen hervorrufen konnten. ‚Der Spiegel‘ karikierte denn auch den Lebensmittel- und Päckchen-Krieg in Berlin mit einer ironischen Umdeutung des bekannten Propaganda-Slogans der nationalsozialistischen Reichsbahn von 1942: Statt „Räder müssen rollen für den Sieg!“ heiße die Devise jetzt: „Fässer müssen rollen für den Sieg!“²⁸

Die amerikanischen Lebensmittel kamen aber auch ohne Getöse und im Geheimen an ihre Adressaten in der DDR – mit womöglich nachhaltigeren Wirkungen hüben wie drüben: nicht *en gros* von Präsident zu Präsident, sondern *en détail* von privat an privat: Paket für Paket, Päckchen für Päckchen. Tausende Tonnen Nahrungsgüter gelangten in den Häfen der Bundesrepublik an, wurden von Legionen freiwilliger Helferinnen sodann umgepackt, mit ostdeutschen Anschriften versehen, gestreut bei unzähligen Postämtern eingeliefert und so – postalisch wie politisch verträglich – organisiert und in kleinen Dosen gen Osten geschickt. Es war diese Eisenhower-Spende, die es ermöglicht habe, 1953/54 ein „Riesenversand-Geschäft aufzuziehen“, so eine

²⁷ Ebenda.

²⁸ Der Spiegel 7 (1953) 35, S.35.

spätere Einschätzung aus Pack-Kreisen²⁹. Die Infrastrukturen dieses Massenversandes stammten nämlich ehrenamtliche Packgruppen überall in Westdeutschland.

Etwa seit der Währungsreform von 1948, also seit es überhaupt wieder Waren in Größenordnungen gab, hatten sich engagierte Mitmenschen in kleinen Gruppen zusammengefunden, um Lebensmittelpakete ‚nach drüben‘ zu schnüren – keineswegs nur für Verwandte und Bekannte, sondern ohne Ansehen der Person auch für fremde Bewohner der Ostzone, die in ihren Augen unter der kommunistischen Diktatur zu leiden hatten, ja existenzielles Elend erlitten. Die materielle und die politische Not waren aus der Perspektive dieser Päckchen-Helfer zwei Seiten einer Medaille: Die ‚Brüder und Schwestern‘ im Osten waren doppelt gestraft, sie waren aus ihrer Perspektive ‚arme Brüder und Schwestern‘ im mehrfachen Sinn.

Ende der 1940er Jahre habe eben noch etwas existiert, „das sich wie ein Baustein zum politischen Wiederaufbau anbot: Verantwortungsbewusstsein für das ganze Deutschland“, erinnerte sich eine der Mitinitiatorinnen, Anneliese Dittmann aus Heidelberg, Anfang der 1970er Jahre³⁰. Jedoch, es waren schon damals vergleichsweise wenige im Westen, die ihre Mitverantwortung für die Menschen hinter dem Eisernen Vorhang durch solcherart ehrenamtliche Tätigkeit einzulösen suchten.

Diese Päckchenkreise rekrutierten sich sowohl am Anfang wie auch während der 40 Jahre ihres Bestehens überwiegend aus den besonders motivierten Flüchtlingsfamilien. Sie verfügten über besondere emotionale Bindungen an die ehemalige Heimat; für sie „war es darüber hinaus bedeutsam, ihre Erfolgsgeschichten mit Zeugnissen des erreichten Wohlstandes zu belegen. Das Paket in die DDR bot dafür den geeigneten Rahmen, weil die erwartete Anerkennung von dort [...] sicher war.“³¹ Und es waren fast durchweg Frauen, die sich dieser Aufgabe annahmen: In Neuwied in Rheinland-Pfalz zum Beispiel gründete sich das Hilfswerk ‚Frauen helfen Frauen‘ und die ‚Osthilfe Rheinland-Pfalz‘ mit Zweigstellen in Koblenz, Mainz und Neustadt an der Weinstraße, in Heidelberg der ‚Frauenring‘, in Göttingen und Hannover die ‚Medikamentenhilfen‘, um nur einige zu nennen. Der ‚Hilfsring‘ in Frankfurt am Main verstand sich als Dachorganisation, als ‚Vereinigung ehrenamtlich arbeitender Verbände‘.

Im Jahr 1950 nahm das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen³² die humanitäre wie antikommunistische Frauenbewegung unter seine Fittiche. Von nun an wurden die packenden Frauen stets diskret politisch unterstützt und insgeheim finanziell gefördert. Am Anfang bekamen die Organisationen Gelder aus Marshallplan-Mitteln, dann munitionierte sie die Lebensmittelschwemme aus Amerika für mindestens zwei Jahre und verhalf den sich seit Anfang der 1950er Jahre formierenden Osthilfeverbänden zu einem kräftigen Aufschwung. Als die Spende aus den USA Mitte des Jahrzehnts auslief, „drohte dieser künstlich aufgeblähte Apparat wie ein Kartenhaus zusammenzufallen. Nun setzte ein großer Werbefeldzug bei Unternehmen und der Industrie ein, durch den allmählich die große Materiallücke gefüllt wurde“, ist in

²⁹ Hilfsring e.V. 1953–1973, Broschüre des Frankfurter Hilfsringes, Frankfurt am Main o. D. (1973), S. 12; im Archiv des Verfassers.

³⁰ Dittmann, Der Werdegang und die Anfänge des „Hilfsrings“ in großen Zügen, S. 7.

³¹ Dietzsch, Geschenkpakete, S. 107.

³² Vgl. Creuzberger, Kampf für die Einheit.

Preisrätsel „Päckchenhilfe Ost“

Viele Geldpreise — im Höchstfalle 5000 DM

Veranstaltet vom Hilfswerk „Päckchenhilfe Ost“

Der Reinertrag der Veranstaltung dient dazu, Lebensmittel-päckchen an Bedürftige Personen in der Ostzone zu versenden.

Die Veranstaltung steht unter Aufsicht der Notare Dr. jur. Walter Wölffing, Hannover, sie ist vom Niedersächsischen Minister des Innern (D 2 Nr. 3660) am 9.5.1950 genehmigt.

Teilnahmeberechtigt ist, wer in untenstehender Paketkarte die darin enthaltenen Fehler (Beschriftung und Aufmachung) unterstreicht, die Anzahl der Fehler unter rechts vermerkt und die Lösung mit 0,50 DM in bar bis einschließlich 31.7.1950 (Poststempel ist maßgeblich) im freigemachten Briefumschlag mit folgender Aufschrift:

Preiswettbewerb „Päckchenhilfe Ost“

Geschäftsstelle Hannover, Altes Rathaus, Zimmer 47

übermündet. Es können Lösungen in beliebiger Zahl eingesandt werden. Bei Einreichung von 1,— DM entfallen auf Ihre Lösung zwei Lossummen, bei höheren Beträgen entsprechend mehr. — Später abgeschickte Lösungen bleiben unberücksichtigt; das Geld verfällt der Päckchenhilfe. — Nach Abschluß der Veranstaltung werden Gewinner unter richtiger Aufsicht ausgelost. Es erfolgt an diese betreffende Benachrichtigung. Die Ziehung ist öffentlich und wird bekanntgemacht.

Bis 1. Oktober 1950 nicht angeforderte und unzustellbare Gewinne verfallen.

GEWINNPLAN:

1. Preis	5000 DM	13. bis 22. Preis	zu je 300 DM	3000 DM
2. Preis	3000 DM	23. bis 42. Preis	zu je 150 DM	3000 DM
3. und 4. Preis	zu je 1500 DM	43. bis 72. Preis	zu je 100 DM	3000 DM
5. bis 7. Preis	zu je 1000 DM	73. bis 122. Preis	zu je 50 DM	2500 DM
8. bis 12. Preis	zu je 500 DM	123. bis 222. Preis	zu je 20 DM	2000 DM

Insgesamt 222 Preise = 30 000 DM

Teilnehmer unterwerfen sich unter Ausschuß des Rechtsweges den Entscheidungen, sowie voller Wert und der Geschäftsstelle des Hilfswerks und bei der Induktion dieses Stempels zur Gültigkeit erlangt.

Hier ausschneiden —

Abnehmer
Name, Wohnort, Straße, Haus Nr., Geburtsdatum, bei Unternehmen auch Name des Vorgesetzten

August Stender
22a Köln
Königstr. 2

Anbei ein Paket

In jedes Paket obere Hälfte ein Doppel der Auslandskarte legen

Leserliche Anschrift des Einsenders:

Weitere Verdrehte sind bei der Geschäftsstelle Hannover „Päckchenhilfe Ost“ erhältlich.

Paketkarte

Zur Aufsicht des Einsenders

Abnehmer: **August Stender**
22b Köln, Königstr. 2

Besondere Vermerke des Absenders in Briefumschlag

An: **Fräulein**
Ernst Hilfe
geb. Ost
19 Halle (Elbe)
Karl-Marx-Str. 10
(Halle, Halle, Halle, Halle, Halle)
(in Unternehmen auch Name des Vorgesetzten)

Fehler

Abb. 2: Werbung für den Paketversand: Preisrätsel eines Hilfswerkes von 1950.

der hektographierten Selbstdarstellung des zentralen ‚Frankfurter Hilfsringes‘ von 1956 zu lesen³³. Die internationalen Lebensmittelsendungen, so heißt es dort weiter, hätten aufgehört „mit dem Hinweis auf das ‚Deutsche Wunder‘ und das Gerede von der Wiedervereinigung, dessen Ernsthaftigkeit gemessen werden soll am Opferwillen der Westdeutschen für dieses Anliegen.“³⁴ Es gelte, das Wirtschaftswunder in ein Solidaritätswunder zu verwandeln, forderten die Frankfurter Amateur-Packer Mitte der 1950er Jahre. Im lokalen ebenso wie im bundesweiten Rahmen galt es nun, verstärkt Spender zu rekrutieren, weswegen die Ehrenamtlichen und Organisationen eine aufreibende Bittstellertätigkeit entfalteten. Zu diesem Zweck mussten und sollten die Verhältnisse in der ‚sogenannten‘ DDR in den schlimmsten Farben geschildert werden.

Durchaus keine leichte Aufgabe, denn die tatsächlichen und die vermeintlichen Probleme der Menschen im Osten Deutschlands trafen in der wachsenden Wohlstandsgesellschaft des Westens von Jahrzehnt zu Jahrzehnt auf schwindende Wahr-

³³ Hilfsring e.V. 1953–1973, Broschüre des Frankfurter Hilfsringes, Frankfurt am Main o. D. (1973), S. 12; im Archiv des Verfassers.

³⁴ Ebenda, S. 1.

nehmung und Gegenliebe. Die Hilfsvereine bedienten sich dazu durchaus auch der Instrumente moderner Wirtschaftswerbung. Ein Hamburger Hilfswerk versuchte, sich die mitleidige und antikommunistische Stimmung nach dem 17. Juni 1953 zu Nutze zu machen, indem es Anzeigen in der drohenden Feuerschrift des Menetekels schaltete: „Vergesst die da drüben nicht! Sendet laufend Lebensmittel-Pakete in die Sowjetzone“ (1953)³⁵. Schon 1950 veranstaltete die ‚Päckchenhilfe Ost‘ aus Hannover ein Preisträtsel, das mit 222 Preisen im Gesamtwert von 30 000 Mark ausgelobt war; die Teilnehmer hatten die Aufgabe zu lösen, Fehler in einer faksimilierten ‚Paketkarte‘ für eine Sendung gen Osten ausfindig zu machen³⁶. Gerne gingen die Hilfsvereine auch Kooperationen mit Unternehmen der Konsumbranchen ein. Die in Augsburg ansässige Vereinigung ‚Deutsche helfen Deutschen‘ gewann die Firma Leiser, „Berlins größtes Schuhhaus“, für eine bemerkenswerte Kooperation: „In Anbetracht, daß jeder einmal in einem Jahre nach Berlin kommt“, waren die Bayern im Juni 1952 auf die Idee verfallen, einen Gutschein zu kreieren, mit dem der Reisende bei ‚Leiser ...‘ für seine Verwandten und Bekannten in Ostberlin entweder selbst eine passende Fußbekleidung eintauschen oder den Bon den ostdeutschen Freunden direkt überreichen konnte.“³⁷

Mit dem Bau der Mauer 1961 erhielt der Spenden-Pegel noch einmal einen deutlichen Auftrieb, um dann Mitte der 1960er Jahre und, verstärkt seit Beginn der 1970er Jahre, deutlich abzusinken. Besonders schwer hatten es die Freiburgerinnen, das Spendenaufkommen aus den goldenen 1950er Jahren zu halten: Die Versorgungsprobleme der Menschen in Gera oder Greifswald, in Borna oder Brandenburg waren aus südbadischer Sicht weit entfernt.

III. Die doppelte Not

Die Hilfsringe mussten also bemüht sein, die Situation in der DDR möglichst drastisch und dramatisch zu schildern, um in den Genuss von Spenden zu kommen: Je übler die Lage jenseits von Mauer und Stacheldraht dargestellt wurde, umso höher die Chance, weiterhin willige Mäzene zu finden. Allein schon die Hilfe heischende Kommunikation und Anzeigen der Hilfsvereine repräsentierten eine besondere Gattung von antikommunistischer Propaganda. Die Ästhetik der doppelten Not musste daher auf Dauer gestellt werden.

Auch das innerdeutsche Ministerium und deren nachgeordnete Dienststellen unterstützten nach Kräften die adhortativen Symbole und Narrative: ‚Wir im Westen, wir im Wohlstand, stehen in der menschlichen, moralischen und politischen Pflicht, den darbenenden Brüdern und Schwestern drüben zu helfen.‘ Diese Argumentation insinuierte, dass es im ‚zweiten deutschen Staat‘ an allem Notwendigen fehlte.

Dabei war dort in den 1960er Jahren die Phase existentiellen Mangels an Gütern des alltäglichen Bedarfes längst überwunden und die Ostdeutschen sehnten sich be-

³⁵ Veröffentlicht zum Beispiel in: Der Spiegel 7 (1953) 33, S. 22.

³⁶ Veröffentlicht zum Beispiel in: Der Spiegel 4 (1950) 30, S. 17.

³⁷ Ilgen, CARE-Paket, S. 107–109. Im Ministerium war bekannt, dass dieses Hilfswerk maßgeblich von Schuhfabrikanten gestützt wurde.

reits nach Markenartikeln, deren Namen sie aus der Westwerbung kannten und die sie mehr und mehr in ihren Bestelllisten von ihren Päckchen-Paten abforderten. Schon zur Mitte der 1960er Jahre thematisierten Adressaten in Ostdeutschland denn auch das immer gleiche Sortiment der Pakete: „Man schickt Nahrungsmittel, Zucker, Streichwurst und Schmelzkäse, Margarine und Puddingpulver, Kakao und Schokolade, Kaffee und Südfrüchte und fügt zuweilen noch Gewürze und Gummiband hinzu. Vielfach wußte (und weiß) der Empfänger schon bevor er auspackt, was ihn erwartet. Pakete dieser Art stoßen in den letzten Monaten auf Kritik unserer Landsleute – obwohl sie sie nur selten aussprechen und schon gar nicht schreiben. Sie registrieren lediglich, daß wir in der Bundesrepublik uns doch nicht die Gedanken über ihr Leben in Mitteldeutschland machen, die sie sich wünschten; sie sind enttäuscht, weil wir offensichtlich nicht wissen, wie es drüben wirklich aussieht.“³⁸ Die Zeiten, so die ‚Rhein Ruhr Zeitung‘ (NRZ), hätten sich jedoch geändert und der Warenkorb der Päckchen müsse den wirklichen Bedürfnissen der Bewohner der DDR angepasst werden. Am Beginn der Adventszeit 1964 – die DDR feierte in diesem Jahr ihr 15-jähriges Jubiläum – riet auch die ‚Augsburger Allgemeine‘ davon ab, wie gehabt ‚Arme-Leute-Pakete‘ zu packen. „Was man – mit aller Bescheidenheit vorgebracht – immer wieder hört: Lieber ein paar Sachen weniger, aber gute! Der Hunger ist drüben auch für den Mindestrentner gestillt, viele Grundnahrungsmittel sind billiger als bei uns. Die Eintönigkeit der angebotenen Lebensmittel aber, die mangelnde Qualität hochwertiger Genußmittel und ihr überteuerter Preis machen derlei Dinge mehr als selten für den Durchschnittsverbraucher.“³⁹ Die westdeutschen Spender sollten fortan nach dem Grundsatz handeln: „Qualität geht vor Quantität, das Zonenpaket ist nicht für ‚arme Leute‘.“⁴⁰ Die Ostdeutschen machten also bereits in den 1960er Jahren deutlich, dass die westdeutsche Propaganda der doppelten Not unangebracht war. In den 1970er Jahren hatten sich mit den Wünschen auch die Diskurse zwischen Schenkenden und Beschenkten verändert. In der DDR waren neue Generationen herangewachsen, die ihre Wünsche klar artikulierten und nunmehr ebenso bewusst wie selbstbewusst hochwertige Markenprodukte orderten⁴¹. In der Bundesrepublik tat die Propaganda der doppelten Not freilich weiter ihren Dienst – sie half den Hilfswerken weiterhin bei der Beschaffung von Ressourcen und stärkte zugleich das westdeutsche Selbstverständnis vom Wohlstandsbürger, der den armen Brüdern und Schwestern jenseits des Eisernen Vorhanges unter die Arme greifen musste und konnte.

IV. Pakete aus dem Osten

Doch der Strom der Pakete und Päckchen war niemals einseitig: Päckchen gingen nicht nur vom Westen in den Osten, sondern ebenso auch vom Osten in den Westen. Es gilt daher, die Wechselseitigkeit dieses Warenverkehrs, die Eigenarten dieses Warenaustausches, genau zu beobachten.

³⁸ Kummer mit den Einheitspaketen, in: NRZ vom 13. 8. 1964.

³⁹ Keine Arme-Leute-Pakete, in: Augsburger Allgemeine vom 28. 11. 1964.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Gespräch mit Oberregierungsrat Dieter Kuhnert vom 25. Februar 1992, Archiv des Autors.

Welcher Päckchenstrom der größere sein würde, schien bei Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 keineswegs ausgemacht. Der Philosoph des ‚Prinzips Hoffnung‘, Ernst Bloch⁴², damals Professor in Leipzig, war der Überzeugung, dass das bessere Deutschland auch an der Lebensmittelfront und im Lebensmittelversand siegen werde: „Das Leben wird immer besser, wahrscheinlich werden wir bald Care-Pakete nach Amerika schicken müssen“⁴³. Selbstbewusst antwortete auch die staatliche Handelsorganisation (HO) im Gründungsjahr der DDR auf die sich abzeichnende Päckchen-Herausforderung des Westens. Von Anfang an versuchten ostdeutsche Propagandastrategen mitzuhalten: „Für Tante Minna im hungernden Westen“ war 1949 im Schaufenster eines Ladens in Zeitz ein Muster-Lebensmittelpaket ausgestellt. Solche Pakete, demonstrativ gefüllt mit Produkten aus dem Osten, konnten die frisch gebackenen DDR-Bürger über die HO wahlweise für 50 oder für 100 Ostmark in die Westzonen schicken lassen⁴⁴. Später verschickte der Osten spektakulär Hilfspakete für streikende Arbeiter an Rhein und Ruhr oder sogenannte Ulbricht-Pakete an Gewährsleute und Sympathisanten der DDR in der Bundesrepublik⁴⁵. „Pakete aus der DDR bringen Freude“⁴⁶, titelte denn auch das ‚Neue Deutschland‘ im Januar 1959 und berichtete von Essener Bergarbeiterfamilien, denen zu Weihnachten 1958 ein Geschenkpaket von Arbeitern aus dem Bezirk Leipzig zuteil wurde. „Wie ein Lauffeuer sprach es sich in den Weihnachtstagen in den Häusern der Bergarbeiter herum: Die Kumpel aus der DDR haben uns geholfen. Für alle hatte das Wort ‚Solidarität‘ einen neuen lebendigen Ausdruck gefunden. [...] Bittere Not ist hier ständig Gast.“ Die Pakete avancierten demnach zu einem „hellen Lichtstrahl in der Finsternis der Not und Verzweiflung“ im Westen Deutschlands.

Während der 1950er Jahre hatten etwa 45 Millionen Päckchen und Pakete pro Jahr die innerdeutsche Grenze von Westen nach Osten passiert – ganz privat oder eben organisiert gepackt. Und die Ostdeutschen revanchierten sich. Bereits 1959 reklamierte die DDR für sich: „Lügen um den Geschenkpaketverkehr. Doppelt soviel Pakete aus der DDR nach Westdeutschland als umgekehrt“. Das offizielle Organ der Ost-CDU rechnete die „authentischen Ziffern“ aus der Sicht des sozialistischen deutschen Staates: „Im September 1956 sandte jeder 13. Bürger der DDR ein Paket oder Päckchen nach Westdeutschland und im September 1959 schon jeder 11. Bürger. Das ist doppelt so viel wie aus Westdeutschland pro Kopf der Bevölkerung in die DDR geschickt wird. Im September 1956 brachte jeder 28. westdeutsche Bürger, im September 1959 jeder 27. ein Geschenkpaket oder -päckchen zum Versand. Diese Zahlen zeigen, daß die Bürger der DDR, dank der gesicherten Existenz im Arbeiter-und-Bau-

⁴² Vgl. Bloch, Das Prinzip Hoffnung.

⁴³ Der Spiegel 46 (1992) 4, S. 170.

⁴⁴ Der Spiegel 3 (1949) 49, S. 2. Der Besteller konnte den Betrag auf ein Postscheckkonto der Handelsorganisation HO einzahlen und eines der Standard-Pakete mit dem Namen ‚Anna‘ oder ‚Bertha‘ ordern. Für 100 Mark kamen als Liebesgaben aus der DDR in *statu nascendi* zum Versand: 125 Gramm Kaffee, 250 Gramm Butter, 425 Gramm Heringe in Tomaten mit Öl, 500 Gramm Zucker, 100 Gramm Schokolade, 500 Gramm Salami, 125 Gramm Pralinen, 500 Gramm Marmelade und 125 Gramm Kaffeegebäck, vgl. Berliner Dienst vom 12. 9. 1949, S. 22.

⁴⁵ Siehe Pakete für Kommunisten, in: General-Anzeiger für Bonn und Umgegend vom 29. 12. 1961. Diese Pakete enthielten Genussmittel aus der DDR: Christstollen, Tee, Kaffee und Schokolade.

⁴⁶ In diesen Tagen an der Ruhr, in: Neues Deutschland vom 2. 1. 1959.

ern-Staat, weit größere Mittel und Möglichkeiten haben, ihren Verwandten und Bekannten in Westdeutschland mit einem Geschenkpaket Freude zu bereiten als die Bewohner der Westzone.“⁴⁷ Darum sei es nur zu begrüßen, wenn immer mehr DDR-Bürger die Leistungskraft des Sozialismus per Paket gen Westen demonstrieren würden. Die Bundesregierung kommentierte diese ostdeutsche Päckchenpropaganda, sie erbringe einen schlagenden Beweis für die engen menschlichen Beziehungen zwischen den getrennten Teilen Deutschlands. Sie mache im Übrigen deutlich, dass „alle Polemik des Regimes in der Sowjetzone gegen die Bundesrepublik“ es nicht vermocht habe, diese Verbindungen zu unterbrechen. „Sie zeigt außerdem, daß auch im Bereich des Atheismus Weihnachten noch immer seine alte Bedeutung als christliches Fest behalten hat.“⁴⁸

Die Bilanz fällt verblüffend aus: Zur Hochzeit des Päckchenaustausches seit dem Mauerbau kamen auf zwei Westpakete in der Tat anderthalb Ostpakete *retour* – eine enorme Leistung der Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges, insbesondere, wenn man das Päckchenaufkommen in Relation zu den Einwohnerzahlen der beiden deutschen Staaten setzt⁴⁹. 1965 schickten die 17 Millionen Bewohner der DDR 22 Millionen Pakete und Päckchen gen Westen, wohingegen aus der Bundesrepublik 51 Millionen Einheiten die Grenze nach dem Osten passierten⁵⁰. Damit erhielt 1965 jeder Einwohner der DDR im Durchschnitt drei Westpakete. „Millionen Geschenkpakete und Päckchen wechseln in diesen Wochen ihre Besitzer diesseits und jenseits der Zonengrenze“, rechnete die Tageszeitung ‚Der Mittag‘ aus Düsseldorf in den Adventstagen des Jahres 1963 vor. Und weiter heißt es in dem Artikel: „Unterstellen wir einmal, daß nur jeder zehnte Bundesbürger ein einziges Paket im sogar finanzamtlich anerkannten Wert von 30 DM nach drüben schickt, dann fließen damit zu einem einzigen Anlaß Waren für rund 170 Millionen DM West in diese ‚DDR‘. Umgekehrt muß mindestens die gleiche Summe in DM-Ost veranschlagt werden, um die materielle Seite des Dankes zu messen, mit dem sich die Menschen drüben für unsere Hilfe revanchieren und mit dem sie uns eine Weihnachtsfreude bereiten möchten. Dieser Warenumsatz wird tatsächlich weitaus höher sein. Man geht nicht fehl, ihn mit vielleicht 500 Millionen DM West und DM Ost einzukalkulieren. Das ist, in nüchternen Zahlen ausgedrückt, das halbe Volumen unseres gesamten offiziellen Interzonenhandels. Und weil unsere Hilfe ja nicht nur Weihnachten gegeben wird, liegt es auf der Hand, daß im Laufe des Jahres wahrhaftig der größte Warenaustausch der Welt ohne Vertrag stattfindet. Weit mehr als für eine Milliarde DM Waren fließen jährlich auf dem Paket- und Päckchenwege in die Sowjetzone [...]“⁵¹.

⁴⁷ Neue Zeit vom 4. 12. 1959; im selben Sinne: Doppelt soviel Pakete nach Westdeutschland, in: Der Morgen vom 2. 12. 1961.

⁴⁸ Schiefe Polemik, in: Bulletin der Bundesregierung vom 13. 12. 1960.

⁴⁹ „Aus der DDR werden relativ mehr Pakete in die Bundesrepublik geschickt als umgekehrt. Wie im Bundespostministerium errechnet wurde, kommt auf zwei Pakete in die DDR ein Paket in die Bundesrepublik, obwohl Westdeutschland mehr als dreimal soviel Einwohner zählt wie Mitteldeutschland“ Ost-Pakete, in: Der Spiegel 17 (1963) 6, S. 12. Diese Feststellung stimmt mit Berechnungen des Autors auf der Grundlage der Berichte des Leipziger Institutes für Marktforschung überein.

⁵⁰ Mitteldeutsche schickten mehr Pakete, in: Westdeutsche Rundschau vom 24. 1. 1966.

⁵¹ Private Osthilfe größer als der Interzonenhandel, in: Der Mittag vom 17. 12. 1963.

V. Bürde und Würde des Austausches

22 Millionen Pakete vom Osten nach dem Westen im Jahr 1965 – diese Ziffer sei erstaunlich hoch, kommentierte die ‚Westdeutsche Rundschau‘ aus Wuppertal mit Recht. Vor allem, wenn man bedenke: „Für die [...] Mitteldeutschen gibt es ja keine materiellen Gründe, ihren Verwandten und Bekannten in der Bundesrepublik Pakete zu schicken, haben die Westdeutschen an materiellen Gütern im allgemeinen doch viel mehr, als ihnen ihre Angehörigen aus Mitteldeutschland schicken könnten.“⁵²

Die West-Päckchen blieben niemals unbeantwortet – aber mindestens seit den prosperierenden Sechzigerjahren versuchten die Ostdeutschen, die Liebesgaben aus dem Westen mit Liebesgaben aus dem Osten zu erwidern. Die Bürger der DDR feuerten also im deutsch-deutschen Paket-Wettstreit zurück. In ihren Paketen für den Westen fanden sich freilich keine Grundnahrungsmittel, sondern hochwertige Erzeugnisse, mühsam erkämpfte wertvolle Bückware wie zum Beispiel Holzschnitzarbeiten aus dem Erzgebirge oder Stollen aus Dresden⁵³. Wenn möglich, antworteten die Ostdeutschen also nicht irgendwie, sondern mit Anspruch: Sie akzeptierten demnach den Austausch von Gaben – aber sie strebten ihn unmissverständlich auf Augenhöhe an. Die Geschichte der Reziprozität im Paketversand birgt jedoch bemerkenswerte politische Relevanzen.

Ende 1960 kommentierte die ‚Hannoversche Allgemeine Zeitung‘, es sei schwer und vielleicht allzu kühn, nach den Motiven des Paketverkehrs zu forschen. Die Not ‚drüben‘ habe abgenommen, auch jenseits der Zonengrenze verfüge jeder über fast alles, „was er zu einem Leben ohne Luxus braucht. So bekommen die vielen Millionen Pakete und Päckchen einen völlig neuen, vielleicht noch wichtigeren Sinn als früher. Ob sie nun groß sind oder klein, ob wertvoller oder bescheiden, ob sie vom Westen nach dem Osten oder vom Osten in den Westen gehen – ein jedes trägt ein bißchen Politik mit sich, die sehr menschlich und sehr einfach gemeint ist. Es ist, als ob die Pakete sagen sollten: Ihr seid dort, wir sind hier und zwischen uns ist eine Grenze, von der wir uns nicht trennen lassen.“⁵⁴ Doch wie genau ist jenes „bißchen Politik“ zu verstehen?

Im Gegensatz zu den Westlern packten die Ostdeutschen in der Tat keineswegs aus einer Gemengelage aus manifest politischen und persönlichen Motiven, sondern ausschließlich aus persönlichen Gründen, die sich freilich latent politisch auswirkten: Keineswegs packten sie für den Sozialismus und keineswegs wollten sie sich mit der Rolle der Bloß-Nehmenden zufrieden geben. Augenscheinlich legten sie Wert darauf, nicht nur Nehmende, sondern auch Gebende zu sein: Sie unternahmen alle Anstrengungen, um im deutsch-deutschen Päckchenaustausch ihre Würde zu wahren. Und machten damit mit Hilfe von Millionen von Päckchen und Paketen deutlich, dass sie sich als aktive und selbstbewusste Akteure in einem reziproken und symmetrischen System sahen.

⁵² Ebenda.

⁵³ Siehe dazu die Inhaltsanalysen der Paketströme, die vom Leipziger Institut für Marktforschung vorgenommen wurden, u. a. von Müller, Von der Mangel- zur Marktwirtschaft; vgl. überdies die einschlägigen Berichtsreihen und Archivalien des Instituts.

⁵⁴ Pakete, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 28. 12. 1960.

Die psychosoziale, definierende, ja sogar Verbindungen erhaltende und Verpflichtungen schaffende Substanz dieses Gabenverhältnisses im Sinne des französischen Ethnologen Marcel Mauss wurde also von den Deutschen diesseits wie jenseits des Eisernen Vorhanges erkannt – das zeigen die Versuche der Ostdeutschen, dieses Wechselverhältnis mit großem Einsatz und mit aller Macht mitzugestalten. Das archaisch-feudale Ritual des Tausches von Geschenkpaketen gehörte zu den fundamentalen kommunikativen Akten der beiden deutschen Gesellschaften. In Anlehnung an Mauss sollten wir diesen innerdeutschen Austausch von Gaben nicht so sehr als *do-ut-des*-Verhältnis ansehen, sondern davon ausgehen, dass hier im gegenseitigen Einvernehmen regelrechte Rituale veranstaltet wurden, die im Rahmen des deutsch-deutschen Kommunikationsraums wesentliche transgesellschaftliche Normen Tag für Tag in die Tat umsetzten. Der französische Kulturosoziologe konnte zur Qualität gegenseitiger Verbindlichkeit und Verpflichtung durch den Austausch von Geschenken feststellen: In vielen Kulturen „finden Austausch und Verträge in Form von Geschenken statt, die theoretisch freiwillig sind, in Wirklichkeit jedoch immer gegeben und erwidert werden müssen.“⁵⁵ Auch die deutsch-deutschen Pakete und Päckchen sind in diesem Sinne Medien eines verbindenden und verbindlichen kollektiven Gabentausches.

VI. Medien der Verführung

„Jedes Paket aus der Bundesrepublik ist ein Band von Mensch zu Mensch. Es ist aber auch ein Spiegelbild der westdeutschen Wirtschaftskraft. Weil der Inhalt der Geschenksendungen die Behauptungen der kommunistischen Zeitungen und Rundfunksender über das angebliche Wirtschaftseld in der Bundesrepublik Lügen straft, ist jede Liebesgabensendung ein unerwünschter Zeuge für die Hohlheit dieser Propaganda.“⁵⁶ Die Päckchen wurden im Wettlauf der Systeme stellvertretend zu Grenzgängern, zu Medien der Kommunikation und der Propaganda. Die gehaltvollen Kartons, zunächst mit Grundnahrungsmitteln gefüllt, dann ohne Genussmittel wie Tee und Kaffee und später ohne hochwertige Markenartikel nicht denkbar, gerieten den Ausgeschlossenen in der DDR zu greif- und erfahrbaren Botschaftern der schillernden und unerreichbaren Produktwelt des Westens.

Auf geradezu geniale Weise verbanden diese Warensendungen aus dem Westen über die Systemgrenze hinweg Produktwerbung und Politikpropaganda. In der Außenstelle des Gesamtdeutschen Instituts in West-Berlin war denn auch eigens ein Referat mit der politischen Führung und finanziellen Betreuung der organisierten Päckchenvereine beschäftigt. Dessen Leiter, Dieter Kuhnert, bezuschusste noch bis zur Vereinigung Deutschlands 220 Organisationen und Institutionen im Westen mit insgesamt rund vier Millionen Mark jährlich fürs Päckchenpacken⁵⁷. Sein Credo lautete: Für die amtliche Förderung des Päckchenpackens seien humanitäre Aspekte und das Ziel, Kontakte über die Grenze hinweg aufrecht zu halten, sicher *auch* von Wichtigkeit gewesen. Entscheidend für die westliche Päckchenpolitik sei jedoch die kon-

⁵⁵ Mauss, *Die Gabe*, S. 17.

⁵⁶ Gefährliche Pakete, in: Berliner Morgenpost vom 5. 2. 1955.

⁵⁷ Gespräch mit Oberregierungsrat Dieter Kuhnert vom 25. Februar 1992, Archiv des Autors.

tinuierliche Beschickung und Beeinflussung der Bürger Ostdeutschlands: „Hauptsache, wir hatten irgendwelche Adressen in der DDR, an die wir versenden konnten.“⁵⁸ – Unbeschadet, ob die Empfänger sozial bedürftig waren oder nicht. Pakete und Päckchen waren eine Form von Antikommunismus, die von jedermann im Westen in die Tat umgesetzt werden und die jedermann im Osten erreichen konnte.

Der alltäglichen Sprengkraft dieser antikommunistischen Jedermann-Propaganda der Tat stellten die Partei-Politiker in Ost-Berlin restriktiv-administrative und offensiv-agitatorische Maßnahmen entgegen. Mit Hilfe von Zollverordnungen unternahmen sie immer wieder Anläufe, sowohl den eingehenden wie den abgehenden Strom von Warensendungen zu drosseln⁵⁹. Die Pakete aus dem Westen schwächten nämlich mit der Zeit die sozialistische Moral des Ostens – die Pakete aus dem Osten reduzierten mit der Zeit die sozialistische Warenlandschaft. „Täglich mehren sich die Beweise, daß die heuchlerische Aufforderung von Vertretern der Adenauer-Clique, ‚Liebesgaben‘ in die Deutsche Demokratische Republik zu senden, nur eine weitere Möglichkeit zur verstärkten Hetze und zur Ausrüstung von Terroristen geben soll.“⁶⁰ In den Paketen befanden sich vielfach Hetzschriften, NS-Devotionalien, ja sogar Pistolen und Munition für einen Umsturz, hieß es immer wieder in den Zeitungen der DDR.

Aus der Sicht der DDR verfolgte der kontinuierliche Paketversand den Zweck, zur „politischen und moralischen Korrumpierung“⁶¹ der DDR-Bürger beizutragen, die nach Ansicht des Ministeriums für Staatssicherheit in drei Stufen verlaufen sollte:

In der ersten Phase bestehe das Ziel des Westens darin, „bei einer großen Zahl von Bürgern der DDR an vorhandene oder vermutete individuelle Besonderheiten, Eigenschaften oder Faktoren in der Persönlichkeit anzuknüpfen, die in Widerspruch zur sozialistischen Entwicklung in der DDR oder zu einzelnen Seiten der sozialistischen Gesellschaftsordnung stehen [...], um mittels korrumpierender Geschenke und Zuwendungen eine zunächst emotionale Orientierung“ auf den Westen zu erzeugen⁶². „Über diese zunächst rein emotionale Hinwendung soll erreicht werden, (in) dem Sozialismus wesensfremde rudimentäre Moralbegriffe, Einstellungen und Verhaltensweisen wachzuhalten, zu erneuern oder zu erzeugen, die in der zweiten Phase zu Divergenzen zur sozialistischen Umwelt ausgebaut und in der dritten Phase zu bewußter Feindschaft und Aktivität gegen die DDR umfunktioniert werden können.“⁶³ Für die Staatssicherheit gehörte der Paketverkehr daher folgerichtig „zum System der imperialistischen Massenbeeinflussungsmittel. Er ist ein Mittel des Angriffs auf die ideologischen Grundlagen des sozialistischen Staates“⁶⁴. Der organisierte Versand von Päckchen sei besonders gefährlich, da er den „Emotionalbereich“ nutze und ausnutze, „der

⁵⁸ Ebenda.

⁵⁹ Zur Einschränkung und Normierung des Paketversandes seitens der DDR siehe vor allem: Bestimmungen der Verordnung über den Geschenkpaket- und päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, Westberlin und dem Ausland vom 5. 8. 1954, in: Gesetzblatt der DDR 1954, S. 727.

⁶⁰ Bonner „Liebesgabenaktion“ eindeutig als Boykott- und Kriegshetze entlarvt, in: Neues Deutschland vom 28. 12. 1952.

⁶¹ Hauptmann Bischoff, Die Tätigkeit des Zollfahndungsdienstes, Bd. 1, S. 21.

⁶² Ebenda.

⁶³ Ebenda.

⁶⁴ Ebenda, S. 24.

sich bekanntlich weitgehend der Selbstbeobachtung und -kritik des einzelnen Menschen entzieht.“⁶⁵ Und weiter: „Er ist in das System der psychologischen Kriegführung und der politisch-ideologischen Diversion des Gegners integriert und auf Massensbasis berechnet.“⁶⁶ Folgt man dieser Abhandlung, müssen die professionell wie liebevoll verpackten Waren und Markenprodukte aus dem Westen zu den gefährlichsten, subversivsten Zersetzern des sozialistischen Arbeiter- und Bauern-Staates gezählt werden.

VII. Das politische Päckchenmuster

„Da gibt es nämlich in der Bundesrepublik Leute, die um jeden Preis Freude ins DDR-Haus bringen wollen“, feixte der ‚Eulenspiegel‘, das Satire-Blatt der DDR. „Sie trompeten in allen Bundesländern herum, daß die Menschen [...] unter Ulbrichts Gewalt nichts zu essen haben, und deshalb immer in den einschlägigen Parkanlagen die Rinde von den Bäumen abknabbern müssen. Jedenfalls wird Geld zusammengetrommelt, und dann werden die Pakete gepackt. Oberflächlich könnte man diese Trommler für wahre Menschenfreunde halten. Aber sie haben nun mal das Bedürfnis, neben der leiblichen Kost auch für das geistige Wohl unserer bedauernswerten Bürger zu sorgen. So entstehen die Organisationspakete.“⁶⁷

Die westdeutschen Absender konnten mit den Paketen ihre politischen Überzeugungen im besten Sinne in die Tat umsetzen; sie lebten durch das Packen und durch den Versand ‚Antikommunismus‘ subjektiv als karitativen Akt händisch und handfest aus – regelmäßig und geradezu rituell. Diese alltägliche und repetierte Praxis verankerte die mit dieser Sorte von Antikommunismus verknüpfte politische Kultur tiefgehend und nachhaltig in der bundesdeutschen Mentalität.

Bereits 1953 hatte Bundespräsident Theodor Heuss (FDP) einen an ihn gerichteten Brief aus Sachsen öffentlich beantwortet: „Wir werden Euch nicht vergessen. Ihr seid immer in unserem Bewußtsein, weil wir mit Euch eins sind.“ Der westdeutsche Präsident appellierte anlässlich der Einweihung des Notaufnahmeflughafens für Flüchtlinge in Berlin-Marienfelde an alle Deutschen im Westen, ihren „Brüdern und Schwestern in der Sowjetzone, deren Ernährung und Versorgung ernstlich gefährdet, sei zu helfen.“⁶⁸ Wenige Tage später mahnte Bundesminister Jakob Kaiser (CDU): „Kein Westdeutscher sollte ruhig schlafen, wenn er nicht alle Möglichkeiten zur Hilfe für die notleidenden Brüder und Schwestern ausgenutzt hat.“⁶⁹

Die westdeutsche Wohlstandsgesellschaft fand in den Frauengruppen und in den vielen ganz privaten Paketversendern willige und wohlfeile Stellvertreter, die sich redlich mühten, Sendung für Sendung jenes kollektive Schuldgefühl abzuarbeiten, „die da drüben“ „vergessen“, „abgeschrieben“ oder gar „verraten“ zu haben: „Laßt sie nicht

⁶⁵ Ebenda, S. 22.

⁶⁶ Ebenda, S. 60.

⁶⁷ Vorsicht: Liebesgaben!, in: Eulenspiegel 8 (1961) 51, S. 8f.

⁶⁸ Heuss, Helft der Sowjetzone, in: General-Anzeiger für Bonn und Umgegend vom 15. 4. 1953.

⁶⁹ Bonn bietet Hilfe für die Sowjetzone an, in: Süddeutsche Zeitung vom 17. 5. 1953.

Abb. 3: Ständiger Imperativ: „Die da drüben“ im Osten niemals vergessen!
Anzeige aus dem Jahr 1953.

**Vergesst
die da drüben
nicht!**

Sendet laufend
Lebensmittel-Pakete
in die
SOWJETZONE
Versand – Vermittlung – Beratung

Fordern Sie bitte kostenlos und un-
verbindlich Drucksachen von uns!

Hilfswerk
„DEUTSCHE HELFEN DEUTSCHEN“
HAMBURG 36
Neuer Wall 9

22

allein!“, hieß es. Allenthalben wurde die mahnende Metapher von den nicht Vergessenen hinter dem Stacheldraht bemüht. Insbesondere nach dem Bau der Mauer erfuhr diese Metapher noch einmal einen kräftigen Aufschwung – und mit ihr das Paketaufkommen. „Es ist zu hoffen, daß diese letzte Brücke [...] stärker denn je beschritten wird. Denn jeder Brief, jedes Paket ist für unsere Verwandten und Bekannten in der Zone ein Zeichen, daß sie nicht vergessen sind.“⁷⁰

Das schlechte Gewissen, ja die latent gefühlte Schuld der Westdeutschen, Adenauers Prämisse (Freiheit vor Einheit!) gefolgt zu sein, die Landsleute im Osten alleine gelassen zu haben, konnte Päckchen für Päckchen abgetragen werden. Und: Im Ge-

⁷⁰ Die letzte Brücke, in: Stuttgarter Nachrichten vom 31. 8. 1961.

genzug erwartete man, dass die Empfänger hinter dem Eisernen Vorhang sich dankbar zeigten – und sich zumindest mit Briefen revanchierten.

Über diesen Schuldabbau hinaus avancierten die Paketversender zu höchst engagierten Akteuren antikomunistischer Propaganda:

- In der Bundesrepublik, wenn sie dort Werbung für ihre Aktionen machten – per Anzeige, per Bettelbrief oder von Angesicht zu Angesicht.
- Und natürlich bei ihren Empfängern in der DDR: Jedes Paket *stabilisierte* die DDR kurzfristig, indem es Waren und Güter hereinbrachte, die Mangelware oder Sehnsuchtsprodukte waren.
- Jedes Paket *de-stabilisierte* die DDR jedoch langfristig, indem es Erwartungs- und Erfahrungshorizonte und damit Vergleichshorizonte aufbaute, die *à la longue* Unmut und Unzufriedenheit schürten.
- Und drittens zementierte der Päckchenverkehr westdeutsche wie ostdeutsche Selbstverständnisse – und zwar bis ins 21. Jahrhundert.

Die Vorstellung, dass der Westen besser ist, dass es ein Gefälle von West nach Ost gibt, dass *der Westen gibt – und der Osten nimmt*, ist auch nach der Implosion des Sozialismus und nach dem Ende des Kalten Krieges virulent.

Über 40 Jahre kommunizierten die Deutschen in Ost und in West über den Versand von Paketen und von Produkten miteinander. Das deutsch-deutsche mentale Muster, das damit Generation um Generation ausgehandelt und sehr handfest eingeübt wurde, lautete: Die Westdeutschen leben im Wohlstand und sind die Gebenden – die Ostdeutschen schauen voller Sehnsucht gen Westen und sie sind die Nehmenden, die dankbar sein sollen oder müssen. Dieses sozialpsychologische Schema beherrscht seit Kriegsende 1945 die Hirne und Herzen der Menschen, und es regiert die deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte bis heute. Die Geschichte des deutsch-deutschen Paketverkehrs macht jedoch auch deutlich, dass dieses asymmetrische Beziehungsmuster aus der Sicht der Ostdeutschen keineswegs als zufriedenstellend empfunden und unbesehen hingenommen wurde. Im Gegenteil, die DDR-Bürger boten zeitweise alle Ressourcen auf, um dieses materielle wie mentale Gefälle auszugleichen und einen Austausch auf Augenhöhe zu gewährleisten, der ihrer wirtschaftlichen Leistung und ihrer Würde gerecht zu werden vermochte. Die Ostdeutschen strebten nach Symmetrie – doch das Narrativ von den ungleichen Brüdern und Schwestern hatte und hat bis heute Bestand.

Die asymmetrische Päckchenmentalität fanden wir zum Beispiel bei unseren Untersuchungen zum Bild der Ostdeutschen in den Medien nach dem Fall der Mauer wieder⁷¹: Die westdeutsch dominierten Medien zeichneten und zeichnen bis heute ein analoges Bild von den Einen, den Westlern, den Wissenden, Gebenden und Aktiven und von den Anderen, den Empfangenden, Fordernden und Passiven, kurz vom ‚Besser-Wessi‘ und vom ‚Jammer-Ossi‘.

Letztlich bestätigte und bestärkte dieses Muster beide Seiten: Der Westen fühlte sich so immer wieder in seiner Position als potenter Wohltäter bestätigt – und der Osten konnte und kann aufgrund dieses seit einem halben Jahrhundert eingeübten

⁷¹ Ahbe/Gries/Schmale, Die Ostdeutschen in den Medien.

Musters gut und gerne insbesondere materielle und finanzielle Forderungen gen Westen erheben, individuelle und kollektive politische Ansprüche wie zum Beispiel die Fortsetzung der Transferleistungen von West nach Ost.

Die Medienlandschaft nach der friedlichen Revolution reproduzierte das hergebrachte deutsch-deutsche Muster des Gebens und des Nehmens. Das Päckchenmuster, oder anders gesagt: das Schema – hier Spender – dort Empfänger – ist sozusagen die versteckte Grundstruktur, die bis heute unseren deutsch-deutschen Alltag und unser Selbstverständnis beherrscht. Diese mentale Struktur basiert auf einem ebenfalls versteckten und subtilen Antikommunismus.

Bereits Ende der 1950er Jahre hatte der bekannte Hamburger Prediger und Pastor Helmut Thielicke seine westdeutschen Landsleute gemahnt, es sich nicht gar so leicht zu machen: „Nicht nur Pakete schicken, hinreisen!“⁷²

⁷² Thielicke. Kanzel und Katheder, in: Der Spiegel 9 (1955) 52, S. 38.

Hermann Wentker

Antikommunismus in der frühen Bonner Republik

Dimensionen eines zentralen Elements politischer Kultur im Ost-West-Konflikt¹

Die politische Kultur der frühen Bundesrepublik war maßgeblich geprägt von einer doppelten Verneinung: Diese betraf den Nationalsozialismus, der sich als Weg in die „deutsche Katastrophe“² erwiesen hatte, und den Kommunismus, der mit der sowjetischen Expansion im Zweiten Weltkrieg bis an die Elbe vorgerückt war. Daher war die Bonner Republik grundsätzlich antitotalitär ausgerichtet. Da der Nationalsozialismus – ungeachtet zahlreicher Kontinuitäten vom Dritten Reich in die Bundesrepublik – bezwungen, die kommunistische Bedrohung hingegen noch virulent war, drängte sich der Antikommunismus von den ausgehenden 1940er bis Mitte der 1960er Jahre in den Vordergrund. Die Entwicklung der Bundesrepublik, so Richard Löwenthal, sei „schlechthin nicht zu verstehen, wenn man von der tiefen Wirkung absieht, die eine breite antikommunistische und antisowjetische Grundströmung in ihren formativen Jahren ausgeübt hat“³.

Der Antikommunismus war zunächst das primäre Motiv in der Auseinandersetzung mit der Sowjetunion und der DDR im Rahmen des deutschen Sonderkonflikts, der wiederum Teil des Kalten Krieges war. Ihm stand die (von der Sowjetunion geförderte) ‚Westarbeit‘ der DDR gegenüber, mit der diese in der Bundesrepublik an Boden gewinnen wollte. Dadurch trug Ost-Berlin die Auseinandersetzung zwischen den Systemen nach Westdeutschland hinein, so dass sich der junge Bonner Staat genötigt sah, den Kommunismus auch innergesellschaftlich zu bekämpfen. Diese Auseinandersetzung verselbstständigte sich ein Stück weit, so dass der Antikommunismus nicht nur für Konrad Adenauers (CDU) politisches Handeln das „Grunddrauschen“ bildete (so Corinna Franz), sondern in gewisser Weise die gesamte Politik der Bundesrepublik unterlegte.

Doch welche Dimensionen besaß der Antikommunismus in der Bundesrepublik? In den folgenden Ausführungen geht es zunächst um dessen Funktionen sowie um dessen Ursprünge und Traditionslinien. Des Weiteren wird gefragt, inwieweit Kommunismus und Antikommunismus einander damals bedingten und mit welchen Institutionen und Methoden der Kommunismus damals bekämpft wurde. Da eine differenzierte Sicht auf den Antikommunismus unerlässlich ist, werden ferner dessen Reichweite, mögliche Relativierungen von dessen Bedeutung sowie dessen Wirkung und Wandel thematisiert, bevor abschließend eine Antwort auf die Frage „Was bleibt vom Antikommunismus?“ versucht werden soll.

¹ Diese resümierenden Betrachtungen beziehen sich fast ausschließlich auf die Beiträge in diesem Band. Nur wo das nicht der Fall ist, wurde eine Anmerkung gesetzt.

² Meinecke, Die deutsche Katastrophe.

³ Löwenthal, Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, S. 609.

I. Funktionen des Antikommunismus

Antikommunismus war zuerst und vor allem die aus der kommunistischen Bedrohung resultierende Abwehrhaltung von Staat und Gesellschaft: Es handelte sich insbesondere zu Beginn der 1950er Jahre um eine real bestehende Gefahr, die bekämpft werden musste, um die noch junge westdeutsche Republik zu stabilisieren.

Zweitens hatte der Antikommunismus, wie aus zahlreichen Beiträgen dieses Bandes hervorgeht, eine doppelte Integrationsfunktion: Zum einen integrierte er die Bundesrepublik in das westliche Bündnis und zum anderen diente er der innenpolitischen Integration. Außenpolitisch, so Stefan Creuzberger, konnte Adenauer durch eine Einrichtung wie das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG) gegenüber den Vereinigten Staaten demonstrieren, dass man sich aktiv an der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus beteiligte. Die Bundesrepublik, die für die USA als Frontstaat gegenüber dem Ostblock eine herausgehobene Rolle spielte, fügte sich problemlos in deren Eindämmungs- und Befreiungsstrategie ein, indem sie bereitwillig – nicht zuletzt über das BMG – private Organisationen wie die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU) finanziell unterstützte und dabei amerikanischen Einrichtungen wie der CIA inhaltlich die Federführung überließ (siehe den Beitrag von Bernd Stöver).

Im Innern wirkte der Antikommunismus als schichten- und parteiübergreifendes Bindemittel: Vom Arbeiter bis in die Vorstandsetagen und von der SPD bis weit über die demokratische Rechte hinaus wirkte der Antikommunismus integrierend – er erschien, wie Till Kössler treffend formuliert hat, „als politischer Kitt der noch ungefestigten Demokratie“. Der äußeren Westbindung entsprach daher die innere Westbindung, die Thomas Brechenmacher am Beispiel des Katholizismus verdeutlicht hat: Ungeachtet der katholischen Kritik an dem kapitalistischen System inhärenten Materialismus brachen sowohl die kirchliche Hierarchie als auch der Laienkatholizismus mehrheitlich eine Lanze für die Verteidigung des Westens. Verdeutlicht wurde dies an den Feierlichkeiten zum 1000-jährigen Jubiläum der Schlacht auf dem Lechfeld durch die Mischung der Teilnehmer aus Hierarchie, Laienkatholizismus und Politik sowie die gehaltenen Ansprachen, die Parallelen zwischen den „heidnischen Nomadenscharen des Ostens“ aus dem 10. Jahrhundert und den „Massen des Ostens“ jenseits der Demarkationslinie heraufbeschworen.

Ergebnis war ein antikommunistischer Konsens in der Bundesrepublik, „der hier stärker ausgeprägt war als in anderen westeuropäischen Ländern“⁴ und wohl aus diesem Grund in der Wahl seiner Mittel oft nicht zimperlich war: Das BMG förderte auch politisch zweifelhafte Organisationen, in denen ehemalige Nationalsozialisten tätig waren, die unter veränderten Bedingungen ihren antibolschewistischen Vernichtungsfeldzug fortsetzen wollten – Vorrang hatte für ihre Auftraggeber die antikommunistische Gesinnung. Das verweist auf die „Brückenfunktion des Antikommunismus in den NS-Staat“ (Lars Lüdicke): Denn dieser ermöglichte auch vielen ehemaligen Nationalsozialisten eine Integration in die Bundesrepublik. Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, dass der Antikommunismus sich gewandelt hatte: Er

⁴ So Faulenbach, Erscheinungsformen des Antikommunismus, S. 9.

legitimierte nicht mehr, wie im Dritten Reich, eine Diktatur, sondern stabilisierte den demokratischen Neuanfang. Er unterschied sich auch grundlegend vom rechtsextremen Antikommunismus um 1933, der ebenfalls „eine Integrationsideologie“ für das bürgerliche und katholische Lager bis hin zu den rechtsextremen Feinden der Weimarer Republik gebildet hatte und von den Nationalsozialisten im Sinne eines funktionalen Antikommunismus genutzt worden war (Andreas Wirsching).

Drittens wurde der Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik instrumentalisiert, insbesondere von Bundeskanzler Adenauer in seinen Auseinandersetzungen mit der SPD. Obwohl er genau wusste, dass die westdeutschen Sozialdemokraten alle Brücken zu den Kommunisten abgebrochen hatten, hob er vor allem in Wahlkampfzeiten hervor, dass die Sozialdemokraten genauso wie die Kommunisten „auf dem Boden des Marxismus“ stünden – zwischen Sozialismus und Kommunismus, so suggerierte er, bestünde letztlich kein großer Unterschied. Indem er auf diese Weise polarisierte und die Sozialdemokraten außerhalb des antikommunistischen Konsenses verortete, wurden diese für unwählbar erklärt – eine Strategie, die vor allem 1953 und 1957 aufging. Er selbst hingegen konnte, so Corinna Franz, trotz seines antikommunistischen Weltbildes in Einzelfällen einen sehr pragmatischen Umgang mit Kommunisten pflegen.

II. Ursprünge und Traditionen des Antikommunismus in der Bundesrepublik

Der Antikommunismus in der frühen Bundesrepublik ist ohne den Antikommunismus der Zwischenkriegszeit kaum zu verstehen, obwohl er damals noch nicht dieselbe Integrationskraft besaß. Denn zwischen den beiden Kriegen wurden Politiker und Beamte, die in der Bundesrepublik eine entscheidende Rolle spielen sollten, sozialisiert. Die Prägungen, die ihr Weltbild damals erfuhr, blieben auch nach 1945 bestehen und wurden angesichts der Systemkonfrontation zum Teil bestärkt. Das hier behandelte Paradebeispiel ist Konrad Adenauer, dessen christlichem Glauben die kommunistische Heilslehre zutiefst widersprach. Als Zentrumspolitiker hatte er daher bereits in der Weimarer Republik den Kommunismus (wie auch den Nationalsozialismus) vehement abgelehnt. Und sein Russlandbild hatte sich, so die plausible Vermutung von Hans-Peter Schwarz, „bereits verfestigt, als der Erste Weltkrieg ausbrach“⁵.

Freilich zogen nicht alle aus ihren Prägungen dieselben Schlussfolgerungen wie Adenauer, was Lars Lüdike eindrücklich mit seinem Blick auf das Bonner Auswärtige Amt gezeigt hat. Kontinuität zum alten Auswärtigen Amt bestand in den 1950er Jahren nicht nur in personeller Hinsicht (wenngleich Lüdike betont, dass keiner der Abteilungsleiter als „alter Nazi“ zu gelten habe); auch in dessen antikommunistischer Ausrichtung muss eine maßgebliche Kontinuitätslinie zur Wilhelmstraße gesehen werden. Nähere Ausführungen macht Lüdike zum außenpolitischen Berater Adenauers, Herbert Blankenhorn (CDU), und zum ehemaligen Leiter der Ostabteilung des alten Auswärtigen Amts, Richard Meyer von Achenbach. Letzterer sah 1953, nach Stalins Tod, trotz seines Antikommunismus die sowjetische Politik nicht hauptsäch-

⁵ Schwarz, Adenauer und Rußland, S. 378.

lich durch die „bolschewistische Ideologie“ und das „Bestreben der Ausbreitung des Kommunismus und der Revolutionierung der Welt“, sondern durch „die Komponenten der Konsolidierungs-, der Verteidigungs- und der Sicherheitspolitik“ bestimmt. Er forderte daher eine Neutralisierung Deutschlands, um die Wiedervereinigung im Einklang mit der Sowjetunion zu erlangen⁶. Kein Wunder, dass er keine Verwendung im Bonner Auswärtigen Amt fand. Blankenhorn, der einen Phasenplan zum schrittweisen Abzug sowjetischer und westlicher Truppen aus Deutschland entwarf, legte diese Gedankenspiele rasch *ad acta*: Denn sie widersprachen Adenauers politischer Konzeption, der Westbindung absoluten Vorrang zu geben. Diese ging allerdings, und hier muss man Lüdicke etwas widersprechen, nicht allein auf dessen Antikommunismus zurück. Denn wie auf Bismarck sein ‚*cauchemar des coalitions*‘ lastete, so wurde Adenauer „von einer Art ‚Potsdam-Komplex‘ geplagt“⁷: Nur wenn sich die Bundesrepublik aufs Engste mit dem Westen verband, entging sie der Gefahr, dass sich die Siegermächte über ihr Schicksal einigten. Auch dabei handelte es sich um eine historische Lektion; mit dem Antikommunismus hatte sie freilich nichts zu tun.

Als weitere prominente Beispiele antikommunistisch geprägter Persönlichkeiten, die sich in den 1950er Jahren erneut in dieser Richtung engagierten, können auf der anderen Seite des politischen Spektrums Stephan Thomas und Fritz Tejessy gelten. Sowohl Stephan Thomas (eigentlich Grzeskowiak), der langjährige Leiter des SPD-Ostbüros, als auch der Sozialdemokrat Fritz Tejessy, der erste Leiter des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen, hatten sich bereits in der Weimarer Republik im Kampf gegen die KPD (und die NSDAP) engagiert, letzterer im preußischen Innenministerium – in der Diktion von Andreas Wirsching handelte es sich bei beiden um „empirische Antikommunisten“. Während Thomas 1933 in die Illegalität ging, floh Tejessy damals vor der drohenden Verhaftung ins Exil. Beide hatten unter der nationalsozialistischen Diktatur gelitten, waren aber ebenfalls streitbare Antikommunisten, die nach 1949 die Parallelen von roter und brauner Diktatur betonten⁸. Auch Rainer Hildebrandt und Ernst Tillich, die nacheinander die KgU leiteten, hatten sich gegen die NS-Diktatur eingesetzt: Hildebrandt als Angehöriger des Widerstandskreises um Albrecht Haushofer und Tillich als Mitglied der Bekennenden Kirche, der 1936 wegen der Weitergabe einer Denkschrift an die ausländische Presse verhaftet worden war. An all diesen Personen wird deutlich, dass Antikommunismus nach 1945 auch ernsthafter Antitotalitarismus sein konnte, der weder auf dem linken noch auf dem rechten Auge blind war.

III. Zum Verhältnis von östlichem Kommunismus und westlichem Antikommunismus

Die SED und die sowjetische Besatzungsmacht zog bereits durch ihre repressive Politik in der SBZ/DDR Antikommunisten heran, die oftmals in den Westen flüchteten

⁶ Meyer von Achenbach, Gedanken über deine konstruktive Ostpolitik, S. 24f.

⁷ So Schwarz, Adenauer und Rußland, S. 379.

⁸ Zu Thomas vgl. Buschfort, Das Ostbüro der SPD, S. 23; zu Tejessy ders., Geheime Hüter der Verfassung, S. 64–70.

und sich dort in die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seinen Repräsentanten einschalteten. Die eigenen Negativerfahrungen bildeten etwa für den Verleger Johann Caspar Witsch den entscheidenden Antrieb für seine Tätigkeit als antikommunistischer Verleger (siehe den Beitrag von Frank Möller). Anzuführen ist aber auch Friedrich Kuschnitzky, der als Generalstaatsanwalt von Thüringen immer wieder auf die Einhaltung rechtsstaatlicher Verfahrensgrundsätze gedrängt hatte, deshalb 1948 vom Justizdienst suspendiert worden war und 1950 in den Westen floh, um seiner Verhaftung zu entgehen⁹. Kein Wunder, dass er, wie Boris Spornol darlegt, als Wiedergutmachungsreferent im Bundesfinanzministerium darauf Wert legte, dass aktive Funktionäre des „zweiten Unrechtsstaats“ nicht in den Genuss von für NS-Opfer vorgesehene Entschädigungsleistungen kommen sollten.

Jedoch waren es nicht nur die Verfolgten der SED-Diktatur, sondern die ostdeutschen Kommunisten selbst, die den Antikommunismus in Westdeutschland entfachten. Dass letztere seit 1945 nicht nur die SBZ/DDR, sondern auch die Westzonen bzw. die Bundesrepublik als ihr Betätigungsfeld ansahen, verdeutlichen vor allem die Beiträge von Heike Amos und Dierk Hoffmann. Von Anfang an, so Hoffmann, waren die ostdeutsche KPD und später die SED bestrebt, sich auf die Bundesrepublik auszudehnen, um auch hier die „antifaschistisch-demokratische Umwälzung“ voranzutreiben: Die Wiedervereinigung von links sollte über die „Einheit der Arbeiterklasse“ in Ost- und Westdeutschland erreicht werden. Unterschriftenaktionen, eine inszenierte Volksbefragung und eine massive Propagandaoffensive waren Ausdruck dieser aktiven Westpolitik der SED: 1950/51 wurden monatlich zwischen 200 000 und 400 000 Propagandaerzeugnisse von der DDR in die Bundesrepublik befördert. Überdies gelang es der SED Heike Amos zufolge, bis 1950/51 116 Ausschüsse der Nationalen Front als Arbeitsgruppen in der Bundesrepublik zu etablieren. Über diese und andere Aktivitäten – etwa durch Korrespondenzzirkel, von denen Briefe nach Westdeutschland geschickt wurden – konnten auch viele Ostdeutsche in die „Arbeit nach Westdeutschland“ eingebunden werden. Zu einem Höhepunkt dieser Aktivitäten wurde der Brief des ostdeutschen Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 30. November 1950 an Adenauer, in dem dieser, ausgehend von der Bildung eines Gesamtdeutschen Rates einen Weg zur Wiedervereinigung vorschlug. Begleitet wurde der offene Brief von einer massiven Propagandaaktion. Trotz des offensichtlichen Fehlschlags dieser Aktion setzte die DDR in den 1950er Jahren unbeirrt ihre Westarbeit fort: Da die SED-Führung weiterhin an ihrer „Verelendungsstrategie“ und an ihrer Überzeugung festhielt, der Sturz der Regierung Adenauer stehe unmittelbar bevor (so Dierk Hoffmann), baute sie ihren umfangreichen Westapparat, insbesondere zur Unterstützung der KPD, unter erheblichem finanziellen Aufwand weiter aus.

Welche Wirkung hatten nun diese Aktivitäten in Westdeutschland? Die Beiträge dieses Bandes legen eine differenzierte Antwort nahe. Die kommunistischen Aspirationen in Richtung Westen führten, so Till Kössler, nur mit Verzögerung zu den bekannten antikommunistischen Reaktionen. Denn die KPD wurde in den ersten Jahren nach 1945 aus pragmatischen, vor allem deutschlandpolitischen und gesellschaftspolitischen Gründen vielfach noch von den demokratischen Parteien Westdeutschlands als Verhandlungspartner akzeptiert. Diese Haltung änderte sich bald

⁹ Vgl. Weber, Justiz und Diktatur, S. 146; Wentker, Justiz in der SBZ/DDR, S. 417f.

nach der Gründung der DDR im Jahre 1950. Die Mobilisierungskampagne der SED beschäftigte gemeinsam mit dem Grotewohl-Brief auch Bundesregierung und Bundestag – letzterer sorgte sogar „im Bonner Regierungslager für erhebliche Unruhe“ (Dierk Hoffmann). Erst diese Aktivitäten der SED führten zu der parteiübergreifenden Überzeugung, dass nun entschieden gegen die Kommunisten vorgegangen werden müsse. Dazu trug nicht nur der Umstand bei, dass die ostdeutsche Nationale Front auch im Westen Fuß fassen konnte, sondern auch, dass kommunistische Demonstrationen, die zum Teil in Straßenschlachten mit der Polizei gemündet waren, üble Erinnerungen an die frühen 1930er Jahre weckten. Unter diesen Umständen konnte die SED ihr Hauptziel, die Einheit der Arbeiterklasse unter kommunistischer Führung in der Bundesrepublik, nicht erreichen. Sie beförderte im Gegenteil den Antikommunismus bei der SPD, die Marginalisierung der KPD und den antikommunistischen Konsens.

Ungeachtet der auch weiterhin beschworenen Gefährdung der Bundesrepublik durch eine Unterwanderung von links bestand diese Gefahr kaum noch: Creuzberger stellt zutreffend fest, dass „die perzipierte und die tatsächliche Gefährdung in keinerlei Relation zueinander standen“. Dieses Missverhältnis war zum Teil auf die Nähe zur DDR und deren weiterhin bestehende gesamtdeutsche revolutionäre Perspektive zurückzuführen, so dass der Bund und die westdeutschen Länder an ihren beschlossenen Maßnahmen auch noch festhielten, als die vom Osten gesteuerte kommunistische Bedrohung ‚von unten‘ 1952 ihren Höhepunkt überschritten hatte. Zum Teil ging dies aber auch auf die Sorgen der Bonner politischen Elite zurück, die sich, so Kössler, „hinsichtlich der demokratischen Zuverlässigkeit ihrer Bürger keineswegs sicher war“. Einer der prominentesten Zweifler an der inneren Widerstandsfähigkeit der Westdeutschen gegenüber totalitären Versuchungen war Konrad Adenauer, der auch aus diesem Grund so viel Wert auf die unverbrüchliche Verklammerung mit den Westmächten legte¹⁰.

An dieser Stelle lohnt ein Blick auf die USA, wo ein sehr viel größeres Missverhältnis zwischen Antikommunismus und tatsächlicher kommunistischer Bedrohung bestand als in der Bundesrepublik. Hier hatte dies, wie Bernd Greiner plausibel erklärt, mit einer für die USA einzigartigen Erfahrung zu tun: mit der Großen Depression von 1929. Aufgrund dieser tief greifenden Erschütterung der ganzen amerikanischen Gesellschaft glaubte Franklin D. Roosevelt gegensteuern zu müssen, indem er einen uneingeschränkten Sicherheitsbegriff propagierte. In dem sich daraus entwickelnden spezifisch amerikanischen Verständnis von „nationaler Sicherheit“ überschritten sich soziale, innere und äußere Sicherheit, die die Vereinigten Staaten ihren Bürgern nun bieten wollten. Erst das Verlangen nach ‚absoluter Sicherheit‘ führte zu dem bekannten Alarmismus angesichts der in den USA unbegründeten Furcht vor dem Kommunismus, die durch den Kalten Krieg am Leben gehalten wurde. Erst vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum „der amerikanische Antikommunismus zur Zeit des Kalten Krieges als besonders extreme Variante eines internationalen Phänomens aus dem Rahmen fällt“. Eine vergleichende Untersuchung von westdeutschem und US-amerikanischem Antikommunismus, die natürlich auch deren wechselseitige Beeinflussung im Blick haben müsste, wäre daher eine reizvolle Aufgabe.

¹⁰ Vgl. Schwarz, Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers, S. 116f.

Im deutsch-deutschen Zusammenhang sah sich die SED genötigt, auf den immer stärker werdenden Antikommunismus zu reagieren, dessen Bekämpfung sie in ihrem Programm von 1963 als „die entscheidende Aufgabe“ bezeichnete. Das wurde durch den von ihr durchaus wahrgenommenen antikommunistischen Konsens in der Bundesrepublik zwar stark erschwert; sie ließ dennoch bis Mitte der 1960er Jahre nicht davon ab, vor allem in den Gewerkschaften und in der SPD nach „fehlgeleiteten“ und „ehrlichen“ Mitgliedern zu suchen, die vielleicht doch noch für ein Bündnis mit der SED in Frage kämen. Wenngleich sie weiterhin die Bundesrepublik zu infiltrieren beabsichtigte, sah sie sich auch selbst durch die westdeutsche antikommunistische Propaganda unter Druck gesetzt und versuchte, dieser im eigenen Land entgegenzuwirken. Freilich kam ihr dies auch ein Stück weit entgegen: Denn sie schürte selbst „die ‚antiimperialistische‘ Klassenkampfpsychose“ in der DDR, um von eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken und die Verfolgung Andersdenkender zu legitimieren (Michael Lemke). Sowohl der Antikommunismus im Westen als auch der Anti-Antikommunismus im Osten eigneten sich offensichtlich zur Instrumentalisierung von Seiten der jeweiligen Regierung.

IV. Die Bekämpfung des Kommunismus: Institutionen und Methoden

Beim Antikommunismus in der Bundesrepublik handelte es sich um eine Einstellung, die gleichzeitig nach Taten verlangte. Die Mehrzahl der Beiträge in diesem Band befasst sich mit den unterschiedlichsten Methoden bei der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, die man grob in drei Kategorien einteilen kann: erstens die Bekämpfung des Kommunismus in der DDR, zweitens politische, justizielle und administrative Maßnahmen in der Bundesrepublik und drittens Aktivitäten auf dem weiten Feld der Aufklärung, Propaganda und politischen Bildung.

Die Bekämpfung des Kommunismus in der DDR wurde vor allem von amerikanischen Geheimdiensten, aber auch von bundesdeutschen Einrichtungen wie dem BMG sowie den politischen Parteien betrieben. Kennzeichnend für deren Vorgehen war, dass sie sich oft nicht selbst engagierten, sondern sich dazu einer Vielzahl privater Organisationen bedienten. Bei den bekanntesten dieser Vorfeldorganisationen handelte es sich neben der hier vorgestellten KgU um die Ostbüros von SPD, CDU und FDP, den Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (UfJ) und den rechtsradikalen Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF)¹¹. In den frühen 1950er Jahren waren sie in der DDR aktiv, betrieben Spionage und Sabotage, verteilten Flugblätter und anderes mehr. Deren ostdeutsche Zuarbeiter waren wertvolle Informanten für westdeutsche und westalliierte Dienststellen in West-Berlin. Die DDR-Behörden verfolgten diese Organisationen unerbittlich, was etwa 1951 und 1952 – auch aufgrund gewagter, schlecht geplanter Aktionen – zu hohen Verlusten unter KgU-Mitarbeitern führte: Zwischen 185 und 300 von ihnen wurden damals verhaftet, 185 verurteilt.

¹¹ Vgl. dazu neben dem Beitrag von Stöver und der dort angegebenen Literatur zur KgU Buschfort, Parteien im Kalten Krieg; Hagemann, Der Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen; Friedel, Der Volksbund für Frieden und Freiheit.

Aufgrund dieser Niederlagen und eines amerikanischen Strategiewechsels im Kalten Krieg hin zur Entspannung wurden diese Aktivitäten in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre zunehmend reduziert und 1958/59 im Zuge der Auflösung der KGU gestoppt.

Die deutsch-deutsche Auseinandersetzung ging indes auf subtilere Art und Weise auch nach dem Höhepunkt der Spionage- und Sabotageaktionen zu Beginn der 1950er Jahre auf dem Boden der DDR weiter: mit den „Päckchen nach drüben“, die *prima facie* dazu gedacht waren, Not leidende Ostdeutsche zu unterstützen und seit 1948 von engagierten Mitmenschen versandt wurden. Ihren Höhepunkt erlebte die Päckchenaktion indes 1953, als eine „Eisenhower-Spende“ aus den überquellenden Lebensmittellagern der USA Westdeutschland erreichte. Überdies gab es unmittelbar nach dem gescheiterten Volksaufstand vom Juni 1953 eine propagandistische Lebensmitteloffensive Eisenhowers: Die Lebensmittel wurden nach West-Berlin befördert, wo sie von Ost-Berlinern abgeholt werden konnten. Nachhaltiger wirkten indes die privat gepackten und versandten Päckchen. Diese waren, so zutreffend Rainer Gries, „eine Form von Antikommunismus, die von jedermann im Westen in die Tat umgesetzt werden und die jedermann im Osten erreichen konnte“. Die DDR nahm indes die Herausforderung im „Päckchenkrieg“ an, so dass, von staatlicher Seite gefördert, auch streikende Arbeiter im Westen unter großem propagandistischen Aufwand Hilfspakete aus dem Osten erreichten. Hinzu kam jedoch, dass die DDR-Bürger die westdeutschen Gaben zwar akzeptierten, sich aber nicht auf die Rolle von armen Spendenempfängern reduzieren lassen wollten. Sie revanchierten sich daher mit oft hochwertigen Ostprodukten (Dresdner Christstollen, Schnitzereien aus dem Erzgebirge); im deutsch-deutschen Päckchenverkehr kamen in seiner Hochzeit Mitte der 1960er Jahre auf zwei Westpakete durchschnittlich anderthalb Ostpakete.

Die politischen, justiziellen und administrativen Maßnahmen gegen den Kommunismus in der Bundesrepublik werden insbesondere von Stefan Creuzberger und Till Kössler behandelt. Dabei ging es unter anderem um die Entfernung von KPD-Angehörigen aus dem öffentlichen Dienst, was durch einen maßgeblich von BMG und Bundesinnenministerium (BMI) herbeigeführten Kabinettsbeschluss vom September 1950 sichergestellt wurde; das öffentliche Auftreten kommunistischer Organisationen wurde weitgehend unterbunden, militante Organisationen wie die FDJ wurden verboten (Juni 1951); mit Hilfe des 1. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 30. August 1951, das die Staatsschutzgesetze verschärfte, konnte jegliche politische Betätigung im Sinne von SED und KPD kriminalisiert werden, unter anderem auch die Verbreitung von kommunistischen Propagandaerzeugnissen¹². Hinzu kamen administrative Maßnahmen des BMG, etwa um die Teilnahme westdeutscher Jugendlicher an den Weltjugendfestspielen von 1951 in Ost-Berlin zu verhindern, und die Anlage einer 20 000 Personen und 3000 Institutionen umfassenden Geheimkartei von politisch Verdächtigen. Deren Inhalte wurden sowohl dem Verfassungsschutz als auch privaten antikommunistischen Organisationen zugänglich gemacht – eine rechtsstaatlich äußerst bedenkliche Methode. Fragwürdig war ebenfalls das indirekte Vorgehen des BMG etwa gegen die Gesamtdeutsche Volkspartei (GVP) im Wahlkampf von 1953 unter Zuhilfenahme der Dienste des VFF. Als administrative antikommunistische Maßnahme ist

¹² Zur Entstehung des Gesetzes vgl. Schiffers, Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz, S. 49–262.

überdies die Einführung der „Kommunistenklausel“ in die Entschädigungsgesetze der Länder und des Bundes zu bewerten (Boris Spernol): Es ging dabei darum, die Opfer der NS-Diktatur, die in Westdeutschland als Kommunisten hervorgetreten waren, von Entschädigungsleistungen auszuschließen. Die Begründung dafür lautete, dass mit staatlichen Leistungen an Kommunisten auch die Arbeit der KPD unterstützt werde – und dies wollte man auf keinen Fall riskieren. Die wohl wichtigste antikommunistische Maßnahme dieser Zeit war der Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die KPD im November 1951 – ein Antrag, der allerdings erst am 17. August 1956 vor dem Verfassungsgericht zum Erfolg führte. Wie Rüdiger Thomas hervorhebt, musste das Bundesverfassungsgericht nachweisen, dass die KPD die Prinzipien der freiheitlich-demokratischen Grundordnung nicht nur ablehnte, sondern diese aktiv bekämpfte; in seinem Urteil hob es überdies hervor, dass der Marxismus-Leninismus als Wissenschaftslehre „nicht Gegenstand des Verfahrens“ sei. Auch wenn rechtsstaatliche Grundsätze im Kampf gegen den Kommunismus nicht immer eingehalten wurden – dem Bundesverfassungsgericht kann man dies gewiss nicht zum Vorwurf machen. Obwohl das Verfahren mehr als fünfzig Jahre zurückliegt, sind die Prozessakten immer noch nicht zugänglich: Es käme der Erforschung des Antikommunismus in der Bundesrepublik sehr zugute, wenn das Bundesverfassungsgericht an dieser Stelle mehr Transparenz walten lassen könnte.

Der Kampf gegen den Kommunismus, bei dem es ja auch darauf ankam, die Westdeutschen „gegen den Kommunismus zu ‚immunisieren‘“ (so Kreuzberger), wurde auch mit ganz anderen Waffen ausgetragen, die daran erinnern, dass der Kalte Krieg vor allem ein Krieg um die Köpfe und „die Seele der Menschheit“ war¹³. Zu nennen ist hier zunächst die Verlautbarung der Deutschen Bischofskonferenz von 1950, der zufolge Gläubige, die durch ihr Verhalten zeigten, dass sie den Kommunismus förderten, vom Empfang der Sakramente ausgeschlossen seien – eine Sanktionsdrohung, die angesichts der damaligen engen Kirchenbindung der deutschen Katholiken den im Katholizismus ohnehin verbreiteten Antikommunismus gefestigt haben dürfte. Überdies beteiligte sich die katholische Kirche an dem medialen Abwehrkampf gegen den Kommunismus. Thomas Brechenmacher hat in diesem Zusammenhang vor allem auf die Aktivitäten des Presseverantwortlichen des Bistums Berlin, Walter Adolph, verwiesen, der in der ehemaligen deutschen Hauptstadt die kirchliche Massenpublizistik einsetzte, um gegen den Kommunismus im Ostteil der Stadt und in der DDR vorzugehen. Überhaupt wurde im Zeitalter der Printmedien der Kampf gegen den Kommunismus vor allem auf diesem Feld geführt. Die Bundesrepublik nahm auch hier die Herausforderung aus der DDR auf, allerdings mit höchst unterschiedlichen Produkten. Die Palette reichte vom zweiwöchig erscheinenden ‚PZ-Archiv‘ (seit 1952 ‚SBZ-Archiv‘) über spannende Erlebnisberichte bis zu umfangreichen Sachbüchern. Eine wesentliche Rolle spielte dabei der Verleger Joseph Caspar Witsch, der mit seinen beiden Verlagen (Kiepenheuer und Witsch und Verlag für Politik und Wirtschaft) vor allem für das BMG publizierte, das zahlreiche seiner Produkte aufkaufte, um diese kostenlos in Behörden oder Schulen zu verteilen. Dabei befließigte sich Witsch selbst einer äußerst drastischen Ausdrucksweise, während etwa der Verant-

¹³ Das Zitat von Präsident George H. W. Bush, zitiert nach: Leffler, *For the Soul of Mankind*, S. 3.

wortliche für den Verlag für Politik und Wirtschaft, Berend von Nottbeck, in eigenen Beiträgen fundierte Analysen und Kommentare lieferte. In letztere Richtung ging auch die Vorläufereinrichtung der Bundeszentrale für politische Bildung, die Bundeszentrale für Heimatdienst (BZH), die, wie Rüdiger Thomas darlegt, nicht dem BMG, sondern dem BMI nachgeordnet und dem Adenauer-Freund Paul Franken unterstellt wurde. Trotz dessen persönlichen Konservatismus verpflichtete dieser die BZH auf eine pluralistische Linie. Anders als dem BMG, das unter Antikommunismus eine propagandistisch motivierte Bekämpfung des Kommunismus verstand, ging es der BZH, wie Thomas anhand zentraler Artikel aus der von ihr verantworteten Zeitschrift ‚Aus Politik und Zeitgeschichte‘ zeigt, um eine geistig-politische Auseinandersetzung. Dieser Linie blieb sie auch im zeitlichen Umfeld des KPD-Verbots treu. Doch bei einer medialen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus wollten es BMG, BZH und auch der Verleger Witsch nicht belassen: Überdies sollten Multiplikatoren politisch geschult werden, um kommunistischen Argumenten Paroli bieten zu können. Dieser Gedanke, der ebenfalls auf Witsch zurückging, wurde 1957 durch die Gründung des der BZH unterstehenden Ostkollegs umgesetzt. Auffällig ist hier das Zusammenspiel von Einrichtungen und Personen, die immer wieder mit dem Ziel kooperierten, dem Kommunismus Einhalt zu gebieten: Vor allem der Beitrag über Joseph Caspar Witsch bietet hier interessante Einblicke in über längere Zeit hinweg bestehende Netzwerke, auf die sicher noch mehr Licht geworfen werden könnte.

V. Zur Reichweite des Antikommunismus

Der Antikommunismus entfaltete rasch seine Wirksamkeit: Die KPD, die bei den Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag noch 5,7 Prozent der Stimmen errungen hatte, konnte 1953 nicht wieder in den Bundestag einziehen, da lediglich 2,2 Prozent der Wähler für sie votiert hatten und da im selben Jahr die Fünf-Prozent-Klausel eingeführt worden war. Auch in ihrer Hochburg Nordrhein-Westfalen ging der Anteil an kommunistischen Wählerstimmen immer mehr zurück: von 14 Prozent bei den Landtagswahlen von 1947 auf 5,5 Prozent 1950 und 3,8 Prozent 1954. Auch gesellschaftlich befanden sich die westdeutschen Kommunisten auf dem Rückzug. Gleichwohl gab es immer noch Refugien, in denen sich diese halten konnten. So konnten sich etwa örtlich kommunistische Betriebsräte noch bis Mitte der 1950er Jahre gegen ihre Konkurrenz aus der SPD behaupten. Außerdem wurden kaum kommunistische Funktionäre und Betriebsräte aus den Gewerkschaften ausgeschlossen – regelrechte ‚Säuberungsaktionen‘ gab es nicht, sondern die Gewerkschaftsführungen setzten eher auf Integration als auf Ausschluss ihrer kommunistischen Mitglieder. Überdies macht Kössler auf die Begrenzung der antikommunistischen Maßnahmen durch unterschiedliche Faktoren aufmerksam. Eine Grenze lag im bundesdeutschen Föderalismus begründet, was etwa an den von Land zu Land unterschiedlichen Antworten auf die Frage deutlich wird, welche Organisationen im Umkreis der KPD verboten werden sollten. Überdies begrenzte auch der Rechtsstaat die antikommunistischen Maßnahmen: Bereits im Winter 1950/51 hielten einzelne Verordnungen, die die Meinungs- und Versammlungsfreiheit einengten, der Überprüfung durch Verwaltungsgerichte nicht stand, und auch bei Organisationsverboten befürchteten Politiker

die Annullierung ihrer Handlungen durch die Gerichte. Schließlich konnte auch auf kommunaler Ebene ein rigider antikommunistischer Kurs nicht immer durchgesetzt werden, so dass etwa in Wuppertal die örtliche KPD entgegen einer Bestimmung des nordrhein-westfälischen Innenministers auch in den frühen 1950er Jahren noch öffentliche Gebäude für sich nutzen konnte; auch in den Lokalparlamenten, in denen die KPD bis 1956 vertreten war, wurde mit dieser noch begrenzt zusammengearbeitet. Überhaupt muss nicht nur nach den antikommunistischen Bestimmungen, sondern generell nach deren Umsetzung gefragt werden. Dies zeigen auch die Untersuchungen von Boris Spornol zur Anwendung der „Kommunistenklausel“, in denen etwa darauf verwiesen wird, dass in zahlreichen nordrhein-westfälischen Städten nur sehr wenige Entschädigungsanträge von Kommunisten aufgrund der Ausschlussklauseln abgelehnt worden seien. Anders verhielt es sich bei den kommunistischen Antragstellern unter den Düsseldorfer Landtagsabgeordneten: Hier wurden 40 Prozent von einer Entschädigung ausgeschlossen, was zeigt, dass vor allem die Spitzenfunktionäre im Visier der Verwaltung standen.

VI. Relativierungen und Differenzierungen

Die Feststellung, dass der Antikommunismus für die politische Kultur der frühen Bundesrepublik von überragender Bedeutung gewesen sei, darf freilich nicht zu dessen Überschätzung in wichtigen Zusammenhängen führen. Die Beiträge des Bandes haben auf dessen Relativierung vor allem auf drei Gebieten aufmerksam gemacht. Erstens musste die katholische Kirche gerade im Ostteil des Bistums Berlin und in der DDR darauf bedacht sein, dass sie trotz Ablehnung der kommunistischen Ideologie im Alltag die seelsorgerlichen Strukturen erhielt: Einen unbegrenzten Konflikt mit der Staatsmacht konnte sie folglich nicht riskieren. Dieses Grundproblem lösten, wie Thomas Brechenmacher darlegt, die Bischöfe Wilhelm Weskamm, Julius Döpfner und Alfred Bengsch auf jeweils unterschiedliche Weise. Unter letzterem wurde „politische Abstinenz der Kirche und öffentliche Neutralität [...] eingetauscht gegen Respektierung des seelsorgerlichen Lebensrechts der Kirche in der DDR und Akzeptanz des rechtlichen *Status quo* in einer Art ‚ökologischen Nische‘“.

Zweitens hat Michael Schwartz die These, dass Flüchtlinge und Vertriebene aufgrund ihrer Vertreibungserfahrungen gleichsam automatisch zu den Hauptträgern des Antikommunismus geworden seien¹⁴, zu Recht relativiert: Erstens träfe dies nur auf die in der Endphase des Krieges vertriebenen Personen zu und weniger auf die, die erst in den 1950er Jahren aus den Vertreibungsgebieten ‚umgesiedelt‘ worden seien; zweitens ginge der Antikommunismus vieler Vertriebenen bereits auf die Zwischenkriegszeit zurück; und drittens machte eine Reihe von Vertriebenen nicht allein die kommunistische Sowjetunion, sondern alle Siegermächte für ihr erlittenes Schicksal verantwortlich. Die einseitige Schuldzuweisung an die Sowjetunion, so Schwartz, „war im wesentlichen ein politisches Produkt der Regierung Adenauer und wurde von kooperationswilligen Vertriebenenfunktionären mehr und mehr übernommen“. Überdies konstatiert er, dass der oft hergestellte Nexus zwischen Antikommunismus

¹⁴ So unter anderem Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*, Bd. 5, S. 405 f.

und Antislawismus der Vertriebenenverbände keineswegs zwangsläufig gewesen sei. Schließlich hätten verschiedene Vertriebenenvertreter keinem undifferenzierten Antikommunismus gehuldigt, sondern zwischen den kommunistischen Regierungen der Vertreiberstaaten und den kommunistisch tyrannisierten Völkern unterschieden: Und mit letzteren wollte ein Vertriebenenfunktionär wie Wenzel Jaksch durchaus wirtschaftliche, kulturelle und humanitäre Kontakte pflegen.

Drittens spielte der Antikommunismus in Film und Fernsehen der Bundesrepublik keine so wesentliche Rolle wie in den Printmedien. Während der bundesdeutsche Spielfilm der 1950er Jahre Politik weitgehend ausblendete, so dass hier keine explizite Auseinandersetzung mit dem Kommunismus erfolgte, sah es im Fernsehprogramm der 1960er Jahre etwas anders aus. Zwar stand die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus auch hier nicht im Zentrum; vereinzelt, wie etwa in der Spielfilmserie „Die fünfte Kolonne“, wurden kommunistische Aktivitäten in der Bundesrepublik – hier anhand des MfS – durchaus behandelt. Die darin vermittelte Warnung vor der kommunistischen Gefahr war laut Christoph Classen jedoch eher ein Deckmäntelchen als der eigentliche Zweck der Sendung: Denn mit dieser Botschaft ließ sich spannungsgeladene Unterhaltung im öffentlich-rechtlichen Fernsehen in einer Zeit legitimieren, als diese noch kein Selbstzweck war.

VII. Wirkung und Wandel des Antikommunismus

Der Antikommunismus hatte vor allem eine stabilisierende Wirkung – sowohl in der Bundesrepublik als auch in der DDR. Michael Lemke verweist darauf, dass die Auseinandersetzung zwischen Kommunismus und Antikommunismus „einen hohen Stellenwert bei der Einbindung der Deutschen in ihre einander entgegengesetzte Staaten und Bündnissysteme“ hatte – eine Aussage, die sicher mehr für die Bundesrepublik als für die DDR zutrifft, wo der Kommunismus, der ja mehrheitlich abgelehnt wurde, wohl kaum identitätsstiftend wirkte. Auf einer anderen Ebene hingegen trug der Antikommunismus zur Stabilisierung der DDR sehr wohl bei: Gruppen wie die KgU haben, so Bernd Stöver, weniger die DDR destabilisiert als den Ausbau des MfS befördert – eines Repressionsapparats, den die DDR zur Aufrechterhaltung ihrer staatlichen Ordnung dringend benötigte. Weniger eindeutig war die Wirkung der antikommunistisch inspirierten „Päckchen-Aktionen“. Kurzfristig stabilisierten sie die DDR, da sie den Ostdeutschen Konsumgüter zur Verfügung stellten, „die Mangelware oder Sehnsuchtsprodukte waren“; langfristig hingegen, so Rainer Gries, schürten die Päckchen Unmut und Unzufriedenheit mit der eigenen Versorgungssituation. Eine ganz ähnliche Wirkung hatte die Verbreitung der D-Mark in der DDR seit den 1970er Jahren, die zunächst die Devisenprobleme der DDR-Führung linderte, langfristig aber „zu einer Art schleichendem Gift im Körper des Sozialismus“ wurde¹⁵.

Mit der Zeit setzte indes in der Bundesrepublik eine Abwendung vom Antikommunismus ein. Nach Till Kössler begann sich der öffentliche Konsens über den Umgang mit Kommunisten bereits Mitte der 1950er Jahre aufzulösen, also zu demselben Zeitpunkt, zu dem die KPD verboten wurde. Entscheidend dafür sei das „Schwinden

¹⁵ Vgl. Plumpe, *Die alltägliche Selbstzermürbung*, S. 100.

der Bedrohungswahrnehmung auf Seiten der politischen Eliten“ seit 1956 gewesen. Jedoch handelte es sich bei der Abkehr vom Antikommunismus um einen längeren Prozess, der erst Mitte der 1960er Jahre beendet wurde. Nach Creuzberger lässt sich dies auch an der Politik des BMG seit dem Amtsantritt von Erich Mende (FDP) als Minister 1963 verdeutlichen. So hatte sich dieser etwa für das erste Passierscheinabkommen in Berlin engagiert und angeregt, die innerdeutschen Verwaltungskontakte wiederzubeleben. Antikommunistischen Gemeinplätzen erteilte er 1966 eine Absage und sprach sich im Gegenteil „für ein Höchstmaß an Diskussion mit Kommunisten und über den Kommunismus“ aus – allerdings unter dem Schutz der westdeutschen freiheitlichen Ordnung. Die entscheidende Wende trat allerdings mit der Großen Koalition ein, als der neue Minister Herbert Wehner (SPD) dem Antikommunismus im BMG zu Leibe rückte und selbst für eine Neuorientierung im Verhältnis zur DDR eintrat. Die antikommunistischen Vorfeldorganisationen wurden entweder aufgelöst oder in die Bundesanstalt für gesamtdeutsche Fragen integriert. Ja, das BMG unternahm nun Creuzberger zufolge eine Wende um 180 Grad, da das bis dahin in der Forschungsförderung „verbreitete Totalitarismus-Konzept zugunsten einer – überaus fragwürdigen – systemimmanenten Betrachtungsweise“ aufgegeben wurde, der zufolge die DDR nur an ihren eigenen Ansprüchen gemessen werden sollte. Die weiche Zäsur „Mitte der 1960er Jahre“ für das Ende des westdeutschen Antikommunismus wird auch von Rainer Gries bestätigt, der von dieser Zeit an einen deutlichen Rückgang beim Versand westdeutscher Päckchen in die DDR feststellt. Und Michael Schwartz konstatiert, dass der Antikommunismus, mit dessen Hilfe die Vertriebenen und ihre Verbände in die Bundesrepublik integriert worden seien, nun „zum Vehikel ihrer politischen Isolation“ geworden sei. Indem die Vertriebenenverbände die Neue Ostpolitik Willy Brandts vehement ablehnten, begaben sie sich zunehmend ins gesellschaftliche Abseits – und verloren auch an Zustimmung unter den Vertriebenen selbst, von denen nicht wenige die populäre Öffnung nach Osten begrüßten.

Der Wandel des Antikommunismus in der Bundesrepublik lässt sich auch anhand der von Dominik Geppert geschilderten Annäherung des Kongresses für kulturelle Freiheit (CCF) an die Gruppe 47 von Hans-Werner Richter nachvollziehen. Während in den 1950er Jahren der CCF noch darauf aus war, europäische Intellektuelle im Zeichen des antitotalitären Konsenses zu versammeln und Deutschland als zur westlichen Kultur- und Wertegemeinschaft gehörenden Teil Europas gegen den Bolschewismus auch geistig-intellektuell zu verteidigen, setzte die Gruppe 47 auf einen humanitären Sozialismus in einem neutralen Deutschland, das eine Brücke zwischen Ost und West bilden sollte. Nach 1961 konnten sich beide einander annähern, weil die Gruppierungen einen Wandel durchgemacht hatten. Infolge des Mauerbaus sprach sich Richter nun eindeutig für den Westen und gegen das SED-Regime aus; das CCF-Mitglied Willy Brandt wurde zum politischen Leitstern der Gruppe 47. Im CCF wiederum setzte sich nach Stalins Tod und verstärkt zu Beginn der 1960er Jahre die Linie des intellektuellen Austauschs gegenüber der des kämpferischen Antikommunismus durch.

Eine Ursache für diesen Wandel im Westen ist im Erfolg des Antikommunismus zu suchen: Da die Kommunisten in der Bundesrepublik trotz Unterstützung aus Ost-Berlin immer mehr zu einer politischen Sekte verkümmerten, erschien Antikommunismus immer weniger notwendig zu sein. Das galt nicht nur für die Bundesrepublik,

sondern auch für eine Vereinigung wie den CCF: Die Erkenntnis, dass man den Kalten Krieg der Ideen gewonnen hatte, bedeutete dass der CCF sich nach links öffnen konnte. Das Schlagwort vom ‚Ende des ideologischen Zeitalters‘ machte nun die Runde. Hinzu kam seit Beginn der 1960er Jahre die beginnende weltpolitische Wende von der Konfrontation zur Entspannung sowie ein rascher gesellschaftlicher und mentaler Wandel im Westen, mit dem der Zeitgeist deutlich nach links rückte: Kulminationspunkt dieser Dynamik war die Studentenrevolte von 1968. Vor diesem Hintergrund änderte sich die Einstellung zum Kommunismus, so dass 1968 in der Bundesrepublik erneut eine kommunistische Partei zugelassen wurde.

Seit den 1950er Jahren unterlag auch Ost-Berlins ‚Westarbeit‘ einem Wandel. Deren Nahziel hatte sich bereits Mitte der 1950er Jahre verschoben: Seit dieser Zeit ging es nicht mehr primär darum, in der Bundesrepublik einen Systemwechsel herbeizuführen, sondern dort auf eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR hinzuwirken. Gegen Ende der 1950er Jahre stellte sich bei Ulbricht eine massive Verärgerung über die bisherige Erfolglosigkeit der Westarbeit ein, so dass 1960/61 sowohl die Mittel für die ‚Westpolitik‘ als auch die Zahl der hauptamtlichen ‚Westarbeiter‘ drastisch reduziert wurden. Gleichzeitig, so Heike Amos, beendete die SED bis 1965 das Kompetenzgerangel in ihrem Apparat, so dass 1965 die Leitungs- und Kontrollfunktion im Hinblick auf die ‚Westarbeit‘ in der Westabteilung des ZK konzentriert wurde. Auch die Wende von den 1960er zu den 1970er Jahren bildete für die ‚Westarbeit‘ eine Zäsur, die mit Gründung der DKP wieder sehr viel einfacher wurde. Überdies ließen die Angriffe auf den Antikommunismus nach der staatlichen Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik 1972 nach – die Bonner Entspannungspolitik bot hier einfach weniger Ansatzpunkte! Freilich wurde – weniger infolge des Grundlagenvertrags, sondern mehr infolge der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) – durch die Thematisierung der Menschenrechte die DDR und damit der Kommunismus in Deutschland erneut in die Defensive gedrängt: Diesem „subtileren, für sie gefährlicheren Antikommunismus“ (so Michael Lemke) hatte Ost-Berlin kaum etwas entgegensetzen. Infolge des KSZE-Prozesses wurde innergesellschaftlich in der DDR eine Dynamik in Gang gesetzt, die langfristig immer schwieriger zu kontrollieren war¹⁶.

VIII. Was bleibt vom Antikommunismus?

Wenngleich der Antikommunismus in der Bundesrepublik – und in der westlichen Hemisphäre – nie wieder so konsensfähig wurde wie in den 1950er Jahren, so gab es doch Phasen und Gruppen, in denen antikommunistisches Gedankengut noch bis zum Ende des Kalten Krieges eine wichtige Rolle spielte: Genannt seien nur die Ära Reagan in den USA bis 1987, aber auch der rechte Flügel der Unionsparteien in der Bundesrepublik. Jedoch verlor der Antikommunismus zunehmend mit der Perestrojka Michail Gorbatschows und spätestens mit dem Untergang des sowjetischen Kommunismus seinen Gegner; die DDR ging im Zuge der revolutionären Veränderungen von 1989/90 im wiedervereinigten Deutschland auf. Daraufhin wurde das Bundesmi-

¹⁶ Vgl. dazu Hanisch, Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985.

nisterium für innerdeutsche Beziehungen genauso aufgelöst wie das ihm nachgeordnete Gesamtdeutsche Institut; das SBZ-Archiv, seit 1967 in Deutschland Archiv umbenannt, musste sein Themenspektrum erweitern, um vorläufig weiter bestehen zu können. 2013 ist die Printausgabe des Deutschland Archivs eingestellt worden. Die Bundeszentrale für Heimatdienst, deren antikommunistisches Engagement sowieso nur einen kleinen Teil ihrer Arbeit ausgemacht hatte, existiert weiter als Bundeszentrale für politische Bildung. Jenseits aller Institutionen hat Rainer Gries noch auf ein weiteres Überbleibsel aufmerksam gemacht: Das „Päckchenmuster“, bei dem der Westen gibt und der Osten nimmt, habe sich bis heute erhalten und stelle eine versteckte Grundstruktur dar, „die bis heute unseren deutsch-deutschen Alltag regiert“ – eine mentale Struktur, die „auf einem ebenfalls versteckten und subtilen Antikommunismus“ basiere. Doch je mehr die mentalen Differenzen zwischen West und Ost abnehmen, desto stärker wird auch diese Struktur schwinden. In den Vereinigten Staaten jedoch, so Bernd Greiner, habe der Antikommunismus des Kalten Krieges über dessen Ende hinaus einen Denkstil befördert, der im „war on terror“ seit den Anschlägen vom 11. September 2001 erneut an Aktualität gewonnen hat: Die Kombination von Angst und das Streben nach ‚absoluter Sicherheit‘ beförderte damals wie in den Jahren unmittelbar nach 2001 einen amerikanischen Sicherheitsdiskurs, in dem „Prävention auf Verdacht, Handeln auch ohne handfeste Beweise, Fixierung auf die hypothetische Möglichkeit statt auf die Wahrscheinlichkeit eines Ereignisses“ von zentraler Bedeutung seien. Ein ähnlicher Denkstil lässt sich für Deutschland nicht feststellen, das mit diesen Gefährdungen viel gelassener umgeht.

Literaturverzeichnis

- Acta Apostolicae Sedis 41 (1949).
- Adenauer, Konrad: Briefe 1945–1947. Bearbeitet von Hans Peter Mensing. Berlin 1983.
- Ders.: Briefe 1949–1951. Bearbeitet von Hans Peter Mensing. Berlin 1985.
- Ders.: Briefe 1951–1953. Bearbeitet von Hans Peter Mensing. Berlin 1987.
- Ders.: Briefe 1953–1955. Bearbeitet von Hans Peter Mensing. Berlin 1995.
- Ders.: Briefe 1955–1957. Bearbeitet von Hans Peter Mensing. Berlin 1998.
- Ders.: Briefe 1957–1959. Bearbeitet von Hans Peter Mensing. Paderborn 2000.
- Ders.: Erinnerungen. Bd. 1: 1945–1953. Stuttgart 1965.
- Ders.: Erinnerungen. Bd. 2: 1953–1955. Stuttgart 1966.
- Ders.: Erinnerungen. Bd. 3: 1955–1959. Stuttgart 1967.
- Ders.: Erinnerungen. Bd. 4: 1959–1963. Fragmente. Stuttgart 1968.
- Ders.: „Es musste alles neu gemacht werden.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1950–1953. Bearbeitet von Günter Buchstab. Stuttgart 1986.
- Ders.: „Wir haben wirklich etwas geschaffen.“ Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1953–1957. Bearbeitet von Günter Buchstab. Düsseldorf 1990.
- Ders.: „...um den Frieden zu gewinnen“. Die Protokolle des CDU-Bundesvorstandes 1957–1961. Bearbeitet von Günter Buchstab. Düsseldorf 1994.
- Ders.: Reden 1917–1967. Eine Auswahl. Hrsg. von Hans-Peter Schwarz. Stuttgart 1975.
- Ders.: Teegespräche 1950–1954. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters. Berlin 1984.
- Ders.: Teegespräche 1955–1958. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters. Berlin 1986.
- Ders.: Teegespräche 1959–1961. Bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters. Berlin 1988.
- Ders.: Die letzten Lebensjahre 1963–1967. Briefe und Aufzeichnungen, Gespräche, Interviews und Reden. 2 Bde. Bearbeitet von Hans Peter Mensing. Paderborn 2009.
- Adolph, Walter: Erich Klausener. Berlin 1955.
- Ders.: Atheismus am Steuer. Berlin 1956.
- Ders./Klausener, Erich/Muschalek, Hubert: Unsere Sorge der Mensch. Unser Heil der Herr. Brennende Fragen und klare Antworten. Berlin 1958.
- Ders.: Kardinal Preysing und zwei Diktaturen. Sein Widerstand gegen die totalitäre Macht. Berlin 1971.
- Ders.: Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935–1943. Bearbeitet von Ulrich von Hehl. Mainz ²1980.
- Ahbe, Thomas/Gries, Rainer/Schmale, Wolfgang (Hrsg.): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von „den Anderen“ nach 1990. Leipzig 2009.
- Ahonen, Pertti: After the Expulsion. West Germany and Eastern Europe 1945–1990. Oxford u. a. 2003.
- Akten deutscher Bischöfe seit 1945. DDR 1957–1961. Bearbeitet von Thomas Schulte-Umberg. Paderborn u. a. 2006.
- Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Bundesrepublik Deutschland 1950–1955. Bearbeitet von Annette Mertens. Paderborn u. a. 2010.
- Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Westliche Besatzungszonen und Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949/49. Bearbeitet von Annette Mertens. Paderborn u. a. 2010.
- Akten deutscher Bischöfe seit 1945. DDR 1951–1957. Bearbeitet von Christoph Kösters. Paderborn u. a. 2012.
- Akten deutscher Bischöfe seit 1945. Bundesrepublik Deutschland 1956–1960. Bearbeitet von Heinz Hürten. Paderborn u. a. 2012.
- Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 1: Adenauer und die Hohen Kommissare 1949–1951. Hrsg. von Hans-Peter Schwarz in Verbindung mit Reiner Pommerin. Bearbeitet von Frank-Lothar Kroll und Manfred Nebelin. München 1989.
- Altermatt, Urs: Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert. Zürich ²1991.
- Ders.: Konfession, Nation und Rom. Metamorphosen im schweizerischen und europäischen Katholizismus des 19. und 20. Jahrhunderts. Frauenfeld 2009.

- Altrichter, Helmut (Hrsg.): Adenauers Moskaubesuch 1955. Eine Reise im internationalen Kontext. Bonn 2007.
- Amos, Heike: Die Westpolitik der SED 1948/49–1961. „Arbeit nach Westdeutschland“ durch die Nationale Front, das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und das Ministerium für Staatssicherheit. Berlin 1999.
- Dies.: Politik und Organisation der SED-Zentrale 1949–1963. Struktur und Arbeitsweise von Politbüro, Sekretariat, Zentralkomitee und ZK-Apparat. Münster 2003.
- Dies.: Die Entstehung der Verfassung in der Sowjetischen Besatzungszone/DDR 1946–1949. Darstellung und Dokumentation. Münster 2006.
- Dies.: Vertriebenenverbände im Fadenkreuz. Aktivitäten der DDR-Staatssicherheit 1949 bis 1989. München 2011.
- Anders, Günther: Die Zerstörung unserer Zukunft. Zürich 2011.
- Andersch, Alfred: Das junge Europa formt sein Gesicht (August 1946), in: Hans A. Neunzig (Hrsg.): Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation. Eine Auswahl. München 1976, S. 19–25.
- Arnold, Heinz Ludwig: Die Gruppe 47. Ein kritischer Grundriß. München 1980.
- Ders.: Die Gruppe 47. Reinbek bei Hamburg 2004.
- Arnold, Klaus: Wie Deutschland begann, sich für Politik zu interessieren. Medienrezeption in den 1960er und 1970er Jahren, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert. Leipzig 2010, S. 323–346.
- Asmussen, Hans: „Sacrum Imperium?“, in: Neues Abendland 7 (1952), S. 577–586.
- Asmussen, Nils: Der kurze Traum von der Gerechtigkeit. „Wiedergutmachung“ und NS-Verfolgte in Hamburg nach 1945. Hamburg 1987.
- Aurich, Rolf: Geteilter Himmel ohne Sterne, in: Stiftung Deutsche Kinemathek (Hrsg.): Kalter Krieg. 60 Filme aus Ost und West. Berlin 1991.
- Ders./Beckenbach, Niels/Jacobsen, Wolfgang: Reineckerland. Der Schriftsteller Herbert Reinacker. München 2010.
- Aycoberry, Pierre: Der Bolschewik, in: Étienne François/Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte. Bd. 1. München 2001, S. 455–468.
- Baberowski, Jörg: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. München 2012.
- Badstübner, Rolf/Loth, Wilfried (Hrsg.): Wilhelm Pieck – Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945–1953. Berlin 1994.
- Bailey, George u.a.: Die unsichtbare Front. Der Krieg der Geheimdienste im geteilten Berlin. Berlin 1997.
- Baring, Arnulf: Im Anfang war Adenauer. Die Entstehung der Kanzlerdemokratie. München 1982.
- Barth, Karl: Die Kirche zwischen Ost und West. Vortrag, gehalten in der Stadtkirche in Thun und im Münster in Bern am 6. Februar 1949. München 1949.
- Ders.: How my mind has changed, in: Karl Kupisch (Hrsg.): „Der Götze wackelt“. Zeitkritische Aufsätze, Reden und Briefe von 1930 bis 1960. Zürich 1993 (Nachdruck), S. 181–209.
- Ders.: Christengemeinde und Bürgergemeinde, in: Ders.: Rechtfertigung und Recht. Zürich 1998 (Neuausgabe), S. 47–80.
- Ders.: Rechtfertigung und Recht, in: Ders.: Rechtfertigung und Recht. Zürich 1998 (Neuausgabe), S. 5–45.
- Beattie, Andrew H.: „Sowjetische KZs auf deutschem Boden“. Die sowjetischen Speziallager und der bundesdeutsche Antikommunismus, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2011, S. 119–137.
- Beaugrand, Günter: Zeitzeuge am Redaktionstisch. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und der Bund der Verfolgten des Naziregimes (BVN) im Spiegel ihrer Presseorgane, in: Historisch-Politische Mitteilungen 4 (1997), S. 261–281.
- Ders.: Zwischen Widerstand und Wiedergutmachung. Erfahrungsbericht eines Journalisten aus dem Umfeld der Verfolgten des Naziregimes (1947–1953). Münster 2004.
- Bebber, Katharina van: Wiedergutmachung? Die Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung nach dem Bundesergänzungsgesetz durch die Entschädigungsgerichte im OLG-Bezirk Hamm. Berlin 2001.

- Beck, Klaus: No Sense of Place? Das Internet und der Wandel von Kommunikationsräumen, in: Christiane Funken/Martina Löw (Hrsg.): Raum – Zeit – Medialität. Interdisziplinäre Studien zu neuen Kommunikationstechnologien. Opladen 2003, S. 119–137.
- Becker, Winfried: Sowjetische Religionspolitik und vatikanische Hungerhilfe für Rußland. Deutsche Außenpolitik zwischen Moskau und Rom 1920–1929, in: Massimiliano Valente (Hrsg.): Santa Sede e Russia da Leone XIII a Pio XI. Città del Vaticano 2006, S. 184–251.
- Benz, Wolfgang: Deutschland seit 1945. Entwicklungen in der Bundesrepublik und in der DDR. Chronik, Dokumente, Bilder. Bonn 1990.
- Berger, Stefan: Marxismusrezeption als Generationserfahrung im Kaiserreich, in: Bernd Braun/Klaus Schönhoven (Hrsg.): Generationen in der Arbeiterbewegung. München 2005.
- Ders./LaPorte, Norman: Die Macht des Faktischen. Britische Labour-Abgeordnete und der Mauerbau 1961, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2011, S. 177–194.
- Berstein, Serge/Becker, Jean-Jacques: Histoire de l'Anti-communisme en France. Bd. 1: 1917–1940. Paris 1987.
- Besier, Gerhard: „Christliche Parteipolitik“ und Konfession. Zur Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU, in: Ders.: Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze. Bd. 2. Neukirchen-Vluyn 1994, S. 108–132.
- Ders.: Die Kirchenversammlung von Eisenach (1948), die Frage nach der „Entstehung einer vierten Konfession“ und die Entlassung Hans Asmussens. Zugleich eine Erinnerung an den ersten Leiter der EKD-Kirchenkanzlei, in: Ders.: Die evangelische Kirche in den Umbrüchen des 20. Jahrhunderts. Gesammelte Aufsätze. Bd. 2. Neukirchen-Vluyn 1994, S. 57–88.
- Bibliotheken als Oper und Werkzeug der Sowjetisierung. Zur Lage des Büchereiwesens in der sowjetischen Besatzungszone. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Bonn 1952.
- Bischoff, Frank M./Höötman, Hans-Jürgen: Wiedergutmachung. Erschließung von Entschädigungsakten im Staatsarchiv Münster, in: Der Archivar 51 (1998), Sp. 425–440.
- Bischoff, Horst: Die Tätigkeit des Zollfahndungsdienstes zur Aufklärung und Bekämpfung des organisierten Versandes von Paketen und Päckchen in die DDR, der im Rahmen der politisch-ideologischen Diversion und der feindlichen Kontaktpolitik des Gegners durch westdeutsche und Westberliner Organisationen erfolgt (unveröffentlichte Diss., Juristische Hochschule des Ministeriums für Staatssicherheit), 2 Bde. Potsdam 1972.
- Blankenhorn, Herbert: Verständnis und Verständigung. Blätter eines politischen Tagebuchs 1949 bis 1979. Frankfurt am Main 1980.
- Bloch, Ernst: Werkausgabe. Bd. 5: Das Prinzip Hoffnung. Frankfurt am Main 1985.
- Blos, Wilhelm: Der neue russische Staat, in: Die Neue Zeit 36 (1918), Bd. 1, S. 392–397.
- Bocheński, Joseph M./Niemeyer, Gerhart (Hrsg.): Handbuch des Weltkommunismus. Freiburg/München 1958.
- Boehm, Max Hildebert: Gruppenbildung und Organisationswesen, in: Friedrich Edding/Eugen Lemberg (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Bd. 1. Kiel 1959, S. 521–605.
- Böll, Heinrich: Register-Demokratie, in: Frankfurter Hefte 15 (1960), S. 367–368.
- Bösch, Frank: Die Adenauer-CDU. Gründung, Aufstieg und Krise einer Erfolgspartei 1945–1969. Stuttgart 2001.
- Böttiger, Helmut: Die Gruppe 47. Als die deutsche Literatur Geschichte schrieb. München 2012.
- Borkenau, Franz: Der europäische Kommunismus. Seine Geschichte von 1917 bis zur Gegenwart. München 1952.
- Bourke, Joanna: Fear. A Cultural History. London 2005.
- Bouvier, Beatrix: Zwischen Godesberg und großer Koalition. Der Weg der SPD in die Regierungsverantwortung. Außen-, sicherheits- und deutschlandpolitische Umorientierung und gesellschaftliche Öffnung der SPD 1960–1966. Bonn 1990.
- Dies.: Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953. Bonn 1996.
- Boveri, Margret: Der Verrat im XX. Jahrhundert. Für und gegen die Nation. Bd. 2: Das unsichtbare Geschehen. Hamburg 1956.
- Boyer, Josef/Kössler, Till (Hrsg.): Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. SPD, KPD und klei-

- nere Parteien des linken Spektrums sowie Die Grünen. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945–1990. Düsseldorf 2005.
- Bracher, Karl Dietrich: Das Problem des „Antikommunismus“ in den zwanziger und dreißiger Jahren, in: Klaus Hildebrand/Reiner Pommerin (Hrsg.): Deutsche Frage und europäisches Gleichgewicht. Festschrift für Andreas Hillgruber zum 60. Geburtstag. Köln/Wien 1985, S. 133–147.
- Brandt, Heinz: Ein Traum, der nicht entführbar ist. Mein Weg zwischen Ost und West. Frankfurt am Main 1985.
- Brauers, Christof: Die FDP in Hamburg 1945 bis 1953. Start als bürgerliche Linkspartei. München 2007.
- Braun, Hannelore/Grünzinger, Gertraud: Personenlexikon zum deutschen Protestantismus 1919–1949. Göttingen 2006.
- Braun, Hermann: Materialismus, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 3. Stuttgart 1982, S. 977–1020.
- Braunbuch Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat, Wirtschaft, Armee, Verwaltung, Justiz, Wissenschaft. Hrsg. vom Nationalrat der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland, Dokumentationszentrum der staatlichen Archivverwaltung der DDR. Berlin (Ost) 1965.
- Brauweiler, Heinz: Der dialektische und historische Materialismus. Berlin (Ost) 1950.
- Brechenmacher, Thomas: Le Chiese tedesche e l'Europa dal fallimento della CED ai Trattati di Roma, in: Pier Luigi Ballini (Hrsg.): I Trattati di Roma. Tomo II: La Chiesa Cattolica e le altre chiese cristiane di fronte al processo di integrazione europea. Soveria Mannelli 2010, S. 365–396.
- Ders.: Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ als Höhe- und Wendepunkt der päpstlichen Politik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, in: Ruppert Graf Stachwitz (Hrsg.): Christen und Nationalsozialismus. Andechser Betrachtungen. München 2011, S. 26–74.
- Ders.: Der Heilige Stuhl und die totalitären Ideologien. Die März-Enzykliken von 1937 in ihrem inneren Zusammenhang, in: Historisches Jahrbuch 133 (2013), S. 342–364.
- Brück, Ingrid u. a.: Der deutsche Fernsehkrimi. Eine Programm- und Produktionsgeschichte von den Anfängen bis heute. Stuttgart/Weimar 2003.
- Brünneck, Alexander von: Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1968. Frankfurt am Main 1978.
- Ders.: Strafgesetzgebung der fünfziger und sechziger Jahre, in: Juristische Zeitgeschichte 7 (1998), S. 47–75.
- Brunner, José/Frei, Norbert/Goschler, Constantin (Hrsg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel. Göttingen 2009.
- Buchloh, Stephan: „Pervers, jugendgefährdend und staatsfeindlich“. Zensur in der Ära Adenauer als Spiegel des gesellschaftlichen Klimas. Frankfurt am Main/New York 2002.
- Bühmann, Henning: Die „baltischen Märtyrer“ von 1919. Zur Konstruktion eines protestantischen Märtyrergedächtnisses in der Zwischenkriegszeit, in: Mitteilungen zur kirchlichen Zeitgeschichte 3 (2009), S. 13–42.
- Erster Bundesparteitag der CDU. Goslar, 20.–22. Oktober 1950. Hrsg. von der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle. Bonn o. J.
- Dritter Bundesparteitag der CDU. Berlin, 17.–19. Oktober 1952. Hrsg. von der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle. Bonn o. J.
- Sechster Bundesparteitag der CDU. Stuttgart, 26.–29. April 1956. Hrsg. von der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle. Hamburg o. J.
- Achter Bundesparteitag der CDU. Kiel, 18.–21. September 1958. Hrsg. von der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle. Hamburg o. J.
- Zehnter Bundesparteitag der CDU. Köln, 24.–27. April 1961. Hrsg. von der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle. Hamburg 1961.
- Bundeszentrale für politische Bildung: Gesamtverzeichnis der Veröffentlichungen 1952–1992. Bonn 1992.
- Dies.: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“. Gesamtverzeichnis 1953–1992. Bonn 1993.

- Burleigh, Michael: *Irdische Mächte, göttliches Heil. Die Geschichte des Kampfes zwischen Politik und Religion von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart*. München 2008.
- Burnham, James: *Die Rhetorik des Friedens*, in: *Der Monat* 2 (1950), S. 448–455.
- Buschfort, Wolfgang: *Das Ostbüro der SPD. Von der Gründung bis zur Berlin-Krise*. München 1991.
- Ders.: *Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP*. Berlin 2000.
- Ders.: *Geheime Hüter der Verfassung. Von der Düsseldorf Informationsstelle zum ersten Verfassungsschutz der Bundesrepublik (1947–1961)*. Paderborn 2004.
- Butenko, Anatoli: *Die kommunistische Partei im politischen System der sozialistischen Gesellschaft. Theoretischer Abriss*. Moskau 1987.
- BVerfGE – Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts.
- Caillat, Michel u. a. (Hrsg.): *Histoire(s) de l'anticommunisme en Suisse. Geschichte(n) des Antikommunismus in der Schweiz*. Zürich 2009.
- Chenaux, Philippe: *Une Europe Vaticane? Entre le Plan Marshall et les traités de Rome*. Bruxelles 1990.
- Christ, Hans/Nasarski, Peter: *Ostdeutsche Jugend und Jugendorganisation in der Bundesrepublik Deutschland*, in: Hans Joachim von Merkat (Hrsg.): *Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene – Flüchtlinge – Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration*. Düsseldorf 1979, S. 181–234.
- Cialdini, Robert B.: *Die Psychologie des Überzeugens*. Bern/Göttingen 2002.
- Classen, Christoph: *Bilder der Vergangenheit. Die Zeit des Nationalsozialismus im Fernsehen der Bundesrepublik Deutschland 1955–1965*. Köln u. a. 1999.
- Ders.: *Kalter Krieg im Kino. Zur Konjunktur des Agentenfilms in den 60er Jahren und ihren Voraussetzungen*, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): *The Celluloid Curtain. Dokumentation*. 11. 11. 2011, auf: www.bpb.de/gesellschaft/kultur/filmbildung/63102/kalter-krieg-im-kino (abgerufen am 21. November 2012).
- Cline, Ray S.: *Secrets, Spies and Scholars. Blueprint of the Essential CIA*. Washington 1976.
- Cofalla, Sabine (Hrsg.): *Hans Werner Richter. Briefe*. München 1997.
- Coleman, Peter: *The Liberal Conspiracy. The Congress for Cultural Freedom and the Struggle for the Mind of Postwar Europe*. London 1989.
- Collier's, *Russia's Defeat and Occupation, 1952–1960*.
- Connor, Ian: *Refugees and Expellees in Post-War Germany*. Manchester/New York 2007.
- Conquest, Robert: *Stalin. Breaker of Nations*. London 1991.
- Conze, Eckart: *Die Suche nach Sicherheit. Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von 1949 bis in die Gegenwart*. München 2009.
- Conze, Vanessa: *Das Europa der Deutschen. Ideen von Europa in Deutschland zwischen Reichstradition und Westorientierung (1920–1970)*. München 2005.
- Corson, William. R.: *The Armies of Ignorance. The Rise of the American Intelligence Empire*. New York 1977.
- Courtois, Stéphane u. a. (Hrsg.): *Le Livre noir du communisme. Crimes, terreur, répression*. Paris 1997.
- Ders./Lazar, Marc: *Histoire du Parti communiste français*. Paris 2000.
- Creuzberger, Stefan: *Kampf für die Einheit. Das gesamtdeutsche Ministerium und die politische Kultur des Kalten Krieges 1949–1969*. Düsseldorf 2008.
- Ders.: *Das BMG in der frühen Bonner Republik*, in: *APuZ B* 1–2 (2009), S. 27–33.
- Crossman, Richard (Hrsg.): *The God that Failed*. New York 1949.
- Crux victorialis. *Ein Erinnerungsbuch an die St.-Ulrichs-Festwoche und die Tage Abendländischen Bekenntnisses vom 2. bis 11. Juli 1955 in Augsburg*. Bearbeitet von Leopold Schwarz und Max Hohenester. Augsburg 1955.
- Czaja, Herbert: *Unterwegs zum kleinsten Deutschland? Mangel an Solidarität mit den Vertriebenen. Marginalien zu 50 Jahren Ostpolitik*. Frankfurt am Main 1996.
- Daniel, Jens [d.i. Rudolf Augstein]: *Deutschland ein Rheinbund?* Darmstadt 1953.
- Daugherty, William E.: *A Psychological Warfare Casebook*. Baltimore 1958.
- Delius, Friedrich Christian: *Mein Jahr als Mörder*. Berlin 2004.

- Denken gegen die Zeit. Die geistige Krise des Imperialismus. Autorenkollektiv unter der Leitung von Gerhard Fromm. Broschüre. Hrsg. von der Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED. Berlin (Ost) 1981.
- Detjen, Marion: Ein Loch in der Mauer. Die Geschichte der Fluchthilfe im geteilten Deutschland 1961–1989. München 2005.
- Der Deutsche Gewerkschaftsbund 1945 bis 1956. Bearbeitet von Josef Kaiser. Köln 1996.
- Dierker, Wolfgang: „Ich will keine Nullen, sondern Bullen“. Hitlers Koalitionsverhandlungen mit der Bayerischen Volkspartei im März 1933, in: VfZ 50 (2002), S. 111–148.
- Dietz, Edith: Der Kreis schließt sich. Jahrzehnte des Friedens sind keine Garantie. Frankfurt am Main 2006.
- Dietzsch, Ina: Geschenkpakete. Ein fundamentales Mißverständnis. Zur Bedeutung des Paket-austausches in persönlichen Briefwechseln, in: Christian Härtel/Petra Kabus (Hrsg.): Das Westpaket. Geschenksendung, keine Handelsware. Berlin 2000, S. 105–117.
- Diskussionsbeitrag Walter Ulbrichts auf dem IV. Parteitag der SED vom 30. März bis 6. April 1954, in: Die Deutsche Demokratische Republik als Basis im Kampf um die Lösung der Lebensfragen der deutschen Nation. Broschüre. Berlin (Ost) 1954.
- Dittmann, Anneliese: Der Werdegang und die Anfänge des „Hilfsrings“ in großen Zügen, in: Hilfsring e.V. 1953–1973. Broschüre des Frankfurter Hilfsrings. Frankfurt am Main o.J. (1973), S. 7.
- Dittmann, Wilhelm: Erinnerungen. Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn. Bd. 2. Frankfurt am Main/New York 1995.
- Doering-Manteuffel, Anselm: Katholizismus und Wiederbewaffnung. Die Haltung der deutschen Katholiken gegenüber der Wehrfrage 1948–1955. Mainz 1981.
- Ders.: Rheinischer Katholik im Kalten Krieg. Das „christliche Europa“ in der Weltsicht Konrad Adenauers, in: Martin Greschat/Wilfried Loth (Hrsg.): Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft. Stuttgart 1994, S. 237–246.
- Ders.: Wie westlich sind die Deutschen? Amerikanisierung und Westernisierung im 20. Jahrhundert. Göttingen 1999.
- Döscher, Hans-Jürgen: Verschworene Gesellschaft. Das Auswärtige Amt unter Adenauer zwischen Neubeginn und Kontinuität. Berlin 1995.
- Ders.: Seilschaften. Die verdrängte Vergangenheit des Auswärtigen Amts. Berlin 2005.
- Dokumente der SED. Beschlüsse und Erklärungen des Parteivorstandes, des Zentralkomitees sowie seines Politbüros und seines Sekretariats. Bd. 3. Berlin (Ost) 1952.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik, III. Reihe, Bd. 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1957, zweiter Drittelband. Hrsg. vom Bundesminister des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Veröffentlichte Dokumente bearbeitet von Ernst Deuerlein, Gisela Biewer und Hansjürgen Schierbaum. Frankfurt am Main 1967.
- Dokumente zur Deutschlandpolitik. II. Reihe, Bd. 3: 1. Januar bis 31. Dezember 1950. Hrsg. vom Bundesminister des Innern unter Mitwirkung des Bundesarchivs. Veröffentlichte Dokumente bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Daniel Hoffmann. Unveröffentlichte Dokumente bearbeitet von Hanns Jürgen Küsters und Carsten Tessmer. München 1997.
- Donth, Stefan/Kurzweg, Christian/Schrammek, Notker/Schwab, Irina: Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen in Sachsen von 1945 bis 1952. Vorstellung eines Forschungsprojekts, in: Dierk Hoffmann/Michael Schwartz (Hrsg.): Geglückte Integration? Spezifika und Vergleichbarkeiten der Vertriebenen-Integration in der SBZ/DDR. München 1999, S. 347–364.
- Ducoulombier, Romain: Camarades! La naissance du Parti communiste en France. Paris 2010.
- Edding, Friedrich/Lemberg, Eugen: Eingliederung und Gesellschaftswandel, in: Dies. (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Bd. 1. Kiel 1959, S. 156–173.
- Edgar, Adrienne Lynn: Tribal Nation. The Making of Soviet Turkmenistan. Princeton u. a. 2004.
- Egen, Peter: Die Entstehung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU. Bochum 1971.
- Eliot, Thomas Stearns: Die Einheit der europäischen Kultur. Berlin 1946.
- Engelhardt, Tom: The End of Victory Culture. Cold War America and the Disillusioning of a Generation. New York 1995.

- Engelmann, Roger/Fricke, Karl Wilhelm: „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956. Berlin 1998.
- Etzold, Thomas H.: American Organization for National Security, in: Ders./John L. Gaddis (Hrsg.): *Containment. Documents on American Policy and Strategy 1945–1950*. New York 1978, S. 1–23.
- Ders./Gaddis, John L. (Hrsg.): *Strategies of Containment. A Critical Appraisal of Postwar American National Security Policy*. New York 1982.
- Euchner, Walter: Unterdrückte Vergangenheitsbewältigung. Motive der Filmpolitik in der Ära Adenauer, in: Rainer Eisfeld/Ingo Müller (Hrsg.): *Gegen Barbarei. Essays Robert M. W. Kempner zu Ehren*. Frankfurt am Main 1989.
- Evangelisches Volkslexikon zur Orientierung in den sozialen Fragen der Gegenwart. Bielefeld 1900.
- Faulenbach, Bernd: „Antikommunismus“ als Problem der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Skizze über einen ungeklärten Begriff der Nachkriegsepoche, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2008, S. 231–238.
- Ders.: Erscheinungsformen des „Antikommunismus“. Zur Problematik eines vieldeutigen Begriffs, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2011, S. 1–13.
- Feist, Manfred: Ideologischer Kampf und die internationale Autorität der DDR, in: *Einheit* 21 (1969), S. 1224–1232.
- Ferguson, Yale/Koslowski, Rey: *Culture, International Relations Theory and Cold War History*, in: Odd Arne Westad (Hrsg.): *Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory*. London/Portland 2001, S. 149–179.
- Field, Douglas (Hrsg.): *American Cold War Culture*. Edinburgh 2005.
- Fischer, Wolfgang: *Heimat-Politiker? Selbstverständnis und politisches Handeln von Vertriebenen als Abgeordnete im Deutschen Bundestag 1949–1974*. Düsseldorf 2010.
- Fitschen, Klaus/Hermle, Siegfried/Kunter, Katharina/Lepp, Claudia/Roggenkamp-Kaufmann, Antje (Hrsg.): *Die Politisierung des Protestantismus. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und 70er Jahre*. Göttingen 2011.
- Florath, Bernd: Die Europäische Union, in: Johannes Tuchel (Hrsg.): *Der vergessene Widerstand. Zu Realgeschichte und Wahrnehmung des Kampfes gegen die NS-Diktatur*. Göttingen 2005, S. 114–139.
- Florin, Moritz: Mobilisierung für den Vernichtungskrieg? Nationalsozialistische Propaganda und Stalinismus 1933–1941, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2011, S. 31–48.
- Foitzik, Jan: *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion*. Berlin 1999.
- Foner, Eric: *The Story of American Freedom*. New York/London 1998.
- Foschepoth, Josef: *Überwachtes Deutschland. Post- und Telefonüberwachung in der alten Bundesrepublik*. Göttingen 2012.
- Franjic, Silvija: *Die Wiedergutmachung für die Opfer des Nationalsozialismus in Baden 1945–1967. Von der moralischen Verpflichtung zur rechtlichen Pflichttübung*. Frankfurt am Main 2006.
- Frank, Matthew: *Expelling the Germans. British Opinion and Post-1945 Population Transfer in Context*. Oxford/New York 2007.
- Frei, Norbert/Friedlaender, Franziska (Hrsg.): Ernst Friedlaender. Klärung für Deutschland. Leitartikel in der „Zeit“ 1946–1950. München 1982.
- Ders.: *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*. München 1996.
- Friedberg, Aaron L.: The United States and the Cold War Arms Race, in: Odd Arne Westad (Hrsg.): *Reviewing the Cold War. Approaches, Interpretations, Theory*. London/Portland 2000, S. 207–231.
- Friedel, Mathias: *Der Volksbund für Frieden und Freiheit (VFF). Eine Teiluntersuchung über westdeutsche antikommunistische Propaganda im Kalten Krieg und deren Wurzeln im Nationalsozialismus*. St. Augustin 2001.

- Friedrich, Gerd: Die Freie Deutsche Jugend. Stoßtrupp des Kommunismus in Deutschland. Hrsg. vom Publizistischen Zentrum für die Einheit Deutschlands. Rote Weißbücher 1. Köln 1950.
- Fülberth, Georg: KPD und DKP 1945–1990. Zwei kommunistische Parteien in der vierten Periode kapitalistischer Entwicklung. Heilbronn ²1992.
- Furet, François: Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert. München 1996.
- Fussell, Paul: Wartime. Understanding and Behavior in the Second World War. New York 1989.
- Gärtner, Wolfgang u. a.: 60 Jahre Landtag Nordrhein-Westfalen. Das Land und seine Abgeordneten. Hrsg. von der Präsidentin des Landtages Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf 2006.
- Gaida, Hans-Jürgen: Die offiziellen Organe der ostdeutschen Landsmannschaften. Ein Beitrag zur Publizistik der Heimatvertriebenen in Deutschland. Berlin 1973.
- Gailus, Manfred: Protestantismus und Nationalsozialismus. Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin. Köln u. a. 2001.
- Ders.: 1933 als protestantisches Erlebnis. Emphatische Selbsttransformation und Spaltung, in: GG 29 (2003), S. 481–511.
- Galle, Petra: RIAS Berlin und Berliner Rundfunk 1945–1949. Die Entwicklung ihrer Profile in Programm, Personal und Organisation vor dem Hintergrund des Kalten Krieges. Münster u. a. 2003.
- Gallup, George H.: The Gallup Poll. Public Opinion 1935–1971. 3 Bde. New York 1972.
- Gallus, Alexander: Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990. Düsseldorf 2001.
- Gatz, Erwin (Hrsg.): Die Bischöfe der deutschsprachigen Länder 1945–2001. Ein biographisches Lexikon. Berlin 2002.
- Gedächtniskirche der deutschen Katholiken Maria Regina Martyrum zu Ehren der Blutzengen für Glaubens- und Gewissensfreiheit in den Jahren 1933–1945. Berlin 1963.
- Geppert, Dominik: Hans Werner Richter, die Gruppe 47 und die „Stunde Null“, in: Alexander Gallus/Axel Schildt (Hrsg.): Rückblickend in die Zukunft. Politische Öffentlichkeit und intellektuelle Positionen in Deutschland um 1950 und um 1930. Göttingen 2001, S. 203–220.
- Ders.: Von der Staatsskepsis zum parteipolitischen Engagement. Hans Werner Richter, die Gruppe 47 und die deutsche Politik, in: Ders./Jens Hacke (Hrsg.): Streit um den Staat. Intellektuelle Debatten in der Bundesrepublik 1960–1980. Göttingen 2008, S. 46–68.
- Ders.: „Kreuzwegqual zwischen Literatur und Politik“. Der Umbruch Ende der 1950er Jahre als Zäsur in der Geschichte der Gruppe 47, in: Alexander Gallus (Hrsg.): Sonde 1957. Ein Jahr als symbolische Zäsur für Wandlungsprozesse im geteilten Deutschland. Berlin 2010, S. 10–32.
- Ders.: Alternativen zum Adenauerstaat. Der Grünwalder Kreis und der Gründungskonsens der Bundesrepublik, in: Michael Hochgeschwender (Hrsg.): Epoche im Widerspruch. Ideelle und kulturelle Umbrüche der Adenauerzeit. Bonn 2011, S. 141–152.
- Ders.: Bridge over Troubled Water. German Left-Wing Intellectuals between ‚East‘ and ‚West‘ 1945–49, in: Riccardo Bavaj/Martina Steber (Hrsg.): German Images of „the West“. The History of a Modern Concept. New York/Oxford (im Erscheinen).
- Gereke, Günther: Ich war königlich-preußischer Landrat. Berlin (Ost) 1970.
- Gerlich, Fritz: Ein Publizist gegen Hitler. Briefe und Akten 1930–1934. Hrsg. für die Kommission für Zeitgeschichte von Wilhelm Damberg. Bearbeitet von Rudolf Morsey. Paderborn u. a. 2010.
- Der Gesamtdeutsche Ausschuß. Sitzungsprotokolle des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen des Deutschen Bundestages 1949–1953. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Andreas Biefang. Düsseldorf 1998.
- Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik 1954. Berlin (Ost) 1954.
- Giordano, Ralph: Die zweite Schuld. Oder von der Last, ein Deutscher zu sein. Köln 2000.
- Gloe, Markus: Planung für die deutsche Einheit. Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands 1952–1975. Wiesbaden 2005.
- Gössner, Rolf: Die vergessenen Justizopfer des Kalten Krieges. Über den unterschiedlichen Umgang mit der deutschen Geschichte in Ost und West. Hamburg 1994.

- Goll, Jörn-Michael: Die Kontrolle des deutsch-deutschen Paket- und Päckchenverkehrs durch Zoll und Staatssicherheit der DDR, in: DA 40 (2007), S. 1025–1033.
- Goschler, Constantin: Wiedergutmachung. Westdeutschland und die Verfolgten des Nationalsozialismus 1945–1954. München/Wien 1992.
- Ders.: Schuld und Schulden. Die Politik der Wiedergutmachung für NS-Verfolgte seit 1945. Göttingen 2005.
- Ders.: „Die Zeit“ und die Politik der Wiedergutmachung, in: Christian Haase/Axel Schildt (Hrsg.): „Die Zeit“ und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung. Göttingen 2008, S. 186–199.
- Gosewinkel, Dieter: Adolf Arndt. Die Wiederbegründung des Rechtsstaats aus dem Geist der Sozialdemokratie (1945–1961). Bonn 1991.
- Graf, Rüdiger: Die Politik der reinen Vernunft. Das Scheitern des linken Sozialdemokraten Heinrich Ströbel zwischen Utopie und Realpolitik, in: Jürgen Eder/Andreas Wirsching (Hrsg.): Vernunftrepublikanismus in der Weimarer Republik. Politik, Literatur, Wissenschaft. Stuttgart 2008, S. 131–155.
- Graml, Hermann: Die Legende von der verpassten Gelegenheit. Zur sowjetischen Notenkampagne des Jahres 1952, in: VfZ 29 (1981), S. 307–341.
- Greenberg, Udi E.: Germany's Postwar Re-education and Its Weimar Intellectual Roots, in: Journal of Contemporary History 46 (2011), S. 10–32.
- Greiner, Bernd: Politik am Rande des Abgrunds? Die Außen- und Militärpolitik der USA im Kalten Krieg. Heilbronn 1986.
- Ders.: Angst im Kalten Krieg. Bilanz und Ausblick, in: Ders. u. a. (Hrsg.): Angst im Kalten Krieg. Hamburg 2009, S. 7–33.
- Grémion, Pierre: Intelligence de l'anticommunisme. Le Congrès pour la liberté de la culture à Paris 1950–1975. Paris 1995.
- Greschat, Martin: Zwischen Aufbruch und Beharrung. Die evangelische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Victor Conzemius/Martin Greschat/Hermann Kocher (Hrsg.): Die Zeit nach 1945 als Thema kirchlicher Zeitgeschichte. Göttingen 1988, S. 99–126.
- Ders.: Weder Neuanfang noch Restauration. Zur Interpretation der Deutschen Evangelischen Kirchengeschichte nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Jochen-Christoph Kaiser (Hrsg.): Protestanten in der Zeit. Kirche und Gesellschaft in Deutschland vom Kaiserreich bis zur Gegenwart. Stuttgart/Berlin/Köln 1994, S. 154–179.
- Ders.: Vorgeschichte, in: Claudia Lepp/Kurt Nowak (Hrsg.): Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90). Göttingen 2001, S. 11–45.
- Ders.: „Er ist ein Feind dieses Staates!“ Martin Niemöllers Aktivitäten in den Anfangsjahren der Bundesrepublik Deutschland, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 114 (2003), S. 333–356.
- Ders.: Protestantismus im Kalten Krieg. Kirche, Politik und Gesellschaft im geteilten Deutschland 1945–1963. Paderborn 2010.
- Gries, Rainer: Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität. Leipzig, München und Köln nach dem Kriege. Münster 1991.
- Ders.: Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR. Leipzig 2003.
- Ders./Satjukow, Silke (Hrsg.): „Unsere Feinde“. Konstruktionen des Anderen im Sozialismus. Leipzig 2004.
- Ders.: Produkte und Politik. Zur Kultur- und Politikgeschichte der Produktkommunikation. Wien 2006.
- Ders.: Bilder von den Ostdeutschen nach der Wende. Perspektiven einer Historiographie deutsch-deutscher Kommunikationsräume, in: Thomas Ahbe/Rainer Gries/Wolfgang Schmale (Hrsg.): Die Ostdeutschen in den Medien. Das Bild von den Anderen nach 1990. Leipzig 2009, S. 17–36.
- Ders.: Produktmedien. Zur Erkundung konjunktiver Erwartungs- und Erfahrungsräume in Europa, in: Ute Daniel/Axel Schildt (Hrsg.): Mediengeschichte im Kontext. Massenmedien in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Köln/Weimar/Wien 2010, S. 175–200.
- Ders.: Cultures of Products and Political Cultures. Looking for Transfer Performances, in: Kerstin Brückweh (Hrsg.): The Voice of the Citizen Consumer. A History of Market Research, Consumer Movements, and the Political Public Sphere. Oxford 2011, S. 243–269.

- Großmann, Johannes: Vom „christlichen Kominform“ zur „geistigen Nato“. Das Internationale Comité zur Verteidigung der Christlichen Kultur als transnationale antikommunistische Propagandaagentur, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2011, S. 139–154.
- Grotewohl, Otto: Im Kampf um die eine Deutsche Demokratische Republik. Reden und Aufsätze. Bd. 2 und 3. Berlin (Ost) 1959.
- Gurland, Arcadius R. L.: Die CDU/CSU. Ursprünge und Entwicklung bis 1953. Hrsg. von Dieter Emig. Frankfurt am Main 1980.
- Haas, Wilhelm: Beitrag zur Geschichte der Entstehung des Auswärtigen Dienstes der Bundesrepublik Deutschland. Bremen 1969.
- Hacke, Christian: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Von Konrad Adenauer bis Gerhard Schröder. Berlin 2004.
- Härtel, Christian/Kabus, Petra (Hrsg.): Das Westpaket. Geschenkendung, keine Handelsware. Berlin 2000.
- Hagemann, Frank: Der Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen 1949–1969. Frankfurt am Main 1994.
- Hahn, Eva/Hahn, Hans Henning: Die sudetendeutsche völkische Tradition. Ein tschechisches Trauma des 20. Jahrhunderts, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Wann ziehen wir endlich den Schlussstrich? Von der Notwendigkeit öffentlicher Erinnerung in Deutschland, Polen und Tschechien. Berlin 2004, S. 29–74.
- Dies.: Die Vertreibung im deutschen Erinnern. Legenden, Mythos, Geschichte. Paderborn 2010.
- Hamel, Iris: Völkischer Verband und nationale Gewerkschaft. Der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband 1893–1933. Frankfurt am Main 1967.
- Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung. München 2012.
- Hannover, Heinrich: Die Republik vor Gericht 1954–1974. Erinnerungen eines unbequemen Rechtsanwalts. Berlin 1998.
- Hansen, Henning: Die Sozialistische Reichspartei (SRP). Aufstieg und Scheitern einer rechtsextremen Partei. Düsseldorf 2007.
- Hartewig, Karin: Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR. Köln/Weimar/Wien 2000.
- Hauschild, Wolf-Dieter: Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland als Vertretung des deutschen Protestantismus in der Nachkriegszeit, in: Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bd. 1: 1945/46. Bearbeitet von Carsten Nicolaisen und Nora Andrea Schulze. Göttingen 1995, S. IX–XLIII.
- Heale, Martin. J.: McCarthy's Americans. Red Scare Politics in State and Nation 1935–1965. Athens 1998.
- Heesch, Johannes: Der „Grünwalder Kreis“, in: Jerzy Holzer/Marie-Claire Lavabre/Gesine Schwan/Birgit Schweling (Hrsg.): Demokratische politische Identität. Deutschland, Polen und Frankreich im Vergleich. Wiesbaden 2006, S. 35–70.
- Heilmann, Wolfgang: Christliches Gewissen zwischen West und Ost, in: Neues Abendland 6 (1951), S. 597–601.
- Heinrich, Eberhard/Ullrich, Klaus: Befehdet seit dem ersten Tag. Über drei Jahrzehnte Attentate gegen die DDR. Berlin (Ost) 1981.
- Heitzer, Enrico: „Affäre Walter“. Die vergessene Verhaftungswelle. Berlin 2008.
- Ders.: Terror für die Freiheit? „Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) im Kontext der Systemkonkurrenz 1948–1959 (phil. Diss. Halle 2012).
- Heitzer, Heinz: Andere über uns. Das „DDR-Bild“ des westdeutschen Imperialismus und seine bürgerlichen Kritiker. Berlin (Ost) 1969.
- Henke, Klaus-Dietmar: Kriegsende West – Kriegsende Ost, in: Hartmut Mehringer/Michael Schwartz/Hermann Wentker (Hrsg.): Erobert oder befreit? Deutschland im internationalen Kräftefeld und die Sowjetische Besatzungszone 1945/46. München 1999, S. 13–17.
- Hennig, Regina: Entschädigung und Interessenvertretung der NS-Verfolgten in Niedersachsen 1945–1949. Bielefeld 1991.

- Hentges, Gudrun: Staat und politische Bildung. Von der „Bundeszentrale für Heimatdienst“ zur „Bundeszentrale für politische Bildung“. Wiesbaden 2013.
- Herbert, Karl: Kirche zwischen Aufbruch und Tradition. Entscheidungsjahre nach 1945. Stuttgart 1989.
- Herbst, Andreas u. a. (Hrsg.): So funktionierte die DDR. Bd. 1 und 2. Reinbek bei Hamburg 1994.
- Hering, Hartmut/Mrotzek, Marlies: Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung. 40 Jahre Kampf für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt am Beispiel der VVN, Bund der Antifaschisten Gelsenkirchen 1947–1987. Gelsenkirchen 1988.
- Hermle, Siegfried: Evangelische Märtyrer im Baltikum, in: Andreas Kurschat/Harald Schultze (Hrsg.): „Ihr Ende schaut an...“ Evangelische Märtyrer des 20. Jahrhunderts. Leipzig 2006, S. 127–144.
- Hermes, Michael/Popp, Karla: Westarbeit der FDJ 1946–1989. Eine Dokumentation. Berlin 1997.
- Hickethier, Knut: Das Fernsehspiel in der Bundesrepublik. Themen, Form, Struktur und Geschichte 1951–1977. Stuttgart 1980.
- Ders.: Geschichte des deutschen Fernsehens. Stuttgart/Weimar 1998.
- Ders.: Das bundesdeutsche Kino der fünfziger Jahre. Zwischen Kulturindustrie und Handwerksbetrieb, in: Harro Segeberg (Hrsg.): Mediale Mobilmachung. Bd. 3: Das Kino der Bundesrepublik Deutschland als Kulturindustrie (1950–1962). Paderborn 2009, S. 33–62.
- Hilfsring e.V. 1953–1973. Broschüre des Frankfurter Hilfsringes. Frankfurt am Main o. J. (1973).
- Historikerstreit. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung. München 1987.
- Hochgeschwender, Michael: Freiheit in der Offensive? Der Kongreß für kulturelle Freiheit und die Deutschen. München 1998.
- Hodenberg, Christina von: Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973. Göttingen 2006.
- Höfer, Josef/Rahner, Karl (Hrsg.): Lexikon für Theologie und Kirche. Bd. 7. Freiburg ²1962.
- Höllen, Martin: Loyale Distanz? Katholizismus und Kirchenpolitik in der SBZ und DDR. Ein historischer Überblick in Dokumenten. Bd. 1 (1945–1955) und Bd. 2 (1956–1965). Berlin 1994–1997.
- Hoffmann, Dierk: 1987 – Honecker in Bonn. Deutsch-deutsche Spitzentreffen 1947–1990, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz. Berlin 2008, S. 333–356.
- Ders.: Otto Grotewohl (1894–1964). Eine politische Biographie. München 2009.
- Hoffmann, Heinz: Das Militärprogramm der sozialistischen Revolution. Lektion, gehalten an der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED. Berlin (Ost) 1962.
- Hofstadter, Richard: The Paranoid Style in American Politics and Other Essays. Cambridge/Mass. 1966.
- Hohenstein, Angelika: Joseph Caspar Witsch und das Volksbüchereiwesen unter nationalsozialistischer Herrschaft. Wiesbaden 1992.
- Honecker, Erich: Aus dem Bericht des Politbüros an das Zentralkomitee der SED. 8. Tagung des ZK, 24./25. 5. 1978. Berlin (Ost) 1978.
- Hoppe, Bert: In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928–1933. München 2007.
- Hürten, Heinz: Zur Haltung des deutschen Katholizismus gegenüber der Sicherheits- und Bündnispolitik der Bundesrepublik Deutschland 1948–1960, in: Albrecht Langner (Hrsg.): Katholizismus im politischen System der Bundesrepublik 1949–1963. Paderborn u. a. 1978, S. 83–102.
- Ders.: Der Topos vom christlichen Abendland in Literatur und Publizistik nach den beiden Weltkriegen, in: Albrecht Langner (Hrsg.): Katholizismus, nationaler Gedanke und Europa seit 1800. Paderborn u. a. 1985, S. 131–154.
- Hüttmann, Jens: DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung. Berlin 2008.
- Hummel, Karl-Joseph (Hrsg.): Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958–1978. Paderborn u. a. 1999.

- Ders.: Der Heilige Stuhl. Deutsche und polnische Katholiken 1945–1978, in: AfS 45 (2005), S. 165–214.
- Hurwitz, Harold: Die politische Kultur der Bevölkerung und der Neubeginn konservativer Politik. Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945. Bd. 1. Köln 1983.
- Ilgel, Volker: CARE-Paket & Co. Von der Liebesgabe zum Westpaket. Darmstadt 2008.
- Im Zentrum der Macht. Das Tagebuch von Staatssekretär Lenz 1951–1953. Bearbeitet von Klaus Gotto, Otto Kleinmann und Reinhard Schreiner. Düsseldorf 1989.
- Die Industriegewerkschaft Metall in der frühen Bundesrepublik. Bearbeitet von Walter Dörrich und Klaus Schönhoven. Köln 1991.
- Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau 1969. Dokumente. Broschüre. Berlin (Ost) 1969.
- Jaksch, Wenzel: Europas Weg nach Potsdam. Schuld und Schicksal im Donauraum. München 1990.
- Janka, Walter: Spuren eines Lebens. Berlin 1991.
- Jansen, Dorothea: Einführung in die Netzwerkanalyse. Grundlagen, Methoden, Forschungsbeispiele. Wiesbaden 2012.
- Jasper, Gotthard: Die disqualifizierten Opfer. Der Kalte Krieg und die Entschädigung für Kommunisten, in: Constantin Goshler/Ludolf Herbst (Hrsg.): Wiedergutmachung in der Bundesrepublik Deutschland. München 1989, S. 361–384.
- Jung, Ruth: Eine Politik der Skepsis. Alfred Bengsch, das Bistum Berlin und die katholische Kirche in der DDR (1961–1979), in: Christoph Kösters/Wolfgang Tischner (Hrsg.): Katholische Kirche in SBZ und DDR. Paderborn u. a. 2005, S. 147–194.
- Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms und Friedrich P. Kahlenberg. Bd. 2: 1950. Bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser. Boppard 1984.
- Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Hrsg. für das Bundesarchiv von Hans Booms. Bd. 4: 1951. Bearbeitet von Ursula Hüllbüsch. Boppard 1988.
- Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung. Hrsg. für das Bundesarchiv von Friedrich P. Kahlenberg. Bd. 8: 1955. Bearbeitet von Michael Hollmann und Kai von Jena. München 1997.
- Kahlenberg, Friedrich P.: Film, in: Wolfgang Benz (Hrsg.): Die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Bd. 4. Frankfurt am Main 1989, S. 464–512.
- Kaiser, Josef: „Der politische Gewinn steht in keinem Verhältnis zum Aufwand“. Zur Westarbeit des FDGB im Kalten Krieg, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 1996, S. 106–131.
- Kalbitz, Rainer: Gewerkschaftsausschlüsse in den 50er Jahren, in: Otto Jacobi u. a. (Hrsg.): Gewerkschaftspolitik in der Krise. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1977/78. Berlin 1978, S. 159–165.
- Karasek-Langer, Alfred: Volkstum im Umbruch, in: Friedrich Edding/Eugen Lemberg (Hrsg.): Die Vertriebenen in Westdeutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. Bd. 1. Kiel 1959, S. 606–694.
- Karisch, Rudolf: Der Christ und Stalins dialektischer Materialismus. Berlin 1954.
- Kather, Linus: Die Entmachtung der Vertriebenen. 2 Bde. München/Wien 1964/65.
- Kautsky, Karl: Die Diktatur des Proletariats. Wien 1918.
- Ders.: Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution. Berlin 1919.
- Ders.: Von der Demokratie zur Staatsklaverei. Eine Auseinandersetzung mit Trotzki. Hrsg. von Hans-Jürgen Mende. Berlin 1990.
- Keil, Rolf-Dietrich: Mit Adenauer in Moskau. Erinnerungen eines Dolmetschers. Bonn 1997.
- Kennedy, David M.: Freedom from Fear. The American People in Depression and War 1929–1945. New York 1999.
- Kessel, Martina: Westeuropa und die deutsche Teilung. Englische und französische Deutschlandpolitik auf den Außenministerkonferenzen von 1945 bis 1947. München 1989.

- Keßler, Mario: Kommunismuskritik im westlichen Nachkriegsdeutschland. Franz Borkenau, Richard Löwenthal, Ossip Flechtheim. Berlin 2011.
- Ders.: Antistalinismus oder Antikommunismus? Ruth Fischer als „Kronzeugin“ gegen die „kommunistische Verschwörung“ in den USA, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2011, S. 205–222.
- Kiefer, Marie Luise: Hörfunk und Fernsehnutzung, in: Jürgen Wilke (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1999, S. 426–446.
- Kilian, Werner: Adenauers Reise nach Moskau. Freiburg 2005.
- Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1933–1944. 60.–71. Jahrgang. Hrsg. von Joachim Beckmann. Gütersloh 1948.
- Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1945–1948. 72.–75. Jahrgang. Hrsg. von Joachim Beckmann. Gütersloh 1950.
- Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1949. 76. Jahrgang. Hrsg. von Joachim Beckmann. Gütersloh 1950.
- Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1950. 77. Jahrgang. Hrsg. von Joachim Beckmann. Gütersloh 1951.
- Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1952. 79. Jahrgang. Hrsg. von Joachim Beckmann. Gütersloh 1953.
- Kirchliches Jahrbuch für die Evangelische Kirche in Deutschland 1953. 80. Jahrgang. Hrsg. von Joachim Beckmann. Gütersloh 1954.
- Kirfel, Gudrun: „Ich hab so furchtbare Angst!“ Unbescholtene Bürger im Spannungsfeld des Politischen. Die fünfte Kolonne (1963–1968), in: Augenblick 19 (1994), S. 31–47.
- Kittel, Manfred: Die Legende von der „zweiten Schuld“. Vergangenheitspolitik in der Ära Adenauer. Berlin 1993.
- Ders.: Vertreibung der Vertriebenen? Der historische deutsche Osten in der Erinnerungskultur der Bundesrepublik 1961–1982. München 2007.
- Kitzinger, Uwe W.: Wahlkampf in Westdeutschland. Eine Analyse der Bundestagswahl 1957. Göttingen 1960.
- Klausener, Erich: Sie hassen Gott nach Plan. Zur Methodik der kommunistischen Propaganda gegen Religion und Kirche in Mitteldeutschland. Berlin 1962.
- Klein, Michael: Antifaschistische Demokratie und nationaler Befreiungskampf. Die nationale Politik der KPD 1949–1953. Berlin 1986.
- Ders.: Westdeutscher Protestantismus und politische Parteien. Anti-Parteien-Mentalität und parteipolitisches Engagement von 1945–1963. Tübingen 2005.
- Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955. Bonn 1986.
- Ders.: Konturen einer integrierten Nachkriegsgeschichte, in: APuZ B 18–19 (2005), S. 3–11.
- Klocksins, Jens-Ulrich: Kommunisten im Parlament. Die KPD in Regierungen und Parlamenten der westdeutschen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland (1945–1956). Bonn 1994.
- Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965. Bonn 1996.
- Klügel, Eberhard: Die lutherische Landeskirche Hannovers und ihr Bischof 1933–1945. Dokumente. Berlin/Hamburg 1965.
- Knabe, Hubertus: Die unterwanderte Republik. Stasi im Westen. Berlin 1999.
- Ders.: Westarbeit des MfS. Das Zusammenspiel von „Aufklärung“ und „Abwehr“. Berlin 1999.
- Koch, Diether: Heinemann und die Deutschlandfrage. München 1972.
- Köhler, Henning: Adenauer. Eine politische Biographie. Frankfurt am Main 1994.
- Körner, Klaus: Von der antibolschewistischen zur antisowjetischen Propaganda – Dr. Eberhard Taubert, in: Jahrbuch für historische Friedensforschung 1993, S. 54–68.
- Ders.: Der innerdeutsche Broschürenkrieg, in: Sabine R. Arnold u. a. (Hrsg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Köln 1998, S. 108–122.
- Ders.: „SBZ von A–Z“. Die sieben Verlage des Berend von Nottbeck 1950–1990, in: Aus dem Antiquariat 4 (1999), S. 188–214.
- Ders.: „Die rote Gefahr“. Antikommunistische Propaganda in der Bundesrepublik 1950–2000. Hamburg 2003.

- Ders.: Ein „Phänomen“ wird entlarvt. Antikommunistische Schriften gegen die DDR aus der Frühzeit der Bundesrepublik, in: Siegfried Lokatis/Ingrid Sonntag (Hrsg.): *Heimliche Leser der DDR. Kontrolle und Verbreitung unerlaubter Literatur*. Berlin 2008, S. 156–167.
- Kössler, Till: *Abschied von der Revolution. Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945–1968*. Düsseldorf 2005.
- Ders.: Arbeiter und Demokratiegründung in Westdeutschland nach 1945, in: *Zeithistorische Forschungen* 3 (2006), S. 188–209.
- Ders.: Doppelte Loyalitäten. Willi Agatz, die KPD und die Durchsetzung gewerkschaftlicher Einheit nach 1945, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 35 (2006), S. 85–99.
- Ders.: Kommunistische Verfolgungserfahrung. Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) und die Frage der Wiedergutmachung, in: Alfons Kenkmann/Christoph Spieker/Bernd Walter (Hrsg.): *Wiedergutmachung als Auftrag. Begleitband zur gleichnamigen Dauerausstellung*. Essen 2007, S. 193–205.
- Kösters, Christoph/Tischner, Wolfgang (Hrsg.): *Katholische Kirche in SBZ und DDR*. Paderborn u. a. 2005.
- Ders.: Die Kirchenpolitik in der Amtszeit von Bischof Wilhelm Weskamm (1951–1957), in: Ders./Wolfgang Tischner (Hrsg.): *Katholische Kirche in SBZ und DDR*. Paderborn u. a. 2005, S. 63–100.
- Ders.: Die katholischen Bischöfe und der 17. Juni 1953, in: *VfZ* 54 (2006), S. 269–298.
- Ders.: Revolution, Wiedervereinigung und katholische Kirche 1989/90, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 17 (2010), S. 55–112.
- Kötzing, Andreas: Zensur von DEFA-Filmen in der Bundesrepublik, in: *APuZ B* 1–2 (2009), S. S. 33–39.
- Koebner, Thomas: Das Fernsehspiel. Themen und Motive, in: Peter von Rügen (Hrsg.): *Das Fernsehspiel. Möglichkeiten und Grenzen*. München 1975, S. 20–64.
- Koenen, Gerd: Blick nach Osten. Versuch einer Gesamt-Bibliographie der deutschsprachigen Literatur über Rußland und den Bolschewismus 1917–1924, in: Ders./Lew Kopelew (Hrsg.): *Deutschland und die Russische Revolution*. München 1998, S. 827–916.
- Ders.: Vom Geist der russischen Revolution. Die ersten Augenzeugen und Interpreten der Umwälzungen im Zarenreich, in: Ders./Lew Kopelew (Hrsg.): *Deutschland und die Russische Revolution*. München 1998, S. 49–98.
- Ders.: *Der Russland-Komplex. Die Deutschen und der Osten 1900–1945*. München 2005.
- Koestler, Arthur: Das falsche Dilemma, in: *Der Monat* 2 (1950), S. 436–441.
- Kogon, Eugen: Politik der Versöhnung, in: *Frankfurter Hefte* 3 (1948), S. 317–324.
- Koistinen, Paul: Toward a Warfare State. Militarization in America during the Period of the World Wars, in: John R. Gillis (Hrsg.): *The Militarization of the Western World*. New Brunswick u. a. 1989, S. 49–64.
- Kommunikationsraum Europa – Europa als kommunizierter Raum. Themenheft der Zeitschrift *Medien & Zeit*. Kommunikation in Vergangenheit und Gegenwart 23 (2008) H. 3.
- Korte, Jan: Bundesdeutsche Vergangenheitspolitik und Antikommunismus, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung* 2008, S. 56–71.
- Ders.: *Instrument Antikommunismus. Der Sonderfall Bundesrepublik*. Berlin 2009.
- Kossert, Andreas: *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*. München 2008.
- Kriegel, Annie: *Aux origines du communisme français 1914–1920*. 2 Bde. Paris 1964.
- Krohn, Claus-Dieter: Der Council for a Democratic Germany, in: Ursula Langkau-Alex/Thomas M. Ruprecht (Hrsg.): *Was soll aus Deutschland werden? Der Council for a Democratic Germany in New York 1944–1945. Aufsätze und Dokumente*. Frankfurt am Main 1995, S. 17–48.
- Krone, Heinrich: *Tagebücher*. Bd. 2: 1961–1966. Bearbeitet von Hans-Otto Kleinmann. Düsseldorf 2003.
- Kubina, Michael: Die Schaffung von strukturellen Voraussetzungen für die Westarbeit im zentralen Parteiapparat von KPD/SED in den ersten Nachkriegsjahren, in: Gerhard Wettig (Hrsg.): *Die sowjetische Deutschlandpolitik in der Ära Adenauer*. Bonn 1997, S. 39–47.
- Ders.: „Was in dem einen Teil verwirklicht werden kann mit Hilfe der Roten Armee, wird im anderen Teil Kampffrage sein.“ Zum Aufbau des zentralen Westapparates der KPD/SED

- 1945–1949, in: Manfred Wilke (Hrsg.): Die Anatomie der Parteizentrale. Die KPD/SED auf dem Weg zur Macht. Berlin 1998, S. 413–500.
- Kühn, Heinz: Blutzeugen des Bistums Berlin. Berlin 1950.
- Küstners, Hanns Jürgen: Der Integrationsfriede. Viermächteverhandlungen über die Friedensregelung mit Deutschland 1945–1990. München 2000.
- Kuhn, Hermann: Bruch mit dem Kommunismus. Über autobiographische Schriften von Ex-Kommunisten im geteilten Deutschland. Münster 1990.
- Kunczik, Michael: Verdeckte Öffentlichkeitsarbeit unter Adenauer. Die Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, in: Jürgen Wilke (Hrsg.): Massenmedien und Zeitgeschichte. Konstanz 1999, S. 381–394.
- Kuznick, Peter J./Gilbert, James (Hrsg.): Rethinking Cold War Culture. Washington u. a. 2001.
- La Féaux Croix, Ernst de: Vom Unrecht der Entschädigung. Der Weg des Entschädigungsrechts, in: Ernst de La Féaux Croix/Helmut Rumpf (Hrsg.): Der Werdegang des Entschädigungsrechts unter national- und völkerrechtlichem und politologischem Aspekt. München 1985, S. 1–118.
- Lampe, Gerhard: Panorama, Report und Monitor. Geschichte der politischen Fernsehmagazine 1957–1990. Konstanz 2000.
- Lange, Gerhard/Pruß, Ursula (Hrsg.): Botschaften der Versöhnung. Der Briefwechsel zwischen den polnischen und den deutschen Bischöfen am Ende des II. Vatikanischen Konzils. Berlin 1966.
- Ders. (Hrsg.): Katholische Kirche – sozialistischer Staat DDR. Dokumente und öffentliche Äußerungen 1945–1990. Leipzig 1992.
- Ders./Pruß, Ursula (Hrsg.): An der Nahtstelle der Systeme. Dokumente und Texte aus dem Bistum Berlin 1945–1990. 1. Halbband: 1945–1961. Leipzig 1996.
- Langguth, Gerd (Hrsg.): Politik und Plakat. 50 Jahre Plakatgeschichte am Beispiel der CDU. Bonn 1995.
- Langrock, Matthias: Die Entschädigung von NS-Verfolgten am Beispiel Kölns. Eine quantitative und qualitative Auswertung von Fallakten. Schriftliche Hausarbeit zur Erlangung des Grades eines Magister Artium. Bochum 2005.
- LaPorte, Norman: The German Communist Party (KPD) in Saxony 1924–33. Factionalism, Fratricide and Political Failure. Bern 2003.
- Laqueur, Walter: Der Kongreß für kulturelle Freiheit. Nachruf auf eine schillernde Institution, in: Europäische Rundschau 24 (1996), S. 75–91.
- Laufer, Jochen: Die Verfassungsgebung in der SBZ 1946–1949, in: APuZ B 32–33 (1998), S. 29–41.
- Le Bon, Gustave: Psychologie der Massen. Stuttgart 1982.
- Leffler, Melvyn P.: For the Soul of Mankind. The United States, the Soviet Union, and the Cold War. New York 2007.
- Leibusch, Wilhelm: Einer aus der Lausitzer Straße. Eine katholische Jugend in Berlin. Kreuzberg zu Anfang des Jahrhunderts. Berlin 1968.
- Lemke, Michael: „Doppelte Alleinvertretung“. Die nationalen Wiedervereinigungskonzepte der beiden deutschen Regierungen und die Grundzüge ihrer politischen Realisierung in der DDR (1949–1952/53), in: ZfG 39 (1992), S. 531–543.
- Ders.: Eine neue Konzeption? Die SED im Umgang mit der SPD 1956 bis 1960, in: Jürgen Kocka (Hrsg.): Historische DDR-Forschung. Aufsätze und Studien. Berlin 1993, S. 361–377.
- Ders.: Die DDR und die deutsche Frage 1949–1955, in: Wilfried Loth (Hrsg.): Die deutsche Frage in der Nachkriegszeit. Berlin 1994, S. 136–171.
- Ders.: Die Berlin-Krise 1958–1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt. Berlin 1995.
- Ders.: Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnepolitik im deutschen Sonderkonflikt 1960–1968, in: Jürgen Danyel (Hrsg.): Die geteilte Vergangenheit. Berlin 1995, S. 61–86.
- Ders.: Die infiltrierte Sammlung. Ziele, Methoden und Instrumente der SED zur Formierung einer bürgerlichen Opposition in der Bundesrepublik 1949–1957, in: Tilman Mayer (Hrsg.): „Macht das Tor auf“. Jakob-Kaiser-Studien. Berlin 1996, S. 171–234.

- Ders.: Einheit oder Sozialismus? Die Deutschlandpolitik der SED 1949–1961. Köln 2001.
- Ders.: Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961. Köln/Weimar/Wien 2011.
- Lenin, Wladimir Iljitsch: Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky. Wien/Berlin 1931.
- Leo, Annette: Die „Verschwörung der Weißen Kittel“. Antisemitismus in der Sowjetunion und in Osteuropa, in: Jan Foitzik/Werner Künzel/Annette Leo/Martina Weyrauch (Hrsg.): Das Jahr 1953. Ereignisse und Auswirkungen. Potsdam 2004, S. 9–22.
- Leonhard, Wolfgang: Die Revolution entlässt ihre Kinder. Köln 2005.
- Lepp, Claudia: Tabu der Einheit? Die Ost-West-Gemeinschaft der evangelischen Christen und die deutsche Teilung (1945–1969). Göttingen 2005.
- Dies.: Einleitung, in: Klaus Fitschen u. a. (Hrsg.): Die Politisierung des Protestantismus. Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland während der 1960er und 70er Jahre. Göttingen 2011, S. 11–24.
- Lettau, Reinhard (Hrsg.): Die Gruppe 47. Ein Handbuch. Neuwied/Berlin 1967.
- Lex, Hans Ritter von: Eingangsplädoyer des Prozeßvertreters der Bundesregierung Staatssekretär Ritter von Lex in dem Verfahren auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der KPD vor dem Bundesverfassungsgericht am 26. November 1954. o.O. 1954.
- Linck, Stephan: „Fehlansätze“. Wie die Kirche in Altona nach 1945 die NS-Vergangenheit und ihr Verhältnis zum Judentum aufarbeitete. Hamburg 2006.
- Lindemann, Helmut (Hrsg.): Gustav Walter Heinemann. „Es gibt schwierige Vaterländer...“ Aufsätze und Reden 1919–1969. München 1988.
- Lindenberger, Thomas (Hrsg.): Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen. Köln u. a. 2006.
- Ders./Payk, Markus M./Vowinkel, Annette (Hrsg.): Cold War Cultures. Perspectives on Eastern and Western European Societies. New York/Oxford 2012.
- Lindenlauf, Herbert: Karl Barth und die Lehre von der „Königsherrschaft Christi“. Eine Untersuchung zum christozentrischen Ansatz der Ethik des Politischen im deutschsprachigen Protestantismus nach 1934. Spardorf 1988.
- Lissner, Cordula: Den Fluchtweg zurückgehen. Remigration nach Nordrhein und Westfalen 1945–1955. Essen 2006.
- Lodgman von Auen, Rudolf: Reden und Aufsätze. Festgabe zum 77. Geburtstag des Sprechers der Sudetendeutschen Landsmannschaft. Hrsg. von Albert Karl Simon. München o. J.
- Lösche, Peter: Der Bolschewismus im Urteil der deutschen Sozialdemokratie 1903–1920. Berlin 1967.
- Löttel, Holger: Des „Emotionalen Herrn werden“. Konrad Adenauer und die „Angst vor der Atombombe“ im Jahr 1957, in: Patrick Bormann/Thomas Freiburger/Judith Michel (Hrsg.): Angst in den Internationalen Beziehungen. Göttingen 2010, S. 205–225.
- Löwenthal, Richard: Vom kalten Krieg zur Ostpolitik, in: Ders./Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz. Stuttgart 1974, S. 604–699.
- Lotchin, Roger W.: Fortress California 1910–1961. From Warfare to Welfare. New York 1992.
- Loth, Wilfried: Deutsche Europa-Konzeptionen in der Eskalation des Ost-West-Konflikts, in: GWU 35 (1984), S. 453–470.
- Ders.: Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955. München 1987.
- Lotz, Christian: Die Deutung des Verlusts. Erinnerungspolitische Kontroversen im geteilten Deutschland um Flucht, Vertreibung und die Ostgebiete (1948–1972). Köln u. a. 2007.
- Ludes, Peter: Programmgeschichte des Fernsehens, in: Jürgen Wilke (Hrsg.): Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Köln 1999, S. 255–301.
- Lütsches, Peter/Budde, Eugen: Hier spricht Europa! Die europäischen Widerstandskämpfer für den Schuman-Plan und für Europa. Düsseldorf 1951.
- MacKenzie, David: Inventing Accuracy. A Historical Sociology of Nuclear Missile Guidance. Cambridge/Mass. 1990.
- Mäe, Hjalmar: Drei Reden gegen den Kommunismus. Schriftenreihe der Bundeszentrale für Heimatdienst, H. 16. Bonn 1955.

- Maeder, Pascal: Forging a New Heimat. Expellees in Post-War West Germany and Canada. Göttingen 2011.
- Maibaum, Werner: Ostkolleg der Bundeszentrale für Heimatdienst. Gründungsgeschichte und Aufbauphase. Bonn 2004.
- Maier, Hans: Kirche und Gesellschaft. München 1972.
- Major, Patrick: The Death of the KPD. Communism and Anti-Communism in West-Germany 1945–1956. London 1997.
- Mallmann, Klaus-Michael: Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung. Darmstadt 1996.
- Mann, Thomas: Schicksal und Aufgabe, in: Ders.: Essays. Bd. 5: Deutschland und die Deutschen 1938–1945. Hrsg. von Hermann Kurzke und Stephan Stachorski. Frankfurt am Main 1996, S. 218–238.
- Mannheim, Karl: Strukturen des Denkens. Frankfurt am Main 1980.
- Markusen, Anne: The Rise of the Gunbelt. The Military Remapping of Industrial America. New York 1991.
- Marßolek, Inge: Internationalität und kulturelle Klischees am Beispiel der John-Kling-Heftrömane der 1920er und 1930er Jahre, in: Alf Lüdtke/Inge Marßolek/Adelheid von Saldern (Hrsg.): Amerikanisierung. Traum und Alptraum im Deutschland des 20. Jahrhunderts. Stuttgart 1996, S. 144–160.
- Mauss, Marcel: Die Gabe. Form und Funktion des Austauschs in archaischen Gesellschaften. Frankfurt am Main 1984.
- Mayer, Arno J.: Politics and Diplomacy of Peacemaking. Containment and Counterrevolution at Versailles 1918–1919. New York 1967.
- Meinecke, Friedrich: Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen. Wiesbaden 1946.
- Melzer, Karl-Heinrich: Der Geistliche Vertrauensrat. Geistliche Leitung für die Deutsche Evangelische Kirche im Zweiten Weltkrieg? Göttingen 1991.
- Mensing, Wilhelm: SED-Hilfe für West-Genossen. Die Arbeit der Abteilung Verkehr beim Zentralkomitee der SED im Spiegel der Überlieferung des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (1946–1976). Berlin 2010.
- Mergel, Thomas: „The Enemy in Our Midst“. Antikommunismus und Amerikanismus in der Ära McCarthy, in: ZfG 51 (2003), S. 237–257.
- Merkatz, Hans Joachim von: Einführung, in: Ders. (Hrsg.): Aus Trümmern wurden Fundamente. Vertriebene – Flüchtlinge – Aussiedler. Drei Jahrzehnte Integration. Düsseldorf 1979, S. 11–14.
- Merz, Kai-Uwe: Kalter Krieg als antikommunistischer Widerstand. Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit 1948–1959. München 1987.
- Ders.: Das Schreckbild. Deutschland und der Bolschewismus 1917 bis 1921. Berlin/Frankfurt am Main 1995.
- Meyer, Kristina: Sozialdemokratische NS-Verfolgte und die Vergangenheitspolitik, in: Katharina Stengel (Hrsg.): Opfer als Akteure. Interventionen ehemaliger NS-Verfolgter in der Nachkriegszeit. Frankfurt am Main 2008, S. 48–66.
- Dies./Spernol, Boris: Wiedergutmachung in Düsseldorf. Eine statistische Bilanz, in: José Brunner/Norbert Frei/Constantin Goshler (Hrsg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel. Göttingen 2009, S. 690–727.
- Meyer von Achenbach, Richard: Gedanken über eine konstruktive deutsche Ostpolitik. Eine unterdrückte Denkschrift aus dem Jahr 1953. Hrsg. von Julius H. Schoeps. Frankfurt am Main 1986.
- Michalka, Wolfgang (Hrsg.): Deutsche Geschichte 1933–1945. Dokumente zur Innen- und Außenpolitik. Frankfurt am Main 1993.
- Möbus, Gerhard: Erziehung zum Haß. Schule und Unterricht im sowjetisch besetzten Deutschland. Berlin 1956.
- Ders.: Klassenkampf im Kindergarten. Das Kindesalter in der Sicht der kommunistischen Pädagogik. Berlin 1956.

- Möller, Frank: 1514 antwortet nicht mehr... Eine Geschichte von Verlust, Verantwortung und vom Nutzen eines Archivs, in: *Geschichte in Köln. Zeitschrift für Stadt und Regionalgeschichte* 56 (2009), S. 105–124.
- Ders.: Joseph Caspar Witsch. Als Bibliothekar und Verleger zwischen Jena und Köln, in: *Die große Stadt. Das kulturhistorische Archiv von Weimar-Jena* 2 (2009), S. 117–142.
- Ders.: *Das Buch Witsch. Das schwindelerregende Leben des Verlegers Joseph Casper Witsch.* Köln 2014.
- Möller, Horst (Hrsg.): *Der rote Holocaust und die Deutschen. Die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“.* München 1999.
- Mommsen, Hans: *Die verspielte Freiheit. Der Weg der Republik von Weimar in den Untergang 1918 bis 1933.* Frankfurt am Main/Berlin 1990.
- Moynihan, Daniel Patrick: *Secrecy. The American Experience.* New Haven 1998.
- Müller, Susanne: *Von der Mangel- zur Marktwirtschaft. Analyse der Konsumbedingungen und des Konsumverhaltens in der DDR.* Leipzig 2000.
- Müller, Werner: *Die KPD und die Einheit der Arbeiterklasse.* Frankfurt am Main 1979.
- Muraca, Daniela: *Die Rolle der exkommunistischen Intellektuellen beim Kongress für kulturelle Freiheit*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2011, S. 155–176.
- Nakath, Detlef/Stephan, Gerd-Rüdiger (Hrsg.): *Die Häber-Protokolle. Schlaglichter der SED-Westpolitik 1973–1985.* Berlin 1999.
- Nationalliberalismus in der Weimarer Republik. Die Führungsgremien der Deutschen Volkspartei 1918–1933. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Bd. 9. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher und Rudolf Morsey. Bearbeitet von Eberhard Kolb und Ludwig Richter. Zweiter Halbband. Düsseldorf 1999.
- Nolte, Paul: *Die Ordnung der deutschen Gesellschaft. Selbstentwurf und Selbstbeschreibung im 20. Jahrhundert.* München 2000.
- Oelke, Harry: *Die Kirchen und die Gründung der Bundesrepublik Deutschland*, in: Jürgen Elvert/Friederike Krüger (Hrsg.): *Deutschland 1949–1989. Von der Zweistaatlichkeit zur Einheit.* Stuttgart 2003, S. 168–189.
- Ders.: *Protestantische Begeisterung für Hitler – und was daraus wurde. Transformationen der politischen Einstellung im deutschen Protestantismus nach 1933*, in: Irmfried Garbe (Hrsg.): *Kirche im Profanen. Studien zum Verhältnis von Profanität und Kirche im 20. Jahrhundert.* Frankfurt am Main u. a. 2009, S. 283–308.
- Oppeland, Torsten: „Politik aus christlicher Verantwortung“. Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU in der Ära Adenauer, in: Thomas Sauer (Hrsg.): *Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik.* Stuttgart/Berlin/Köln 2000, S. 35–64.
- Oppenheimer, Max: *Der Weg der VVN. Vom Häftlingskomitee zum Bund der Antifaschisten*, in: Ders. (Hrsg.): *Vom Häftlingskomitee zum Bund der Antifaschisten. Der Weg der Vereinigungen der Verfolgten des Naziregimes.* Frankfurt am Main 1972, S. 5–83.
- Osterheld, Horst: *Konrad Adenauer. Ein Charakterbild.* Bonn 1973.
- Overy, Richard: *Die Wurzeln des Sieges. Warum die Alliierten den Zweiten Weltkrieg gewannen.* Stuttgart/München 2000.
- [Paehler, Katrin]: *Verhöre in der „Mülltonne“*, in: Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik.* München 2010, S. 332–342.
- Paul, Dominik: *Adenauer-Wahlkämpfe. Die Bundestagswahlkämpfe der CDU 1949–1961.* Marburg 2011.
- Pauli, Gerhard: *Über die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in Staatsschutzsachen gegen Kommunisten im System der politischen Justiz*, in: *Juristische Zeitgeschichte* 7 (1998), S. 97–116.
- Pawlita, Cornelius: *Der Beitrag der Rechtsprechung zur Entschädigung von NS-Unrecht und der Begriff der politischen Verfolgung*, in: Hans Günter Hockerts/Christiane Kuller (Hrsg.): *Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland?* Göttingen 2003, S. 79–115.

- Payk, Marcus M.: Die Angst der Agenten. Der Kalte Krieg in der westdeutschen TV-Serie „John Klings Abenteuer“ 1965–1970, in: Bernd Greiner/Christian Th. Müller/Dierk Walter (Hrsg.): Angst im Kalten Krieg. Hamburg 2009, S. 375–396.
- Ders.: The Enemy Within. (De-)Dramatizing the Cold War in U.S. and West German Spy TV from the 1960s, in: Thomas Lindenberger/Markus M. Payk/Annette Vowinkel (Hrsg.): Cold War Cultures. Perspectives on Eastern and Western European Societies. New York 2012.
- Penzlin, Carsten: Wahlkampf und Außenpolitik. Eine vergleichende Studie zu den Bundestagswahlen von 1957 und 1972. Rostock 2009.
- Pfeiffer, Gerd/Strickert, Hans-Georg (Hrsg.): KPD-Prozeß. Dokumentarwerk. 3 Bde. Karlsruhe 1955/56.
- Philosophisches Wörterbuch. Hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr. Leipzig ¹⁰1974.
- Pietsch, Hartmut: Militärregierung, Bürokratie und Sozialisierung. Zur Entwicklung des politischen Systems in den Städten des Ruhrgebietes 1945 bis 1948. Duisburg 1978.
- Pilvousek, Josef: Vatikanische Ostpolitik. Die Politik von Staat und Kirche in der DDR, in: Karl-Joseph Hummel (Hrsg.): Vatikanische Ostpolitik unter Johannes XXIII. und Paul VI. 1958–1978. Paderborn u. a. 1999, S. 113–134.
- Pipes, Richard: The Formation of the Soviet Union. Communism and Nationalism 1917–1923. Cambridge/Mass. 1954.
- Plumpe, Werner: Die alltägliche Selbstzermürbung und der stille Sieg der D-Mark, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.): Revolution und Wiedervereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009, S. 92–103.
- Poppinga, Anneliese: Konrad Adenauer. Geschichtsverständnis, Weltanschauung und politische Praxis. Stuttgart 1975.
- Posser, Diether: Anwalt im Kalten Krieg. Ein Stück deutscher Geschichte in politischen Prozessen 1951–1968. München 1991.
- Ders.: Justiz im Kalten Krieg. Ein Zeitzeugenbericht, in: Juristische Zeitgeschichte 7 (1998), S. 29–45.
- Powers, Richard Gid: Not without Honor. The History of American Anticommunism. New Haven 1998.
- Prauss, Herbert: Doch es war nicht die Wahrheit. Berlin 1960.
- Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Broschüre. Berlin (Ost) 1963.
- Radkau, Joachim: Die deutsche Emigration in den USA. Ihr Einfluss auf die amerikanische Europapolitik 1933–1945. Düsseldorf 1971.
- Ramscheid, Birgit: Herbert Blankenhorn (1904–1991). Adenauers außenpolitischer Berater. Düsseldorf 2006.
- RE (Realenzyklopädie für protestantische Theologie und Kirche). Hrsg. von Albert Hauck. Bd. 10. Leipzig ³1901.
- Recker, Marie-Luise: Wahlen und Wahlkämpfe in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1969, in: Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Wahlen und Wahlkämpfe in Deutschland. Von den Anfängen im 19. Jahrhundert bis zur Bundesrepublik. Düsseldorf 1997, S. 267–309.
- Reich, Peter [= d.i. Erich Klausener]: Jesuiten, Arbeiter und rote Richter. Schlaglichter auf das Ringen um Religionsfreiheit in Mitteldeutschland. Hrsg. vom Arbeitskreis für christlich-soziale Bildung. Bonn o.J. (1959).
- Reichardt, Sven: Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA. Köln/Weimar/Wien 2002.
- Reichel, Peter: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur in Politik und Justiz. München 2001.
- Reimesch, Christian: Vergessene Opfer des Nationalsozialismus? Zur Entschädigung von Homosexuellen, Kriegsdienstverweigerern, Sinti und Roma und Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 2003.
- RGG (Religion in Geschichte und Gegenwart). Handwörterbuch für Theologie und Religionswissenschaft. Hrsg. von Hans Dieter Betz u. a. Bd. 4. Tübingen ⁴2001.
- Reuter, Elke/Hansel, Detlef: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR. Berlin 1997.

- Rhodes, Anthony: Der Papst und die Diktatoren. Der Vatikan zwischen Revolution und Faschismus. Wien u. a. 1980.
- Ders.: *The Vatican in the Age of Liberal Democracies 1870–1922*. London 1983.
- Richter, Hans Werner (Hrsg.): *Die Mauer oder der 13. August*. Reinbek bei Hamburg 1961.
- Ders.: *Briefe an einen jungen Sozialisten*. Hamburg 1974.
- Ders.: *Briefe*. Hrsg. von Sabine Cofalla. München/Wien 1997.
- Richter, Horst: *Die Stoetznern Story*. Werbung, Menschen, Politik. München 1986.
- Richter, Johannes Karl: *Die Reichszentrale für Heimatdienst. Geschichte der ersten politischen Bildungsstelle in Deutschland und Untersuchung ihrer Rolle in der Weimarer Republik* (phil. Diss. FU Berlin 1963).
- Ritter, Gerhard A./Niehuss, Merith: *Wahlen in Deutschland 1946–1991. Ein Handbuch*. München 1991.
- Robin, Corey: *Fear. The History of a Political Idea*. Oxford 2004.
- Roewer, Helmut/Schäfer, Stefan/Uhl, Matthias (Hrsg.): *Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert*. München 2003.
- Rohrkämper, Thomas: *A Single Communal Faith? The German Right from Conservatism to National Socialism*. New York/Oxford 2007.
- Rohrwasser, Michael: *Der Stalinismus und die Renegaten. Die Literatur der Exkommunisten*. Stuttgart 1991.
- Rosenman, Samuel I. (Hrsg.): *The Public Papers and Addresses of Franklin D. Roosevelt*. 13 Bde. New York 1938–1950.
- Rost, Rudi: *Die führende Rolle der Partei im sozialistischen Staat*. Berlin (Ost) 1961.
- Roth, Karl Heinz u. a.: *Psychologische Kampfführung. Invasionsziel DDR. Vom Kalten Krieg zur Neuen Ostpolitik*. Hamburg 1971.
- Rother, Rainer: *Feindliche Brüder. Der Kalte Krieg und der deutsche Film*, in: Dieter Vorsteher (Hrsg.): *Deutschland im Kalten Krieg 1945–1963*. Berlin 1992, S. 101–112.
- Rothfels, Hans: *Zeitgeschichte als Aufgabe*, in: VfZ 1 (1953), S. 1–8.
- Ders.: *Die deutsche Opposition gegen Hitler. Eine Würdigung*. Frankfurt am Main/Hamburg 1958.
- Rudolph, Jörg/Drauschke, Frank/Sachse, Alexander: *Hingerichtet in Moskau. Opfer des Stalinismus aus Berlin 1950–1953*. Berlin 2007.
- Rüß, Gisela: *Anatomie einer politischen Verwaltung. Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. Innerdeutsche Beziehungen 1949–1970*. München 1973.
- Sauer, Thomas: *Westorientierung im deutschen Protestantismus? Vorstellungen und Tätigkeit des Kronberger Kreises*. München 1999.
- Ders.: *Die Geschichte der evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik. Schwerpunkte und Perspektiven der Forschung*, in: Claudia Lepp/Kurt Nowak (Hrsg.): *Evangelische Kirche im geteilten Deutschland (1945–1989/90)*. Göttingen 2001, S. 295–309.
- Saunders, Francis Stonor: *Who Paid the Piper? The CIA and the Cultural Cold War*. London 1999.
- Scharffenberg, Heiko: *Sieg der Sparsamkeit. Die Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Schleswig-Holstein*. Bielefeld 2004.
- Schaudig, Michael: *Vom Pathos im Niemandsland. „Himmel ohne Sterne“ (BRD 1955) – Helmut Käutners „filmsemiotische Diskussion“ des geteilten Deutschland*, in: Harro Segeberg (Hrsg.): *Mediale Mobilmachung. Bd. 3: Das Kino der Bundesrepublik Deutschland als Kulturindustrie (1950–1962)*. Paderborn 2009, S. 305–336.
- Schieder, Wolfgang: *Kommunismus*, in: Otto Brunner/Werner Conze/Reinhart Koselleck (Hrsg.): *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland. Bd. 3*. Stuttgart 1982, S. 455–529.
- Schiffers, Reinhard: *Zwischen Bürgerfreiheit und Staatsschutz. Wiederherstellung und Neufassung des politischen Strafrechts in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1951*. Düsseldorf 1989.
- Ders.: *Grundlegung des strafrechtlichen Staatsschutzes in der Bundesrepublik Deutschland 1949–1951*, in: VfZ 38 (1990), S. 589–607.

- Schildt, Axel: Zwischen Abendland und Amerika. Studien zur westdeutschen Ideenlandschaft der 50er Jahre. München 1999.
- Ders.: Ökumene wider den Liberalismus. Zum politischen Engagement konservativer protestantischer Theologen im Umkreis der Abendländischen Akademie, in: Thomas Sauer (Hrsg.): Katholiken und Protestanten in den Aufbaujahren der Bundesrepublik. Stuttgart/Berlin/Köln 2000, S. 187–205.
- Ders./Siegfried, Detlef: Deutsche Kulturgeschichte. Die Bundesrepublik von 1945 bis zur Gegenwart. München 2009.
- Schillinger, Reinhold: Der Entscheidungsprozeß beim Lastenausgleich 1945–1952. St. Katharinen 1985.
- Schlosser, Nicholas J.: Creating an „Atmosphere of Objectivity“. Radio in the American Sector, Objectivity and the United States' Propaganda Campaign against the German Democratic Republic 1945–1961, in: German History 29 (2011), S. 610–627.
- Schmidt, Wolf-Dietrich: „Wir sind die Verfolgten geblieben“. Zur Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) in Hamburg 1945–1951, in: Jörg Berlin (Hrsg.): Das andere Hamburg. Freiheitliche Bestrebungen in der Hansestadt seit dem Spätmittelalter. Köln 1981, S. 329–356.
- Schneider, Josef: Die Kirche und das neue Europa, in: Mitteilungen der Werkgemeinschaften christlicher Arbeitnehmer 13 (1959), H. 6/7, S. 2f.
- Schneider, Ulrich: Zukunftsentwurf Antifaschismus. 50 Jahre Wirken der VVN für eine neue Welt des Friedens und der Freiheit. Bonn 1997.
- Schönhoven, Klaus: Einleitung, in: Die Industriegewerkschaft Metall in der frühen Bundesrepublik. Bearbeitet von Walter Dörrich und Klaus Schönhoven. Köln 1991, S. IX–LVIII.
- Ders.: Kalter Krieg in den Gewerkschaften. Zur Gewerkschaftspolitik von KPD und SPD nach 1945, in: Ders. (Hrsg.): Sozialismus und Kommunismus im Wandel. Köln 1993, S. 261–280.
- Schoeps, Julius H. (Hrsg.): Richard Meyer von Achenbach. Gedanken über eine konstruktive Ostpolitik. Eine unterdrückte Denkschrift aus dem Jahr 1953. Frankfurt am Main 1986.
- Scholder, Klaus: Die Kirchen und das Dritte Reich. Bd. 1: Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934. Frankfurt am Main 1977.
- Scholtyssek, Joachim: Die Betreuungsstellen für politisch und rassistisch Verfolgte im deutschen Südwesten, in: Thomas Schnabel (Hrsg.): Formen des Widerstandes im Südwesten 1933–1945. Scheitern und Nachwirken. Ulm 1994, S. 259–269.
- Scholz, Michael F.: Die DDR 1949–1990. Stuttgart 2009.
- Schrecker, Ellen: Many are the Crimes. McCarthyism in America. Princeton 1998.
- Schroeder, Friedrich-Christian: Fünfzig Jahre Königsteiner Kreis, in: DA 31 (1998), S. 709–711.
- Schubert, Klaus von (Hrsg.): Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945–1977. 2 Bde. Bonn 1977.
- Schumann, Carl-Wolfgang: Adenauers Ansichten zur Architektur im Spiegel der Akten, in: Hugo Stehkämper (Hrsg.): Konrad Adenauer. Oberbürgermeister von Köln. Festgabe der Stadt Köln zum 100. Geburtstag ihres Ehrenbürgers am 5. Januar 1976. Köln 1976, S. 155–166.
- Schulze, Thies: Antikommunismus als politischer Leitfaden des Vatikans? Affinitäten und Konflikte zwischen Heiligem Stuhl und NS-Regime im Jahr 1933, in: VfZ 60 (2012), S. 353–379.
- Schumann, Dirk: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918–1933. Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg. Essen 2001.
- Ders.: Gewalt als Methode der nationalsozialistischen Machteroberung, in: Andreas Wirsching (Hrsg.): Das Jahr 1933. Die nationalsozialistische Machteroberung und die deutsche Gesellschaft. Göttingen 2009, S. 135–155.
- Schwan, Gesine: Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Kontinuität und Wandel nach 1945. Baden-Baden 1999.
- Schwartz, Michael: Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961. München 2004.
- Ders. u. a.: Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungs-Präsidium des „Bundes der Vertriebenen“ und das „Dritte Reich“. München 2013.

- Schwarz, Hans-Peter: Das außenpolitische Konzept Konrad Adenauers, in: Klaus Gotto/Hans Maier/Rudolf Morsey/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.): Konrad Adenauer. Seine Deutschland- und Außenpolitik 1945–1963. München 1975, S. 97–155.
- Ders.: Adenauer und Rußland, in: Friedrich J. Kroneck/Thomas Oppermann (Hrsg.): Im Dienste Deutschlands und des Rechtes. Festschrift für Wilhelm G. Grewe zum 80. Geburtstag am 16. Oktober 1981. Baden-Baden 1981, S. 365–389.
- Ders.: Die Ära Adenauer 1949–1957. Stuttgart 1981.
- Ders.: Adenauer. Der Aufstieg. 1876–1952. Stuttgart 1986.
- Ders.: Adenauer. Der Staatsmann. 1952–1967. Stuttgart 1991.
- Ders.: Der Stabilisierer Europas: Konrad Adenauer, in: Ders.: Das Gesicht des Jahrhunderts. Monster, Retter und Mediokritäten. Berlin 1998, S. 510–530.
- Ders.: Anmerkungen zu Adenauer. München 2004.
- Schwarz, Jürgen (Hrsg.): Katholische Kirche und Europa. Dokumente 1945–1979. München u. a. 1980.
- Schwarz, Thomas: America's Germany. John McCloy and the Federal Republic of Germany. Cambridge 1991.
- Schwarz, Uta: Wochenschau, westdeutsche Identität und Geschlecht in den fünfziger Jahren. Frankfurt am Main 2002.
- Scott-Smith, Giles: „A Radical Democratic Political Offensive“. Melvin J. Lasky, Der Monat, and the Congress for Cultural Freedom, in: Journal of Contemporary History 35 (2000), S. 263–280.
- Ders.: The Politics of Apolitical Culture. The Congress for Cultural Freedom, the CIA and Post-War American Hegemony. London 2002.
- Sheen, Fulton J.: Der Kommunismus und das Gewissen der westlichen Welt. Berlin 1950.
- Sherry, Michael: In the Shadow of War. The United States since the 1930s. New Haven 1995.
- Shils, Edward A.: The Torment of Secrecy. The Background and Consequences of American Security Policies. Chicago 1996.
- Siegfried, Detlef: Stalin und Elvis. Antikommunismus zwischen Erfahrung, Ideologie und Eigensinn, in: Sozialwissenschaftliche Informationen 28 (1999), S. 27–35.
- Siegmund, Georg: Der Kampf um Gott. Berlin 1957.
- Silomon, Anke (Bearb.): Die Protokolle des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland. Bd. 4: 1950. Göttingen 2007.
- Smith, Jeremy: The Bolsheviks and the National Question 1917–1923. London 1998.
- Smith-von Osten, Annemarie: Von Teyssa 1945 bis Eisenach 1948. Zur Geschichte der Grundordnung der Evangelischen Kirche in Deutschland. Göttingen 1980.
- Soell, Hartmut: Der junge Wehner. Zwischen revolutionärem Mythos und praktischer Vernunft. Stuttgart 1991.
- Ders.: Helmut Schmidt. Vernunft und Leidenschaft. 1918–1969. München 2003.
- Sonnenwald, Bernd: Die Entstehung und Entwicklung der ostdeutschen Landsmannschaften von 1947 bis 1952. Berlin 1975.
- Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag (1949–1953). 2 Halbbände. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher u. a. Bearbeitet von Petra Weber. Düsseldorf 1993.
- Die SPD unter Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer 1946 bis 1963. Sitzungsprotokolle der Spitzengremien. Bd. 1: 1946 bis 1948. Hrsg. und bearb. von Willy Albrecht. Bonn 2000.
- Spornol, Boris/Langrock, Matthias: Amtliche Wirklichkeit. Die Praxis der Entschädigung aus behördlicher Binnenperspektive, in: José Brunner/Norbert Frei/Constantin Goshler (Hrsg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel. Göttingen 2009, S. 600–634.
- Ders.: Im Kreuzfeuer des Kalten Krieges. Der Fall Marcel Frenkel und die Verdrängung der Kommunisten, in: José Brunner/Norbert Frei/Constantin Goshler (Hrsg.): Die Praxis der Wiedergutmachung. Geschichte, Erfahrung und Wirkung in Deutschland und Israel. Göttingen 2009, S. 203–236.
- Ders.: Der Rote Winkel als „Banner des Friedens“. Friedenspolitik der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes bis 1950, in: Detlef Bald/Wolfram Wette (Hrsg.): Friedensinitiativen in der Frühzeit des Kalten Krieges 1945–1955. Essen 2010, S. 133–153.

- Spilker, Dirk: *The East German Leadership and the Division of Germany. Patriotism and Propaganda 1945–1953*. Oxford 2006.
- Spittmann-Rühle, Ilse: *Drei Jahrzehnte Deutschland Archiv*, in: Johannes Kuppe/Ilse Spittmann-Rühle/Wolfgang Thierse (Hrsg.): *Zehn Jahre Deutsche Einheit*. Opladen 2000, S. 301–315.
- Spotts, Frederic: *Kirchen und Politik in Deutschland*. Stuttgart 1976.
- Stadt, Jochen: *Die geheime Westpolitik der SED 1960–1970. Von der gesamtdeutschen Orientierung zur sozialistischen Nation*. Berlin 1993.
- Staat und NSDAP 1930–1932. *Quellen zur Ära Brüning. Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Bd. 3*. Hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Erich Matthias und Rudolf Morsey. Bearbeitet von Ilse Maurer und Udo Wengst. Düsseldorf 1977.
- Stadtler, Eduard: *Als Antibolschewist 1918–1919*. Düsseldorf o.J. (1935)
- Stahl, Friedrich Julius: *Die gegenwärtigen Parteien in Staat und Kirche. Neunundzwanzig akademische Vorlesungen*. Berlin 1863.
- Stankowski, Martin: *Linkskatholizismus nach 1945. Die Presse oppositioneller Katholiken in der Auseinandersetzung für eine demokratische und sozialistische Gesellschaft*. Köln 1978.
- Staritz, Dietrich: *Die Kommunistische Partei Deutschlands*, in: Richard Stöss (Hrsg.): *Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*. Opladen 1983, S. 1663–1809.
- Steininger Rolf: *Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958–1963*. München 2001.
- Steinle, Matthias: *Vom Feindbild zum Fremdbild. Die gegenseitige Darstellung von BRD und DDR im Dokumentarfilm*. Stuttgart 2003.
- Stephan, Cora (Hrsg.): *Zwischen den Stühlen, oder über die Unvereinbarkeit von Theorie und Praxis. Schriften Rudolf Hilferdings 1904 bis 1940*. Berlin/Bonn 1982.
- Stergiou, Andreas: *Der Antikommunismus in Griechenland*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2011, S. 101–118.
- Sternburg, Wilhelm von: *Adenauer. Eine deutsche Legende*. Berlin 2001.
- Stickler, Matthias: *„Ostdeutsch heißt gesamtdeutsch“. Organisation, Selbstverständnis und heimatpolitische Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenverbände 1949–1972*. Düsseldorf 2004.
- Stobwasser, Albin: *Die den roten Winkel trugen. Zur Geschichte der VVN, Bund der Antifaschisten*. Hamburg. Hamburg 1983.
- Stöver, Bernd: *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991*. Köln u. a. 2002.
- Ders.: *Der Kalte Krieg. Geschichte eines radikalen Zeitalters 1947–1991*. München 2007.
- Ders.: *Zuflucht DDR. Spione und andere Übersiedler*. München 2009.
- Stosch, Stefan: *Die Adenauer-Legion. Geheimauftrag Wiederbewaffnung*. Konstanz 1994.
- Strathmann, Donat: *Auswandern oder Hierbleiben? Jüdisches Leben in Düsseldorf und Nordrhein 1945–1960*. Essen 2003.
- Ströbel, Heinrich: *Die deutsche Revolution. Ihr Unglück und ihre Rettung*. Berlin 1920.
- Stuckmann, Dagmar: *Sozialarbeit als Selbsthilfe der Betroffenen. Aufgezeigt am Beispiel der sozialen Arbeit im Rahmen der VVN – Bund der Antifaschisten. Fachhochschule Frankfurt am Main, FB-Sozialarbeit (unveröffentlichte Arbeit, Oktober 1973)*.
- Süß, Dietmar: *Kumpel und Genossen. Arbeiterschaft, Betrieb und Sozialdemokratie in der bayrischen Montanindustrie 1945 bis 1976*. München 2003.
- Sunstein, Cass: *Gesetze der Angst. Jenseits des Vorsorgeprinzips*. Frankfurt am Main 2007.
- Suskind, Ron: *The One Percent Doctrine. Deep Inside America's Pursuit of Its Enemies since 9/11*. New York 2006.
- Swiderski, Gaby: *Die Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung in den 50er Jahren*. Hamburg 1983.
- Szulecki, Kacper: *Neophyten, Häretiker, Dissidenten. Polnische Linksintellektuelle und der (Anti-)Kommunismus*, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung* 2011, S. 61–88.

- Die Tagebücher von Joseph Goebbels. Hrsg. von Elke Fröhlich. Teil I: Aufzeichnungen 1923–1941. Bd. 1/II: Dezember 1925–Mai 1928. München 2005.
- Teller, Hans: Der kalte Krieg gegen die DDR. Von seinen Anfängen bis 1961. Berlin (Ost) 1979.
- Thedieck, Franz: Hans Globke und die „Gewerkschaft der Staatssekretäre“, in: Klaus Gotto (Hrsg.): Der Staatssekretär Adenauers. Persönlichkeit und politisches Wirken Hans Globkes. Stuttgart 1980, S. 144–159.
- TRE (Theologische Realenzyklopädie). Hrsg. von Gerhard Müller u. a. Bd. 36. Berlin 2004.
- Ther, Philipp: A Century of Forced Migrations. Origins and Consequences of „Ethnic Cleansing“, in: Anna Siljak/Philipp Ther (Hrsg.): Redrawing Nations. Ethnic Cleansing in East-Central-Europe 1944–1948. Oxford 2001, S. 43–72.
- Thomas, Rüdiger: Antikommunismus zwischen Wissenschaft und politischer Bildung. Bundeszentrale für Heimatdienst und Ostkolleg, in: DA 45 (2012), S. 277–293.
- Thränhardt, Dietrich: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 1996.
- Tiepmar, Stefan: „Bürgerkriegsliteratur“ und andere „staatsgefährdende Schriften“. Westdeutsche Abwehrstrategien im innerdeutschen Buchaustausch, in: Mark Lehmstedt/Siegfried Lokatis (Hrsg.): Das Loch in der Mauer. Der innerdeutsche Literaturaustausch. Wiesbaden 1997, S. 56–71.
- Tischner, Wolfgang: Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951. Die Formierung einer Subgesellschaft im entstehenden sozialistischen Staat. Paderborn u. a. 2001.
- Torberg, Friedrich: „Fast das ganze geistige Deutschland...“, in: Forum 5 (1958), S. 166–167.
- Tremper, Will: Meine wilden Jahre. Frankfurt am Main 1993.
- Ders.: Große Klappe. Meine Filmjahre. Berlin 1998.
- Trippen, Norbert: Josef Kardinal Frings (1887–1978). Bd. 1: Sein Wirken für das Erzbistum Köln und für die Kirche in Deutschland. Paderborn u. a. 2003.
- Troeger, Heinrich: Interregnum. Tagebuch des Generalsekretärs des Länderrats der Bizone 1947–1949. Hrsg. von Wolfgang Benz und Constantin Gschler. München 1985.
- Troeltsch, Ernst: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918–1922. Zusammenestellt von Johann Hinrich Claussen. Frankfurt am Main 1994.
- Trotzki, Leo (Hrsg.): Terrorismus und Kommunismus. 1920.
- Uhl, Matthias: Richard Stahlmann (1891–1974). Ein Handlanger der Weltrevolution im Geheimauftrag der SED, in: Dieter Krüger u. a. (Hrsg.): Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg. Berlin 2003, S. 84–110.
- Ulbricht, Walter: Die gegenwärtige Lage und die neuen Aufgaben der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Referat auf der II. Parteikonferenz der SED, 9.–12. Juli 1952. Broschüre. Berlin (Ost) 1952.
- Ders.: Der Offene Brief des ZK der SED und die Antwort der SPD. Referat, gehalten auf der 12. Tagung des ZK der SED 27./28. April 1966. Broschüre. Berlin (Ost) 1966.
- Ulitz, Otto: Oberschlesien. Aus seiner Geschichte. Bonn ³1971.
- Ullrich, Sebastian: Der Weimar-Komplex. Das Scheitern der ersten deutschen Demokratie und die politische Kultur der frühen Bundesrepublik. Göttingen 2009.
- Unser Staat rettet den Frieden in Deutschland. Dokumente zur Einschätzung der Maßnahmen vom 13. August 1961 und über die Perspektive der Hauptstadt der DDR, Berlin. Berlin (Ost) 1961.
- Vaillant, Jérôme: Der Ruf. Unabhängige Blätter der jungen Generation (1945–1949). Eine Zeitschrift zwischen Illusion und Anpassung. München u. a. 1978.
- Vatter, Harold G.: The U.S. Economy in World War II. New York 1985.
- Volk, Ludwig: Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933 von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933. Mainz 1972.
- Volmer, Julia: Zur Hausgeschichte nach 1945. Die Villa ten Hompel 1953 bis 1968. „Wiedergutmachung“ an einem Täterort, in: Alfons Kenkmann/Christoph Spieker (Hrsg.): Im Auftrag. Polizei, Verwaltung und Verantwortung. Essen 2001, S. 342–366.
- Voßkamp, Sabine: Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945–1972. Stuttgart 2007.

- Wachs, Philipp-Christian: Der Fall Theodor Oberländer (1905–1998). Ein Lehrstück deutscher Geschichte. Frankfurt am Main u. a. 2000.
- Ward, Alan M.: *The New York Intellectuals. The Rise and Decline of the Anti-Stalinist Left from the 1930s to the 1980s*. Chapel Hill 1987.
- Weber, Hermann: Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. 2 Bde. Frankfurt am Main 1969.
- Ders./Herbst, Andreas: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*. Berlin 2004.
- Weber, Petra: Justiz und Diktatur. Justizverwaltung und politische Strafrecht in Thüringen 1945–1961. München 2000.
- Weckel, Ulrike: Begrenzte Spielräume. Wolfgang Staudtes Filme und deren Rezeption im Kalten Krieg, in: Thomas Lindenberger (Hrsg.): *Massenmedien im Kalten Krieg. Akteure, Bilder, Resonanzen*. Köln u. a. 2006.
- Weger, Tobias: „Volkstumskampf“ ohne Ende? Sudetendeutsche Organisationen 1945–1955. Frankfurt am Main u. a. 2008.
- Wehler, Hans-Ulrich: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949–1990. München 2008.
- Weidenfeld, Werner: Konrad Adenauer und Europa. Die geistigen Grundlagen der westeuropäischen Integrationspolitik des ersten Bonner Bundeskanzlers. Bonn 1976.
- Weiß, Matthias: Öffentlichkeit als Therapie. Die Medien- und Informationspolitik der Regierung Adenauer zwischen Propaganda und kritischer Aufklärung, in: Frank Bösch/Norbert Frei (Hrsg.): *Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert*. Göttingen 2006, S. 72–120.
- Wengst, Udo/Wentker, Hermann (Hrsg.): *Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz*. Berlin 2008, S. 333–356.
- Wentker, Hermann: Justiz in der SBZ/DDR 1945–1953. Transformation und Rolle ihrer zentralen Institutionen. München 2001.
- Ders./Gieseke, Jens/Gries, Rainer/Vollnhals, Clemens: „Gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte?“ Ein Tagungsbericht, auf: http://www.stiftung-aufarbeitung.de/uploads/pdf/konferenzbericht_suhl.pdf (abgerufen am 12. Februar 2012).
- Wenzel Jaksch: Patriot und Europäer. Hrsg. von der Seliger-Gemeinde. München 1967.
- Wer war wer in der DDR? Ein Lexikon ostdeutscher Biographien. Hrsg. von Helmut Müller-Enbergs u. a. 2 Bde. Berlin 2010.
- Wettig, Gerhard: Die Note vom 10. März 1952 im Kontext von Stalins Deutschland-Politik seit dem Zweiten Weltkrieg, in: Jürgen Zarusky (Hrsg.): *Die Stalin-Note vom 10. März 1952. Neue Quellen und Analysen*. München 2002, S. 139–196.
- Ders.: Adenauers Moskau-Besuch aus sowjetischer Sicht. Wende der sowjetischen Deutschland-Politik nach Stalins Tod, in: *Historisch-Politische Mitteilungen* 12 (2005), S. 193–202.
- Weymar, Paul: Konrad Adenauer. Die autorisierte Biographie. München 1955.
- Wheeler, Robert F.: *USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution*. Frankfurt am Main u. a. 1975.
- Wiaderny, Bernard: Der Kongress für kulturelle Freiheit und die polnische Exilzeitschrift *Kultura*, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 60 (2011), S. 50–78.
- Widmaier, Benedikt: Die Bundeszentrale für politische Bildung. Ein Beitrag zur Geschichte staatlicher politischer Bildung in der Bundesrepublik Deutschland. Frankfurt am Main 1987.
- [Wiegeshoff, Andrea]: Personalpolitik, in: Eckart Conze/Norbert Frei/Peter Hayes/Moshe Zimmermann: *Das Amt und die Vergangenheit. Deutsche Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik*. München 2010, S. 490–511.
- Wiggershaus, Norbert: Aspekte westdeutscher Bedrohungsperzeption 1946–1959. Wahrnehmungen durch Adenauer und die militärisch Verantwortlichen, in: Franz Knipping/Klaus-Jürgen Müller (Hrsg.): *Aus der Ohnmacht zur Bündnismacht. Das Machtproblem in der Bundesrepublik Deutschland 1945–1960*. Paderborn 1995, S. 169–200.
- Wildt, Michael: *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*. Hamburg 2007.
- Wilford, Hugh: „Unwitting Assets“? British Intellectuals and the Congress for Cultural Freedom, in: *Twentieth Century British History* 11 (2000), S. 42–60.
- Ders.: *The CIA, the British Left and the Cold War*. London 2003.

- Wilharm, Irmgard: Filmwirtschaft, Filmpolitik und „Publikumsgeschmack“ im Westdeutschland der Nachkriegszeit, in: GG 28 (2002), S. 267–290.
- Windelen, Heinrich: Die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, in: Norbert Blüm/Hans F. Zacher (Hrsg.): Vierzig Jahre Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland. Baden-Baden 1989, S. 701–717.
- Winkler, Heinrich A.: Demokratie oder Bürgerkrieg. Die russische Oktoberrevolution als Problem der deutschen Sozialdemokraten und der französischen Sozialisten, in: VfZ 47 (1999), S. 1–23.
- Wippermann, Klaus: Politische Propaganda und staatsbürgerliche Bildung. Die Reichszentrale für Heimatdienst in der Weimarer Republik. Köln/Bonn 1976.
- Ders.: Heilige Hetzjagd. Eine Ideologieggeschichte des Antikommunismus. Berlin 2012.
- Wirsching, Andreas: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich. München 1999.
- Ders.: „Man kann nur Boden germanisieren“. Eine neue Quelle zu Hitlers Rede vor den Spitzen der Reichswehr am 3. Februar 1933, in: VfZ 49 (2001), S. 517–550.
- Ders.: Antibolschewismus als Lernprozess. Die Auseinandersetzung mit Sowjetrußland in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg, in: Martin Aust/Daniel Schönpflug (Hrsg.): Vom Gegner lernen. Feindschaften und Kulturtransfers im Europa des 19. und 20. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 2007, S. 137–156.
- Ders.: Für eine pragmatische Zeitgeschichtsforschung, in: APuZ B 3 (2007), S. 13–18.
- Witsch, Kristian (Hrsg.): Joseph Caspar Witsch. Briefe 1948–1967. Köln 1977.
- Witte, Siegfried: Der Königsteiner Kreis 1949–1959. 10 Jahre Mitarbeit an der Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit. Frankfurt am Main 1959.
- Wittstadt, Klaus: Julius Kardinal Döpfner, Bischof von Berlin (1957–1961), in: Christoph Kösters/Wolfgang Tischner (Hrsg.): Katholische Kirche in SBZ und DDR. Paderborn u. a. 2001, S. 101–146.
- Wolf, Markus: Spionagechef im geheimen Krieg. Erinnerungen. München 1997.
- Wolfrum, Edgar: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart. Stuttgart 2006.
- Wort aus Berlin. Rundfunkansprachen und Predigten des Bischofs von Berlin, Julius Kardinal Döpfner. 2 Bde. Berlin 1960/61.
- Wright, Lawrence: Der Tod wird euch finden. Al-Qaida und der Weg zum 11. September. Stuttgart 2007.
- Wurzer, Georg: Antikommunismus und Russenfeindschaft vor und nach 1945. Die Romane der Bestsellerautoren Erich Dzwinger und Heinz G. Konsalik, in: Jahrbuch für historische Kommunismusforschung 2011, S. 49–60.
- Zarusky, Jürgen: Die deutschen Sozialdemokraten und das sowjetische Modell. Ideologische Auseinandersetzung und außenpolitische Konzeptionen 1917–1933. München 1991.
- Zevin, Ben D. (Hrsg.): Nothing to Fear. The Selected Addresses of Franklin Delano Roosevelt 1932–1945. Cambridge/Mass. 1946.
- Zolling, Hermann: Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes. Hamburg 1971.
- Zu Fragen des XX. Parteitages der KPdSU. Über die Überwindung des Personenkults und seine Folgen. Zur Diskussion über den XX. Parteitag der KPdSU und die 3. Parteikonferenz der SED. Broschüre. Berlin (Ost) 1956.
- Zwicker, Stefan: Zur Darstellung der Sudetendeutschen in Literatur, Publizistik und Film der Nachkriegszeit in der Tschechoslowakei und Deutschland, in: Jerzy Kochanowski/Maike Sach (Hrsg.): Die „Volksdeutschen“ in Polen, Frankreich, Ungarn und der Tschechoslowakei. Mythos und Realität. Osnabrück 2006, S. 391–411.

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
AAPD	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland
AAS	Acta Apostolicae Sedis
Abb.	Abbildung
Abs.	Absatz
Abt.	Abteilung
ACDP	Archiv für Christlich-Demokratische Politik
a.D.	außer Dienst
AdG	Archiv der Gegenwart
ADK	Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise
AdsD	Archiv der sozialen Demokratie
AfS	Archiv für Sozialgeschichte
AG	Aktiengesellschaft
AMCOMLIB	American Committee for Liberation from Bolshevism
Anm.	Anmerkung
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Art.	Artikel
AS	Allgemeine Sachablage
Aufl.	Auflage
AvS	Arbeitsgemeinschaft ehemals verfolgter Sozialdemokraten
Az.	Aktenzeichen
BAB	Bundesarchiv Berlin
BAK	Bundesarchiv Koblenz
Bd.	Band
BdD	Bund der Deutschen
Bde	Bände
BDJ	Bund Deutscher Jugend
BdV	Bund der Vertriebenen
BEG	Bundesentschädigungsgesetz
BErG	Bundesergänzungsgesetz
BfgA	Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben
BfV	Bundesamt für Verfassungsschutz
BHE	Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten
BKA	Bundeskanzleramt
Bl.	Blatt
BM	Bundesminister
BMB	Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen
BMG	Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen
BMI	Bundesministerium des Innern
BMJ	Bundesministerium der Justiz
BND	Bundesnachrichtendienst

BOK	Berliner Ordinarienkonferenz
BPA	Bundespresseamt
BpB	Bundeszentrale für politische Bildung
BR	British Resident
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen
BT	Bundestag
BV	Bundesvorstand
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVN	Bund der Verfolgten des Naziregimes
BVP	Bayerische Volkspartei
BZH	Bundeszentrale für Heimatdienst
CBS	Columbia Broadcasting System
CCF	Congress for Cultural Freedom
CDG	Council for a Democratic Germany
CDU	Christlich Demokratische Union
CIA	Central Intelligence Agency
CIC	Counter-Intelligence Corps
CPO	Chief Political Officer
CSU	Christlich-Soziale Union
D	Deutschland
DA	Deutschland Archiv
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DEFA	Deutsche Film AG
DEK	Deutsche Evangelische Kirche
Dept.	Department
Ders./ders.	Derselbe
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DFU	Deutsche Friedens-Union
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DGB-Archiv	DGB-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie
DHV	Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband
DIAMAT	Dialektischer Materialismus
Dies./dies.	Dieselbe(n)
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DP	Deutsche Partei
DSP	Deutsche Soziale Partei
DSt	Dokumentenstelle
DTSB	Deutscher Turn- und Sportbund
DVP	Deutsche Volkspartei
DzD	Dokumente zur Deutschlandpolitik

EKiD/EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
F	Frankreich
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FO	Folder
FSK	Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft
FZH	Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg
GAKiWi	Geschäftsarchiv Kiepenheuer und Witsch
GG	Geschichte und Gesellschaft
GG	Grundgesetz
GLAK	Generallandesarchiv Karlsruhe
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GMBI	Gemeinsames Ministerialblatt
GStAPK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz
GULAG	Glavnoe upravlenie lagerej (Hauptverwaltung der Lager)
GV NW	Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Nordrhein Westfalen
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
GWU	Geschichte in Wissenschaft und Unterricht
H.	Heft
HA	Hauptabteilung
HASStK	Historisches Archiv der Stadt Köln
HICOG	High Commissioner of Germany
HJ	Hitler-Jugend
hl.	heilig
HO	Handelsorganisation
HQ	Headquarters
HStAD	Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
HStAS	Hauptstaatsarchiv Stuttgart
HV	Hauptvorstand
I	Italien
IACF/CCF-Archiv	Archive of the International Association for Cultural Freedom and the Congress for Cultural Freedom
IG	Industriegewerkschaft
IGBE-Archiv	Archiv der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie im Archiv für soziale Bewegungen
IGM-Archiv	Archiv der Industriegewerkschaft Metall im Archiv der sozialen Demokratie
Ing.	Ingenieur
insb.	insbesondere

jun.	junior
KG	Kammergericht
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (Komitee für Staatssicherheit)
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
Kominform	Kommunistisches Informationsbüro
KP	Kommunistische Partei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KZ	Konzentrationslager
LAB	Landesarchiv Berlin
LD	Landesdrucksache
LDPD	Liberal-Demokratische Partei Deutschlands
LfV	Landesamt für Verfassungsschutz
LKW	Lastkraftwagen
LRB	Landesrentenbehörde
LT	Landtag
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdL	Mitglied des Landtages
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MID	Military Intelligence Division
NATO	North Atlantic Treaty Organization
NDR	Norddeutscher Rundfunk
NKWD	Narodnyj kommissariat vnutrennich del (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten)
NL	Nachlass
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRW	Nordrhein-Westfalen
NRZ	Neue Ruhr Zeitung
NS	Nationalsozialismus
NSC	United States National Security Council
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NTS	Narodno-Trudovoj Sojuz (Völkische Arbeitsunion)
NWDR	Nordwestdeutscher Rundfunk
o.D.	ohne Datum
ÖLA	Österreichisches Literaturarchiv
o. J.	ohne Jahresangabe
OK	Ostkolleg
OLG	Oberlandesgericht
o. O.	ohne Ortsangabe

OPC	Operation Policy Coordination
Org.	Organization
o. Sig.	ohne Signatur
OSO	Office of Special Operations
OSS	Office of Strategic Services
OSTD	Oberstadtdirektor
PA	Parlamentsarchiv
PAAA	Politisches Archiv des Auswärtigen Amts
PCF	Parti communiste français
POI	Parti ouvrier internationaliste
PPS	Policy Planning Staff
PRO	Public Record Office
PSB	Psychological Strategy Board
PV	Parteivorstand
PZ	Publizistisches Zentrum für die Einheit Deutschlands
RA	Rechtsanwalt
RE	Realenzyklopädie für protestantische Theologie und Kirche
Rep.	Repertorium
RFE/RL	Radio Free Europe/Radio Liberty
RGG	Religion in Geschichte und Gegenwart
RIAS	Rundfunk im Amerikanischen Sektor
RP	Regierungspräsidium
RPD-W	Regierungspräsident Düsseldorf, Wiedergutmachung
RzW	Rechtsprechung zum Wiedergutmachungsrecht
SA	Sturmabteilung
SAP	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SAPMO-BA	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFB	Sender Freies Berlin
SFIO	Section française de l'Internationale ouvrière
Sign.	Signatur
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutzstaffel
St.	Sankt
StBKAH	Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus
StGB	Strafgesetzbuch
SU	Sowjetunion

TsOPE	Central'noe ob"edinenie poslevoennich emigrantov iz SSSR (Zentralverband der Nachkriegsemigranten aus der UdSSR)
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UfA	Universum Film AG
UfJ	Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen
UNO	United Nations Organization
US/U.S.	United States
USA	United States of America
US EG	Entschädigungsgesetz der US-Zone
USIA	United States Information Agency
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
v.a.	vor allem
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VFF	Volksbund für Frieden und Freiheit
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VOBL	Verordnungsblatt
VPO	Vereinigung Politischer Ostflüchtlinge
VS	Verschlussache
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
WACL	World Anti-Communist League
WAZ	Westdeutsche Allgemeine Zeitung
WDR	Westdeutscher Rundfunk
WFFB	Westdeutsche Frauen-Friedensbewegung
WP	Wahlperiode
ZA	Zentralarchiv Heidelberg
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen
ZDK	Zentralkomitee der deutschen Katholiken
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
Ziff.	Ziffer
zit.	zitiert
ZK	Zentralkomitee

Personenverzeichnis

- Adenauer, Konrad 2, 5, 8–10, 44, 50, 54, 59f., 67–73, 87–89, 97, 105–110, 113–116, 118–121, 124, 126, 129, 131, 135, 145–159, 164f., 168–170, 176, 183, 189–196, 205f., 208–210, 212f., 236, 240, 245, 250, 260, 269, 277, 288, 294, 328, 349, 355–360, 364f.
- Adolph, Walter 183, 187–191, 363
- Agatz, Willi 268
- Aicher-Scholl, Inge 313
- Allemann, Fritz René 134, 316f.
- Amelunxen, Rudolf 243
- Anders, Günther 36
- Andersch, Alfred 322–324, 328
- Andree, Ingrid 290
- Arlt, Fritz 312
- Arndt, Adolf 243
- Arnold, Karl 237
- Aron, Raymond 305, 321, 332
- Asmussen, Hans 199, 211f.
- Augstein, Rudolf 69, 105
- Ayer, Alfred Jules 321
- Bahr, Egon 174, 330
- Baier, Adolf 52, 58
- Baitz, Gerd 224
- Baldwin, Hanson W. 39
- Barth, Karl 10, 130, 199, 204, 209, 211, 213
- Batzel, Ottmar 262
- Bauer, Josef Martin 282
- Baumeister, Heinz 300
- Bausch, Erika 305
- Beethoven, Ludwig van 285
- Bellow, Saul 297
- Beneš, Edvard 169–171
- Bengsch, Alfred 181, 184–187, 191, 196, 365
- Bense, Max 299, 314
- Bergmann, Karl 248
- Bernstein, Eduard 22f.
- Birkenfeld, Günther 313
- Bismarck, Otto von 114, 149, 358
- Blacher, Doris 313
- Blankenhorn, Herbert 110–116, 118f., 157, 357f.
- Bloch, Ernst 316, 345
- Blücher, Franz 69
- Bocheński, Joseph Maria 9, 124, 128, 133, 135, 141–143
- Bock, Georg 318
- Böckler, Hans 71
- Boehm, Max Hildebert 162
- Böll, Heinrich 297, 314, 319
- Bollig, Joseph 263
- Bondy, François 314
- Bonhoeffer, Dietrich 221
- Borgers, Adalbert 303
- Borkenau, Franz 16, 321, 326
- Brandt, Heinz 316f.
- Brandt, Willy 102, 145, 175f., 226, 313, 328, 330, 367
- Brandt-Rühle, Sabine 314–316
- Brauda, Klaus 269
- Braun, Otto 23
- Brenner, Otto 249
- Brentano, Heinrich von 190, 195
- Breuer, Fritz Werner 303
- Brill, Hermann 304
- Buber-Neumann, Margarete 306, 313
- Buchholz, Gerhard T. 277–281
- Bulganan, Nikolai Alexandrowitsch 152
- Burianek, Johann 226
- Burke, Edmund 29
- Burnham, James 321, 324–327, 331, 333
- Bush, George W. 40
- Casaroli, Agostino 196
- Chase, Stuart 39
- Chase Smith, Margaret 39
- Cheney, Richard 40
- Chruschtschow, Nikita Sergejewitsch 48, 152, 189f., 196, 329
- Churchill, Winston 168f.
- Ciliga, Anté 306
- Clark, Tom C. 35
- Cline, Ray 220
- Cramer, Heinz von 319
- Czaja, Herbert 174f.
- Czapski, Jozef 325
- Dahlem, Franz 44f., 51
- Dahrendorf, Gustav 60
- Dahrendorf, Ralf 313
- Dallin, David J. 141
- Darnoy, Paul 305
- Dellingshausen, Ewert von 90–92, 96, 98, 135, 219f., 309
- Dengler, Gerhard 46
- Dertinger, Georg 70
- Desny, Ivan 278
- Deter, Adolf 50
- Deuerlein, Ernst 136
- Deutsch, Withold 252
- Dibelius, Otto 206f.

- Dieckmann, Johannes 71
 Dietz, Edith 271
 Dingeldey, Eduard 25
 Dirks, Walter 162, 193
 Dittmann, Anneliese 341
 Dittmann, Wilhelm 23
 Döpfner, Julius 181, 184–191, 365
 Dufhues, Josef Hermann 270
 Dulles, John Foster 36, 141, 156f., 216f.
 Durčanský, Ferdinand 218

 Edding, Friedrich 161
 Ehard, Hans 63
 Ehlers, Hermann 71, 208f.
 Eichmann, Adolf 314
 Eisenhower, Dwight D. 105, 157, 216, 218, 338–340, 362
 Eliot, Thomas Sterns 323
 Ende, Lex 64
 Engelhard, Edgar 256
 Evers, Carl Heinz 313

 Fahrenkrog, Herta 292
 Faßbinder, Klara Maria 241
 Faulhaber, Michael von 27
 Fetscher, Iring 129, 141
 Fette, Christian 71
 Fischer, Louis 307
 Fischer, Ruth 16, 22
 Forstbach, Edmund 126
 Franken, Paul 126, 130f., 135f., 309, 364
 Frênes, Alix du 299
 Frenkel, Marcel 258–261
 Freundorfer, Josef 194
 Friedlaender, Ernst 210, 254
 Friedrich, Gerd (Gminder) 304
 Friedrichsen, Uwe 292
 Frings, Josef 166, 189–191
 Fuhrmann, Bruno 44

 Gablentz, Otto Heinrich von der 139
 Galinski, Heinz 265
 Gaulle, Charles de 157, 316
 Geggel, Heinz 56–58
 Gehlen, Reinhard 217, 226
 Gereke, Günther 97f.
 Gerlich, Fritz 26
 Gide, André 307
 Giordano, Ralph 308
 Girnus, Wilhelm 50, 52
 Glienke, Franz 254
 Globke, Hans 50, 90, 126
 Glock, Carl B. 319
 Glückauf, Erich 45, 52, 54
 Goebbels, Joseph 19, 124f.
 Göring, Hermann 25

 Görres, Hans-Günter 260
 Goethe, Johann Wolfgang von 111
 Gollwitzer, Helmut 130f., 137, 210
 Gonzales, Valentin 306
 Gorbatschow, Michail Sergejewitsch 368
 Gottwald, Klement 168
 Grass, Günter 329
 Groscurth, Georg 266
 Grotewohl, Otto 8, 46, 59–67, 69–73, 138, 183f., 359f.
 Grottian, Walter 141
 Grzesinski, Albert 23
 Guttentberg, Karl Theodor Freiherr von und zu 316

 Haak, Bernhard 259
 Habe, Hans 136
 Hadinsky, Martha 272
 Häber, Herbert 56f.
 Hädrich, Rolf 281
 Haffner, Sebastian 314
 Hagelstange, Rudolf 313f., 317
 Hahn, Wilhelm von 309
 Haid, Bruno 44
 Hallstein, Walter 43, 80, 85
 Halperin, Ernst 305
 Hamacher, Hein 257
 Hammerstein, Ludwig von 287
 Hans, Theodor 222, 226
 Harich, Wolfgang 138
 Harpprecht, Klaus 309, 314, 317, 330
 Hasenclever, Walter 326
 Hasse, Otto Eduard 283
 Haushofer, Albrecht 221, 358
 Havemann, Robert 266
 Hecksher, Henry 223
 Heilmann, Wolfgang 211f.
 Heine, Fritz 234, 254
 Heinemann, Gustav 10, 46, 97, 204f., 207–210, 212f.
 Henßler, Fritz 237
 Herling, Gustav 306
 Hermlin, Stephan 330
 Heuss, Theodor 350
 Hieke, Hanfried 225
 Higgins, Marguerite 39
 Hildebrandt, Rainer 221, 223f., 226, 313, 358
 Hilferding, Rudolf 23
 Hillenkoetter, Roscoe H. 217
 Hitler, Adolf 1, 3f., 7, 24–28, 107, 127, 146, 163, 165, 167, 169, 171, 175, 201f., 269, 306, 313, 323, 327, 336
 Hochhuth, Rolf 314, 316
 Höllerer, Walter 326
 Höpker Aschoff, Hermann 131

- Honecker, Erich 8, 51, 83
 Hook, Sidney 321, 327
 Hornstein, Erika von 306
 Hugenberg, Alfred 25
 Husak, Gustav 175
 Huxley, Aldous 305
 Hymmen, Johannes 201
- Jaap, Max 285
 Jacoby, Georg 284
 Jaeserich, Hellmut 317
 Jaksch, Wenzel 165f., 168f., 173–175, 366
 Janka, Walter 161
 Jarreck, Anna 271
 Jaspers, Karl 321
 Johannes XXIII. 186, 190
 John, Otto 222
 Josselson, Michael 313, 317
 Jost, Georg Wilhelm 46
- Käutner, Helmut 279, 282
 Kaiser, Jakob 66, 69, 72, 88, 127, 259, 301, 350
 Kaiser, Wolfgang 224
 Kather, Linus 163f., 168
 Kautsky, Karl 4, 22 f.
 Kennan, George F. 129, 141, 217
 Kennedy, John F. 41, 227
 Kern, Erich (Kernmayr) 289
 Kersting, Franz 303
 Ketterer, Arthur 255
 Kiesinger, Kurt Georg 101
 Kirkpatrick, Ivone 231, 234
 Kissinger, Henry 129, 141
 Klausener, Erich (Peter Reich) 190
 Klein, Johannes Kurt 136 f.
 Klimow, Gregory 306
 Knothe, Wilhelm 61
 König, René 314
 Köpp, Friedrich 313
 Koestler, Arthur 39, 307, 321, 324–327, 330–332
 Kogon, Eugen 162, 193, 254, 262, 300, 313
 Kolarz, Walter 141
 Kolb, Walter 62
 Konsalik, Heinz G. 282
 Kopelew, Lew Sinowjewitsch 307
 Koppel, Walter 283f.
 Kors, Wilhelm 267
 Kossygin, Alexei Nikolajewitsch 147
 Kraft, Waldemar 50
 Kristol, Irving 327
 Krone, Heinrich 90, 186
 Krüger, Hans 165, 175
 Kubel, Alfred 61, 176
 Külz, Wilhelm 66
- Kuhnert, Dieter 348f.
 Kunisch, Georg 94
 Kuschnitzky, Friedrich 265, 359
- Landshoff, Andreas 303
 Landshoff, Fritz H. 303
 Lasky, Melvin J. 317, 322, 326f.
 Le Bon, Gustave 294
 Lehr, Robert 126, 259, 283
 Lemberg, Eugen 161
 Lemmer, Ernst 66, 226, 242
 Lenin, Wladimir Iljitsch 3f., 22f., 76, 146, 161, 177, 285
 Lenz, Otto 126, 142, 155, 220, 222, 257, 259, 339
 Lenz, Siegfried 330
 Leo XIII. 177
 Leonhard, Wolfgang 16, 141, 303, 307f., 312, 316, 319
 Lewytzkij, Borys 305
 Liebeneiner, Wolfgang 282
 Lieber, Hans-Joachim 142f., 305
 Lilje, Hanns 210, 212
 Linfert, Carl 308, 314
 Lodgman von Auen, Rudolf 163, 168, 170, 172
 Löwenstein, Karl zu 194
 Löwenthal, Richard 129, 141, 355
 Lombardi, Franco 321
 Ludwig, Gerhard 314
 Lüders, Carl H. 135f.
 Lütsches, Peter 254–260
 Luft, Friedrich 277
 Lund, Wilhelm 270
 Luxemburg, Rosa 140
- Macdonald, Dwight 33
 Macmillan, Harold 157
 Mäe, Hjalmar 129f.
 Mätzig, Kurt 285
 Maibaum, Werner 141f.
 Malkowsky, Günther 225
 Malraux, André 321
 Mann, Heinrich 285
 Mann, Thomas 21, 84, 285
 Marahrens, August 26, 201
 Marshall, George C. 66, 324, 341
 Martini, Winfried 314
 Marx, Karl 3f., 129–131, 143, 153, 285
 Marx, Karl 256
 Masaryk, Tomáš 171
 Matern, Hermann 49, 51f., 57
 Maurer, Eugen 244
 Mauss, Marcel 348
 McCarthy, Joseph 39, 130, 275
 Meissner, Boris 141, 305

- Meistermann, Georg 314
 Melzer, Hannah 268
 Mende, Erich 99f., 367
 Mende, Gerhard von 142, 311
 Merkatz, Hans-Joachim von 162
 Meyer, Julius 265
 Meyer-Vax, Dorothea 319
 Meyer von Achenbach, Richard 116–118, 357
 Middelhaue, Friedrich 256
 Miłosz, Czesław 305, 307, 319
 Mindszenty, József 196
 Molotow, Wjatscheslaw Michailowitsch 63, 65, 147
 Monnerot, Jules 305
 Mühlen, Heinrich von zur 221, 224
 Müller, Eberhard 210, 212
 Müller, Wolfgang 255f.
 Muench, Aloysius 190, 194
 Murrow, Edward R. 39
- Nabokov, Nicolas 315f.
 Nahm, Peter Paul 162
 Neumann, Sigg 247
 Nevins, Allan 39
 Nieden, Ernst zur 210f.
 Niehaus, Ruth 278
 Niemeyer, Gerhart 141
 Niemöller, Martin 10, 72, 205–207, 210, 212f., 226
 Nollau, Günther 135, 141
 Nolte, Ernst 332
 Norden, Albert 45, 52, 56f., 58
 Norman, Roger von 288
 Nottbeck, Berend von 300f., 304, 308f., 314f., 364
 Nuschke, Otto 66
- Oberländer, Theodor 50, 163, 165, 175
 Ohning, Herbert 263
 Ollenhauer, Erich 62, 153, 155
 Orwell, George 124, 305
 Otto I. 194f.
- Paczensky, Gerd von 292
 Papen, Franz von 25
 Paul VI. 196
 Pechel, Rudolf 313
 Pfizer, Theodor 210
 Philip, André 321
 Pieck, Wilhelm 59, 62–66, 71–73
 Pinay, Antoine 157
 Piontek, Ferdinand 189
 Pius IX. 177
 Pius XI. 27, 178
 Pius XII. 178, 191, 194f.
- Plievier, Theodor 313, 321, 326
 Prchala, Lev 172
 Preysing, Konrad von 181–184, 187
 Puschkin, Georgi Maximowitsch 138
- Radbruch, Gustav 67
 Raddatz, Fritz J. 329
 Radványi, Géza von 282
 Reagan, Ronald 220, 368
 Regler, Gustav 308
 Rehahn, Arne 54
 Reimann, Max 138
 Reinecker, Herbert 289
 Remarque, Erich Maria 297
 Renner, Heinz 268f.
 Rentmeister, Hans 56
 Reuter, Ernst 321
 Reuther, Walter 39
 Richter, Hans Werner 12, 322–333
 Richter, Karl 318
 Ringelmann, Helmut 289
 Ritter, Hugo 308
 Ritter von Lex, Hans 27f., 90, 128, 132f., 135f., 142f., 309
 Röck, Marika 284
 Roemers, Walter 265
 Romain, Jules 321
 Roosevelt, Franklin D. 7, 32f., 360
 Rosenberg, Alfred 311
 Rosenberg, Ethel 37
 Rosenberg, Hans 52
 Rosenberg, Julius 37
 Roth, Joseph 297
 Rousset, David 321, 327
 Rühle, Jürgen 137, 305, 315f.
 Ruffmann, Karl-Heinz 305
 Ruge, Gerd 309, 314
- Salter, Ernest J. 139f.
 Samjatin, Jewgenij Iwanowitsch 305
 Schabrod, Karl 263
 Schalamow, Warlam Tichonowitsch 307
 Schdanow, Andrej Alexandrowitsch 216, 218
 Scheel, Walter 102
 Schellhaus, Erich 169, 172, 174
 Schenk, Richard von 277
 Schirdewan, Karl 44f.
 Schlechter 244
 Schlegelberger, Franz 269
 Schlesinger, Arthur M. 321
 Schmid, Carlo 313, 330
 Schmidt, Helmut 174f.
 Schmitt-Rost, Hans 314
 Schneider, Josef 195f.
 Schneider, Reinhold 193

- Schnurre, Wolfdietrich 329
 Schoenberger, Gerhard 330f.
 Schöningh, Franz Josef 313
 Scholmer, Joseph (Schölmerich) 306, 308f., 312
 Schröder, Gerhard 134, 142, 290f., 311
 Schubert, Franz 285
 Schultz, Walther 201
 Schumacher, Kurt 8, 60–65, 69–71, 73, 140, 298
 Schuman, Robert 71, 194, 257
 Schwarz, Sepp 171
 Seebohm, Hans-Christoph 50
 Seifert 136
 Severing, Carl 23, 46
 Sherwood, Robert E. 37, 39
 Silone, Ignazio 307, 319, 321, 326f., 330, 332
 Simenon, Georges 297
 Siodmak, Robert 281
 Smirnow, Andrej Andrejewitsch 152
 Soběslav I. 170
 Solschenizyn, Alexander Issajewitsch 307
 Spaak, Paul Henri 157
 Spangenberg, Max 52, 54, 58
 Spender, Stephen 307, 321
 Sperber, Manès 308, 314, 316f., 319, 321, 326
 Spinelli, Altiero 321
 Spranger, Eduard 142
 Spülbeck, Otto 189
 Stadler, Eduard 20f.
 Stadtmüller, Georg 141
 Stählin, Wilhelm 211
 Stahl, Friedrich Julius 200f.
 Stahlmann, Richard (Artur Illner) 50–52, 62
 Stalin, Josef Wissarionowitsch 4, 16f., 38, 68, 73, 109, 113f., 146, 162, 168, 177, 192, 209, 218, 222, 255, 285, 305f., 313, 325, 327, 330, 357, 367
 Staudte, Wolfgang 283–285
 Steiner, Siegfried 290
 Stern, Carola 305, 308f.
 Stolz, Otto 308
 Stoph, Willi 101f.
 Straaten, Werenfried van 166
 Strauß, Franz Josef 72
 Ströbel, Heinrich 23
 Stoetzner, Eric W. 336f.
 Stromberg, Kyra 314
 Strothman, Dietrich 175
 Stumm, Johannes 224
 Sultan, Herbert 255
 Sulzberger, Arthur Hays 336
 Tardini, Domenico 190
 Taubert, Werner 124
 Tejessy, Fritz 358
 Thadden, Reinold von 210, 212
 Thälmann, Ernst 285
 Thedieck, Franz 88, 90, 127, 219, 222, 287
 Thiele, Grete 243
 Thielicke, Helmut 139, 206f., 353
 Thomas, Lowell 39
 Thomas, Stephan 140, 358
 Tillich, Ernst 221–227, 300, 358
 Tillich, Paul 221
 Tito, Josip Broz 38, 305
 Tönnessen, Bernd 314
 Torberg, Friedrich 325f., 331
 Tremper, Will 280f., 289, 294
 Trevor-Roper, Hugh 321, 327
 Troeltsch, Ernst 20
 Trotha, Renate von 314, 316
 Trott zu Solz, Adam von 113
 Trotzki, Leo 305, 327
 Truman, Harry S. 38, 216, 218, 231
 Ulbricht, Walter 44, 51, 54f., 57, 59, 64f., 69, 71–73, 78, 99, 138, 161, 292, 305, 329f., 345, 350, 368
 Ullrich, Otto 172f.
 Ulrich von Augsburg 194f.
 Umgelter, Fritz 282
 Valtin, Jan 319
 Varga, Eugen 139f.
 Verner, Paul 45, 49, 52, 54
 Vesper, Walter 46
 Vicas, Victor 278
 Wallach, Severin F. 222
 Wandruszka, Adam 314
 Warczak, Heinrich 263
 Waschneck, Erich 278
 Weber, Hermann 16, 305
 Wehner, Herbert 8, 68, 99–102, 153, 175, 318, 367
 Weinkauff, Hermann 210
 Wesemann, Hans-Otto 308f., 314f.
 Weskamm, Wilhelm 166, 181, 183f., 187, 365
 Wessel, Helene 97, 213
 Westerteicher, Heinrich 256
 Wetzel, Günter 101
 Wichmann, Harry 224
 Wiegenstein, Roland 329
 Wildberger, Karl 57
 Willmann, Heinz 260
 Wintrich, Josef 131, 133
 Wirth, Franz Peter 289

Wirth, Joseph	46, 97	Wördemann, Franz	315
Wisbar, Frank	279	Wolf, Konrad	285
Wisner, Frank	217, 220, 223, 228	Wright, Richard	307
Witsch, Joseph Caspar	11, 297–319, 359, 363 f.	Zahn, Friedrich von	313
Wittfogel, Karl August	141	Zwart-Spanjer, Elizabeth	314

Die Autoren

Dr. Heike Amos, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Abteilung Auswärtiges Amt, Berlin

Prof. Dr. Thomas Brechenmacher, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Potsdam

Dr. Christoph Classen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Prof. Dr. Stefan Creuzberger, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Rostock, Leiter der Forschungs- und Dokumentationsstelle des Landes Mecklenburg-Vorpommern zur Geschichte der Diktaturen in Deutschland

Dr. Corinna Franz, Geschäftsführerin der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, Rhöndorf

Prof. Dr. Dominik Geppert, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Bernd Greiner, Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Leiter des Arbeitsbereichs „Theorie und Geschichte der Gewalt“ am Hamburger Institut für Sozialforschung

Prof. Dr. Rainer Gries, Professor für Psychologische und historische Anthropologie, Department für Psychologie an der Sigmund Freud PrivatUniversität Wien, Berlin, Paris

PD Dr. Dierk Hoffmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Abteilung Berlin

Prof. Dr. Till Kössler, Professor für Sozialgeschichte des Aufwachsens am Institut für Erziehungswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum

Prof. Dr. Michael Lemke, Senior Fellow am Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam

Mirjam Loos, M.A., Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Abteilung für Kirchengeschichte der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München

Dr. Lars Lüdcke, Historiker und Lehrbeauftragter am Historischen Institut der Universität Potsdam

Frank Möller, Journalist und Publizist, Köln

Prof. Dr. Michael Schwartz, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Abteilung Berlin

Prof. Dr. Bernd Stöver, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Institut der Universität Potsdam

Dr. Boris Spornol, Journalist und Historiker, Gelsenkirchen

Rüdiger Thomas, von 1981 bis 2002 Arbeitsgruppenleiter für Publikationen in der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn, seither freier Publizist

Prof. Dr. Hermann Wentker, Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Leiter der Abteilung Berlin

Prof. Dr. Andreas Wirsching, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin